



Jg. 9 Nr. 161 3.9.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Schluß mit dem Völkermord an Kurden !



Ein Bild, das wie kein zweites die augenblickliche Rechtsentwicklung im Iran (hin zu einem religiös verbrämten Terror-Regime) enthüllt:

Khomeinys Truppen erschießen aufständische Kurden.
Siehe unsere Berichte, Seite 3.

Antikriegstag 1979 Zehntausende demonstrierten für Frieden

An den Aktionen zum diesjährigen Antikriegstag nahmen mehrere zehntausend Menschen teil.

Die größte Demonstration wurde vom „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) in Bonn mit 15.000 - 20.000 Teilnehmern organisiert. Größere Demonstrationen fanden noch in Westberlin mit 5000 Teilnehmern (hauptsächlich mobilisiert von der SEW) und in Dortmund (DGB) mit 3000 Teilnehmern statt.

Zur zentralen Veranstaltung des DGB in Dortmund kamen 16.000 Menschen, zumeist Jugendliche. Größere Kundgebungen fanden noch in München (3000), Frankfurt (2000), Hamburg (2000), Kiel und Mannheim statt.

Die hauptsächlichsten Träger der Aktionen war das KOFAZ und die es tragenden Organisationen (DKP, DFU, VVN, ein gewisser, relativ kleiner Teil der SPD und der Jusos, Judos) einerseits, andererseits der DGB, der in vielen Städten zu Kundgebungen aufgerufen hatte. In verschiedenen Städten hatten auch antimilitaristische Initiativen und linke und kommunistische Organisationen zu den DGB-Kundgebungen aufgerufen. Daneben gab es eine Reihe von kleineren Veranstaltungen, Filmveranstaltungen, Ausstellungen (z.B. gegen Kriegsspielzeug) und zur aktuellen Frage der Verpflichtung der Frauen für den Kriegsdienst.

Hauptsächlichster Tenor fast aller Kundgebungen war die allgemeine Forderung nach Abrüstung und die Unterstützung der „Entspannungspolitik“.

Bei den Aktivitäten des KOFAZ fiel auf, daß allgemeine Forderungen nach Abrüstung, Frieden und Entspannung im Vordergrund standen, das Wettstreiten der Supermächte jedoch keinerlei Erwähnung fand und stattdessen sogar die sogenannten „Abrüstungsverhandlungen“ (z.B. SALT) als wesentlicher Fortschritt erklärt wurde. Konkrete Forderungen wurden lediglich gegen die Einführung der Neutronenbombe gestellt, also gegen eine weitere Aufrüstung. Die DGB-Kundgebungen waren größtenteils durch den Auftritt von SPD- und DGB-Führern gekennzeichnet, die sich mit keinem Wort gegen die Aufrüstung der BRD wandten, die keinerlei kritisches Wort zur Wiederbewaffnung der BRD fanden, und die lediglich Appelle an den Frieden verloren. Zwar stand auch in diesen Reden die deutsche Vergangenheit immer wieder im Mittelpunkt, die Fortführung des Militarismus in Form der Bundeswehr wurde aber entweder nicht erwähnt oder sogar als notwendiges „Friedenswerk“ begrüßt. Lobenswerte Ausnahmen bildeten hier z.B. Axel Eggebrecht in Hamburg, der dazu aufrief, eine gemeinsame Front von Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Kriegsgefahr und die neue Reaktion zu bilden, oder einige Redner der DGB-Veranstaltung in München (u.a. Bernd Engelmann), die den Zusammenhang von Großkapital und Kriegsgefahr herstellten.

Eine positive Erscheinung waren die Aktivitäten von Fraueninitiativen zum Antikriegstag. Die DFI (Demokratische Fraueninitiative, DFU-nahe)

organisierte auf der Bonner Demonstration einen Frauenblock unter der Parole „Frauen zum Bund? - Nein Danke!“. Lottemi Doormann hielt auf der gleichen Demonstration eine sehr engagierte und überzeugende Rede zu diesem Thema. In Hamburg fand eine gemeinsame Veranstaltung des gesamten linken Spektrums zu diesem Thema mit über 1000 Teilnehmer/innen statt, ebenso in Hannover. In mehreren Städten wurden Erklärungen von Fraueninitiativen verteilt.

Eine besondere eklatante Einschränkung der Aktivitäten der Antimilitaristen bildete das Verbot einer Antikriegsbroschüre der DGB-Jugend Frankfurt durch den DGB-Vorstand.

Obwohl die Broschüre größtenteils von führenden DGB-Funktionären verfaßt wurde, verhinderte die DGB-Zentrale den Druck mit dem Hinweis, sie sei „einseitig links ausgerichtet“. Dieses Beispiel zeigt, daß wir noch weit davon entfernt sind, daß der DGB zu einer wirklichen Kraft für die antimilitarische- und Friedensbewegung geworden ist.

Insgesamt haben sich an den Aktivitäten zum Antikriegstag noch weit weniger Menschen beteiligt als vergleichsweise an den Anti-AKW-Aktionen, obwohl die Kriegsgefahr die ganze Menschheit in noch viel krasserer Form bedroht. Dies muß für alle Antimilitaristen, Antimperialisten und friedliebenden Menschen Anlaß sein, die Anstrengungen in den kommenden Jahren zu verstärken. (Siehe Berichterstattung über die konkreten Aktivitäten im Innenteil).

‘Grüne’ zwischen Spaltung und Einheit

Am 1./2. September tagte in Bonn der Bundesvorstand der „Grünen“. Die gefaßten Beschlüsse lassen einem einheitlichen Vorgehen der „grünen“, „bunten“ und „alternativen“ Listen bei den Bundestagswahlen 1980 wieder eine Chance, weisen aber als vorherrschend immer noch die Tendenz zu einem „grünen“ Alleingang auf.

Abgeändert wurde die ursprüngliche Planung, am 3./4. November auf einem Treffen der „Grünen“ praktisch schon endgültige Festlegungen für eine „grüne“ Wahlpartei für 1980 festzuschreiben. Dieser Plan hätte unzweifelhaft die Spaltung der Wahlbewegung zementiert und die Verantwortung dafür sehr eindeutig den „Grünen“ zufallen lassen.

Stattdessen wurde nun beschlossen: Am 3. November findet ein Bundestreffen der „Grünen“ statt, zu dem Beobachter („Bunte“ und „Alternative“) zugelassen werden sollen. Am 4. November soll ein bundesweites Treffen von „Grünen“, „Bunten“ und „Alternativen“ stattfinden. Aufgabe dieses Treffens soll es sein, die Weichen für ein Programm und für die Statuten einer Wahlpartei zu stellen. Gegründet werden soll diese Partei voraussichtlich im Januar 1980, so die Vorstellungen der „Grünen“. Das Treffen vom 4. November soll von einem gemeinsamen Vorbereitungsausschuß vorbereitet werden. Vortreffen von „Grünen“, „Bunten“ und „Alternativen“ sollen am 23./24. September in Niedersachsen und Bayern stattfinden.

Soweit könnte es scheinen, als wäre der Weg zu einer gemeinsamen Kandidatur wieder offen. Leider hat der Bundesvorstand in Bonn jedoch weitergehende Vorstellungen geäußert, die einer „grün-bunten Einheit“ im Wege stehen:

Mitglieder von „K-Gruppen“ sollen nicht für die Wahlpartei kandidieren dürfen und auch keine Parteiposten bekommen.

Das Programm soll sich eng an dem Europa-Wahlprogramm der „Grünen“ orientieren, das auf dem Sektor der Arbeiter- und Frauenforderungen reichlich dürr war. „Ökologismus“ als Hauptschwerpunkt und „Gewaltfreiheit“ sollen auf jeden Fall im Programm verankert werden.

Fortsetzung auf Seite 2

GLU-Niedersachsen: Nur gemeinsam Erfolg möglich

Eine wesentliche Rolle für den jetzt zustande gekommenen Kompromiß mit dem Vorstand der „Grünen“ hat das entschlossene Auftreten der GLU Niedersachsen für eine gemeinsame Kandidatur von „Grünen“ und „Bunten“ gespielt.

Als Antwort auf den vom Vorstand der „Grünen“ als Alleingang geplanten „grünen“ Programmkongreß rief die Programmkommission der GLU zu einem gemeinsamen Bundestreffen der „Bunten“ und „Grünen“ in Bielefeld auf (s. „Fahrplan“), defin „nur mit einer einzigen Liste“ könne man „überhaupt hoffen, bei der Bundestagswahl erfolgreich zu sein“. Der GLU-Vorstand schloß sich

diesem Vorschlag an, obwohl er kritisierte, daß dieser Schritt mit ihm nicht vorher abgesprochen worden sei.

Gleichzeitig forderte der GLU-Vorstand, daß der Programm-Kongreß am 3./4.11. offen für „alle Kräfte und Gruppierungen aus der grünen, bunten und alternativen Bewegung“ sein müsse.

Die GLU hat ihre Position vor allem dadurch deutlich unterstrichen, daß sie erklärtermaßen nicht in die geplante Partei der „Grünen“ eintreten wolle, bevor die Richtung nicht eindeutig geklärt sei. Ebenso verurteilt der GLU-Vorstand die Spaltung in Bremen. Er wird angesichts der Spaltung in Bremen keine der beiden Li-

sten unterstützen. Andererseits aber ist es den Kreisverbänden freigestellt, welche der beiden Listen sie im Bremer Wahlkampf unterstützen wollen.

Dies hat dem GLU-Vorstand in einem Schreiben an die Kreisverbände schon die offene Kritik von Frau Schöttler (Mitglied im Bundesvorstand der „Grünen“) eingetragen, die entgegen dem GLU-Beschluß schon jetzt zur Bildung von Kreisverbänden für die „Grüne“ Partei aufrief und dabei gleichzeitig den GLU-Vorstand der KB-Sympathien bezichtigte. Hintergrund ist die Tatsache, daß der GLU-Vorstand eine vor seiner Mitgliedschaft so offene Politik betreibt, daß selbst der KB, bzw. der ARBEITER-KAMPF über diese Politik berichten kann.

Hamburg: „Alleinkandidatur ... würde sehr schaden“

Am 25.8. fand in Hamburg ein gemeinsames Gespräch von Vertretern der AUD, GLU Hamburg, GAZ Hamburg, des Achberger Kreises der Bunten Liste mit Gästen von der Grünen Liste Schleswig-Holstein statt. Aufgrund dieses Treffens haben die „Grünen“ die ursprünglich geplante Gründung eines Landesverbandes verschoben. Zusammen wurde eine Erklärung für die Einigung von „Grünen“ und „Bunten“ abgegeben, darin heißt es:

„Das Treffen von Vertretern der o.a. Gruppen spricht sich dafür aus, daß alle nur denkbaren Schritte unternommen werden müssen, damit eine einheitliche Kandidatur auf der Grundlage gleichberechtigter Zusammenarbeit zur Bundestagswahl 1980 zustande kommt. Wir wenden uns gegen eine Parteigründung, bevor die notwendigen Einigungsschritte vollzogen sind. Wir fordern alle Bereiche der Ökologie- und Alternativbewegung auf, in die gemeinsame Einigungsdiskussion einzusteigen.“ Es folgt eine Passage über die Termin-

gen eine Parteigründung, bevor die notwendigen Einigungsschritte vollzogen sind. Wir fordern alle Bereiche der Ökologie- und Alternativbewegung auf, in die gemeinsame Einigungsdiskussion einzusteigen.“ Es folgt eine Passage über die Terminplanung, wobei es von dem Kongreß am 3./4.11. deutlich heißt: „Programmkongreß, keine endgültige Beschlußfassung.“

Weiter heißt es: „Wir erwarten, daß alle diese Treffen offen sind für sämtliche einigungswillige Gruppen und daß eine angemessene Repräsentation dieser Gruppen in den Programm- und Organisationsausschüssen gewährleistet ist. Die Anwesenden betonen die große Verantwortung der Ökologie- und Alternativbewegung im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen. Alle Bestrebungen zur Spaltung bzw. zu einer Alleinkandidatur nur einer Strömung würden unserer Bewegung sehr schaden“ („TAZ“, 30.8.79).

Schleswig-Holstein: Gleichberechtigung auf „keinen Fall“?

Unterschiedliche Stimmen zur grün/bunten Einheit gibt es im Vorstand der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH). Die Mehrheit tritt strikt gegen jede gleichberechtigte Einheit auf. So wollte Baldur Springmann (im Rundschreiben der GLSH) für seine „grünen“ Parteivorstellungen „rein ökologische Positionen“ festgeschrieben haben und ebenso die Anerkennung des „grünen“ Europawahlprogramms zur Voraussetzung machen. Doppelmittgliedschaften (bei den „Grünen“ und in einer anderen Organisation) sollen danach ebenso ausgeschlossen sein, „bunte“ Gruppen sollen nicht geschlossen eintreten dürfen. In ähnlicher Weise argumentierten Vorstandsmitglieder der GLSH bei einem Treffen mit LDU-Vertretern, daß es auf „keinen Fall“ eine gleichberechtigte Einheit mit den „Alternativen“ und „Bunten“ geben werde, man könne nach Wahlerfolgen der „Grünen“ aber „mitmachen“. Andererseits erklärte ein Vorstandsmitglied der GLSH in einem Schreiben, daß man seiner Meinung nach inzwischen auf Unvereinbarkeitsbeschlüsse verzichten könne. Vlotho habe gezeigt, „daß eine Bundesvereinigung nur dann erfolgreich sein kann, wenn wir auf Unvereinbarkeitsbeschlüsse verzichten und sie im Interesse des höheren Zieles (gemeinsame Kandidatur statt Spaltung) aufgeben“. In der BI-Bewegung habe er durch den KB zwar „Fremdbestimmung ... in schlimmster Form“ kennengelernt, die Wahlbewegung könne er kräftemäßig aber jetzt nicht „majorisieren“. Als Absicherung sollten sich Delegierte an die Beschlüsse und den Konsens ihrer Kreisverbände halten, — was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, möchten wir vom KB hier hinzufügen.

Erklärung der Demoleitung der Bonner Demo am 14.10.79

Wir begrüßen es, daß in den vergangenen Monaten einheimische und auswärtige Atomkraftgegner mit vielfältigen Aktionen die Bohrungen in Gorleben behindert und gestört haben. Dieser praktische Widerstand ist ein unverzichtbarer Teil unseres gemeinsamen Kampfes gegen das Atomprogramm.

Betreiber und Regierung versuchen mit Polizeieinsätzen, Verhaftungen und Strafverfahren, diesen Widerstand zu ersticken. Wir verurteilen diese Maßnahmen aufs Schärfste, insbesondere die Übergriffe gegen ca. 80 Teilnehmer des Trebeler Treffens am 25.8. beim Bohrloch 1003, als Polizei und BGS mit Schlagstock und Chemical Mace und mit provokativer Bewaffnung mit Maschinenpistolen gegen die Atomkraftgegner vorgingen und im Verlauf der Auseinandersetzung 5 Personen brutal fesselten und verhafteten.

Landwirte, die mit Treckern Bohrfahrzeuge blockierten und Atomkraftgegner aus Göttingen, die eine Autoblockade durchführten, sollen sich wegen schwerer Nötigung vor Gericht verantworten.

Wir erklären uns mit allen von der Kriminalisierung Betroffenen voll solidarisch.

Gleichzeitig unterstützen wir den Aufruf der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und des Trebeler Treffens, in dem alle Atomkraftgegner aufgefordert werden, bei Beginn der vorbereiteten Baumaßnahmen für die Tiefbohrungen, konkret dem Abholzen des Waldes, in den Landkreis zu kommen und dort den Widerstand aktiv zu unterstützen.

Neben diesem praktischen Widerstand vor Ort, wie er auch in Ahaus, Wyhl und anderen Standorten durchgeführt wird, und in Zukunft vor allem an den Standorten der geplanten Zwischenlager verstärkt nötig sein wird, halten wir eine Zusammenfassung des Widerstands gegen das gesamte Atomprogramm mit einer Großdemonstration in Bonn am 14.10.79 für notwendig. Wir sind überzeugt, daß diese Demonstration den Widerstand an allen Standorten den Rücken stärken wird.

Demonstrationsleitung am 2.9.79

Bundesweites Arbeitstreffen der Anti-AKW-BIs am 22./23.9.79 in Bochum

Die Demonstrationsleitung schlägt folgende Tagesordnung vor:

Beginn Sonnabend, 13.00 Uhr

1. Beitrag zur Frage der Kompaktlager (BI Ahaus)

2. Berichte der Bonner Demonstrationsleitung und des Trebeler Treffens

3. Arbeitsgruppen. Diskussion zu beiden TOPs.

Fortsetzung Sonntag:

Plenum. Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppen.

Beschlußfassungen

Bericht eines Gefangenen aus Fuhlsbüttel über seine Mißhandlung

Santa Fu, Hamburg, 27.8.79

zu Boden geschlagen, getreten und wurde erheblich verletzt (besonders rechte Toraxseite, handtellergröße

hiermit bitte ich um Kenntnisnahme

Bericht eines Gefangenen aus Fuhlsbüttel über seine Mißhandlung

Santa Fu, Hamburg, 27.8.79

zu Boden geschlagen, getreten und wurde erheblich verletzt (besonders rechte Toraxseite, handtellergröße Blutergüsse von Fußtritten an Oberarm und Rücken.)

hiermit bitte ich um Kenntnisnahme

über den von Dr. Stark (Anstaltsleiter) hier praktizierten „humanen“ Strafvollzug.

Ich befinde mich seit dem 17.8.79 in totaler Isolation in der hiesigen Anstalt auf der Arreststation DI.

Am 17.8.79, nachdem ein mit mir befreundeter Mitgefangener auf Verdacht „Rauschzustand“ in den Arrest verschleppt wurde, kamen mehrere Wärter in meinen Haftraum, holten mich aus dem Bett und verschleppten auch mich auf die Isolierstation — Verdacht angeblich „Rauschzustand“.

Ich protestierte und verlangte eine Blut- und Urinabnahme von mir, um später einen Beweis zu haben. Dies wurde vom Sanitäter und später auch von der Ärztin abgelehnt.

Stattdessen wurde ich aufgefordert — wegen meiner hartnäckigen mündlichen Proteste — in die berüchtlichste Zelle (Beruhigungszelle) zu gehen. Ich verweigerte das, weil ich wußte, daß dort mit an Perversität grenzenden Mitteln die Gefangenen „gefügt“ gemacht werden.

Bei extrem unterschiedlichen Temperaturen wird der Gefangene auf einem eingemauerten Betonsockel meist angebunden und ist den Aggressionen der Wärter ausgesetzt. Als ich mich weigerte, in die Zelle zu gehen, stürzten sich wenig später sechs oder acht Wärter auf mich, bewaffnet und ausgerüstet mit Schlagstöcken, Helmen und Schutzschildern. Ich wurde

Dann wurde ich in die Glocke geschleppt. Dabei schlugen und traten die Wärter weiter auf mich ein, was durch Zufall mehrere Mitgefangene beobachteten und auch später zu Protokoll gaben.

Eine von mir sofort verlangte ärztliche Untersuchung wurde von der Anstaltsärztin Dr. Hummelhof mit den Worten abgelehnt: „Er macht ja einen angestimmten Eindruck“.

Meine Verletzungen wurden flüchtig untersucht. Behandelt wurde ich nicht. Erst drei Tage später wurde ich auf mein Drängen vom Sanitäter behandelt und meine gesamten Verletzungen zu Protokoll gebracht. Bisher wurde ich weder der Anstaltsleitung vorgeführt, noch hatte ich Gelegenheit, mit einem Insassenvertreter meiner Wahl zu sprechen.

Die Taktik der Anstaltsleitung ist klar: Solange noch Verletzungen zu sehen sind, werde ich nicht vorgeführt, weder zum sogenannten Hausstrafreport, noch zum Anstaltsleiter. Es ist auch bis heute (27.8.) — zehn Tage nach dem Vorfall — noch nicht eröffnet worden, warum und für wie lange ich auf der Isolierstation bin.

Auch weiterhin bin ich Schikanen und Repressalien der Wärter ausgesetzt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann ich „zufällig hin falle“, so der Beamtenjargon für erneute Mißhandlungen.

Herbert Speckowius

Schweden: Asyl für den Schah?

Am 22.8. berichteten mehrere Zeitungen (u.a. die Hamburger „Morgenpost“), der Schah beabsichtige, sich in Schweden niederzulassen. Der schwedische König ließ verlauten, er habe nichts gegen den Schah.

Am selben Tag nahm praktisch die gesamte schwedische Presse Abstand von dieser Meldung. Eine Stellungnahme der Regierung unterblieb, angeblich deshalb, weil weder der Schah selbst, noch irgendein Mittelsmann einen Asylantrag gestellt habe. „Es ist absolut undenkbar, daß der Schah vom Iran ein Asyl in Schweden bekommt“, schrieb Dagens Nyheter. „Ein Asyl in Schweden würde unfähig dazu führen, daß Schweden mit den jetzigen Machthabern im Iran in Konflikt kommen würde. Schweden braucht Öl aus dem Iran und die schwedische Wirtschaft hofft auf neue und größere Chancen im Iran, wenn die Verhältnisse im Lande sich stabilisieren.“ (...) Ein Asyl für den Schah in Schweden würde außerdem einen innenpolitischen Sturm auslösen. Keine Partei will diese Frage mitten im Wahlkampf haben.“ (DN, 22.8.79).

Ohne der schwedischen Bourgeoisie zu unterstellen, die Meldung über den Asylantrag sei eine von ihr geschickt lancierte „Ente“, so muß man doch feststellen, daß die Gelegenheit der „Dementis“ geschickt genutzt wurde, um deutlich zu machen, was sie sich in Zukunft vom Iran erhofft. Nachdem der Schah gestürzt wurde, sind die im Iran vertretenen fast vierzig Firmen sämtlich im Lande geblieben, als die Mehrzahl der Firmen aus den imperialistischen Staaten ihre Koffer packten. „Die heutigen Machthaber (des Iran) scheinen Geschäfte mit kleinen Staaten wie Schweden lieber zu machen, als ein intimes Verhältnis mit einer Supermacht wie den USA einzugehen“, schrieb Dagens Nyheter am 4.8., als der schwedische Elektrokonzern ASEA (in Schweden Betreiber der AKWs) gerade das erste nach der Vertreibung des Schahs vom Iran abgeschlossene Auslandsgeschäft gemacht hatte. Es handelt sich um einen Auftrag über die Lieferung von Transformatoren über ca. 120 Mill. SKr. (ungefähr 55 Mill. DM). Skandinavien-Kommission

„Fahrplan“ zur grün/bunten Diskussion

- 15./16.9. Bildung eines gemeinsamen Vorbereitungsausschusses für den Bundeskongreß am 4.11.. Teilnehmen sollen Vertreter des Vorstandes der Grünen sowie der Bunten/Alternativen Listen (BuLi Hamburg, AL Westberlin, BuLi NRW, GLH, usw.).
- 22./23.9. „Ökoseminar“ (gemeinsame Treffen zur Diskussion über programmatische u.a. Fragen), voraussichtlich in Osterode, Anmeldung: GLU Hannover, 0511/888366
- 22./23.9. „Ökoseminar“ für Bayern und Baden-Württemberg in Neu-Ulm. Anmeldung: AUD München, 089/524275
- 6./7.10. gemeinsames, offenes Treffen für Grüne und Bunte/Alternative (bundesweit) in Bielefeld, 0521/179542
- 6.10. Gemeinsamer grün/bunter Wahlkongreß in und für Bayern, Ort: München
- 7.10. voraussichtlich: Gründung eines Landesverbandes der Grünen in Bayern
- 13.10. 2. Treffen des Vorbereitungsausschusses für den Bundeskongreß am 4.11..
- 3.11. Bundesversammlung der Grünen (Gäste zugelassen), Anmeldung beim Vorstand der Grünen in Bonn, 02221/233021
- 4.11. gemeinsamer Bundeskongreß der Grünen und Bunten/Alternativen Listen und Initiativen, Anmeldungen beim Vorbereitungsausschuß
- Januar '80 nach den Vorstellungen der Grünen: endgültige Parteigründung.

- 4.11. gemeinsamer Bundeskongreß der Grünen und Bunten/Alternativen Listen und Initiativen, Anmeldungen beim Vorbereitungsausschuß
- Januar '80 nach den Vorstellungen der Grünen: endgültige Parteigründung.

AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER

Landesverband Hamburg
Holländische Weide 19 • 2008 Hamburg 30

AUD

Huff 390 1753
860 9737

PRESSE — MITTEILUNG

Auf der Außerordentlichen Landesversammlung der AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER - AUD - Landesverband Hamburg am 29. August wurde folgende Entschließung von den anwesenden Mitgliedern angenommen:

Wir stimmen der Einigung aller ökologischen und alternativen Gruppierungen auf breiter Plattform für eine gemeinsame Beteiligung an der Bundestagswahl 1980 zu.

Die Mitglieder der Hamburger AUD erinnern nachdrücklich an gemeinsame Empfehlungen der Grünen, Bunten, Alternativen (u.a. in Kassel, Vlotho), wonach zu Gunsten einer gemeinsamen Liste bei der Bundestagswahl 1980 auf eine vorzeitige Gründung der GRÜNEN verzichtet werden soll.

Nachträglich vertreten wir als Basisdemokraten der AUD — und aus Sorge um eine verhängnisvolle Aufspaltung in Grüne, Bunte, Alternative — wie in Bremen, folgende Punkte:

1. Mit einer übereilten Gründung einer bundesweiten Partei „DIE GRÜNEN“ zum jetzigen Zeitpunkt wird die Verwirklichung einer gemeinsamen Liste für 1980 aus Grünen, Bunten, Alternativen, nicht erleichtert, sondern erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.
2. Eine ökologische und basisdemokratische Ausrichtung im Wahlkampf wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn Grüne, Bunte, Alternative zu einem fairen Kompromiß bei der Kandidatur kommen.
3. Ein gemeinsames Auftreten von Grünen, Bunten, Alternativen wird nur dann sinnvoll und möglich, wenn alle Bündnispartner gleichberechtigt miteinander, ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Mißtrauen, Rivalität, in ganzer Vielfalt, auf das gemeinsame Ziel hinarbeiten.
4. Nur eine gemeinsame Liste hat unseres Erachtens bei der Bundestagswahl 1980 Aussicht, die 5%-Hürde zu überspringen.
5. Um weitere Spekulationen um eine bundesweite Parteigründung „DIE GRÜNEN“ zu begegnen, schlagen wir als möglichen Listennamen — in Anlehnung an die grün-bunte Einheit in Münster — GRÜNE ALTERNATIVE LISTE — Initiativen für Demokratie und Umweltschutz für die Bundestagswahl vor. Die Anerkennung einer solchen Liste laut Parteiengesetz muß juristisch rechtzeitig geklärt werden. Anschließend wurden von der Versammlung die Mitglieder benannt, die befugt oder beauftragt sind, mit den verschiedenen Gruppen in Verbindung zu treten.

Hamburg, 30. August 1979

„Grüne“ zwischen Spaltung und Einheit

Fortsetzung von Seite 1

In diese Richtung drängen vor allem die ganz rechten „Grünen“ um Gruhl und Teile von der Grünen Liste Schleswig-Holstein, die auch offen erklärt hatten, daß es „keine Berührungspunkte zu den Bunten“ gebe.

Wie es scheint soll hier nach dem „Bremer Modell“ bundesweit ein „grüner“ Alleingang organisiert werden, wobei es nur noch darum geht, die „Bunten“ und „Alternativen“ möglichst lange hinzuhalten und Spaltung in deren Reihen zu tragen. Von einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den linken Kräften der Wahlbewegung scheinen die „Grünen“ immer noch sehr weit entfernt. Die Vorbereitungsphase bis zum 4. November bietet allerdings noch Zeit für lebhaftes Auseinandersetzen, um diese Spaltung vielleicht doch noch abzuwenden.

Schluß mit dem Völkermord an Kurden!

Luftangriffe auf kurdische Städte und Dörfer, Massenhinrichtungen kurdischer Kämpfer und Intellektueller, Hunderte von Verhaftungen, zahlreiche gefallene und verwundete Peshmergas – das ist die blutige Bilanz des totalen Krieges gegen die kurdische Bevölkerung, angeordnet von dem „Führer der iranischen Revolution“ und selbsternannten obersten Kriegsherrn und Richter, Ayatollah Khomeiny.

Bisher allerdings konnte trotz der Einnahme einiger kurdischer Städte der Widerstand des kurdischen Volkes nicht gebrochen werden. Das geht selbst aus den iranischen Rundfunk- und Pressemeldungen hervor, die inzwischen vollständig zensiert werden. Aus Oppositionskreisen in Teheran erfuhren wir am 31.8. telefonisch, daß die Lage für die Kurden sehr gut aussieht und daß ihr Widerstand groß und erfolgreich sei, trotz der Mobilisierung der Armee und der Entsendung vieler Einheiten der „Revolutionsgarden“ in das Gebiet. Der erfolgreiche Widerstand der Kurden hätte sehr vielen Menschen wieder Hoffnung gegeben.

Problematisch sei allerdings wegen der totalen Zensur der Presse und des Verbots von 41 oppositionellen Zeitungen die Information der iranischen Bevölkerung, die wegen der einseitigen Berichterstattung die offiziellen Meldungen entweder glaubt oder aber in ihrer Meinung unsicher wird. Die Linken können derzeit nur über Flugblätter und Fotokopien ihre Standpunkte propagieren, da keine Druckerei mehr bereit ist, Zeitungen zu drucken.

Am 18.8. erklärte Khomeiny den Kurden den totalen Krieg und ordnete die Generalmobilmachung an. Zum Anlaß nahm Khomeiny die angebliche Besetzung der Garnison in Sanandaj – von der allerdings weder das in Kurdistan stationierte

misches Reaktion durchgeführt wurden – waren auch in der Vergangenheit immer wieder Anlaß für bewaffnete Auseinandersetzungen, insbesondere im April und Mai in Marivan, Mahabad, Sanandaj und Naghadeh. Die Kurden hatten sich von der iranischen Revolution, die sie entscheidend mitgetragen haben, wirkliche Demokratie, soziale Verbesserungen wie eine Landreform und innere Autonomie versprochen. Allen Versuchen der Zentralgewalt, ihre Herrschaft in Kurdistan zu etablieren und eine neue Diktatur zu errichten, hatten sich die Kurden von vorneherein widersetzt. Gerade in Kurdistan haben fortschrittliche und revolutionäre Kräfte großen Einfluß in der Bevölkerung, neben der Demokratischen Partei Kurdistans sind das vor allem die Volksfedayin und die Liga für die Emanzipation der Werktätigen Kurdistans.

Gelänge es der Zentralgewalt, den Widerstand der kurdischen Bevölkerung zu brechen, so wäre dies ein schwerer Schlag gegen alle um innere Autonomie kämpfenden iranischen Völker und gegen alle demokratischen und revolutionären Kräfte im Iran. Vorbereitet bzw. begleitet wurde der Angriff auf Kurdistan durch das Schaffen eines Klimas des Terrors in Teheran. Auftakt dazu war die Schließung der Druckerei von „Ayandegan“, „Ayandegan“ war die größte fortschrittliche Tageszeitung Irans, in ihrer Druckerei wurden eine ganze Anzahl kritischer und linker Zeitungen gedruckt. Diesem Angriff folgte die Erstürmung der Büros revolutionärer Gruppen in Teheran durch falangistische Störtrupps, die im Namen Khomeinys und ganz offensichtlich zumindest von ihm geduldet, fortschrittliche Kräfte terrorisierten. Von diesen Störtrupps wurden alle Straßen Teherans von linken Buch- und Zeitungsverkäufern gesäubert, Bücherläden wurden gestürmt. Es folgte das Verbot der revisionistischen Tudeh-Partei, der Volksfedayin und der Demokratischen Partei Kurdistans. Insgesamt 41 kritische oder oppositionelle Zeitungen wurden verboten. Die Regierung erließ die Anordnung, alle während des Aufstands im Februar besetzten Organisationsbüros zu räumen. Betroffen hiervon ist auch die fortschrittliche Organisation der religiösen Volksmodjahedin, die fast zehn Jahre lang im Untergrund den bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime geführt hat. Die Volksmodjahedin hatten zunächst – im Gegensatz zu allen anderen Gruppen – die Erstürmung ihres Hauptquartiers durch die falangistischen Störtrupps abwehren können. Sie haben – nach einer Vermittlung des „fortschrittlichen“ Ayatollah Taleghani – jetzt der Anordnung der Regierung Folge geleistet.

Gegen den Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans, Ghassemloo, und gegen das religiöse Oberhaupt der sunnitischen Kurden, Ayatollah Ezzedin Hussein, hat Khomeiny Haftbefehl erlassen und ihre Auslieferung verlangt. Die Begründung Khomeinys: Ghassemloo und Hussein seien korrupt und hätten die Ermordung von Menschen angeordnet („Frankfurter Rundschau“, 20.8.79). Bei der Demokratischen Partei Kurdistans handelt es sich seiner Meinung nach um eine „satanische Partei“, die Verbindungen zu Zionismus und Imperialismus unterhalte – ein Vorwurf, den Khomeiny für die gesamte Linke erhebt („FR“, 21.8.).

In den Städten, die die Revolutionsgarden erobern konnten (bis-

her konnten nur Teile der Armee eingesetzt werden), Paveh, Saqqez, Sanandaj und Marivan, haben die Khomeiny-Anhänger ein wahres Terror-Regime errichtet. Hunderte wurden verhaftet, allein nach offiziellen Angaben wurden mehr als 40 Kurden exekutiert, die meisten nach dem Richterspruch des berüchtigten ultrareaktionären Ayatollah Khalkhali, der eigens zu diesem Zweck von Khomeiny als oberster Revolutionsrichter Kurdistans eingesetzt worden ist. Die Hingerichteten haben sich „gegen Gott und den Propheten“ schuldig gemacht, so die Begründung der Terrorurteile Khalkhalis.

Alle fortschrittlichen Gruppen Kurdistans haben sich unmittelbar nach der Generalmobilmachung am 22.8. zur „Vereinigten Front“ zusammengeschlossen, die notfalls den totalen Krieg gegen die Zentralgewalt führen will. Nach Angaben von „Le Monde“ (24.8.) gehören der „Vereinigten Front“ folgende Organisationen an: die „Demokratische Partei Kurdistans im Iran“, die „Demokratische Partei Kurdistans im Irak“ (Zweig von Massud Barazani, Sohn des Kurdenführers Barazani), „Sozialistische Partei Kurdistans“ (Talabani), der kurdische Zweig der Organisation „Volksfedayin“, verschiedene Bauern- und Berufsorganisationen (vermutlich handelt es sich dabei u.a. um die „Liga für die Emanzipation der Werktätigen Kurdistans“, die in vielen Bauernräten arbeitet), mehrere kurdische Stämme.

Inzwischen wird immer wieder von Kontakten zwischen den Kurden und der Regierung bzw. Khomeiny gesprochen. Der Generalsekretär der Demokratischen Kurdischen Partei, Ghassemloo, hat dazu erklärt, daß seine Partei keine direkten Verhandlungen mit der Regierung führen würde, daß aber auf Vermittlung des iranischen Arbeitsministers Darius Foruhar (der im übrigen bei allen fortschrittlichen Menschen als Faschist gilt, u.a. hat er sich zur Terrorisierung streikender Arbeiter oder nur sich beschwerender Arbeiter eine Schwarzheindruppe aufgestellt!) eine Delegation des Stadtrates von Mahabad nach Teheran geschickt werde („Le Monde“, 26./27.8.79).

Angeblieh darf die Delegation erst verhandeln, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind:

- keine neuen Hinrichtungen von Kurden
- Freilassung aller kurdischen Geiseln und Gefangenen
- keine Entsendung weiterer Truppen nach Kurdistan.

Dies erklärte jedenfalls Ghassemloo auf einer Massenkundgebung in Mahabad („Neue Züricher Zeitung“, 28.8.79). Es fragt sich nur, weshalb sich dann die kurdische Delegation schon in Teheran befindet, sich mit dem nun wirklich für seine äußerst faulen Kompromisse bekannten Ayatollah Taleghani getroffen hat und dem Kurdenschlächter Khomeiny gegenüber Ergebnissadressen abgegeben hat. Wir hoffen, gerade angesichts der schwierigen Lage, in der sich die kurdische Bevölkerung befindet, daß die Demokratische Partei Kurdistans (die den Stadtrat in Mahabad maßgeblich beeinflusst, wenn nicht kontrolliert) sich nicht auf faule Kompromisse einläßt und die jetzigen Erfolge im bewaffneten Kampf allzu billig verkauft, womöglich hinter dem Rücken der „Vereinigten Front“. Khomeiny hat bisher keinen Zweifel daran gelassen, daß er nicht verhandeln, sondern vernichten will.

Nahost-Kommission



Leserbrief eines iranischen Genossen

Zu unserer Berichterstattung im Arbeiterkampf 159 über die erneute Verfolgung iranischer Studenten durch den westdeutschen Staatsapparat erhielten wir den folgenden Leserbrief. Nach Bekanntwerden einer Liste mit Namen von 348 SAVAK-Angehörigen in der Bundesrepublik hatten iranische Studenten der CISNU und der CIS einige dieser Spitzel aufgesucht und verhaftet. In den Tagen nach den Verhören wurden zahlreiche iranische Studenten verhaftet, besonders betroffen in Hamburg waren Mitglieder der CIS. Wir danken dem Genossen für die Informationen.

Nahost-Kommission

„Als Vorstandsmitglied der CISNU habe ich mit Bedauern festgestellt, daß der „Arbeiterkampf“ Anti-SAVAK-Aktionen einiger weniger CIS-Mitglieder in Hamburg unkritisch darstellt, und damit für eine Organisation politische Propaganda betreibt, die seit Jahren als eine reaktionäre studentische Organisation aus den Reihen der fortschrittlichen iranischen Studenten hinauskatapultiert worden ist.“

Daß einige junge Mitglieder dieser Organisation gegen die SAVAK-Agenten Sensibilität zeigen, ist zu begrüßen. Allerdings haben gerade SAVAK-Angehörige als Vorstandsmitglieder der CIS die Politik dieser Organisation nach Interessenlage des Schah jahrelang bestimmt.

Vor 5 Jahren mußte diese Fraktion aus den Reihen der CISNU ausgeschlossen werden, weil sie eine schahfreundliche Politik innerhalb der CISNU betreiben wollte. Nach dem Motto des großen Lehrmeisters (China) meinten diese Leute auch, daß der Schah eine antiimperialistische Ökopolitik innerhalb der OPEC verfolge, daß die Großmachtspolitik des Schahregimes gegen die „Supermächte“ gerichtet sei, daß die militärische Intervention des Schahregimes in Oman gegen die sowjetischen „Sozial-Imperialisten“ gezielt sei, daß die Vernichtung vieler Revolutionäre in den Schahfolterkern kein Anlaß wäre, gegen den Tyrannen politische Aktionen zu veranstalten und daß sich die iranischen Studenten politisch so verhalten sollten, daß sie bei einer Rückkehr nach Iran nicht der Ver-

folgung durch die SAVAK ausgesetzt wären.

Es war klar, daß die fortschrittlichen iranischen Studenten mit dieser Fraktion keine Gemeinsamkeiten haben konnten, da diese nicht eine Politik des aktiven Widerstands führten, sondern die Psalmen der Niederlage predigten.

Nach dem Ausschuß aus der CISNU verfolgte diese Gruppierung sehr aktiv ihre reaktionäre Politik. In Schweden protestierte sie mit einer faschistischen Gruppe gegen die Menschenrechtspolitik der Sowjetunion, und in Deutschland haben sie sich zusammen mit den Vaterlandsverteidigern für NATO und Strauß starkgemacht. Die Organe dieser Gruppe haben zuerst die Politik propagiert, daß mit dem Schah die Realisierung der demokratischen Verhältnisse in Iran möglich sei. Später haben sie die politische Linie des vom Schah eingesetzten Ministerpräsidenten Bakhtiar gutgeheißen. Als aber der Sieg des Khomeini sicher war, sind sie die besten Mohammedaner geworden. Seitdem kann man sie oft im islamischen Zentrum an der Alster (Moschee) treffen.

Die heutige Politik dieser Gruppe zeigt eine undifferenzierte Haltung gegenüber der Regierung Basargan. Die Alleinherrschaft der Mullahs wird stillschweigend geduldet und die Greuelthaten der religiösen Fanatiker werden kritiklos als revolutionäre Aktionen hochgejubelt. Nach der Expansion der Terrorwelle in Kurdistan, nach dem Verbot der progressiven Organisationen und nach der Vernichtung der demokratischen Freiheiten des Volkes seitens der Mullahs in Iran, steht diese Organisation hinter den reaktionären Kräften und klatscht sogar Beifall, als die Tudehpartei (eine Moskau-treue Organisation) verboten wurde.

Für uns ist klar, daß diese Organisation weiterhin eine reaktionäre Politik betreibt und als solche mit der antiimperialistischen Organisation der iranischen Studenten CISNU nichts gemeinsam hat.

Ich habe diesen Leserbrief geschrieben, weil ich der Meinung bin, daß die Leser des „Arbeiterkampfes“ einen Anspruch auf diese Informationen haben.

mit solidarischen Grüßen
Manu S.

23.8.79



Militär noch der Gouverneur der Provinz Kurdistans etwas wußten – und die Kämpfe um die Stadt Paveh. Ein paar Tage vor der Kriegserklärung Khomeinys hatten kurdische Kämpfer für ein paar Tage die Stadt unter ihre Kontrolle gebracht. Diese „Rebellion“ war von den Revolutionsgarden und den Großgrundbesitzern provoziert worden. Diese hatten nämlich den einzigen Arzt und die einzige Krankenschwester des Dorfes erschossen, die bei Kämpfen verwundeten Bauern helfen wollten – wahrscheinlich handelte es sich dabei um bewaffnet ausgelegte Konflikte zwischen Großgrundbesitzern und armen und landlosen Bauern. Diese Provokation war der Grund für das Eingreifen bewaffneter kurdischer Kräfte (nach einem Flugblatt der „Vereinigung der Kurdischen Studenten in Europa“).

Provokationen der Revolutionsgarden und -komitees – die zumeist in Zusammenarbeit mit der einhei-

den Krieg in Kurdistan und die Errichtung eines despotischen Regimes im Iran. Aufgerufen hatten der AStA der Universität Frankfurt und kurdische Gruppen.

Bonn: Mit über 1000 Teilnehmern fand am 25.8. in Bonn eine nationale Demonstration, zu der die CISNU aufgerufen hatte, statt. Die zentralen Forderungen waren: „Schluß mit dem Völkermord an den Kurden“, „Für das Selbstbestimmungsrecht der iranischen Völker“, „Für uneingeschränkte Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit im Iran“. Auf der

abschließenden Kundgebung vor der iranischen Botschaft sprachen Vertreter der CISNU, der kurdischen Studentenvereinigungen in Europa (KSSE) und ein Vertreter von ATIF/ATÖF, der sich mit den Zielen der Demonstration solidarisierte. Zur gleichen Zeit fand im Bonner Hofgarten eine Veranstaltung kurdischer Organisationen statt, an der sich etwa 100 Menschen beteiligten. Erschreckend war die Tatsache, daß die Beteiligung der westdeutschen Linken mehr als mangelhaft war. So waren von den 1000 Menschen bei der CISNU-Demonstration nur etwa 50 Westdeutsche!!!

U. + H. + L. aus Bonn

Protestaktionen

Berlin: Am 28.8. besetzten etwa 30 kurdische Genossinnen und Genossen der „Vereinigung der Kurdischen Studenten in Europa“ das iranische Generalkonsulat in Westberlin, um gegen den von Khomeiny angeordneten Völkermord an den iranischen Kurden zu protestieren.

Tags zuvor hatten Genoss(inn)en der AKSA (Association of Kurdistan Students Abroad) im iranischen Generalkonsulat ebenfalls gegen das brutale Vorgehen der iranischen Machthaber in Kurdistan protestiert.

Frankfurt: Hier demonstrierten am 25.8. etwa 1.500 Menschen gegen

Aktionen zum Antikriegstag



Vor der im 2. Weltkrieg ausgebombten Nikolaikirche in Hamburg versammelten sich am 1.9. rund 2000 Menschen zur DGB-Kundgebung

BONN: An der zentralen Demonstration und Kundgebung des KOFAB in Bonn beteiligten sich ca. 15.000 Menschen (laut Polizeibericht 12.000, KOFAB gab eine Zahl von über 20.000 bekannt). Als Redner traten u.a. Pastor Niemöller, Lottemi Doormann und Manilow auf.

Als besonders auffällig wurde uns der niederländische Block von Neutronenbomben-Gegnern geschildert. Er soll sich aus dem sonst eher „laschen“ Bild der Demo herausgehoben haben.

Nach den bisher vorliegenden Berichten kam es dort zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen, vergleichbar mit denen der letzten Jahre gegen Linke.

DORTMUND: Während noch am Nachmittag auf einer DGB-Kundgebung

DORTMUND: Während noch am Nachmittag auf einer DGB-Kundgebung die Stimmung eher „flau“ war, als Ministerpräsident Rau, Bürgermeister Samtlebe und DGB-Landesvorsitzende der Bleicher vor etwa 2.000 Teilnehmern ihre Sonntagsreden hielten, wurde es abends in der Westfalenhalle stürmischer: Ca. 16.000, vorwiegend Jugendliche, waren gekommen! Die Stimmung war insgesamt großartig. Überall in der Westfalenhalle hingen linke Anti-Strauß-Transparente. Als der Name Vetter das erste Mal erwähnt wurde, erklang einbrausendes Pfeifkonzert. Vetter, der aus gegebenem Anlaß auf jugendlich machte und ohne Schlipps erschien, ließ es sich nicht nehmen, die Anwesenden zu provozieren: Es reiche nicht aus, Strauß nur als Faschisten zu bezeichnen (Pfeife, Buhrufe ...), der Hitler-Stalin-Pakt hätte den 2. Weltkrieg ermöglicht (Pfeifkonzert), die Arbeiter könnten den 3. Weltkrieg ohnehin nicht gewinnen (Pfeifkonzert ...). Ansonsten stellte Vetter fest, daß er bereits seit zehn Jahren für eine verstärkte Friedensforschung eintritt ...

HAMBURG: An der Kundgebung des DGB beteiligten sich ca. 1.500 Menschen. Es sprachen der DGB-Vorsitzende des Landesbezirks Nordmark, Jan Siercks, der Bürgermeisterspräsident und ehemalige Bürgermeister, Peter Schulz, und der bekannte Antifaschist Axel Eggebrecht.

Jan Siercks hielt eine der bekannten und langweiligen Sonntagsreden. Peter Schulz schloß sich dem an, provozierte die überwiegend linken Kundgebungsteilnehmer jedoch an einigen Stellen. So dankte er z.B. Konrad Adenauer ausdrücklich dafür, daß es heute einen „freien Teil Deutschlands“ gibt, mit „ausgeprägter Demokratie“, was darin gipfelte, daß er die Jugend aufforderte, sich an der unter Adenauer eingeführten Bundeswehr zu beteiligen! Und das am Anti-Kriegstag! Offenkundig hat diese Sorte Sozialdemokraten jedes Schamgefühl verloren. Die Quittung war ein gellendes Pfeifkonzert. Ebenso provokativ war die Aufforderung, aus-

gerechnet in den israelischen Kibbuzen die Völkerverständigung zu lernen.

Wiedergutmachung leistete dann Axel Eggebrecht. Er wies auf die verlogene (Vietnam-)Flüchtlingskampagne derjenigen hin, die den Krieg der Imperialisten gut geheißenen haben und fragte dann die gleichen Leute, wo denn ihre uneingeschränkte Unterstützung für das Volk von Nicaragua bleibt. Weiter sprach er sich für eine intensive Diskussion der Fehler vor 1933 aus, wobei er anführte: „Ohne Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie geht es nicht, sonst fallen sie genau wie 1933 das nächste Mal wieder um, denn die neue Reaktion marschiert.“ Gegen diese neue Reaktion sei es notwendig, daß Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam kämpfen.

Hierfür erhielt er den fast ungeteilten Beifall aller Teilnehmer.

Hierfür erhielt er den fast ungeteilten Beifall aller Teilnehmer.

HAMBURG-HARBURG: Gemeinsam wurden die SO/ZDL, die Anti-AKW-BI, der Antifa-Arbeitskreis sowie Einzelpersonen aktiv. Mit kleineren Aktionen in der Innenstadt begannen sie eine Unterschriftensammlung für den Abriß eines Militaristen-Denkmal, was bereits erste Reaktionen auslöste: Die Junge Union distanzierte sich per Flugblatt von der Aktion, die örtliche Presse griff die Aktion eher sachlich auf. Zu einer Filmveranstaltung im Freizeitzentrum kamen ca. 50 Besucher.

KIEL: In Kiel folgten ca. 1.000 Menschen einem Aufruf der Stadt Kiel zu einer Demonstration und Kundgebung. Fast alle örtlichen Gruppen haben diesen Aufruf mit einem eigenen unterstützt (DGB, DAG, DFI, Zentrumsfrauen, SDAJ, LDU, SB, KPD/ML, KAB, D, Jusos etc.). Besonders auffällig war der Block der DAG, der sich mit hübsch zurechtgemachten Transparenten und Plakaten insbesondere gegen das Kriegsspielzeug wandte. Nach der Kundgebung wurde von der DAG auch noch eine entsprechende Anti-Kriegsspielzeug-Aktion gemacht.

Darüberhinaus fanden mehrere kleinere Veranstaltungen im Rahmen des Antikriegstages statt. Das Frauenzentrum lud zu einer Diskussionsrunde „Frauen zum Bund?“ ein, zu der etwa 20 Interessierte erschienen. Auf einer Veranstaltung verschiedener DKP-naher Organisationen erschienen ca. 150 Leute. Die LDU zeigte zusammen mit den Judos und mehreren Kinderinitiativen den Film „Im Namen des Führers“. Etwa 60 Besucher kamen. Von der „Deutsch-Polnischen-Gesellschaft“ wurde eine Lesung veranstaltet, zu der 50 Interessierte erschienen.

NEUMÜNSTER: Eine ungewöhnlich breite Aktionseinheit hat eine Film-

veranstaltung mit etwa 280 Zuschauern und eine Demonstration, an der sich etwa 500 Leute beteiligten durchgeführt. Darüberhinaus fand noch ein fortschrittlicher Jugendgottesdienst zum Thema statt. Besonders auffällig war auf der Demonstration ein lebhafter Block mit türkischen und persischen Kollagen.

Die Parole „Graue Wölfe raus aus Neumünster“ war eine der meistgerufenen. Beliebt war auch die Parole „Strauß und Carstens üben fleißig für ein neues 33“. Auf Transparenten wurde die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt gefordert. Frauen wandten sich gegen eine Einberufung zur Bundeswehr. Auf der Abschlußkundgebung spielte dann die Gruppe „Eulenspygel“ mit antimilitaristischen Liedern auf.

WESTBERLIN: In Westberlin fand eine DGB-Demonstration mit etwa 5.000 Teilnehmern statt, an der sich hauptsächlich SEW-nahe Kreise beteiligt haben. Ein Hammer war, daß die Junge Union sich völlig ungehindert mit einem provozierenden Transparent „Gegen Kommunismus - gegen Faschismus“ dem Demo-Zug anschließen konnte. Die „KPD“ konzentrierte sich darauf zu fordern: „Vietnam raus aus Kambodscha“. Am 1.9. fand eine Veranstaltung statt, zu der u.a. VVN, Jusos, kirchliche Gruppen und die FDP-Tiergarten aufgerufen hatten. Daran beteiligten sich ca. 2.300 Menschen.

Im Rahmen der „Kreuzberger Festtage“ wurde eine Antikriegsfete von mehreren tausend Teilnehmern gut besucht.

GÖTTINGEN: In Göttingen hat ein breites Bündnis von SO/ZDL, Gewaltfreie Aktion, DFG/VK, KB, AG „Frauen und Bund“, SLH, kirchliche und anderen Gruppen die Durchführung einer Antikriegswoche begonnen. Bisher wurden zwei Filme vor 70 bzw. 150 Zuschauern gezeigt. Zu einer Kulturveranstaltung erschienen ebenfalls 150 Leute. Außerdem wurde ein gut besuchter fortschrittlicher Gottesdienst abgehalten. Eine Ausstellung „Nie wieder Krieg“ wurde von bisher ca. 500 Besuchern, darunter sieben Schulklassen besucht. Am 1.9. fanden in der Innenstadt mehrere Aktionen statt, die viel Aufsehen erregten.

KASSEL: Etwa 300 Zuhörer waren zu einer Saalveranstaltung des DGB-Kassel erschienen. Ein Schweigemarsch, der vom DGB geplant war, fiel aus.

FRANKFURT: In Frankfurt waren Bemühungen der Linken, eine De-

monstration, eventuell sogar gemeinsam mit dem DGB, zu veranstalten, gescheitert. Der DGB veranstaltete am 1.9. nachmittags kleinere Einzelveranstaltungen, u.a. eine Podiumsdiskussion mit Jacob Moneta und Georg Benz, beides Autoren der vom DGB-Vorstand verbotenen Antikriegsbroschüre. Während Moneta gegen das Verbot der Broschüre protestierte, äußerte sich Georg Benz (IGM-Vorstand) vor etwa 300 Zuhörern, er würde es bedauern, daß dieses Verbot als Politikum hochstilisiert würde.

Zu einer Saalveranstaltung des DGB am Abend erschienen dann ca. 500 Zuhörer. Der DGB-Landesvorsitzende Richter forderte in einer Rede u.a.: man müsse hier mit der Abrüstung beginnen, Nicaragua brauche unsere Solidarität. Er erinnerte noch einmal an die Situation 1933 und verglich das Demonstrationsverbot gegen „Rock gegen Rechts“ durch Wallmann mit dieser Zeit.

Gemeinsam von GLU, GLH, vom Stadtschülerat, den Jusos, dem SB, dem KB und dem AStA wurde ein Flugblatt herausgegeben, in dem sich vom Entspannungsschwindel abgegrenzt, vor der „Ölkrisegefahr“ gewarnt und die Vernichtung aller ABC-Waffen gefordert wurde. Vormittags wurden von diesem Kreis in der Innenstadt Aktionen gegen Kriegsspielzeug gemacht, die viel Anklang in der Bevölkerung fanden. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Liedersänger Lerryn.

Die KPD-Vaterlandsverteidiger versuchten sich erneut mit ihren reaktionären „Hauptfeind SU“-Parolen einzuschleichen, konnten in dem Bündnis aber nicht landen.

MANNHEIM: In Mannheim riefen der Oberbürgermeister, sämtliche Parteien (!), die Kirchen und die Gewerkschaften zu einem Schweigemarsch auf, an dem sich ca. 1.000 vorwiegend Jugendliche beteiligten. Die DKP stellte mit ihrem Bündnispartnern einen großen Block. Beteiligt waren aber auch alle anderen Mannheimer linken Gruppen. Zum Abschluß der Demonstration wurden mehrere Reden gehalten und einige antifaschistische Lieder gesungen.

Am Rande der Demonstration tauchten verschiedene Neofaschisten auf, die auf einem Flugblatt „Freiheit für Heß“ forderten. Beherzte Antifaschisten machten diesem Treiben jedoch schnell ein Ende.

KREFELD: In Krefeld wurde eine Aktionswoche der DGB-Jugend mit einem Fackelzug zur ehemaligen Synagoge Krefeld, an dem sich ca. 150 Menschen beteiligten, abgeschlossen.

NÜRNBERG: Über 400 Menschen kamen zur Veranstaltung des DGB und drängten sich in dem total überfüllten Saal im Gewerkschaftshaus. An der sich anschließenden Fackeldemonstration, die zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus führte, beteiligten sich über 800 Menschen.

MÜNCHEN: An einer Gewerkschaftsveranstaltung beteiligten sich 3.000 Menschen. Als Redner traten u.a. der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Kurt Georgi, und der Schriftsteller Bernd Engelmann auf. Sie strichen vor allem den Zusammenhang zwischen den Interessen des Großkapitals und den Kriegsvorbereitungen heraus. Die SALT-Verhandlungen bezeichneten sie als unzureichend. Bernd Engelmann verurteilte das Verbot der „Antikriegs-Broschüre“ durch den DGB-Vorstand (auch im Namen des Schriftstellerverbandes).

DGB-Ordner überfielen Teilnehmer der Veranstaltung, die Anti-Strauß-Transparente an den Wänden anbringen wollten.

STRUTHOF (Elsaß, Frankreich): Am ehemaligen KZ-Struthof fanden sich ca. 700 Menschen zu einer Mahnkundgebung des DGB zusammen. Willi Bleicher, der dort selbst 12 Jahre inhaftiert war, warnte in einer Rede vor den Gefahren des Neofaschismus, und sagte: „Wer den Frieden will, muß gegen den Krieg kämpfen!“



Hamburg: Soldaten nehmen demonstrativ an der Kranzniederlegung zur Ehrung der Opfer des Faschismus teil

Stimmen zum Antikriegstag



SO/ZDL: „Friede auf Erden?“

„Die Gefahr einer neuen, weltweiten militärischen Auseinandersetzung ist heute größer denn je. Und wir können sicher sein, daß bei einem neuen Verteilungskampf die BRD wieder dabei sein wird. Der Kampf gegen Krieg, Aufrüstung und atomare Bewaffnung ist für uns alle eine Frage des Überlebens.“ So beantwortet die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SO/ZDL) im neuen „diskofo“ die selbst aufgeworfene Frage „Friede auf Erden?“.

Sie ruft dazu auf, sich an den örtlichen Aktionen zu beteiligen und will selbst auch die Demonstration des KOFAS in Bonn unterstützen. Auf einem Bundestreffen wurde jedoch gleichzeitig an das KOFAS die Aufforderung gerichtet, dafür Sorge zu tragen, „daß antimilitaristische Parolen und Transparente keiner Zensur unterliegen und Vorfälle der letzten Jahre, daß Demonstranten mit anderer Meinung von Ordnern verprügelt werden, sich nicht wiederholen.“

Das KOFAS hüllt sich dazu in Schweigen!

„diskofo“ kann bestellt werden bei: Henner Schmude, Postfach 150523, 8500 Nürnberg 15

Bunte Listen: „Es ist höchste Zeit für eine echte Abrüstung“

Die Bunte Liste Hamburg und die Bunte Liste Bielefeld haben einen gemeinsamen Aufruf zum Antikriegstag herausgegeben. Sie prangern die Rüstung der Großmächte für eine neue weltweite Konfrontation, den atomaren Wahnsinn und insbesondere die Pläne des westdeutschen Großkapitals für einen schärferen außenpolitischen Kurs an. Sie kritisieren, daß alle sog. „Abrüstungsverhandlungen“ immer das Ergebnis einer Aufrüstung hatten. Dann heißt es weiter: „Für jeden Klardenken ist offensichtlich, daß die Welt sich diese Art von ‚Abrüstung‘ und ‚Entspannung‘ nicht mehr länger leisten kann. Es muß eine internationale Bewegung aufgebaut werden, die den Protest gegen die Vorbereitung des dritten Weltkrieges massenhaft auf die Straße trägt und zugleich massiven Druck ausübt, um von den Großmächten eine echte Abrüstungsmaßnahme anstelle eines noch mehr verschärfen Wettbewerbs im Gewande der sogenannten ‚Entspannungspolitik‘ zu fordern.“

„Courage“: „Frauen ins Militär?“

Die Frauenzeitung „Courage“ ist pünktlich zum Antikriegstag mit dem Schwerpunktthema „Frauen ins Militär“ erschienen. Alle dort veröffentlichten Beiträge sprechen sich in scharfer Form gegen eine Beteiligung der Frauen am Kriegsdienst aus, womit die „Courage“ einen eindeutigen Kontrapunkt gegen Alice Schwarzer setzt.

Die Sternredakteurin Ingrid Kolb revidiert in einem Gespräch ihre früher eher positive Haltung. Aus vielen Gesprächen habe sie inzwischen die Erkenntnis gewonnen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, „daß man an der Bundeswehr etwas verändern kann.“ Entschieden befürwortet sie jedoch weiterhin die Beteiligung der Frauen am Befreiungskampf gegen den Imperialismus.

„Gleiches Recht, egal wie unmenschlich es ist.“ Unter diesem Motto setzt sich Peggy Parnass mit den Frauen auseinander, die heute den Dienst in der Bundeswehr für Frauen befürworten. Es sei „wahre Unzucht mit Abhängigen“, wenn einige bewußte Frauen andere, von ihnen beeinflusste Frauen, in den Kampf für die weibliche Soldatin locken. „An diese ‚bewußten Frauen‘ schreibt sie: „Aber wenn ihr schon so aufgewacht seid, daß ihr für das bißchen Leben, das ihr habt, kämpfen wollt, dann kämpft an der richtigen Stelle: gegen den Rüstungs- und Militärwahnsinn überhaupt. Oder ist es eine feministische Logik, sich den freien Zugang zu allen Berufen zu streiten, egal wie unmenschlich sie sind?“

Eine ehemalige israelische Offizierin schildert ihre eigenen Erfahrungen. Für sie gibt es keine „Armee an sich“, sondern nur eine Armee, die von einer bestimmten Regierung mit einem bestimmten Ziel betrieben wird. Das heißt für sie: „Wenn unter den gegenwärtigen Bedingungen in Westeuropa die Frauen eingezogen werden, bedeutet das einen Schritt zur Militarisation der Gesellschaft.“ Zur Frage der Frauenemanzipation meint sie: „Und wenn wir nicht sagen wollen, daß Emanzipation für uns Anpassung an die gegenwärtige Gesellschaft heißt, wenn wir damit auch bestimmte politische und gesellschaftliche Inhalte verbinden, dann sehe ich die Einbeziehung der Frauen ins Militär als einen großen Rückschritt an.“

Meo Hellriegel-Rentzel wirft die Frage auf: „Warum sind Atomwaffen nicht unser Thema Nr. 1?“ Sie beschreibt die Bestrebungen, den Atomkrieg führbar zu machen und stellt

dann fest: „Die Machbarkeit eines solchen Krieges wird auch dazu führen, daß er geführt wird.“

Negativ aufgefallen ist uns an dieser „Courage“, daß mit keinem Wort die Aktionen zum Antikriegstag erwähnt werden. Sollte hier allein die Antipathie gegenüber den antimilitaristischen Männern die „Courage“ zum Schweigen ‚verurteilt‘ haben? Schade wär's drum.... (Siehe „Courage“, Sept./79)

Falken:

In ihrer Presseerklärung zum Antikriegstag weisen die Falken „warnend“ darauf hin, daß nach wie vor „falsch und verharmlosend“ die „Ursachen und Folgen“ des Faschismus dargestellt werden.

– „daß viele der damals Schuldigen vor allem in Justiz und Staatsverwaltung nicht zur Verantwortung gezogen wurden;

– daß neonazistisches und militärisches Gedankengut weiterhin offen verbreitet werden kann;

– daß trotz aller „Bemühungen um Frieden und Entspannung“ immer weiter aufgerüstet wird und „Bundeswehr und Nato allein durch ihre Existenz den Frieden bedrohen.“

Die Falken weisen auf die Aushöhlung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte durch „Remilitarisierung“ und „diskriminierende und restriktive Einschränkung des Recht auf Kriegsdienstverweigerung“, hin. Die Falken rufen zu den DGB-Aktionen und zur KOFAS-Demonstration in Bonn auf.

„Initiative Christen für Abrüstung“

Den Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ unterstützen auch kirchliche Kreise. Namentlich die „Initiative Christen für Abrüstung“. Prominente Mitunterzeichner von dieser Seite sind H. Gollwitzer, K. Lübbert, M. Niemöller. In einem von ihnen verfaßten Rundschreiben zur Unterstützung der Aktionen am 1.9. an die Mitarbeiter im kirchlichen Dienst heißt es gegen die Richtung der herrschenden Kirchenpolitik:

„Zwar haben sich fast alle unsere Kirchenleitungen für die Freilassung des prominenten NS-Häftlings Heß eingesetzt, aber sie halten sich zurück mit einer Stellungnahme zur Verjährung von NS-Verbrechen.“

Sie treten zwar alle dafür ein, mit großem Arbeitsaufwand weiterhin den sog. „Friedensdienst mit der Waffe“ durch Militärseelsorge zu fördern, sie enthalten sich jedoch einer eindeutigen Stellungnahme, wenn das Bundesverfassungsgericht, wie am 13.4.78, sich gegen den Zivildienst als „Friedensdienst ohne Waffen“ ausspricht.

Sie haben zwar die Christen zur Teilnahme an der Europawahl aufgefordert, aber sie enthalten sich der Aufforderung, wenn es darum geht, wirksame Schritte gegen die weitere Aufrüstung zu tun.“

„Schritte zum Krieg... Schritte zum Frieden“

Das Diakonische Werk Hessen und Nassau hat zum Antikriegstag ein Sonderheft unter dem Titel „Schritte zum Krieg... Schritte zum Frieden“ herausgegeben.

Zu den Autoren gehören der Friedensforscher Ulrich Albrecht, Max von der Grün, aber auch Karl Marx wird zitiert. Neben umfassenden Dokumenten, Berichten und Themen von damals und heute, wird auch die Rolle der Kirchen nicht ausgeklammert, auch antikirchliche Karikaturen Halbritters sind eingefügt (s. Abdruck), ebenso wird die Erklärung der ev. Kirche vom 2. September 1939 dokumentiert: „Seit dem gestrigen Tag steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf... Gott segne den Führer“ (S. 27). Interessierte sollten sich diese kostenlose Broschüre unbedingt bestellen:

per Adresse „Deutsche Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Schillerstr. 58, 75 Karlsruhe 1.“

Auch die „TAZ“ unterstützt die Kölner Demonstration

Einem Bericht über die geplante KOFAS-Demo in Bonn schließt sich ein TAZ-Kommentar über den Aufruf an. Er kritisiert die „Einäugigkeit“ des Aufrufs, der die Abrüstungsschritte nur bei der NATO konkretisierte. Außerdem fehle die Forderung nach „einseitiger Abrüstung“, sowie „die nach Auflösung aller Militärbündnisse“. Das Gleichgewicht des Schreckens werde „stillschweigend akzeptiert“. Trotzdem wäre es „unangemessen“, der Demonstration fernzubleiben, die „Bandbreite der Demonstration“ habe „einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert“, allerdings solle man die politische „Unausgewogenheit“ nicht verschweigen.“

GIM: „Ansätze zur Mobilisierung nutzen“

In der „Was tun?“ vom 23.8. ruft die GIM zu Aktivitäten anlässlich des Antikriegstages auf.

Sie erinnert daran, daß der DGB seit 1964 den 1.9. als Antikriegstag begeht, dies jedoch nicht im Sinne einer Verstärkung der antimilitaristischen Mobilisierung gedacht war, sondern als eine Absage an die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und die Anti-Atomtod-Bewegung (Ostermarschbewegung).

Sie urteilt den DGB an, weil dieser

Sie greift den DGB an, weil dieser sich auf „nichtsagende Bekenntnisse zur Abrüstung“ beschränkt. In diesem Jahr sei dies anders, da die Gewerkschaftsjugend schärfere Töne gegenüber den Rüstungskonzernen und der Regierung anschläge.

Die GIM ruft deshalb auch zu den verschiedenen Aktivitäten auf.

Die GIM stellt ihren Aufruf unter die Forderungen nach sofortiger einseitiger Vernichtung der westlichen Atomwaffen, Austritt der BRD aus der NATO und radikaler Streichung des Rüstungshaushaltes.

Angesichts der atomaren Pläne der BRD und der Kriegsdrohungen gegen die Ölländer sieht sie, „daß es an ak-

tuellen Ansätzen, den Antikriegstag zu einer tatsächlichen Mobilisierung zu nutzen, ...dieser Tage (in der BRD) nicht fehlt.“

KPD/ML –

„Für ein vereinigtes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland“

Stark „antihegemonistisch“ gefärbt ist auch wieder der diesjährige Aufruf der KPD/ML und seiner „Roten Garden“. Zwar werden eine ganze Reihe von Forderungen gegen den Militär- und Rüstungswahnsinn aufgestellt, die sicherlich jeder Antimilitarist guten Gewissens unterschreiben könnte. Vermischt sind diese jedoch mit Forderungen wie folgende:

„...unverzüglicher Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland; ...Austritt Westdeutschlands aus der NATO und EG sowie Ostdeutschlands aus dem Warschauer Pakt und dem RGW; Neutralitäts- und Nichtangriffserklärung beider deutscher Staaten...“ Vorweg wird zu diesen Forderungen ausgeführt, daß die „Bindung“ beider deutscher Staaten an die Supermächte und die jeweilige Stationierung fremder „Truppen auf deutschem Boden“ zum einen „eine Einschränkung der Souveränität“ sei, und zum anderen die Gefahr vergrößere, „daß im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten“ ein „Bruderkrieg“ geführt werden müsse. Das ist praktisch nichts anderes, als eine Freisprechung des sich immer kriegslüsternder gebärdenden BRD-Imperialismus. („RM“, 3.8. und 24.8.79).

KABD:

„Nie wieder Krieg! – Ein nutzloser Appell...“

Auch der schwäbische KABD konstatiert eine „wachsende Kriegsgefahr“. Trotzdem mag es sich an den antimilitaristischen Aktivitäten nicht beteiligen. Zur Hauptlösung aller antimilitaristischer Aktivitäten, „Nie wieder Krieg“, stellt er nüchtern (?) fest: „Wir sind gegen diese Lösung.“

Sie bietet „keinen Weg zum Kampf für den Frieden“, der könne nur in

Fortsetzung nächste Seite



„Ich glaube nicht, daß unser Herrgott etwas gegen den deutschen Gruß einzuwenden hat.“

Aus: Kurt Halbritter, Adolf Hitlers Mein Kampf, München 1976²

Fortsetzung von Seite 5

der proletarischen Revolution bestehen. Na denn! So war denn wohl auch die Losung der Bolschewiki, „Brot und Frieden“, eine opportunistische.

Aber es kommt noch dicker: Durch diese Parole würde der „bewaffnete Kampf des Volkes von Nicaragua mit dem brutalen Krieg der US-Marionetten auf eine Stufe gestellt“ werden.

Welcher Antimperialist und Friedenskämpfer dies getan haben soll, wird gar nicht erst erwähnt. Und dann wird es richtig 'irrevolutionär':

„Wer die Arbeiterklasse zum Frieden mit diesem System aufruft, nimmt auch einen 3., 4. und 5. Weltkrieg in Kauf. Wo ist ein Ende, wenn nicht das Proletariat dem ein Ende bereitet?“

So einfach ist es also für einen richtigen schwäbischen RR-Revolutionär: wer für den Frieden eintritt, tritt für den Frieden mit der Bourgeoisie ein. Hier paart sich der Zynismus, die Arroganz und die Dummheit von Leuten, die nicht einmal das kleine Einmaleins des Leninismus begriffen haben, daß Imperialismus Krieg heißt und umgekehrt die Aufgabe der Menschen in den imperialistischen Metropolen der Kampf für den Frieden ist.

(Zitate nach „Rote Fahne“, 17/79)

IG Metall: „Nie wieder Krieg!“ – aber wo sind die Verantwortlichen?

Zur Unterstützung der Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend ruft die IG Metall auf.

In der „Metall“ wird festgestellt: „Der Rüstungswettlauf bedroht die gesamte Menschheit“, um dann jedoch seltsamerweise fortzufahren: „In den Ländern der 3. Welt kommt es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen.“ Es fehlt jeglicher Hinweis, wer für diese Kriege verantwortlich ist. Es wird sogar suggeriert, von den Befreiungskriegen gehe die Gefahr für einen 3. Weltkrieg aus, weil die 'Supermächte' darin immer wieder 'verstrickt' werden.

Die IGM fordert im weiteren die Kontrolle des Waffenhandels. Schwerpunkt ist die Forderung nach 'Fortführung' der 'Entspannungspolitik' durch die BRD, wobei jedoch keinerlei konkrete Forderungen zur Abrüstung der BRD gestellt werden.

Der Gedanke der Abrüstung beschränkt sich auf den Gedanken der atomaren Bewaffnung, richtet sich also im wesentlichen nur an die USA und an die UdSSR und spart die BRD aus.

Jedoch fordert die IGM einen „generellen Verzicht auf atomare Waffen“. Sie fordert dann alle Gewerkschafter auf, „in ihrem Kollegenkreis die Notwendigkeit einer umfassenden Entspannungs- und Abrüstungspolitik zu unterstützen“. Bis

„umfassenden Entspannungs- und Abrüstungspolitik zu unterstützen“. Bis heute jedoch propagiert die IGM die Politik der Bundesregierung als Entspannungspolitik. Und bis heute ist die Beteiligung der BRD am Wettrüsten von der Gewerkschaftsführung allemal gerechtfertigt worden.

Da muß schon in der IGM klarer herausgestellt werden, was für eine Entspannung und was für eine Abrüstung gemeint ist und vor allem, wer abrüsten soll. Leider haben die deutschen Gewerkschaftsführer schon einmal ein solches 'Spiel' betrieben: Vor 1914 unterschrieben sie Friedens- und Abrüstungsaufträge am laufenden Meter. Gemeint waren aber immer nur die Imperialisten der anderen Länder. Auch diese Fragen müssen beantwortet werden, wenn der DGB als ernsthafter Faktor für die Friedensbewegung gelten will.

„40 Jahre später – Am Tisch die gleichen Täter“

Unter dieses Motto haben die Freidenker, die Freigeistige Aktion/Deutscher Momistenbund, die Humanistische Aktion und der Internationale Bund der Konfessionslosen ihren Aufruf gestellt. Sie unterstützen auch die Kölner Demonstration.

Der Aufruf enthält neben einer Darstellung des Wettrüstens eine scharfe Anklage gegen die Staatskirchen: „Da wir nicht an ein ‚Leben nach dem Tode‘ glauben, sind wir weit mehr dem Schutz des Lebens und der Abwehr von Krieg verpflichtet als christliche Theologen, die seit jeher den Tod verkündet und die Waffen aller Seiten bedenkenlos gesegnet haben... Wie wenig von den Kirchen im Kampf gegen Krieg und Faschismus zu erwarten ist, zeigt die Geschichte zur Genüge...“

Es ist höchste Zeit für eine echte Abrüstung!

Die Großmächte rüsten für eine neue weltweite Konfrontation. Die von ihnen angesammelten atomaren und 'konventionellen' Waffen würden ausreichen, die Grauen des Zweiten Weltkriegs bei weitem in den Schatten zu stellen. Die Bundesrepublik beteiligt sich an dem Kriegsrüsten; ihre Armee ist heute eine der stärksten der Welt; auf dem Boden unseres Landes sind Tausende von atomaren Sprengköpfen der NATO konzentriert. Ein dritter Weltkrieg, der unvermeidlich Mitteleuropa als einen der Hauptschauplätze hätte, würde die BRD zur Wüste machen.

Die Pläne der US-Regierung zur Aufstellung einer „Einsatztruppe“ von 100.000 Mann gegen die Erdölländer und andere Länder der Dritten Welt demonstrieren den neokolonialistischen Anspruch des internationalen Kapitals nach Herrschaft über die Rohstoffschätze der Erde. Hierzulande befürworten vor allem rechte Politiker der CDU/CSU solche Pläne. Dieselben Kreise fordern eine Ausweitung des NATO-Bereichs bis zum südlichen Afrika.

Solche Pläne bringen unmittelbar die Gefahr, daß bundesdeutsche Soldaten zu Raubkriegen in die Dritte Welt geschickt werden. Darüber hinaus verschärfen sie die Gefahr, daß die Bundesregierung durch ihre Beteiligung an solchen militärischen Abenteuern in eine weltweite Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt gerät.

Die Kanzler-Kandidatur des einschlägig bekannten früheren Kriegsministers F.J. Strauß zeigt, daß wesentliche Kreise des westdeutschen Großkapitals auch außenpolitisch auf eine Verschärfung des Kurses setzen.

Seit 1960 verhandeln die USA und die Sowjetunion zentral über Abrüstungsmaßnahmen. Parallel dazu laufen internationale Abrüstungsverhandlungen wie die MBFR-Gespräche.

Als die 'Abrüstungsverhandlungen' Anfang der 60er Jahre begannen, verfügten die USA und die Sowjetunion nur über eine relativ begrenzte Anzahl von Atomraketen. Heute hingegen, nach 20 Jahren Verhandlungen, sind es auf beiden Seiten Tausende. Immer neue Waffen wie die Neutronenbombe und die cruise Missile (und entsprechende Waffensysteme des Warschauer Pakts) führen alle bisherigen 'Abrüstungsverhandlungen' ad absurdum. Welchen Zwecken diese 'Abrüstungsverhandlungen' letztlich dienen, zeigt sich daran, daß die NATO nach dem Abschluß des SALT II-Abkommens sofort eine Aufrüstungs-Runde mit Kosten von mehreren Milliarden Mark einleitet. Jetzt geht es vor allem um die Stationierung neuer Atomraketen in Europa.

Für jeden Klardenkenden ist offensichtlich, daß die Welt sich diese Art von „Abrüstung“ und „Entspannung“ nicht mehr länger leisten kann. Es muß eine internationale Bewegung aufgebaut werden, die den Protest gegen die Vorbereitung des dritten Weltkriegs massenhaft auf die Straßen trägt und die zugleich massiven Druck ausübt, um von den Großmächten eine echte Abrüstungsmaßnahmen anstelle eines noch mehr verschärften Wettrüstens im Gewande der sogenannten „Entspannungspolitik“ zu fordern.

Für Mensch und Umwelt gibt es nichts Vernichtenderes als Krieg und Kriegsrüstung. Der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, für eine echte Abrüstungsschritte, ist daher eines unserer zentralen Anliegen.

Wir fordern:

- Sofortiger Beginn echter Abrüstungsmaßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Massenvernichtungswaffen!
- Keine Atomwaffen auf westdeutschem Boden, keine Neutronenwaffen in der BRD!
- Austritt der BRD aus der NATO!
- Keine Beteiligung an neokolonialistischen Eingreiftruppen gegen Länder der Dritten Welt! Entschiedene und eindeutige Ablehnung solcher Pläne durch die Bundesregierung!

Bunte Liste Hamburg
Bunte Liste Bielefeld



Kriegsdienstverweigerer im Arrest

Hamm/Ahlen: Siegbert Künzel ist Kriegsdienst-Total-Verweigerer. Deshalb befindet er sich seit Freitag, den 17.8.79 im Arrest der Bundeswehr. Während der Patenschaftsübernahme durch die Stadt Hamm für das Sanitätsbattalion 7 und der Vernehmung von 1000 Rekruten lief Siegbert auf den Stadionrasen und ließ sich demonstrativ von den Feldjägern widerstandslos festnehmen. Am gleichen Abend wurde er in die Westfalenkaserne gebracht, wo ein 21-tägiger Arrest gegen ihn verhängt wurde. Vom 18.8. bis 22.8. trat Siegbert in den Hungerstreik, er sitzt in einer 2 x 4 m kleinen Arrestzelle, darf nur einmal in der Woche Besuch empfangen. Seine Pritsche ist von 6 Uhr morgens bis 18 Uhr abends hochge-

klappt, um ihm die Möglichkeit zu Ausruhen zu nehmen. ZDLer Hamm haben in Flugblättern die Öffentlichkeit informiert, auch die örtliche Presse berichtete ausführlich zu diesem Vorfall.

Die ZDLer bitten um Solidaritätserklärungen für Siegbert Künzel an folgende Adresse: Matthias Karsch, Anton-Voss-Str. 26 4700 Hamm 1. Wer Siegbert Künzel persönlich schreiben will, kann das an folgende Adresse tun: S.K. Paracelsus-Kaserne Peter-Röttgen-Platz 4700 Hamm 1.

Be. aus Göttingen

Ulrich Albrecht zum Antikriegstag – Zu „links für die DGB-Zensoren“

Eine von der DGB-Jugend geplante Broschüre, die am Antikriegstag breit verteilt werden sollte, wurde kurz vor Drucklegung vom DGB-Vorstand verboten. Den DGB-Führern war die Zusammensetzung der Autorenschaft „zu einseitig links“. Geht man nun die zehn Autoren einmal durch, weiß man, wo die DGB-Führung heute politisch steht: Kurt Georgi (Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff), Georg Benz (Vorstandsmitglied der IGM), Werner Haak (beim Vorstand der IG Holz und Kunststoff), Horst Klaus (Bevollmächtigter der IGM in Rüstungsfragen), Peter Schaaf (IGM), Norbert Trautwein, Heinz Hawerliuk, Ulrich Borsdorf (alle drei DGB-Düsseldorf), Ulrich Albrecht (Politikwissenschaftler) und Jacob Moneta (bis vor kurzem Chefredakteur der „Metall“).

Jacob Moneta trat als erster protestierend an die Öffentlichkeit. Er vermutet den Grund für das Verbot in seinem Beitrag, in dem er auch auf die aktuelle Entwicklung und die Kanzlerkandidatur von Strauß eingegangen ist und wertete das Verbot als „erstes Zeichen“ eines Zurückweichens der DGB-Führung vor Strauß.

(„Schwanzeinziehen vor Strauß“, TAZ vom 27.8.79).

Auch Ulrich Albrecht hat bereits öffentlich in der Form protestiert, daß sein ursprünglich für die DGB-Broschüre vorgesehener Beitrag in der TAZ (31.8.) erschien.

Die Beiträge seien, so der DGB „einseitig links, daß sie den jugendlichen und älteren DGB-Mitgliedern vorenthalten werden müssen“.

Zur Zeit scheint es, als wenn die DGB-Führung wieder einmal einen Bumerang geworfen hat. Die „Diskussionen über dieses Verbot – Anm. AK) unter engagierten jungen Gewerkschaftern insbesondere in Frankfurt... reißen... nicht ab“, meldet die „FR“ (31.8.).

Im Vorwort der geplanten und nun verbotenen Broschüre heißt es: „Wir wissen, daß viel zu wenig Jugendliche die Hintergründe des Faschismus, des Krieges kennen, zu wenig über die Drahtzieher, die dies finanziell unterstützen, zu wenig über den Widerstand gegen den Faschismus wissen“ (FR, 25.8.). Dies zu verhindern, ist die DGB-Führung wieder einmal angetreten.

Antimilitarismus-Kommission

Truppendienstgericht entscheidet für NPD-Major

Die vom Bundesverteidigungsministerium gegen den NPD-Major Karl Heinz Lindner verfügte Kürzung seiner Besoldungsbezüge um ein Fünftel ist durch einen Beschluß der 8. Kammer des Truppendienstgerichtes Mitte der Bundeswehr mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Das Ministerium hatte gegen Lindner im Frühjahr ein Disziplinarverfahren „mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienstverhältnis“ eingeleitet und seine Suspendierung angefordert, nachdem es gegen den NPD-Major anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen NPD erneut zu massiven öffentlichen Protesten gekommen war. Mit dem Entscheid des Bundeswehrgerichtes ist Lindner seiner „Rehabilitierung“ ein Stück näher gekommen. Freut sich jedenfalls die rechtsradikale „National-Zeitung“: „Damit nimmt die Apel vorhergesagte Blamage im Fall Lindner ihren Beginn... Der einzige ‚Vorwurf‘, den Bonn dem Offizier machen kann, ist dessen Mitgliedschaft in der NPD“ („National-Zeitung“ vom 10.8.79).

Und die Faschisten könnten durchaus recht behalten: Schließlich ist Lindner seit 1966 (!) Mitglied der NPD, bekleidet dort seit Jahren führende Ämter, ohne daß das „Verteidigungsministerium eingeschritten wäre...“

Lindner jedenfalls reist weiterhin unbekümmert von einer Nazi-Veranstaltung zur nächsten. Erst jüngst wurde er als Redner auf NPD-Kundgebungen in Recklinghausen und Bottrop gesichtet, wo er – flankiert von Aktivisten der „Harting-Hande“ – für die Nazi-Partei warb.

Antifa-Kommission NRW

Katholische Studierende Jugend

Die Katholische Studierende Jugend hat zum Antikriegstag in einer 40-seitigen Broschüre Arbeitsmaterialien herausgegeben. Zu beziehen (gegen Porto, ca. 6 DM) KSJ-Bundesamt, Gabelsbergerstr. 19, 5000 Köln 1



Die deutschsprachige israelische Zeitung „Israel Nachrichten“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 18.8.1978:

„Ein Buch, das sich gerade jetzt (gemeint ist die Verjährungsdebatte der Nazi-Verbrechen, der Verlag) mit den Problemen der „Entnazifizierung“ und vor allem der Verjährung in der Bundesrepublik auseinandersetzt, war nötig, konnte jedoch nur von einem radikalen „Linken-Verlag“ auf den wohl kaum reichen Markt gebracht werden. Der Titel mag übertrieben klingen, doch ist es die einzige Dokumentation dieser Art.“

Und die „Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren“ vergab dem Buch ihren „Quartalspreis Nr. 1 Alternativer Bücher“. Aus der Begründung: „Das besondere Verdienst von Nr. 1 der Russell-Reihe ist es, daß die Forderung der Alliierten an die erste Regierung unserer Republik wiederveröffentlicht, d.h. jene Gesetze, die den Bestand unserer Demokratie sicherstellen sollten.“

Dieses Buch ist in der Russell-Reihe unter der Nr. 1 erschienen Paperback, 184 Seiten, DM 10,— ISBN: 3-88305-001-6

Seit 1945: Kampf gegen Remilitarisierung, Atombewaffnung und Kriegsvorbereitungen

Seit dem Zusammenbruch des Faschismus und der damit verbundenen Kapitulation des deutschen Imperialismus hat deren Nachfolger, die westdeutsche Kapitalistenklasse, nichts unversucht gelassen, die alten imperialistischen Ziele auf neuen Wegen zu erreichen. Heute stehen sie wieder an der Spitze der Militärmächte und „spielen“ abermals mit dem Gedanken militärischer Abenteuer. Andererseits ist seit 1945 der antimilitaristische Kampf eine der tragenden Säulen der demokratischen und kommunistischen Bewegung. Angefangen beim Kampf gegen die Wiederbewaffnung, fortgeführt im Kampf gegen die Atombewaffnung und in der Ostermarschbewegung sowie gegen den Vietnamkrieg und schließlich im Eintreten für ein friedliches Zusammenleben mit den Völkern der RGW-Staaten.

Leider haben diese Tradition in den vergangenen Jahren mehr schlecht als recht im wesentlichen nur die DKP und ihre Bündnisorganisationen, und mit ihnen gemeinsam die Jugendorganisationen von SPD, FDP und DGB fortgeführt, während sich die „Neue Linke“ weitgehend zurückgehalten hat. Und dies, obwohl die „Neue Linke“ in ihrer Tradition die Nachfolge der Ostermarsch- und Anti-Vietnam-Kriegs-Bewegung angetreten hat. Heute müssen wir sagen, daß die „Neue Linke“, den KB eingeschlossen, die Bedeutung dieser Frage, den Wunsch der Massen nach Frieden, für Entwicklung einer demokratischen und kommunistischen Politik nur teilweise erfaßt hat.

Gerade in diesen Bewegungen zeigt sich jedoch auch besonders deutlich, welche Rolle die SPD und der DGB in der Geschichte der BRD jeweils übernommen haben, um die antikapitalistischen Bewegungen aufzunehmen und zu zerstören. Dies sich in Erinnerung zu rufen, ist gerade bei den jetzigen Aktivitäten des DGB von Bedeutung.

Wir wollen im folgenden die wichtigsten geschichtlichen Daten der antimilitaristischen Bewegung zusammentragen.

1945: Im Potsdamer Abkommen wurde die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands beschlossen, jegliche Kriegswaffenproduktion wurde verboten.

1948: Im Grundgesetz spiegelt sich der Kampf zwischen Militaristen und Antimilitaristen wieder. Zwar wird einerseits das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verankert und auch der „Angriffskrieg“ wird grundsätzlich verboten, aber ein Verbot jeder Form der Remilitarisierung konnte nicht durchgesetzt werden. Schon hierzu gaben die SPD-Abgeordneten ihre Zustimmung.

Sofort nach der Gründung der BRD 1949 begannen die offenen Bestrebungen zur Remilitarisierung der BRD, wesentlich vorangetrieben durch die CDU/CSU-Regierung. Schon der Brüsseler Pakt, ein westeuropäischer Vorläufer der NATO, sah die spätere Einbeziehung der BRD vor.

1950 begannen die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit Beteiligung der BRD-Regierung.

1950 begannen die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit Beteiligung der BRD-Regierung.

Gleichzeitig entstand die „Ohne-mich-Bewegung“, die wesentlich getragen wurde von der FDJ (Jugendorganisation der KPD), der SPD- und der DGB-Jugend. Aber auch große Teile des DGB und der SPD-Basis sympathisierten mit dieser Bewegung. Der SPD-Parteitag sprach sich in diesem Jahr eindeutig gegen eine Remilitarisierung der BRD aus. Die SPD- und DGB-Führung schränkten dies jedoch schon zu diesem Zeitpunkt mit der Möglichkeit einer „Verteidigungsarmee“ ein. Man denke hierbei an den „offiziellen“ „Verteidigungs“-Auftrag der Bundeswehr! 1951 fand ein antimilitaristischer Kongreß der „Ohne-mich-Bewegung“ in Essen statt, auf dem eine Volksabstimmung gegen die Remilitarisierungspläne der westdeutschen Kapitalisten beschlossen wurde. Unterstützt wurde sie von großen Teilen der SPD- und DGB-Jugend, anderen Jugendverbänden und vor allem von der FDJ und der KPD.

Die SPD und der DGB distanzieren sich von diesem Vorhaben, Herbert Wehner, schon damals einer der wesentlichen Drahtzieher der SPD-Führung, forderte öffentlich ihr Verbot. Am 24.4.1951 verbot das Bundesverfassungsgericht die Volksabstimmung auf Antrag der Bundesregierung, da sie auf den „Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung“ gerichtet sei.

Als direkte Nachfolge dieser Entscheidung wurde die FDJ wegen „verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ durch die Bundesregierung verboten. Es folgte sofort der Verbandsantrag gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht.

Die Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung wurde trotz dieses Verbots durchgeführt. Es beteiligten sich insgesamt 6.267.212 Wahlberechtigte, wovon sich 5.917.683 mit „ja“ aussprachen.

In dieser Situation erklärten der DGB-Vorsitzende und führende SPDler die Wiederbewaffnung für „absolut notwendig“, um der „sozialistischen Bedrohung zu begegnen“.

1952 wurden die Verträge über die EVG unterschrieben, womit gleichzeitig ein westdeutsches „Verteidigungsministerium“ eingerichtet wurde.

Die SPD stellt einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht (BVG) mit dem Ziel, der Bundesregierung den Aufbau einer Armee ohne Grundgesetzänderung zu verbieten. Jedoch – wie zu erwarten – wird dieser Antrag verschleppt, womit der Regierung weitere Handlungsfreiheit geschaffen wird.

1954 wird der EVG-Vertrag zu den westdeutschen Handlungsfreiheit geschaffen wird.

1954 wird der EVG-Vertrag zu den Akten gelegt (aufgrund von Widersprüchen des französischen Parlaments). Stattdessen werden die „Pariser Verträge“ über die „Westeuropäische Union“ geschlossen, gleichzeitig wird die BRD in die NATO aufgenommen.

Parallel mit dem Abschluß dieser Verträge wird vom BVG die Hauptverhandlung gegen die KPD eröffnet. Der DGB-Bundeskongreß spricht sich mit eindeutiger Mehrheit immer noch gegen jegliche Wiederbewaffnung aus.

Im Bundestag wird wieder einmal das GG geändert, womit die „Verteidigung“ allein zur Bundesangelegenheit erklärt wird. Damit wird vor allem der Widerstand aus den Ländern mit SPD-Regierung abgesägt.

1955 ist die antimilitaristische „Ohne-mich-Bewegung“ immer noch nicht gebrochen. Die SPD gründet als Konkurrenzunternehmen die „Paulskirchen-Bewegung“, von der aus sie sich gegen einen vorsehnellen Eintritt in die NATO ausspricht. Weitergehende Aktionen werden jedoch auch noch zu diesem Zeitpunkt strikt ausgeschlossen.

Unter dem Druck des Verbots der FDJ und den Verbotsdrohungen gegenüber der KPD sowie den Nachfolgereisungen des 17. Juni und der folgenden antikommunistischen Kampagne hatte die „Ohne-mich-Bewegung“ jedoch starke Einbußen zu verzeichnen. In dieses „Vakuum“ stieß die SPD mit ihrer Initiative. 1956 wurde per Grundgesetzänderung die allgemeine Wehrpflicht mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten eingeführt.

Gleichzeitig wurde die KPD vom Bundesverfassungsgericht verboten, u.a. mit der Begründung, ihre Bundes-

deputierten hätten den „aktiven Widerstand“ gegen die Remilitarisierung gebilligt!

Zu diesem Zeitpunkt war die antimilitaristische Bewegung an einem Tiefpunkt angelangt.

1957 boten die USA den westeuropäischen Verbündeten die Verfügungsgewalt über die in ihren Ländern stationierten Atomwaffen an, was von Adenauer sofort aufgegriffen und lauthals als „letzter Akt der Souveränität“ begrüßt wurde. Die umgehende Antwort war die „Anti-Atomtod-Bewegung“, die sich aus allen Teilen der Jugend und Teilen der SPD- und DGB-Basis zusammensetzte. In dieser Zeit entstand der auch heute noch bekannte Aufruf der 18 Göttinger Atomphysiker (unter ihnen die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born, Werner Heisenberg und Max von der Laue) gegen jegliche Atombewaffnung. Dieser Aufruf erreichte eine solche Breitenwirkung, daß sich selbst der DGB-Vorstand anschloß.

Zu diesem Zeitpunkt distanzierte sich die SPD noch von dieser Bewegung mit dem Hinweis auf die „kommunistische Unterwanderung“.



Ein typischer Sozialdemokrat: Der gestürzte Bundeskriegsminister Leber, eifriger Verfechter der Atommacht

Ein typischer Sozialdemokrat:

Der gestürzte Bundeskriegsminister Leber, eifriger Verfechter der Atommacht BRD, demonstrierte 1958 – damals als Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden – in der vordersten Reihe gegen die Atombewaffnung

1958 wurde der Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ gegründet, jetzt mit maßgeblicher Beteiligung der SPD- und DGB-Führung, aber auch mit Kräften wie Martin Niemöller, Robert Jungk, Günther Anders, Helmut Gollwitzer usw.

Diese Bewegung übertraf in ihrer Größenordnung noch die antimilitaristischen Aktionen vom Anfang der 50er Jahre, war jedoch andererseits von Anfang an fest in der Hand der SPD. Die SPD orientierte allein auf eine Volksbefragung, während sie die Forderung aus vielen Gewerkschaftsteilen nach Streikmaßnahmen strikt ablehnte und mit all ihrem Einfluß zu verhindern wußte. Im Bundestag scheiterte die SPD mit ihrem Antrag auf eine Volksabstimmung. In den Ländern Hamburg und Bremen (SPD-Regierungen) wurde eine Volksabstimmung gegen die Atombewaffnung angesetzt, die jedoch auf Betreiben der Bundesregierung vom BVG verboten wurden.

Daraufhin wurde in verschiedenen Großbetrieben gestreikt – und die DGB-Führung distanzierte sich von diesen Aktionen! Die SPD nahm das Verbot „hin“, obwohl sich in Umfragen 80-90% der Bundesbürger gegen eine Atombewaffnung ausgesprochen hatten! Alle weitergehenden Aktivitäten wurden zu diesem Zeitpunkt von der SPD abgeblockt. In dieser Situation fragten 44 Professoren in einem Offenen Brief die DGB-Führung: „Warum zögern und warum warten Sie?“ Aber jetzt rächte sich, daß der wesentliche Trägerkreis des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ fest in der Hand der SPD war.



W.-Berlin 1968: Die Polizei macht Bekanntschaft mit der Ostermarschbewegung

1959 verabschiedete die SPD auf dem Godesberger Parteitag unter dem Eindruck dieser Bewegung einen Grundsatzbeschuß gegen die Atombewaffnung aber für die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie („friedlich“, wie sich später herausstellen sollte, auch im Sinne von „Verteidigung“).

Aus der Anti-Atomtod-Bewegung entstand die Ostermarschbewegung.

wohl die SPD als auch der DGB vorbehaltlos den Krieg der US-Imperialisten als „Verteidigung des freien Westens“, aber auch in diesem Fall beteiligte sich vor allem die jugendliche Basis dieser Organisationen an den Aktionen.

Mit der APO entstand eine neue Verweigerungswelle, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg sprunghaft von wenigen Tausend an (derzeit 40.000 pro Jahr).

1969 begann mit der sozialliberalen Regierung die Phase der „Neuen Ostpolitik“. Einerseits wurde hiermit an den Hoffnungen der antimilitaristischen und antimilitaristisch eingestellten Menschen angeknüpft, andererseits stand das Thema Abrüstung mit dieser Politik niemals zur Debatte. Statt Abrüstung und Entmilitarisierung begann damals die hohe Zeit der „Entspannung“, bei gleichzeitiger fieberhafter Aufrüstung. Trotzdem gelang es der SPD, große Teile der ehemaligen Ostermarschbewegung für diesen Kurs zu gewinnen.

Dies führte dazu, daß in den frühen 70er Jahren die Tradition der antimilitaristischen Aktionen weitgehend einschloß.

Erst Mitte der 70er Jahre begann das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) auf Initiative der DKP mit alljährlichen Aktionen, in einer Zeit als immer deutlicher sichtbar wurde, daß die „Neue Ostpolitik“ keinerlei wirkliche Garantien für den Frieden mit sich brachte. Es gelang der DKP, beachtliche Teile der Jusos, der DGB-Jugend, der Jusos usw. für die Unterstützung dieses Komitees zu gewinnen. Zudem hatte die DKP in den Kriegsdienstverweigerer- und Friedensorganisationen maßgeblichen Einfluß gewonnen, nachdem die Linken dieses Feld geräumt hatten.

Kriegsdienstverweigerer und Friedensorganisationen maßgeblichen Einfluß gewonnen, nachdem die Linken dieses Feld geräumt hatten.

Von SPD und DGB wurden wieder-

Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, sodaß sich die Jusos 1977 „gezwungen“ sahen, von ihrer Unterstützung des Komitees zurückzutreten, da ihnen die Arbeit in der SPD wichtiger sei. Gleichzeitig beschloß der DGB-Vorstand, der seit 1969 nur noch den „Volksstraßentag“ feierlich begangen hatte, für die nächsten Jahre wieder eigene Aktivitäten zum Antikriegstag, die in diesem Jahr erstmals in größerem Umfang durchgeführt werden.

Dieses Engagement des DGB ist als Ausdruck der wachsenden Sorge in Teilen der Bevölkerung vor einer militärischen Eskalation. Diese Sorge richtet sich zwar nicht mehr in so klarer Weise wie in den 50er Jahren gegen die Aufrüstung der „eigenen“ Imperialisten, aber unzweifelhaft ist heute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegen jede Einbeziehung der Bundeswehr in kriegsrische Handlungen eingestellt. Dies spiegelt sich z.B. in den Diskussionen über die Neutronenbombe (und damit wieder um die Atombewaffnung) und die Kanzler-Kandidatur von F.J. Strauß wieder, von dem viele befürchten, er könne das westdeutsche Volk nochmals in ein militärisches Abenteuer der Kapitalistenklasse hineinziehen.

Es ist jetzt an der Zeit, daß sich auch die radikale und revolutionäre Linke wieder diesem für die Zukunft der Menschheit elementar wichtigen Thema zuwendet. Denn wie die Erfahrungen zeigen, steht am Ende einer von SPD und DGB bestimmten Anti-Kriegs-Bewegung letztlich doch mehr Militarismus und eine Vergrößerung der Kriegsgefahr.

Bekanntlich unterstützen so-

Bremer Bürgerschaftswahl — Entscheidungsschlacht um die grüne Parteigründung?

Vor jeder Landtagswahl treten Vertreter der bürgerlichen Parteien vor die Öffentlichkeit und geben kluge politische Erklärungen ab: Es gehe nicht allein um die Landespolitik, nein, es handle sich auch um eine Testwahl für die Bundespolitik. Betrachtet man sich das Tauziehen um die Bildung alternativer/grüner Listen in den letzten Wochen in Bremen, verfestigt sich zunehmend der Eindruck, daß von seiten führender Kreise der „Grünen“ die Bürgerschaftswahlen am 7. Oktober als ein entscheidender Durchbruch für ihre grüne Parteigründung unter Ausschaltung der Bunten/Alternativen Listen betrachtet werden. Offensichtlich sehen sie Bremen als Testwahl für die Bundesrepublik.

Der Bruch in Bremen ist endgültig

Am 30.8. war das alles entscheidende Datum, ob es in Bremen im letzten Augenblick (Listenabgabeschluß ist der 3.9.) doch noch zu einer Einigung zwischen der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (AL) und der „Bremer Grünen Liste“ (BGL) kommt. Die BGL hatte der AL mit Datum vom 23.8. als „letztes Angebot“ einen Einigungsvorschlag vorgelegt, der in der Tradition ihrer seit Februar dieses Jahres verfolgten Spaltungsstrategie (siehe dazu ausführlich AK 160) lag: Sie beanspruchte die Spitzenkandidaten in beiden Städten — Bremen und Bremerhaven — legte eine Kandidatenliste fest, die der AL nur einen von fünf Parlamentsplätzen bei Überspringen der 5 %-Hürde zuerkennt, nahm für die weitere Placierung der AL-Kandidaten eine Auswahl vor, die nicht die in der AL durch Wahl erfolgte Reihenfolge akzeptierte und verlangte schließlich, daß das ganze unter ihrem Namen als BGL kandidiert. Die Mitgliederversammlung der AL am 30.8. lehnte mit deutlicher Mehrheit (fast 75 %) dieses Angebot ab und erneuerte ihrerseits mit noch deutlicherer Mehrheit der Stimmen (über 80 %) ihr Einigungs-

angebot gleichberechtigter Listenbesetzung (Platz eins für die BGL in Bremen, Platz eins für die AL in Bremerhaven). Die gleichzeitig tagende Mitgliederversammlung der BGL lehnte kategorisch ab.

Offensichtlich vertrauen die Bremer „Grünen“ auf die seit einiger Zeit eingesetzte bundesweite Unterstützung für ihren Spaltungskurs, wie sie von Teilen des Bonner Bundesvorstands „Die Grünen“ (dem u.a. Gruhl, AUD und Otto angehören) betrieben wird. Otto hatte Anfang August alle „Grünen“ aufgerufen, direkt den Wahlkampf der BGL zu unterstützen. In den letzten Tagen erfuhr diese Unterstützung eine interessante neue Variante. War es bis dahin das Vorgehen in Bremen, die Rechtsentwicklung der BGL durch eine scharfe Abgrenzung nach links und Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu begleiten, was u.a. zu starker Isolierung der BGL in der Bremer Linken führte, wurde jetzt linke Prominenz aufgeföhren, um zum einen die „Isolierung“ der Linken in der AL zu betreiben, zum anderen die BGL auf der Linken wieder hoffähig zu machen.

Dutschke, Horaczek, Mossmann und Biermann für die BGL?

Am 29.8. meldeten sich Milan Horaczek und Rudi Dutschke, beide prominente linke Unterstützer des Europawahlkampfes der „Grünen“, bei der Leitung des KB in Hamburg: Sie möge in Bremen intervenieren und mit dafür Sorge tragen, daß die „Alternative Liste“ den ungleichen Einigungsvorschlag der BGL annehme. Beide argumentierten offensichtlich in voller Kenntnis der Entwicklung der Spaltung in Bremen und der rechten Tendenzen der BGL (inklusive rechtsradikaler Tendenzen bei einzelnen BGL-Kandidaten!), daß es jetzt Pflicht der Linken sei, im Interesse der Einigung auf den BGL-Vorschlag einzugehen.

Der KB war nicht bereit, diese Empfehlung an seine Mitglieder in der

Bremer AL, in diesem Sinne auf die übrige Linke der Alternativen einzuwirken, weiterzugeben. Wir halten die von Dutschke und Horaczek vertretene Position für eine gefährliche Schwächung der Linken in der Wahlbewegung und eine objektive Begünstigung der Kräfte, die bundesweit die bereits seit der Hamburger Bürgerschaftswahl begonnene Spaltung in „Bunte“ und „Grüne“ gegen Tendenzen der Einigung vorantreiben wollen.

Es ist bedauerlich, daß der linke Flügel der Bonner „Grünen“ zwei Minuten vor zwölf in Bremen meint, parteiisch für die BGL intervenieren zu müssen, anstatt seinerseits Druck auf die rechten Kräfte der „Grünen“ zu machen, die eine Einigung in Bremen verhindert haben. Davon war in der Vergangenheit nichts zu spüren.

Für bedenklich halten wir die mit der Aufforderung an den KB verbundene Drohung der beiden Intervenenten, falls die Bremer AL nicht annehme, werde man selber und zusätzlich noch die Sänger Walter Mossmann und Wolf Biermann (die von Horaczek ins Spiel gebracht wurden) offen für die BGL im Wahlkampf Partei ergreifen. Mal abgesehen davon, daß wir dieses Vorgehen unter Linken für unwürdig halten, maßen sich damit beide an, als Schiedsrichter von außen die Entwicklung der Bremer Wahlen zu beeinflussen. Wir hoffen, daß es sich um eine einmalige Entgleisung handelte und daß von dieser Seite, wenn schon keine Unterstützung der Linken, so doch wenigstens Neutralität gewahrt wird.

Wahlbeteiligung unpolitisch?

Beide Intervenenten haben bisher mit den tragenden Kräften in der Bremer AL keinen Kontakt, ihre Informanten über die Bremer Wahlsituation sind zum einen die „Grünen“ selber, zum anderen, wie sie sich ausdrücken, „unabhängige Sozialisten“. Einer dieser „Unabhängigen“ war bis vor wenigen Tagen Mitglied der AL, hat allerdings die gemeinsame Plattform

und Beschlüsse der AL schon lange verlassen. Diese Entwicklung begann bereits im Juli, als dieses Mitglied der AL entgegen überwältigender Mehrheitsbeschlüsse in der Liste auf dem GLU-Parteitag in Bodenwerder der BGL ein Einigungsangebot machte, das einen Unvereinbarkeitsbeschuß für Kandidaten beinhaltete, was von der Mitgliederversammlung der AL scharf als Alleingang verurteilt wurde. Seit dieser Zeit hat dieses AL-Mitglied — bezeichnenderweise verbündet mit der „KPD“ — alles getan, eine Kandidatur der AL zu unterlaufen und eine Alleinkandidatur der BGL zu ermöglichen. Konsequenter Endpunkt dieses Vorgehens ist das Überwechseln dieses Vertreters zur BGL am gleichen Abend, als die „Alternative Liste“ mit deutlicher Mehrheit das unveränderte Angebot der BGL ablehnte: Seit dem 30.8. kandidiert er auf der Liste der BGL — sooo unabhängig war dieser Sozialist nun auch wieder nicht!

Als weiterer Informant wird Walter Mossmann zitiert. Mossmann hatte im Juni einen Einigungsversuch unternommen, der scheiterte. In einem Flugblatt erläuterte Mossmann dazu seine Position („Wahlplattform für Bremen“): Er ist Anhänger eines Wahlboykotts. Nach dem guten Euro-Wahlergebnis der „Grünen“ in Bremen sieht er nun die Chance: „Ein artikulierter Wahlboykott müßte schon was hermachen, 5 % müßten es schon sein“. Mossmann interpretiert das Wahlergebnis folgendermaßen: „Diese Stimmen heißen nicht ‚We want Petra Kelly, Roland Vogt, Meister Gruhl‘, sondern ‚Atomkraft, nein danke‘“, dies sei ein doppelter Boykott, sowohl gegen die bürgerlichen Parteien, als auch gegen „Führungs-persönlichkeiten und Parteiprogramme“. Aus dieser Position heraus ist Mossmann auch kein Befürworter der Idee bunter oder alternativer Listen, sondern würde am liebsten eine Liste „Atomkraft, nein danke“ sehen, mit dem Ziel eines aktiven Wahlboykotts als „Demonstration gegen das Wahlsystem“.

Während er sich auch gegen „grüne Wahlvereine“ ausspricht, ist seine Antipathie gegen politische Auseinandersetzungen, vor allem gegen die Alternative Idee unter Einbeziehung auch von Kommunisten unverkennbar: „Wenn ich dort die Namen von Partei-Freaks finde, etwa Gruhl von der GAZ neben einem Epplerianer aus der SPD und einem KB-Sprecher, hab ich schon keine Lust mehr“. Daß Kommunisten in der Wahlfrage mitmischen, liegt für ihn daran, daß sie sich im Gegensatz zu den „anderen Parteien (nicht) stark genug fühlen, unter eigenem Namen aufzutreten“.

Immerhin kommt Mossmann zu dem Schluß: „Also, wenn es in Bremen zu zwei Listen kommt, die sich gegenseitig blockieren, dann geh' ich jedenfalls nicht wählen“ — daß er diese Meinung geändert haben soll, ist uns neu.

Mossmann's Position ist also eindeutig die einer besonderen Form des Wahlboykotts und nicht der Ausnutzung der Parlamentsarbeit als eine zusätzliche Form, fortschrittliche Politik zu betreiben. Aus dieser Position heraus ist es verständlich, daß Mossmann eine Abneigung gegen das Ringen um politische Aussagen hat („Hick-Hack“) und ihn dies wenig interessiert. Damit steht er allerdings im Gegensatz zu denen („Grünen“) wie „Bunten“ und „Alternativen“, die diese Wahlauseinandersetzung betreiben — und nicht etwa allein im Gegensatz zur linken Position in der Wahldiskussion.

Unredlich ist es allerdings, wenn ein erklärter Sozialist wie Rudi Dutschke, der erklärtermaßen auch andere Vorstellungen von der Wahlbeteiligung hat, diesen Walter Mossmann nun als einen Kronzeugen für seine Intervention in Bremen anführt. Da werden einfach Positionen verwischt!

Wahlausschuß
KB/Gruppe Bremen

Bremer „KPD“: sie hetzt und hetzt ...

In der „Roten Fahne“ Nr. 33 meldet sich mal wieder die „KPD“ zur Bremer Wahldiskussion, in der sie eine kläglich Rolle spielt (siehe dazu auch AK 159). Nachdem sie politisch in der „Alternativen Liste“ vollständig gescheitert ist (wobei sie weiterhin auf ihrer Mitgliedschaft in der AL besteht), hat sie nur noch eines im Sinne: in die von interessierter Seite aufgelegte Hetze gegen die AL einzustimmen und gegen den KB vom Leder zu ziehen. Da ist ihr kein Mittel der Fälschung zu schade. In dem angeführten „Rote-Fahne“-Artikel liest sich das so: „Die Bremer AL (ist) zu einem Wahlverein herabgesunken, der sich fest in den Händen des kommunistischen Bundes (KB) befindet“. Ist dies allein schon eine üble Diffamierung gegen alle unorganisierten Kräfte in der AL und ihre Kandidaten, geht es weiter: die letzte Mitgliederversammlung der AL habe gezeigt, „welchen Schindluder der KB mit dem Namen AL betreibt“. 23 Mitglieder waren anwesend, „darunter 15 KB-Mitglieder und Sympathisanten“. Das letzte ist wieder eine Unverschämtheit der „KPD“, die hemmungslos Leute, deren Position ihr nicht paßt, als KBler anpöbelt. Es dürfte interessant sein, ob die Bremer „KPD“ in Schnüffelmanier Listen über angebliche KB-Mitglieder führt! Was die „KPD“ weiter unterschlägt: Die zitierte Mitgliederversammlung hatte keine weitere Aufgabe, als dem bürgerlichen Wahlgesetz Rechnung zu tragen. Sie mußte — pro forma — die auf einer öffentlichen Versammlung gewählten Vorstandsmitglieder von den Mitgliedern bestätigen lassen und das Statut verabschieden. Daß für diesen formalen Akt nicht groß mobilisiert wurde, verschweigt die „KPD“ selbstverständlich.

Weiter verbreitet die „KPD“ bewußt die Lüge, daß auf der Kandidatenliste der AL „5 direkte Vertreter des KB“ kandidieren, um damit die Hetze von der KB-Majorisierung zu untermauern. Auch diese Zahl ist neu — wird unseres Wissens nicht einmal von der BGL kolportiert.

Eine böse Entwicklung der weiteren Arbeit der Bremer „KPD“ kündigt sich im folgenden Satz an: „Darüber hinaus wird unsere Partei die Initiative ergreifen, eine gemeinsame Erklärung zu den Bürgerschaftswahlen

mit denjenigen Kräften herauszugeben, die anfangs die AL mitgetragen haben“. Es scheint, daß die „KPD“ sich im Bremer Bürgerschaftswahlkampf gegen die AL einschleichen will. Die Praxis ist bereits danach: Während sie gegen die AL hetzt, bleiben ihre Mitglieder weiterhin in der AL, um dort die Arbeit zu blockieren. Von der „KPD“ ist im begonnenen Wahlkampf der AL noch nicht ein Handschlag gerührt worden, andererseits sind ihre Mitglieder überall dort zur Stelle, wo über die weitere Ausrichtung des Wahlkampfes diskutiert wird. Es paßt in dieses Vorgehen, daß die am 30.8. anwesenden Mitglieder der „KPD“ für die Annahme des von den „Grünen“ vorgelegten letzten Einigungsvorschlags stimmten, oder wie Professor Scheer eine Woche vorher für dessen Übernahme eintraten. Sie befanden sich damit allerdings wie so oft in der Minderheit. Konstruktives hat die Bremer „KPD“ in einem Jahr Wahldiskussion nicht geboten, dafür hat sie sich als Muster politischer Haltlosigkeit erwiesen.

SPD fürchtet um absolute Mehrheit

Die Bremer SPD fürchtet um die absolute Mehrheit bei den Bürgerschaftswahlen. Ihr Vorsitzender Kunick hält es für möglich, „daß eine mögliche gemeinsame Liste der ‚Grünen‘ und ‚Alternativen‘ den Verlust der Sitzmehrheit nach sich ziehen“ könne („Weser-Kurier“, 25.8.). Darüber hinaus befürchtet Kunick: „Einen Erfolg der ‚Grünen‘ als „für nicht unmöglich (obgleich diese in zwei getrennten Gruppen, und darum mit halbierten Stärke marschieren“) („Bremer Nachrichten“, 25.8.). Kunick's Marschroute für die SPD: „Insbesondere will die Regierungspartei gegen ‚Grüne‘ und ‚Alternative‘ argumentieren... um die Jungwähler auf ihre Seite zu ziehen“ („Weser-Kurier“, 25.8.).

Die DKP meldet sich zu Wort

Die DKP, die gegenüber den letzten Wahlen einiges zu verlieren hat (2,3 %), hat sich jetzt mit einer 16seitigen Broschüre „Bunt, Grün oder Rot? — Zur Auseinandersetzung mit

grünen und bunten Listen in Bremen“ zu Wort gemeldet. Wir werden später darauf zurückkommen, nur so viel sei den Interessierten verraten: Die bunte und grüne Idee richtet sich gegen die DKP: „Mit Hilfe des Antikommunismus wollen sie vergessen machen, daß eine für grundlegende gesellschaftliche Veränderung wirkende Alternative schon lange existiert“. Und: „Wir werden nicht verschweigen, daß eine linke Alternative zu der Politik der etablierten Parteien einzig die Politik der DKP darstellt“ (aus obiger Broschüre) — es wird nicht verschwiegen, da können wir ja beruhigt sein.

KB/Gruppe Bremen

Die Kandidat(inn)en in Bremen und Bremerhaven



Anny Ahrens



Wilhelm Fuhrmann



Gerda Hettwig



Die Bremer Kandidat(inn)en: v.l.: Uwe Lahl, Lutz Ernicke, Burgfried Stöltzing, Bernhard Schorn, Stine Heintze, Brigitte Möller, Ursula Koltzoff, Harald Grobleben und vorn Lars Grobleben; es fehlen auf diesem Foto: Anny Ahrens, Christel Bachmann, Günter Hennike.

Gießen: Gemeinsame Liste zur Kommunalwahl kommt in Schwung

Wegen der Auflösung der „Kunststadt“ Lahn kommt es in Gießen zu einer vorgezogenen Kommunalwahl am 7. Oktober. Dabei ist es für die gesamte politische Konstellation in Hessen ziemlich wichtig, daß es gelungen ist, aus GLH, GLU und GAZ eine gemeinsame „Grüne Alternative Gießen“ (GAG) zu bilden. Ein Teil der GAZ ist allerdings nicht mit von der Partie, da ihnen die Zusammenarbeit mit den linken GLHern zu weit geht. Bisher verlief der Einigungsprozeß recht konstruktiv; Unvereinbarungsbeschlüsse sind „kein Thema“ mehr, und auch in der „Gewaltfrage“ konnte man sich auf eine passable Formulierung einigen: „Die GAG setzt sich ein für eine gewaltfreie politische Auseinandersetzung.“

Weiterer Schwerpunkt wird das Eintreten für ein progressives Gesamtschul-Modell sein. In Gießen lief, massiv unterstützt von der hiesigen Presse, eine vorwiegend von rechten Eltern und Lehrern betriebene Kampagne gegen die Gesamtschule „Busecker Tal“. Entzündet hatte sich die Hetze an der Behandlung des Buches „Mit 15 hat man noch Träume – Arbeiterjugend in der BRD“ im Unterricht.

Die G.A.G. hebt sich durch das Anpacken dieser Mißstände klar von den etablierten Parteien ab, die den Wahlkampf mit inhaltslosen Plakaten „Geschafft! Gießen.“ (CDU) und „Gießen! Wir schaffen wieder Vertrauen – der Heimat!“ (!) ver-

Bunte Liste Freiburg: Auseinandersetzungen mit der MRI

Seit Januar arbeitet in Freiburg die Bunte Liste (BLF) mit Blick auf den Kommunalwahlkampf. Mit 120 Aktiven in sieben Arbeitskreisen hat die BL beträchtliche Chancen, die Wahl erfolgreich abzuschließen, zumal es hier keine 5%-Klausel gibt, und das beinahe sensationelle Abschneiden der Euro-Grünen mit 10,3 % gezeigt hat, wie stark das Potential in Freiburg ist.

Wir wollen in diesem Artikel auf Auseinandersetzungen mit der Mehrheitsposition in der Bunte Liste eingehen, die u.E. mit einer Reihe falscher Entscheidungen durchaus die Erfolgchancen der BL negativ beeinflussen könnten. Die Mehrheit in der BL orientiert sich weitgehend an der MRI (Marxistisch-Reichstische Initiative), die in Freiburg ihre Hochburg hat. Auch innerhalb der Freiburger KB-Gruppe hat es in diesen Fragen kontroverse Positionen gegeben; dieser Artikel stellt ein Ergebnis der Diskussion dar.

Antifaschistischer Kampf

Als bekannt geworden war, daß am 1. Mai die NPD in Freiburg aufmarschieren wollte, beschloß der Delegiertenrat der BL, zu einer Gegendemonstration aufzurufen (in Freiburg gab es keine DGB-Demonstration). Die MRI-Mehrheit ermöglichte diesen Aufruf durch Stimmenthaltung bei der Abstimmung. Als das Flugblatt jedoch in Druck gehen sollte, machte die MRI aus der Unterschrift „Bunte Liste“ die Formulierung „einige Mitglieder der Bunte Liste“. Noch vor der Aktion kritisierte die MRI in einer Erklärung innerhalb der BL die angebliche „Majorisierungspolitik“ und den „Putschismus“ der KB-Mitglieder, die natürlich engagiert für diese Aktion eingetreten waren. Die MRI verurteilte „Gladiatorenkämpfe“ und „sinnlose Aktionen“, die ihrer Meinung nach dazu führen würden, daß bei der BL „nächstliegende und brennende Aufgaben liegenbleiben... Wenn wir so weitermachen, werden wir im Oktober (Wahltermin – Anm. AK) keinen Erfolg haben“. Der Antifaschismus wird hier als etwas Aufgesetztes, nicht zu den „brennenden Aufgaben“ der Kommunalpolitik Gehörendes, ja sogar als „sinnlos“ dargestellt. In Wirklichkeit machten 400 Antifaschisten diese Demonstration zu einer der bisher erfolgreichsten Aktionen der BL. Natürlich geht es der MRI nicht darum, den Antifaschismus gänzlich aus der BL herauszu-

halten. Denn sie initiierte im Gegenzug eine Bunte Liste-Veranstaltung zum Thema: „Den Faschismus bekämpfen – aber wie“. Dort entspann sich eine Debatte um den Sinn von Verbotsforderungen gegen die NPD. Die MRI meinte, dies sei eine Sache der heuchlerischen SPD-Politik. Stattdessen müsse man die „massenpsychologischen Voraussetzungen“ des Faschismus in „Familie, Sexualunterdrückung und Religion“ bekämpfen. Ohne darüber an dieser Stelle streiten zu wollen, ist doch eher diese sehr spezielle Diskussion, die sich an ein schmales Spektrum von Interessierten wandte, „sinnlos“ für den Kommunalwahlkampf gewesen, um einmal das Kriterium zu gebrauchen, mit dem die MRI alle Aktivitäten der Bunte Liste messen will.

Kurz darauf brachte die MRI eine Satzungsänderung – ebenfalls ganz in diese Richtung – ein: Die Aktivitäten der Bunte Liste sollten sich verbindlich „am Wahlerfolg“ orientieren, die Arbeitskreise sollten sich zukünftig nur noch „fachbezogen“ äußern. Dem liegt offensichtlich, wie das Beispiel Antifaschismus zeigt, eine sehr enge, und wie uns scheint, stark auf die Bedürfnisse der MRI zugeschnittene Auffassung von Kommunalpolitik zugrunde. Die MRI tat das Guten zuviel, als sie noch ihre Mitglieder mobilisierte, um in den Arbeitskreisen die „richtige“ Orientierung durchzusetzen (übrigens wurde nachträglich sogar die Finanzierung des Antifa-Flugblattes durch die BL infrage gestellt). Einige Mitglieder verließen daraufhin die BL. Sie kritisierten in der Stadtzeitung die Machtpolitik und den rüden Ton der MRI: „Wer Bunte Liste wählt, wählt MRI“; jeder Opposition gegen die MRI werde in der BL „ein Maulkorb umgebunden“. Wenn es auch manches an den Ausgetretenen zu kritisieren gibt, und ihr Angriff offensichtlich der BL insgesamt galt, so hat doch die MRI hier unnötigerweise Munition geliefert und dem „Wahlerfolg“ eher geschadet.

Wahlkampf gegen linke SPDler?

Die MRI hat die Vorstellung, einen Schwerpunkt im Wahlkampf müsse der Kampf gegen linke Freiburger Sozialdemokraten ausmachen. Da diese für die Integrationspolitik der SPD von zentraler Bedeutung seien, will die MRI in Angriffen auf sie die „schier unglaubliche Massenloyalität“ aufbrechen. Mehrheitlich setzte

die MRI im Delegiertenrat einen Artikel in der BL-Zeitung gegen den SPD-Linksaußen Landsberg durch. Man wirft ihm ernstlich vor, er habe sich Programmpunkte der Buntten zu eigen gemacht. In eher kindischer Weise wird dann nach dunklen Flecken in der Polit-Vergangenheit von Landsberg gesucht: hier ein Berufsverbote-Opfer im Stich gelassen, dort die SPD-Führung nicht kritisiert usw. Daß andere Aktivitäten von Landsberg – z.B. gegen den Abriß eines Wohnviertels oder für ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum in Freiburg – ganz im Sinne der Ziele der BL, andererseits aber im Widerspruch zur SPD-Politik stehen, spielt keine Rolle. In Sachen Antifaschismus zu bremsen, andererseits aber das Feuer auf linke SPDler zu konzentrieren, entspricht vielleicht der Logik der MRI-Politik, aber garantiert nicht dem, was fortschrittliche Bürger von einer Buntten Liste erwarten!

Einheit mit den Grünen?

Angesichts des Wahlerfolgs bei den Europawahlen (7000 Stimmen) bemühen sich inzwischen auch die Grünen um eine Kandidatur in Freiburg. Dabei tritt eine der GAZ nahestehende Strömung entschieden gegen eine Zusammenarbeit mit den Buntten auf und fordert eine Distanzierung von K-Gruppen. Die andere Strömung, bestehend vor allem aus Mitgliedern der AUD und der badisch-elsässischen BIs, befürwortet dagegen eher ein einheitliches Vorgehen mit der BL trotz unterschiedlicher programmatischer Vorstellungen. Davon ausgehend beschloß die Bunte Liste einhellig, den Grünen die Zusammenlegung der Listen anzubieten. Auf Vorschlag der MRI wurde ein Flugblatt verteilt, in dem es heißt, daß eine Konkurrenz der Buntten und Grünen „den etablierten Parteien nutzen und unserem gemeinsamen Anliegen nur schaden“ könne.

Andererseits werden die Grünen in eher maximalistischer Weise aufgefordert, die buntten Forderungen zu übernehmen. Natürlich sind auch wir gegen einen Ausverkauf der buntten Positionen. Dies aber ist, wenn man andererseits zu einem Kompromiß gezwungen ist, am besten dadurch zu gewährleisten, wenn man vereinbart, daß beide Seiten einen eigenständigen Wahlkampf ohne gegenseitige Behinderung oder Zensur vereinbaren. Genoss/innen aus Freiburg in Zusammenarbeit mit ZRK-Genossen



Auf den Hund gekommen: Die SPD Gießen wirbt mit der „Heimat“

Gegen gewaltsame staatliche Maßnahmen nehmen wir für uns ein Notwehrrecht in Anspruch. Wir streben eine gewaltfreie Gesellschaft an.“ Ebenso hat die GAG einen offenen Brief verabschiedet, in dem zu grün-buntten Einigungsbemühungen auch auf Bundesebene aufgerufen wird.

Nach einer kleineren Diskussionsveranstaltung über die kommunalpolitischen Vorstellungen der G.A.G. und der begonnenen Öffentlichkeitsarbeit (Info-Stände) ist die G.A.G. auch mitgliedermäßig (auf über 20) auch rüdniedermäßig (auf über 20) gewachsen. Um in der Öffentlichkeit den notwendigen Bekanntheitsgrad zu erreichen, muß allerdings noch einiges getan werden – die Gießener bürgerliche Presse hat sich in diesem Wahlkampf anscheinend für ein Verschweigen der alternativen Liste entschieden.

Das Programm der G.A.G. nimmt Stellung zu den Bereichen Stadtentwicklung und Ökologie, wirtschaftliche und soziale Belange, demokratische Rechte, Frauen, Jugend, Schule und Schwule/Lesben (ist noch nicht diskutiert). Schwerpunktmäßig will die G.A.G. mit folgenden Forderungen und Aussagen im Wahlkampf auftreten:

- Zum verkehrspolitischen Chaos in Gießen, für ein ausgebautes Fahrradwegenetz und einen kostenlosen Busverkehr in der Innenstadt. Zu dieser Frage hat im Frühjahr eine Fahrrad-Demo mit ca. 1300 Teilnehmern stattgefunden, die von der Stadtentwicklungsgruppe der GLH initiiert wurde.

- Die G.A.G. hat ein Stadtteilmittel entwickelt, mit entscheidungsfähigen Bürgertreffs, selbstverwalteten Treffpunkten für Jugendliche, Alte, Kinder und Initiativen, Grünzonen und Einkaufsmöglichkeiten in den verschiedenen Stadtteilen.

- Der frauenfeindlichen Politik des Magistrats soll von der G.A.G. eine Unterstützung der betroffenen Frauen entgegengesetzt werden. Die Stadt ist bisher nicht der Forderung der Initiative „Frauenhaus Gießen e.V.“ nach Bereitstellung und Finanzierung eines selbstverwalteten Frauenhauses nachgekommen. Sie hat stattdessen das Haus, in dem sich u.a. das Frauenzentrum befindet, an einen Fahrschulbesitzer verkauft, ohne die Betroffenen frühzeitig zu informieren und Ersatzräume bereitzustellen. Über kurz oder lang sitzen die Frauen somit auf der Straße! Der Hetze gegen die Abtreibung begegnet die G.A.G. mit der Forderung nach Einrichtung einer Abtreibungsklinik (Bremer Modell) in Gießen.

hunden“ (SPD) bestreiten. Nach der Auflösung der Retortenstadt Lahn, die in der Vergangenheit von CDU und SPD abwechselnd gefordert wurde (realisiert hatte sie die SPD), um die Menschen besser „verwalten“ und ihnen noch mehr Einflußmöglichkeiten nehmen zu können, wird die Auflösung jetzt von allen Parteien als Erfolg i h r e r Politik gefeiert – so ein blödsinniger Kommunalwahlkampf hat es in Gießen zuvor noch nie gegeben.

Eine Genossin aus Gießen
Eine Genossin aus Gießen

Die Vorsorger

Die hauptsorge der vorsorger ist es vorsorglich und für alle fälle energisch vorsorge massnahmen zu treffen gegen die zu versorgenden die tief besorgt um vorsorge und entsorge bei atomkraft werken nun eine andere art von vorsorge am eigenen leib erfahren die andere anstelle der vorsorger in besorgnis erregender fürsorge besorgen

(aus Modell Deutschland = Modell Gießen oder warum ich die G.A.G. wähle. Kurzgeschichten Lieder Gedichte von Karl-Maria Schlammbeisser)

GRÜNE ALTERNATIVE LISTE kandidiert in Münster



Das hat reichlich Nerven gekostet: wenige Tage vor dem Listenabgabetermin war endlich die Entscheidung gefallen; die GRÜNE ALTERNATIVE LISTE (GAL) tritt zur Wahl an.

Trotz scharfer Auseinandersetzungen im Lager der Grünen beteiligten sich die meisten Aktivisten von GLU und AUD sowie der (mittlerweile zurückgetretene) Kreisvorsitzende der GAZ an der Liste.

Die Reserveliste repräsentiert ungefähr das in der GAL vertretene Spektrum. „Spitzenkandidat“ ist ein AUD-Mitglied, darauf folgen Vertreter der „Initiative für eine Bunte/Alternative Liste“ und der Grünen sowie neu hinzugestoßenen Einzelpersonen, u. a. der Betriebsratsvorsitzende eines Metallbetriebes.

Um die Aufstellung der Reserveliste hatte es auf der entscheidenden Mitgliederversammlung massiven Streit gegeben, als ein Mitglied des örtlichen GLU-Vorstandes urplötzlich

mit einem angeblichen GLU-Beschluß aufwartete, daß keine „K-Leute“ unter den ersten zehn Kandidaten sein dürften. Nach hitzigen Debatten wurde dieser Unvereinbarkeitsbeschuß einhellig abgelehnt.

Insgesamt muß das Vorgehen dieser Leute als offene Sabotage an der alternativen Kandidatur bewertet werden. Als klar wurde, daß wegen der personellen Stärke der Buntten und der kooperationsbereiten Grünen mit Unvereinbarkeitspolitik und reiner grüner Programmatik nicht zu landen war, wurde mit immer neuen ultimativen Forderungen die ganze Sache so verzögert, daß beinahe die Kandidatur verpaßt worden wäre. Bekanntlich fordert das Kommunalwahlgesetz von NRW einen enormen bürokratischen Aufwand (für Münster Nominierung von 34 Direktkandidaten, Unterschriftensammlung für jeden einzelnen dieser Kandidaten usw.).

Nachdem die internen Querelen

nun gelöst sind und der Wahlkampf begonnen hat, hat sich die SPD auf die GAL eingeschossen. Die Münsteraner Sozialdemokraten, gegenüber der CDU krass in der Minderheit und normalerweise auf „progressiv-alternative“ Imagepflege bedacht, haben in atemberaubendem Tempo zu der Sprache gefunden, die ihnen doch wohl mehr liegt: mit plumpen anti-kommunistischen Klischees und der Lüge, die Grünen hätten sich mehrheitlich aus der Liste zurückgezogen, wird voll losgeholt.

Da sich solche „Vorwürfe“ schon am Auftreten der GAL widerlegen (und zudem auch in der Presse zurückgewiesen wurden), sollte sich die GAL für diese Art kostenloser Wahlhilfe bedanken. Der blinde sozialdemokratische Eifer beim Aufspüren von Kommunisten dürfte der GAL Einbrüche in fortschrittliche SPD-Wählerschichten eher erleichtern.

KB-Sympathisanten Münster

„Bunte Liste“ in Müllheim

Müllheim ist ein kleines Städtchen im Markgräfler Land. Diese Gegend ist den „Vierteles-Schlottern“ als Anbaugebiet guter Weine und den AKW-Gegnern wegen seiner unmittelbaren Nähe zum AKW Fessenheim ein Begriff. Wie in ganz Südbaden ist auch dort die Bevölkerung unzufrieden mit der Politik der etablierten Parteien: Bei den Euro-Wahlen erreichten die GRÜNEN mit 9,1 % ein respektables Ergebnis.

Am 20. Juni traf sich zum ersten Mal die „Initiative zur Gründung einer bunten Liste“. Ansatzpunkt

für ihre Überlegungen war die Zerstörung von Stadtgebieten durch Straßenprojekte (Kerntangente) und die Schließung des selbstverwalteten Jugendzentrums.

Aus den Reihen der alteingesessenen Umweltschutzgruppe AGUS wird das Projekt „Bunte Liste“ leider bislang mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Die AGUS selbst hatte Überlegungen betreffs einer „Eigenkandidatur“ schließlich fallen lassen, „um für Bürger jeder Couleur attraktiv zu bleiben“ (so ein Sprecher). Da eine „grüne“ Konkurrenz

in Müllheim mangels Masse derzeit nicht in Sicht ist, darf trotzdem mit einem Aufwärtstrend für die „Bunte Liste“ gerechnet werden.

Im Gegensatz zu Freiburg hat die „Badische Zeitung“ durch eine ausführliche und relativ faire Berichterstattung dafür gute Voraussetzungen geschaffen.

(Nach „BZ“, 26.7.79 und Berichten aus Müllheim).

KB/Gruppe Freiburg

Interview mit der Kreistagsabgeordneten Heide v. Bernstorff

2 Jahre WGA-Arbeit

Ich bin 36 Jahre alt, habe zwei Kinder und lebe seit sieben Jahren in Hameln. Ich bin Krankengymnastin, übe diesen Beruf aber in Hameln nicht aus. Um der Isolation des Haushalts zu entgehen und auch den Kindern Spielmöglichkeiten im größeren Umfang zu ermöglichen, machten mein Mann und ich bei einer Eltern-Kinderinitiative mit, die auch einen kleinen Kindergarten aufgebaut hatte. Später arbeiteten wir in einer Bürgerinitiative mit, bis ich nach den Erfahrungen des 19.3.77 in Grohnde (große Anti-AKW-Demonstration) und dem Anti-AKW-Dorf (ebenfalls in Grohnde im Sommer 1977) in die „Wählergemeinschaft Atomkraft – Nein danke“ (WGA) ging und diese mit aufbaute.

Frage: Kannst Du einen kurzen Überblick über Eure bisherige Arbeit geben, wobei Du vielleicht einige Beispiele etwas ausführlicher erläutern könntest.

Antwort: Die WGA gibt es nun seit fast zwei Jahren. Die Arbeit in der WGA unterscheidet sich kaum von der jeder anderen politischen Organisation. Hinzu kommt die Kreistagsarbeit. Der Sitz im Kreistag verschafft uns die Möglichkeit, Menschen dafür zu gewinnen, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Das beste Beispiel für das angestrebte Wechselverhältnis zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf war wohl die Durchsetzung eines

Wohnort-Entscheidung für Behindertentaxis im Kreistag. Zuerst wurde dieses Projekt in einem Kreis von Behinderten und Sozialarbeitern aus diesem Bereich durchgesprochen und ein Kontaktkreis von Behinderten und Nichtbehinderten eingerichtet. Der zweite Schritt war, Informationsstände mit Rollstuhlfahrern und Unterschriftensammlungen für die Forderung eines Behindertentaxis zu organisieren. Den Infostand hatten wir mit einigen Behinderten vorbereitet. Diese hatten Collagen geklebt, die sehr eindrucksvoll zeigten, was Nichtbehinderte alles tun können, ihnen selbst aber nicht möglich ist. Sie hatten Flugzeuge, die Tausende von Urlaubern in südliche Länder transportieren, Badestrände, Menschen, die in der Pose von Begeisterung und Urlaubsfreude sich von der Gischt riesiger Wellen umspülen lassen, ausgeschnitten und aufgeklebt. All die glückverheißenden Gesichter der Werbeindustrie bei Spiel, Sport und Tanzvergnügen wurden im Zusammenhang mit den Rollstuhlfahrern, die neben den Collagen ihre Situation leibhaftig und fühlbar darstellten, bedrückend. Hier gab es kaum einen Passanten, der daran vorbeiging. Das Aufsehen war größer als bei allen anderen Infoständen, die wir je gemacht hatten. Die Presse berichtete mit Bild. So war der Antrag, den wir gemeinsam ausgearbeitet hatten am Infostand (in großer Schrift) bereits bekannt, bevor wir ihn in den offiziellen Weg gehen ließen: Erst in den Sozialausschuss und von dort in den Kreistag.

Zu den beiden Sozialausschüssen erschienen wir wieder mit den Rollstuhlfahrern. Das hatte es wohl noch nie gegeben. Die Rollstuhlfahrer konnten aber zunächst zur öffentlichen Sitzung nicht in den Sitzungssaal, denn der liegt im 2. Stock des Kreishauses. Käthe: klein, breit und älter und mit energischer Stimme, wenn's drauf ankommt, brüllte von der hohen Zuschauertribüne: „Draußen sind Behinderte, die wollen hier zuhören.“ Antwort: „In einem Jahr wird das neue Kreishauses gebaut, da gibt es dann Fahrstühle!“ Käthe wieder: „Das interessiert uns jetzt gar nicht, die Behinderten wollen jetzt zuhören, die Sitzung ist öffentlich nach dem Gesetz. Stehen Sie doch bitte auf, meine Herren, und fassen mit an.“ Es war Käthe's Stimme, die keinem mehr Ausflüchte ließ. Die Abgeordneten standen auf, faßten zu dritt oder viert die Rollstühle mit In-sassen und schleppten diese keuchend die vielen Treppen bis in den Sitzungssaal. So begann die erste Sitzung. Es fielen Worte wie: Man solle nicht immer gleich nach dem Staat rufen. Behinderte müßten Nachbarschaftshilfe in Anspruch nehmen. Die darauf folgenden empörten, spontanen Zwischenrufe trugen ihnen zwar einen Verweis ein, Zuhörer hätten kein Recht zu Äußerungen in Sitzungen; dämpften aber doch diese Tendenzen. Endergebnis der Sitzung und Vorschlag der Verwaltung: Ein alter Krankenwagen sollte als Taxi mit hydraulischen Hebebühnen (Kosten-

punkt 8.000,- DM), umgerüstet werden. Die Presse berichtet über diesen gelungenen Kreistagsbesuch. Wieder mit Bild, auf dem wir drei „WGA“-Frauen grinsend im Hintergrund stehen und im Vordergrund behäbige Abgeordnete einen Rollstuhl anheben.

Einige Tage später lud der Kontaktkreis die Presse und alle Abgeordneten des Sozialausschusses ein, aber keiner kam. Wir führten wieder Infostände durch, und es gab eine zweite Sozialausschusssitzung. Auf dieser Sitzung wehte ein ganz anderer Wind, so daß ein von uns gefordertes neues Spezialfahrzeug durchkam.

Eine Bemerkung zu den Behinderten ist mir in diesem Zusammenhang wichtig: Behinderte fordern in der Regel nicht, sie kämpfen nicht, sie haben wenig Zutrauen und sind gewohnt, ihre Probleme zu verbergen und ihre Situation als Schicksal hinzunehmen. Die Bereitschaft, sich am Infostand mit ihren Collagen „auszustellen“, ist nicht nur das Ergebnis gemeinsamer Arbeit und entstandenen Vertrauens, sondern die Folge des klaren Ziels, das wir gemeinsam hatten.

Die etablierten Parteien mußten nachgeben, wenn sie nicht in den Augen der Öffentlichkeit ihr Gesicht (sozial, christlich usw.) verlieren wollten. Ohne Behinderte wäre der Antrag in der Schublade des Landrates oder Oberkreisdirektors verschwunden.

6. Bemühungen auf drei „Wahlkongressen“ um die Kandidatur einer linken Liste zahlreicher Basisinitiativen zu den Landtagswahlen in Niedersachsen 1978. Wobei ich mir einen Hinweis des Ärgers nicht verkneifen kann, was die Aktivitäten Eurer Organisation anbelangt. Einen Anflug von Selbstkritik habe ich denn auch im Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums für den 1. KB-Kongreß (Unser Weg 26) gefunden. Ein Zitat: „Vielfach wurden Wahlaktivitäten schlicht unterlassen, bzw. mehr oder weniger offen boykottiert.“ Ein kleiner Hinweis immerhin!

Generell läßt sich sagen, daß die WGA nach dem Frühjahr 78 ihren politischen Schwerpunkt von der Anti-Atomarbeit zu anderen sozialen Fragen verlagert hat. Wir gingen davon aus, daß wir nur dann eine politische Alternative zu den Parteien sind, wenn wir „allumfassend“ politische Fragen aufgreifen, insbesondere solche Fragen, die uns in Berührung mit der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften bringen. Außerdem gehen wir davon aus, daß die Anti-Atom-Bewegung nur dann neue Kräfte entwickeln kann, wenn es gelingt, diese Bereiche gegen das Atomprogramm zu mobilisieren.

7. Wir haben eine Veranstaltung zur militärischen Zusammenarbeit Südafrika – BRD gemacht.

8. Im Herbst 78 bis Frühjahr 79 haben wir eine Unterschriftensamm-

In dieser Situation erleichtert ein Kreistagssitz die Kontaktaufnahme zu Bürgern, die versuchen, ihr linkes Engagement in bestehenden politischen Organisationen zum Tragen zu bringen. Bei vielen vergrößert es auch die Bereitschaft zu substantieller Zusammenarbeit. Die Erfolge einer solchen Arbeit hängen allerdings vollständig von parallel organisierten außer- und auch antiparlamentarischen Aktionen ab. Jetzt nach den Sommerferien werden wir unseren Schwerpunkt der Arbeit wahrscheinlich wieder mehr auf den Kampf gegen das AKW-Programm und das AKW-Grohnde verlagern, insbesondere weil Harrisburg wohl doch einige Kreise verunsichert hat. Was wir da im Einzelnen machen wollen, ist noch unklar.

Vor den Ferien sind wir nach Bonn gefahren, um dort unsere Forderung nach Amnestie für die Grohnde-Verurteilten und noch von Zahlungsbefehlen Bedrohten auch mit Bundestagsabgeordneten zu besprechen. Christian Gehrke, zu 11 Monaten verurteilt und Ingrid Herschke, mit Zahlungsbefehl bedroht, führten mit. Nach einer Anketzungaktion kam es zu einem Gespräch mit 2 Bundestagsabgeordneten, Karsten Voigt (SPD) und Helga Schuchard (FDP). Wir erklärten, daß wir die Reise in der Absicht unternommen hätten, um festzustellen, inwieweit ein Interesse bei Parlamentariern vorhanden ist, eine solche Initiative zu unterstützen. Ebenfalls wollten wir mit dieser

Ebenfalls wollten wir mit dieser Aktion erreichen, daß dieses Thema innerhalb der Anti-AKW-Bewegung mehr in Gang kommt, da wir ja keineswegs als Vertreter der Bewegung in Bonn waren.

Helga Schuchard wollte sich für das Problem der Zahlungsbefehle einsetzen und zeigte sich sonst recht unsicher. Karsten Voigt bekundete deutliches Interesse an dieser Initiative, vorausgesetzt, daß die gesamte Anti-AKW-Bewegung dahinter stehe. Er stellte einen Bezug zu den 60-er Jahren her, indem er meinte, die Amnestie (Landfriedensbruch) hätte damals „eine gute, integrative Wirkung zur Folge gehabt.“ Er betonte sehr scharf: Wer eine Amnestie fordere, der müsse wissen, daß er damit Staat, Parlament und Gerichte anerkenne; und widersprach sich selbst, indem er zusicherte, die Urteile von Grohnde überprüfen zu wollen. Seine Hoffnung und die seiner Partei drückte er bei solch einer Kampagne ebenfalls klar aus: Weite Kreise von Jugendlichen den Parteien und speziell der SPD wieder zuführen zu können. Mit der Amnestieforderung verknüpfen wir übrigens nicht die Forderung nach dem Stop aller Atomanlagen. Wir haben nämlich bereits Menschen als Unterstützer gewonnen, die nicht für den prinzipiellen Stop aller Atomanlagen eintreten, solche wollen wir natürlich auch weiterhin noch gewinnen. Inwieweit die Hoffnungen der SPD sich erfüllen werden, ist nicht das Problem der Bewegung. Ebenso nicht der von Voigt geforderte Zusammenhang zwischen der Amnestieforderung und staatlichen Institutionen. Die Bewegung kann diese Kampagne nutzen, um die Kriminalisierung in breiter Öffentlichkeit zu diskutieren, wie es bislang noch nicht möglich war. Zugeständnisse, wie den, unseren Widerstand gegen Atomanlagen nicht fortzuführen, sind an keiner Stelle gemacht worden und können auch nicht gemacht werden.

Frage: Welche Möglichkeiten/ welche Kompetenzen hat man/frau überhaupt im Kreistag?

Antwort: Grundsätzlich kann man erst einmal sagen, daß man nur so viele Möglichkeiten im Kreistag hat, wie man selbst außerparlamentarisch auf die Beine bringen kann. Je stärker Interessengruppen sich engagieren, um so einfacher ist eine Arbeit zu den entsprechenden Problemen im Kreistag. Fehlt eine außerparlamentarische Initiative, oder wird durch eine Initiative von uns im Kreistag keine solche mobilisiert, so ist ein Antrag nicht das Papier wert, auf dem es getippt ist. Rein formal gesehen, haben wir auch kaum Möglichkeiten im Kreistag, weil der Kreistag beschlossen hat, uns von den Kreisausschusssitzungen (geschäftsführendes Gremium des Kreistages) auszuschließen (Begründung: keine Fraktion). Und im Kreisausschuß fallen die eigentlichen Entscheidungen. Der Kreistag selbst trifft sich nur ca. 5-6 mal im Jahr.

Man kann das ungefähr mit der Situation eines linken Betriebsrates vergleichen, der vielmals im Jahr auf Betriebsversammlungen was zur Sprache bringen kann, nur mit dem Unterschied, daß dieser Betriebsrat ständigen Kontakt zu seinen Kollegen hat, die WGA aber nicht mit ihren Wählern. Sicherlich wäre es möglich, über das bisherige Maß hinaus an Sitzungen von Ausschüssen des Kreistages (Arbeitsausschüsse) teilzunehmen, beispielsweise am Sozial- oder Schulausschuß, aber die Teilnahme an den Sitzungen nutzt überhaupt nichts, wenn die Betroffenen der Entscheidungen nicht auf die Barrikaden gehen.

Frage: Wie sieht die Basis der WGA aus, BI's, Initiativen, Einzelpersonen, die die WGA unterstützen, mit ihr zusammenarbeiten?

Antwort: Was die Zusammenarbeit mit den Initiativen, BI's usw. anbetrifft, so unterstützt und arbeitet die WGA in allen Projekten mit, die ihr sinnvoll erscheinen und wo wir personell dazu in der Lage sind. Leider müssen wir bedauern, daß die Initiativen Hameln umgekehrt nicht versuchen, den Kreistagssitz der WGA für ihre Politik zu benutzen. Möglicherweise liegt das auch an uns, da vielen nicht bekannt ist, wie man den Kreistag für eine Mobilisierung nutzen kann. Aber sicher spielt auch eine Rolle, daß wichtige „Führer“ der linken außerparlamentarischen Bewegung die Nutzung dieses Instruments aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Ihr Vorwurf ist, wir würden Illusionen in den Parlamentarismus fördern. Wir halten diesen Vorwurf gerade nach unseren Erfahrungen als WGA für nicht haltbar.

Was die aktive Mitarbeit anbetrifft, so ist der ständige Mitarbeiterkreis nicht sehr groß. Auch eine Spaltung hat die WGA schon hinter sich. Grund war, daß versucht wurde, alle internationalen Themen aus der, damals für kurze Zeit erscheinenden Zeitung der WGA herauszuhalten. Wir haben in der Vergangenheit zu wenig darauf geachtet, einen ständigen Mitarbeiterkreis aufzubauen (durch mehr politische Diskussion) und haben allzusehr durch aktuelle Probleme uns unter Druck setzen lassen. Aber der aktive Kreis wächst immer dann an, wenn wir als WGA irgend eine Aktion starten, die auf das Interesse von Bürgern stößt.

Frage: Wie sieht die eigene, persönliche Verbindung zu diesen Initiativen usw. aus?

Antwort: Meine persönlichen Verbindungen (sie stammen größtenteils aus meiner Zeit, bevor es die WGA gab) sind für die WGA und für mich ziemlich gut und immer wieder sehr wichtig. Sie haben oft den Einstieg in einige unserer Initiativen ermöglicht. Ich bin befreundet oder gut bekannt mit Leuten aus den verschiedenen BI's, mit Frauen aus der Frauengruppe (sie arbeiten teilweise auch in der WGA mit), mit Leuten aus der SPD usw. ... So wird die WGA von sehr verschiedenen Seiten unterstützt. Teilweise kommt die Unterstützung aus persönlichen Kontakten zustande und meine reichen inzwischen ziemlich weit – übrigens der einzige Vorteil einer kleinen Stadt!!

Ohne diese persönlichen Verbindungen wäre die Unterschriftensammlung gegen Ehrenbürgerschaft und Kundgebungsverbot für Neonazis so vieler prominenter SPD- und Gewerkschaftsmitglieder binnen 2 Tagen per Telefon nie zustande gekommen. Aber ich kann das höchstens als Hilfe deklarieren, inhaltlich sagt das nicht so viel aus; damit meine ich, daß das gleiche Ziel mit guter politischer Arbeit auch ohne Verbindungen erreicht werden kann.

Frage: Ergeben sich besondere Schwierigkeiten dadurch, daß die WGA ja nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem „flachen Land“ arbeitet?

Antwort: Ja selbstverständlich, es gibt zwei Arten von Schwierigkeiten: Erstens ist es natürlich außerordentlich schwer, die WGA als Organisation im Kreisgebiet aufrechtzuerhalten. Die Verkehrsverbindungen in die anderen Gemeinden des Kreisgebietes sind katastrophal. Die Zusammenarbeit mit WGA-Mitgliedern aus anderen Orten ist daher außer-

Fortsetzung nächste Seite



Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit waren:

1. Die Verteidigung der Grohnde-Angeklagten,
2. (Mit-)Aufruf zur Grohnde-Prozeß-Demonstration am 25.2.1978,
3. Unterschriften- und Zeugensammlung für die Grohnde-Prozesse, besonders unter der Bevölkerung um Grohnde herum. Dazu machten wir auch Hausbesuche, bei denen wir erstaunliche Gespräche führten. Auf diese Leute können wir bei unserer jetzigen Amnestiekampagne sehr gut zurückgreifen. Diese Leute sind vorwiegend AKW-Gegner, die nie aktiv waren und es bis jetzt noch immer nicht sind.
4. Die Unterstützung des Druckerstreiks durch einen Infostand vor dem örtlichen Pressehaus, verbunden mit einer Geldsammlung für die Betroffenen. Außerdem haben wir ein Flugblatt dazu herausgebracht.
5. Der Kampf gegen Neo-Nazis während des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen. Wir haben mit gegen NPD-Kundgebungen in Hameln, Hannover, Hildesheim, Göttingen und Frankfurt (78 und 79) mobilisiert.

lung organisiert, mit der wir vom Rat Hameln forderten, daß er sich von einem Ratsbeschuß im 3. Reich distanzieren, womit Adolf Hitler und Horst Wessel zu Ehrenbürgern der Stadt Hameln ernannt worden waren. An diese Forderung hatten wir zugleich die Forderung nach Verbot aller faschistischen Kundgebungen geknüpft. Als Erstunterzeichner gewannen wir zahlreiche linke SPD-Mitglieder und 18 Betriebsräte Hameln. Diese Unterschriftenliste führte zu einer schweren Krise innerhalb der SPD mit Androhung von einigen Dutzend Parteiausschlußverfahren gegen die Unterzeichner. Dieses Beispiel zeigt wohl die Möglichkeiten einer Politik links von der SPD, die wahrscheinlich ohne einen Kreistagssitz nicht möglich wäre. Denn erstens befürchten die anderen Parteien, insbesondere die SPD, um ihre Wähler und zweitens hören viel mehr Leute auf eine Gruppe, die im Parlament sitzt, als auf eine Bürgerinitiative. Das hat wohl damit zu tun, daß sehr viele, auch Linke, ein größeres Vertrauen gegenüber parlamentarischen Institutionen haben.

Fortsetzung von Seite 10

... 2 Jahre WGA-Arbeit

ordentlich schwierig. Das Zentrum der WGA-Arbeit ist Hameln, man kann sagen, daß es in anderen Orten eigentlich keine selbständige WGA-Arbeit gibt. Es gibt aber bei konkreten Aktionen Unterstützung, z. B. das Kleben von Plakaten und die Mobilisierung für Veranstaltungen. Und natürlich bringt das auch immer immense Kosten mit sich (Telefon, Herumfahren usw.). Zweitens bringt die ländliche Gegend auch politische Probleme mit sich. Wenig Verbindung zur Tradition der Gewerkschaftsbewegung, sehr konservative Einstellung vieler Einwohner in den ländlichen Gemeinden. Es sei hier nur daran erinnert, daß die NPD bei den Kommunalwahlen hier 1966 über 8 Prozent der Stimmen erhielt. Ich will auch noch was zur Presse, die sich hier „Deister- und Weserzeitung“ nennt, sagen. Wir werden von dieser Zeitung massiv behindert. Es kommen kaum Berichte über Aktivitäten von uns (Behinderungsfrage ausgenommen) und zu Veranstaltungen erscheint kein Berichterstatter, demzufolge auch kein Bericht. Die Veranstaltungen von uns werden in der Kurznotiz des Veranstaltungskalenders gerne auch „so ganz aus Versehen“ mit falschem Titel angegeben. Den etablierten Parteien wird alle 6 Wochen 1/4 Seite kostenlos zur Verfügung gestellt, uns aber nicht. Auf Anfrage meinerseits wurde mitgeteilt, dieses sei eine persönliche Absprache zwischen den 3 Parteichefs und dem Verleger. Auf den Hinweis der Benachteiligung der WGA, die ebenfalls im Kreistag vertreten sei, erfolgte die erregte Antwort, die Zeitung sei schließlich privat und da könnten wir gar nichts wollen oder gar fordern.

Frage: Habt ihr auch eine besondere Frauenarbeit gemacht, wie sieht deine Situation als oppositionelle Abgeordnete, als Frau aus?

Antwort: Bisher haben wir als WGA keine besondere Frauenarbeit gemacht. Einige unserer Mitglieder allerdings haben in der Frauengruppe in Hameln mitgearbeitet und umgekehrt. Einzelne sind dort aus Enttäuschung auch wieder weggeblieben. Das hängt wohl auch mit der Konzeptionslosigkeit und der feministischen auch wieder weggeblieben. Das hängt wohl auch mit der Konzeptionslosigkeit und der feministischen Orientierung der Frauengruppe zusammen. Das Schwerkgewicht liegt auf Selbsterfahrung, anstatt die wichtigsten sozialen Probleme der arbeitenden Frauen aufzugreifen (z. B. Durchsetzung der Abtreibungsmöglichkeit ohne Diskriminierung in Hameln oder gleicher Lohn für Frauen u.s.w.). Wir sind am Überlegen, ob wir als WGA nicht eines dieser Probleme in der nächsten Zeit schwerpunktmäßig aufgreifen sollten. Vielleicht werden wir eine Veranstaltung mit einer Gruppe von Frauen aus Gelsenkirchen machen, die vor Gericht ihre gleiche Bezahlung durchgesetzt haben. Zu meiner Situation als oppositionelle Abgeordnete und als Frau ist zu sagen, daß ich mit allen Mitteln und Tricks bekämpft werde, die den etablierten Parteien opportunistisch erscheinen, aber ich fühle mich nicht als Frau bekämpft. Daß ich eine Frau bin, bekomme ich lediglich daran zu spüren, daß in Pausen und Momenten des privaten Zusammenkommens ich überaus höflich und zuvorkommend behandelt werde und öfter mal die Anrede „gnädige Frau“ fällt, mit der mir Mantel oder auch nur eine Jacke abgenommen werden usw.. Ich gehe davon aus, daß einige Leute ziemlich Respekt vor mir haben, die einen vor meiner Person, die anderen vor dem, was ich als WGA-Abgeordnete sage und sagen darf. So komme ich mir denn an meinem Einzelzettel zwischen den gleichstarken Reihen von CDU-FDP auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite in manchen Situationen zuweilen ganz „wohl“ vor, in dem Bewußtsein, nahezu als einzige nach meinem Verstand reden und abstimmen zu können, während die Kollegen rechts und links sichtbar keine individuellen Entscheidungen treffen dürfen, als gäbe es permanente Fraktionszwänge. Diese Empfindungen haben anfängliche Unsicherheiten gegenüber dem Apparat mit Verordnungen, Bestimmungen, Gepflogenheiten und den Paragraphen einer niedersächsischen Landkreisordnung schnell beiseitegetrieben. Auch das Herzklopfen, bei jeder Rede und jedem Versuch zu Wort zu kommen (auch das mußte ich mir manches Mal durch Hartnäckigkeit erkämpfen), sind der Überzeugung gewichen, daß, wenn ich den Mund aufmache, es berechtigt oder vernünftig ist. Dort, wo ich nicht ausreichend informiert bin, halte ich in der Regel den Mund.

DGB und Kanzler[kandidat] Strauß: Widerstand und Anpassung

„Der DGB hat die Absicht, sich vorerst zurückzuhalten und die weitere Entwicklung sorgfältig zu beobachten.“

Diesen erbärmlichen Beschluß faßte der DGB-Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 3. Juli in Hamburg, nachdem man sich mit dem berühmten CSU-Papier zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage“ und der Nominierung von Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Union befaßt hatte.

Inzwischen hat die „Zurückhaltung“ der DGB-Oberen konkretere Gestalt angenommen.

Nicht die offene Kampfansage gegen den erklärten Gewerkschaftsfeind Strauß, sondern das Zurückweichen vor den dreisten Angriffen aus dem CSU-Hauptquartier und die Umar-

— die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich gemäß der vom DGB-Vorstand ausgegebenen Linie weitgehend zurückhalten und die „Auseinandersetzung“ mit Strauß fast ausschließlich prominenten CDU-Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften überlassen wird. Allein schon diese Tatsache dokumentiert das nach rechts verschobene Bild der Gewerkschaften. Diese massive Aufwertung sowohl der Personen als auch der politischen Positionen der CDU-Gewerkschaften geht in einigen Gewerkschaftszeitungen so weit, daß der Leser den Eindruck gewinnen muß, daß diese Leute die Standpunkte der Gewerkschaft formulieren.

CSU-Generalsekretär Stoiber hatte in seinen berühmten „Rohmaterialien“ u.a. an die Möglichkeit der

Grundsatzprogramm, „das wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen Rechnung trägt“, dürfe nicht in Frage gestellt werden, sondern müsse „durch parlamentarische Aktionen in praktische Politik umgesetzt werden“. Wohlbedacht: es ist ohne Einschränkung von gesamten CDU-Grundsatzprogramm die Rede, nicht etwa von einzelnen vordergründig „gewerkschaftsfreundlichen“ Formulierungen.

Desweiteren wird gefordert, daß z.B. „die paritätische Mitbestimmung durch die Politik der Unionsparteien zustande kommt“, daß „auch mit dem Mittel der Arbeitszeitverkürzung“, unzumutbare Belastungen abgebaut werden u.a.m. — Forderungen, die nicht nur in der bayerischen CSU Gelächter ausgelöst haben dürften.

Worte lassen an Offenheit nichts zu wünschen übrig.

Doch es kommt noch dicker. Die im DGB-Spektrum weit rechtsaußen angesiedelte IG Bergbau und Energie hatte die Kommentierung der Stoiber-Materialien in der Nummer 14 ihrer Zeitung „Einheit“ (Chefredakteur: der bekannte Atomfizil und Antikommunist Horst Niggemeier — SPD) ausnahmslos CDU-Gewerkschaften überlassen. Auf Seite 1 werden zunächst noch hauptamtliche CDU-Gewerkschafter zitiert, die in einem Telegramm an die CDU-Zentrale mitteilen: „Fast stündlich wächst die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die einen Austritt aus der CDU erwägen“. Dazu Niggemeier auf Seite 2: „... es (wäre) nur zu wünschen, daß sich die christdemokratischen Gewerkschaftskollegen des DGB nicht aus CDU/CSU herausdrängen lassen oder gar selbst das Feld räumen, sondern auch weiterhin die einheitsgewerkschaftlichen Positionen innerhalb der Union vertreten. Sie verdienen dabei die Unterstützung aller Gewerkschaftskollegen.“

IG Bergbau: „Kritische Solidarität zu Strauß“?

Eine absolute Spitze in der Ausrückung der Gewerkschaften auf CDU-Positionen erreichte die „Einheit“ in ihrer jüngsten Ausgabe (Nr. 17 vom 1. September). Auf Seite 2 findet sich dort ein Artikel des stellvertretenden Chefredakteurs Ernst Otto Stüber unter dem atemberaubenden Titel „Kritische Solidarität zu Strauß“ — im Original ohne Anführungszeichen!

Erst kurz vor Ende des Artikels erfährt der Leser, daß dies (noch?) nicht die Position der IGBE ist, sondern „zur Zeit die Formel im christlich-demokratischen Arbeitnehmerlager gegenüber dem bayerischen Kanzler-Kandidaten“ ist. Abrundend fügt Stüber hinzu: „Nachdem selbst der politische Gegner eine Dämonisierung der CSU-Chefs für wenig sinnvoll und ein aus Alt-Skandalen geprägtes Feindbild für wenig nützlich hält, haben auch die Sozialausschüsse Emotionen längst abgebaut. Geblieben ist das sachliche Mißtrauen.“

Arme Kumpel!

Die Ausnahmen von der Regel

Arme Kumpel!

Die Ausnahmen von der Regel

Angesichts dieser erschreckenden Entwicklung hebt sich die Berichterstattung der „Metall“ (Nr. 14) und der „Holzarbeiterzeitung“ (Nr. 8; Gewerkschaft Holz und Kunststoff) wohlwollend ab (vgl. AK 159, S.7). Wie lange die „Metall“-Redaktion beispielsweise aber dem vereinten Druck von Strauß-Klagen, reaktionären Leserbrief-Kampagnen aus CSU-Kreisen und öffentlichen Distanzierungen des IGM-Chefs Loderer standhalten kann, wird entscheidend davon abhängen, wie weit sich die Mitgliedschaft und die Funktionäre der Basis diesen Kurs gefallen lassen. Alle Strauß-Gegner, Vertrauensleute und Betriebsräte, alle, die in Strauß den „Kandidat des großen Geldes“ („Metall“) sehen, sind aufgerufen, hier energisch gegenzumobilisieren. Wie hieß es noch in der „Holzarbeiterzeitung“? „Das wollen wir mal abwarten-was kommt“ oder lassen wir's mal laufen? ist keine Politik: Es ist Zeit zum Aufstehen.“

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



„Bei dem kann man die Westen gar nicht schnell genug waschen ...“

Karikatur aus: „Holzarbeiterzeitung“ 8/79

Karikatur aus: „Holzarbeiterzeitung“ 8/79

mung von CDU-Gewerkschaften ist die taktische Marschlinie der Gewerkschaftsführer. Herbert Wehner hatte seine Parteigenossen dazu aufgefordert, Strauß „nicht zu dämonisieren“, womit er meinte, man solle im Wahlkampf nicht etwa die Kette von Skandalen aufgreifen, die zu Strauß gehören wie der Gamsbart zum Tirolerhut, sondern es solle die „sachliche Auseinandersetzung“ mit seinen Wahlaussagen gesucht werden.

Eugen Loderer hatte das Wehner-Wort sogleich aufgenommen und die Parole ausgegeben, man solle Strauß „weder dämonisieren noch emporschmühen“, ebenso der Chefredakteur der IG-Chemie-Funktionärszeitschrift „Umschau“, Manfred Menzel, der den Leitartikel der Juli-Ausgabe betitelt: „Weder Messias noch Dämon“.

Wie weit die Gewerkschaftsführer bereits jetzt in die Defensive gegangen sind, wird exemplarisch deutlich bei der Durchsicht der Gewerkschaftspresse der letzten Wochen.

Dabei fällt zunächst auf, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen

Unterwanderung der Gewerkschaften durch „konservative“ Arbeitnehmer bzw. an die „Fraktionierung“ des DGB gedacht, diese Möglichkeit aber sogleich als unrealistisch verworfen. Was sich aber momentan in den Zeitungen der DGB-Gewerkschaften abspielt, ist objektiv ein Punkte-Sammeln in diese Richtung. Nie zuvor hatten CDUler so gute Möglichkeiten der Selbstdarstellung in der Gewerkschaftspresse gehabt.

Anti-reaktionärer Wahlkampf mit dem DGB?

Mit einer großen Geste hat sich die „Arbeitsgemeinschaft Christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter“ versucht, in Szene zu setzen. Sie wandte sich mit einem Forderungskatalog an Strauß und den CDU-Vorsitzenden Kohl, von dessen Erfüllung in den Strauß'schen Wahlaussagen sie ihre Unterstützung abhängig machen will. Dieser Forderungskatalog wurde von den Gewerkschaftszeitungen, zumeist völlig ohne jeden kritischen Kommentar, breit publiziert. Er enthält u.a. folgende Punkte: das CDU-

Ihren Stellenwert erhalten diese Aussagen weder durch die Bedeutung des „Arbeitnehmerflügels“ innerhalb der Unionsparteien, wo Norbert Blum und seine Mannen seit jeher die Rolle des Feigenblatts gespielt haben, noch durch ihren effektiven Einfluß innerhalb des DGB. Vielmehr ist die derzeitige Publicity der CDU-Gewerkschafter der Tatsache geschuldet, daß in den meisten Gewerkschaftszeitungen gerade in diesen die Stellungnahmen zu Strauß überlassen werden, während die Sozialdemokraten ganz neue Fronten aufbauen. So der schon zitierte Manfred Menzel in folgendem im Wortsinn bemerkenswerten Satz: Wir sollten „vor allem ... mit unseren CDU-Kollegen sprechen. Und das heißt: mit Argumenten und Sachaussagen, mit gemeinsam gefaßten Beschlüssen und mit gemeinsamen Handeln den Charakter der Einheitsgewerkschaften unterstreichen. Und wir sollten uns von denen distanzieren, die Strauß dämonisieren, mit Hitler auf eine Stufe stellen und mit ihrer Aktionseinheit gegen Strauß ganz andere Ziele verfolgen“. Diese

Strauß verliert gegen „Metall“

Beim Versuch, die Gewerkschaftspresse zu zensurieren, mußte Franz-Josef Strauß eine Niederlage hinnehmen. Im Gerichtsverfahren gegen die Zeitung der IGM, „metall“, entschied das Frankfurter Landgericht gegen den CSU-Vorsitzenden. Die am 31. Juli erwirkte einstweilige Verfügung von Strauß gegen die „metall“ Nr. 14 vom 18. Juli sowie die Verpflichtung zur Gegendarstellung lehnte das Gericht ab.

Die „metall“ hatte diese Ausgabe mit schwarzem Titelbild und dem berühmten Strauß-Zitat aus seiner Sonthofener Rede aufgemacht: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“. Dazu die CSU-Juristen: die Sonthofener Rede sei frei von Strauß gehalten, das Zitat „nicht autorisiert“, außerdem stehe dieser Satz „in eindeutigen Textzusammenhang mit meinen Äußerungen über den deutschen Terrorismus ... und

(bezieht) sich daher nur auf die Baader-Meinhof-Bande“ („FR“, 24.8.). Die „metall“ aber erwecke den Eindruck, als richte die Aussage sich gegen den politischen Gegner.

Nun, jeder, der die Sonthofener Rede kennt, weiß, daß Strauß diese Aussage gerade auf den politischen Gegner bis hin zur Sozialdemokratie gemünzt hat. Andererseits hat er derzeit kein Interesse, seinen Aufbau zum „seriösen“ Kanzlerkandidaten der Union mit diesen Enthüllungen seiner Absichten stören zu lassen. Das Frankfurter Gericht entschied nun, „aus dem Text der Rede lasse sich nicht entnehmen, daß sich das Zitat „nur auf Baader-Meinhof beziehe und in „eindeutigen“ Zusammenhang mit Terrorismus gemeint gewesen sei“ („FR“, 24.8.). Immerhin! Bleibt zu hoffen, daß die Redaktion der „metall“, die wegen ihrer scharfen Strauß-Kritik unter starkem Druck auch im DGB steht, dies als Ermutigung für die Fortsetzung ihres Kurses begreift: politische Vergangenheit und Ziele des rechten Bayern weiter zu enthüllen.

Gemeinsam gegen Strauß — mit dem MSB?

In einem Aufruf des Bundesvorstandes des MSB (Studentenorganisation der DKP) tritt dieser für Anti-Strauß-Initiativen ein, „in denen die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik — ungeachtet sonstiger Differenzen — zusammenarbeiten können, um Strauß den Weg zu versperren.“ Er beruft sich dabei auf einen Beschluß des Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der alle Mitglieds-Asten aufgefordert hat, zu gemeinsamen Gesprächen a l l e r demokratischen Jugend- und Studentenverbände einzuladen. Dieser Beschluß wird von allen Fraktionen der VDS, Jusos, SHB (ehemaliger Studentenverband der SPD, heute einer der ewig festen Bündnispartner der DKP), MSB und Basisgruppen, getragen. Da der Bundesvorstand des MSB direkt an diesen Beschluß anknüpft, sollte angenommen werden, daß tatsächlich das gesamte linke Spektrum angesprochen wird. Sollte es dem MSB damit Ernst sein, wäre dies das erste Mal, daß eine solche Zusammenarbeit zustande kommt. Im Aufruf selbst wird vom MSB keinerlei direkte Ausgliederung von bestimmten linken Gruppierungen vorgenommen. Jedoch muß als Alarmsignal gewertet werden, daß bei der Erwähnung der tragenden Gruppen des VDS-Beschlusses die Basisgrup-

pen nicht erwähnt werden. Anzunehmen ist, daß der MSB, mit dem VDS-Beschluß im Rücken, versuchen wird, örtliche Anti-Strauß-Initiativen mit dem eigenen Bündnisbereich aufzubauen, die allein o f f e n gegenüber dem sozialdemokratischen Lager gestaltet werden, während sie gegenüber den linken Gruppen abgeschottet werden, oder diese lediglich als „Mitschwimmer“ geduldet werden — natürlich unter der Programmatik des MSB.

Die Vorsicht, mit der der Aufruf jedoch alle demokratischen Jugend- und Studentorganisationen anspricht, läßt jedoch darauf schließen, daß auch der MSB „begriffen“ hat, daß die Jusos gerade in diesem Fall keinerlei Interesse an einem alleinigen Bündnis mit dem DKP-Parteiladen haben.

Insofern ergeben sich insbesondere an den Hochschulen reelle Chancen, den VDS-Beschluß, Anti-Strauß-Initiativen a l l e r linken Gruppen aufzubauen, in die Tat umzusetzen. Notwendig wird es sein, daß die radikalen linken Gruppierungen diese Initiativen frühzeitig aufnehmen, um das Konzept des MSB und damit die Spaltung der Anti-Strauß-Front zu verhindern.

SSB/Hamburg

Bundestagswahl-Diskussion in der GLH

Die Grüne Liste Hessen hielt am 26.8. eine Mitgliederversammlung mit etwa 50 Teilnehmern in Hanau ab. Haupttagungsort war die Frage, wie sich die GLH in den Auseinandersetzungen um ein alternatives Wahlbündnis bei den kommenden Bundestagswahlen (BTW) verhält. Zunächst wurden Berichte aus den bestehenden GLH-Gruppen gegeben, bei denen man auch einen Eindruck über die Situation der GLH gewinnen konnte. Demnach gibt es sieben kontinuierlich arbeitende Gruppen, wobei die Zahl der aktiven Mitglieder zwischen fünf und zwanzig schwankt (Bensheim, Bad Nauheim-Butzbach, Frankfurt, Gießen, Wiesbaden, Hanau-Stadt, Hanau-Land). In Marburg und Fulda finden unregelmäßige Treffen statt. In Offenbach, Darmstadt und Kassel ist die GLH zusammengebrochen. Dafür gibt es im Vogelsberg-Kreis stärkeres Interesse an der Bildung einer Gruppe. Bescheiden, aber immerhin! Denn verglichen mit der Situation zu Beginn dieses Jahres, als alle Berichte noch sehr pessimistisch waren, und einige politische Gruppen die GLH schon verlassen hatten (Trotzkisten, „KPD“), klingt dies eigentlich ganz hoffnungsvoll. Ohne dies überbewerten zu wollen, kann man also durchaus von einer Konsolidierung sprechen. Die spektakulären Aktivitäten der Frankfurter Gruppe (z.B. die maßgebliche Beteiligung an „Rock gegen Rechts“) haben dabei anderweitig erzielte Fortschritte in den Hintergrund treten lassen: So gibt z.B. die GLH Bensheim eine eigene Zeitung heraus und organisierte ein Fest mit 400 Leuten. Die Hanauer arbeiten sehr kompetent gegen die Nuklearfabrik und die alarmierende Cadmium-Belastung in ihrer Stadt, sodaß sich schon der Bürgermeister genötigt sah, die wenig glaubwürdige Erklärung abzugeben, er habe sich schon lange vor den Grünen mit diesen Problemen befaßt. Die Gruppe Hanau-Land genießt sogar den einmaligen Vorteil, sich im Lokal-Anzeiger einbringen zu können. Jeweils einmal im Monat bringt das Blättchen (Auflage 5.000) eine zweiseitige grüne Beilage heraus, die von den GLH'ern gestaltet wird! Schließlich ist es in Gießen gelungen, zu den wegen der Auflösung des Stadtgebietes „Lahn“ vorgezogenen Kommunalwahlen am 7.10. eine gemeinsame Liste mit der GLU und Teilen der GAZ auf die Beine zu bringen.

Die überwiegende Mehrheit der Gruppen hatte die Diskussion über eine Bundestagswahlbeteiligung schon begonnen. Tenor der Berichte: Grundsätzlich ist die GLH bereit und

interessiert, an den Gesprächen zur Bildung einer grün-bunten Alternative für 1980 teilzunehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß damit jetzt schon eine Kandidatur vorschnell bejaht würde. Das Mißtrauen gegenüber der Politik der konservativen grünen Gruppierungen, vor allem der GAZ, ist außerordentlich stark. Ein Wahlkampf, wo die GLH das linke Feigenblatt von Gruhl spielen würde, wird strikt abgelehnt („Wir sind doch nicht die Jusos der Grünen!“). Deshalb besteht das Bedürfnis, sich mehr mit den bunten und alternativen Listen zu koordinieren, um die Verhandlungsposition der Linken zu stärken.

Eine strikte Ablehnung jeder Beteiligung an der BTW wurde von einem Vertreter des Frankfurter ASTA formuliert. Man werde ohnehin nur ein mageres Ergebnis erzielen, und dafür sei ein „Totaleinsatz“ nicht gerechtfertigt. Die Depression, die sich daraus zwangsläufig ergeben werde, werde auf die hessischen Kommunalwahlen (März 1981) negativ zurückwirken. Deshalb solle man lieber auf die „Tauben auf dem Dach“ (BTW) verzichten, um sich ganz auf den „Spatz in der Hand“ (Kommunalwahlen) zu konzentrieren.

Andere wiesen darauf hin, daß die BTW-Diskussion gegenwärtig abgehoben von den Basis-Initiativen laufe, und warnten davor, daß sich die GLH zu einem „Wahlverein“ entwickeln könnte. Dem wurde entgegengehalten, die „Basis“ werde im Zuge des Wahlkampfes sehr wohl noch aufgerüttelt werden; dann sei es aber für

eine eventuelle Wahlbeteiligung sicher zu spät. Eine Kontroverse ergab sich auch in der Frage, ob der Wahlkampf eine spezielle Anti-Strauß-Stoßrichtung enthalten müsse. Während die Mehrheit diese Position teilte, gab es auch Stimmen, die zwischen Schmidt und Strauß keinerlei Unterschied machen wollten. Hier sah sich auch die „KPD“, die sich offenbar wieder stärker für die GLH interessiert, zum Eingreifen genötigt. Unvorsichtigerweise verplapperte sich ein Vertreter, Strauß habe doch „den klareren Blick für die Aufrüstung der Sowjetunion“. Derartige Positionen werden natürlich von niemand anders geteilt.

Für die nächsten Wochen wurde ein interner Klärungsprozeß beschlossen, bei dem die GLH festlegen will, welche programmatischen Positionen für sie bei grün-bunten Einigungsbestrebungen unverzichtbar sind. Parallel dazu wird die GLH selbst die Initiative zu Gesprächen mit der GLU und GAZ auf örtlicher und Landesebene ergreifen. Das Ziel dieses Vorgehens ist es, bis zum Bundesparteitag der Grünen (GLU, GAZ, AUD), der nach den letzten Planungen offenbar am 8. November in der Offenbacher Stadthalle stattfinden soll, einen möglichst eindeutigen „Hessenstandpunkt“ vorzulegen.

Einstimmig (bei einer Enthaltung) wurde erneut bestätigt, daß die GLH sich keinerlei Unvereinbarkeitspraxis von seiten der Grünen bieten lassen werde. Wenn dies nicht von vornherein klar sei, brauche man mit Gesprächen gar nicht erst zu beginnen.

KB/Gruppe Frankfurt

Resolution der Mitgliederversammlung der GLH vom 26.8.1979

Tendenzenbeschlüsse

Die Versammelten auf der Mitgliederversammlung der GLH in Hessen beschließen, mit den grünen und alternativen Gruppierungen auf allen Ebenen in Gespräche über die Bundestagswahlen einzutreten.

Die GLH übernimmt die Initiative der Einladung zu den Gesprächen. Die GLH wird in den Gesprächen ihre Positionen, die in der Wahlkampfplattform und den Essentials festgelegt sind, darlegen. Darüberhinaus wird parallel zu den Gesprächen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Punkte:

- Militarismus
- Gewerkschafts- und Sozialpolitik
- Schulproblematik
- Problematik einer Strauß-Kandidatur
- Unterentwicklung, Dritte Welt

auf der nächsten Versammlung zur Diskussion und evtl. Beschlussfassung vorlegt. Ebenso diskutieren die Wahlkreisgruppen über die Themenschwerpunkte und tauschen ihre Ergebnisse über den GLH-Rundbrief aus.

Am 21. Oktober wird eine erneute Versammlung stattfinden.

Arno Klönne Vogel-Strauß-Politik?

In der westdeutschen Linken läuft zur Zeit die Diskussion an, wie man sich gegenüber der Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten (und den gesamtpolitischen Tendenzen, die hierin zum Ausdruck kommen) verhalten solle. Dabei treten durchaus unterschiedliche Einschätzungen auf. Zwei davon will ich hier nur nennen, mich aber nicht weiter darauf einlassen, weil sie m.E. realitätsfremd sind: Die eine Position besteht darin, den Vorstoß von Strauß nicht weiter wichtig zu nehmen, weil der gegenwärtige Kanzler der Bundesrepublik allemal dem kuriosen Konkurrenten aus München überlegen sei. Aufmerksamkeit – wie auch immer – verdiene, so meint man hier, nur der weitere Gang der SPD-Regierungspolitik. Wer so denkt, wird noch allerlei Überraschungen erleben, was die Erfolgchancen von Strauß bzw. die Erfolgsträchtigkeit der von diesem repräsentierten neuen westdeutschen Rechten angeht. Die zweite Position gibt sich „theoriebewußt“; Strauß und Schmidt sind hiernach Vertreter verschiedener Fraktionen ein und desselben Kapitalismus, – und weshalb sich den Kopf zerbrechen über Varianten bürgerlicher Herrschaft? Diese Einschätzung versteht sich als marxistisch, hat aber von der Marx'schen Methode der Analyse politisch-historischer Entwicklungen leider nichts begriffen. Beide Positionen sind Beispiele dafür, wie Linke gegenüber dem, was die Kandidatur von Strauß bedeutet, auf diese oder jene Weise ihre Vogel-Strauß-Politik betreiben können.

Auf andere Art gibt es eine Vogel-Strauß-Politik gegenüber Strauß freilich auch bei Richtungen der Linken, die eher ernst zu nehmen sind als die beiden eben genannten Positionen.

Da ist z.B. die Strategie der DKP und vieler ihr nahestehender politischer Kräfte, die etwa so skizziert werden kann: Die Gefahr einer weiteren Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts hin, die sich mit der Kandidatur Strauß andeutet, wird hier durchaus gesehen; als linke Politik dagegen wird ein Abwehrbündnis empfohlen, das sich von Kommunisten bis hin zu den wirklich Liberalen erstrecken soll, in etwa jene Strömung wiederherstellend, die seinerzeit mit dazu beitrug, die sozial-liberale Regierung in Bonn und den Übergang zur Neuen Ost-Politik zu ermöglichen. Daran ist m.E. soviel richtig, daß die Verhinderung einer jeden weiteren Rechtsentwicklung die weitgespannte Zusammenarbeit derjenigen voraussetzt, die am „antifaschistischen Grundkonsens“ wie er nach 1945 in unserem Lande gedacht war, festhalten. Im übrigen aber steckt die Argumentation, wie sie die DKP jetzt entwickelt, den Kopf in den Sand. Sie weicht der Frage aus, weshalb denn eigentlich eine Politik, wie sie die CSU propagiert, heute bessere Chancen auch unter Lohnarbeitern hat, als zu Zeiten der Etablierung der sozialliberalen „Reform“-Regierung; sie läßt sich vor allem nicht auf die Frage ein, welchen Anteil an dieser sogenannten Klimaveränderung das politische Verhalten der Linken selbst (und damit auch die Politik der DKP) hat. Der Hinweis darauf, daß „Versäumnisse“ der SPD in der Regierung einen neuen Rechtstrend ermöglicht hätten, hilft da nicht weiter, denn auch diese Politik der SPD ist ja nicht das Resultat zufälliger persönlicher Entscheidungen. Nicht von ungefähr bleibt bei der DKP-Argumentation die simple Konsequenz des Wahlverhaltens unbenannt; man erfährt nichts darüber, welchen Stellenwert im Zusammen-

hang der Kampagne „Stoppt Strauß“ die Kandidatur der DKP haben soll – oder ob dann nicht vielleicht die Wahl der SPD die notwendige Schlußfolgerung am Tag der Bundestagswahl wäre. Wohl nicht zu Unrecht kann man der DKP unterstellen, daß sie die Frage nach der problematischen Entwicklung auf der Linken als Bedingung der gefährlichen Entwicklung auf der rechten draußen vor läßt, weil damit der kritische Blick auch auf die eigene Partei sich richten würde.

Aber auch das abseits der DKP vertretene Konzept, gegenüber der Rechtsentwicklung sei die offensive Wahlkandidatur „systemkritischer“ Listen (von grün bis rot) ohne Rücksicht auf die SPD das beste Mittel, ist eine Vogel-Strauß-Politik. Welche Inhalte könnten es den sein, die aus einem Sammelsurium von Unbehagen über die gegenwärtige Politik einen Kräftepol machen würden, der den Populismus à la Strauß an weiterem Vordringen hindert? Wo sind die Alternativen der Alternativen, die über das intellektuell-jugendliche Milieu hinaus Wahlscheidungen und dauerhaftes politisches Engagement motivieren könnten? Wenn ich nicht unterstellen will, daß die Verfechter solcher Listen dabei weniger den gesamtpolitischen Effekt, sondern mehr den kleinen taktischen Vorteil für die Stabilisierung des eigenen Vereins in der linken- oder ökologischen „Szene“ im Auge haben, dann bleibt nur der Schluß, daß man auch hier den Kopf in den Sand steckt, um den Blick auf den desolaten Zustand der westdeutschen Linken, ihrer Ideen, ihres Potentials und ihrer bisherigen Politik zu vermeiden. Auch Wahlaktivität kann eine Form der Selbstablenkung sein. Also bleibt nur Resignation und, um Schlimmeres zu verhindern, so ganz nebenbei die Wahl der SPD?

Was den zweiten Punkt angeht, so sehe ich keine andere Möglichkeit. „Strauß oder Schmidt“ – das ist zwar nicht die Wahl zwischen zwei gegensätzlichen Gesellschaftsformationen, aber es ist die Entscheidung zwischen einer neuen Staatsform spezifisch deutsch-nationaler Kapitalismustradition und einer politischen Verfassung des Kapitalismus, die – immerhin – „westeuropäischem“ Zuschnitt ähnelt. Daß sie diesem nicht wirklich gleicht, liegt an der Abwesenheit organisierter Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, daran also, daß hier jene politische Kraft fehlt, die einen bürgerlichen Staat in der Balance halten kann.

Eben deshalb ist der Wahlakt, so riskant er in seinen Folgen ist, nicht eben deshalb ist der Wahlakt, so riskant er in seinen Folgen ist, nicht der Hebel der politischen Entwicklung hierzulande. Vor und nach den Wahlen stellt sich eine Frage, auf die es eigentlich ankommt: Wie kann in der Bundesrepublik eine Linke sich herausbilden, die unsere politische Konstellation im Sinne der westeuropäischen Verhältnisse „normalisiert“? Gewiß kann eine solche Linke nicht einfach von den bestehenden linken Gruppen – mehr sind sie allesamt nicht, höchstens weniger – konstruiert werden. Aber sie kann offenbar auch nicht entstehen, solange die linken Gruppen einen politischen Platz „besetzt“ halten, ohne ihn wirklich ausfüllen zu können. Insofern ist eine Bedingung für die Veränderung der Lage der Linken in der Bundesrepublik, daß diejenigen, die sich als links verstehen, sich nicht selbst etwas in die Tasche lügen. Die kommende Bundestagswahl bietet eine Gelegenheit, dies erneut zu tun – oder es zum eigenen Nutzen zu unterlassen.

Das war wohl nix, Milan Horacek!

Ein „deutscher historischer Kompromiß“ – dies ist anscheinend die neueste Schöpfung, die in linken Kreisen der sonstigen politischen Vereinigung „Die Grünen“ (Zusammenschluß von GAZ, GLU, AUD u.a. zu den Europawahlen) gehandelt wird. In einem „taz“-Gespräch (Ausg. vom 24.8.) erläutert Milan Horacek, Herausgeber der „Listy-Blätter“, und Euro-Kandidat, was er darunter versteht.

Milan H. ist zunächst bemüht, das in der Linken weit verbreitete Mißtrauen gegenüber dem plötzlichen Gründungsfieber bei den Grünen zu entkräften. So hatte auch die „taz“, gestützt auf Informationen der Bunt-Liste Hamburg, die Befürchtung geäußert, für die Grünen sei eine Bundestagswahl-Beteiligung bereits eine abgemachte Sache, und ihre zu den Europawahlen geschaffene Organisation werde jetzt hastig zu einer grünen Partei ausgebaut, um alle anderen alternativen Listen vor vollendete Tatsachen zu stellen und auszuschalten. Was Milan an Erklärungen vorzubringen hat, bestätigt allerdings eher dieses Mißtrauen: Ob die Grünen sich an den BT-Wahlen beteiligen, sei „noch gar nicht beschlossen“. Er versteht nicht, „warum man unbedingt anwesend sein will“ beim geplanten Bundesparteitag der Grünen. Es sei völlig legitim, „daß die Formation, die sich an der Europawahl beteiligt hat, erstmal Klarheit schafft unter sich selbst, denn da ist das Spektrum auch sehr groß“.

Milan versucht dann, den Spieß umzudrehen. Organisationen wie der KB würden ihre ZK-Sitzungen schließlich auch unter Ausschuß der Öffentlichkeit abhalten. Überhaupt gebärde sich ja gerade der KB besonders „wahlgeil“, und er, Milan, befürchte eher eine „unheilige Allianz“ aus Parteipolitikern verschiedener Couleur, die aus egoistischen Motiven eine „Hilfskonstruktion“ zu den BTW „zusammenkitten“ könnten, die „aber nur bis zur Wahl halten wird oder bis zwei

Tage danach“. Dies lehne er ab.

Es ist bedauerlich (und erinnert an ganz ähnliche Mechanismen in der SPD!), wie hier eine scheinbar linke Argumentation mißbraucht wird, um Gruhl, Haubeleiter und anderen den Rücken zu decken. Niemand wird es den Euro-Grünen im Ernst verwehren wollen, ihren eigenen internen Klärungsprozeß „ungestört“ durchzuführen und sich nach Lust und Laune zusammenzuschließen oder auch auseinanderzudividieren. Dieser Klärungsprozeß ist ja bereits voll im Gange und hat zu dem Ergebnis geführt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Euro-Grünen (z.B. die GLU Niedersachsen) für ehrliche und gleichberechtigte Einigungsbestrebungen mit den bunten und alternativen Listen eintritt. In direktem Gegensatz zu diesen Beschlüssen forciert der Vorstand der Grünen den Prozeß einer Parteigründung mit dem erklärten Ziel, damit diejenige Formation zu schaffen (und allein zu kontrollieren!), die stellvertretend für die gesamte alternative Wahlbewegung zu den BTW antritt. Die „Wahlgeilheit“ des KB besteht nun lediglich darin, auf diesen Vorgang öffentlich aufmerksam zu machen und die Linke zu drängen, hier mitzumischen, um nicht – falls eine Wahlbeteiligung für sinnvoll gehalten wird – zu spät zu kommen und dann ein fertiges, aber ungenießbares Partei-Süppchen aus der GAZ-Küche vorzufinden.

Auch was den Hinweis auf angeblich undemokratische Strukturen des KB angeht, nehmen wir diesen Ball gerne auf. Bei uns, die wir uns als Teil der kommunistischen Bewegung in der BRD verstehen, wäre es schlechterdings unmöglich, daß das Leitende Gremium ohne Diskussion in der revolutionären Bewegung, ohne Zustimmung klarer Mehrheiten in der Mitgliedschaft und gestützt auf einige unausgelegte programmatische Vorläufigkeiten zur Parteigründung auf-

ruft bzw. eifrig Kreis- und Landesverbände ins Leben ruft. Eine solche Harakiri-Politik würde unser LG nicht einmal vier Wochen lang überleben, wobei wir uns wohlgekauert nicht einmal als „Dezentralisten“ verstehen...

Aber das nur nebenbei. Aufschlußreich ist Milans Polemik gegen eine „Hilfskonstruktion“ zu den BTW. Stattdessen befürwortet er eine längerfristige tragfähige politische Einheit, die er mit dem Schlagwort „deutscher historischer Kompromiß“ beschreibt: „von Gruhl bis Dutschke, von den Lebensschützern bis zu Flechtheim und Heinz Brandt, Heinrich Böll“. Der Begriff klingt hierzulande natürlich witzig, da es unseren Grünen im Vergleich zur PCI doch ziemlich an Muskeln fehlt, um solche „historischen Angebote“ zu machen. Erinnern wir uns trotzdem daran, was die PCI unter der Politik des historischen Kompromisses in Italien versteht: Unterstützung der staatlichen „Stabilitäts“- und „Spar“-Politik gegen die Arbeiterbewegung, „Innere Sicherheits“-Parolen gegen die radikale Linke, Einstellung des Widerstands gegen die von der DC betriebene Faschisierung. Ein Herbert Gruhl würde das sofort unterschreiben, aber auch ein Milan Horacek? Es scheint auch kein Zufall zu sein, daß Kommunisten in der von Milan definierten Bandbreite der Grünen nicht vorkommen. Nach rechts ist man weit geöffnet (es ist doch bekannt, wer sich alles hinter dem Begriff „Lebensschützer“ verbirgt!), nach links ist bei Rudi Dutschke schon die äußerste Grenze erreicht. Im übrigen könnte sich eine solche Politik angesichts der politischen Kräfteverhältnisse in der BRD insgesamt nur weit rechts von dem bewegen, was die PCI vorexerziert. Den „deutschen historischen Kompromiß“ sollte man lieber ganz schnell wieder vergessen, bevor man sich damit in noch größere Dummheiten verstrickt...



Schweden: Gewerkschaftsopposition gegen Atomenergiebeschuß

Nachdem die „Volkskampagne gegen Atomkraft“ für die Durchführung einer Volksabstimmung über Atomkraft in Schweden 548.850 Unterschriften gesammelt hatte und dann auch noch der Reaktorunfall in Harrisburg passierte, stimmten die Sozialdemokraten dieser Volksabstimmung zu. Momentan sehen sie ihre Hauptaufgabe darin, in der Abstimmung ihre grundsätzliche Zustimmung zum Ausbau der Atomkraftanlagen und zu Uranabbau vom schwedischen Volk absegnen zu lassen. Die Sozialdemokraten versuchen hierbei, auf ihr traditionelles Wählerpotential zurückzugreifen.

Der Kongreß des Angestellten-Gewerkschaftsbundes TCO mußte daher eine entsprechende Entschließung annehmen. Begründet wurde die Forderung nach Ausbau der Atomkraft in Schweden mit dem auch hierzulande nicht unbekannten Argument: Atomkraft sichert Arbeitsplätze. Diese Art von „Demokratie“ – Durchpeitschung des Antrages ohne weitere Diskussion, weder auf dem Kongreß noch in den Gewerkschaftsgremien oder in den Betriebsgruppen – wurde von den Mitgliedern nicht ohne weiteres hingenommen. In Schweden bildete sich eine Initiative, die folgende Protesterklärung als Anzeige in der größten Tageszeitung des Landes, „Dagens Nyheter“, am 21. Juni veröffentlichte:

„Protest gegen TCO's Energiebeschuß“

Der TCO-Kongreß sprach sich am 7. Juni für ein energiepolitisches Programm aus, das 13 AKW's (selbst die bürgerliche Regierung spricht heute nur von einem Ausbau von 6 auf 12 AKW's! – Anm. AK) und die Abschaffung des kommunalen Veto-rechtes z.B. gegen Uranabbau forderte. Der Reichstag dagegen hat beschlossen, die energiepolitische Entscheidung dem schwedischen Volk zu überlassen. Man kann davon ausgehen, daß die Angestelltenbewegung in der Energiefrage genauso gespalten ist, wie die schwedische Be-

völkerung im Übrigen. Der Beschluß des Kongresses basiert nicht auf umfassenden Diskussionen unter den Gewerkschaftsmitgliedern.

Da wir feststellen, daß eine wirkliche gewerkschaftliche Demokratie hier mißachtet wird und eine breite Strömung innerhalb von TCO gegen Atomkraft überfahren wurde, wollen wir unseren Protest öffentlich u.a. durch diese Anzeige ausdrücken und alle Atomkraftgegner unter den TCO-Mitgliedern auffordern, nicht aufzugeben, sondern künftig noch stärker als bisher innerhalb der Organisation und nach außen gegen die Atomkraft zu arbeiten.

Für diese Erklärung wurden in kurzer Zeit regional über 100 Unterschriften gesammelt und veröffentlicht. Es unterschrieben z.T. ganze Ortsverbände per Leitungsbeschuß

und eine ganze Reihe von Leitungsmitgliedern der Einzelgewerkschaften. Die Initiative der Oppositionellen versucht nun, Kontakt zu gewerkschaftlichen Atomkraftgegnern aufzunehmen und wird dazu im September ein Treffen mit Kontakten und Aktiven veranstalten. Hieran sollen auch Mitglieder der dänischen Anti-AKW-Bewegung OOA teilnehmen. Gewünscht wird auch die Teilnahme westdeutscher Gewerkschafter gegen Atomkraft.

Kontakt kann hierzu aufgenommen werden mit der folgenden Adresse (auf deutsch):

c/o Informationsdienst
FACK
222

Nach Berichten der Initiative und Skandinavienkommission



„TCO-Mitglieder gegen Atomkraft – Mach mit bei der Protest-Annonce“

„TCO-Mitglieder gegen Atomkraft – Mach mit bei der Protest-Annonce“

Wahlkampfthema Volksabstimmung

Nachdem 1976 die Bauern-Zentrums-Partei (Centern) mit ihrem Vorsitzenden Fälldin in Schweden nach 40 Jahren Regierungszeit der Sozialdemokraten die Wahlen mit dem Versprechen gewann, den Ausbau der Atomkraft zu stoppen, sind dennoch die Pläne der Atomindustrie weiter verwirklicht worden. Fälldin, der mit den Konservativen (Partei der Moderaten) und den Liberalen (Volkspartei) eine Koalition einging, taktierte hin und her und mußte im Herbst 1978 die Koalition auflösen und zurücktreten, da sein Anti-Atom-Image nicht länger aufrecht zu erhalten war. Daraufhin bildete die Volkspartei alleine eine – atomfreundliche – Minderheitsregierung mit dem Regierungschef Ullsten.

Zum Jahresende 1978 beschloß die Milieubewegung, eine Kampagne durchzuführen, um eine Volksabstimmung über Atomkraft zu erzwingen, da der Widerstand gegen Atomkraft bis weit in die bürgerlichen Parteien reicht. An dieser Kampagne beteiligten sich dann auch die parlamentarischen Parteien Centern und VPK (Euro-Revisionisten) sowie zahlreiche Initiativen, linke Organisationen und die Milieubewegung (wir berichteten hierüber im AK 154). Der Volkskampagne gelang es, 550.000 Unterschriften zu sammeln (einen Rechtsanspruch auf die Durchführung der Volksabstimmung ist in der schwedischen Verfassung nicht verankert). Im Verlauf der Kampagne, nachdem sich Anfang April der Unfall in Harrisburg ereignet hatte, erklärten sich endlich auch die Sozialdemokraten mit der Volksabstimmung einverstanden, die nun im März 1980 stattfinden soll. Immerhin beschloß der Reichstag, daß vor dem Aufrufen der zwei betriebsbereiten AKWs Forsmark I und Ringhals I die Volksabstimmung abgewartet werden soll.

Um die Formulierung der Alternativen, über die abgestimmt werden soll, setzte ein großes Gerangel ein.

JA soll nach dem Vorschlag der liberalen Volkspartei, der bis heute von den Sozialdemokraten unterstützt wurde, bedeuten: „Gemeinsamer (!) Ausbau der Kernkraft für eine Übergangszeit“, die NEIN-Alternative: „Sofortige Abschaltung aller AKW's“ (= Lichter aus!) (nach „DN“ 26.3.-6.4.).

Die AKW-Gegner der Volkskam-

pagne verlangen dagegen lediglich als Nein einen sofortigen Stop für AKW-Neubauten und einen planmäßigen Abbau der laufenden Reaktoren. Sie erhoffen sich mit diesem abgeschwächten Nein mehr Stimmen zu erhalten (Ähnliches propagieren auch international verschiedene Links-sozialdemokratische Kräfte). Die JA-Alternative sollte deutlich heißen: Ungehinderter Ausbau der Kernenergie.

Im Verlauf der Debatte im Reichstag wurde den Parteien Centern und VPK zugesichert, daß sie als Teil der Volksbewegung allein die NEIN-Alternative ausformulieren sollen. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß der Rest der Gruppen aus der Volkskampagne nicht berücksichtigt wird.

Obwohl offenbar versucht werden sollte, durch die Festlegung des Abstimmungstermines auf das Frühjahr 1980 das Thema Kernenergie aus dem Wahlkampf bis zum Wahltag am 16. September dieses Jahres herauszuhalten, sind alle Parteien gezwungen, aktuell Stellung zu nehmen.

Im folgenden geben wir einen Überblick über die verschiedenen Standpunkte zur Frage der Volksabstimmung über Atomkraft:

Sozialdemokraten (SAP):

Parteichef Palme mußte, als ehemaliger Regierungschef bis 1976 für den Ausbau des Kernenergieprogramms verantwortlich, jetzt unter dem Druck seiner eigenen Parteibasis (eine Gruppierung der SAP hatte sich an der Volkskampagne beteiligt!) der Volksabstimmung zustimmen. Der Sozialdemokrat M. Lönnroth schlägt als Alternativen nunmehr vor:

JA: Im Prinzip soll der Ausbau über das heutige Programm hinaus möglich sein.

Für die NEIN-Alternative akzeptiert er die Formulierung der Volksbewegung und VPK und Centern.

Er führt dann allerdings noch eine dritte Alternative ein, die die Sozialdemokraten offenbar favorisieren: Stop der Kernkraft beim heutigen Stand, zwölf Reaktoren, mehr darf es nicht geben.

Volkspartei:

Regierungschef Ullsten begibt sich immer mehr auf den Pro-AKW-Kurs und fordert demagogisch, daß man doch überhaupt nicht mehr von JA oder NEIN-Alternative sprechen soll-

te, da auch in dem Nein ein „Ja“ zur Kernkraft enthalten sein soll (die AKW-Gegner fordern ja nicht die vollständige und sofortige Stilllegung aller AKW's). „Keiner mag Kernkraft, aber wenn wir darauf verzichten, würde das negative Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und die soziale Entwicklung in unserem Land haben.“ (zitiert nach „Dagens Nyheter“, 25.5.). Außerdem würde eine Stilllegung der Reaktoren ein Vermögen kosten.

Moderaten:

Die konservativen Moderaten pflichteten dem bei. Sie kritisieren den Wert einer Volksabstimmung überhaupt. Es würde viel zu teuer werden, die Reaktoren stillzulegen, und es wären dann auch keine Gelder mehr da, um alternative Energieformen zu entwickeln („DN“, 26.5.). Der Chefredakteur vom „Svenska Dagbladet“, das den Moderaten nahesteht, forderte dann auch konsequenterweise, daß kurz nach der Wahl eine Abstimmung im Parlament über Kernkraftausbau stattfinden solle, ohne daß der Volksabstimmung irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden sollen („DN“, 28.5.).

Centern:

Fälldin antwortete dem Regierungschef und weist darauf hin, daß eine Stilllegungszeit von zehn Jahren eine maximale Zeit angibt. Dabei scheint Fälldin nicht abgeneigt, mit den Sozialdemokraten nach der Wahl eine Koalition einzugehen. Die Parteibasis verlangt, daß keinesfalls die Moderaten an einer Regierungsbildung beteiligt werden dürften, und schon vor einigen Monaten verkündete Fälldin, daß er selbstverständlich dem Votum eines JA zur Kernkraft vom schwedischen Volke Rechnung tragen würde.

VPK und die linken Organisationen (mit Ausnahme von KPML/r) beteiligten sich an der Volkskampagne. Vor allem die außerparlamentarischen Gruppen übernahmen den Großteil der Agitationsarbeit und das Unterschriftensammeln. Fürbündet Kommunist, der Kommunistische Arbeiterbund (KAF) und die Vaterländer von der SKP haben wesentlich zum Erfolg der Volkskampagne beigetragen.

Skandinavienkommission

Zwentendorf: Atomindustrie will Volksabstimmung kippen

Nachdem im November letzten Jahres sich eine knappe Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme des fertigen AKW Zwentendorf aussprachen, sind Atomindustrie und Atomkraftbefürworter nicht müde geworden, ständig neu über die „Milliardenruine“ zu jammern.

In den letzten Wochen entfalteten sie eine bemerkenswert rege Aktivität, und sind offenbar der Meinung, daß die Zeit für einen Vorstoß in Richtung Inbetriebnahme gekommen ist.

Als erster erklärte der Chef des österreichischen Gewerkschaftsbundes, daß angesichts der „Energiekrise“ Österreich ohne Atomkraft nicht auskomme und forderte eine neue Volksabstimmung, die seiner Meinung nach ein anderes Ergebnis bringen würde. Die Energiesituation habe sich gewandelt und außerdem seien die österreichischen Bürger damals nicht richtig informiert gewesen („Süddeutsche Zeitung“, 17.8.).

Zufällig präsentierte just zur selben Zeit die „Gesellschaft zur Förderung der Forschung“ eine „neutrale“ Studie, nach der angeblich vor und nach der Abstimmung eine klare Mehrheit in der Bevölkerung für Zwentendorf gewesen sei. Interessanterweise ist der Chef dieser Gesellschaft Karl Blecha, der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei, die bekanntlich massiv für Zwentendorf eintrat („SP“, 34/79).

Die „Energie-Verwertungs-Agentur“ kündete für die nächsten drei Winter einschneidende Sparmaßnahmen an, um „drohenden Stromzusammenbrüchen“ vorzubeugen. Gleichzeitig drohte sie, ohne Atomkraft Österreich mit einem Netz von Wasserkraftwerken überziehen zu müssen, was natürlich dem Fremdenverkehr nicht unbedingt zuträglich sei.

Zusätzlich zu diesem „atomaren“ Trommelfeuer hat sich jüngst eine neue „Gesellschaft für Energiewesen“, die besser Gesellschaft zur Inbetriebnahme von Zwentendorf heißen sollte, gegründet. Ihr gehören neben dem Elektrizitätsverband der Gewerkschaftsbund, die Industriellenkammer und die Wirtschaftskammer an.

Die Marschroute der Atomlobby sieht ungefähr so aus: Durch deftige Öl-, Gas- und Benzinpreiserhöhungen soll der Bevölkerung das Fürchten gelehrt werden. Hierbei wird die „Energiekrise“ noch mit einem Schuß Antikommunismus angereichert, der in einer „Informationspolitik“ besteht, die ständig hervorhebt, daß Österreichs Steinkohle-Importe zu 90% und seine Gas-Importe sogar zu 99% aus den RGW-Staaten kommen. Zudem verursache allein der Import von Energieträgern über die Hälfte des Handelsdefizits.

So hofft die Atomlobby im Winter, wenn ihre Propaganda wirkungsvoll mit Stromabschaltungen kombiniert wird, mit einem starken „Verlangen aus der Bevölkerung... über Zwentendorf noch einmal nachzudenken“ („SP“, 34/79).

Die Parteien, die vor der Abstimmung für Zwentendorf eingetreten sind, halten sich vornehm zurück und betonen, „daß niemand an der Entscheidung des Volkes rütteln wird“ (Bruno Kreisky).

Andererseits wollen sie sich aber aufgrund „ihres Demokratieverständnisses“ einer neuerlichen Volksabstimmung nicht entgegenstellen („SP“, 34/79).

Allein die FPÖ und die Jungsozialisten beharren neben den Anti-AKW-BIs auf ihrem strikten Nein zu Zwentendorf. Im Herbst wird es ernst werden, denn dann will die vereinigte Atomlobby beginnen, die nötigen 200.000 Unterschriften für eine neue Volksabstimmung zu sammeln.

Dänemark:

Dänemark:

Volksabstimmung über Kernkraft

Die Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Liberalen hat beschlossen, 1981 in Dänemark eine Volksabstimmung über Kernenergie durchzuführen. Dieser Beschluß wurde angesichts der Tatsache gefaßt, daß über 50 % der Bevölkerung sich derzeit gegen Kernenergie ausspricht und nach Harrisburg der Protest gegen Atomkraftwerke sich auch in den bürgerlichen Parteien ausgebreitet hat.

Doch gleichzeitig war diese Ankündigung der Auftakt einer großen „Pro-Kernkraft-Aktion“ der Regierung. Dänemark könne „unmöglich“

auf Atomkraft verzichten, erklärte Regierungschef Jørgensen. Dem Wirtschaftsrat wurde bereits der Auftrag erteilt, in einem „Gutachten“ diese Behauptung wissenschaftlich auszuweisen, nämlich mit welchen „Nachteilen“ das Land für den Fall zu rechnen habe, wenn es sich gegen die Kernkraft entscheide.

Die Hoffnung, mit Horrorparolen „Licht aus“ - „Wohlstand weg“ etc. der Bevölkerung eine Zustimmung für AKW's abzupressen, ist allerdings schon häufiger ins Auge gegangen.

Die „Ölkrise“ und die Schweine

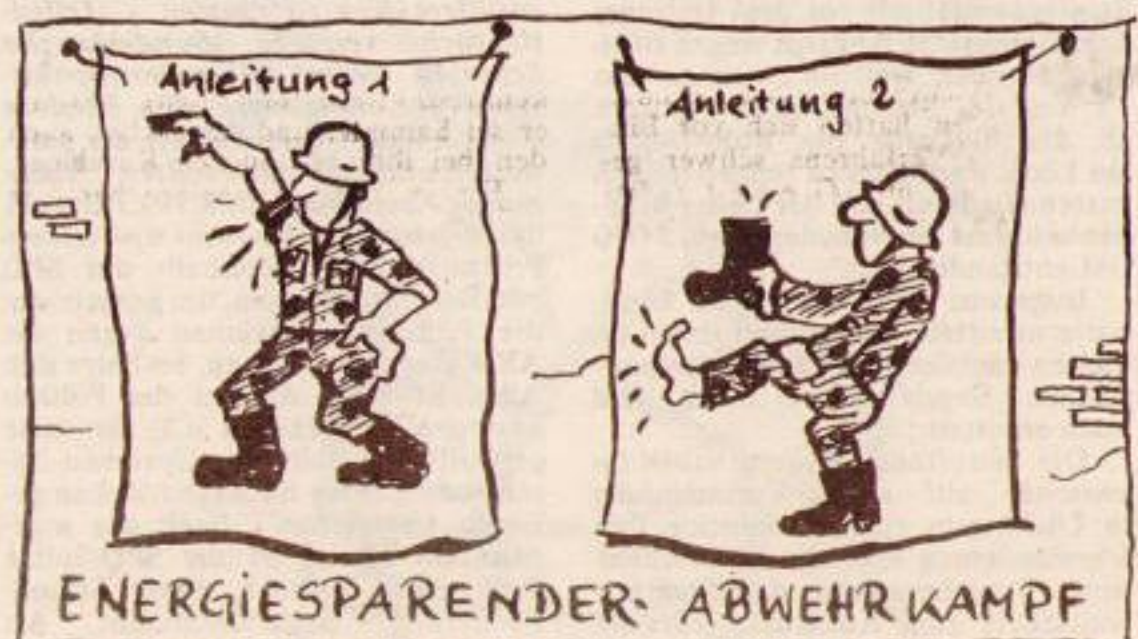
Bekanntlich wird im Rahmen der „Ölkrise“ viel über Sparmaßnahmen diskutiert, mancherorts wird sogar schon „gespart“. Perverse Hirne haben sich folgendes überlegt:

„Nur noch einmal pro Woche dürfen sich Häftlinge der Regensburger Justizvollzugsanstalt künftig duschen. Und heißes Wasser, um sich einen Tee oder Bohnenkaffee zu kochen, bekommen sie nur mehr zu den Essenszeiten“. Die wöchentliche Dusche hat künftig exakt acht Minuten zu dauern. Nachts werden die Heizungen abgestellt. Anstaltsleiter Josef Bauer sagt dazu: die „Energieverschwendung müsse abgestellt werden“ (...). „Für die Gefangenen ist es sowieso gesünder, wenn sie sich spät am Abend keinen starken Bohnenkaffee mehr machen“.

Für Gefangene, die auf staubigen

Baustellen arbeiten, erlaubt eine „flexible Sonderregelung“ ein zusätzliches Duschbad. Was ein großzügiges Dreckschwein ...! („FR“, 11.8.79).

Ein weiteres „Sparbeispiel“ lieferte das Verteidigungsministerium. Zukünftig dürfen die Soldaten des süddeutschen Korps 2 und der 1. Gebirgsdivision nicht mehr mit dem privaten PKW auf „Dienststreife“ gehen. Sie müssen die Bahn benutzen. Angesichts der miserablen öffentlichen Verkehrsverbindungen zu und weg von den Einöds-Stationen der Bundeswehr ist dies eine Beschneidung der ohnehin schon kurzen Freizeit vieler Soldaten. Zudem sind Fahrten mit dem Auto (oft mit mehreren Mitfahrern) für die Soldaten billiger. („FR“, 10.8.79). Sowas darf nicht Schule machen!





Westberlin: Urteil gegen NSDAP-Nazis

Am 9.8.79 wurden in dem seit Juli laufenden Prozeß gegen einige Mitglieder der „Ortsgruppe Berlin der NSDAP“ die Urteile gesprochen:

– Wolfgang Rahl, 36, Maschinenformer, „Gauleiter“ oder „Ortsgruppenleiter“ und Kopf der Gruppe, erhielt drei Jahre ohne Bewährung und wurde wegen Fluchtgefahr noch im Gerichtssaal verhaftet. Rahl war von der DDR freigesprochen worden, nahm 1974 an der Befreiung des Hitler-Streitkretzers Rudolf Heß teil und war Mitglied der NPD.

– Karl-Heinz Schröter, 40, Schlosser, „Pressesprecher“ der „NSDAP“. Gruppe, muß 18 Monate (ohne Bewährung) absitzen.

– Alexander Hensel, 27-jähriger Jurastudent, auch aus der DDR freigesprochen, „Organisationsleiter“ der NSDAP – Westberlin, hat 1 Jahr und 2 Monate zu sitzen.

Die übrigen Angeklagten erhielten Bewährungsstrafen: Erich „Tex“ Seyfried, 47, Maler – bei ihm wurde

wegen des Besitzes einer geladenen Pistole verurteilt, auch andere Mitglieder der Gruppe hatten illegal Waffen. Die Umtriebe der „NSDAP“ Westberlin gehen, laut Gericht, mindestens bis 1975 zurück, seitdem hatten Rahl und Co. – „ein durchaus gefestigter Kreis“ – systematisch am Aufbau der „NSDAP“ gearbeitet. Außer zu Laucks, „NSDAP/AO“ standen die Westberliner u.a. mit dem Hamburger Wolf-Dieter Eckart in Verbindung („Freundeskreis der NSDAP“).

Nazis im Prozeß: „Von allem nichts gewußt...“

Der erste Prozeßtag fing mit Verspätung an – das hohe Gericht war nicht vollständig. Nachdem dieser Mangel behoben war, schritt man zu den ersten Vernehmungen. Gleich zeigte sich die Taktik der Neonazis, die sich erst mal doof stellten, von Saufabenden und gemütlichem Beisammensein sprachen, wenn die

Dokumente selbst erstellt, um den Geheimdienst mit Material versorgen zu können, weil in der angeblichen „NSDAP“-Ortsgruppe nichts gelaufen sei. Vor dem ersten Verhandlungstage sei er telefonisch bedroht worden.

Ein weiterer interessanter Angeklagter war Rainer Tausch, der natürlich auch nichts wußte, aber zumindest berichten konnte, bei der Bundespost als Beamter zu arbeiten (mit Hilfe des Arbeitsgerichts, nachdem er wegen seiner faschistischen Tätigkeit gefeuert werden sollte).

Als Zeuge sagte, neben jeder Menge Kriminalbeamter, auch der Führer der „Kampfgruppe Priem“ aus, der eine sehr entschärfte Fassung seines Verhältnisses zur „NSDAP“-Ortsgruppe und ihren Führern vorlegte.

Ein interessanter Zeuge war ein ehemaliger Informant des Verfassungsschutzes, der neben einigen Details aus dem Leben der „NSDAP“ vor allem auch über das Desinteresse des Westberliner Verfassungsschutzes an der NSDAP-Angelegenheit zu berichten wußte. Der Verfassungsschutz selbst gab seine Erkenntnisse über die „NSDAP“-Westberlin nicht preis. Richter Hüller dazu: „Das wäre sicherlich noch interessanter geworden“ („TAZ“, 13.8.).

Nazi-Verteidiger und andere Merkwürdigkeiten

Die mittlerweile geradezu zu erwartenden seltsamen Justizpraktiken in Nazi-Prozessen waren trotz der Urteile auch diesmal wieder zu registrieren: Bereits während der Vorbereitungsphase war, wie sich später im Prozeß herausstellte, ein wichtiges Beweisstück, nämlich ein u.a. von Hensel und Rahl unterzeichneter „Gaugerichtsbeschuß gegen das Parteimitglied Günter Bernburg“, zwar bei einer Haussuchung sichergestellt, dann aber an Rahl zurückgegeben worden.

Im Prozeß konnten sich die Wahlverteidiger der Nazis (zwei davon übrigens als Pflichtverteidiger im Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“ eingesetzt) ungestört als Provokateure betätigen. Nicht nur hautes sie, wie die Angeklagten, in die gleiche Kerbe (alles ganz harmlos, Saufabende usw.), sondern sie brachten es zu besonderen Glanzleistungen: So wurde behauptet, die heutige „NSDAP“ habe mit der des Nazi-Reiches nichts zu tun; ein Verteidiger fischte auf, das sogenannte „SS-Treuebild“ sei schon deshalb nicht verfassungswidrig, weil es bereits vor 1933 entstanden sei; die bei den Nazis gefundenen „NSDAP/AO“-Kleber seien deshalb nicht zu beanstanden, weil sie das „Informationsbedürfnis“ der Angeklagten befriedigen sollten; und im übrigen sei es überhaupt ein Unding, daß ein „deutsches Gericht“ nach „alliiertem Recht“ vorgehe („AJW“, 17.8.).

Gericht bzw. Staatsanwaltschaft unternahmen auch nichts dagegen, daß Komplizen der „NSDAP“-Nazis vor dem Gebäude Sympathie-Flugblätter verteilten („tat“, 17.8.) oder daß Rahl Zuschauer, die „Nazis raus aus Westberlin“ gerufen hatten, als „rote Schweine“ und „rote Ratten“ anschrrie („FR“, 10.8.; „TAZ“, 13.8.).

Rahl: „Wir machen weiter“

Nach den Worten des Vorsitzenden Richters Hüller sollte mit dem Urteil – das im Strafmaß z.T. über dem Antrag des Staatsanwalts, aber deutlich unter der Höchststrafe (10 Jahre) blieb – „ein deutliches Zeichen für alle Ewiggestrigen gesetzt werden“, daß die Gerichte – jedenfalls in Berlin – dafür sorgen werden, daß die Gaskammerpartei Hitlers nicht wieder ihr Haupt erhebt („AJW“, 17.8.).

Das Westberliner Urteil sticht von den üblichen gerichtlichen Verhandlungen erfreulich ab. Es zeigt in die richtige Richtung. Die antifaschistische Öffentlichkeit wird allerdings darauf hinwirken müssen, daß im Sinne dieses Urteils weiterverfahren wird – in Westberlin und bei Prozessen in der BRD. Immerhin sind die in diesem Prozeß Verurteilten nur ein Teil der Neonazi-Szene. Rahl und seine Komplizen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie „weitermachen“ wollen. Gegenüber einem Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ äußerte Rahl während des Prozesses, die Anklage hätten sie „den Juden zu verdanken“, und wenn alles vorbei sei, werde Rahl seine „kleine Rache“ nehmen. Rahl: „Und wir haben bessere Leute als die ‚Bewegung 2. Juni‘. Buback und Schleyer, sowas können wir auch, und wir haben Leute, die uns Geld geben. Das ist das Wichtigste“ („AJW“, 17.8.79).

Antifa-Kommissionen
Westberlin und Hamburg

Bückeburg: Nun auch noch „freies Geleit“ für Nazi-Führer Lauck!

Mitte August setzte das OLG Celle die Beweisaufnahme im Verfahren gegen die Nazi-Banden Michael Kühnen, Lutz Wegener, Lothar Schulte, Uwe Rohwer, Klaus-Dieter Puls und Manfred Börm fort. Zur Erinnerung: Vor der Sommerpause hatten die wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und diverser bewaffneter Überfälle Angeklagten unter wohlwollender Duldung von Richter Moschüring ihre Show abgezogen: Schulte und Wegener hatten alle die „Kameraden“ belastenden Aussagen zurück- und alles auf sich genommen. Insbesondere Kühnen sollte von jedem Verdacht der Gewalttätigkeit freigewaschen werden. Nur einer der Zeugen, Andreas Kirchmann, hielt sich nicht an die Strategie; er sagte aus, Kühnen habe während eines Nazi-Treffens eine von 3 Bomben an sich genommen.

Jetzt nach der Pause sollte der wichtigste Zeuge der Verteidigung auftreten: Der amerikanische „NSDAP/AO“-Führer Gary Rex Lauck. Er sollte bezeugen, daß die „NSDAP/AO“, zu der sich alle Angeklagten offen bekannten, gewaltlos vorgehe! Zuvor wurde noch ein anderer Zeuge verhört. Ein Dr. med. Uwe Jürgens aus Bergen (Kreis Celle) wurde über eine Autofahrt gemeinsam mit mehreren Angeklagten befragt, die den Ankauf von ausgedienten Bundeswehrawerkzeugen zum Ziel hatte. Jürgens, der selber am Aufbau einer als „Katastrophen-schutz e.V.“ getarnten „Wehrsportgruppe“ beteiligt ist, wich so offenkundig allen Fragen aus, daß selbst Richter Moschüring nicht umhin konnte, gegen ihn 3 Tage Beugehaft und ein Ordnungsgeld von 200 DM zu verhängen.

Am 23.8. war dann Laucks großer Auftritt. Allein seine Berufung als Zeuge ist ein Skandal! Schon die wenigen während des Prozesses aufgedeckten Tatsachen belegen, daß Gewalt zur Linie der „NSDAP“ gehört (sofern es dafür noch eines Beweises bedarf). So z.B. der Bericht von Kirchmann über das Treffen von Vertretern verschiedener Nazigruppen in Peine, bei dem Paul Otte die Funktionsweise von Rohrbomben erklärt und gemeinsam diskutiert worden war, gegen wen sie angewendet werden sollten. Nachweislich gingen 2 der 3 Bomben später hoch: Eine im Amtsgericht Flensburg, eine im Amtsgericht Hannover.

Für Laucks Aussage vor Gericht mußte eigens ein gegen ihn laufendes

Verfahren wegen Verbreitung von NS-Propaganda befristet eingestellt werden.

Begrüßt von 20 z.T. in vollem Wuchs angereisten „NSDAP“-Anhängern konnte Lauck über die „legale Strategie“ seiner „Partei“ schwadonieren. Mit Gewalt habe man aus „taktischen Gründen“ nichts im Sinn. Wenn es im „NS-Kampf“ manchmal anders klinge, liege das an seinem Bemühen, Einfluß auf die „Bewegung“ zu behalten, die nach den „Verhaftungswellen“ radikalisiert sei.

Richter Moschüring lehnte eine Verteidigung Laucks ab, die ein Verfahren wegen Meineides ermöglicht hätte, weil Lauck ohnehin als „Anstifter oder Mittäter verdächtig“ sei – eine krumme Logik! Selbst als die StA die Aussage „Wir lehnen Gewalt ab“ nur protokolliert haben wollte, lehnte Moschüring ab und bezeichnete die Äußerung „nur als ausschließlich in diesem Verfahren zu verwendende Aussage“ (FR, 24.8.).

Nach so viel Freundlichkeit gegenüber den Nazis passierte in den letzten Tagen dann doch noch Überraschendes: Im „Stern“ vom 15.2.79 waren Aufzeichnungen Schultes zitiert worden. Ein Journalist legte vor Gericht Unterlagen vor, deren Inhalt die früheren Aussagen Wegeners und Schultes vor der Polizei bestätigte. U.a. geht daraus die Anstiftung zu einem der Überfälle durch Kühnen hervor, und auch, daß Schulte seine Geständnisse nur aus „prozeßtaktischen Gründen“ widerrufen hat. In die Hände des Journalisten waren diese Dokumente über einen ehemaligen Mithäftling Schultes gelangt. Die beiden hatten einen Vertrag geschlossen, nach dem der Mithäftling die Aufzeichnungen verkaufen und die beiden sich das Geld teilen wollten. Nachdem auch Schultes behauptung, das stamme alles gar nicht von ihm durch ein Schriftgutachten zurückgewiesen worden war, gerieten die Verteidiger leicht in Panik. Ihnen fiel nur noch ein, daß man Schultes und Wegeners Geisteszustand erneut untersuchen lassen müßte, da es sich um „pathologisches Lügen“ handeln müsse. Da in den Aufzeichnungen Schultes jedoch keine Aussagen über Börm, Rohwer und Puls waren und mit viiiel Wohlwollen auch Kühnens Rädelsführerschaft nicht ganz eindeutig ist, sind die Urteile kaum vorhersehbar. Erwartet werden sie in der 2. Septemberwoche.

Antifa-Kommission/Hamburg

England: Konferenz der Anti-Nazi-League

Am 14. Juli fand die erste Delegierten-Konferenz der „Anti-Nazi-League“ statt, die in den vergangenen Monaten erheblichen Anteil an der Organisation und Mobilisierung antifaschistischen Protests in Großbritannien hatte. Der beträchtliche Stimmenrückgang für die neofaschistische Wählerpartei „National Front“ bei den Parlamentswahlen im Mai ist nicht zuletzt das Verdienst der ANL. Die ANL wird, trotz gewisser Auseinandersetzungen, von den meisten Sektoren der Linken, der Labour-Party, Gewerkschaftsgremien, den Liberalen, kirchlichen Kreisen und zahlreichen Künstlern, Journalisten und Wissenschaftler unterstützt.

Trotz der erreichten Erfolge „besteht jedoch kein Anlaß zu Selbstzufriedenheit“, so ANL-Sekre-

tär Paul Holborow, „da in einer Krisensituation mit wachsender Arbeitslosigkeit die Gefahren weiter bestehen. Deshalb muß die ANL weiter wachsam bleiben“ („searchlight“, 50/79). Die Konferenz beschloß daher u.a.

- Widerstand gegen bestimmte Polizeigesetze („SUS-laws“)
- Widerstand gegen neue Rassen-gesetze und rassistische Regelungen bei der nächsten Bevölkerungszählung;
- Verstärkung der Kampagne für die Auflösung der Special Petrol Group (vergleichbar unserem MEK);
- verstärkte Zusammenarbeit der ANL mit anti-rassistischen Organisationen auf örtlicher und auf überregionaler Ebene.

Antifa-Kommission Hamburg

Bundestreffen für Antifa-Zeitung

Am 17. Juni 1979 fand im Rahmen des „Rock gegen Rechts“-Festivals in Frankfurt ein Treffen interessierter Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Die Anwesenden, Mitglieder verschiedenster politischer Organisationen und Arbeitszusammenhänge, sprachen über die Möglichkeit der Herausgabe einer bundesweiten antifaschistischen Zeitung und waren sich einig darüber, daß das Erscheinen eines solchen Blattes ausgesprochen nützlich und sinnvoll für die antifaschistische Bewegung in der Bundesrepublik sei. Eventuelle konkretere Schritte wurden auf ein späteres Treffen vertagt. Als Termin für dieses Treffen ist nun der 15. September festgesetzt worden; Tagungsort ist Bielefeld. Nach den bislang eingegangenen Stellungnahmen werden Teilnehmer aus der gesamten BRD auf dieser Zusammenkunft vertreten sein. Das bekundete Interesse reicht bis in die Reihen von SPD, DKP und VVN. Am 15. September soll, wenn möglich, der Versuch unternommen werden, ein Konzept für die geplante Antifa-Zeitung zu entwerfen und weitere Schritte festzulegen. Wer noch Interesse an der Teilnahme hat, soll sich bitte unverzüglich bei folgender Adresse anmelden:

Gerd Rübenstrunk, Laarer Straße 168, 4900 Herford

Über diese Anschrift können auch die Materialien und Ergebnisse des Treffens bezogen werden. Allerdings ist dafür ein Rückporto von DM 3.- (bitte in kleinen Marken) erforderlich.



„Ortsgruppenleiter“ Rahl (rechts) mit seinem Anwalt Apffelstaed

ein Nazi-Treffen abgehalten, auch Waffen wurden bei ihm gefunden (Strafe: 1 Jahr, 1.000 Mark Buße); Rainer Tausch, 34, Postbeamter (9 Monate, 1.000 Mark); Günter Liebe (6 Monate, 1.000 Mark); Roswita Matz, 24 (sieben Monate); Berthold Oswald, 28 (sieben Monate); Ilse Schröter, 42 – die Frau des Karl-Heinz Schröter (sechs Monate); Wolfgang Deutschmann, 21, nebenbei aktiv in der NPD Kreuzberg (sechs Monate Jugendstrafe, 300 Mark).

Das Gericht bzw. die Ermittlungsbehörden hatten sich vor Einleitung des Verfahrens schwer getan, überhaupt ein Gesetz finden zu können, nach dem die Nazi-Gruppe verurteilt werden könnte. Angeblich sei die „NSDAP“ nicht verboten! Das Urteil wurde schließlich aufgrund der Proklamation Nr. 2 des Aliierten Kontrollrats und der Verordnung 511 der drei Westalliierten von 1951 ausgesprochen, wonach Wiederbelebungen der NSDAP in Westberlin verboten sind. Außerdem wurden die „NSDAP“-Leute wegen Vorratighalten von NS-Propagandamaterial (u.a. Hakenkreuz-Aufkleber der „NSDPA/AO“) und Rahl

Sprache auf ihre Parteisitzungen kam.

Der „Gauleiter“ der „NSDAP“-Ortsgruppe, Rahl bezeichnete sich als Sammler, „NSDAP“-Aufkleber seien ihm anonym zugesandt worden, von ihm unterzeichnete Schreiben habe er in einem Zustand der Benebelung verfaßt.

Erich „Tex“ Seyfried, bei dem ein Parteitreffen aufgefliegen war, „wußte gar nicht, was das hier soll“, er habe sein Beitrittsformular in Bierlaune unterschrieben, das Hakenkreuz habe ihn nicht gestört, er sei Sammler und das erkläre auch den bei ihm gefundenen Karabiner.

Einziger der „Pressesprecher“ der NSDAP, Karl-Heinz Schröter, bekannte sich zu nationalsozialistischem Gedankengut, stellte sich aber auch naiv: er habe nicht gewußt, daß derartige Schriften verboten seien.

In die Nähe eines Agentenmarchens rückte die Verhandlung, als am nächsten Verhandlungstag der NSDAP-„Organisationsleiter“ Alexander Hensel sein Fehlen am ersten Verhandlungstag begründete. Er sei Informant des israelischen Geheimdienstes gewesen und habe ein Großteil der dem Gericht vorliegenden

Frankfurt: Kette von Terror- Anschlägen

Am 23.8.79 wurde auf den linken (DKP-orientierten) Buchladen „Buchzentrum“ in Frankfurt ein Brandanschlag ausgeführt. Der Sachschaden (4.000 Mark) wurde durch zwei Molotowcocktails angerichtet, die glücklicherweise schnell gelöscht werden konnten. In einem zurückgelassenen Flugblatt erklärte eine „Territoriale Widerstandarmee“ (TWA), „Kommando Robert Straker“, daß der Kampf gegen alle „Staatsfeinde“ geführt werde.

Der Hintergrund des Anschlages und der TWA ist bislang noch ziemlich mysteriös. Zunächst erklärte das ermittelnde Staatsschutzkommissariat (Bundesanwaltschaft), es handle sich bei den mutmaßlichen Tätern um „dumme Jungen“ und „politische Spinner“ („UZ“, 28.8.). Festgenommen wurden nach dem Anschlag vier Jugendliche, die nach eingehenden Vernehmungen die Tat zugaben. Drei von ihnen wurden daraufhin wieder freigelassen; der vierte, ein 17-jähriger Grieche, ist wegen „Räufelerschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) – in Tateinheit mit einem vollendeten und einen versuchten Sprengstoffverbrechen – in Haft. („FR“, 28.8.). Die TWA deponierte bereits im November 1978 eine Bombenattrappe vor der Frankfurter KBW-Zentrale. Am 16. Juni dieses Jahres – während der „Rock gegen Rechts“-Demonstration – explodierte ein TWA-Brandsatz am Büro der UDSSR-Fluglinie „Aeroflot“ (50.000 Mark Schaden durch das Auslösen der Sprinkler-Anlage). Am 28. Juni wurde im UDSSR-Reisebüro „Intertourist“, ein 5-Liter-Benzinkanister, der von der TWA gezündet werden sollte, rechtzeitig unschädlich gemacht. Für einen Brand an der Tür des Frankfurter SPD-Büros am 9. Juli übernahm die TWA ebenfalls die Verantwortung. („FR“, 27.8.). Das „Buchzentrum“, dem der jüngste TWA-Anschlag galt, ist – ein weiterer bemerkenswerter Umstand – seit Januar 79 Ziel neonazistischer Provokationen: Dreimal tauchten dort be-

Januar 79 Ziel neonazistischer Provokationen: Dreimal tauchten dort bereits schwarz uniformierte Nazis der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (die seit längerem eine Frankfurter Filiale hat) auf, die das Personal bedrohten. (Ähnliche Aktionen der Hoffmann-Truppe – bis hin zu Überfällen und Schlägereien – gibt es in letzter Zeit auch in steigender Zahl im Nürnberger Raum, dem Stammsitz der Nazi-Bande). Wiederholt wurden auch die Scheiben des Frankfurter „Buchzentrums“ mit Nazi-Parolen beschmiert und mit NS-Zetteln beklebt. („FR“, 27.8.).

Die Öffentlichkeit wird nicht informiert

Wenn es um Nazis geht, ist es in Frankfurt und Hessen bei Justiz und Polizei schon Tradition geworden, die Öffentlichkeit über den Stand der Ermittlungen zu desinformieren, Verharmlosungen auszustreuen oder auch verspätet gegen NS-Zentren „zuzupacken“. Im Frühjahr 78 floh der Naziführer Roeder vor einer Haftstrafe ins Ausland, aber erst vor 8 Wochen wurde eine Haussuchung in seiner Ex-Wohnung in Schwarzenborn durchgeführt. Bei seinem Partner Schönborn gab es erst eine Haussuchung im KDS-Büro, als er kürzlich einen „Nationalsozialistischen Schülerbund“ initiierte (s. AK 160), obwohl gegen ihn des öfteren Prozesse wegen NS-Propaganda u.a. geführt wurden. Die Prozesse gegen NS-Aktivisten aus dem Rodgau/Kreis Offenbach werden verzögert bzw. nicht bekannt gemacht, – die angeklagten Führer der „NSDAP-Gau Hessen“ Beier und Koch wurden heimlich aus der U-Haft entlassen, und die Anklageschrift gegen sie und einen Hans-Günter N. wurde ca. ein viertel Jahr – bis vor etwa 14 Tagen – verzögert. Daß Beier 76 u.a. wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz verurteilt worden ist und daß Koch einige Jahre zuvor einen Brandanschlag gegen den damaligen linken Buchladen „Libresso“ verübte, wird nicht bekannt gemacht.

Antifa Kommissionen
Frankfurt und Hamburg

Interview mit dem Bochumer Polizeiopfer Uwe Neumann

Am 19.7.79 stellte die Bochumer Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den Polizeibeamten Arends ein, der am 14.5.78 – kurz vor Mitternacht – den damals 17-jährigen Lehrling Uwe Neumann angeschossen und lebensgefährlich verletzt hatte. Damit soll ein weiterer Willkürakt der als besonders schiefswützig bekannten Bochumer Polizei ungeahndet bleiben. Uwe Neumann, der durch die Schußverletzung schwere körperliche Schäden davontrug, muß nun damit rechnen, gänzlich ohne jede Entschädigung zu bleiben.

Die Staatsanwaltschaft folgte in ihrer Einstellungsbegründung der Behauptung des Polizeischützen, wonach sich der Schuß bei einem Gerangel mit dem Opfer „unbeabsichtigt gelöst“ haben soll. Dies, obwohl Uwe Neumann diese Version nachdrücklich bestreitet, obwohl auch der hinzugezogene Sachverständige zu einem anderen Ergebnis kam: „Der Schuß muß aus einer Haltung heraus gefallen sein, in der sich der Schütze hinter dem Getroffenen befand und mit der Waffe in der Hand in senkrechter Richtung auf dessen Rücken gezielt oder gedrückt hat“ (1). Dazu die Staatsanwaltschaft: „Dies ist zwar nicht ausgeschlossen, aber doch unwahrscheinlich, wenn man berücksichtigt, daß Arends Polizeibeamter ist...“ (2).

Anlässlich der Einstellung des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens haben wir mit Uwe Neumann ein Interview gemacht.

Arbeiterkampf: Uwe, Du bist vor etwa einem Jahr von der Bochumer Polizei angeschossen worden. Könnst Du uns den Vorfall so schildern, wie Du ihn erlebt hast?

Uwe: Also wir, mein Freund Ralf und ich, kamen am Abend von der Kirmes in Weitmar (3) an einem Parkplatz vorbei. Wie wir auf die Idee kamen, weiß ich auch nicht mehr genau. Wir hatten beide etwas getrunken und plötzlich hatten wir den Einfall, uns einen Ford Capri zu klauen. Ralf ist darauf zum Wagen hin und hat das hintere rechte Scheibfenster eingeschlagen. Ich hatte auf dem Bürgersteig auf ihn gewartet, und als er kam, sind wir erst einmal ein Pils trinken gegangen. Dann habe ich wieder auf dem Bürgersteig gewartet und Ralf ging zum Wagen.

Nach einiger Zeit ging ich auch zu dem Auto.

Und jetzt kommt das Wichtigste: Ich hatte mich mit den Händen auf's Dach gestützt und durch ein Wagenfenster sah ich jemanden auf den Parkplatz kommen. Ich sagte zu Ralf: „Da kommt einer!“ und bin in Richtung Straße abgehauen. Aber auf einmal hab' ich einen Druck in der rechten Schulter gespürt. Das war der Schuß. Von da an hab ich nichts mehr gesehen.

AK: In der Presse stand damals, es habe ein Gerangel zwischen Dir und einem Polizisten gegeben und dabei habe sich der Schuß gelöst.

Uwe: Nein, so war es nach meiner Ansicht nicht. Ich wollte weglassen und dann habe ich den Druck in der Schulter gespürt. Der hat auf mich geschossen, ohne daß er mich berührt hat.

Die Bullen haben gesagt, es hätte ein Gerangel gegeben. Auch wenn das stimmen würde, muß der Bulle abgedrückt haben. Der Schuß löst sich nicht so einfach. Das hat auch der Sachverständige festgestellt. Um den Hahn zu bewegen, braucht man 2,5-3 kp; und die entstehen nicht durch das einfache Streifen meiner Jacke. Ich hatte eine Nylon-Jacke an... Wer hätte auch gedacht, daß das die Bullen waren.

AK: Hatte sich die Polizei, es war ja eine Zivilstreife, nicht durch Rufen zu erkennen gegeben?

Uwe: Ich habe nichts gehört und erkenne konnte ich auch nichts – es war ja dunkel. Ich hatte nur jemanden kommen sehen und bin dann losgerannt.

AK: Wie war es Deinem Freund ergangen? Er hatte ja versucht, in die andere Richtung wegzulaufen.

Uwe: Ein Bulle hat ihn auch gleich geschnappt. Ralf fragte ihn: „Wer hat hier geschossen?“ Der Bulle sagte: „Hier hat keiner geschossen – das war eine Fehlzündung vom Auto!“

Sie haben Ralf dann nachts auf der Wache festgehalten und ihn sogar nach Waffen durchsucht. Als sie ihn ein paar Tage später nochmal geholt haben, fragten sie ihn: „Na, machst Du noch mal so eine Scheiße... willst Du auch noch 'ne Kugel in den Arsch haben?“

AK: Wie haben sich die Polizisten denn verhalten, als Du am Boden lagst? Sie taten ja so, als hätten sie vom Schuß nichts bemerkt...

Uwe: Die haben sich nicht weiter um mich gekümmert. Ich hab nur noch gespürt, daß mich einer am linken Arm hochzog. In den Notarztwagen bin ich selber eingestiegen. Der war gerufen worden, weil ich angeblich einen Kreislaufkollaps hatte; durch den Lungenschuß hatte ich Schaum vor dem Mund.

Die haben mich in dem Notarztwagen hingesetzt und ich hielt mich mit beiden Händen fest, weil der Wagen sehr schnell fuhr. Dann weiß ich noch, wie gesagt wurde: „Der ist alleine eingestiegen, der kann auch wieder aussteigen“. Von da an kann ich mich an nichts mehr erinnern.

AK: Du hast, als Du 18 wurdest, gegen den Polizisten, der auf Dich geschossen hat, eine Anzeige gestellt.

Uwe: Ja, zuerst wollte ich gar nichts sagen. Ich hab gedacht, das wär wohl besser so. Und dann hab ich meinem Bruder die Sachen erzählt; der meinte, ich könnte das auch dem Anwalt sagen.

Mein Vater dachte, es wäre besser, die Sache links liegen zu lassen. Die Bullen waren um 5 Uhr morgens bei ihm, um ihm zu sagen, daß ich im Krankenhaus liegen würde.

Einige Tage später wurde mein Zimmer durchsucht; da haben sie gedacht, sie könnten mir noch was anhängen. Sie haben aber nichts gefunden. Das haben sie bei dem Wittener, der erschossen wurde, ja auch gemacht (4).

AK: Was ist aus Deiner Anzeige geworden?

Uwe: Erst einmal ist der Bulle immer noch im Dienst. Der soll noch mehr auf dem Kerbholz haben, aber darüber kann ich nichts genaues sagen. Der ist abgesichert und wollte erst keine Aussage machen und dann auf einmal doch. Ja, und die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen eingestellt, und das Ganze soll jetzt vor die Generalstaatsanwaltschaft. Aber viel Hoffnung hab ich da nicht mehr. Es wird wohl keine Gerichtsverhandlung geben.

AK: Was meinst Du, woher es kommt, daß die Polizisten so schnell schießen?

Uwe: Weil sie Schiß haben! Ist doch ganz klar! Ich war ja nicht der erste und die denken doch gleich, jeder wär ein Terrorist. Und wenn sie mal einen erwischen, der keiner ist, dann ist das für die auch kein Verlust.

Ich bin nicht für oder gegen die Terroristen, aber gleich abknallen braucht man die nicht. Der, der neulich dran glauben mußte, wurde ja auch schon längere Zeit beobachtet, und als er mit Zeitungen unter dem Arm und 'ner Brötchentüte nach Hause kam, hatte der ja die Hände voll. Der hat bestimmt nicht zuerst geschossen.

AK: Nach der Schußverletzung hast Du lange Zeit in Lebensgefahr geschwebt. Welche Verletzungen hattest Du, welche Folgeerscheinungen sind geblieben?

Uwe: Ja, ich mußte wochenlang im Krankenhaus liegen, und die 'zig Untersuchungen, die gemacht wurden, kann ich gar nicht zählen. Ich wurde von hinten getroffen und der Schußkanal verläuft, wie man mir sagte, von der rechten Schulter runter zur oberen rechten Rippe. Dort soll die Kugel abgeprallt sein und hoch durch die rechte Lungenspitze; dann blieb sie im Hals stecken.

Ich bin jetzt 60% schwerbehindert. Auf der ganzen Brust habe ich Narben und meinen linken Arm kann ich sehr schlecht bewegen; das soll eine spastische Lähmung sein. Ich kann auch nicht mehr wie früher laufen, die Puste geht mir schnell aus.

AK: Du mußt aufgrund der Verletzungen Deinen früheren Beruf aufgeben. Wie sieht Deine berufliche Zukunft jetzt aus?

Uwe: Zur Zeit muß ich ja immer noch krankfeiern. Aber wahrscheinlich kann ich im nächsten Jahr eine Umschulung machen. Ich würde lieber heute als morgen arbeiten. An manchen Tagen weißt Du eben nicht mehr, was Du machen sollst.

AK: Uwe, wir danken Dir für das Interview!

Anmerkungen:

- (1) Aus dem Schreiben von Uwe Neumanns Rechtsanwalt an die Bochumer Staatsanwaltschaft v. 23.3.79
- (2) Aus der Einstellungsbegründung der Bochumer Staatsanwaltschaft v. 19.7.79, Geschäfts-Nr. 30 Js 611/78
- (3) Bochumer Stadttat
- (4) Uwe meint Bernhard Deffner, der in der Nacht zum 24.5.79 von einer Zivilstreife der Bochumer Polizei auf einer Zeche in Witten erschossen wurde.

Antifa-Kommission NRW

Verschmelzung von GSG 9 und Ländersonderpolizei

Die Erschießung von Willy Peter Stoll, Elisabeth van Dyck und die Fast-Erschießung von Rolf Heißler nahm Bundesinnenminister Baum (FDP) zum Anlaß, die Länderinnenminister und -senatoren zu einer Agitationsschau nach Hangelar einzuladen. Dort konnte die GSG-9 vor Papp-Kulissen demonstrieren, daß sie in den drei Fällen zu einer waffenlosen Überwältigung in der Lage gewesen wären – so daß W.P. Stoll und E. v. Dyck noch am Leben wären und gleichzeitig die Fahndung nicht aufgeklügelt wäre. Baum wollte auf diese Weise seinem Publikum den GSG-9 Einsatz schmackhaft machen.

Seinen Parteikollegen Hirsch, Innenminister in Nordrhein-Westfalen, hat er überzeugen können: Hirsch kündigte an, er wolle die GSG-9 nach NRW einladen. Sie solle dort an der Seite der Landes-„Sonderkommandos“ (SEK's) Gelegenheit erhalten, den Polizeialltag kennenzulernen. Diese Einladung war für GSG-9 Chef Wegener „wenigstens ein Anfang zu besserer Zusammenarbeit“. Besser funktioniere die Zusammenarbeit schon mit Hamburg und Bremen, wo „Einsatz- und Alarmkonzeptionen für den Ernstfall festgeklappt“ seien. Auch der bad.-Württ. Innenminister Palm sieht „keine Rivalität“ zwischen den Länderkommandos und der GSG-9 („Spiegel“, 9.7.79).

Kurz vorher war die GSG-9 schon mal wieder ins Gespräch gebracht worden: Ein Bild des GSG-9 Trupps mit aufgepflanzter Maschinenpistole auf dem Frankfurter Flughafen war in fast jeder größeren Zeitung zu finden.

Am 15.8. gab das Düsseldorfer Innenministerium bekannt, daß vom 3. September an 5-Mann-Trupps der GSG-9 für einige Wochen in die Sondereinsatzkommandos (SEK) in Köln und Düsseldorf „voll integriert“ werden sollen und danach von ande-

ren Trupps abgelöst werden. Sie sollten bei der Bekämpfung von „schweren Kriminalität mit besonderem Gefährdungsgrad“ eingesetzt werden und außerdem gemeinsam mit den SEK's die „Abwehr terroristischer Angriffe auf Kernkraftwerke“ proben. Ziel dieser Einsätze ist zum einen: die GSG-9 soll ihre potentiellen Einsatzorte und die dortigen „Sonderkommandos“ kennenlernen; zum zweiten aber und wohl wesentlich: die NRW-SEK's werden nun ihrerseits offiziell an den „Fortbildungskursen“ in der GSG-9-Zentrale in Hangelar teilnehmen.

Die nordrhein-westfälische Gewerkschaft der Polizei kritisiert an diesem Vorgang, daß sie über die Absprachen zwischen Baum und Hirsch nicht informiert gewesen sei. Darüber hinaus ist der Landesvorsitzende der GDP, Schröder, um den „Ruf der Landespolizei“ besorgt, da mit dem GSG-9-Einsatz der Eindruck entstehen könnte, die örtliche Polizei sei ihren Aufgaben nicht gewachsen. Außerdem sei die GSG-9 nicht „bürgerlich“ genug, weil sie für den Polizei-Alltag nicht ausreichend ausgebildet sei. Gegen einen mehrwöchigen Besuch jedoch sei von Seiten der GDP nichts einzuwenden. Schröder empfahl der GSG-9 sogar ausdrücklich, nicht nur die SEK's, sondern die gesamte Bandbreite des polizeilichen Alltags kennenzulernen.

Ohne, daß darüber irgendjemand ein Wort verloren hätte, wird durch die neuen Maßnahmen der Verfassungsgrundsatz beiseitegewischt, daß exekutive Polizeibefugnisse allein den Ländern zustehen (bei einigen Ausnahmen für das BKA), und daß Bundespolizei (BKA und BGS) andere Aufgaben haben als die Länderpolizeien. Ein Indiz für die planmäßige Verschmelzung von polizeilichen Sondereinheiten des Bundes und der Länder.

Antifa-Kommission Hamburg

Achtung: Zivilfahnder im Taxi-Look

Als ich neulich nachts nach Hause ging, hatte ich ein seltsames Erlebnis: Von hinten schlich ein taxenfarbener Ford Granada (schon etwas abgegrabbelt und nicht mehr das neueste Modell) hinter mir her, und zwar auf einer nur für HVV-Busse vorgesehenen Fahrspur. Ich dachte bei mir: „Junge, Junge, wenn das die Polizei sehen würde“.

Da hielt dieses Fast-Taxi auch schon neben mir an und zwei sportliche junge Männer stiegen aus. Der eine davon hatte eine modische Dauerlockchenfrisur und sah aus, als wenn er gerade aus der Disco käme. Der andere kramte eine Polizei-Marke aus der Tasche. Er wollte meinen Ausweis sehen und von mir wissen, was ich denn nachts auf der Straße mache. Ich fragte warum und wieso; aber das wollte der junge

Mann mir nicht erzählen. Ich zeigte dann meinen Ausweis und sah mir die Typen an: Legerer Freizeitbluse, offenes Hemd, lässige abgetragene Jeans und unter der Jacke kam mal kurz das am Gürtel befestigte Pistolenholster zum Vorschein – nicht das gewöhnliche dunkle, wie normale Schutzpolizisten es tragen, sondern aus schickem, hellem Naturleder.

Als ich mir einen kurzen Blick in den Wagen erlaubte, staunte ich nicht schlecht: da lag doch hinten ein abmontierter Dachbügel, an dem das bekannte „TAXI“-Schild befestigt war!

Ein paar Tage später sah ich den gleichen Wagen mit aufgeklebtem Blaulicht zusammen mit einem Peterwagen und zwei zivilen VW-Bullis über die Rentzelstraße jagen.

Ein Hamburger AK-Leser

Keine Jugendpolizei in NRW!

Am 15. September wird in Essen eine Demonstration gegen die Einführung der „Jugendpolizei“ in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Organisiert wird diese Protestaktion von der „Initiative Keine Jugendpolizei in NRW“. Diese „Initiative“, die als überörtlicher Zusammenschluß von Jugo-Gegnern arbeitet, war am 10. März d.J. von Aktivisten aus elf Städten Nordrhein-Westfalens gegründet worden.

Konkret sollen von der geplanten Demonstration aus die folgenden vier Forderungen erhoben werden:

- Rücknahme des Runderlasses des Innenministers v. 3.2.78.
- Rücknahme des Runderlasses des Innenministers, des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Justizministers und des Kultusministers,

– Rücknahme aller entsprechenden Verfügungen der Polizeipräsidenten u.ä.m.,

– Keine neuen Konzepte zur Einführung der Jugendpolizei.

(Die entsprechenden Runderlasse haben die Intensivierung der polizeilichen Bespitzelung, Eingriffe usw. gegenüber Jugendlichen, ihren Treffpunkten, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeitern u.ä. zum Gegenstand.)

Das nächste Vorbereitungstreffen der „Initiative“ für die Demonstration findet am 2.9. um 10 Uhr im Jugendzentrum Oberhausen (Graf Haeseler Platz) statt.

Abmarschort und -zeit der Demonstration: 15.9.79, 10 Uhr, Essen-Saalbau

Antifa-Kommission NRW

Ein Blick in die Praxis des 'Verfassungsschutz'

Geschichte eines Anwerbungsversuchs

Am Montag, den 13. August, unternahm die für 'Terrorismus' zuständige Abteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz einen ihrer etlichen Versuche, Spitzel anzuwerben. Ihr 'Opfer' diesmal: Frank Schwalba-Hoth, Präsident des Marburger Studentenparlaments, Mitarbeiter beim Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) und bei der 'Marburger Zeitung' (MZ). Doch diesmal fielen sie auf den Bauch. Durch einen Trick gelang es, am Treffpunkt, einem Cafe, mehrere Leute (u. a. einen Rechtsanwalt) als Mithörer zu platzieren. Um Frank von der Effizienz einer Mitarbeit zu überzeugen, brachte der VS-Mann genaue Beispiele aus dem RZ-Bereich, der NPD-Infiltration und der Zusammenarbeit mit Iranern.

Mit diesem Anwerbeversuch sollten möglicherweise mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen sollte Frank Kurierdienste für die RAF annehmen. Da der VS-Mann die RAF-Rekrutierung als Kreislauf beschrieb ('Wer seinen Auftrag gut ausführt, bekommt neue und immer wichtigere'), wäre Frank in die Rolle eines Perspektivagenten des VS innerhalb der RAF hineingeschlüpft. Zum anderen betonte der VS-Mann, daß das Hauptziel bei Frank war die RAF sei, es andererseits aber in der Regel nicht bei scheinbarem Verrat bleiben würde. So hätte der VS dann einen Informanten in der Marburger Spontiscene, dem Asta, dem ID, den Grünen, der MZ, etc. gehabt.

Im folgenden Auszüge aus dem im ID und Pflasterstrand veröffentlichten Gedächtnisprotokoll von Frank (die Namen der sonstigen Personen sind durch Buchstaben ersetzt):

Der VS-Mann wies sich per Dienstausweis als Fred Hering (geb. 13.9.37) aus. Er fuhr einen BMW Bavaria HP-EH 65. Während des 2-stündigen Gesprächs hielt sich ein weißer Golf HU-CC 63 vor dem Cafe auf. Außerdem wurde Fred Hering am Morgen zusammen mit einem anderen Herrn in einem Mercedes gesehen.

Ich hatte von Anfang an vier Ziele. Erstens: IHN reden zu lassen. Zweitens: bei unklaren Stellen ungläubig zu gucken, um ihn so zu Beispielen in Faktenform zu provozieren. Drittens: Wenn schon selbst was sagen, dann nur Sachen, die keinen anderen betreffen und die eh schon irgendwo festgehalten sind. Viertens: Ihn ständig in die Augen blicken, um so zu verhindern, daß er sich allzu intensiv mit den Nachbartschen auseinandersetze.

Vorweg wollte er mich aber so schildern, wie seine Behörden und er mich einschätzen würden. Er wolle mit offenen Karten spielen und auch begründen, warum die 'Wahl' gerade auf mich gefallen sei. Mir wurde mulmig zumute. Ein Psychogramm, okay, dagegen kann ich mich nicht wehren, aber jetzt wollte er auch noch ableiten, warum meine Psyche geeignet sei, die eines Verräters zu sein. Er begann mit Schmeicheleien. Ich sei ein idealistischer Mensch, der sehr freundlich wäre (während des Gesprächs lachte ich ihm auch die ganze Zeit ins Gesicht), sich gut ausdrücken könne, für den ID schreibe, christlichen Hintergrund für mein Engagement habe (früher war ich mal im Landesvorstand der evangelischen Jugend), Versammlungen souverän leiten könne und auch einen besonderen Werdegang habe (ich war auch mal Leutnant in der bundesdeutschen Armee) und bei all dem verstände seine Behörde und er nicht, warum ich nun 'solche' Sachen machen würde. Im Laufe des Gesprächs kam auch heraus, daß er eine Masse von Ein-

Laufe des Gesprächs kam auch heraus, daß er eine Masse von Einzelheiten über mich wußte. Mich verwunderte es nicht, daß er diese Punkte immer beiläufig einflocht, er wollte mir das Gefühl vermitteln, meine Vergangenheit wäre weitgehend recherchiert. Auf einer Veranstaltung zum Hungerstreik im Juni habe er gerade von mir als Versammlungsleiter mit 'solch einem Werdegang' eine explizit kritische Stellungnahme vermisst. Die beiden dort aufgetretenen ehemaligen Gefangenen I. und J. hätten ja schon wegen einschlägiger Sachen in Haft gesessen und es wäre auch keine Kleinigkeit, so ein Kontakt zu Stoll oder ein dpa-Überfall. Die beiden würden doch recht hoch eingestuft.

Er befürchte, daß I. und J. irgendwann selbst untertauchen würden. Die Kämpfer würden durch Aufträge u. a. an die noch in der Legalität lebenden Genossen deren Standfestigkeit und Verlässlichkeit überprüfen. Und diese Rekruten müßten sich bewähren. Es seien aber schon Fälle bekannt, wo die Kämpfer einige Neulinge wieder aus dem Untergrund zurückgeschickt hätten, weil sich diese als ungeeignet erwiesen hätten. Diese Hungerstreik-Veranstaltung, die ich geleitet hätte, wäre eine Art unfreiwillige 'Werbearbeitung' (auf der untersten Stufe) gewesen. Es wäre möglich, daß durch das Erleben, Kennenlernen von solchen Gefangenen und deren Ideen, Leute den Anstoß erhalten würden, auch selbst terroristische Gewaltakte zu begehen.

Das wichtigste aber seien meine 'Kontakte'. Ich sei mit einer 'hochkarätigen' Frau bei einer Kontrolle im Auto angetroffen worden (meinte er damit eine AGIT-Druckerin. mit

der ich im Januar über die holländisch-deutsche Grenze gefahren war? Mußte er wohl, die hier auch mit Vornamen K.).

'Sie bewegen sich im terroristischen Fahrwasser. Wir haben die Vermutung - und das gründet sich auf Erfahrungen seit 1970 - daß solche Leute dann plötzlich im Untergrund verschwinden.' - 'Ich?' - 'Nein, so meine ich das nicht. Aber I. und J., die sind nahe dran und bei Ihnen - theoretisch ist das ja möglich. Ich will in diesem Gespräch nur herausfinden, ob Sie nur als so eine Art 'nützlicher Idiot' (entschuldigen Sie den Ausdruck) fungieren oder aber einer sind, der kurz vor dem Absprung steht. Wie auch immer, dieses Gespräch hat auch den Charakter eines Schusses vor den Bug. Sie wissen jetzt, wir kennen Sie, haben eine Menge Informationen über Sie, Sie verstehen...?'

Russell - Tribunal

'Seit einigen Monaten ist Ihr Name in einigen Zusammenhängen aufgetaucht. Sie waren doch im Januar in Köln auf dem Russell-Tribunal - das macht zwar eine andere Abteilung - und da und auf den Konferenzen der Russell-Initiativen sollten ja auch die Haftbedingungen besprochen werden und Sie... Das jetzt einsetzende Schweigen sollte wohl andeuten, daß er wisse, mit wem, wo und worüber ich Kontakt gehabt hätte und daß es da wohl auch um 'hochkarätige' Personen gegangen wäre. Ich mußte mir jetzt ein offenes Lachen verknäueln. Er bemerkte dies und schwenkte sofort über. 'Mir geht es um etwas anderes. Sehen Sie, es besteht die Gefahr, daß man Sie um Botengänge, Kurierdienste, Depotanlagen, Logistik und so, bittet.' Ich sehe ihn erstaunt an - es klappt. Er rückt damit heraus, was dahinter steckt und das verwundert mich dann noch mehr.

Spitzel bei konspirativem Treff

Spitzel bei konspirativem Treff

Ja, sehen Sie, es gab da kürzlich ein Gespräch zwischen Leuten, die die RAF u. a. unterstützen. Bei dieser Sitzung ist auch Ihr Name gefallen. Sie sind dort als ein nach außen hin integrier Mensch eingeschätzt worden, als eine Person, die kleine Freundesdienste bestimmt nicht auslagern würde, als polizeilich noch nicht in Erscheinung getreten, kurz, wir vermuten, daß man in nächster Zeit mit bestimmten Bitten an Sie herantreten wird.

Wieder erstauntes Ansehen. 'Ja, wir sind uns da ziemlich sicher, eine Information war dabei.' Herr Schwalba-Hoth, ich will mit diesem Gespräch zweierlei erreichen. Einmal den schon erwähnten 'Schuß vor den Bug'. Die andere Sache betrifft uns, d. h. meine Behörde, stärker.

Spitzel bei den RZ

Um das zu verdeutlichen, ein Beispiel (inzwischen hatte ich nämlich fünf oder sechs Mal immer wieder gefragt, was er denn von MIR wolle, was für eine Rolle in seinem Planspiel ich ausführen sollte): In einer Gruppe von vier oder fünf Leuten kam die Idee auf, mal eine Aktion, eine richtige Aktion zu starten. Man beschaffte sich das 'Kochbuch', ein Molli wurde gebaut und ein Objekt ausgesucht. Die Wahl fiel auf ein Gebäude einer Institution, gegen die man zu dem Zeitpunkt etwas hatte. Es wurde ein Brief geschrieben und das Ganze sollte dann losgehen. Ein Mitglied der Gruppe arbeitete für uns als Informantin (später sprach er dann von Informant, ich wies ihn auf diesen Widerspruch im Geschlecht hin, er sagte, ich müsse das verstehen, daß er dies mal so ausdrückte und mal an-

ders. Wir könnten uns ja auf 'geschlechtslose' Informanten einigen). Was sollten wir vom Verfassungsschutz tun? Aufliegen durfte das Ganze nicht - dann wäre unser 'geschlechtsloser' Informant auch aufgeflogen'. Er lachte über das Wortspiel.

Den Anschlag aber mußten wir verhindern. Also: wir bekamen Ort und Zeit mitgeteilt und um die besagte Stunde war die ganze Gegend voll uniformierter Streifen. Die vier - oder fünf - bemerkten das natürlich und hetzten kreidebleich nach Hause, den 'Molli' unter der Jacke versteckt. Sie waren richtig glücklich, daß sie die Streifen gleich bemerkt hätten. Nach dem Anschlag, das überblickten sie sofort, hätten sie keine Chance besessen noch abzuhaufen. In der Wohnung fing dann das große Rätselraten an. Unser 'geschlechtsloser' Informant war in dieser Situation sehr geschickt, er wiegelte ab.

Das ist jetzt ungefähr ein viertel Jahr her. Die sind nie wieder auf so eine Idee gekommen.

'Sie sollen ein Warnlämpchen für uns sein'

Sie sollen also so eine Art Warnlämpchen für uns sein. Eine Art Notlampe. Wenn irgendwo etwas im Gang ist, sagen Sie uns Bescheid und wir können - wie auch immer - eingreifen.

'Ich soll also Leute ans Messer liefern?' 'Nein, aus zwei Gründen nicht. Einmal, und das meinen Sie wohl auch, werden Sie nicht in die Lage kommen, uns sagen zu können, der Christian Klar, der ist an dem und dem Tag um 23 Uhr dort und dort. Die Leute, die das wissen, sind dünn gesät und für einen solchen halten wir sie nicht. Und die Er-scheinungen - Stoll, van Dyck und beinahe auch Heissler - da habe ich

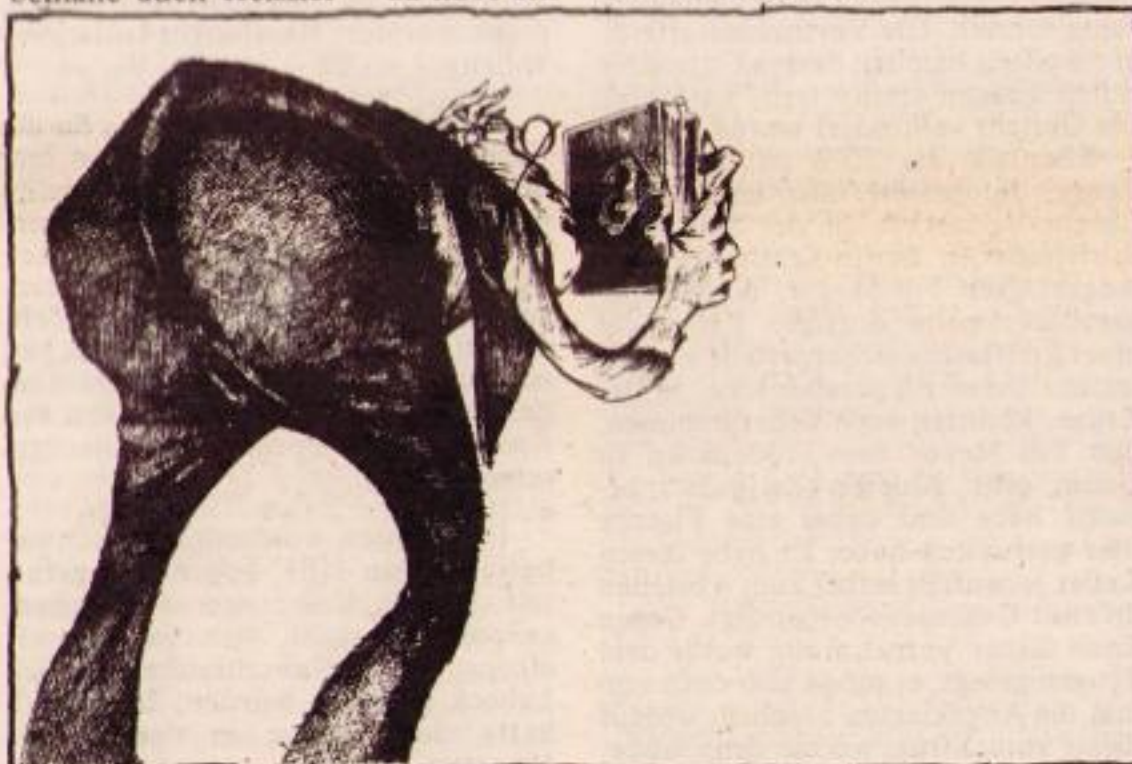
jetzt zuerst einmal als das von Ihnen so bezeichnete 'Warnlämpchen' fungieren und dann nach einigen Jahren auch über andere Bereiche Informationen weitergeben, über den ID, die MZ, über die Sponti-Szene usw. Dies um so mehr, als Sie davon sprachen, daß ihre finanziellen Mittel zu beschränkt seien, um alles zu erfassen. Soll ich mich also 'entwickeln'? Wollen Sie das?'

Er lacht, wird aber gleich wieder ernst. 'Das wagen wir natürlich nicht zu hoffen, schön wär's aber. Ich komme aber von einer Abteilung, die mit den Sachen an der Uni weniger zu tun hat. Die dafür zuständige Abteilung hätte natürlich auch daran Interesse. Das ist klar. Das sind aber NEBENZIELE. Jetzt geht es erst einmal um die RAF.'

Nach einigen Fragen, warum man gerade auf mich verfallen sei, ob dahinter steckte, daß der Verfassungsschutz eben in diesem bestimmten Bereich, auf den ich angesetzt werden sollte, einen 'weißen Fleck' auf der Landkarte habe und ob denn eine solche Warnlämpchenanlage überhaupt effektiv sei, gab er die folgenden Beispiele:

Solche Leute will der Verfassungsschutz

'Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen wir hätten, sagen wir mal, hier und dort ein Manko an Informanten. Wir haben überall welche. Nur manche sind eben nicht effektiv genug. Wir wollen Leute, die voll drinstehen, von denen wir wissen, wenn die sagen: jetzt wird's gefährlich, da und dort soll was passieren - daß das auch hieb- und stichfest ist. Und umgekehrt: wenn von denen nichts kommt, kein Signal, dann brauchen wir sonstige Hinweise auf spektakuläre Sachen eben nicht SO ernst zu nehmen. Das gibt uns einfach ein Gefühl von Sicherheit.'



auch ein ungutes Gefühl. Die wären auch ein ungutes Gefühl. Die wären vielleicht zu vermeiden gewesen. So einer Frau...' Er ließ diesen Satz unbeendet.

Der zweite Grund ist eigentlich wichtiger. Sie sind völlig frei in der Auswahl der Sachen, die Sie uns dann letztendlich mitteilen. Sie können frei entscheiden. Obwohl wir materiell (d.h. Observation, Abhören usw.) nicht so viele Mittel haben, wie es manchmal dargestellt wird, haben wir bei Ihnen ein HAUPTZIEL. Das ist der Bereich TERRORISMUS. Was sie sonst noch machen und wissen, da wollen wir nichts von Ihnen.

Verfassungsschutz, Iraner, scheinbarer Verrat

Bevor ich zu meiner jetzigen Abteilung kam, habe ich mich mit Ausländern beschäftigt. Wissen Sie, so ein Perser, der hatte ja damals schreckliche Angst vor dem persischen Geheimdienst. Da nützte es zwar nur oft wenig, daß wir sagten, wir wollen nur dies und das wissen, du brauchst deine Freunde nicht zu belasten. Der hatte ja Angst wegen der Aufenthaltsgenehmigung, hatte Angst, daß er abgeschoben, gefoltert würde, vielleicht sogar ermordet. Und mit denen haben wir auch so verkehrt. Da stellte sich dann auf Dauer ein Vertrauensverhältnis heraus. Die glaubten uns dann und teilten uns auch nur Bestimmtes mit. Manchmal war das Vertrauen so groß, daß nach drei, vier oder fünf Jahren einer kam und sagte, 'Ich habe es satt, immer etwas zurückzuhalten, ich will jetzt alles sagen...'

'Da rieben wir uns natürlich die Hände hinter dem Rücken.'

'Herr Hering, warum erzählen Sie mir das jetzt? Wollen Sie, daß ich

und dann sind meine Behörde und ich nicht allmächtig. Einstellungen in den Öffentlichen Dienst fallen nicht in unseren Aufgabenbereich. Die Informationen kommen von einer anderen Stelle unseres Hauses. Ich glaube nicht, daß so gravierende Sachen gegen Sie vorliegen.'

Er machte eine Pause und blickte mich etwas verändert an. 'Andererseits würde ich Ihnen natürlich helfen, wenn Ihnen woanders Schwierigkeiten entstehen sollten.' Ich nickte und verstand gut, was er meinte. Eine Hand wäscht die andere. 'Und außerdem könnten Sie alle sonstigen Aktivitäten weiter betreiben.'

Eine höfliche Enttarnung

Inzwischen waren fast zwei Stunden Gespräch vorüber. Rechtsanwalt C. und H. waren gegangen, wohl um nicht Verdacht durch zu langes Herumsitzen zu erregen. E. und G. machten auch Anstalten zu gehen. Ganz allein wollte ich nun nicht mit dem Herrn im Cafe sitzen. Ich drehte mich nach links. 'Würdet Ihr bitte noch einen Augenblick bleiben?' Ich blickte wieder Herrn Hering an. 'Herr Hering, darf ich Ihnen E. und G. vorstellen? E. und G. das ist Herr Hering vom Verfassungsschutz aus Bonn. Er beschäftigt sich mit dem 'Terrorismus' und beabsichtigt, mich als Spitzel anzuwerben.'

Während dieser ganzen Eröffnung und dem mustergültigen Vorstellen verzog Herr Hering keine Miene.

'Herr Hering, ich habe dieses Spiel mit Ihnen die ganze Zeit spielen können und war dabei auch weitgehend ehrlich, weil ich von Anfang an vorhatte, unser Gespräch so zu beenden. Hinter Ihnen saß die ganze Zeit Rechtsanwalt C. und noch ein Bekannter von mir. Dort vorn am Fenster hat ein Mitarbeiter der Marburger Zeitung Platz genommen und beim Betreten des Cafes sind Sie fotografiert worden. Über unser Gespräch hier und die Informationen, die Sie mir erzählt haben, werden wir Öffentlichkeit herstellen.'

Der Übelste ist der Denunziant

Bevor ich die Kellnerin zum Bezahlen rief, begründete ich meine Entscheidung. Es gäbe zwei Argumentationsstränge. Für mich wäre mir das Widerlichste der Denunziant, derjenige, der Informationen weiterliefert. Wie pervers würde sich dadurch das Verhältnis zu Menschen gestalten, mit denen ich tagtäglich zusammen wäre. Ich könnte nicht glauben, daß man als Spitzel auch nur einen Funken seiner ursprünglichen Identität bewahren könne.

Der andere Grund wäre, daß ich für eine Gesellschaft kämpfen würde, in der es weder staatliche Gewaltmechanismen noch bewaffneten Kampf geben müßte und würde. Und auf dem Weg dahin können wir innerhalb der Linken unsere Konflikte selbst lösen.

Wenn ich von einer wie auch immer gearteten Aktion erfahren würde, die ich nicht für richtig halten würde, würde ich nicht an staatliche Stellen als Lösungsmittel, sondern an die Diskussion innerhalb meines Zusammenhangs denken. Und im Augenblick sehe ich mich für mich (wohlgeachtet für mich) keine Notwendigkeit, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. Im Augenblick gibt es bei den Grünen/Bunten/Alternativen Listen die Möglichkeit, in die Auseinandersetzung um eine Veränderung einzutreten. Und dort würde ich mich natürlich auch dafür einsetzen, Bereiche wie Zensur, Haftbedingungen, Berufsverbote und Bespitzelung aufzugreifen.

P.S.: Was mich im Nachhinein noch bewegt (und was ich noch nicht erwähnt habe) ist die Psychologisierung des bewaffneten Kampfes in der BRD. Nach seinen eigenen Worten könne es sich Herr Hering nicht erklären, warum wir in der BRD den Terrorismus hätten. In Nordirland und bei den Basken, da sei er politisch ableitbar. Bei uns würde es doch fast allen sehr gut gehen. Als Psychopathen würde er die RAF natürlich nicht bezeichnen, aber irgendwie würde da trotzdem in der Psyche etwas nicht stimmen. Die ihm bekannten Forschungsliteratur würde keinen Ansatz für eine politische Herleitung der deutschen Guerilla geben.

Meinen die staatlichen Stellen wirklich, daß es keine sozial- und entwicklungspsychologische Herleitung des sog. Terrorismus gibt? Daß wir soziale Konflikte einfach mit ein bißchen besserer Psychologie zu decken können?

NPD-Infiltration.

NPD-Infiltration, der Verfassungsschutz macht Politik

'Zur Effektivität der Warnlämpchenanlage folgendes. Ende der 60er Jahre gab es bei der NPD einen großen Knall. Das waren wir. Damals habe ich mich lange damit beschäftigt. Zig Leute, u.a. auch stellvertretende Landesvorsitzende traten spektakulär zurück, wiesen auf die und die Mißstände und die NPD verschwand von der Bildfläche. Und davon hat sie sich bis heute nicht erholt. Der Thadden war natürlich keiner von uns. Wenn so etwas herausgekommen wäre, dann hätte es geheißen, IHR habt den ganzen Zirkus aufgebaut, ohne euch hätte es die NPD gar nicht gegeben.'

Mir wurde ganz mulmig, dachte ich an die Grünen/Bunten/Alternativen. Was da passieren würde, wenn sich der Verfassungsschutz bei den jetzt anlaufenden Aktivitäten für die Bundestagswahl ähnlich engagieren würde... Die Öffentlichkeit hätte das Bild von Streit, Zank, Abgrenzerei und Intrigen vor Augen.

Und bei einem 'NEIN'

Ja, und was passiert, wenn ich nun NEIN zu einer Zusammenarbeit sagen würde. Müßte ich irgendwelchen Druck erwarten? Wenn ich mich nun bewerben würde für den Öffentlichen Dienst, würden Sie sich dann GEGEN mich einsetzen?

'Nein, da können Sie ganz beruhigt sein und zwar aus zwei Gründen. Einmal üben wir nie Zwang aus, wir können nur auf freiwilliger Basis unser Ziel erreichen (ich dachte an die Iraner, behielt das aber für mich)

Klassenjustiz



Prozeßbeginn gegen Herbert Soffel

Am 22.8.79 begann vor dem Frankfurter Schöffengericht (Sitzungssaal A 102) die Hauptverhandlung gegen Herbert Soffel im „Gefangenentratsprozeß“:

„Die Anklage wirft Soffel Verwahrungsbruch vor, wobei es um abhandelte gekommene Krankenakten aus der JVA I Frankfurt/M. geht, die hätten Aufschluß über etwaige ungesetzliche Einwirkungen des Hessischen Justizministeriums auf den damaligen Anstaltsarzt während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen im Sommer 1977 geben können.“

Da sich Soffel augenblicklich auf Anordnung der Hessischen Staatschutzkammer wegen angeblich „selbstverschuldeter“ Verhandlungsunfähigkeit in Einzelisolation befindet, nachdem vor einigen Wochen erst infolge seines lebensbedrohlichen Zustandes der Haftbefehl gegen ihn außer Vollzug gesetzt worden war, drängt sich nunmehr im vorbezeichneten Schöffengerichtsverfahren die Feststellung von Soffels Verhandlungsfähigkeit und Vollzugstauglichkeit auf. Die Verteidigung hat hierzu bereits beantragt, den international renommierten Sachverständigen für forensische Psychiatrie, Prof. Dr. med. W. Rasch, Westberlin, zu beauftragen“ (aus der Presseerklärung

vom 18.8. von Rechtsanwalt Weidenhammer, Frankfurt).

Dem war vorausgegangen, daß am 28.6.79 der Haftbefehl gegen Herbert wieder in Kraft gesetzt worden war und Herbert nach einem in der Uni-Klinik Frankfurt stattfindenden Verhandlungstag aus dem Krankenhausbett heraus verhaftet wurde (s. AK 157).

Nach Meinung des Gerichts soll H. Soffel sich seinen zeitweise lebensbedrohlichen Gesundheitszustand selbst beigebracht haben. Im Gerichtsbeschluss ist davon die Rede, er soll sich selbst Blut abgezapft haben, Blumenwasser getrunken, Urin oder ähnliches injiziert und z.B. Zahnpasta oder Seife gegessen haben, um Krankheitsbilder hervorzurufen. Dies sei zwar nicht mit letzter Gewißheit zu beweisen, da die Herbert untersuchenden Ärzte aber keine organischen Ursachen für seine schweren Krankheiten gefunden haben, kann er nur selbst dafür verantwortlich sein. Logisch, oder?

Nun ist ja in den sogenannten Terroristenprozessen mehrfach mit der Behauptung gearbeitet worden, mit den von den Gefangenen durchgeführten Hungerstreiks hätten sie ihre schweren Krankheiten selbst zu verantworten. Und dies vor dem Hintergrund, daß schon vor mehreren Jah-

ren – und zuletzt bei Werner Hoppe – von einer Vielzahl von Gutachtern bewiesen wurde, daß Ursache für die schweren Erkrankungen die Haftbedingungen, die Totalisolation etc. ist. Unseres Wissens das erste Mal hat sich jetzt ein Gericht zu der Logik verstiegen (entgegen den Stellungnahmen der meisten Gutachter im Verfahren gegen Herbert, die eindeutig die Haftsituation als Ursache benennen): Der Angeklagte ist gegen den Prozeß, also bringt er sich lebensgefährliche Verletzungen bei, um haftunfähig zu werden. Nachdem das Gericht diesen „Trick“ erkannt hat, schließt es den Angeklagten vom weiteren Verfahren aus.

Daß hier an Herbert Soffel ein Exempel statuiert werden soll, muß man vor dem Hintergrund sehen, daß der „Gefangenentrats“ maßgeblich daran beteiligt war, den Mannheimer Gefängnissskandal (Mißhandlungen von Häftlingen, Tod eines Gefangenen) aufzudecken. Das ist auch der Hintergrund dafür, daß Herbert mittlerweile 4 Jahre im Knast sitzt, davon die Hälfte der Zeit in totaler Isolation??

SOFORTIGE FREILASSUNG VON HERBERT SOFFEL!

IKAH/Hamburg

Zum Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“ Kronzeugen abgewertet!

Nachdem sich der Gesundheitszustand des Vorsitzenden Richters Geus überraschenderweise gebessert hat, ging der Lorenz-Drenkmann-Prozeß nach fast einmonatiger Unterbrechung am 6. Juli in gewohnt-gespannter Prozeßatmosphäre weiter.

Zum ersten Mal seit längerem waren alle Angeklagten zum Verfahren zugelassen.

Die altbewährte Maulkorbmethode wurde am 6. Juli selbstredend weiterbetrieben: Fritz Teufel bekam das Fragerecht entzogen, und das in einer Prozeßsituation, die sich mit seiner möglichen Tatbeteiligung an der Lorenz-Entführung auseinandersetzt, weil er um eine gar nicht so abwegige Lächerlaubnis gebeten hatte.

Die weiteren Verhandlungstage im Juli hatten die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Hochstein („will hoch hinaus und fällt wie ein Stein“ – aus einer Erklärung von vier der Angeklagten) zum Inhalt.

„Eine Zeugin aus Lüneburg sagte aus, daß sie den „Kronzeugen“ Hochstein als den Mann erkenne, der am 16. Nov. 74 einen Raubüberfall auf ihr Geschäft verübte. Hochstein sagte dagegen, daß er an diesem Tage in Berlin gewesen sei und nichts mit dem Überfall zu tun gehabt habe.“ (TSP 14.7.79)

Selbige Zeugin wurde bereits in einem Verfahren gehört, das seinerzeit in Hamburg unter anderem auch gegen Hochstein geführt wurde.

Hochstein ließ sich aber vom damaligen Verfahren ausschließen, so daß er von der Zeugin nicht in Augenschein genommen werden konnte.

Es steht allerdings zu vermuten, daß die faktische Nichtverurteilung Hochsteins an diesem Punkt etwas mit dem Deal der Staatsanwaltschaft mit ihrem Kronzeugen zu tun hat! So waren es auch die Vertrauensvertreter der Angeklagten, die die Zeugin auftrieben und die Gegenüberstellung im Lorenz-Drenkmann-Prozeß durchsetzten.

Daß Hochstein Alkoholiker und Hochstapler war, ist jetzt mehrfach bestätigt:

Ein Hamburger Internist, der die Alkoholentgiftung bei Hochstein überwachte, sagte aus, daß Hochstein nach dessen eigenen Angaben seit seinem 16. Lebensjahr Alkoholiker gewesen sei, und bis zu seiner Behandlung, die nicht abgeschlossen wurde, eine ganze Flasche Korn pro Tag getrunken habe. Darüberhinaus habe ein Psychiater Hochstein ihm gegenüber als „Hochstapler“ bezeichnet.

Am 27.7. sagte der damals behandelnde Psychiater aus, daß bei Hochstein durch den vermehrten Alkoholkonsum ein „Verlust der ethischen Persönlichkeit“ eingetreten sei. „Deshalb habe er Hochstein als Hirnkranken angesehen.“ („Der Abend“ 28.7.1979).

Damit dürfte es das Gericht schwer haben, die Aussagen Hochsteins zu

verwerten. Daß genau dies weiter versucht werden soll, wurde am 20.7. deutlich, als ein weiterer Gutachter gehört worden war, der Hochstein in dessen Prozeß vom 1974 verhandlungsfähig schrieb. Die Vertrauensvertreter wollten nämlich dessen Gutachten durch Fragen erschüttern, was durch das Gericht verhindert wurde.

Ebenfalls am 20.7. entlastete ein Zeuge, Nachmieter des angeblichen Lorenz-Versteckes in der Schenken-dorfstraße in Berlin-Kreuzberg, den Angeklagten Till Meyer, dessen Fingerabdrücke im dortigen Keller auf einer Bierflasche sichergestellt worden waren. Diese Fingerabdrücke, so der Zeuge, könnten auch daher kommen, daß Till Meyer den Trödelladen zu einem ganz anderen Zeitpunkt besucht habe und dabei eine Flasche Bier getrunken habe. Er habe diesen Keller jedenfalls selbst zum Abstellen diverser Gegenstände benutzt. Gegen Ende seiner Vernehmung wurde dem Zeugen gesagt, er möge sich doch einmal die Angeklagten ansehen, worauf dieser zurückfragte, wo die denn säßen. Darauf Gerald Klöpfer: „Da vorne sitzen die Gangster“ (alles im Saal lacht), was ihm wieder eine Woche Ordnungshaft einbrachte. Daß es nicht zu einem Ausschluß kam, war nur dem Einsatz der Vertrauensvertreter zu verdanken.

Am 100. Verhandlungstag ging es um einen Kassiber, der bei Gerald Klöpfer bei einer Zellenrazzia im Jahre 75 gefunden worden war. Gerald Klöpfer übernahm die Verantwortung für dieses Schriftstück, in dem es heißt: „P. L. hat uns nicht erkannt. Wahrscheinlich hat er Angst.“ Diese Passage war bislang gerp von Bundesanwaltschaft und Gericht als Geständnis der Angeklagten in bezug auf die Lorenzentführung gewertet worden, ohne daß Überlegungen in anderer Richtung stattfanden.

Gerald erklärte jetzt, daß dies so zu verstehen sei, daß damals nach seiner Verhaftung eine Pressekampagne gestartet worden sei, die Lorenz nahelegte, die verhafteten Gerald Klöpfer und Ronald Fritsch als Entführer zu identifizieren. Peter Lorenz habe sie aus Angst vor einer Falschbeschuldigung nicht erkannt.

Am 20.8. wurde ein Zuhörer gleich für 10 Tage ausgeschlossen, weil dem Vorsitzenden Richter Geus die Kleidung des Zuhörers mißfiel. Anscheinend möchte sich das Kammergericht das Renommee eines Nobelrestaurants zulegen, wo man Leute rausschmeißen darf, die dem Kleidungsstandard der Bourgeoisie nicht entsprechen.

Freilich: Mit der Strafprozeßordnung und dem Recht auf Öffentlichkeit hat das nichts mehr zu tun. Aber vielleicht ist die Verletzung der Rechte, die sich aus der Strafprozeßordnung herleiten, heute gar kein Revisionsgrund mehr.

Westberliner Anti-Rep.-Kommission des KB

Hamburg: Politische Gefangene nach Lübeck verschleppt

Am 14.8.1979 wurden die bisher im Hamburger Untersuchungsgefängnis inhaftierten Frauen Christa Eckes, Annerose Reiche, Brigitte Asdonk und Inga Hochstein in die „Frauenanstalt“ Lübeck verlegt. Diese Verlegung bedeutet eine weitere Verschlechterung der Haftbedingungen gegenüber dem Hamburger Isolations-vollzug.

Die Verschleppung erfolgte für die Gefangenen völlig unvorbereitet und unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen: sie erfuhren etwa eine Stunde vor dem Transport, daß sie nach Lübeck kommen sollten. Den Gefangenen blieb gerade noch die Zeit, ihre in der Zelle befindlichen Sachen notdürftig in Plastiktüten zu packen; der Rest ihrer Sachen wurde von den Knastleuten verpackt und nachgeschickt.

Die Frauen wurden, dann schwer bewacht von MEK-Typen und gefesselt, in den Hamburger Sternschanzenpark gebracht, von wo sie mit einem BGS-Hubschrauber nach Lübeck geflogen wurden. In Lübeck hatte der Vollzug in den letzten Monaten einen super-modernen Toten Trakt gebaut, in dem die Gefangenen jetzt isoliert sind. Der Trakt ist nicht innerhalb der übrigen Knastbauten, sondern abgesondert „freistehend“ angebaut, so daß auch alle sonstigen Räume wie Duschen, Verwaltungszimmer, „Habekammern“ und Sprechzellen streng vom „normalen“ Anstaltsbetrieb getrennt sind. Die ersten Eindrücke der Frauen: Totenstille, so daß man einzelne Geräusche wie das Bellen eines Hundes oder das Vorbeifahren eines Autos genau hören kann; vom alltäglichen Anstaltsbetrieb bekommen die Gefangenen nichts mit. Die Zellen sind klein und frisch getüncht in grellen Farben: drei Wände kalkweiß, sonst knallig, die Stahltür grau. Die Fenster sind wie üblich vergittert, in der Tür ist ein mit Panzerglas versehenes Guckloch, das sich nicht öffnen läßt. Der gesamte Gebäudekomplex sowie der Hof sind total mit Fernsehkameras überwacht. Außerdem gibt es Lichtsignalanlagen, von denen die Gefangenen annehmen, daß sie zur Übermittlung von Nachrichten über das jeweilige Tun bzw. Lassen der Gefangenen dienen.

Insgesamt also: totale Abschottung von allen anderen Gefangenen und totale Überwachung. Die Orwellsche Kontrollwut des Vollzuges geht soweit, daß die Frauen noch nicht einmal ihre eigene Kleidung tragen dürfen, sondern „Anstaltskleidung“ anziehen müssen. Die Isolation soll angeblich „gemildert“ werden durch folgende Maßnahmen: Drei Mal die Woche abends Fernsehen, wobei die Gefangenen aber nicht miteinander sprechen dürfen (!). Vier Stunden Umschluß täglich miteinander, aber ohne andere Gefangene und vor allem ohne die Möglichkeit, Arbeitsmaterial wie

Bücher, Zeitschriften usw. zum Umschluß mizunehmen. 2 Stunden täglich ist Hofgang auf dem Sonderhof des Traktes erlaubt. Die Frauen dürfen ca. 10 Bücher und Zeitschriften auf der Zelle haben, wobei sie jeweils gelesene hergeben müssen, wenn sie neue haben wollen. Die Verteidiger können ihre Mandanten nur in mit Panzerglas versehenen Trennscheibenzellen sprechen, die ebenfalls im Sondertrakt und nicht im regulären Anstaltsgebäude sind.

Die Verteidigerin von Inga Hochstein mußte bei einem ihrer Besuche trotz der totalen Isolation ihrer Mandantin eine entwürdigende körperliche Untersuchung über sich ergehen lassen, einschließlich Schuheaussuchen und der Kontrolle, ob sie in ihren vollen Locken nichts Unterlautes verbirgt. Zu guter Letzt wurde die Anwältin in der Zelle auch noch eingeschlossen. Den Hinweis auf die Illegalität dieser Freiheitsberaubung kommentierten die Schließer mit dem Bemerkens: „Sie können den Besuch ja abbrechen, wenn es Ihnen nicht paßt.“

Mit dieser Verschärfung der Haftbedingungen nimmt der Vollzug bewußt in Kauf, daß eine rapide Verschlechterung der Gesundheit der Gefangenen – möglicherweise bis hin zur Lebensgefahr – eintritt. Wir möchten an dieser Stelle daran erinnern, daß am 8.2.1979 Werner Hoppe wegen akuter Lebensgefahr aus der Isolationshaft entlassen werden mußte; aus den ärztlichen Gutachten geht hervor, daß die soziale Isolierung eine entscheidende Ursache für den rapiden Gesundheitsverfall Hoppes war. Dem Voll-

zug sind diese Gutachten ebenso wie zig andere Gutachten gleichen Inhalts bekannt. Dem Vollzug ist auch bekannt, daß andere Gefangene unter den Bedingungen der Isolationshaft ernsthafte Gesundheitsbeeinträchtigungen erlitten haben. Hier kommt hinzu, daß der Druck auf die Frauen durch völlig sinnlose Schikanen wie die Pflicht zum Tragen der Anstaltskleidung unnötig verschärft wird und die Haft so offenbar möglichst unerträglich gemacht werden soll. Aus dem Oktober 1977 in Stammheim ist bekannt, daß in Totalisolation die Möglichkeiten gegeben sind, weitere Provokationen gegen die Gefangenen zu starten, um damit Vorwände für eine weitere Verschärfung der Haftbedingungen zu schaffen. Inga Hochstein fand beim Auspacken ihrer Sachen, die in Hamburg vom Knastpersonal in Pakete geschnürt worden waren, ein Metallsägeblatt! Sie selbst hat es nicht eingepackt, so daß man sich an den fünf Fingern abzählen kann, daß es sicherlich irgendwann mal „zufällig“ gefunden werden sollte.

Die Verlegung der vier Frauen in den Lübecker Toten Trakt beweist jedenfalls, daß eine generelle „Humanisierung der Haftbedingungen“ – soweit überhaupt möglich – nicht in Sicht ist und es nach wie vor aller Anstrengungen bedarf, um eine Verbesserung der Haftbedingungen zu erreichen. Sonst werden viele Gefangene, die „lebenslänglich“ oder gar mehrmals „lebenslänglich“ haben, den Knast nicht überleben.

IKAH

Staatsanwalt verschleppt Tunix-Prozeß

Am 25.8.1979 begann in Westberlin die Berufungsverhandlung im „Tunix“-Prozeß. In erster Instanz war Peter H. zu 4 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt worden, weil auf der Demonstration im Januar 1978 während des „Tunix“-Kongresses die BRD dadurch verleumdet worden sein soll, daß eine schwarz-rot-goldene Fahne durch den Dreck gezogen und von den Demonstranten verbrannt worden war. Nicht Peter selbst hatte aber die Fahne verbrannt, sondern er hatte nur die Demo angemeldet!

Der erste Verhandlungstag ließ sich noch ganz gut an: Der Richter hörte zu und unterbrach nicht; Peter konnte Hintergrund und Intention des Kongresses und der Demo erklären. Selbst der Polizei-Zeuge bestätigte die Aussagen der Angeklagten. Doch mit einem Freispruch sollte das Verfahren in der zweiten Instanz

nicht enden – der Staatsanwalt schaltete sich ein und stellte am Ende der Beweisaufnahme zwei weitere Beweisanträge: ein Textstück soll verlesen werden und der Richter der ersten Instanz, Schmidt, der Peter zu vier Monaten verurteilt hatte, soll vernommen werden. Denn, so der Staatsanwalt: Peter hätte in der ersten Instanz etwas anderes ausgesagt.

Der Prozeß muß jetzt vertagt werden, denn der neue Zeuge ist im Urlaub; wenn die Verhandlung weitergehen kann, dann wird es dieses Gericht nicht mehr geben, weil es nur eine Urlaubsvertretung war. Der Staatsanwalt will offensichtlich durch diese Verschleppung die vier Monate ohne Bewährung für Peter durch den Richter der ersten Instanz in der zweiten Instanz wieder durchsetzen!

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB

In den Klauen des israelischen Geheimdienstes

Der „Fall“ Brigitte Schulz und Thomas Reuter

„Die deutschen Stellen sagen sich wohl: Ob es Terroristen sind, wissen wir nicht. Aber wenn es Terroristen sind, dann sind sie in Israel gut aufgehoben.“ („Stern“, 23.8.79)

So kommentiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Tüsing die Tatsache, daß seit 1976 die beiden Westdeutschen Brigitte Schulz und Thomas Reuter (25 und 26 Jahre alt) in Israel gefangen gehalten werden, brutalster Folter ausgesetzt waren (und sind), ihnen seit zwei Jahren ein geheimer Vorprozeß vor dem Militärgericht gemacht wird und die Bundesregierung keinen Finger rührt, um ihre sofortige Freilassung zu erreichen.

1976 im Januar verschleppte der Israelische Geheimdienst Brigitte und Thomas von Nairobi nach Israel. Offizielle Begründung laut „Spiegel“ vom 28.5.79: „Die beiden Deutschen sowie drei Araber seien im Januar

1976 „außerhalb Israels“ gefaßt worden, als sie im Auftrag der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) planten, eine EL-AL-Boing mit 100 Insassen im Landeflug unter Raketenbeschuß zu nehmen.“ Monatlang wurden sie gefoltert: „Mich verprügelten sie, steckten mir brennende Zigaretten in die Nase, stachen mit langen Nadeln in meinen Rücken und ballerten meinen Kopf so gegen die Wand, daß ich eine Gehirnerschütterung hatte“, schreibt Brigitte in Aufzeichnungen, die dem Stern vorliegen (Stern 23.8.79). Monatlang waren sie dem „Hooding“ ausgesetzt: „Dem Delinquenten wird der Kopf bis zum Nacken in einen feingewebten dunkelfarbenen Sack eingeschlossen“ – ständig, außer bei der Vernehmung selbst“ („Spiegel“ 28.5.79). Diese Folter führt zu einem völligen Orientierungsverlust, die Qual soll Geständnisse erzwingen.

Brigitte Schulz hat unter dieser Folter ein Geständnis unterschrieben, es jedoch gleich zu Beginn des Geheimprozesses als erpresstes Geständnis bezeichnet und widerrufen. Die Bundesregierung hat laut „Spiegel“ vom 28.5.79 an die 14-mal (andere Quellen: 18 bis 20-mal) auf allerhöchster Ebene mit Israels Verantwortlichen „konferiert“. Herausgekommen ist allerdings nichts. Höhnisch weigert sich der „freihellichste Staat, den es für die Deutschen je gegeben hat“, auf eine Auslieferung zu dringen: „Eine Auslieferung könne man nicht fordern, weil gegen die beiden in Deutschland kein Haftbefehl vorliegt“ („Stern“ 23.8.79). Allerdings habe man ein „rechtsstaatliches Verfahren“ gefordert, wurde der „Neuen“ vom Bonner Außenministerium auf Anfrage mitgeteilt („Die Neue“ 17.8.79). Bei diesen „from-

men Wünschen“ wird es allerdings auch bleiben, wenn der Druck der Öffentlichkeit (auch der linken) in der Bundesrepublik nicht erheblich zunimmt.

Daß die Einschätzung der skandalösen Haltung der Bundesregierung durch Klaus Tüsing den Nagel auf den Kopf trifft, „beweisen“ die Praxis der Todesschüsse, die „Selbstmorde“ in Stammheim und Stadelheim, die menschenverachtenden Haftbedingungen in der BRD selbst und nicht zuletzt auch die Praxis der „rechtsstaatlichen Verfahren“ in diesem Land. Vor dem Kölner Landgericht läuft seit September 1977 (!) ein Verfahren der Eltern von Brigitte Schulz, das diese in ihrem Namen angestrengt haben, um die Bundesregierung zu einer Freilassungsforderung zu zwingen. Auch das Engagement von Amnesty International für Brigitte Schulz und Thomas

Reuter und die drei mit ihnen angeklagten Palästinenser hat bisher weder das Kölner Landgericht zu einer schnelleren Entscheidung, geschweige denn die Bundesregierung zu einer Freilassungsforderung bringen können.

Daß eine Freilassung möglich ist, hat ausgerechnet die USA vorge-macht, die eine Haftentlassung der Amerikanerin Terre Fleener erzwirkte, die in Israel von einem Militärgericht wegen angeblicher Spionage für eine palästinensische Organisation zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt und nach 20-monatiger Haft entlassen wurde (nach TAZ vom 28.8.79).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Günter Sonnenberg in den Normalvollzug!

Günter Sonnenberg – in einem skandalösen Verfahren wegen versuchten Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt – sitzt seit zwei Jahren in Isolationshaft (in Hohenasperg). Bekanntlich führt diese lang andauernde Isolation bei den Gefangenen zu schweren Krankheiten, die wie bei Werner Hoppe sogar lebensgefährlich werden können. Bei Sonnenberg verschärft sich diese Situation noch durch eine Gehirnverletzung, verursacht durch eine Polizeikugel bei seiner Verhaftung.

Alle Ärzte, die Sonnenberg behandeln, haben festgestellt, daß zu einer Besserung seines Gesundheitszustandes der Kontakt zu anderen Gefangenen absolut notwendig ist. „Bei der relativen Isolierung, in der sich Sonnenberg ... befindet, muß ... in der

Tat mit einer Verschlechterung seiner bereits erreichten Leistungen gerechnet werden, und zusätzlich müßte man davon ausgehen, daß der Zeitraum, in dem weitere Besserungen möglich sind und gemeinlich stattfinden, das heißt in den ersten zwei bis drei Jahren nach der Verletzung, nicht genutzt werden kann, so daß Herr Sonnenberg durch die letztere Tatsache allein auch gesundheitlich geschädigt werden kann.“ (Prof. Wulff, 21.2.1979). Trotzdem sitzt Sonnenberg weiterhin in Isolationshaft, daß heißt, er ist 23 Stunden am Tag in einer Spezialzelle in der chirurgischen Abteilung allein, nur eine halbe Stunde Hofgang mit Mitgefangenen, einmal die Woche Gottesdienst und zwei Stunden Sport. Dazu Prof. Drießen: „Unter Rehabilitie-

rung eines Hirnverletzten verstehe ich nicht eine halbe Stunde Tischtennis in der Woche mit einem Mitgefangenen und auch nicht eine mehr oder weniger intelligente Unterhaltung bei einem sogenannten Zusammenschluß. Gefragt, würde ich mir dazu etwas Besseres einfallen lassen.“ (Prof. Drießen, 19.2.79).

Nach dem letzten Hungerstreik, an dem Sonnenberg sich beteiligte, hatte zwar Justizminister Dr. Eyrich ihm im März dieses Jahres zugesichert, daß er in den Normalvollzug könnte, geschehen ist aber bis heute nichts! Im Gegenteil: Sonnenberg wurde von allen Gemeinschaftsveranstaltungen weiter ausgeschlossen, seine Zelle ist von zwei schwerbewaffneten Bullen bewacht. Im Mai 1979 wurde ein Umschluß mit anderen Gefangenen

und die Verlegung auf eine Gemeinschaftszelle vom Justizministerium verboten.

Die Haftsituation Sonnenbergs spricht allen medizinischen Erfordernissen Hohn – abgesehen einmal davon, daß ersichtlich ist, welche Bedeutung den Zusagen des Justizministeriums auf Normalvollzug beizumessen ist. Damit Sonnenberg wieder auf den Stand seiner früheren psychischen und intellektuellen Fähigkeiten kommt, muß er wenigstens in den Normalvollzug!

(Nach einem Schreiben von Rechtsanwalt Heinisch vom 17.8.79)

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB

Werner Schlegel Symptom

Du mußt aufpassen, sage ich zu Karl K., der neben mir an der Wand lehnt und selbstvergessen vor sich hinsummt, damit du nicht krank wirst!

Wieso? fragt Karl K., sein Summen unterbrechend, ich fühle mich blendend, fast könnte man sagen: sauwohl!

Mein Blick wandert über die schmutzgraue Knasthofmauer, streift kurz die vergritterten Totenkopfaugenhöhlen, schändlicherweise Zellenfenster genannt, und bleibt an einigen müde im Kreis trottelnden Mitgefangenen hängen.

Eben, sage ich, eben, Karl!

Polizisten haben immer Recht oder „Sachlichkeit“ kontra „Emotionen“

Das Amtsgericht Würzburg verurteilte Anfang August 1979 zwei KBWler im Zusammenhang mit Vorfällen um einen angeblich nicht genehmigten Infostand des KBW am 22.7.78 zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung: Ein 27-jähriger Student erhielt wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung von Polizeibeamten in zwei Fällen“ eine viermonatige Haftstrafe, ein Diplompsychologe wurde „nur“ wegen „Widerstandes“ zu zwei Monaten Knast verurteilt. Ein mitangeklagter Diplomphysiker der Uni Würzburg, der rein zufällig zu dem Geschehen am 22.7.78 kam und den „überfallartigen Polizeieinsatz“ fotografiert hatte, wurde wegen „Widerstandes“ gegen seine Verhaftung zu DM 5.000 Geldstrafe verurteilt.

Was war damals geschehen? Am frühen Nachmittag des 22.7.78 hatten KBW-Mitglieder in der Würzburger Innenstadt einen Infostand aufgebaut, um Unterschriften für die Teilnahme des KBW an den Landtagswahlen in Bayern im Oktober 1978 zu sammeln, ein Recht, das, grundgesetzlich verankert, jeder Partei bzw. Wählergruppe zusteht. Um sich in dem Innenstadtlärm verständlich machen zu können, setzten die KBWler ein Megaphon ein. Das nahm die Polizei zum Anlaß ihres Eingreifens.

Zunächst versuchte ein Polizist die Personalien eines KBWlers festzustellen, was ihm allerdings nicht gelang. Daraufhin forderte er Verstärkung an. Die herbeigerufenen Polizisten wendeten nun den berüchtigten „unmittelbaren Zwang“ an, auf gut deutsch, sie schlugen „relativ unvermittelt“ (Zeuge) mit Gummiknüppeln auf die sich nicht wehrenden KBWler ein und schleppten die am Boden liegenden zu ihren Einsatzfahrzeugen. Im Verlauf dieser Aktion sollen auch vier Uniformierte verletzt worden sein, wie der Pressesprecher der Polizei, E. Pfülb, anklagend feststellte.

Dieser brutale Einsatz wurde zufällig von einem unbeteiligten Passanten, der gerade aus einem Fotogeschäft kam, mit der Kamera festgehalten. Nach Zeugenaussagen wurde daraufhin auf ihn eine wahre „Hetzjagd“ veranstaltet: „Vier bis fünf Polizisten stürzten sich wie wild auf ihn, zerrten ihn herum und versuchten mit Gewalt seine Kamera zu entreißen. Wiederholte Aufforderungen des Betroffenen, sich vor ihm auszuweisen, wurden kaltschnäuzig überhört“ (Zeuge). Er wurde festgenommen und bekam als Dreingabe im Einsatzfahrzeug noch einen Handkantenschlag auf die Nase, was ihm

einen Nasenbeinbruch einbrachte.

In der Gerichtsverhandlung wurden nun die Aussagen der Beamten als „glaubwürdig“ hingestellt, während die Zeugenaussagen durchweg diffamiert wurden. Richter Stigler behauptete rotzfrech, „so emotionsgefärbte Darstellungen (der Zeugen, d.V.) können sachliche Schilderungen von Polizeibeamten nicht erschüttern.“ Er testierte den Zeugen darüber hinaus eine „beschränkte Erinnerung“, in der sich Sympathien für die KBWler und eine Ablehnung des „Tätigwerden(s) der sich gegen Widerstand wehrenden (??) Polizeibeamten“ ausdrückte. Als Gipfel der Unverschämtheit ist schließlich seine „Begründung“ dieses Verhaltens zu werten, wenn er ausdrückt, daß man diese „beschränkte Erinnerung“ nun einmal „bei Teilen der Bevölkerung an(treffe), die dem Staat, wenn es

um die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten geht, mehr als nur kritisch gegenübersteht, gleichzeitig aber dessen Vorteile und Leistungen als Selbstverständlichkeit beanspruchen.“ Ein Kritiker dieses Staates und/bzw. seiner Methoden ist für Stigler nicht nur ein notorischer Lügner, ihm müßten im Grunde, da er sich nicht „loyal“ verhält, die Lebensgrundlagen („Vorteile“ und „Leistungen“) entzogen werden.

Geradezu im Geiste der Volksgemeinschaftsideologie war auch die Begründung des Richters für die ohne Bewährung verhängten Freiheitsstrafen. Er meinte, wenn es hier Bewährung gäbe, wäre „die Rechts-treue der arbeitenden Bevölkerung (...) empfindlich erschüttert.“ (...) Kleinste Grüppchen, die sich selbst das Etikett „Masse der Bevölkerung“ verpaßten, dürften nicht ungestraft eine

Freiheit mißbrauchen, der sie feindlich gegenüberstehen.“ Selbst die Wahrnehmung von Grundrechten fällt also unter das Verdikt solcher Rechtsprechung. Die Tatsache, daß die „arbeitende Bevölkerung“ im großen und ganzen „Ruhe und Ordnung“ hält, wird als Argument gegen Gruppen verwendet, die diese „öffentliche Ordnung“ dadurch „mißbrauchen“, daß sie das Grundrecht der freien politischen Betätigung in Anspruch nehmen wollen.

Die Verurteilung des unbeteiligten Uni-Angestellten wurde nicht mit seinen fotografischen (Un-)Taten begründet, sondern allein aufgrund von „Widerstandshandlungen“. Man/frau muß sich das mal vorstellen, ein Unbeteiligter wird von fünf Polizisten zusammengeschlagen, gefesselt und verletzt. Er erstattet daraufhin Anzeige wegen Körperverletzung und als Revanche dafür bekommt er eine Anzeige wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“, ein Vorgang, den der Anwalt des Betroffenen so kommentierte: „Wer Gegenanzeige erstattet, wird üblicherweise wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt.“ Ein Oberbulle behauptete, das „Recht der Beamten am eigenen Bild“ sei verletzt worden. Dem hielt ein Anwalt richtig entgegen: „Bei Polizisten im Einsatz geht nach ständiger Rechtsprechung das Recht am eigenen Bild unter, das öffentliche Interesse überwiegt.“

Der Kommentar des Polizeisprechers zu diesen Vorfällen spiegelt den ganzen Zynismus und die Brutalität des Einsatzes wider: „Wo gehobelt wird, fallen Späne“ und: „Es ist den Polizeibeamten nicht zuzumuten, daß er in einem solchen Einsatz zwi-

schen Beteiligten und Außenstehenden unterscheidet.“ Kein Wunder, wird doch den Polizisten durch das (in Bayern schon in Kraft befindliche) neue „Polizeiaufgabengesetz“ (PAG) ein „Persilschein“ ausgestellt.

Hier wurde im kleinen schon praktiziert, was u.a. im neuen Demonstrationsrecht verankert ist: Demnach braucht die Polizei nicht mehr zwischen „gewalttätigen“ Demonstranten und anderen, Unbeteiligten zu unterscheiden, ihr wird erlaubt, z.B. wahllos in die Menge zu ballern. Analogien sind gewollt!

Dieses Vorgehen gegen den KBW steht in einer Reihe mit den Einschränkungen des Informationsrechtes durch die öffentlichen Institutionen und Behörden in Würzburg – und nicht nur hier – (Büchertischverkauf an der Uni, Zeitungsverkaufverbot im Unibereich, Stelltafelverbot in der Innenstadt etc.), die z.B. die Bildung von Diskussionsgruppen bei Infoständen bereits als „verbotene Kundgebung“ deklarieren und strafrechtlich verfolgen.

In einer Stellungnahme zu diesem Urteil hat die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) die Tatsache kritisiert, daß diese Freiheitsstrafen nicht zur Bewährung ausgesetzt wurden. Sie verweist darauf, daß Freiheitsstrafen unter sechs Monaten nur in Ausnahmefällen verhängt werden sollen und hält diese Urteile – z.B. im Vergleich mit einer Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung – für „weit überzogen“.

(Angaben nach „Mainpost“ vom 25.7.78, 11.8.79; 21.8.79, „pupille“ August 78 und Zeugenaussagen)

KB-Sympathisanten Würzburg

SPD-Schleswig-Holstein: Chemische Keule verbieten!

Offenbar durch einen Beschluß der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft angeregt, hat die SPD-Landtagsfraktion, namentlich Gert Börsen, einen erneuten Vorstoß in Richtung Verbot der Chemischen Keule unternommen.

Noch vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein zog die SPD dagegen zu Felde, daß die Chemische Keule, deren Kampfgas bereits nach dem 1. Weltkrieg von der UNO verurteilt wurde, nicht nur gegen Demonstranten im Freien, sondern sogar gegen unbequeme Gefangene in Strafvollzugsanstalten angewendet wird. Schließlich war im Landtag der Antrag gestellt worden, chemical mace nur noch in Fällen von Notwehr

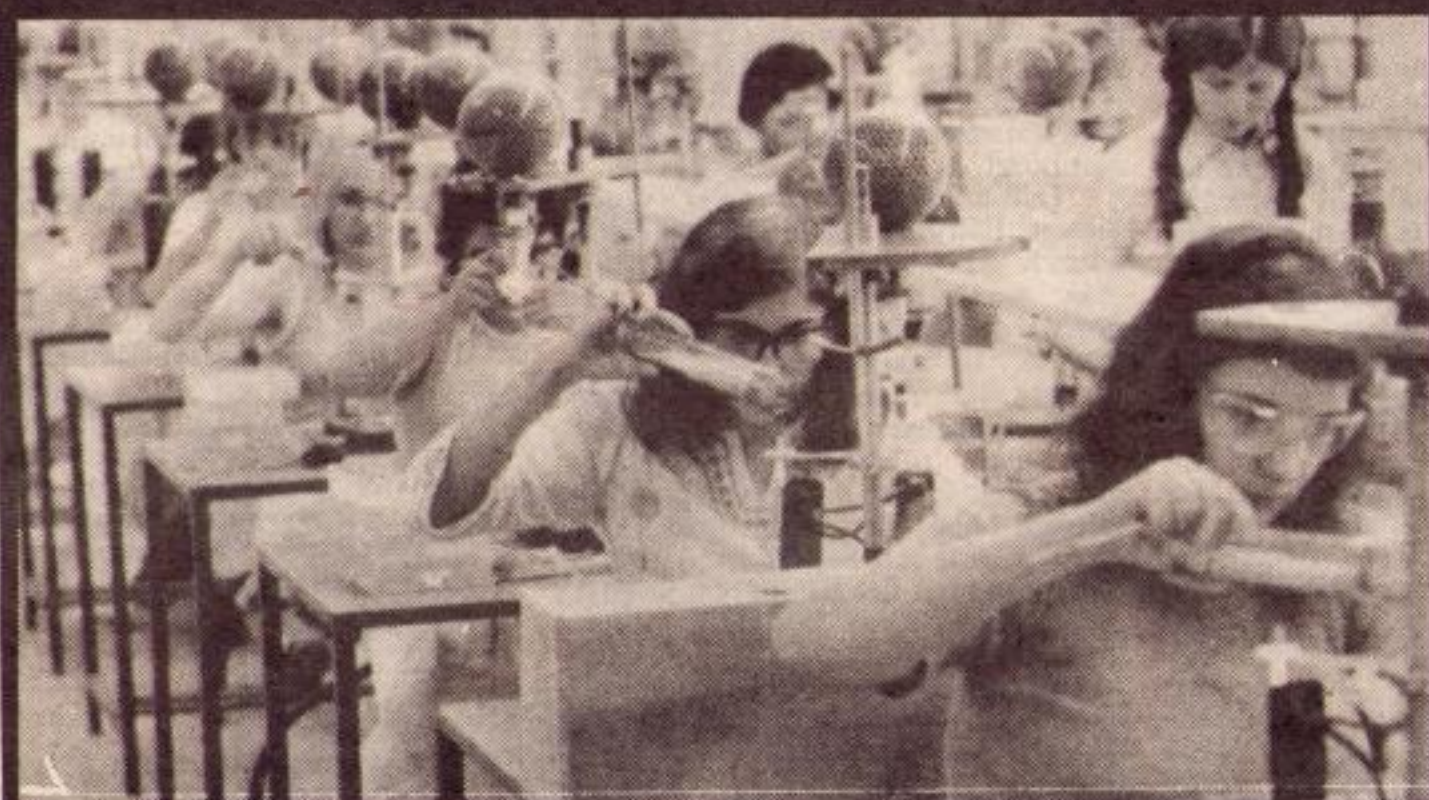
und Nothilfe einzusetzen. Auch das war an der CDU-Landesregierung gescheitert.

Die SPD-Fraktion im Hamburger Senat beschloß kürzlich, „die Chemische Keule nicht einzusetzen, bevor nicht weitere wissenschaftliche Untersuchungen im Hamburger Strafvollzug abgeschlossen sind“ (aus „Flensburger Tageblatt“ vom 30.7.79). Als bedürfe es da noch irgendwelcher neuer Erkenntnisse! Sollte der Hamburger SPD-Senat sich nicht zu einem Verbot durchringen, stehen die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, wie man so sagt, im Hemd da.

KB/Gruppe Flensburg



Betrieb und Gewerkschaft



Diskussion um „kommunistische Unterwanderung“ des DGB Der Konflikt spitzt sich weiter zu

Göttinger Jusos greifen ihren Bundesvorsitzenden an

Mit dem 9-Punkte-Papier zur Gewerkschaftspolitik (siehe AK 159) hat der Juso-Bundesvorstand einen Vorstoß unternommen, den Auftrag der Parteioberen und sozialdemokratischen DGB-Führer in die Tat umzusetzen: Stärkeres Engagement der Jusos in der Gewerkschaftsjugend und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, um die Einflußbereiche von DKP/SDAJ zurückzudrängen und eine engere Bindung an die SPD zu erreichen. Nachdem der Stamokap-Vertreter im Juso-

ding an die SPD zu erreichen. Nachdem der Stamokap-Vertreter im Juso-Bundesvorstand bereits gegen das Papier protestierte, haben sich jetzt auch die Göttinger Jusos zu Wort gemeldet. Anlaß ist für sie, daß der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder als Hauptvertreter der neun Punkte ihrer Ansicht nach seine ehemaligen Positionen „verrät“ hat. Schröder gehörte noch bis vor kurzem dem „Göttinger Kreis“ an, der sich als „marxistischer Flügel“ der Jusos versteht. In einem offenen Brief an Schröder (abgedruckt in der „FR“ vom 22.8.) erklären sie das 9-Punkte-Papier für „gewerkschaftsfeindlich“, da es eine Fraktionsarbeit der Jusos in den Gewerkschaften propagiere und „das Bestehen der Einheitsgewerkschaft gefährden wird“. Sie sehen das Papier im Zusammenhang mit Peter von Oertzens (SPD-Vorstand) Angriffen auf Wolfgang Abendroth, den Angriffen auf die SPD-Stamokaps und die DKP/SDAJ. Dabei wird dem Juso-Bundesvorstand vorgeworfen: „Ihr versucht euch nicht genehme politische Richtungen ... durch eine Tendenz der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus dem demokratischen Spektrum zu drängen“.

Schröder, der eine „Politik eines prinzipiellen Rechtsschwenks“ vollziehe, wird aufgefordert, sein „vom Göttinger Kreis erteiltes Mandat als Mitherausgeber des „Sozialist“ niederzulegen“.

Detlef Hensche: „Die Legende von der ‚kommunistischen Unterwanderung‘“

Die August-Ausgabe des DGB-Theorie-Organ „Gewerkschaftliche Monatshefte“ widmet einen ausführlichen Teil der Diskussion um die „kommunistische Unterwanderung“ des DGB. Prof. Fritz Vilmar, zunehmend in die rechte Sozialdemokratie „kommunistische Unterwanderung“ des DGB. Prof. Fritz Vilmar, zunehmend in die rechte Sozialdemokratie abdriftender Gewerkschaftstheoretiker, leistet mit einem Beitrag über die „Politische Unwahrhaftigkeit der DKP-Programme“ einen neuen Baustein für einen möglichen Unvereinbarkeitsbeschuß gegen die DKP im DGB. Vilmar: Die politische Programmatik der DKP bringe „alle (meist durchaus gutgläubige) DKP-Anhänger in eine Nähe zum sozialistischen Diktatorssystem und in eine zwielichtige Haltung zur Demokratie, die sie und die Organisationen, in denen sie Funktionen ausüben, völlig unglaublich, ja verfassungsfeindlich erscheinen lassen“ („GMH“, 8/79).

Der sozialdemokratische Geschichtswissenschaftler Prof. Hermann Weber wird bemüht, die „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ kommunistischer Politik am Beispiel der RGO und der Entwicklung des FDGB der DDR nachzuweisen.

Immerhin kommen auch andere Stimmen zu Wort. Frank Deppe, Mitautor des als „partei-kommunistische Geschichtsschreibung“ heftig attackierten Buches „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“

nimmt noch einmal zu der Auseinandersetzung Stellung.

Schließlich äußert sich das Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, zur antikommunistischen Kampagne im DGB. Hensche beginnt seinen Beitrag: „Ein Gespenst geht um im DGB. Das Gespenst der kommunistischen Unterwanderung“. Er sieht dabei einen schwarzen Faden von der Diskussion um die Gewerkschaftsjugend und das „Oberurseler Papier“, um das Gewerkschaftsgeschichtsbuch und den Übertritt von Sekretären der Gewerkschaft HBV zur DAG wegen „pro-kommunistischer Einflüsse“ in der UDV. Hensche sieht diese Diskussion schaft HBV zur DAG wegen „pro-kommunistischer Einflüsse“ in der HBV. Hensche sieht diese Diskussion als „Beginn einer neuen Welle des Antikommunismus“ im Zusammenhang mit der „allgemeinen ökonomischen und politischen Entwicklung der jüngsten Zeit“, die in die Gewerkschaften hineinwirke. Ausgehend von einer „zunehmenden Polarisierung“ zwischen Unternehmern und Arbeitern und Angestellten — er erwähnt „Tabu-Katalog“, zunehmende Streiks und Aussperrungen im letzten Jahr, „Reformstopp auf politischem Feld“ — stellt er in den Gewerkschaften eine „Kritik der Sozialpartnerschaft“ fest: „Das abgelaufene Jahr 1978, mit insgesamt fünf Streiks ist das Ergebnis dieses Konfrontationskurses der Unternehmer und des zwangsläufig wachsenden Widerstandes willens der Gewerkschaften“. Hinzu komme, „Ernüchterung“ über die Bundesregierung und „kritische Distanz“ verleiht sogar Verdrossenheit im Verhältnis zur SPD: „Das Ende der Reformpolitik, ja das punktuelle Zurückweichen der Bundesregierung vor den Interessen großer Unternehmen und ihrer Verbände haben deutlich gemacht, daß auch die Handlungsfrei-

heit staatlicher Instanzen begrenzt ist. Dies hat zugleich die Notwendigkeit hervortreten lassen, sich stärker auf die eigene Kraft zu besinnen“. Dies führe auch in den Gewerkschaften zu Konflikten um den zukünftigen Kurs zwischen Konfrontation und Festhalten an der „Sozialpartnerschaft“.

In dieser Situation gebe es „verstärkte ideologische Angriffe der Unternehmer“. „Die Aussicht, in den nächsten Jahren in Ruhe, unbehelligt von Gegenwehr, weiter, und zwar beschleunigt rationalisieren zu können, erscheint gefährdet. Daher verstärken sich die Angriffe auf die Gewerkschaften“. „Ein wesentliches Mittel im ideologischen Kampf ... war und ist der Anti-Kommunismus. Wie in der Vergangenheit gilt auch heute: Die Zielscheibe des Anti-Kommunismus sind nicht allein die Kommunisten“. Zielscheiben sind auch „ein kritisches Potential in den Gewerkschaften; das ist der Wille zur gewerkschaftlichen Gegenwehr; das ist die Konfliktbereitschaft; das ist die Offenheit, Grundsatzzentscheidungen der gegebenen Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen“.

Bei der innergewerkschaftlichen Diskussion um „kommunistische Unterwanderung“ gibt es zu bedenken, daß sie „sich auf Feldern bewegt, die eher am Rande der gewerkschaftlichen Politik angesiedelt sind“ und bei denen „die zentralen Fragen der Gewerkschaftsarbeit ... offensichtlich keine Rolle“ spielen. Hensche warnt daher vor einem neuen Anti-Kommunismus-Welle in den Gewerkschaften, die Unternehmer „schlachten die jüngste interne Diskussion für ihre Zwecke aus“ (alle Zitate aus: „GMH“, 8/79).

Ein Diskussionsbeitrag, der für einen DGB-Gewerkschaftsführer nicht

üblich ist. Wir dürfen auf die Reaktionen gespannt sein.

Diskussion auch in der GEW

Heftige Kritik hatte es in der GEW an stark antikommunistischen Beiträgen von Gerhard Beier und Peter von Oertzen gegen das Buch zur Gewerkschaftsgeschichte gegeben (abgedruckt in „Erziehung und Wissenschaft“ 6/78). In der August-Ausgabe mußte die Redaktion der „Erziehung und Wissenschaft“ nun den Autoren des Buches Gelegenheit zu einer zweiseitigen Gegendarstellung geben.

Und ein Nachtrag

Mit etwas Verspätung ist uns noch ein

Und ein Nachtrag

Mit etwas Verspätung ist uns noch ein Beitrag in die Hände gekommen. Abgedruckt in der „einheit“ 12/79 vom 15.6. nimmt Herbert Ehrenberg Stellung. Ehrenberg, SPD-Bundestagsabgeordneter und als Arbeitsminister verantwortlich für den zunehmenden Abbau sozialer Leistungen, wählt nicht umsonst das Organ der IG Bergbau für seine Zuschrift. Als erstes bekommt „einheit“—Chefredakteur Niggemeier Lob für seine „Warnung“, daß „freie und demokratische Gewerkschaften niemals als ‚Kerntrupp des deutschen Industrie-proletariats‘ für den Sieg der ‚kommunistischen Vorhut‘ ... mißbraucht werden dürfen. Diese Aufklärung der IG Bergbau sei „verdienstvoll und notwendig“, denn es „sind auch alle Versuche der DKP, die demokratischen Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu unterwandern, bereits in ihren Anfängen ernsthaft und mit altem Nachdruck zu bekämpfen“. Er weiß, wovon er redet, schließlich haben er und seine sozialdemokratischen Regierungsfreunde noch viel Abbau sozialer Leistungen vor sich. Hilfe von Niggemeier und Co. ist erwünscht.

2. Runde im Prozeß gegen ÖTV-Kollegen

Norbert Cobabus
Gärtnerweg 7
6 Frankfurt 1

Frankfurt, den 28.8.1979

Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!

In dem Gerichtsverfahren, das der ÖTV-Hauptvorstand in diesem Frühjahr gegen die sieben gewählten aber nicht bestätigten und mit einem Ausschlußantrag aus der ÖTV bedachten Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek eingeleitet hat, ist eine neue Phase eingetreten:

Am 10. Oktober 1979, um 10.00 Uhr findet vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, Urbanstraße 18 (I. Stockwerk, Raum II)

die mündliche Verhandlung in der von der ÖTV angestrebten Berufung statt. Das erstinstanzliche Verfahren vor dem Landgericht Stuttgart hatte der ÖTV-Hauptvorstand verloren. Die mündliche Verhandlung ist öffentlich.

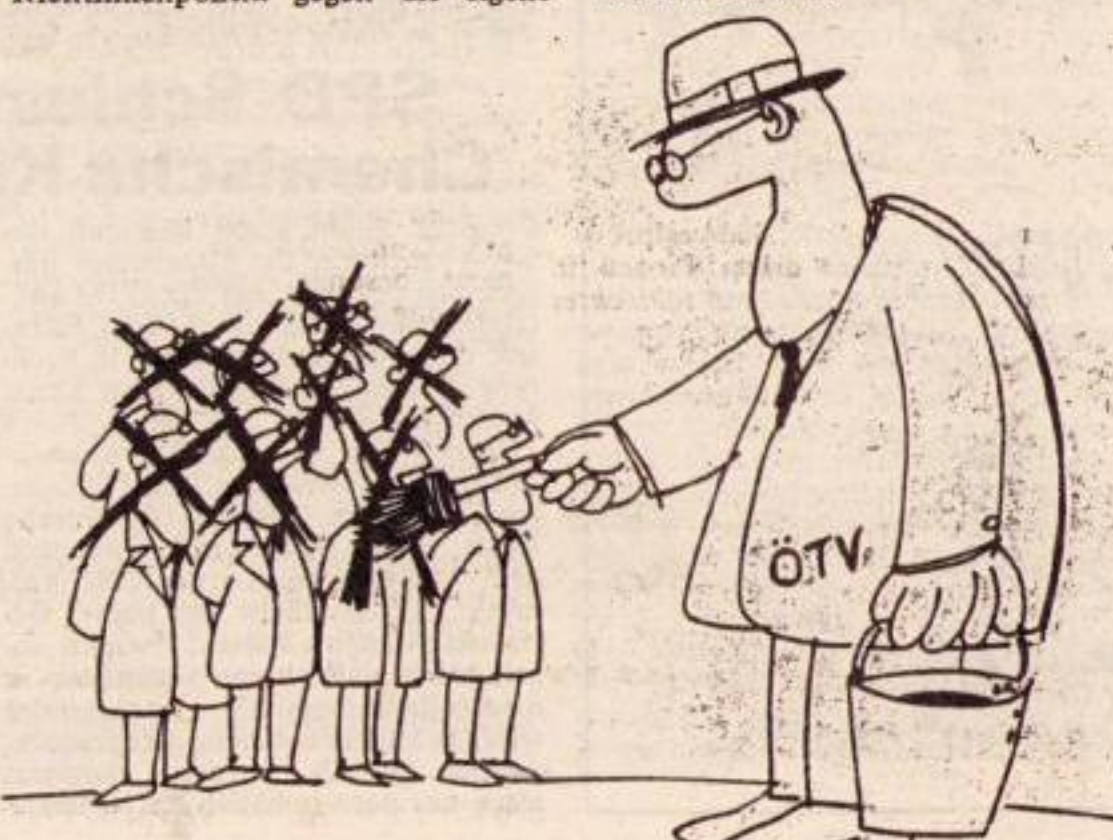
Über die für alle DGB-Gewerkschaften wichtige Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie hinaus, inwieweit „einfache“ Mitglieder überhaupt Rechte haben und inwieweit Untergliederungen in ihrem Namen innerhalb und außerhalb ihrer Gewerkschaft Aussagen machen dürfen, steht in dieser zweiten - von

der ÖTV angestrebten Verhandlungsrunde - sehr viel gewerkschafts- und gesellschaftspolitischer Inhalt zur Diskussion. Denn wir konfrontieren in unserem Gegenschrittsatz das Gericht damit, daß die ÖTV (und andere Gewerkschaften) verfahren da nicht anders) zum einen in ihrem Verhalten gegen das Grundgesetz verstößt und zum anderen der geschäftsführende Hauptvorstand in seiner Richtlinienpolitik gegen die eigene

Satzung verstößt!

Angeht diesen hohen allgemeinen politischen Stellenwertes des Verfahrens (immerhin hat der Verlierer zwischen 10.000 DM und 15.000 DM zu bezahlen) rufen wir Euch auf, dieser mündlichen Verhandlung beizuwohnen und darüber in der Öffentlichkeit zu berichten.

Mit besten Grüßen
Norbert Cobabus



IGM-Vorstand läßt französische Gewerkschafter abblitzen

Als die „Norway“ aus Le Havre in Frankreich kommend bei der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven eintraf, war auch eine Delegation der französischen Gewerkschaft CGT mit dabei. Die französischen Werft- und Hafenarbeiter hatten einige Zeit das Auslaufen des Schiffes verhindert, um durchzusetzen, daß zumindest ein Teil der Umbauarbeiten auf einer französischen Werft abgewickelt wird.

Zum Grund des Besuchs sagte der CGT-Sekretär Johannes Galland: „Wir wollen hier in Bremerhaven verständlich machen, daß für uns das Problem der Sicherheit der Arbeitsplätze in der Werftindustrie ein internationales Problem ist. Es kann nicht dadurch gelöst werden, daß man die Arbeiter verschiedener Länder in Konkurrenz zueinander bringt“ (Neue, 24.8.79).

Galland sprach dann den Wunsch aus, mit dem DGB ins Gespräch zu kommen, insbesondere auch über den Aufnahmeantrag der CGT in den Europäischen Gewerkschaftsbund.

Das IGM-Vorstandsmitglied Mayr lehnte das arrogant ab. Er sähe keine Veranlassung zu Kontakten weder auf der lokalen noch auf übergeordneter Ebene. Die Entscheidung über die Auftragsvergabe liege beim Reeder. Die IG-Metall würde auch nicht protestieren, wenn das Schiff von Bremerhaven nach Le Havre überstellt worden wäre, und die „kommunistische CGT“ hätte sicherlich nicht protestiert, wenn der Auftrag nach Polen gegangen wäre. So sieht für die Sozialdemokratie konkret das „Europa der Arbeitnehmer“ aus.

Ein Grund, warum der Umbauftrag an eine BRD-Werft erteilt wurde, soll im Verhalten der BRD-Gewerkschaften liegen. So berichtete der „France Soir“, daß ein Sprecher der Hapag-Lloyd-Werft erklärt habe: „In schwierigen Momenten haben uns die Gewerkschaften noch nie im Stich gelassen, so seien die Bremer Werftarbeiter damit einverstanden, in den nächsten Monaten zahllose Überstunden zu machen, damit der Umbau der „Norway“ fristgerecht in 32 Wochen über die Bühne geht“ (nach „Hamburger Abendblatt“, 23.8.).

Unternehmer machen Jagd auf kranke Arbeiter

„Die Jagd auf kranke Arbeitnehmer ist in Baden-Württemberg in ein bedrohliches Stadium getreten“ („Handelsblatt“, 15.8.79).

So schätzt Edgar Schmidt von der Stuttgarter IG-Metall-Betriebsleitung die gegenwärtige Situation in der Metallindustrie, vor allem im Raum Stuttgart, ein. Er wirft den Unternehmern vor, die Betriebe gezielt nach Kranken zu durchkämmen und ihnen zu kündigen.

Nach den Unterlagen des DGB resultieren bereits 40% aller Kündigungs-schutzklagen aus diesem „Durchkämmen“ der Betriebe.

Die Arbeit macht immer mehr krank

Die Zunahme der Krankheitskündigungen ist eine Folge der Rationalisierung speziell seit Mitte der 60er Jahre. Seitdem ist der Gesundheitszustand der Industriearbeiter schlechter geworden und die Lebenserwartung sinkt.

Eine Umfrage der IG-Metall-Betriebsleitung Stuttgart erbrachte: 71,8 Prozent der Arbeiter und Angestellten bestätigen, daß der Leistungsdruck am Arbeitsplatz in den letzten Jahren zugenommen hat, 40,5 % fühlen sich „angeschlagen“ bis „krank“, aber nur 38,8% meinen, sie seien gesund („Welt der Arbeit“, 23.8.79).

„Sozialgespräche“ sollen Kündigung absichern

Angeleitet vom Verband der Metallindustrie (VMI), der vor Jahresfrist das Rundschreiben 44/78 an seine Mitglieder versandte, wurden unter dem Titel „Sozialgespräche“ den Unternehmern mögliche Maßnahmen und Methoden zur Senkung des Krankenstandes angeboten.

In diesen Gesprächen erwecken die Unternehmens-Vertreter den Eindruck, als seien sie um die Gesundheit des Kollegen besorgt. Tatsächlich geht es aber darum, die Kollegen einzuschüchtern, damit sich diese zukünftig weniger krankschreiben lassen.

Nach der IG-Metall-Umfrage befürchtet jeder dritte Beschäftigte in der Metallindustrie Baden-Württembergs Nachteile im Betrieb, wenn der Arzt ihn krankschreibt. Der Zweck dieser Gespräche ist außerdem, durch geschickte Fragestellungen – z.B., ob der Kollege auch in Zukunft häufiger fehlen werde – Hinweise zu erhalten, um eine Kündigung wegen zu vieler „gesundheitlicher Vorfälle“ zu erwirken. Der Kollege auch in Zukunft häufiger fehlen werde – Hinweise zu erhalten, um eine Kündigung wegen zu vieler Fehlzeiten „arbeitsrechtlich einwandfrei“ abwickeln zu können.

Ein weiterer Grund für die steigende Tendenz der Krankheitskündigungen hängt mit dem Arbeitsrecht zusammen. Bedingt dadurch werden bei Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen immer häufiger personenbedingte Gründe vorgeschoben. Die Unternehmer unterlaufen so das Erbringen des Nachweises, daß wirtschaftliche Gründe eine Kündigung rechtfertigen. Außerdem bewirkt dies eine Individualisierung des Problems mit der Folge der Entsolidarisierung der Betroffenen.

Tübinger Facharbeiterin gekündigt, weil sie eine Frau ist

Die 21jährige Ulrike S. hatte im April dieses Jahres eine Stelle als Mechanikerin bei der Firma Möck, Verzinkei und Röhrenfabrik, angetreten. Zuvor arbeitete sie – nachdem sie erfolgreich die Facharbeiterprüfung abgelegt hatte – ein Jahr lang Akkord im Himmelwerk bei Tübingen. Bei Möck, in ihrer Abteilung Werkzeugbau und Maschinenreparatur, waren alle sehr zufrieden mit ihr. Ihr Meister setzte sich sogar dafür ein, ihr während der Probezeit mehr Geld zu geben. Völlig überraschend jedoch wurde ihr im Juni die Kündigung ausgesprochen. In dem Schreiben hieß es, daß eine Arbeit als Mechanikerin in dieser Firma „für ein Mädchen“ zu schwer sei und man daher noch innerhalb der Probezeit kündigen wolle. Dies, obwohl während der ganzen Zeit ihre Arbeit nie beanstandet wurde, im Gegenteil: „Die S. hat immer gut geschafft, hat's genauso geschafft wie die anderen; da haben die Männer oft gestaunt“ (so die Vorsitzende des IG-Metall-Frauenausschusses, Frau Vowe, ehemalige „Himmel“-Kollegin). Die Betroffene selbst: „Die Arbeit ist mir absolut nicht schwer gefallen“. Ausgesprochen schwere körperliche Arbeiten fielen im übrigen dort, wo sie tätig war, gar nicht an. Selbst im Entlassungszeugnis der Firma wurde ihr bestätigt, daß sie „die ihr übertragenen Arbeiten (...) stets zur vollsten Zu-

Ärzte sollen unter Druck gesetzt werden

Bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) wurde jetzt durch ein zufällig gefundenes Protokoll der Gesellschafterversammlung bekannt, daß mit Vertretern der AOK über Ärzte gesprochen wurde, die nach Meinung der HAW allzu „großzügig“ krankschreiben. Der Vertreter der AOK stellte eine „gewisse Hilfestellung“ in Aussicht.

Gleichzeitig wurde eine Liste bekannt, in der die von den HAW-Kollegen am häufigsten aufgesuchten Ärzte aufgeführt sind. Eine unerhörte Schnüffelei mit der Absicht, das Recht auf freie Arztwahl zu untergraben. Über die offensichtlich gute (oder besser skandalöse) Zusammenarbeit mit der AOK soll Druck ausgeübt werden, damit bei der Behandlung vorrangig die Interessen der HAW-Konzernherren berücksichtigt werden.

Eine besondere Funktion kommt in diesem Zusammenhang dem Werksarzt zu. Es ist üblich, daß länger oder häufiger fehlende Kollegen aufgefordert werden, sich an den Werksarzt zu wenden. Hier wurde den Kollegen bis jetzt eine Erklärung vorgelegt, mit der sie den Werksarzt umfassend von der Schweigepflicht entbanden. So gar das Einholen der Unterlagen über alle früheren Erkrankungen wurde ausdrücklich legitimiert.

Diese weitreichende Erklärung verschaffte dem Werksarzt die Mög-

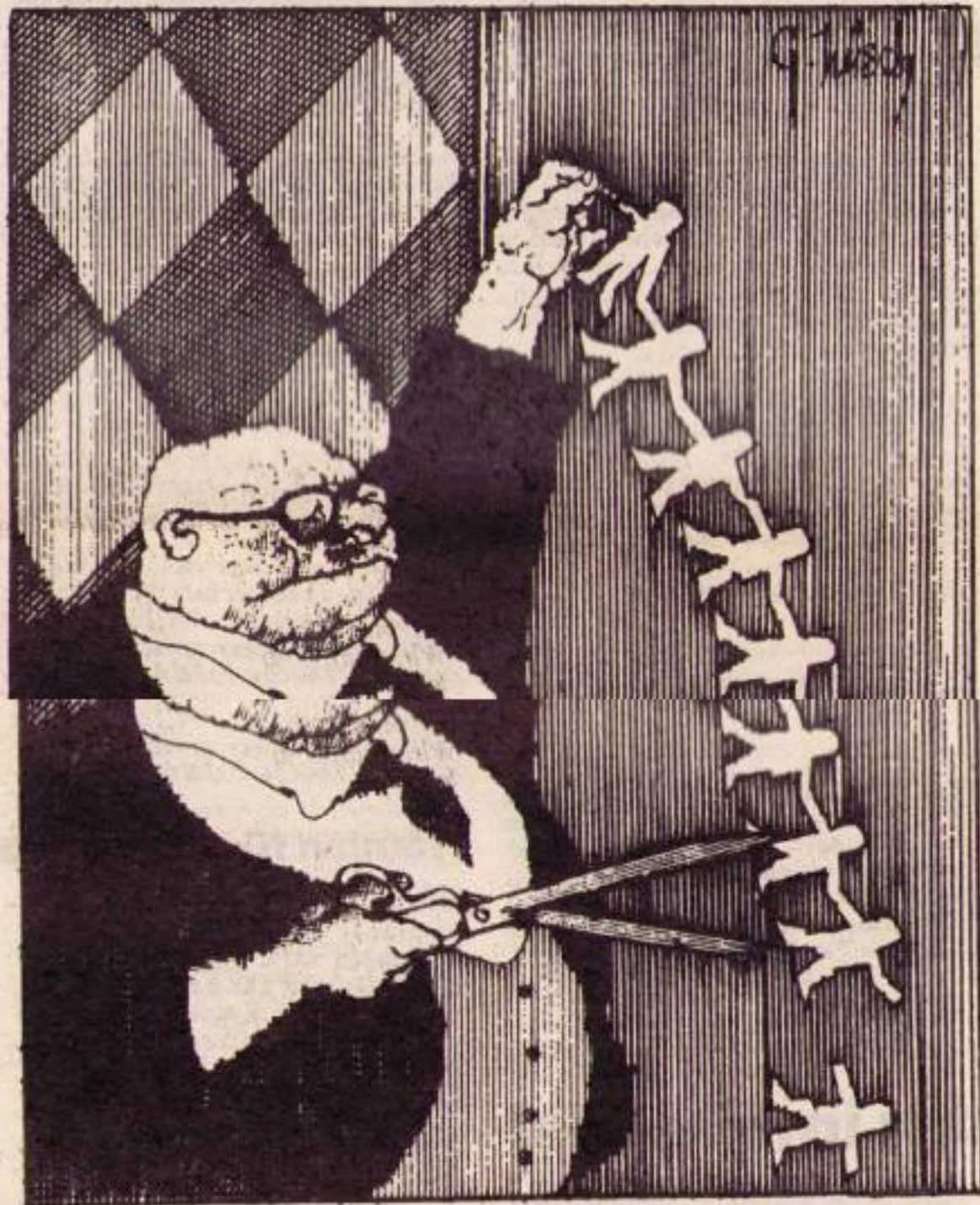
lichkeit, die Berechtigung von Krankmeldungen zu überprüfen und durch Weiterleitung dieser Unterlagen an die AOK diese zu unterstützen, um Druck auf nicht im Sinne von HAW behandelnde Ärzte auszuüben. Durch Einspruch des Betriebsrates wurden diese Möglichkeiten erstmal „gestoppt“.

Erst einstellen dann rausschmeißen

Vor kurzem wurde dem HAW-Betriebsrat die Absicht mitgeteilt, in der Hütte 15 Arbeiter einzustellen. Als Gründe gab die Geschäftsleitung an: es sollen die Krankheitsfehlzeiten und die Urlaubstage angesegelt werden. Ferner wolle man sich nicht durch „einen weiteren Überstundenboykott erpressen lassen.“ Auf die Anfrage des Betriebsrates, ob damit eine langfristige Erhöhung der Schichtbesetzungen beabsichtigt sei, erhielt er die vielversprechende Auskunft, daß auch eine vorübergehende überhöhte Schichtbesetzung denkbar sei. Angeblich handelt es sich um eine vorbeugende Maßnahme, die durch die „natürliche Fluktuation“ wieder ausgeglichen werden soll.

Der Betriebsrat hat sich bisher konsequent geweigert, dieses dreiste und ziemlich plump vorgetragene Einstellungsmanöver mitzutragen. Aus seiner Sicht hätten die geplanten Einstellungen zur Folge, daß Kollegen zum Abschuß freigegeben werden.

Metallkommission



AEG-Kanis: Bürgerliche Politiker überbieten sich mit (leeren) Versprechungen

Wie wir bereits berichteten (z.B. AK 159), versucht der AEG-Konzern im Rahmen seines Sanierungskonzeptes mehr als 1.300 Kolleginnen und Kollegen in der Turbinenfabrik Essen zu entlassen. Insgesamt will AEG noch in diesem Jahr rund 15.300 Arbeitsplätze wegsanieren. Gegen die Stilllegungsstrategie von AEG-Kanis in Essen hatte die Kollegschaft schon mehrfach demonstriert sowie zahlreiche Protestaktionen durchgeführt. Der Betriebsratsvorsitzende Hans Fehr baut jedoch mehr auf andere Aktivitäten. So hatte er der Firma bereits neue Aufträge in der Größenordnung von 120.000 Arbeitsstunden „besorgt“, deren Ausführung Kanis jedoch „dankend“ ablehnte. Der BR-Vorsitzende war sich auch nicht zu schade, öffentlich über eine eventuelle Umwandlung in einen Rüstungsbetrieb „nachzudenken“. Dem Vorstand schlug er vor, doch lieber die kampfstärke Belegschaft des Kanis-Werkes in Nürnberg zu entlassen.

Dieser Hans Fehr war auch dabei, als eine Belegschaftsdelegation das Bonner Wirtschaftsministerium besuchte, um über die Möglichkeit staatlicher Zuschüsse für das Werk zu beraten. Über das dort geführte vertrauliche Gespräch wurde der AEG-Vorstandsvorsitzende Cipa bereits am nächsten Tag ausführlich informiert.

Steuerzahler soll helfen

Zur Zeit überbieten sich die Spitzen der Essener Lokalpolitik mit Angeboten von Finanzspritzen in Millionenhöhe, um die Auflösung von Kanis zu verhindern. Selbst Bundesarbeitsminister Ehrenberg will „jede nur mögliche Hilfe“ für die bedrohten Arbeitsplätze leisten; NRW-Wirtschaftsminister Riemer (FDP) wiederum stellt finanzielle Hilfen in Höhe von mehreren 100 Millionen DM in Aussicht. AEG hat bisher auf diese Angebote nicht reagiert. Stattdessen wurde gerade bekannt, daß sich der Konzern mit weiteren Millionen an „Telefonbau und Normalzeit (T+N)“ beteiligen wird. Robert Malone, SPD Ratsherr und ehemaliger Kanis-Betriebsratsvorsitzender, stellte sich auf

den Standpunkt, von Verlusten bei Kanis könne gar keine Rede sein: „Die Millionengewinne sind an die AEG-Telefunken abgeliefert worden“.

Das verstärkte Engagement aller dieser Kommunalpolitiker, bis hin zur CDU, hat allerdings einen ganz realen Hintergrund: In einem Monat stehen nämlich in Essen die Ratswahlen an, wobei der SPD-Stadtrat durch über 6%ige Arbeitslosigkeit und geplante Stilllegungen, u.a. bei Kanis, nicht gerade die besten Karten bei den Arbeitern hat.

Insoweit bleibt abzuwarten, ob den großen Worten vor der Wahl auch Taten (sprich: Gelder) folgen werden. So oder so wird es jedenfalls auch von den kommenden Aktionen der Belegschaft und der IG-Metall abhängen, inwieweit die Entscheidungen der AEG-Spitze auf die Kollegen bzw. den Steuerzahler abgewälzt werden können. Der bisher eingeschlagene Weg, durch Aufklärung der Öffentlichkeit sowie durch Protestaktionen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, ist da genau der richtige Anfang.

So unterschrieben z.B. bisher über 32.000 Essener eine Solidaritätsklärung mit der Kanis-Belegschaft, und traten für den Erhalt der Arbeitsplätze ein. Auch wird es am 30.8. eine von der IGM organisierte Sternfahrt zur Konzernzentrale nach Frankfurt geben, zu der sich allein aus Essen bisher 700 Kollegen offiziell angemeldet haben. Leider geht die Mobilisierung in den anderen AEG-Werken noch etwas schleppend vor sich. So hatte z.B. die Belegschaft in West-Berlin, wo bis zum Jahresende ca. 180 Entlassungen anstehen, bisher noch gar keine Informationen über den Sternmarsch erhalten.

Als „einen Schuß in den Ofen“ erwiesen sich bisher auch die Klagen des Betriebsrates vor dem Essener Arbeitsgericht („damit haben wir begonnen, alle Möglichkeiten auszu-schöpfen, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten“). Es ging um eine Feststellungsklage, daß der BR nicht rechtzeitig informiert wurde, zu anderen sollte ein Verbot organisatorischer Veränderungen im Konzern erreicht werden. Beide Klagen wurden vom Arbeitsgericht abgelehnt.

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Finanzdirektion fordert Steuern für Streikgelder

Im Juli bekamen Mitglieder der IG Metall, die im Frühjahr 1978 in Baden-Württemberg gestreikt hatten eine Zahlungsaufforderung des Finanzamtes Stuttgart. Sie sollen bis zu 300 DM als Lohnsteuer für von der IGM erhaltene Streikunterstützung nachzahlen. Die Oberfinanzdirektion beruft sich dabei auf ein Urteil des Bundesfinanzhofes, nach dem Streikgelder als Einnahmen aus nicht-selbstständiger Arbeit zu erfassen sind.

Die IGM-Betriebsleitung Stuttgart reagierte auf diesen Angriff auf die Streikgelder mit einem Appell an den Steuerexperten der SPD Bundestagsfraktion Huonker. In dem Brief an Huonker schreibt die IGM Betriebsleitung u.a.: „Daß nunmehr Arbeitnehmer auch noch Steuern für Unterstützungen zahlen sollen, für die früher von ihrem Arbeitslohn Beiträge entrichtet wurden, paßt wie die Faust aufs Auge.“

Obwohl im Brief weiter ausgeführt wird, daß durch die Besteuerung von Streikunterstützungen die Tarifautonomie angegriffen wird und ein „materielles Instrument eines wirksam geführten gewerkschaftlichen Arbeitskampfes“ geschwächt wird, hat sich bislang der „Kampf“ der IGM-Betriebsleitung auf diesen Bittbrief an Huonker beschränkt.

Huonker wird darin gebeten, auf Bundesebene eine Initiative gegenüber der Oberfinanzdirektion in die Wege zu leiten.

Und so lange sollen es die Kollegen hinnehmen, daß die ohnehin nicht besonders hohe Streikunterstützung auch noch vom Finanzamt gekürzt wird?

Casella-Betriebsrat gewann Kündigungsprozeß

Am 31. Januar '79 hatten die Kapitalisten von Casella in Frankfurt, einer Tochter der Hoechst AG, gegen Michael K., „RGO“-Mitglied und Betriebsrat, die fristlose Kündigung ausgesprochen. Der Betriebsrat hatte mit Ausnahme von zwei anderen „RGO“-Kollegen geschlossen zugestimmt. Formaler Anlaß für den Rauschmiß des oppositionellen Kollegen war ein

Fehler bei der Arbeitsausführung:

Michael K. war Schichtarbeiter in der Produktion bei Casella. Ein Kessel, dessen Temperaturregler nicht funktionierte, war zu heiß geworden, so daß das zu bearbeitende Material unbrauchbar geworden war. M.K. hatte, um Zeit zu sparen, schon vor dem Ende des Arbeitsvorganges eine Temperatureintragung im Protokollbuch vorgenommen und vergessen, diese zu korrigieren, nachdem sich die Überhitzung herausgestellt hatte. Ähnliche Fehler sollen bei der Arbeitshetze bei Casella schon öfter vorgekommen sein.

Michael hatte gegen die fristlose Entlassung Klage eingereicht. Beim Prozeß wurde ihm vorgeworfen, er habe „mit Absicht den Sachverhalt vertuscht“ und „bewußt und gewollt über erheblichen Temperaturunterschiede getäuscht“. Zudem spielte sich der Unternehmer-Vertreter noch als Umweltschützer auf und beschwor die Katastrophe von Seveso, die durch das nachlässige Verhalten K.'s hätte ebenfalls entstehen können. Von Michael und seinem Anwalt wurde der Fehler auch nicht bestritten, sondern es konnte nachgewiesen werden, daß die Kapitalisten unter fadenscheiniger Begründung einen unbequemen Kollegen loswerden wollen. Zwischen den „RGO“-Kollegen und den Kapitalisten gab es häufig Auseinandersetzungen, weil sie sich besonders gegen den Personalabbau und für die Übernahme von Auszubildenden einsetzten. Seit 1973 wurde die Belegschaft der Casella AG, die heute 2.000 Arbeiter und Angestellte zählt, um 450 Beschäftigte „abgebaut“, allein in den letzten beiden Jahren um 200. Viele Auszubildende mußten das Werk verlassen, nachdem ihre Ausbildung abgeschlossen war („Neue“, 22.8.79).

Michael K. war vor der fristlosen Kündigung nicht einmal „abgemahnt“ worden. Die Gefahr einer Seveso-ähnlichen Katastrophe hätte zum Glück nie bestanden. Das Arbeitsgericht Frankfurt entschied, daß die fristlose Kündigung nicht gerechtfertigt sei. Die Kapitalisten erhielten nicht die Legitimation, fortschrittliche Betriebsräte aufgrund von Fehlern in der Arbeitsausführung zu feuern. Ein schöner Erfolg für den oppositionellen Kollegen.

Metallkommission

KB-Sympathisant(inn)engruppe Tübingen



Wie geht's uns denn?

„Behindertenbunker“ geplant

Hamburg. Aufgrund der großen Öffentlichkeit, die sich kritisch über die Zustände in den Alsterdorfer Anstalten geäußert hatte, mußten Anstaltsleitung und Hamburger Senat Anfang Juli einen – vom „Kollegenkreis Alsterdorf“ lange geforderten – Aufnahmestop beschließen. Nichtsdestotrotz will die Anstaltsleitung am 23. September den Grundstein für ein 6-stöckiges Hochhaus legen – obwohl in Alsterdorf mit Hochhäusern für Behinderte sehr schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Die Kollegen zweier Schwerstbehinderten-Stationen haben deshalb bereits gegen das Bauvorhaben bei der Anstaltsleitung protestiert. Der „Kollegenkreis Alsterdorf“ hat gegen diesen Hausbau ein Flugblatt verteilt und will weitere Aktionen durchführen, um möglichst viele Mitarbeiter in Alsterdorf von der Behindertenfeindlichkeit dieses Neubaus zu überzeugen.

In diesem Flugblatt heißt es: „Wir sehen in diesem Bau die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen des Senats, so billig wie möglich Bauten für noch mehr Behinderte zu schaffen. Dies bestätigte Pastor Schmidt (der

Direktor der Alsterdorfer Anstalten - Ann. AK) auf der Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung am 20.6.79 (vergl. AK 156), als er zum wiederholten Male erklärte: „Großeinrichtungen können rentabler (d.h. billiger) als kleine Wohngruppen arbeiten. Hier zeigt sich in deutlicher Schärfe, daß der Staat auch in der Versorgung geistig behinderter Menschen nicht dazu bereit ist, ihnen die besten Bedingungen zur Verwirklichung ihrer Persönlichkeit zu gewährleisten, sondern sich ihrer mit einem Minimum an finanziellem Aufwand versucht zu entledigen.“ Weiter wird noch einmal der behindertenfeindliche Charakter des „216-Betten-Hauses“ nachgewiesen. „Für Schwerbehinderte wird aufgrund der räumlichen und der persönlichen Situation ein Verlassen des Hochhauses oft tagelang nicht möglich sein. Ein großer Balkon ersetzt diesen Freiraum nicht. Das Hochhaus ähnelt einem Krankenhaus und keinem gemütlichen Zuhause: Lange Flure – Tagesraum vom Dienstraum aus überwachbar – Geschlechtertrennung – keine individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Räumlich-

keiten.“

Dazu kommt, daß dieses Haus keine – wie vom „Kollegenkreis“ gefordert – Sofortmaßnahme ist zur Abschaffung der menschenunwürdigen Lebensbedingungen der Behinderten in den Häusern „Carlsruh“, „Heinrichshöh“, denn der Bau dauert mehrere Jahre.

Wer also geglaubt hat, die Anstaltsleitung habe sich von der Kritik der Öffentlichkeit „überzeugen“ lassen und gäbe jetzt alternativen Unterbringungsmöglichkeiten für Schwerstbehinderte „grünes Licht“, sieht sich gründlich getäuscht.

Ein Genosse aus Hamburg

P.S. Wir möchten alle Freunde des AK, die in solchen oder ähnlichen Einrichtungen gearbeitet haben oder arbeiten, bitten, uns Berichte, Artikel zu schicken. Im AK ist in der letzten Zeit leider wenig über das Thema Behinderte/Psychiatrie berichtet worden – und Alsterdorf ist ja natürlich kein Einzelfall.

AK, die in solchen oder ähnlichen Einrichtungen gearbeitet haben oder arbeiten, bitten, uns Berichte, Artikel zu schicken. Im AK ist in der letzten Zeit leider wenig über das Thema Behinderte/Psychiatrie berichtet worden – und Alsterdorf ist ja natürlich kein Einzelfall.

lich sein. Ein großer Balkon ersetzt diesen Freiraum nicht. Das Hochhaus ähnelt einem Krankenhaus und keinem gemütlichen Zuhause: Lange Flure – Tagesraum vom Dienstraum aus überwachbar – Geschlechtertrennung – keine individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Räumlich-

schlag) beobachtet. Kein Unterschied bestand hinsichtlich der Sterblichkeit an Herzinfarkt.

In einer anderen großen Langzeitstudie (der Weltgesundheitsorganisation, WHO – Ann. AK) an jeweils mehreren tausend Herzgesunden mit Blutfettspiegeln von im Mittel 250 mg/100ml Cholesterin, die über fünf Jahre Clofibrat oder ein Leerpräparat erhielten und seitdem ein Jahr nachbeobachtet wurden, war die Sterblichkeit in der Clofibrat-Gruppe um ein Drittel höher als in der Kontrollgruppe (dabei wurde die Sterblichkeit an Herzinfarkten nicht berücksichtigt). In beiden Gruppen war etwa die Hälfte der Todesfälle auf Krebserkrankungen zurückzuführen, woraus nach den bisherigen Zahlen nicht geschlossen werden kann, daß unter Clofibrat mehr Krebserkrankungen auftreten. ...

Aus Ergebnissen langfristiger Tierversuche geht hervor, daß unter fünf- bis achtfacher therapeutischer Dosierung von Clofibrat bei Ratten und Mäusen vermehrt gutartige und bösartige Lebertumoren auftreten. ... („Deutsches Ärzteblatt“, Nr. 32, 9.8.79).

Und dann folgen noch einige Angaben zum angeblichen Nutzen von dieser Giftdroge: Sie soll den Blutfettspiegel senken und damit Arteriosklerose und Herzinfarkt verhindern. Doch das ist, da sind sich die „Fachleute“ wohl sehr unsicher, total dem Zufall überlassen: „Die Wirkung... ist individuell verschieden stark. Es ist nicht möglich, Voraussagen über die Wirkung von ... bei dem einzelnen Patienten zu machen.“ („Deutsches Ärzteblatt“, ebenda).

Da hatte es das Bundesgesundheitsamt schon recht schwer, Nutzen und Risiko richtig abzuwägen und zu

einer Entscheidung zu kommen, die damit begründet wird, „...daß der Nutzen der Clofibrat-Behandlung bei schweren Fettstoffwechselstörungen das mit dieser Therapie verbundene Risiko überwiegt.“ („FAZ“, 31.7.79).

Daß dieses Ergebnis erzielt wurde, dafür haben die entsprechenden Pharmaproduzenten in ihrer Öffentlichkeitskampagne gegen das Verbot von Clofibrat gesorgt.

Den Auftakt bildete ein von 14 Pharmaproduzenten eröffneter Werbefeldzug für Clofibrat und Einspruch gegen die Verfügung des Bundesgesundheitsamtes. Zur Untermauerung des zu erwartenden „objektiven“ Urteils des BGA folgte am 18. und 19. Juni in der West-Berliner Kongresshalle eine „Gutachter“-Anhörung über die Nebenwirkungen und Wirksamkeit von Clofibrat-Medikamenten.

Neben verschiedenen Fachärzten und anderen Wissenschaftlern waren natürlich auch „Sachverständige“ der Pharmaindustrie – z.B. der Direktor der ICI-Pharma, Dr. Steichele – vertreten.

Das Ergebnis der ganzen Debatte: Die Entscheidung über die Verabreichung Clofibrat enthaltender Medikamente wird kurzerhand dem Arzt überlassen – der Absatz bleibt gesichert.

In Zukunft wird es für die Giftmischer noch leichter sein, auf ähnliche Weise Medikamente mit erwiesenermaßen schädlichen Wirkungen unter die Patienten zu streuen – es genügt ein Hinweis auf dem „Waschzettel“, und die Verantwortung liegt bei Arzt und Patient.

Gesundheits-Kommission

Therapiezentrum für behinderte Kinder mußte schließen

Seit dem 1. August ist das Therapiezentrum Friedenau in Westberlin geschlossen. Mitte Juli mußte der Konkurs angemeldet werden, weil die entstehenden Unkosten nicht länger abgedeckt werden konnten.

Das Therapiezentrum als Ambulanz verstand sich als diagnostisches Zentrum für Kleinkinder, die in ihrer Wahrnehmung und in ihrem Verhalten entwicklungsgefährdet sind, hirnbedingte Bewegungsstörungen, Mehrfachbehinderungen oder Nachfolgebehinderungen haben. Es gab ein vielseitiges Therapieangebot mit einem Schwerpunkt auf sozialer Beratung.

Die Beschäftigten (eine Ärztin, zwei Psychologen, zwei Krankengymnastinnen, eine Beschäftigungstherapeutin, eine Verwaltungsgestellte) standen in intensivem Erfahrungsaustausch und hatten ein gemeinsames Therapiekonzept erarbeitet, das z.B. auch die Eltern miteinbezog.

Ein betroffener Vater berichtet: „Behutsam nimmt Inge das Kind, legt es auf die Decke und versucht, durch eine Rassel seine Aufmerksamkeit zu erregen. Die Reaktion bleibt aus. Wir sitzen dabei, in dieser ersten Therapiestunde, wir sind am Ende unserer Kräfte, wir wissen nicht mehr weiter. Beim zweiten Versuch gelingt es. Achim, vier Monate alt, gerade aus dem Kinder-Krankenhaus entlassen, Diagnose: cerebrale Bewegungsstörung – in der Umgangssprache: spastisch. Er fängt für einen kurzen Moment das bunte Spielzeug mit einem fahigen Blick auf. Er reagiert! Wir bleiben heute nicht die volle Stunde, aber wir werden von nun an in der Woche vier mal mit Achim die zehn Kilometer quer durch den Großstadtverkehr fahren, hin und zurück, es ist oft genug eine Tortur für das Kind und unsere Nerven. Aber wir wissen, daß dies die einzige Möglichkeit ist, die uns bleibt. Das Therapiezentrum in Friedenau – das ist ein Strohalm, an den sich unsere Hoffnungen klammern, daß unser Kind nicht für sein Leben behindert bleibt, daß es sich nach und nach aus jener Verkrampfung löst, die die ersten Monate für ihn und uns zur Hölle gemacht haben.“

Spastisch: das sagt zunächst einmal nicht viel. Jedes sechste Neugeborene ist nach neuesten Untersuchungen mehr oder weniger spastisch behindert. Die übliche Erklärung der Ärz-

te ist: Sauerstoffmangel während der Geburt. Ich glaube vielmehr, daß die meisten spastischen Behinderungen schon während der Schwangerschaft entstehen und nichts weiter widerspiegeln als die psychische und physische Überlastung der Mütter in dieser durch und durch kinderfeindlichen Umwelt. Kein Platz für Kinder – nicht einmal für die ungeborenen.

Spastisch: Teile des Gehirns sind aufgrund einer zeitweiligen Unterversorgung des ungeborenen Kindes mit Sauerstoff geschädigt. Die Folgen sind ganz unterschiedlich – bei den einen sind es extreme Nervosität, Verkrampfung, Unruhe, bei den anderen völlige Passivität, Teilnahmslosigkeit, Unfähigkeit zur Reaktion. Bei Achim war es das erste, ein immer öfter schreiendes, kaum jemals zufriedenes Baby, daß sich und uns jeden Eß- und Schlafrythmus zerstört hat. Wir gingen mit ihm ins Krankenhaus. Sehr viele komplizierte Untersuchungen wurden angestellt. Heute wissen wir: eine Untersuchung bei der Ärztin im Therapiezentrum hätte genügt.

Seit ungefähr fünf Monaten ist die Behandlung zuende. Achim, ein- und einhalb Jahre, ist heute ein fröhliches Kind, geistig und körperlich normal entwickelt. Er und wir haben es überstanden, ich habe keine Angst mehr um seine Zukunft – jedenfalls nicht mehr, als man um jedes Kind haben muß, das unter den heutigen Lebensbedingungen aufwächst. Die neun Monate im Therapiezentrum (und wichtige Veränderungen bei uns zu Hause) haben aus ihm ein anderes Kind gemacht.“ („Tageszeitung“, 3.8.79).

Bisher finanzierte sich das Zentrum über kassenärztlich abrechenbare Leistungen, die seit fünf Jahren nicht mehr erhöht wurden, und über Sozialhilfe. Die Beratungskosten werden gar nicht erst übernommen. Bisher konnte sich der Senat noch nicht dazu entscheiden, einen Teil der Unkosten zu übernehmen (ca. 80 000 DM jährlich).

„Offenbar ist es den verantwortlichen Stellen lieber, für die behinderten Kinder ein Leben lang Rollstühle, Prothesen, Heime und Krankenhäuser zu finanzieren als eine Einrichtung wie das Therapiezentrum jetzt zu unterstützen und noch mehr solcher Möglichkeiten in allen Stadtteilen zu schaffen.“ („TAZ“, 3.8.79).

Gesundheitskommission

Prämien für „kostendämpfende Behandlung“

Auf wessen Rücken die „Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ ausgetragen wird, zeigt in diesen Tagen ein Beispiel aus Bayern. Hier haben gesetzliche Krankenkassen mit den Ärzten rückwirkend vom 1. Juli an einen neuen „Honorarvertrag“

für ambulante Leistungen bis höchstens 6,6 % steigen darf. Die Ärzte können aber mehr abrechnen, wenn das durch die vereinbarten Sparrmaßnahmen begründet ist. Der Vorsitzende des Apothekervereins, Alberti, meint dazu völlig richtig, die Ärzte

Prämien für „kostendämpfende Behandlung“

Auf wessen Rücken die „Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ ausgetragen wird, zeigt in diesen Tagen ein Beispiel aus Bayern. Hier haben gesetzliche Krankenkassen mit den Ärzten rückwirkend vom 1. Juli an einen neuen „Honorarvertrag“ abgeschlossen. Dieser stellt ihnen Prämien in Aussicht, wenn

- die Zahl der Krankenhauseinweisungen zurückgeht,
- insgesamt weniger Arzneimittel verschrieben werden,
- die Verordnung von sog. physikalischen Leistungen wie Massagen und Bädern eingeschränkt wird und
- Krankschreibungen auf das „unangenehme Minimum“ reduziert werden („Spiegel“, 20.8.79).

Zynische Begründung für diese soziale Demontage: „Im westdeutschen Gesundheitswesen gibt es keinen Anreiz zum Sparen. Daher muß man ihn schaffen.“ (AOK-Geschäftsführer Sitzmann, „Spiegel“, 20.8.). Und das mit den Prämien läuft so: Der Vertrag sieht vor, daß die Gesamtvergütung

für ambulante Leistungen bis höchstens 6,6 % steigen darf. Die Ärzte können aber mehr abrechnen, wenn das durch die vereinbarten Sparrmaßnahmen begründet ist. Der Vorsitzende des Apothekervereins, Alberti, meint dazu völlig richtig, die Ärzte

ließen sich „mit Sicherheit weniger vom Ethos, als vom ‚Monetos‘ leiten“. Kritisiert hat den Honorarvertrag auch die „Deutsche Krankenhausgesellschaft“. Dieser Vertrag muß nach Meinung ihres Sprechers die Patienten „völlig verunsichern“. Die Zustimmung der Ärzte zu dem Vertrag bedeute ein „Eingeständnis“, daß sie entweder bisher leichtfertiger Patienten aus ihrer ambulanten Behandlung in die Krankenhäuser eingewiesen hätten oder aber künftig auf Überweisung selbst dann verzichten wollten, wenn die Behandlung im Krankenhaus nach allgemeingültigen Erkenntnissen eigentlich erforderlich sei („FR“, 18.8.).

Gesundheitskommission

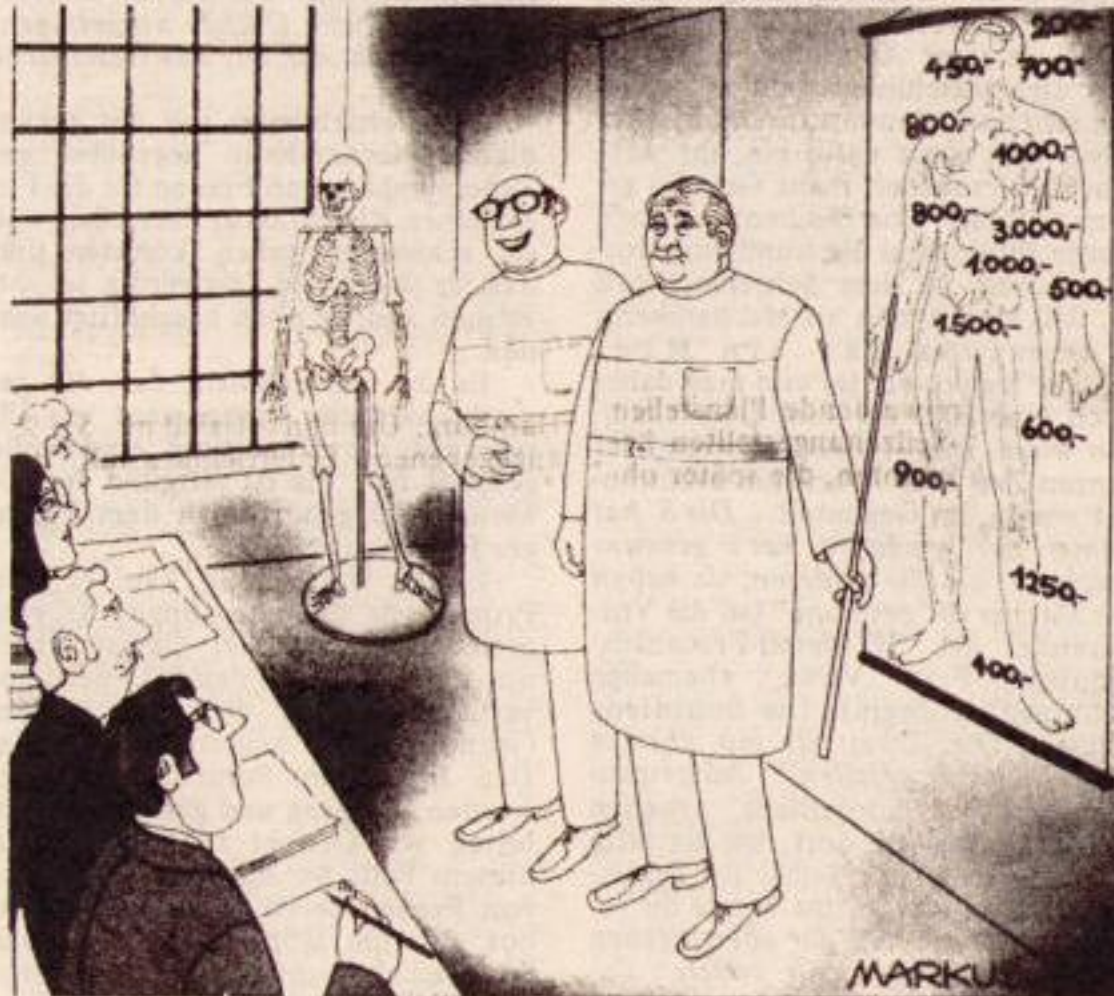
Krebserzeuger Clofibrat wieder im Handel

Schon nach einem halben Jahr hat das Bundesgesundheitsamt das wegen schwerwiegender Nebenwirkungen erlassene Vertriebsverbot für Clofibrat wieder aufgehoben!

Die „Einschränkungen“, mit denen Clofibrat, welches in ca. 50 Medikamenten enthalten ist, wieder verkaufsfähig gemacht wird, sind äußerst bündelnd, was die Gefährlichkeit des Stoffes angeht: In der vom Bundesgesundheitsamt ausgearbeiteten Gebrauchsinformation, die allen Clofibrat enthaltenden Arzneimitteln neuerdings beigelegt werden muß, sind die durch verschiedene Studien ermittelten „Nebenwirkungen“ aufgeführt: „Magen-Darm-Beschwerden wie: Übelkeit, Brechreiz und Durchfall; Juckreiz, Hautausschlag, Haar- ausfall, Potenzstörungen, Myositis (schmerzhafte Muskelentzündung), Anstieg des Kreatininspiegels (durch Messen des K. wird die Nierenfunktion festgestellt – Ann. AK) und der Leberenzyme im Blutserum, Verminderung der Zahl der weißen Blutkörperchen.“

Unter der Langzeitbehandlung mit Clofibrat traten gehäuft Gallenstein-erkrankungen auf, wodurch Gallenblasenoperationen erforderlich wurden.

In einer Langzeitstudie mit Herzinfarktpatienten wurden 1000 Personen mit Clofibrat und 3000 mit einem Leerpräparat durchschnittlich sechs Jahre behandelt und beobachtet. In der mit Clofibrat behandelten Gruppe wurde eine höhere Rate an Angina pectoris (= einschnürende Schmerzen im Brustkorb), Claudicatio intermittens („Schau- fensterkrankheit“, starke Waden- schmerzen), Thromboembolien (Verstopfung durch Blutgerinnsel) und Herzrhythmen (unregelm. Herz-





Nachrichten aus Schule und Hochschule



Teilzeit-Lehrerstellen rechtswidrig

Das Karlsruher Verwaltungsgericht tenverhältnis zu ermöglichen" kommen würde, sondern Teil der

Teilzeit-Lehrerstellen rechtswidrig

Das Karlsruher Verwaltungsgericht hat in einem Urteil die in Baden-Württemberg herrschende Praxis, ausgebildete Lehrer nicht ins Beamtenverhältnis zu übernehmen, sondern als Teilzeitangestellte einzustellen, für rechtswidrig erklärt. Eine Lehrerin hatte geklagt, weil sie nach bestandenen 2. Staatsexamen nicht ins Beamtenverhältnis übernommen wurde. Seit 1977 versucht das baden-württembergische Kultusministerium die Lehrerarbeitslosigkeit durch einen Trick zu kaschieren. Nach dem 2. Staatsexamen werden die ausgebildeten Lehrer für drei Jahre als Angestellte mit verminderter Stundenzahl eingestellt, ehe sie die Möglichkeit haben, auf eine Planstelle als Beamte auf Probe übernommen zu werden. Diese Regelung wird ebenso in Rheinland-Pfalz und NRW durchgeführt.

Das Gericht entschied jetzt, „daß nach dem geltenden Beamtenrecht bei Bestehen der entsprechenden Laufbahnprüfung ausschließlich und zwingend die Probezeit im Beamtenverhältnis zu erfolgen habe“ („FAZ“, 13.8.).

Falls dieses Urteil rechtskräftig werden würde (das Kultusministerium hat Berufung eingelegt), müßte das Land Baden-Württemberg 1.000 zusätzliche Planstellen zur Verfügung stellen, da im Beamtenverhältnis eine Teilzeitbeschäftigung nicht möglich ist. Dieses Gerichtsurteil würde der bisherigen Praxis voll ins Gesicht schlagen. So hat das Kultusministerium zum Schuljahresanfang nur 900 der insgesamt 2700 teilzeitbeschäftigten Lehrer ins Beamtenverhältnis übernommen; 1.200 Lehrer wurden gar auf die Straße gesetzt (siehe AK 159).

Damit wird auch der eigentliche Grund dieser Regelung deutlich: Die Landesregierung erspart sich die Verpflichtung, die ausgebildeten Lehrer tatsächlich einzustellen und schafft sich eine mobile Reserve, die jederzeit wieder entlassen werden kann. Da gegenwärtig reichlich „Nachschub“ an ausgebildeten Lehrern von den pädagogischen Hochschulen und den Universitäten vorhanden ist, würde dies darauf hinauslaufen, daß freiwerdende Planstellen jederzeit mit Teilzeitangestellten besetzt werden könnten, die später ohne weiteres wieder gekündigt werden könnten. Dies würde gleichzeitig erlauben, die Planstellen noch weiter abzubauen (was auch in Planung ist). Dies allerdings würde durchkreuzt werden, sollte das Urteil rechtskräftig werden.

Die Landesregierung hat aber schon angekündigt, daß sie ihre Einstellungspraxis auf keinen Fall aufgeben will. Sollte das Urteil vom Bundesgerichtshof bestätigt werden, „werde die Landesregierung mit Sicherheit eine Gesetzesänderung anstreben, um weiterhin eine Beschäftigung von Junglehrern im Angestelltenverhältnis zu ermöglichen“.

tenverhältnis ... zu ermöglichen“ („FAZ“, 15.8.). Da das Gericht seine Entscheidung gerade damit begründet hat, daß nach dem bestehenden Beamtenrecht ein privatrechtliches Angestelltenverhältnis nicht möglich ist, kann dies nur darauf hinauslaufen, einschneidende Maßnahmen im Beamtenrecht vorzunehmen. Hier hakt auch die großbürgerliche „FAZ“ ein, wenn sie die Frage aufwirft: „Müssen Lehrer immer Beamte sein?“. In dieser Hinsicht deckt sich das Urteil auch mit seit längerem bestehenden Überlegungen, den Lehrerberuf zumindest teilweise aus dem Beamtenverhältnis herauszunehmen. Erinnert sei an den Vorschlag des Bremer Bürgermeisters und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Koschik, der im Zusammenhang mit der Diskussion um die Berufsverbote vorschlug, die „Probezeit“ auf 10 Jahre auszuweiten, die auch im Angestelltenverhältnis durchlaufen werden sollte.

Hinzu kommt eine entscheidende Veränderung des Lehrerberufs. Bis Anfang der 70er Jahre konnten Lehrerstudienten mit Sicherheit damit rechnen, später ins Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Heute stehen den etwa 500.000 beschäftigten Lehrern noch einmal über 200.000 Studenten gegenüber, die in diesen Beruf hineindrängen. Nötig wären sie allemal, aber nach den Planungen der kapitalistischen Bildungspolitik wird hiervon nur etwa die Hälfte fest eingestellt werden. Der andere Teil wird entweder gar nicht aufgenommen werden oder auf Dauer mit Teilzeit- und befristeten Arbeitsverträgen abgespeist werden. Dies gilt für alle Länder, also ebenso für die SPD-regierten.

Längerfristig würde dies bedeuten, daß ein erheblicher Teil der ausgebildeten Lehrer nicht mehr in den „Genuß“ einer sogenannten „Krisenfesten“ Anstellung als Beamter

kommen würde, sondern Teil der „normalen“ Angestelltenschicht wird, die jederzeit kündbar und austauschbar ist.

Die verantwortlichen Politiker versuchen nun auch noch, den Betroffenen die Schuld an dieser Misere in die Schuhe zu schieben. So erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Späth, „daß die jetzigen Lehramtsanwärter schon 1974 vor dem Lehrstudium gewarnt worden seien und gewußt hätten, auf welches Risiko sie sich bei ihrem Studium einließen“ („FAZ“, 1.8.79). Tatsächlich haben die Warnungen vor dem Lehrstudium bereits zu einer erheblichen Abschreckung geführt. So hat sich die Zahl der Studienanfänger an den baden-württembergischen PHs von 1975 (5122 Studienanfänger) bis 1978 (2405 Studienanfänger) bereits halbiert („FR“, 16.8.). Eine Verbesserung der Einstellungssituation ist trotzdem nicht abzusehen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit, da somit zumindest kurzfristig die Anstellung weiterer Lehrer gesichert werden könnte. Wie aber schon die Ankündigungen von Späth zeigen, wird der Kampf gegen die Lehrerarbeitslosigkeit keineswegs über die Berufung auf das Beamtenverhältnis geführt werden können, da dieses in diesem Falle kurzerhand geändert würde.

Eine wirkliche Änderung wird es nur dann geben, wenn erreicht wird, daß die Klassenfrequenzen drastisch gesenkt werden, wie dies von Schülern, Eltern und der GEW schon seit Jahren gefordert wird.

Ein Lehrergenosse, KB/Gruppe Hamburg

Referendare sollen Unterrichtsausfall vertuschen

Hamburg. Um den offiziell mit 5,8 % angegebenen Unterrichtsausfall an den Gymnasien einzugrenzen, sind jetzt die Referendare per Senatsbeschuß dazu verdonnert worden, bis zu 4 Stunden pro Woche eigenverantwortlichen Unterricht zu erteilen. Bisher unterrichteten die Hamburger Referendare nur unter der Anleitung von Mentoren (ausgebildeten Lehrern). Während die GEW schon seit Jahren fordert, daß die Mentoren für ihre Ausbildungstätigkeit eine Stundenentlastung erhalten sollen, wird mit dieser Maßnahme die Ausbildung zusätzlich verschlechtert.

Für den Senat wäre es kein Problem, den Unterrichtsausfall an den Gymnasien zu decken: Bei ca. 600

arbeitslosen Volks- und Realschullehrern in Hamburg stehen genügend ausgebildete Lehrkräfte mit den gewünschten Fächerkombinationen zur Verfügung. Es ist auch durchaus möglich, Volks- und Realschullehrer an den Gymnasien einzusetzen. Der Senat will jedoch keine zusätzlichen Planstellen einrichten. Nachdem ihm aufgrund der ablehnenden Haltung der GEW-Mehrheit in den Personalräten die Möglichkeiten, den Unterrichtsausfall mit Lehraufträgen und befristeten Arbeitsverträgen auszugleichen, zunehmend verbaut werden, sollen jetzt die Referendare als Lückenbüßer herhalten.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Ergebnisse des Gesamtschulberichts der hessischen Landesregierung

Am 25.6. wurde dem hessischen Landtag von Prof. Fend (Konstanz) der erste zusammenfassende Bericht über die Gesamtschulversuche in Hessen vorgelegt. Er fußt auf einer Befragung zwischen 1973 und 1978 bei 15.000 Schülern, 1000 Lehrern und 500 Eltern im Dillkreis (ohne Gesamtschulen) und im Kreis Wetzlar (nur Gesamtschulen, da Gesamtschulflächenversuch). Das Ergebnis dieses Versuchs sieht so aus:

... im nördlichen Kreis Wetzlar in den Jahren 1960 bis 1969, also vor der Einführung der integrierten Gesamtschulen... gingen 70,2 % der Kinder aus den oberen Schichten auf das Gymnasium über, nur 21 % verblieben auf der Volksschule. In den unteren Schichten (vorwiegend ungelernte Arbeiter und Landarbeiter) gingen dagegen ganze 2,4 % der Kinder auf das Gymnasium über, 93 % verblieben auf der Volksschule... in der integrierten Gesamtschule haben im 9. Jahrgang 21,7 % der Arbeiterkinder die Abschlußprognose Abitur und 37,4 % die Abschlußprognose Realschulabschluß“ (Drucksache 9/1133, S. 22). Auch die Möglichkeiten für die Mädchen wurden deutlich verbessert. Gingen in den Jahren 1960

bis 1969 nur 1,8 % der Mädchen aus den Unterschichten auf das Gymnasium über (Wetzlar), ist das Ergebnis jetzt: „Von 100 Mädchen an integrierten Gesamtschulen erhalten zu Ende der Klasse 8 36,4 die Prognose Abitur...“ (ebenda). Ebenso änderte sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land: „Im ehemaligen Kreis Wetzlar gelangen auch aus den Gemeinden unter 20.000 Einwohnern 64 % der Schüler auf ein Leistungsniveau, das Realschulabschluß oder Abitur prognostizieren läßt... Nur 58 % der Schüler aus den Gemeinden unter 20.000 gelangen auf eine weiterführende Schule (im Dillkreis, ohne Gesamtschulen)“ (ebenda). Nun ist der Anstieg der „höheren“ Schulabschlüsse aus den Unterschichten nicht allein auf die Gesamtschulen zurückzuführen, denn dieser stieg insgesamt an. Aber alle Vergleichszahlen zwischen den beiden ausgewählten Kreisen zeigen, daß auf den Gesamtschulen zwischen 10 und 20 % mehr Schüler einen „höheren“ Abschluß erhalten, was sich insbesondere für die Kinder der Unterschichten bemerkbar macht, während der Anteil aus den Oberschichten sogar geringfügig gesunken ist.

und 37,4 % die Abschlußprognose Realschulabschluß“ (Drucksache 9/1133, S. 22). Auch die Möglichkeiten für die Mädchen wurden deutlich verbessert. Gingen in den Jahren 1960

schluß erhalten, was sich insbesondere für die Kinder der Unterschichten bemerkbar macht, während der Anteil aus den Oberschichten sogar geringfügig gesunken ist.

Prozesse um das Politische Mandat

Göttingen: Die Prozesse gegen mehrere ehemalige AStA-Mitglieder wegen „Veruntreuung studentischer Gelder“ wurden jetzt eingestellt. Sie waren zwischen 1974 und 1977 für verschiedene AStA-Publikationen verantwortlich, in denen auch das allgemeine politische Mandat wahrgenommen wurde. Da allgemeinpolitische Aussagen durch die Vertretungsorgane der Studentenschaft gesetzlich verboten sind, Flugblätter mit ebensolchen Aussagen aber dennoch von allen Asten aus dem studentischen Haushalt bezahlt werden, sollten in diesen Prozessen erstmals einzelne AStA-Vertreter wegen Veruntreuung kriminalisiert werden. In erster Instanz wurde ein Student zu 510 DM Geldstrafe verurteilt, während alle anderen freigesprochen wurden. Der verurteilte Student ging in die Berufung, woraufhin die nächste Kammer die Verfahren wegen „geringer Schuld“ und „mangelndem „öffentlichem Interesse“ einstellte.

Die Freisprüche in erster Instanz waren damit begründet worden, daß die Verwendung von AStA-Geldern für allgemeinpolitische Zwecke zwar objektiv rechtswidrig sei, daß den Studentenvertretern jedoch kein subjektiver Schuldvorwurf gemacht werden könne, da ihnen die Rechtswidrigkeit ihres Handelns nicht eindeutig klar gewesen sei. Dies kann als juristische Umschreibung des Umstands gewertet werden, daß alle Studentenvertretungen das Recht auf allgemeinpolitische Aussagen in Anspruch nehmen und hierfür auch den direkten Auftrag ihrer Wähler haben. Zwar kann eben kein Gericht an den gesetzlichen Bestimmungen vorbei, andererseits würde eine Verurteilung fast alle bestehenden Studentenvertretungen kriminalisieren. Unter diesen Umständen könnten nicht einmal Jusos diese Vertretungen übernehmen, da auch sie für das allgemeinpolitische Mandat eintreten.

Diese Situation führte denn wohl auch dazu, daß sich auch die Staatsanwaltschaft salomonisch aus der Sache zurückzog. Ihr genüge es, so ließ sie verlauten, daß festgestellt worden sei, daß die Studenten objektiv rechtswidrig gehandelt hätten, weiterhin lege sie keinen Wert auf die Bestrafung Einzelner.

Für die Studentenschaft ergibt sich hieraus, das zwar weiterhin gerichtlich an der Rechtswidrigkeit des politischen Mandats festgehalten wird, in der Praxis jedoch (noch) vor einer Verurteilung zurückgeschreckt wird.

Münster: Auch in Münster hat ein Gericht die Anklagen gegen acht Studenten wegen „Veruntreuung von studentischen Geldern“ fallengelassen.

Auch hier lautete die Anklage, daß sie als ehemalige AStA-Mitglieder durch die Wahrnehmung des politischen Mandats Gelder aus dem Haushalt „veruntreut“ hätten. Das Gericht argumentierte, wenn neben dem Verbot des politischen Mandats und der damit schon verhängten Ordnungsgelder auch noch die einzelnen AStA-Mitglieder persönlich verurteilt würden, „so würde man eine Ausuferung des Tatbestands und eine Verschiebung der Kriminalitätsgrenze herbeiführen“ („FR“, 9.8.). Das Gericht verglich diesen Fall mit dem Vorsitzenden eines Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft, der ebenfalls nicht persönlich angeklagt wird, wenn die Gesellschaft zu Ordnungsgeldern wegen Verstoßes gegen die Wirtschaftsordnung verurteilt wird. Treffend stellte es dazu fest, daß sonst wohl kein Aufsichtsratsvorsitzender ohne Vorstrafe sein würde.

RCDS: Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Uni-Präsidenten

Der RCDS hat Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Präsidenten der Universität Osnabrück, Horstmann, erhoben. Grund: Die Weigerung des Präsidenten, dem AStA der Uni umgehend den „offenkundig rechtswidrigen Umgang mit studentischen Geldern“ zu verwehren („FAZ“, 27.8.79).

Schon Mitte Juni, kurz nach seiner Wahl, war Horstmann vom RCDS zu „Sofortmaßnahmen“ aufgefordert worden, da nach Meinung des RCDS der AStA-Haushaltsplan nicht erkennen ließ, ob die Gelder satzungsgemäß verwendet worden seien.

Insbesondere beschwerte sich der RCDS natürlich über die „rechtswidrige Verwendung studentischer Gelder seitens des AStA für die Wahrnehmung des politischen Mandats“. Ein Dorn im Auge ist dem RCDS hier v.a. eine Solidaritätsadresse des Osnabrücker AStA mit anderen niedersächsischen Asten, die wegen ihrer Erklärung zur Erschießung Rolf Heißlers unter Beschluß stehen. Gleichzeitig machte der RCDS Horstmann darauf „aufmerksam“, daß die den AStA tragenden linken Gruppen beschlossen hätten, die für Mitte Oktober geplante Anti-AKW-Demonstration in Bonn „auf Kosten der Studentenschaft“ zu unterstützen.

Die Antwort der Uni-Verwaltung: „Hinsichtlich Ihrer Bedenken gegen den Haushaltsplan wird zunächst eine ausführliche schriftliche Stellungnahme des AStA abgewartet. Aufgrund der vom AStA gegebenen mündlichen Äußerungen wird seitens der Universität keine Notwendigkeit für Sofortmaßnahmen gesehen...“

Kinder

Kinder- und Jugendkriminalität – erstunken und erlogen!

Heftig diskutiert wird gegenwärtig unter bürgerlichen „Kinderpolitikern“ über eine Studie, die zwei Münchener Wissenschaftler im Auftrag des Bundesfamilienministeriums zum Thema „Jugend- und Kinderkriminalität“ gemacht haben. Für Christa Meves und ähnliche Hofpädagogen der Reaktion, die jahrelang mit dem Schreckensbild des sittlichen und moralischen Verfalls einer labilen jungen Generation durch die Lande zogen, waren die Ergebnisse der Untersuchung offenbar so schwer zu verdauen, daß geraume Zeit verging, bis sie ihr „Weltbild“ wieder gerade gekriegt hatten.

Die Münchener Wissenschaftler kommen nämlich zu dem Ergebnis (Über das wir im AK schon kurz berichteten), daß an der Behauptung „Immer mehr Kinder machen lange Finger“ („Welt“), am Gerede vom „erschreckenden“ Anstieg von Kinder- und Jugendkriminalität nichts dran ist:

- In den letzten Jahren sind zunehmend die „geburtstarken Jahrgänge“ (Anfang der 60er Jahre) in das Alter gekommen, in dem Jugendliche in die Kriminalstatistik geraten können. In Bezug auf die Gesamtzahl dieser Altersgruppe kann von einem „besorgniserregenden Steigen“ der Kriminalität keine Rede sein. In München z.B. „verurteilten die Gerichte 1977 drei Prozent weniger 18- bis 20-jährige als sechs Jahre zuvor und sogar sechs Prozent weniger Jugendliche (14-18, Anm. AK) als 1971 – jeweils bezogen auf 100000 Angehörige der betreffenden Altersgruppen“ („Spiegel“, 30/1979).

• Es besteht ein deutliches Mißverhältnis zwischen der Zahl von Kindern und Jugendlichen, die in die polizeiliche Statistik kommen und der Zahl derjenigen, die später vor Gericht stehen und eventuell verurteilt werden. Ein Beispiel dafür, wie leicht man „statistisch relevant“ werden kann: Drei Mädchen beschimpfen drei andere, schlagen sie und zwingen sie, Zigaretten zu rauchen. Wegen „gefährlicher und schwerer Körperverletzung“, „Beleidigung“ und „Freiheitsberaubung“ tauchen sie nachher neunmal als „Tatverdächtige“ in der Statistik auf.

• Fast jeder kleine Ladendiebstahl wird heute zur Anzeige gebracht. Diese „Delikte“ müssen dann dazu herhalten, daß „immer mehr Jugendliche“ mit Ladendiebstählen „in die erwachsene Eigentums kriminalität“ einsteigen. Lächerlich angesichts der Tatsache, daß oft der erste Ladendiebstahl der einzige bleibt (Wenn man erwischt wird). Lächerlich auch angesichts der „Werte“, um die es dabei geht. Der lag bei den „jungen Tatverdächtigen“ in München 1971 bei 9,78 DM, 1977 bei 12,71 DM – der Anstieg hält kaum mit der Inflationsrate dieser sechs Jahre Schritt.

Der Bundesregierung, die in den vergangenen Jahren auch ihre „Besorgnis“ über die zusammenkonstruierte Zunahme von Kinder- und Jugendkriminalität verkündet hat, paßt die Münchener Studie sehr gut in ihr Konzept zum „Jahr des Kindes“: Was wollt ihr denn? Unseren Kindern gehts doch gut! Und wenn's „unseren Kindern“ gut geht, dann braucht man ja auch nicht so viel Geld für Spielplätze, Jugendzentren usw. auszugeben.

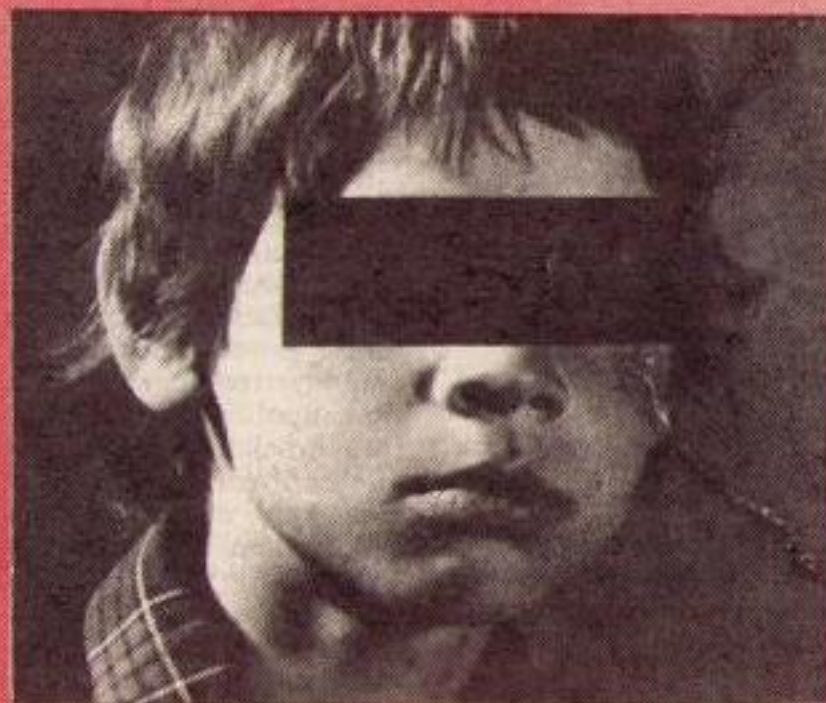
Die ganz rechten „Experten“ dagegen vermuten, daß die Münchener Statistik nicht richtig sein kann. Frau Meves beschwört eine uralte ostpreussische Oma als Gegenbeweis, die meint, daß in ihrer Jugend nicht geklaut worden sei. Andere halten sich an der Zunahme von angezeigten Ladendiebstählen fest und heben den Zeigefinger: „Nicht die spektakulären Straftaten sind entscheidend, sondern das Verletzen von Normen ganz allgemeiner Art“ (Leserbrief an die „Welt“, 27.8.). Schlauer war da Nordrhein-Westfalens Innenminister Hirsch, der Ende Juli Zahlen aus „seinem“ Bundesland veröffentlichte, die der Münchener Studie widerspre-



chen. Der besondere Trick liegt hier wahrscheinlich darin, daß Hirsch sich auf die „Kriminalitätsstatistik“, also das, was bei der Polizei als „tatverdächtig“ gemeldet wird, bezieht („FR“, 27.7.). Nun ja: der Herr Innenminister muß wenigstens den

Schein einer Begründung für die Einführung der „Jugendpolizisten“ haben, die auf die „kriminelle Generation“ angesetzt werden.

Kinderkommission Hamburg



Wissen Sie eigentlich, ob Ihr Kind im Laden stiehlt oder nicht?

Ladendiebstahl lohnt sich nicht!
DENK AN DIE FOLGEN!

Haft aus „erzieherischen Gründen“

Nachdem schon im letzten Jahr ein Wiesbadener Einzelrichter einen Schulschwänzer zu einem halben Jahr ohne Bewährung verurteilte, hat jetzt ein Schöffengericht in der gleichen Stadt einen 14-jährigen nach 40-tägiger Untersuchungshaft für ein Jahr in den Knast geschickt.

Der Junge stammt aus einer „gescheiterten Ehe“. Mit 11 Jahren wurde er zum ersten Mal beim Klauen erwischt. Er wurde in eine Reihe von Erziehungsanstalten und Heimen eingeliefert – dabei, so berichtet die „Frankfurter Rundschau“, „teilweise ... medikamentös 'ruhiggestellt'“.

Bis Herbst 1978 waren allein 40 Diebstähle bei der Polizei aktenkundig gemacht worden. Dann nahm ihn Ekkehard von Braunnühl zu sich, bekannt als „Erfinder“ und Theoretiker der „Antipädagogik“. Nach Ansicht des zuständigen Jugendamtes trat „eine erstaunliche Besserung“ im Verhalten des Jungen ein. Kurz nach seinem 14. Geburtstag wurde er aber aufs Neue bei zwei Diebstählen erwischt. Von Braunnühl wurde die Pflegschaft entzogen, ein neues Heim war nicht zu finden. Der Junge wurde zu einem Jahr Knast ohne Bewährung verurteilt. Die Urteilsbegründung ist furchterregend: „Die vorliegenden schädlichen Neigungen fordern, nachdem andere Maßnahmen wie Erziehungshilfe und Fürsorge ergebnislos waren, eine intensive erzieherische Behandlung und Beeinflussung des Jugendlichen. Deshalb und nicht wegen der Schwere der Schuld, muß Jugendstrafe von einer längeren Dauer ausgesprochen werden.“ („FR“, 28.7.). Damit ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwaltes (acht Monate) hinaus, denn:

„Die Erfahrungen in der Vollzugspraxis zeigen, daß bei schädlichen Neigungen Erfolge erzieherischer Art erst bei einer Strafdauer von mindestens einem Jahr erzielt werden können“.

Dieses Urteil ging selbst dem CDU-Landtagsabgeordneten Firnhaber zu weit, der anbot, den Jungen auf dem Gnadenwege aus dem Knast zu holen. Das ist offenbar inzwischen auch geschehen. Allerdings darf der Junge nicht zum „Antipädagogen“ Braunnühl – anerkanntermaßen die einzige Bezugsperson, die er akzeptiert – zurück, sondern muß in ein Heim, dessen Leiter aber immerhin mit Braunnühl befreundet ist.

Der 14-jährige aus Wiesbaden hat diesen Terror überlebt. Anders der 14-jährige Rudi A., der auch vor seinem 14. Geburtstag schon öfter beim Klauen erwischt worden war. Als er nach dem Geburtstag, jetzt strafmündig, klatete, schickte der Richter ihn in U-Haft. „Im öffentlichen Interesse“, so später der Oberstaatsanwalt, „ist es oft erforderlich, vor allem Serientäter aus dem Verkehr zu ziehen“. Der Junge kommt in in Einzelhaft, Verlegung in Gemeinschaftshaft mit anderen Jugendlichen wird abgelehnt: „Tut man die Jugendlichen zusammen, dann identifizieren sie sich von oben bis unten oder stellen anderen Unfug an“ (Der Anstaltsleiter). Die Mutter darf ihn Ostern nicht besuchen. Rudi A. erhängt sich. ... In Nordrhein-Westfalens Untersuchungsgefängnissen sitzen derzeit noch einige Dutzend vierzehn- bis sechzehnjährige. („Konkret“, 8/1979).

Kinderkommission Hamburg

Anzeige

Der Kinder wegen... Nr. 1

Zeitung der Initiative der Kinder wegen mit Beiträgen über –

- Pflegeeltern
- Kindergartenstreik
- Hausgeburten
- Alternative Wahlbeteiligung

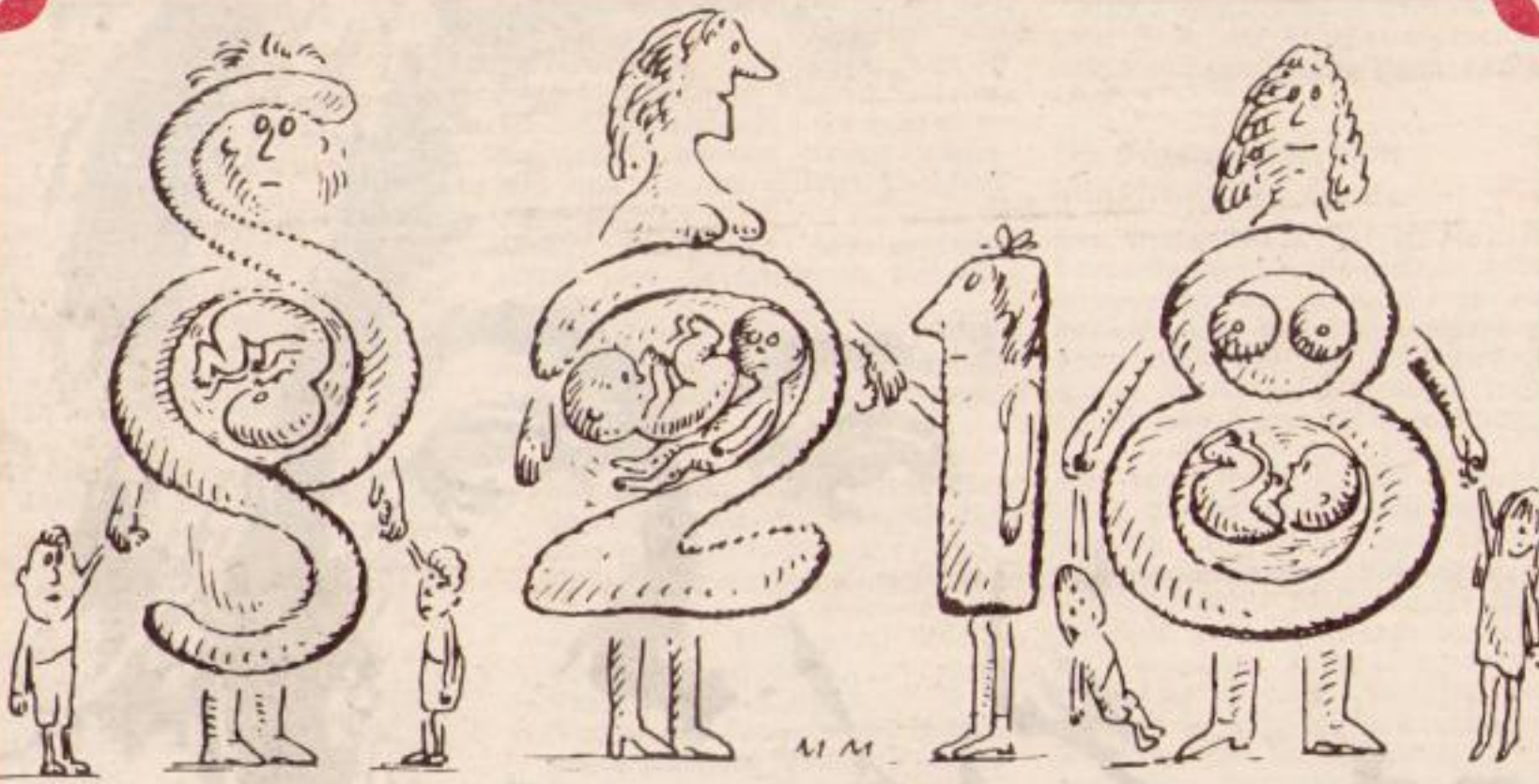
erhältlich über:
Christine Tigges
Friedrich-Wilhelm-Str. 7
28 Bremen

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 9.500

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



Für „Schwangerschaftskonflikt-Zentren“ – auch in Essen!

Die Arbeiterwohlfahrt plant in Essen ein „Institut für Schwangerschaftskonflikte“, angelehnt an das pro familia-Modell in Bremen. Dort sollen Frauen die Möglichkeit haben, unter menschenwürdigen Bedingungen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen; Laufereien von Institution zu Institution, demütigende Betteilen u.ä. sollen ihnen erspart bleiben.

Gegen dieses Projekt liefen im April dieses Jahres rechts-lerikale Kreise unter Führung von Ruhrbischof Hengsbach Sturm (vgl. AK160). Rund 4000 Menschen zogen damals in einem Schweigemarsch durch Essen (Hauptparole: „218 ist Holocaust im Untergrund“), 10 Jugendliche machten sogar einen Hungerstreik.

Empört über diese ungeheuerlichen Angriffe gegen ein Projekt, das die ohnehin schlechte Abtreibungssituation in Nordrhein-Westfalen zumindest etwas verbessern würde, trafen sich Frauengruppen und -zentren aus diesem Bundesland, um ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Es wurde beschlossen, ein breites Bündnis möglichst unter Einbeziehung der Arbeiterwohlfahrt herzustellen und am 22. September in Essen zu demonstrieren. Wir veröffentlichten den Aufruf hier-

zu in AK 160.

Nach Kontaktgesprächen waren der für das Projekt verantwortliche Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) bereit, die Aktion gemeinsam mit den Frauen der Frauenbewegung durchzuführen. Im Laufe der Zeit wurden beide dann aber empfindlich gebremst:

- Der AWO-Vorstand Niederrhein beschloß, sich nicht an der Demonstration zu beteiligen, da diese zeitlich in den Kommunalwahlkampf fällt; dadurch sei die „Überparteilichkeit“ der AWO nicht mehr gewährleistet. Das könne zugleich eine Gefährdung des Projekts bedeuten.

- Die ASF, vertreten durch die 1. und 2. Vorsitzende des Bezirks Niederrhein, war anfangs begeistert von der gemeinsamen Aktion mit der Frauenbewegung. Auf einer Vorstandssitzung wurde ein einstimmiger Beschluß zur Durchführung der Demo gefaßt. Eine Klausurtagung der Gesamtpartei Mitte August zeigte den ASF-Frauen allerdings deutlich, wie wenig ihre Meinung in der SPD gilt: Der Vorstandsbeschluß der ASF wurde aufgehoben!

Trotzdem setzen sich die 1. und 2.

Vorsitzende nach wie vor öffentlich persönlich stark für das Gelingen der Demo ein.

Gefreut haben wir uns auch über den relativ schnell gefaßten Beschluß des Juso-Bundesvorstandes, die Demo mitzutragen und finanziell zu unterstützen. Die Jusos schrieben hierzu in einem Brief vom 19.7.: „Wir teilen Eure Auffassung, daß die ohnehin schon verwässerte Reform des §218 nicht von konservativen und reaktionären Kräften unterlaufen werden darf. Wir wollen mit Euch zusammen wieder in die Offensive gehen.“ Insgesamt ist die Beteiligung an der Vorbereitung der Demo sehr breit, in kaum einer größeren Stadt in Nordrhein-Westfalen gibt es eine Frauengruppe, die nicht den Aufruf unterstützen würde. Selbst die Frauengruppen und -zentren, die schon lange keine §218-Arbeit mehr gemacht haben, werden aktiv. Auch die DFI beteiligt sich erstmals in diesem Rahmen an einem Bündnis mit der autonomen Frauenbewegung.

Für Schwangerschaftskonfliktzentren in Essen und überall!

Weg mit dem §218!

Frauenkommission NRW



EVA RATH

24.8.79

An
Arbeiterkampf
Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Lieber AK,

Dank für die gute Berichterstattung über unsere 'Frauenpartei in Gründung' (AK v. 6.8.79). Ich muss Euch nur in einem Punkt korrigieren: Die Frage, ob Männer in unserer Partei mitmachen werden, ist in unserer Gruppe überhaupt nicht mehr umstritten. Es ist für uns alle sicher: eine Frauenpartei ohne Männer wird es nicht geben. Natürlich haben wir alle lange und heiss über dieses Thema diskutiert, denn viele von uns hatten aus ihren eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen heraus Angst, dass sich 'mit den Männern die alten Macht- und Herrschaftsstrukturen' wieder einschleichen würden – und dabei vielleicht nicht bedacht, dass ja auch manche Frauen die männliche Machtbesessenheit verinnerlicht haben – wie wollen wir uns vor denen schützen? Unsere Fragen und Bedenken sind jedoch rein juristisch gelöst worden: nach dem Grundgesetz, einen unabhängigen Menschenrecht, sind Frauen und Männer vor dem Gesetz gleich, auch vor den Parteilengesetzen. Wir müssen uns diesem Gesetzesanspruch – und mit Sicherheit auch jedem Richterspruch, der nach einer entsprechenden Klage gefällt würde – beugen und Männern Zugang zu einer Frauenpartei einräumen.

So bleibt für eine 'Frauenpartei mit Männern' die Grundsatzfrage offen: Trauen wir Frauen es an, trotz mancher Verbitterung, mit Männern menschlich und vernünftig umzugehen, trauen wir Männern zu, das zu lernen, können wir uns gegenseitig erziehen aus menschlichen Miteinander?

Wir Frauen in der Vorbereitungsgruppe bejahen dies. Kernpunkt unseres Programms ist: Verzicht auf Gewalt, Macht- und Herrschaftsausübung, und das gilt dann für jedes Mitglied unserer Partei, ob Frau oder Mann.

Herzliche Grüße

Gra Gater



BREMER FRAUENHAUS

DOKUMENTATION 79



BREMER FRAUENHAUS

DOKUMENTATION 79



Dokumentation über das Bremer Frauenhaus

Seit dem Sommer 1976 arbeitet eine Reihe von Frauen für ein Frauenhaus in Bremen. Über diese Arbeit, Erfolge und Mißerfolge, Behinderungen, Finanzierungsprobleme, Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung und hauptsächlich über die eigene Arbeit berichtet nun eine Dokumentation, die die Frauen selbst erstellt haben.

Die Dokumentation ist gerade heute umso aktueller und notwendiger, als das Bremer Frauenhaus seit dem 1. August kein Geld mehr von der Stadt bekommt, weil die Frauen den Auflagen, die ihnen durch den §72 BSHG gemacht werden, nicht nachkommen wollen (z.B. keine Aufnahme auswärtiger Frauen, Beschränkung der Aufenthaltsdauer, feste Funktionseinteilung...). Die Bremer Frauen brauchen dringend Geld! SPENDENKONTO: Sparkasse in Bremen, Nr. 121 54 928. Die Broschüre ist zu beziehen über den Verein Bremer Frauenhaus, Frauen helfen Frauen e.V., Postfach 44 84 16, 2800 Bremen.

Frauenhäuser kein geeigneter Aufenthaltsort für Kinder?

In der Frankfurter Rundschau vom 16.8.1979 wird über einen ungeheuerlichen Vorgang berichtet: der Frankfurter Richter Friederici („Koryphäe in Familienrechtssachen“, „FR“) hat einer Mutter, die seit 9 Monaten im Frankfurter Frauenhaus des Vereins „Frauen helfen Frauen e.V.“ zusammen mit ihren 4 und 6 Jahre alten Kindern lebt, vorläufig das Sorgerecht entzogen! Begründung: „...weil dies (das Frauenhaus) für längere Zeit kein Aufenthalt für minderjährige Kinder ist“.

Die Kinder wurden zunächst dem Vater zugesprochen.

Schon mehrmals gab es Stellungnahmen von Fürsorgern und vor allem von Anwälten als Sachwalter prägelter Ehemänner, die dem Gericht empfohlen haben, einer im Frauenhaus lebenden Mutter das Sorgerecht für die Kinder zu entziehen. Besser bekommt den Kindern anscheinend das Zusammenleben mit dem Prügelmännchen, unter dessen Gewalttätigkeiten in der Regel auch die Kinder zu leiden haben.

Unseres Wissens konnten bislang alle diese Versuche abgewehrt werden – das Frankfurter Urteil ist insofern bahnbrechend.

Die Entscheidung reiht sich allerdings ein in die gängige Praxis, Frauen ihren Weg aus der Ehe und oft

jahrelangen Mißhandlungen in menschenswürdigere Verhältnisse möglichst schwer zu machen. Für diese Frauen wird demnach zu allen Zukunftsängsten (Wohnungssuche, Geldbeschaffung, Jobsuche usw.) die Angst um das Sorgerecht für die Kinder kommen.

Sehr interessant wäre in diesem Zusammenhang zu erfahren, was a - r u m das Frauenhaus nach Herrn Friederici kein geeigneter Aufenthaltsort für Kinder ist. Nachdem den Frauenhausgruppen alle möglichen Schwierigkeiten bei der Einrichtung und beim Betrieb eines Frauenhauses von den politischen Verantwortlichen gemacht werden, soll wohl mit Diffamierung auch noch nachgeholfen werden.

Eine Genossin aus Kassel



Buchbesprechung

„Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“

Vorbemerkung: Im AK 155 haben wir in einem Erfahrungsbericht „Ein Weg aus der Sackgasse?“ die Entwicklung unserer Frauenpolitik und Schulungsarbeit beschrieben. Jetzt wollen wir ein Buch vorstellen, das Teil unserer Schulung war.

Wir haben bereits geschrieben, daß wir die Texte gemeinsam lesen und dann diskutieren. Wir halten es allerdings für wichtig, aktuelle Fragen bezogen auf die Texte oder theoretischen Aussagen zu konkretisieren. So haben wir z.B. zu dem Text „Die Unterdrückung der Arbeiterin als Lohnsklavine“ folgende aktuelle Probleme mitdiskutiert: Ladenschlußgesetz, IGM-Frauenkonferenz, Lohnklagen, den Gesetzentwurf „Zur Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsplatz“, Teilzeitarbeit usw., wozu wir auch verschiedentlich Artikel für den AK geschrieben haben. Vielleicht macht die Buchbesprechung Euch auch neugierig, so eine Schulung durchzuführen. Wir möchten nochmal daran erinnern, daß nach den Sommerferien von uns Frauen-Schulungsgruppen zur Frauenpolitik durchgeführt werden. Interessierte Frauen können sich im Büro des KB melden. (040/43 53 46)

Karin Bauer beschreibt die Auseinandersetzung um Theorie und Praxis der proletarischen Frauenbewegung in den Jahren 1891 bis 1920. In diesem Zeitraum diskutierte die proletarische Frauenbewegung erstmals grundlegende theoretische Fragen der besonderen Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Produktion. Im „Ursprung der Familie“ schrieb Engels: „Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“ Der Anfang dieser Unterdrückung liegt im Sturz des Mutterrechts begründet, das durch eine Gesellschaft zu Fall gebracht wurde, in der das Privateigentum vorrangig als das Privateigentum des Mannes entstand. „Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts“ (Engels).

Von Bebel stammt der Begriff „doppelte Unterdrückung der Frau“. Einerseits leidet die Frau unter der sozialen und gesellschaftlichen Abhängigkeit von der Männerwelt, andererseits unter der ökonomischen Abhängigkeit.

Wie kam es zur doppelten Unterdrückung der Frau, die doch in der Urgesellschaft dem Manne gleichgestellt war? Engels zitierte dazu eine Notiz von Marx: „Die erste Teilung der Arbeit ist die von Mann und Weib zur Kindererzeugung“. Auf der Grundlage dieser ersten Arbeitsteilung, so Karin Bauer, fiel der Frau naturwüchsig auch die Versorgung der Kinder und der Familie zu. Aus diesem Zusammenhang ergab sich der Charakter der Produktion der Frau als Gebrauchswertproduktion, Produktion zum unmittelbaren Verbrauch. Die Produktion der Frau gelangte größtenteils nicht in die gesellschaftliche Warenzirkulation. K. Bauer schreibt dazu: Die Unmöglichkeit der Frau, in der Waren- und Tauschwertproduktion mit dem Mann zu konkurrieren, weil sie den größten Teil ihrer Arbeitskraft in die Gebrauchswertproduktion investieren mußte, bedingte ihre „welthistorische Niederlage“.

Gegen die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung der Frau nennt K. Bauer drei Kriterien, an denen jede Gesellschaft, die die Befreiung der Frau verwirklichen will, zu messen wäre:

— Erfüllt sie die Bedingungen für die Vergesellschaftung der Hausarbeit und Kindererziehung, sichert sie die Versorgung des Volkes mit jenen Ge-

brauchsgütern und sozialen Einrichtungen, die die Frau bisher in ihrer Hausarbeit herstellt oder ersetzt?

— Führt sie entschieden den Kampf zur Überwindung jener Ideologien, die die Versklavung der Frau an die Hausarbeit zu verewigen trachten?

— Ist sie fähig, die Arbeitsteilung der kapitalistischen Gesellschaft endgültig zu überwinden und die Frau in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in gleicher Weise wie den Mann am politischen, ökonomischen und sozialen Kampf teilnehmen zu lassen?

Die Unterdrückung der Arbeiterin als Lohnsklavine

Erinnern wir uns an das schon genannte Marx-Zitat: „... Weib und Kinderarbeit war ... das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie“. Engels hatte in England festgestellt: „Von den 419.590 Fabrikarbeitern des britischen Reichs (1839) waren 192.887, also beinahe die Hälfte, unter 18 Jahren, 242.296 weiblichen Geschlechts ... Sonach bleiben ... 96.599 männliche erwachsene Arbeiter oder 23 %, also kein volles Viertel der ganzen Zahl“.

Kuczynski nennt folgende Zahlen: In den Chemnitzer Spinnereien 1812 waren 31 % Arbeiter, 36 % Arbeiterinnen, 53 % Kinder tätig.

Zur Funktion der Frauen als industrielle „Reservearmee“ stellt K.B. dar: 1972 stellten Frauen 37 % der Erwerbstätigen. Nur 30,8 % der weiblichen Wohnbevölkerung waren erwerbstätig. Dagegen 58,3 % der männlichen Wohnbevölkerung. Bebel nennt vergleichbare Zahlen über den Anteil der Erwerbstätigen der weiblichen Wohnbevölkerung: 1882: 24,02 %; 1895: 24,9 %; 1907: 30,37 %. Theoretisch könnten auch 60 % Frauen berufstätig sein. Es besteht also ein ständiger Überschuß an weiblicher Arbeitskraft von 30 %, der immer, wenn es nötig tut, zur Verfügung steht. K.B. nennt das die „Erfüllung der klassischen Funktion der Reservearmee“. Indem die neuen Bewerberinnen auf dem Arbeitsmarkt dank ihrer „weiblichen Bedürfnislosigkeit“ die unverschämtesten Forderungen der Unternehmer zu befriedigen drohen, schwächen sie die Widerstandskraft der noch anderen Arbeiter(innen), werden sie, die „Opfer“ der Rationalisierung wiederum selbst zu Antreiber des Rationalisierungsprozesses.

Die niedrige Entlohnung von Frauenarbeit

K. Bauer zitiert nach Marx: Der Wert der Ware Arbeitskraft ist gleich dem jeder anderen Ware „bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit“. „Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln“. D.h., die Reproduktionskosten der Frau können nicht niedriger liegen als die eines Mannes. In der Realität sah es so aus, daß die Frauen 30% - 40% weniger Lohn als der Mann erhielten.

Die Begründungen lauteten:

— die geringe Körperkraft der Frau;

— die geringe Qualifizierung der

weiblichen Arbeitskraft, ihre mangelnde Ausbildung;

— die kurze Berufsdauer, das niedrigere Alter der Arbeiterinnen, die der Berufsarbeit der Frauen einen provisorischen Charakter verleihen;

— die geringeren Bedürfnisse der Frau;

— die höheren Krankheitsfälle, ihr Ausscheiden durch Schwangerschaften;

— die geringere Mobilität der Frau, die mit ihrem Arbeitsplatz an den Wohnsitz der Familie gefesselt ist.

Wie konnten die Frauen bei dem Niedriglohn überhaupt existieren?

— Eheschließung aus ökonomischem Zwang;

— Berufszweige mit Naturallohn in der Landwirtschaft, als Diensthöfnerin mit Kost und Logis;

— Gebrauchswertproduktion: Herstellung von Kleidern und Nahrungsmitteln im eigenen Haushalt;

— die Prostitution.

Bürgerliche Wissenschaftler meinten, dieses Problem durch die Forderung nach besserer Ausbildung lösen zu können. Man schlug ein Arbeitsplatzbewertungssystem vor, um damit den Nachweis zu erbringen, daß die Frauen gleichwertige Arbeit leisten.

Forderungen im Kampf um die Durchsetzung höherer Löhne:

— Ausgehend von der Tatsache, daß Frauen wie Männer gleiche Reproduktionskosten haben, muß die zentrale Forderung lauten: gleicher Mindestlohn für Frau und Mann.

Das Haupthindernis zur Durchsetzung dieses Ziels ist die mangelnde Organisation der Frauen, ihre dadurch bedingte Wehrlosigkeit, ihr häufiges Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß, ihre Rolle als Reservearmee.

Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Ausgangsbedingungen der männlichen und weiblichen Arbeitskraft nicht gleich sind, daß die Frauen durch die Belastung der zusätzlich zu leistenden Hausarbeit, die Besonderheiten des weiblichen Organismus, die Mutterschaft, eines besonderen Schutzes bedürfen. An erster Stelle steht hier die Forderung nach einer Verkürzung des Arbeitstages, aber auch Forderungen zur Entlastung der Frau von der Hausarbeit durch Kindergärten, Krankenhäuser etc.. Forderungen nach umfassendem Schutz am Arbeitsplatz sind ebenso notwendige Ergänzungen zur Forderung nach dem gleichen Lohn.

Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung

Die ersten Anfänge einer Frauenbewegung gab es während der bürgerlichen Revolution 1848/49. 1865 wurde der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ gegründet. Den Beginn der proletarischen Frauenbewegung datiert Clara Zetkin auf das Jahr 1869. Cl. Zetkin bestand immer auf einer grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses zur bürgerlichen Frauenbewegung. Sie sah diese Auseinandersetzung als entscheidende Voraussetzung für die Organisation von Arbeiterinnen. 1896 formulierte sie: „Der Emanzipationskampf der Proletarinnen ist nicht ein Kampf gegen die Männer, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. ... Trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen

nichts gemeinsames mit den Frauen der anderen Klasse. Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts“.

Die Schulungsarbeit und die Frauenbildungsvereine

Aus der Situation des Verbotes der politischen Betätigung in Vereinen oder Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie für Frauen entwickelten sich „Frauenbildungsvereine“. Der Schwerpunkt der „Bildungsvereine“ war die Arbeit unter den Hausfrauen. Nach dem Sturz des Vereinsgesetzes 1908 wollte die SPD die „Frauenbildungsvereine“ auflösen. Die Genossinnen setzten sich mit folgenden Begründungen ihr Fortbestehen durch:

— Auch im Proletariat sei die jahrtausendwährende „Minderentwicklung“ der Frauen nicht von heute auf morgen abzuschütteln; auch hier müsse es noch lange Kämpfe geben, bis die Gleichberechtigung der Frau Wirklichkeit werde.

— Es gäbe besondere Fragen und Probleme, worin die Frauen zu schulen seien, z.B. die Doppelbelastung der Frau in Haus und Beruf.

— Noch seien keine Parteiorganisationen in Sicht, die diese Rolle übernehmen könnten.

— Noch seien keine Parteiorganisationen in Sicht, die diese Rolle übernehmen könnten.

— Gerade aus den Bildungsvereinen seien in der Vergangenheit gute Agitatorinnen hervorgegangen.

— Den Vereinen sei es gelungen, auch solche Frauen zu schulen, die für die unmittelbare politische Organisation nicht oder nur sehr schwer zu gewinnen seien.

Hier finden wir Argumente wieder, die Lenin in einem Gespräch mit Clara Zetkin bewegten, neben der selbstverständlichen Organisation der kämpferischsten Frauen in den Reihen der Kommunistischen Partei auch „Organe, Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Abteilungen oder wie sonst man sagen mag“ zu fordern, „deren Aufgabe es ist, die breitesten Frauenmassen zu wecken“. Lenin nennt als Grund für die Notwendigkeit besonderer „Organe“ für Frauen: „Die unpolitische, unsoziale, rückständige Psyche dieser Frauenmassen, ihr isolierender Betätigungskreis, der gesamte Zuschnitt ihres Lebens sind Tatsachen. Es wäre töricht, sie nicht zu beachten, absolut töricht. Wir brauchen eigene Organe zur Arbeit unter ihnen, besondere Agitationsmethoden und Organisationsformen. Das ist nicht Feminismus, das ist praktische, revolutionäre Zweckmäßigkeit“.

In den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie um die Inhalte und Schulungsprogramme der „Frauenbildungsvereine“ forderte Clara Zetkin: Nicht Reformprogramme als Grundlage der Schulung für Frauen, sondern der grundsätzliche Teil des sozialdemokratischen Programms.

Die Agitation unter den Frauen

Innerhalb der proletarischen Frauenbewegung hatte sich schon früh durchgesetzt, daß Frauen und Männer zusammen in den Organisationen der Arbeiterbewegung kämpften. Die besonderen Bedingungen der Frau

Fortsetzung nächste Seite



A. Keil

Fortsetzung von Seite 26

nicht außer acht lassend, waren Formen entwickelt (wie die „Frauenbildungsvereine“), die Frauen zu organisieren. Doch die Frage hieß immer: Wie können wir die Massen der unorganisierten proletarischen Frauen erreichen? Unzählige Frauen kamen nicht in die Versammlungen; eine große Zahl konnte nicht kommen, da sie durch Hausarbeit, Kindererziehung und Lohnarbeit nicht die Zeit und die Kraft hatten. „Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, muß Mohammed zum Berg gehen“, so Clara Zetkin. Und weiter: „Wir müssen den Frauen den Sozialismus durch eine planmäßige schriftliche Agitation bringen. Flugblätter, kleine Flugblätter, die eine einzige praktische Frage unter einem einzigen Gesichtswinkel erörtern, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, das ist die Hauptsache“. Auf einer Frauenkonferenz in Mainz, 1900, wurden Beschlüsse für die Frauenagitation gefaßt:

- Eine fünfköpfige Kommission, die regelmäßig Frauenflugblätter und -broschüren erstellen soll, wird in Berlin eingerichtet. Daneben sollen weiterhin lokale Flugblätter erscheinen.
- Die Arbeiterpresse soll der Frauenfrage regelmäßig einen Platz einräumen.
- In regelmäßigen Abständen sollen Frauenkonferenzen einberufen werden, auf denen die Genossinnen ihre Erfahrungen austauschen und Beschlüsse für die Gesamtpartei vorbereiten können.

Das Frauenbüro in Berlin gab in Millionenaufgabe Flugblätter heraus zu den Themen Arbeiterinnen und Mutterschutz, für den Acht-Stunden-Tag, für aktives und passives Frauenwahlrecht.

Für den Arbeiterinnenschutz

Hatte Clara Zetkin noch 1889 in Paris in Abgrenzung gegen eine generelle Beschränkung der Frauenarbeit erklärt, daß nur der Zustand einer schwangeren Frau besondere Schutzmaßnahmen brauche, forderte sie im Gothaer Programm, überzeugt durch die Realität, das Verbot ... aller „die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden“ Frauenarbeit. Tatsache war: Die Lungenschwindsucht betrug in Berlin 1890/93 für Arbeiterinnen 44,1 %, für die Schneiderinnen 48,6 %. Besonders kraß war die Säuglingssterblichkeit in den Bleiweiß-, Phosphor- und Spiegelbelegfabriken. In einer dieser Fabriken kamen auf 27 Schwangerschaften 22 Fehl- und vier Totgeburten und nur ein lebend

geborenes Kind. Die Frauen der dort arbeitenden Männer hatten bei 141 Schwangerschaften 82 Fehl-, vier Früh- und fünf Totgeburten. Von 50 lebend geborenen Kindern starben 20 bis zum ersten, 15 bis zum zweiten und 14 bis zum dritten Lebensjahr und nur vier wurden über fünf Jahre alt.

Ein gesetzlicher Arbeiterinnenschutz war die dringende Notwendigkeit.

Die 2. Internationale in Zürich verabschiedete Maßregeln, für die die Arbeitervertreter aller Länder einzutreten hatten:

1. Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages für Frauen und eines sechstündigen für Mädchen unter 18 Jahren.
2. Festsetzung einer ununterbrochenen Ruhezeit von 36 Stunden pro Woche; ein Jahr später wurden 42 Stunden gefordert.
3. Verbot der Nachtarbeit.
4. Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädigenden Betrieben.
5. Verbot der Arbeit schwangerer Frauen zwei Wochen vor und vier Wochen nach der Niederkunft; ein Jahr später: zwei Monate vorher und sechs Wochen nachher.
6. Anwendung obiger Maßregeln auf alle Frauen, welche in Fabriken, Werkstätten, Läden, in der Hausindustrie oder als Landarbeiterinnen beschäftigt sind.

Widersprüche gab es schon gegen diese Forderungen. Die belgischen Genossinnen meinten, daß damit die Konkurrenzfähigkeit der Frau eingeschränkt würde und daß Tendenzen, die Frau aus der Erwerbstätigkeit hinauszudrängen, auftreten würden. Ein weiteres Gegenargument war: Alle Forderungen müßten für die gesamte Arbeiterklasse, nicht nur im besonderen für die Arbeiterin aufgestellt werden. Im Hintergrund der besonderen Schutzforderungen für Frauen stehe die alte Theorie von der „Unterbürtigkeit“ und minderen Leistungsfähigkeit der Frau. Die einzige richtige Stoßrichtung sei, die Frauen mehr als bisher für die Organisationen der Arbeiterklasse zu gewinnen und für die gesamte Arbeiterschaft mehr Schutz durchzusetzen.

Clara Zetkin antwortete darauf: „Die Gesetze der Nationalökonomie beweisen, daß Arbeiterinnenschutzforderungen niemals zu Massenentlassungen von Arbeiterinnen geführt haben. Für diese müßte der Kapitalist ja die teurere Arbeitskraft des Mannes kaufen. ... Nur durch den verkürzten Arbeitstag und verbesserten Arbeitsschutz setzt man die Frauen überhaupt in die Lage, sich organisieren zu können.“

ren zu können...“

Die gesetzliche Durchsetzung eines Teils der Arbeiterinnenschutzbestimmungen gelang dann endlich 1908.

Die Forderungen zum Mutterschutz

Der Mutterschutz war ein Teil der Forderungen des allgemeinen Arbeiterinnenschutzes, doch die Frage ging konkret um die Lohnfortzahlung, wenn die Frau den Mutterschaftsschutz in Anspruch nehmen sollte. Die Frauen waren daher gezwungen, bis zur Geburt zu arbeiten. 1902 kam von Lily Braun der Vorschlag einer staatlichen Mutterschaftsversicherung, finanziert durch höhere Einkommenssteuer. 1906 nahm der Sozialdemokrat Molkenbuhr diesen Plan auf, doch Käthe Duncker erhob die Forderung: keine Unterstützung durch eine besondere „Versicherung“, sondern die allgemeinen Krankenkassen haben die Unterstützung zu tragen. Eine Resolution zum Mutterschutz umfaßte vier Punkte:

1. Verbot aller gesundheitsschädlichen Frauenarbeit, Achtstundentag usw.
2. Wöchnerinnenschutz acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt, 13 Wochen für stillende Mütter nach der Geburt.
3. Einführung der obligatorischen Wöchnerinnenunterstützung durch die Krankenkassen in Höhe des durchschnittlichen Verdienstes.
4. kostenlose medizinische Betreuung, Einrichtung von Kliniken.

Das 1911 verabschiedete Reichsversicherungsgesetz beinhaltete lediglich die Krankenversicherung für erwerbstätige Frauen, nicht für Hausfrauen.

Zwei Jahre später wurde über Geburtenrückgang von der Bourgeoisie geklagt. Ein Gesetz wurde verabschiedet, das den Verkauf von Verhütungsmitteln verbot. Die „Gleichheit“ (Sozialdemokratische Frauenzeitung) schrieb: „Den Geburtenrückgang durch Gesetzesparagrafen und Büfelfelschnüffelei wider den Vertrieb und Verkauf empfängnisverhütender Mittel aufhalten wollen, ist Verblendung und Selbstbetrug oder Heuchelei“. Der wirkliche „Massenmörder“ Tausender geborener und ungeborener Kinder sei das kapitalistische System.

Einige Monate später bestätigte der Ausbruch des ersten Weltkrieges diese These.

(Karin Bauers Buch „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“ ist erschienen im Oberbaumverlag und kostet 19,80 DM)

Eine Hamburger Genossin

Wehret den Anfängen!

Liebe Genossinnen der AG-Frauen!

Wir drei (Frauen) sind gemeinsam in den Urlaub gefahren und führen hier unsere Diskussion um die Frauenfrage und ihre Bedeutung für uns weiter. In einer dieser Diskussionen sind wir auch darauf gestoßen, daß Frau in letzter Zeit immer häufiger von „Männergruppen“ hört, die sich hier und da gegründet haben sollen. Wir haben dieses Thema sehr heiß diskutiert und würden gern mit der Darstellung unseres Standpunktes eine Debatte im AK darüber anleiten. Wir vermuten, daß nicht nur die Männer bzw. Genossen sich durch unseren Standpunkt auf den Schlips getreten fühlen, sondern daß auch viele Genossinnen Widersprüche dazu haben. Über zahlreiche Leser(innen)briefe und insbesondere auch eine Stellungnahme von euch würden wir uns freuen.

Der Anspruch von Männern, untereinander besser über ihre Schwierigkeiten und Probleme sprechen zu lernen, ein emotionaleres Verhältnis zueinander zu finden und ihr Verhalten in Bezug auf Frauen und ihre männliche Rolle insgesamt zu hinterfragen, ist von unserer Seite her begrüßenswert. Wir halten es aber für notwendig, daß die Männer sich bewußt machen, wem sie in ihrer Rolle als Mann dienen und was sie selbst dadurch produzieren.

Eine schwierige Aufgabe für die Männer ist es dabei, die Mechanismen herauszuarbeiten, mit deren Hilfe sie in die männliche Rolle in dieser Gesellschaft gedrängt werden und wie sie diese wiederum zum eigenen Vorteil auszunutzen lernen.

Diese Gründe und auch die „Motivation“, Frauen in ihrem Kampf zu unterstützen, lassen Männer zu der Überlegung kommen, sich in sog. „Männergruppen“ zu organisieren. Einer solchen Organisation von Männern (und gerade auch Genossen) sollten wir als kommunistische Frauen allerdings scharf entgegenstellen:

Unsere Aufgaben in der Frauenbe-

wegung zielen darauf ab, die Männer praktisch in allen die Frauen unterdrückenden Verhaltensweisen anzugreifen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, die Frauen auch nur im kleinsten Bereich weiterhin einzuschränken.

Gleich nach der Klassenfrage ist die Frauenfrage für uns der wichtigste zu lösende Widerspruch, denn es zeigt sich doch gerade in den Ländern des „realen Sozialismus“, daß die Verge-sellschaftung der Produktionsmittel zwar der erste Schritt hin zur klassenlosen Gesellschaft ist, daß die weiterhin praktizierte Unterdrückung der Frau (z.B. durch Propagierung der Kleinfamilie etc.) jedoch einen Stützpfeiler für die Herrschaft der neuen Funktions- und Bürokratenklasse darstellt.

Die Lösung der Frauenfrage würde die Grundlage dafür schaffen, daß alle weiteren Unterdrückungsverhältnisse aufgehoben werden können. Denn was würden die „realen Sozialisten“ dazu sagen, wenn parallel dazu auch noch die Kinder, Alten, Behinderten, Lesben, Schwulen, Ausländer usw. ihre Ansprüche konsequent geltend machen und endlich voll losgelassen? Das würde ein Fest geben ...!

Um den Kapitalismus abzuschaffen, müssen wir das Bündnis mit den Männern der Arbeiterklasse eingehen. Wir sollten uns allerdings klarmachen, daß dieses Bündnis nur ein taktisches sein darf, denn wir kämpfen letztendlich auch gegen die Interessen der Männer! (Unserer Meinung nach sollten deshalb auch alle Genossinnen Frauenpolitik machen).

Diesen unseren Kampf können Männer niemals unterstützen, denn er richtet sich gegen ihre elementaren Bedürfnisse und ihre Persönlichkeitsstruktur: Männer haben gelernt, ihre „Persönlichkeit“ in erster Linie über männliche Normen und Werte und die daraus folgenden Verhaltensweisen zu definieren. Jeden Tag können wir feststellen, daß ihre Sexualität eine andere als unsere ist, daß ihr Auftre-

ten und ihr Gebilde uns anätzt, daß auch nach wie vor Genossen sich „mit Frauen schmücken“, daß wir für sie in den Beziehungen Ruhepolster sind, daß sie sich bei uns aussprechen können, kurz: daß sie uns zu ihrer männlichen Regeneration gebrauchen!

Es hieße, sämtliche Erkenntnisse der Arbeiter(innen)bewegung auf den Kopf zu stellen, wollten die Unterdrücker den Unterdrückten anbieten, ihnen bei der eigenen Liquidierung behilflich zu sein. (Auf an Formulierungen hochgeheilte Leserbriefe von Männern können wir verzichten, vielleicht können sich die Genossen diesmal ausnahmsweise auf die Inhalte beschränken — die „Liquidierung“ bezieht sich natürlich auf eure Rolle als Macker!).

Eine Organisation dient grundsätzlich der Stärkung und Solidarität. Die Verschärfung der Widersprüche zwischen Männern und Frauen, die sich zwangsläufig durch eine konsequente Frauenpolitik ergeben muß, wird auch zwangsläufig einen Solidarisierungseffekt der Männer — vor allem in Männergruppen — gegen die Frauen zur Folge haben:

Aufgrund der Erfahrung, daß sich Männer untereinander in ihren männlichen Verhaltensweisen noch bestärken und erst dann vorsichtiger werden, wenn sie mit selbstbewußten Frauen konfrontiert sind, ist die Schlußfolgerung die, daß sie — in Bedrängnis durch die Frauen gekommen — sich selbst stärken und sich gegenseitig vermitteln werden, daß sie „ja trotz allem gar nicht so übel“ seien. Der nächste Schritt für sie ist dann, sich gemeinsam gegen die Bedrohung durch uns zur Wehr zu setzen. Deshalb sagen wir:

**MÄNNERGRUPPEN — NEIN DANKE
WIR VERZICHTEN AUF DIE
HÄLFTE DES HIMMELS UND
VERLANGEN DAFÜR 52% DER
MACHT AUF DER ERDE!**

An., Bi., Ba. — auf Urlaub in der Bretagne

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
 Büro
 Schlüterstraße 4
 2000 Hamburg 13
 Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
 Peter Petersen
 Postlagerkarte 098245 A
 239 Flensburg

Geestacht
 Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
 Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
 vor Hertl

Kappeln
 Dagmar Schneider
 Postlagernd
 234 Kappeln

Kiel
 H. Lankau
 Postlagerkarte 09 88 93 A
 2300 Kiel 1
 Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
 Büchertisch Universität/Mensa
 Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
 und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
 Holstenstraße zwischen „Kieler
 Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
 nus“

Lübeck
 ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
 Mühlenstraße 39
 24 Lübeck 1

Neumünster
 Angelika Schuknecht
 Joachimstraße 29
 2350 Neumünster
 04321/46598

Ost-Holstein
 (Eutin, Plön, Malente)
 H. Lankau
 Postlagerkarte A 022 854
 242 Eutin
 Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
 am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 926
 208 Pinneberg

Reinbek
 Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
 Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
 KB c/o arbeiterbuch
 Sonnenstraße 8
 2850 Bremerhaven
 Tel. 0471/47597
 Di-Fr. 13.30 - 18.30
 Sa. 9.30 - 14.00
Bremen
 ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
 Am Schwarzen Meer 104
 28 Bremen 1
 Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378
 33 Braunschweig
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 bis 12 Uhr vor Karstadt
 Nordersteinstraße

Emden
 Postlagerkarte 0 674 58 A
 297 Emden

Göttingen
 Buchladen Rote Straße
 Rote Straße 10 z.Hd. KB
 34 Göttinger

Hannover
 V. Campen
 Postfach 1262
 3 Hannover 1

Hildesheim
 Postlagerkarte A 019 084
 32 Hildesheim
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
 Postlagerkarte A 017 890
 314 Lüneburg
 Sonnabend Bäckerstr.
 11 bis 13 Uhr

Stade
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
 Postlagerkarte 070 178 A
 29 Oldenburg

Wolfsburg
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
 G. Wißmeier
 Postfach 22
 6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
 J. Reents Vertriebsbüro
 Buddenstr. 9
 48 Bielefeld
 Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
 Postlagerkarte A 056 011
 463 Bochum
 Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
 Kortumstr./Innenstadt
 Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
 Uni/Mensa

Duisburg
 Postlagerkarte 080 190 A
 41 Duisburg

Essen:
 Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
 Nähe Kurienplatz.
 Den AK gibt's außerdem in Buchh.
 H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
 Buchladen Bundschuh, Tiegelerstr. 39
Kamen
 Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
 Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
 in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
 Postlagerkarte A 0067 45
 4050 Mönchengladbach
 Verkauf jeden Sonnabend
 von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
 (Fußgängerzone)

Köln:
 Dienstag:
 Büchertisch-Fachhochschule für
 Sozialarbeit
 Mittwoch: Büchertisch — Uni

Hessen

Darmstadt
 Edwin Herrmann
 Am Eichbaumeck 52
 61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
 S. Lissner
 Rödelheimer Str. 13
 6000 Frankfurt 90

Kassel
 F. Rohs
 Postfach 10 31 43
 3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
 schriftlich über Buchladen Jos Fritz
 schriftlich über Buchladen Jos Fritz
 c/o Kommunistischer Bund
 Wilhelmstraße 15

Heidelberg
 AK-Lesekreis jeden Montag und
 Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
 Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
 080 845 B
 AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr
 Mensa Triplex

Karlsruhe
 Heidi Zorn
 Humboldtstr. 13
 75 Karlsruhe

Stuttgart
 Postlagerkarte 924 B
 7000 Stuttgart 1

Mannheim
 „Der Andere Buchladen“
 co. KB-Sympathisanten
 M 2,6
 6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
 Verkauf jeden Dienstag
 Büchertisch 11-13 Uhr
 Gesamthochschule

Landshut
 A. Fierbeck,
 Postfach 2413,
 83 Landshut
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 - 12 Uhr
 Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
 P. Tröstler
 Postfach 150472
 85 Nürnberg

Würzburg
 Postlagerkarte 079303 A
 8700 Würzburg
 Verkauf mittwochs nach
 AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
 Eisenbahnstr. 4
 1 Westberlin 36

„Wir wollen kein Volk unter Waffen“ (Presseerklärung)

„In den 80er Jahren müssen möglicherweise auch Frauen zur Bundeswehr“, diese Erklärung des Wehrbeauftragten des Bundestages, W. Berkhan, setzt die Kampagne fort, mit der bereits Anfang des Jahres verschiedene Politiker und Zeitungen versuchten, unter Hinweis auf eine drohende Personalknappheit der Bundeswehr den Frauen den Gedanken an den Wehrdienst als Schritt der Emanzipation schmackhaft zu machen. Berkhan Überlegungen gehen sogar soweit, das Grundgesetz zu ändern, um auch eine Ausbildung an der Waffe zu ermöglichen.

Die von Berkhan angeführte Begründung des Personalmangels und die frauenfeindliche Politik in den meisten anderen Bereichen des öffentlichen Lebens zeigen u.E., daß das Argument der Emanzipation in diesem Zusammenhang demagogisch und völlig unernsthaft ist.

Zum anderen können wir die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr und eine Ausbildung an Waffen beim besten Willen nicht als Akt der Emanzipation begreifen. Im Gegenteil: Durch die Einordnung in eine Armee, die Unterordnung unter das Prinzip „Befehl und Gehorsam“, die Ausbildung an immer perfekteren Massenvernichtungswaffen, die Erziehung zum Töten, usw. werden dann auch die Frauen direkt in die Tötungsmaschine einbezogen. Aus unserer grundsätzlichen Ablehnung von Krieg und Kriegsdienst und der Erkenntnis, daß Armeen letztlich immer zu Kriegen führen, lehnen wir diesen weiteren Schritt der Militarisierung ab.

Gerade angesichts des bevorstehenden 40. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges möchten wir daran erinnern, daß sich schon die Nazis durch die Heranziehung zur Arbeit in der Rüstungsindustrie, als Wehrmachtshelferinnen, im Reichsarbeitsdienst usw. der Frauen in furchtbarer Weise bedient haben.

Wir protestieren auf Schärfste gegen alle derartigen Pläne, wir wollen kein Volk unter Waffen.

Frauen zum Bund – Nein dankel

Aktionskreis Friedenswoche und AG Frauen und Bund
Göttingen, 22.8.79

Kontakt:
Michael Hülsmann
Düstere Eichen Weg 13
3400 Göttingen
Tel.: 56603

(Der Aktionskreis Friedenswoche setzt sich aus folgenden Göttinger Gruppen zusammen: „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“, „Gewaltfreie Aktion“, DFG/VK, Sozialistischer Hochschulverband, Kommunistischer Bund, AG Frauen und Bund, AK Frieden der Christuskirche)

Frauen zum Bund – wir sagen nein! (Presseerklärung)

Vor 40 Jahren – am 1. September 1939 – begann mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen der 2. Weltkrieg.

Als 1949 die Bundesrepublik gegründet wurde – die Erinnerung an den Krieg war noch wech – hätte niemand gewagt, von Wehrdienst zu sprechen, geschweige von einer Heranziehung der Frauen zu einem militärischen Dienst. Heute sprechen Vertreter der Regierung, der Opposition und der Bundeswehr von Frauen-Militärdienst. Sollte Franz-Josef Strauß Bundeskanzler dieses Landes werden, so droht die Gefahr, daß es nicht beim Strammstehen bleibt.

Frauen-Dienstpflicht würde unsere Gesellschaft von Grund auf militarisieren. Frauen-Dienstpflicht stünde der Aufgabe entgegen, auf den Frieden zu orientieren und zur Abrüstung beizutragen. Man will die Frau mit der Behauptung gewinnen, militärischer Frauendienst sei ein Schritt zur Gleichberechtigung. Es macht uns mißtrauisch, wenn Politiker die Gleichberechtigung preisen, die uns andererseits das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper verweigern und Abtreibungen gar mit den Judenmorden in Auschwitz vergleichen. Frauen-Militärdienst heißt nicht mehr Gleichberechtigung, sondern gleiches Unrecht für alle. Hier wird unser Emanzipationsbestreben mißbraucht.

Daher unser Protest gegen jede Absicht, militärischen Frauendienst bei der Bundeswehr einzuführen – in welcher Form auch immer.

UNTERZEICHNER

Frauengruppe Kellinghusen Wrist
Eva Rath
Frauengruppe Heide
Frauengruppe Husum
DFI, Kiel
Frauen aus der PH FG Kiel
Frauen aus dem Frauenzentrum Kiel
Landesvorstand der ASF Schleswig-Holstein
AG Frauen der LDU Flensburg
Freitagsfrauengruppe Lübeck
Frauen des Vereins „Frauen helfen Frauen e.V.“, Lübeck
Mitarbeiterinnen des Frauenhauses Lübeck
Uechi Weinert, Förderverein der LDU, Lübeck
Frauengruppe „Wehrt Euch“, Ahrensburg



Hamburger Frauengruppen sagen zur Bundeswehr: NEIN DANKE!

Am Vorabend des Antikriegstages fand in der Markthalle eine Veranstaltung statt, der heute (leider) eine Art Seltenheitswert zukommt: Vertreterinnen der unterschiedlichsten politischen Organisationen, zwischen denen normalerweise aufgrund von Unvereinbarkeitsbeschlüssen noch nicht einmal ein Gespräch möglich ist, saßen hier gemeinsam auf dem Podium, um über die Frage der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu diskutieren. Neben Vertreterinnen der der ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), des DGB und der DGB-Jugend diskutierten Frauen aus der DFI, der DFU, DFG/VK, eine Widerstandskämpferin aus der VVN, eine Redakteurin der Frauenzeitung „Courage“, eine Vertreterin der Buntten Liste, sowie Peggy Parnass und Dorothee Sölle.

Darüberhinaus wurde die Veranstaltung von einem noch größeren Spektrum von Organisationen unterstützt: u.a. ASTA-Referat Frauen, BdWi, BIFF, BUU, DJU, DKP, Frauen-Kultur-Gruppe, Frauen-Künstler-Initiative, FG-Erzieherinnen, Initiative „Beendet das Wettrüsten“, Jusos, SDAJ-Frauengruppe, Judos, Graswurzel – insgesamt über 20 Organisationen.

Im ersten Teil der Veranstaltung wurde in verschiedenen Redebeiträgen einhellig das demagogische Argument widerlegt, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr würde uns „mehr Gleichberechtigung“, „mehr Emanzipation“ bringen. Besonders beeindruckend war hier der Beitrag der 72-jährigen Widerstandskämpferin, die ihre Erfahrungen aus dem Hitler-Faschismus, ihren langjährigen KZ-Aufenthalt der zynischen „Gleichberechtigungsthese“ gegenüberstellte und alle Frauen aufrief, genauso wie sie gegen den Krieg zu kämpfen. Beeindruckend war auch der Beitrag von Dorothee Sölle, die von christlicher Seite gegen die Frauen-Militarisierung Stellung nahm und ihre Meinung zur augenblicklichen Diskussion mit dem Satz zusammenfaßte: „Ich habe Angst vor der wachsenden Militarisierung!“

Während in diesem Teil der Diskussion keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten deutlich wurden, kamen die unterschiedlichen Positionen im zweiten Teil der Veranstaltung an die Oberfläche, als um die Frage der Einschätzung der Militarisierung und der Perspektive des Kampfes gegen die Frauenmilitarisierung gestritten wurde. Hier war die Auseinandersetzung ein Abbild der Widersprüche, die heute in der antimilitaristischen und Friedens-Bewegung existieren, insbesondere zur Frage der Einschätzung der Kriegsgefahr und der Beurteilung der verschiedenen Abrüstungsverhandlungen, in denen ein Teil der Friedensbewegung einen „weltweiten Willen zur Entspannung“ zu erkennen meint.

Es wäre ein wirklicher Fortschritt, wenn die an diesem Abend begonnene Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Positionen in solidarischer Art weitergeführt werden könnte, und wenn es auch weiterhin, trotz bestehender politischer Differenzen, zu gemeinsamen Aktivitäten gegen die Frauenmilitarisierung und die wachsende Kriegsgefahr kommen würde.

Zuguterletzt sollen auch diejenigen nicht unerwähnt bleiben, die durch ihre kulturellen Beiträge die recht lange Diskussion auflockerten: Die Frauen-Kultur-Gruppe und zwei Kinder mit antimilitaristischen und antifaschistischen Liedern, Margot Schröder mit einem Gedicht, sowie – im Anschluß an die Veranstaltung – die „Druckknöpfe“ mit guter Rockmusik.

Alles in Allem:
Ein Beispiel, das Schule machen sollte!

Eine Teilnehmerin

Schulenhetze
a la USA –
eine Anzeige
der „Evangelischen
Allianz“ in der
„Mittelhessischen
Anzeigenzeitung“

Achtung, Eltern! Homosexuelle auch in Gießen!

Es ist geradezu eine Ironie, daß im „Jahr des Kindes“ Homosexuelle bei ihrem Treffen „Homolulu“ am 28. Juli in Frankfurt/Main – wie in der Presse berichtet wurde – für eine Straffreiheit für gewaltlose sexuelle Beziehung mit Kindern eintreten.

Während man sich im Jahr des Kindes für den Schutz und das Wohlergehen des Kindes einsetzt, beschuldigen Männer in ihrer schändlichen Leidenschaft und im Schmutz der Unmoralität, wider-natürlichen Sex in wilder Gier und Schamlosigkeit an Kindern zu verüben. Hierzu erwarten sie noch den Schutz des Gesetzes, obwohl sie durch solches Handeln Kinder physisch und psychisch erheblich schädigen und geradezu kaputt machen.

Hier ist doch das Maß der Dreistigkeit und Schlechtigkeit übervoll, und alle Eltern seien gewarnt vor dem, was sich hier anbahnt. Eltern, schützt Eure Kinder vor solchen unzüchtigen Menschen!

Daß Homosexuelle auf die Straße gehen und Forderungen stellen, ist nicht neu. Das erste „Homolulu“ fand bereits vor ca. 4000 Jahren in Sodom statt. Besucher dieser Stadt wurden von rabiaten Schwulen stark belästigt (nachzulesen im 1. Buch Mose, Kap. 19, 1–11).

Diese sittliche Entartung brachte Sodoma Vernichtung. Auch später sind große und berühmte Völker an Sittlosigkeit untergegangen. Auch die Bundesrepublik steht in Gefahr; denn Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben (aus Sprüche 14, 34).

In diesem Zusammenhang muß noch gesagt werden, daß sich nicht alle Homosexuellen und Lesben in ihrer Rolle wohl fühlen. Im Gegenteil – es leiden viele unter ihrer Abnormität und möchten gern aus diesem Kreis ausbrechen. Aber wie – das ist die Frage.

Diesen kann gesagt werden, daß es eine Befreiung von diesem Laster gibt (was auch schon manche erfahren haben), nämlich durch Jesus Christus, der in der Lage ist, ein solches Leben völlig umzukrempeln und neu zu machen durch eine echte Buße (Sinneränderung), durch Sündenvergebung und neues Leben mit Jesus Christus.

Dies ist die Chance für uns alle, nicht nur für Homosexuelle und Lesben.

Dieter Boy,
1. Vorsitzender der Ev. Allianz Gießen
Marburger Str. 37, 6300 Gießen

Die „Mittelhessische Anzeigenzeitung“, ein in Gießen erscheinendes Werbeblatt des regionalen Kleinunternehmertums, das in Auflagen von mehreren hunderttausend Stück kostenlos an die Haushalte (Briefkästen) verteilt wird, brachte in ihrer Ausgabe vom 16.8.79 die hier wiedergegebene Hetzanzeige gegen Homosexuelle. Der Inhalt dieser Anzeige ist ganz im Stil der religiös aufgemachten Hetzkampagnen der „Rettet unsere Kinder“-Gesellschaft der Anita Bryant abgefaßt: „Sittliche Entartung“, „Untergang“, „Gefahr für die Bundesrepublik“, „Laster“, „Wilde Gier“, „Schändliche Leidenschaft“ sind Begriffe, die in Verbindung mit „Buße“, „Sündenvergebung“, usw. aus der Giftküche des Klerikalfaschismus stammen. Recherchen der AG Schwule haben ergeben, daß es sich bei der „Evangelischen Allianz“ um einen bundesweiten Zusammenschluß von evangelischen Kirchen handelt, einer Art übergeordnetem Gremium, in welches die einzelnen Kirchen Delegierte entsenden. Das Schwergewicht liegt bei den sog. „Freien Kirchen“, also allen Spielarten des Baptismus, Methodismus usw. Die „Evangelische Allianz“ gibt

einen regelmäßigen Infodie heraus. Anschrift: Postfach 1824, 6330 Wetzlar, Tel.: 06441-45522. Für 1980 plant die Allianz ein „Missionsjahr“, um „das Volk wach zu rütteln“.

Welche Stoßrichtung solch ein „Missionsarisches Jahr“ haben wird, geht aus jener Anzeige bereits hervor: Das „Gesunde Volksempfinden“ soll aufgefrischt und mobilisiert werden. Da Homosexuelle in der bürgerlichen Öffentlichkeit generell als „Kinderschänder“ angesehen werden, wird unter dem Deckmantel „Rettet unsere Kinder“ eine Kampagne gegen die „offene“ Homosexualität stattfinden, die daher alle Schwulen betrifft, nicht nur die Päderasten.

Weil wir aus dem „Kreuzzug“ der „Save our Children“ in den USA bereits wissen, welche Erfolge eine derartige Hetze hat, müssen derlei Anzeigen sehr ernst genommen werden, zumal gerade durch die zunehmende Rechtsentwicklung (z.B. Straußkandidatur) der Boden für derartige Kampagnen bereitet ist! Zieht Euch warm an!!

AG Schwule im KB

Die „Evangelische Allianz“ gibt AG Schwule im KB

Homosexuelle und Lesben natürlich auch in Gießen

und zwar nach der Statistik etwa fünftausend, denn wir haben keinen Anlaß anzunehmen, daß in Gießen mehr oder weniger Schwule und Lesben leben als in anderen Städten auch. Und noch immer verstecken sich die meisten und lassen sich von der in der Gesellschaft vorherrschenden Ablehnung in ein unwürdiges Doppelleben hineinzwängen. Sie wollen dadurch der Verachtung von Verwandten, Arbeitskollegen und Nachbarn entgehen, ihren Arbeitsplatz nicht gefährden und die Benachteiligungen vermeiden. Denken Sie nicht, daß wir übertreiben, denn das sind unsere täglichen Erfahrungen.

Am 16. 8. 79 veröffentlichte die „Evangelische Allianz“ in der Gießener Presse den Artikel „Achtung Eltern! Homosexuelle auch in Gießen“, dessen Vokabular wie „sittliche Entartung“ und „unzüchtige Menschen“ fatal an den Nationalsozialismus erinnern. Wir denken dabei nicht zuletzt an die zigtausend homosexuellen Männer und Frauen, die in den KZ's ermordet wurden. In jüngster Zeit verstärken sich die Bemühungen religiöser Gruppen, Homosexuelle zu diffamieren, indem sie an Vorurteile appellieren. In den USA läuft z. B. bereits seit mehreren Jahren eine Hetzkampagne unter dem Slogan „Tötet einen Schwulen für Christus!“ Mögen auch die absurden Ansichten scheinheiliger Bibelfanatiker, die sich nicht scheuen, ihr unchristliches Tun aus der Bibel zu rechtfertigen, von nur wenigen ernst genommen werden, so bestehen doch noch immer bei vielen Menschen Vorurteile, trotz einer zunehmenden Toleranz einer Bevölkerungsmehrheit gegenüber der Homosexualität. Allerdings erfahren wir, daß diese Toleranz, die eine angeblich „nach unserer Façon“ selbst werden lassen will, sehr brüchig wird, wenn wir unsere Homosexualität nicht mehr verheimlichen, wenn wir uns offen schwul/lesbisch zeigen, unsere(n) Freund(in) auf der Straße küssen und so lustvoll greifend, wie es „unserer Façon“ gerade entspricht. Dann sind Sie verunsichert (oder ist es bei Ihnen anders?), dann fordern Sie Anpassung, fordern, daß es sowas nicht gibt, daß es uns nicht gibt, weil Sie das nicht für normal halten, daß wir homosexuell sind. Aber Sie müssen akzeptieren, daß Sie so viel und so wenig Normalität besitzen, wie wir – Normalität gibt es nicht!

Haben Sie sich schon mal gefragt, wie Sie eigentlich heterosexuell (Heterosexualität = Sexualität zwischen Frau und Mann) geworden sind, wie Sie die Sexualvorstellungen und Vorurteile übernommen haben und diese an Ihre Kinder weitergeben? Wir möchten Sie daran erinnern, daß Tausende von Kindern jährlich in unserer kinderfeindlichen Gesellschaft körperlich und seelisch (d. h. auch sexuell) unterdrückt werden, daß sie mißhandelt und totgeschlagen werden. So werden gewaltfreie sexuelle Beziehungen zu Kindern in den meisten Fällen höher bestraft als Kindesmißhandlung und selbst gar Kindesmord.

Kein Homosexueller kann „normal“ gemacht werden, es sei denn um den Preis handfester psychischer Schäden, ebenso wenig wie ein Mensch zu dauerhaftem homosexuellen Verhalten „verführt“ werden kann, wenn er nicht eine eigene Bereitschaft dazu mitbringt. Wir fordern daher die Abschaffung des § 175 StGB, der auf einer „Verführungstheorie“ beruht, die nichts anderes als ein Vorurteil ist; und auf einer Tabu festigt, das Jugendlichen eine eigene Identitätsfindung erschwert. Informieren Sie sich über die Grundtatsachen der menschlichen Sexualität. Entsprechendes Material können Sie z. B. kostenlos von der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung (GFSS), Postfach 120507, 4000 Düsseldorf, bekommen.

Und noch ein Wort an Eltern, die bei ihrem Sohn oder ihrer Tochter homosexuelle Neigungen entdecken: Sie haben weder „Erziehungsfehler“ begangen, denn homosexuelle Bedürfnisse sind nicht fehlerhaft oder verfehlt, noch ist bei ihnen selbst, einem anderen oder gar ihrem Kind eine Schuld zu suchen. Bringen Sie Ihrem Kind in dieser seiner (angesichts der ablehnenden Haltung der Gesellschaft) schwierigen Situation Verständnis und Liebe entgegen, fördern Sie dessen eigenständige Willensbildung und unterlassen Sie schädigende (und sinnlos!) Versuche, Ihr Kind nach den einseitigen Normvorstellungen einer ungenügend aufgeklärten Bevölkerung „zurechtzubiegen“.

SCHWULEN / LESBEN GRUPPE GIESSEN, Postfach 5501, 6300 Gießen

Die Lesbengruppe trifft sich freitags, 20 Uhr, Ludwigstr. 44, 1. St.

Die Schwulengruppe trifft sich donnerstags, 20.30 Uhr

Diese Anzeige kostet ca. 1600,- DM im Gegensatz zu bestimmten religiösen Gruppen verfügen wir nur über wenig Geld. Wenn Sie uns mitteilen, daß die Homosexuellen Diskriminierungen bekämpfen und sich wehren sollten, bitten wir Sie um eine Spende auf das Konto M. Born, Nr. 25-055 720 bei der Bezirks Sparkasse Gießen (Bankleitzahl 513 500 25).

Diese Gegen-
anzeige ließ
die Lesben/
Schwulen-
Gruppe von
Gießen in der
MAZ vom
23.8.79 ver-
öffentlichen.
Wegen der
hohen Kosten
der Anzeige
(DM 1.600)
rufen wir alle
Leser/innen
zum Spenden
auf!



Frauenkongreß gegen Atom und Militär

Themen:
„Friedliche“
Nutzung von Atomenergie,
Die Verdrängten Gefahren
der Atomwaffen, Frauen
ins Militär?

Ort: Gesamtschule
Zollstock, Raderthalgürtel
9-15 bzw. Markusstr. 3
(zwei Eingänge), 5 Köln 51.
(Straßenbahn 12 bis
Endstation Südfriedhof...)

Kontaktadressen:
„Courage“ (v.i.s.d.P.)
Bleibtreustr. 48,
1000 Berlin 12,
Kölner Frauenbuchladen
Moltkestr. 66, 5000 Köln 5

Kontakt: Kölner Frauenbuchladen, Moltkestr. 66, 5 Köln, Tel.: 0221/52 31 20
und Courage, Bleibtreustr. 48, 1 Westberlin 12, Tel. 030/883 65 29/69.



Lesben Schwule

Berufsverbot für schwulen Diakon



In Bargteheide will der reaktionäre Kirchenvorstand (überwiegend CDU, die SPD hat bei den Vorstandswahlen gepennt) den schwulen Diakon Horst Kirchmeier loswerden. Kirchmeier ist in der Gemeinde für die Jugendarbeit der evangelischen Kirche seit dem 1. November 78 tätig. Nach Ablauf der 6monatigen Probezeit wurde ihm nochmals die gleiche Zeitspanne zur Probe auf's Auge gedrückt. Am 4. Juli 79 kam dann die Kündigung. Glücklicherweise ist ein solches Verfahren (2malige Probezeit) nicht ohne weiteres zulässig, und Kirchmeier kann davon ausgehen, daß ein Dauerarbeitsverhältnis zustande gekommen ist. Am 6. September gibt es einen Gütertermin über die Streitigkeiten des Arbeitsverhältnisses.

Der Grund für die Kündigung ist Kirchmeiers Schwulsein. Dies wurde zunächst auch so im Kirchenvorstandsamt festgestellt.

Der Grund für die Kündigung ist Kirchmeiers Schwulsein. Dies wurde zunächst auch so im Kirchenvorstand (KV) diskutiert, so daß sich ein vom KV zugezogener Sachverständiger genötigt sah, „von einer Begründung (der Kündigung, AK) hinsichtlich der Homosexualität des Herrn Kirchmeier ... dringend abzurufen, da die objektive Gefährdungsmöglichkeit hierzu nicht mehr ausreicht ... Die Gefährdung jugendlicher ist oftmals sogar größer, wenn normal veranlagte Mitarbeiter z.B. mit jungen Mädchen zu tun haben“.

Am Samstag nach der Entscheidung gegen eine Weiterbeschäftigung machten die Jugendlichen in Bargteheide eine Demonstration, an der sich rund 200 Bargteheider beteiligten (s. AK 159). Die Jugendlichen stellen in einem Flugblatt fest: „Die Jugendlichen selbst, die von der Jugendarbeit Horst Kirchmeiers begeistert sind, wie die gutbesetzten neu aufgebauten Jugendgruppen bewei-

sen, wurden nie (Hervorhebung im Original) nach ihrer Meinung gefragt.“

Für Kirchmeier ist es übrigens nicht die erste Entlassung, auch die süddeutschen Gemeinden Hattingen und Neu-Isenburg gaben ihm den Laufpaß.

Fortschrittliche Jugendarbeit in der Provinz

Die Begeisterung für Kirchmeier gründet sich auf seine Arbeit. Die Jugendlichen merken, daß ihre Interessen ernst genommen werden und sie demokratisch die Aktivitäten mitbestimmen können. Selbst der Jugendgottesdienst wird nicht zur trockenen Angelegenheit. Daneben gibt es z.B. noch eine Theatergruppe, die auch Selbsterfahrungsgruppe sein will. „Wir spielen auch Szenen ... zu Problemen, die wir in unserem Leben haben, z.B. noch eine Theatergruppe, die auch Selbsterfahrungsgruppe sein will. „Wir spielen auch Szenen ... zu Problemen, die wir in unserem Alltag, in der Schule, in unserem Berufsleben oder im Umgang mit Erwachsenen erleben ... Gruppendynamische Spiele helfen uns, die Angst voreinander abzubauen, auch die Angst vor der eigenen und vor der fremden Körperlichkeit.“ (Aus der Dokumentation der Jugendlichen, zu bestellen über Burkhard Schalow, Holsteiner Straße 25, 2072 Bargteheide, 3 Mark, 2 für die Kosten, 1 Mark Porto, bitte beilegen).

Und hier haben wir natürlich den zweiten Knackpunkt. Konservative Provinzler befürchten da natürlich, ihre Kinder würden auf den kommunistischen Weg geschickt. So schreibt dann auch Dr. Hans-Jürgen Laubach, Mitglied im Ausschuß für kirchliche Arbeit im „Stormer Tageblatt“: „Die theologischen, gruppen- und sexualpädagogischen Vorstellungen von Herrn Kirchmeier

waren es, die zur Diskussion standen.“

Auf Horst Kirchmeiers Situation in Bargteheide paßt wohl am besten der Spruch: Ein kluges Wort, und schon bist du ein Kommunist. Obwohl Kirchmeier selbst aus der Tradition der engagierten Kirche wie auch z.B. Dorothee Sölle kommt.

Große Solidarität für Kirchmeier

Neben den Jugendlichen haben sich auch ein Großteil der Eltern für ihn ausgesprochen. Natürlich gibt es auch das häßliche Gegenteil: 2 Mädchen (!) dürfen nicht mehr an der Theatergruppe teilnehmen. Hinter Kirchmeier stehen auch die drei Pastoren der Gemeinde sowie viele der Bargteheider Lehrer, vornehmlich des Kreisgymnasiums. Auch Dr. Jürgen Henke und Prof. Dr. Friedrich Koch vom Fachbereich der Uni Hamburg und die Bunte Liste Hamburg schickten je eine Solidaritätsadresse.

Die Hamburger Schwulengruppen (HAH, UHA, HuK) unterstützen Kirchmeier.

Ist der Kampf zu gewinnen?

Wenn wir einmal die Fronten klären, finden wir auf Kirchmeiers Seite zwar viele, nur sollte man nicht glauben, die Jugendlichen und die „Linken“ könnten den Kirchenvorstand bewegen, seine Meinung zu revidieren. Erst wenn wesentlich mehr

Mitglieder der Gemeinde sagen: wir wollen Kirchmeier, bestünde die Chance, daß der KV aus Angst, nicht wiedergewählt zu werden, zurücksteckt. Diese Voraussetzung ist aber nicht gegeben. Eine kleine Hoffnung gibt es noch: Demnächst ist eine Gemeindeversammlung, auf der ein eindeutiges Votum pro Kirchmeier fallen kann. Für den Diakon selbst ist es keine angenehme Situation: Hat er das Recht, die Wissenschaft und die Begeisterung derer, die von seiner Arbeit profitieren, wird seine Arbeit in Bargteheide an den Holzköpfen scheitern, die über die Macht verfügen.

Homosexualität und Kirche

HuK heißt eine Arbeitsgruppe von schwulen Christen in der Kirche. In der Selbstdarstellung sagen sie: „Wir wollen deutlich machen: Homosexualität ist ein Thema.“

HuK heißt eine Arbeitsgruppe von schwulen Christen in der Kirche. In der Selbstdarstellung sagen sie: „Wir wollen deutlich machen: Homosexualität und Evangelium schließen sich nicht aus.“ (aus einem Flugblatt). Die schwulenfeindlichen Stellen der Bibel (z.B. 3. Mose, 20 oder Römerbrief 1, 25 ff) werden interpretiert als eine Abgrenzung der Christen von anderen historischen Kulturkreisen mit Vielgötterei. Nun mag es wohl sein, daß der Jesus von Nazareth keine speiße Sexualmoral hatte, nur, durch die Geschichte der offiziellen Kirche zieht sich eine Ablehnung der Homosexualität wie ein roter Faden. Die immer noch verbindliche „Denkschrift zu Fragen der Sexualität“ erklärt Homosexualität zur Fehlform und verlangt,

Kinder und Jugendliche vor Verführung, Werbung und Propaganda für Homosexualität zu schützen.

Es ist eben nicht nur eine Frage der Bibelauslegung, sondern klipp und klar eine Machtfrage. Reaktionäre, und die haben das kirchliche Ruder, räumen ihre Positionen nicht aufgrund besserer Argumente. Wir schwulen Kommunisten unterstützen den Kampf der schwulen Christen, weil sie wie wir gegen das Berufsverbot gegen Schwule kämpfen, warnen aber vor der Illusion, die Kirche hätte für Schwule eine warme Ecke parat. Offizielle Nächstenliebe für Schwule gibt es nicht.

AG Schwule im KB



Schwusos (SPD) wollen „Abdriften“ der Schwulen zu den Alternativen verhindern!

Die Kölner Schwuso-Gruppe hat eine gute Presse: Ausführlich wird ihre Tätigkeit in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben des „Spiegel“ gewürdigt, nachdem in einer vorangegangenen Ausgabe des Nachrichtenmagazins über das Schwulentreffen Homolulu berichtet worden war. In der Nr. 32 des „Spiegel“ wird in einer über 4-seitigen Enthüllung darüber, „wie Polizei und Geheimdienste Homosexuellen-Daten sammeln“ über die auf Initiative der Kölner Schwusos durchgeführte Anfrage beim Kölner Polizeipräsidenten berichtet (vgl. auch AK 160). In der folgenden Ausgabe des „Spiegel“ (Nr. 33) wird unter der Überschrift „Hallo Gerda“ der „Arbeitskreis schwuler Sozialdemokraten“ recht ermunternd dargestellt. Gerd Blömer, Oberschwester der Kölner Schwusos, teilt dort mit, daß man unbedingt etwas für die Schwulen tun müsse, z.B. durchsetzen, daß „Homosexuelle und Heterosexuelle gleichgestellt werden“. Warum auf einmal? Dazu Gerda(a): „Die Schwulenszene driftet doch sonst zu den Alternativen ab“ und er hoffe, „der Partei neue Gruppen zuführen zu können“. Der „Spiegel“-Artikel, der offensichtliche „Zufuhr“-Hilfe leistet, enthält neben Angaben über Ort und Zeitpunkt des Schwusogruppentreffs auch Informationen über die

Westberliner Schwuso-(und Schwudo-) Gruppe und zählt am Schluß dann die „abgedrifteten“ Gruppen und deren Erfolge auf:

So die Schwulengruppe der Hamburger Buntten Liste, die Schwulengruppe der AL West-Berlin (die einen Vertreter im Schöneberger Bez.-Parlament hat) und weist auf die Tatsache hin, daß „die Alternativen in NRW ebenfalls versuchen, Homokandidaten für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen zu präsentieren.“ Es versteht sich, daß die Schwusos, die auf das kleinere Übel orientieren, sowas gar nicht gern sehen. Gerda: „Denen dürfen wir doch nicht kampfslos das Feld überlassen.“

Tja, wenn das wirklich so ist, dann dürften sich ja für die Grünen/Buntten und Alternativ-Schwulen bei den kommenden Wahlen interessante Perspektiven eröffnen. Die SPD/FDP müßte dann schon einige konkrete Forderungen der Schwulenszene erfüllen: Weg mit § 175, Schluß mit der Bespitzelung und den Karteien usw. Da dies aber nicht zu erwarten ist und die Parteien höchstens vor der Wahl ein paar Hoffnungs-Schnacks ablassen, die dann nach der Wahl wieder vergessen sind, wollen wir doch lieber auf unsere eigenen Kräfte bauen!

AG Schwule im KB

Das hat uns gefreut!

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Der Stiefel“, gemeinsames Informationsblatt von 10 Mitgliedsgruppen der „European Confederation of Motorcycle Clubs“ (ECMC) aus der Bundesrepublik, der Schweiz und den Niederlanden (Auflage 1.400) wies in seiner letzten Ausgabe (3/79) auf die S/M-Dokumentation des ARBEITERKAMPF hin und druckte aus dem AK-Artikel „Schwule Identität, Harter Mann und Schwulenszene“, die Abschnitte „Der schwule Supermann“, „Die Öffnung der Lederszene“ und „Harter Mann gleich Faschist?“ nach. Hübsch, nicht wahr?

AG Schwule





USA

Der US-Imperialismus-Hüter der „freien Gewerkschaften“

„Wir sind Teil einer kapitalistischen Gesellschaft. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ist Fleisch und Blut von der amerikanischen Gesellschaft, und diese ist kapitalistisch...“ George Meany (1)

„Es war meine Idee, Irving Brown [Repräsentant der AFL in Europa] die 15.000 Dollar zu geben. Er brauchte sich, um seine Abteilung von Muskelmännern in Häfen des Mittelmeeres zu bezahlen, so daß der amerikanische Nachschub gegen die Opposition kommunistischer Schauerleute ausgelassen werden konnte...“ Tom Braden (2)

„Auf [Victor Reuthers] Ersuchen fuhr ich eines Morgens nach Detroit und gab Walther [Reuther] 50.000 Dollar in 50-Dollar-Scheinen. Victor verbrauchte das Geld vornehmlich in Westdeutschland, um Gewerkschaften zu stützen.“ Tom Braden (3)

Die Nachkriegszeit war für die USA von grenzenlosen Kapitalexporten geprägt. Einen Mittelpunkt bildete dabei der Wiederaufbau in Westeuropa. Und mit dem Kapital kam die allseitige Absicherung — ein Export, der in keiner Bilanz auftaucht. Drahtzieher bei diesen Schmuggelgeschäften war und ist der amerikanische Geheimdienst, die CIA. Auf allen möglichen

und unmöglichen Wegen bestach und erpreßte, manipulierte und förderte sie nahezu alle Organisationen der sog. „freien Welt“. Die umfangreichen Enthüllungen über Schmiergelder und Lohnzahlungen gerade an westdeutsche Persönlichkeiten der Nachkriegszeit füllten im Frühjahr 1976 weltweit die Titelseiten der Zeitungen.

Die Beeinflussung der nationalen Arbeiterbewegungen spielte hierbei eine Hauptrolle. Besonders während des „Kalten Krieges“, der sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch der Nachkriegszeit seinen Stempel aufsetzte, war der US-Gewerkschaftsverband AFL unter dem Banner des Antikommunismus ein getreuer Erfüllungsgehilfe der CIA. AFL-Präsident George Meany überholte dabei (in reaktionärer Aggressivität) nicht selten sogar noch die US-Regierung.

Die internationalen Aktivitäten der (Geheimdienst) Gewerkschaft bilden geradezu das Drehbuch für die Entwicklung nicht nur der westeuropäischen Gewerkschaften:

— 1945 Aufbau einer antikommunistischen Einheitsgewerkschaft in Westdeutschland. „Wir benutzen jede Methode und jede Einflußmöglichkeit“ (Meany (4)).

— 1948 Abspaltung der „Force Ouvrière“ von der CGT in Frankreich durch Finanz- und Organisationshilfen (4).

— 1948: „Wir haben eine Koalition der Christlichen Gewerkschaften in Italien herbeigeführt, die ihren politischen Arm in der Christlich-Demokratischen Partei hatten“ (Meany (5)).

— 1948 Antikommunistische Wahlbeeinflussung in Italien (6).

— 1949 Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes, Gründung des „Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften“ unter Führung von AFL, TUC und CIO.

— 1951 Weltgewerkschaftsbund (stark von den Ländern des „sozialistischen Lagers“ beeinflusst) wird auf Betreiben der CIA aus Paris ausgewiesen — Zentrale im sowjetischen Sektor Wiens.

— 1956 Erneute Verlegung der Zentrale nach Prag wird von der CIA erzwungen (7).

— 1960 Gründung des „Afro-Asian Institute for Labor Studies“ in Israel auf Initiative der AFL/CIO — „eines der effektivsten Zentren der Welt zur Hilfe für Gewerkschaftler der Entwicklungsländer“ (8).

— 1961 Gründung des „American Institute for Free Labor Development“ (AIFLD).

Gewerkschaftsschulung mit Uncle Sam

Schon vor der Gründung des AIFLD wurden ausländische Gewerkschaftler

Gewerkschaftsschulung mit Uncle Sam

Schon vor der Gründung des AIFLD wurden ausländische Gewerkschaftler von den USA „geschult“. Das Außenministerium „führt sein eigenes Austauschprogramm mit ausländischen Gewerkschaftsführern durch“ (9).

Das Arbeitsministerium arrangiert in Zusammenarbeit mit den US-Gewerkschaften in der Regel zwei- bis viermonatige Besuchsreisen für Gewerkschaftsfunktionäre in die USA (10).

Außerdem setzte das Außenministerium nach dem Zweiten Weltkrieg gezielt „Gewerkschafts-(Labor)Attaches“ in den US-Botschaften ein. Diese nach Wirtschaft und Handel größte Spezialistengruppe innerhalb des Diplomatischen Korps sollte Kontakte zu ausländischen Gewerkschaften herstellen und pflegen, sie für spezifische und allgemeine Vorstellungen der USA gewinnen und über den Botschafter darüber an das Außenministerium berichten (11). Mitte der sechziger Jahre waren mehr als fünfzig von ihnen vorwiegend an den großen Botschaften eingesetzt; die Entwicklungsländer wurden bewußt der Auslandsarbeit der AFL/CIO überlassen. Die Attaches kommen in der Regel selbst aus der Gewerkschaftsbewegung oder werden doch zumindest nicht ohne Billigung der AFL/CIO ernannt. Eine besondere Rolle spielt dabei Jay Lovestone, Chef der AFL-Außenabteilung. Über ihn schreibt Ekkehard Krippendorf (A): „... kommunistischen Renegaten mit allen Attributen dieser Kategorie, sind die ... meisten dieser Attaches ... loyal verpflichtet, weshalb [1966] wenige Privatpersonen einen derart großen Einfluß auf die Außenpolitik ausüben“ (12).

Dabei steckt allein AFL/CIO 20 % seines Budgets in die Außenarbeit, immerhin einige Millionen Dollar.

Im April 1960 kam es erst- und einmalig zu einer ausschließlich welt- und außenpolitischen Problemen gewidmeten Gewerkschaftskonferenz in New York (13).

AIFLD — was steckt dahinter?

Nachdem AFL/CIO schon 1956 ein erstes Programm zur „Schulung“ lateinamerikanischer Gewerkschaftsführer eingerichtet hatte, gründete sie 1961 nach dem Schock der kubanischen Revolution mit 35.000 Dollar das „American Institute for Free Labor Development“. Außer den 35.000 Dollar waren auch noch einige

Kapitalisten beteiligt. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert — inzwischen sind über 90 Konzerne mit jährlichen Zuschüssen von rd. 150.000 Dollar und Vertretern im Treuhänderausschuß beteiligt. Mitbestimmung einmal anders herum! Ja, auf Wunsch der Gewerkschaft selbst werden nahezu alle Auslandsschulden sowohl im Vorstand als auch in der Finanzierung von US-Kapitalisten mitgetragen. „Wir bemühen uns absichtlich, die amerikanische Wirtschaft mit hinein-

gebildet; Viermal soviel wie zuvor üblich. Die folgenden „Streiks“ sind noch in guter Erinnerung, von AFL/CIO mit Millionenbeträgen finanziert. Die derartig präparierten Gewerkschaftler bieten darüber hinaus für die Wählerarbeit der CIA den besten Boden. Etliche Beispiele hierfür bietet Philip Agee in seinem Buch „CIA-Tagebuch“ (C).

Außer in Lateinamerika sind die (Geheimdienst)Gewerkschaftler aber auch noch in anderen Kontinenten



zubringen, denn wir meinen, daß sie eine Verantwortung zu tragen haben.“ (14)

Also spricht der Vorsitzende des Direktoriums von AIFLD, J. Peter Grace (von der Firma W.R. Grace & Co.): „Durch AIFLD sind Unternehmer, Gewerkschaften und Regierung zusammengekommen, um an einem gemeinsamen Ziel in Lateinamerika zu arbeiten, nämlich die Unterstützung einer demokratischen Regierungsform, des kapitalistischen Systems und des allgemeinen Wohlergehens des Einzelnen. Dies ist ein hervorragendes Beispiel eines effektiven nationalen Konsensus zugunsten des nationalen Interesses der USA und im besten Interesse der Völker Lateinamerikas“ (15).

Folglich trat die AIFLD 1962 der „Alianza para el Progreso“ bei, einem Pakt „beider Amerikas“ unter den Fittichen der USA und wurde fortan von der AID („Entwicklungshilfe“-Behörde) unterstützt oder besser übernommen, denn seit 1966 trägt AID über 90 % des AIFLD-Haushalts, der 1966 bereits vier Mio. Dollar, 1972 sechs Mio. Dollar betrug (16). Da nehmen sich die Spenden der Industrie schon kleinlich und der Beitrag der AFL/CIO von 200.000 Dollar schon nur noch wie ein Feigenblatt aus.

Die Schulung findet sowohl in den 18 Büros in einem Dutzend lateinamerikanischer Staaten statt wie auch in den Zentren in USA u.a. Front Royal bei Washington.

In den USA werden jährlich 120 Gewerkschaftler lateinamerikanischer Länder in Viermonatskursen geschult (hierzu siehe Bericht unten). In den Ländern selbst werden Tausende zu „freien“ Gewerkschaftsführern von US-Gnaden erzogen. Bis 1972 waren es bereits mehr als 200.000. Nach den Kursen werden die Absolventen noch für weitere neun Monate von der amerikanischen Gewerkschaft voll bezahlt (17).

Die Früchte derartiger Schulung wachsen üppig: — 1963 wird in British-Guayana ein Generalstreik angezettelt, der den linksgerichteten Premierminister Cheddi Jagan stürzen hilft (18). — 1963 waren brasilianische AIFLD-Absolventen direkt am Sturz der linksgerichteten João Goulart-Regierung beteiligt (19). — 1972 wurden 29 chilenische „Gewerkschaftler“ in Front Royal aus-

aktiv. So sind die beiden Gewerkschafts-Colleges in Afrika (Uganda für den englischsprachigen und Elfenbeinküste für den französischsprachigen Teil) faktisch US-amerikanische Unternehmungen, ebenso wie das Gewerkschafts-College in Kalkutta, Indien.

Zur AIFLD-Ausbildung in den USA sagt George Meany: „Leute hierherzubringen und zu versuchen, vorzugeben, wir seien Gegner des Kapitalismus, das ist großer Unfug. Wir haben an diesem System überhaupt nichts auszusetzen. Jeder, der die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung kennt, wird das verstehen. Wir haben nichts gegen das kapitalistische System“ (20).

USA-Kommission

Quellen:

- Als Grundlage wurden herangezogen:
- A) Ekkehard Krippendorf, „Die amerikanische Strategie — Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik“; Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 1970.
 - B) Victor Marchetti, John D. Marks, „CIA“; Wilhelm Heyne Verlag, München, 1976.
 - C) Philip Agee, „CIA INTERN — Tagebuch 1956 — 1974“; Attica Verlag, Hamburg 1979.
- Schließlich erschien bereits ein Artikel „CIA und Gewerkschaften“ in ARBEITERKAMPF Nr. 71 vom 21.12.75 auf S. 30/31 sowie in AK 67, S. 25 — 29 eine umfassende Beschreibung der CIA.
- Die einzelnen Zitate:
- 1) Krippendorf, S. 366
 - 2) Marchetti, S. 84
 - 3) Marchetti, S. 84/85
 - 4) Krippendorf, S. 362
 - 5) Krippendorf, S. 362
 - 6) Krippendorf, S. 363
 - 7) Agee, S. 78
 - 8) Krippendorf, S. 363
 - 9) Krippendorf, S. 126
 - 10) Krippendorf, S. 328
 - 11) Krippendorf, S. 270/271
 - 12) Krippendorf, S. 367
 - 13) Krippendorf, S. 362
 - 14) Krippendorf, S. 366
 - 15) Krippendorf, S. 366
 - 16) Krippendorf, S. 363
 - 17) Rotbuch Nr. 135, Lenny Segal, „(Geheimdienst)Gewerkschaften“
 - 18) Krippendorf, S. 363
 - 19) Marchetti, S. 88 und 460 sowie Agee, S. 242f
 - 20) Rotbuch, S. 143
 - 21) Krippendorf, S. 366

„... ohne Zögern diesen makabren Witz enthüllen“

„... ohne Zögern diesen makabren Witz enthüllen“

In seiner Juli/August-Ausgabe lat das Anti-CIA-Magazin „Covert Action Information Bulletin“ den Bericht eines jungen Gewerkschafters aus einem kleinen lateinamerikanischen Land veröffentlicht. Dieser hatte an einem der berüchtigten Kurse für künftige Gewerkschaftsführer am „American Institute for Free Labor Development“ (AIFLD) teilgenommen, welche regelmäßig im Zentrum des Instituts in Front Royal im Bundesstaat Virginia durchgeführt werden.

„Front Royal liegt 75 Meilen westlich von Washington. Dort befindet sich das „American Institute for Free Labor Development“, ein Ableger der AFL/CIO (US-Gewerkschaftsbund), der Schulungskurse für lateinamerikanische und karibische Gewerkschaftsführer anbietet. Ich besuchte solch einen Kursus 1976. Die Leitung des Instituts sagt, daß die angebotenen Schulungen dazu dienen sollen, den Aufbau von Gewerkschaften in der Dritten Welt zu fördern und diese Gewerkschaften „demokratisch“ und „frei von äußeren Einflüssen“ zu machen.

Meine Einschätzung nach dem siebenwöchigen Kurs ist jedoch, daß dies alles in Wahrheit den Zweck hat, die gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Dritten Welt durch die Kursteilnehmer zu überwachen, den Kapitalismus anzupreisen und den Kommunismus fanatisch zu verurteilen.

Nach dem Abschluß aller Kurse werden sämtliche Teilnehmer aufgefordert, schriftliche Berichte über ihre Aktivitäten in ihren Heimatländern abzugeben. Wozu derlei Berichte dienen sollen, kann nur vermutet werden. Daß sie routinemäßig an US-Geheimdienste weitergereicht werden, ist naheliegend.

Die Dozenten verwenden ungewöhnlich viel Zeit nicht für die Erklärung und Diskussion des Aufbaus von Gewerkschaften, sondern um fortschrittliche und insbesondere sozialistische Regierungen zu verurteilen. Das kapitalistische System wird durch keinen Dozenten in Frage gestellt, geschweige denn verdammt. Viele der Dozenten haben einige Zeit in einem kommunistischen Land verbracht und benutzen dies fortwährend als Grundlage für eine dauernde antikommunistische Hetze, welche die Kurse durchzieht.

Die meisten Kurse haben nichts mit der Situation in den Heimatländern zu tun und sie berühren nie die Schwierigkeiten der arbeitenden Klasse in den USA oder solche Themen wie Rassismus oder Sexismus. Die Dozenten agieren als Spione, die ständig die Teilnehmer beobachten und über ihre Einstellung berichten. Selbstverständlich werden Teilnehmer, die sich durch das Programm angemessen beeinflussen zeigen, später für weitere „Schulungen“ an das Institut zurückgeholt.

Nahezu alle Dozenten sind Funktionäre der AFL/CIO oder Angestellte des AIFLD; aber unter meinen Dozenten war z.B. auch der „Präsident“ der Kubanischen Telefonarbeitergewerkschaft direkt aus seinem Exil in Miami. Die erste Stunde nach der Begrüßung hieß: „Die offene Gesellschaft und die geschlossene Gesellschaft“. Der letzte Komplex hieß: „Die demokratische Gewerkschaftsbewegung schützen“. Dazu gehörten folgende Themen: „Die extremistische Herausforderung in Lateinamerika“; „Extremistische Offensiven durchkreuzen“; „Erkennen und Analyse von extremistischer Propaganda“; „Schutz und Verteidigung von Veranstaltungen, Märschen und Demonstrationen gegen extremistische Angriffe“; „Erkennen von und Verteidigung gegen Unterwanderung und extremistische Organisationen“ und „Der Aufbau von demokratischen Kräften“.

Die Ironie, über linke „extremistische Organisationen“ ausgerechnet durch eine der meistberüchtigten rechten extremistischen Organisationen unterrichtet zu werden, wurde den meisten Teilnehmern leider nicht klar. Ebenso wenig wurde die Tatsache anerkannt, daß starke Gewerkschaftsbewegungen zu allen Zeiten von den Rechten angegriffen wurden und nicht von den Linken.

Alles in allem ist der AIFLD-Kurs nichts anderes als eine Gehirnwäsche in Antikommunismus, dazu geschaffen die US-Interessen in den Heimatländern der Teilnehmer zu wahren. Nur durch einen Fehler oder Zufall werden auch progressive Gewerkschaftsführer nach Front Royal eingeladen; aber diejenigen, welche dort waren, müssen ohne Zögern diesen makabren Witz enthüllen.“



lateinamerika

Nicaragua:

Erinnerungen an die kubanische Revolution

Das unorthodoxe und ideenreiche Vorgehen der Revolutionäre in Nicaragua erinnert an die ersten Jahre der kubanischen Revolution. Da werden Geldscheine umgetauscht, um die Gelder, die der Somoza-Clan in letzter Minute noch verschoben hat, ungültig zu machen. Da wird ein 30-Jähriger, der als Demonstrant gegen Somoza bekannt ist, Botschafter in den USA (s. AK 160), da wird einer der ältesten Kämpfer, der jahrzehntelang im Untergrund war, Minister und wichtigster Repräsentant der Regierung gegenüber der Bevölkerung. „Ich und Minister stell dir das nur mal vor Der Ausdruck Minister gefällt mir überhaupt nicht“, sagt Tomas Borge, Guerillero und heutiger Innenminister, über sich selber. „Wir werden Schritt für Schritt vorgehen.“ Eine wichtige Aufgabe besteht darin, „ein gemeinsames Leben zu entwickeln, in jedem Viertel, in jeder Straße. Die Leute sollen sich treffen, um ihre Probleme zu untersuchen. Selbst Familienprobleme. Sie sollen sie unter sich diskutieren, und kleine Entscheidungen über die kleinen Fehler und kleinen Gesetzesübertretungen fällen. Sie sollen ein gemeinschaftliches Leben führen mit gegenseitiger Hilfe, indem sie ihre Probleme lösen, indem sie sich mit dem Schmerz der andern solidarisieren...“ (TAZ, 16.8.).

Tomas Borge stammt aus der GPP (langdauernder Volkskrieg), einer der revolutionären, sich marxistisch definierenden Strömungen der FSLN. Daß er Innenminister wurde, spricht für die Offenheit der nicaraguanischen Revolution nach links und auch für die bisherige Stabilität der Einheit der drei Tendenzen der FSLN.

Bravo: Den Somozisten geht's ans Geld!

Kurz vor ihrer Flucht aus Nicaragua plünderten Angehörige der Somoza-Regierung noch die Zentralbank und schafften rund 200 Millionen Cordoba (rund 36 Millionen DM) ins Ausland. Um diese Gangster zu treffen, erklärte die Regierung kurzerhand alle 500 und 1000 Cordoba-Scheine für ungültig (rund 90 bzw. 180 DM). Lediglich am Wochenende 26/27. August konnten die Geldscheine gegen Zertifikate der Regierung eingetauscht werden. Die Grenzen wurden geschlossen und speziell die ausländischen Botschaften von den Streitkräften kontrolliert, um zu verhindern, daß die rund 1600 Nationalgardisten und Somozaanhänger, die sich in die ausländischen Vertretungen geflüchtet haben, ihr Geld ebenfalls eintauschen.

Die Zertifikate sollen nach einem halben Jahr gegen neue Banknoten mit dem entsprechenden Wert zurückgenommen werden. Da diese Aktion aus verständlichen Gründen nicht vorher mit der Bevölkerung abgesprochen und der Sinn erklärt werden konnte, kam es zu ersten Protesten: „Wir fordern Umtausch und nicht Deponierung“ forderten rund 200 Demonstranten am 25. August. Nicht wenige Arbeiter hatten gerade ihren Wochenlohn in eben diesen Scheinen erhalten. Inzwischen hat die Regierung aber beschlossen, all denjenigen, die nicht mehr als 5000 Cordoba deponiert haben, das Geld in anderen Scheinen bereits nach einer Woche wieder zurückzuzahlen (TAZ 28.8.).

Scheine bereits nach einer Woche wieder zurückzuzahlen (TAZ 28.8.).

Hilfe und Erpressung

„Wenn die Vereinigten Staaten uns isolieren, weil sie die nicaraguanische Revolution nicht verstehen, werden sie nur das bewirken, was sie am meisten fürchten: eine Radikalisierung des Prozesses“, stellte Sergio Ramirez, eines der Mitglieder der Regierungsjunta gegenüber der Nachrichtenagentur AFP fest (AFP, 8.8.79). Verschiedene Regierungsmitglieder haben sich in den letzten Wochen über die mangelnde Hilfsbereitschaft der imperialistischen Länder beschwert. Ernesto Cardenal, bekannter Priester und jetzt Kulturminister, gibt an, daß die USA von den zugesagten 200 t Lebensmittel pro Tag bisher lediglich 20 t liefern. Von einer Luftbrücke zur Vermeidung des Hungers, die von der amerikanischen Regierung angekündigt worden sei, könne noch keine Rede sein. Alle Welt spreche von internationalen Hilfeleistungen, jedes Land verlasse sich aber offenbar auf das andere. Besonders enttäuscht sei die Junta über die USA, die z.B. von einem Kredit von sechs Millionen Dollar bei der Überweisung zwei Millionen Dollar für den Transport der Lebensmittel abgezogen habe. (SZ, 21.8.79).

Offensichtlich sehen die Imperialisten keine Garantien, daß sich die Revolution nicht auch radikalisiert, wenn sie massive Wirtschaftshilfe leisten – sie wollen die sandinistische Katze nicht im Sack kaufen. Worauf die Imperialisten abzielen, macht ein Artikel der Süddeutschen Zeitung deutlich.

„Aber den einstigen Förderern der Exilregierung ist klar, daß die reale Macht den Gewehrläufen der Guerilleros entspringt. Sie versuchen deshalb das „bürgerliche Lager“ zu stärken, indem sie an die Kredite, die Nicaragua dringend braucht, politi-

sche Bedingungen knüpfen. Das Dokument über die Wahrung der Grundrechte, welches das Revolutionsregime soeben als einen vorläufigen Verfassungssatz herausgegeben hat, genügt den wohlwollenden im Ausland nicht; auch die Tatsache, daß die Revolutionsjustiz bisher mit erstaunlichem Großmut urteilt, ist den potentiellen Geldgebern nicht genug. Sie sehen durchaus, daß es in Nicaragua auf etwas anderes ankommt: darauf, wer die Kontrolle der Massen hat.“

Nach einer Aufzählung der sandinistischen Massenorganisationen, die sich gebildet haben, und der Bemerkung, daß in Nicaragua für eine „Westminster Demokratie... nicht der richtige Nährboden“ vorhanden sei, kommt der Artikel zur Sache: „Die Hauptsorge westlicher Geldgeber ist nun, daß die Nicaraguaner bei den „richtigen“ Organisationen mitmachen. Sie sollen sich den christlich-demokratischen und sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften anschließen, die unter Somoza eine kaum bemerkte Schattenexistenz befrucht hatten, sie sollen darauf achten, ob der Verband, dem sie sich zugesellen, in Washington und Bonn, Caracas, Rom oder Brüssel ausreichend legitimiert ist. Doch da – auch dies sehen die potentiellen Geldgeber ein – das nikaraguanische Volk für diese feinen Unterschiede nicht gerüstet ist, soll die Revolutionsregierung selber dafür sorgen, daß das Volk in seiner Bereitschaft zum Mitmachen jene Organisationen bevorzugt, die die verschiedenen potentiellen Geldgeber in Nicaragua seit jeher gefördert hatten.“ (SZ 29.8.79)

zugt, die die verschiedenen potentiellen Geldgeber in Nicaragua seit jeher gefördert hatten.“ (SZ 29.8.79)

Aus diesem Sichtwinkel müssen die diversen Besuche von Mitgliedern der Sozialistischen Internationale in Nicaragua gesehen werden, ebenso wie der Versuch Venezuelas einen 20 Millionen Dollar Kredit mit der Forderung zu verbinden, auch christliche Minister mit in die Regierung aufzunehmen. Zwar wies die Regierung dieses Ansinnen mit der Bemerkung zurück, lieber wolle man verhungern, als sich politische Bedingungen diktieren zu lassen, allein die Chancen Kredite in nennenswerter Höhe (!) ohne politische Zugeständnisse zu erhalten, sind schlecht. Dabei geben sich die Imperialisten mit formalen Zugeständnissen – Bürgerliche in die Regierung, bürgerliche Verfassung etc. – offensichtlich nicht zufrieden.

Von den nach Expertenschätzungen benötigten rund 5 Milliarden DM liegen bisher erst Zusagen über rund 100 Millionen DM vor und das teilweise auch noch zu recht ungünstigen Bedingungen. So sind die „Zusagen des Westens allenfalls ein zur Wahrung des Gesichts dienendes Trinkgeld“ (SZ 29.8.79)

Neue Verfassung

Vier Wochen nach der Machtübernahme hat die Regierungsjunta ein „Statut über Rechte und Garantien der Bürger“ vorgelegt, das die grundlegenden demokratischen Freiheiten gewährleistet:

Die Todesstrafe wird endgültig abgeschafft und soll auch nicht für Kriegsverbrecher (nicht einmal auf Somoza) angewendet werden; die Höchststrafe ist 30 Jahre Haft. Eine Festnahme darf nur mit dem Haftbefehl eines Richters erfolgen. Ein Festgenommener muß binnen 24 Stunden entweder einem Richter vorgeführt oder freigelassen werden. Gerichtsverhandlungen sollen öffentlich sein, es sei denn, moralische Überle-

gungen oder Interessen der öffentlichen Sicherheit würden berührt.

Das Dokument gibt den Bürgern „das Recht auf freie und volle Bestimmung ihrer politischen Verhältnisse“ und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. Der Staat garantiert die direkte Beteiligung der Bevölkerung an den „fundamentalen Angelegenheiten des Landes“, die Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion, der Information und Meinungsäußerung, der freien Versammlung und Demonstration, der Gründung von Parteien und Gewerkschaften sowie das Streikrecht „in Übereinstimmung mit den Gesetzen“. „Besitz, ob er öffentlich oder privat“ betont die neue Verfassung, hat „eine soziale Funktion“ und ist daher gewissen Einschränkungen und Vorschriften unterworfen. Ferner wird in dem Statut die Unabhängigkeit der Lehre und der autonomen Universität von Nicaragua bestätigt. Die Nicaraguaner dürfen sich ferner frei in Organisationen und politischen Gruppen zusammenschließen, gleich welcher politischer Richtung (ausgenommen sind da natürlich die Somozisten). (Nach einer Darstellung von dpa, die am 23.8. in FR, SZ, NZZ usw. verbreitet wurde.)

In dieser zweiten vorläufigen Verfassung, die erste wurde direkt nach dem Machtantritt der neuen Regierung veröffentlicht, sind wesentliche demokratische Freiheiten gewährleistet, die unter Somoza über 40 Jahre lang mißachtet wurden.

Noch sind allerdings eine Reihe von Bestimmungen außer Kraft gesetzt, weil die Regierung den Ausnahmezustand um weitere 30 Tage

von Bestimmungen außer Kraft gesetzt, weil die Regierung den Ausnahmezustand um weitere 30 Tage verlängert hat. Allerdings wurde die Pressezensur aufgehoben und die ehemalige bürgerliche Oppositionszeitung „La Prensa“ ist inzwischen wieder erschienen. Zur Erinnerung: „La Prensa“ gehörte dem oppositionellen

Millionär Joaquin Chamorro, der wegen seiner konsequenten Opposition zu Somoza hohes Ansehen in der Bevölkerung hatte. Seine Ermordung durch Schergen Somozas im Januar 1978 war der Auslöser für die ersten bürgerkriegsähnlichen Streiks und Demonstrationen gegen die Diktatur.

„Ähnlichkeit politischer Systeme“

Auf wenig Gegenliebe bei der Opposition ist der Besuch Somozas in Paraguay gestoßen, der Exdiktator ist am 19. August in Paraguay eingetroffen. Nach seinen eigenen Worten hat er die USA verlassen, weil ihm mit Ausweisung oder Auslieferung gedroht worden sei. In Paraguay wurde er mit allen Ehren von Alfredo Stroessner empfangen, der seit langem Faschisten der ganzen Welt Asyl gewährt. Die Anwesenheit des „flüchtigen Gewalttätigers“ Somoza in Paraguay sei „eine logische Folge der Ähnlichkeit seines politischen Systems mit der ein vierteljahrhundert alten Diktatur Alfredo Stroessners und der persönlichen Freundschaft, die stets zwischen Diktatoren besteht“, hieß es in einer in Asuncion veröffentlichten Erklärung des vier Parteien umfassenden oppositionellen Bündnisses „Acuerdo Nacional“.

Somoza erklärte auf einer Pressekonferenz, daß er im Fall einer Amnestie (die es für ihn aber wohl nie geben dürfte) nach Nicaragua zurückkehren wolle, um sich dort als einfacher Farmer zu betätigen. Somoza wies den Vorwurf des Völkermordes zurück und sagte, sein Vermögen, das er selbst auf 100 Millionen Dollar schätzte, sei „ehrlich verdient“. In Managua werden allerdings allein die Kapitalien, die Somoza in den letzten Kriegstagen verschoben hat, auf über 1 Milliarde US-Dollar geschätzt.

Lateinamerikakommission

Internationale Brigade ausgewiesen

Wegen „Störung der Öffentlichen Ordnung“ sind rund 60 Mitglieder der internationalen Brigade Simon Bolivar aus Nicaragua ausgewiesen worden. Die Brigade Simon Bolivar besteht aus rund 100 Kämpfern verschiedener lateinamerikanischer Länder, vor allem Kolumbien, Bolivien und Argentinien. Während sich die anderen Internationalen Brigaden nach dem Sturz Somozas aus Nicaragua zurückzogen, beschloß die Brigade Simon Bolivar in Nicaragua zu bleiben, um den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. Hierbei hatte sie allerdings offensichtlich andere Vorstellungen als die FSLN und die Regierung, deren Maßnahmen ihnen nicht radikal genug waren. Sie wurde daraufhin aufgefordert, in ihre Ursprungsländer zurückzukehren, ignorierten diesen Aufruf aber. Stattdessen zerstreuten sie sich im ganzen Land, um Gewerkschaften und bewaffnete Milizgruppen zu organisieren, auf die sie sich stützen wollten. So die Darstellung von sandinistischen Quellen, weiter heißt es wörtlich: „Dies taten sie nach einem vorgefaßten Plan und suchten sich dann die „empfindlichsten“ Gebiete (Gebiete größter Armut und Ausbeutung) für ihre extremistischen Predigten aus, in denen sie die sandinistischen Führer teilweise als Reaktionäre und andere Mitglieder der Regierung als Bürgerliche beschrieben.“

Sie versuchten die Sandinistische Front von der Bevölkerung zu trennen... Nicht nur, daß sie in nur sieben Tagen mehr als 60 Gewerkschaften in Managua organisierten; auf den Landgebieten propagierten sie die sofortige Besetzung aller Ländereien, wobei sie gleichzeitig in verschiedenen Städten, unter ihnen Bluefields an der Atlantikküste bewaffneten. Sie sollten, nachdem ihnen diese extremistischen Ideen eingeimpft worden waren, Übergriffe und Zusammenstöße mit dem sandinistischen Volksheer provozieren.“ (El Espectador, Domingo, 19.8.79).

Bei den Genossen der Brigade handelt es sich um nur locker mit der 4. Internationale zusammenarbeitende Trotzisten, denen das rechte Verständnis für die Bedingungen der Revolution in Nicaragua fehlt. Deutlich wird dies auch an einem Leserbrief, der in der TAZ zu diesem Thema erschienen ist. In diesem Brief ruft ein Hamburger Sympathisant der Brigade zur Solidarität auf und äussert die Befürchtung, daß die Kämpfer nach Argentinien abgeschoben werden könnten. Er unterstellt damit praktisch der Regierung Nicaraguas Kumperei mit einem faschistischen Regime. Die Genossen der Brigade sind inzwischen heil in Bogota (Kolumbien) angekommen.

Lateinamerikakommission

NICARAGUA

Der Kampf um die Freiheit in Nicaragua ist erst gewonnen, wenn Hunger und Zerstörung besiegt sind. Helfen wir jetzt diesem mutigen Volk.

Nicaragua ist zerstört, eine Ernte wird es in diesem Jahr nicht geben. Das Volk hungert, es fehlen Medikamente, Kleidung, sanitäre Einrichtungen, Lebensmittel. Die internationalen Hilfeleistungen reichen nicht aus. Darum bitten wir um Ihre Spende. Gegen akute Not. Für den Wiederaufbau des Landes.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Stadtsparkasse Wuppertal
Konto 976738 (BLZ 33050000)
Spendenquittung möglich.

Das Nicaragua-Komitee Hamburg führt eine Medikamentensammlung durch; wir fordern alle Genossen auf, die Medikamente organisieren können, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Für Oktober ist in Hamburg eine Informations- und Solidaritäts-Veranstaltung geplant.

Peru- Veranstaltung!

Genossen und Freunde!
Die Peru-Gruppe Hamburg veranstaltet in der ESC, Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, ein Informationswochenende zur Solidarität mit dem peruanischen Volk. Hier das geplante Programm:
Samstag, 8.9.79

- Dia Serie „Peru Heute“, mit Diskussion (19.00 Uhr, Raum 101)
 - Fotoausstellung (Raum 104)
 - Info-Tisch, Verkauf von peruanischer Wolle (Raum 104)
 - Fete (ab 21.00 Uhr im Saal) mit Essen und aktuellen Nachrichten.
- Sonntag, 9.9.79
- Frühschoppen (ab 10.30 Uhr im Saal)
 - es wird berichtet über:
 - die Arbeiter von „Cromotex“
 - Die Arbeiterinnen von „Lolas“
 - Bahua Chica und die Bauern
 - die „SUTEP“ und ihr Kampf (Sutep ist die Gewerkschaft der Lehrer, die seit fast 4 Monaten im Streik sind)
 - zum Kampf der Minenarbeiter
 - die Stellung der Kirche

Guatemala: Bilanz des Schreckens

Durchschnittlich zehn Menschen sterben in Guatemala täglich als Opfer politischer Morde, v.a. Bauern, Arbeiter und Studenten, einige von ihnen sind Linke, andere lediglich in Opposition zu den Militärs, die seit 1954 permanent das Land regieren. 35.000 politische Morde seit 17 Jahren ist die vorläufige Bilanz.

Ausgeführt werden diese Morde von paramilitärischen Killertruppen, die von der Regierung und den Rechtsparteien subventioniert werden. Ihre Entstehung läßt sich exakt auf das Jahr 1954 zurückführen, als eine vom CIA gelenkte Interventionsgruppe den linksbürgerlichen Präsidenten J. Arbenz stürzte. Hauptziel war die Rücknahme der Agrarreform zum unmittelbaren Segen der United Fruit Company. Damals bildete die MLN („Bewegung zur nationalen Befreiung“), eine Partei, die der US-Intervention die politische Rückendeckung gab, eine Art modernes Inquisitionskommando, das sogenannte Komitee gegen kommunistische Aktivitäten, das fernab jeglicher Legalität das ungewöhnliche Recht besaß, jeden Bürger zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen, sobald „subversive Aktivitäten“ vermutet wurden.

Als dann 1962 die Guerilla wieder erwachte, entstanden von neuem eine Reihe neuer paramilitärischer Organisationen. Der damalige Chef der „Counterinsurgency“, Carlos Arana, vereinigte diese zu einer einzigen: der berüchtigten „Weißen Hand“.

Der gesamte Osten des Landes, dort, wo die Guerilla operierte, wurde damals grausam von der „Weißen Hand“ durchkämmt, was zu einer regelrechten Vertreibung der Landbevölkerung führte. Als die „Weiße Hand“ dann den Bogen überspannte (ein Erzbischof war auf die Abschußliste geraten ...), tauchte als Nachfolgerin die Truppe „Auge um Auge“ auf, die 1976 wiederum vom „Geheimen Antikommunistischen Heer“ (ESA) abgelöst wurde. Auf ihr Konto gehen täglich ca. 5 Morde. In Guatemala ist es für niemanden ein Geheimnis, daß diese Banden aus dem Schoß des regulären Heeres kommen, quasi als Feierabend- oder Freizeitbeschäftigung der Offiziere in Zivil. Umso erstaunlicher ist es daher, daß die Guerilla bis heute nicht zu liquidieren war, im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß sie durch das Beispiel der sandinistischen Nachbarn einen mächtigen und nicht nur moralischen Aufschwung nehmen werden. (Alle Informationen nach 'El Pais', 27.7.79).

Lateinamerikakommission

afrika



Zersetzungstätigkeit in der rhodesischen Armee

Wie die „Neue“ vom 16.8. berichtet, formiert sich der Widerstand gegen den Aggressionskrieg der rhodesischen Rassenisten auch zunehmend in der rhodesischen Armee selbst.

Vor zwei Jahren organisierte sich in der Llewellyn-Kaserne in Bulawayo eine Gruppe von jungen Wehrpflichtigen, die gegen ihren Willen am Krieg teilnahmen. Sie gründeten eine Selbsthilfegruppe für Deserteure, die „Zimbabwe Democrat“. Sie begannen mit der Herausgabe und Verteilung einer Zeitschrift innerhalb

der Armee, die gezielt über die politischen Hintergründe des Krieges aufklären sollte.

Die ersten Zimbabwe-Democrat Leute desertierten 1977, mittlerweile schätzen sie, daß ungefähr ein Drittel aller Soldaten (Weiße, Farbige, Asiaten und Schwarze) mit ihnen sympathisiert.

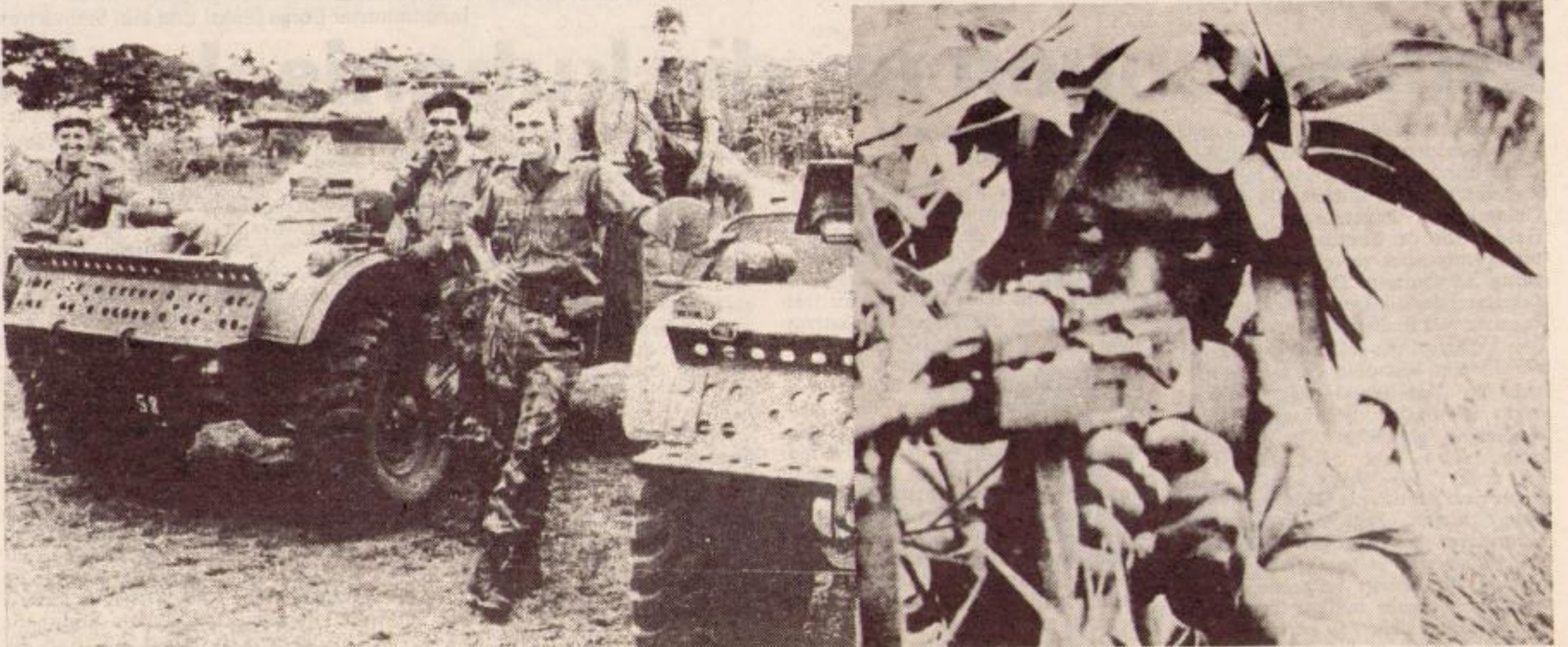
Die Sympathie auch der Weißen innerhalb der Armee, die traditionell pro-rassistisch eingestellt und verhetzt sind, erklärt sich u.a. aus der Tatsache, daß viele das Gefühl haben,

als Kanonenfutter verheizt zu werden. Der Anteil der Gefallenen ist unter den Wehrpflichtigen (National Service) erheblich größer als unter den Berufssoldaten (Permanent Force). Nach Angaben der Zimbabwe-Democrat müssen die Wehrpflichtigen die Drecksarbeit machen, Patrouille gehen und den Kontakt zum Gegner herstellen. Erst dann treten die Permanent Forces in Aktion.

Hinzu kommt, daß die Brutalität des Krieges und die Massaker der

Söldner oder Selous Scouts viele Soldaten desillusioniert haben. Neuerdings verzeichnet die Zimbabwe-Democrat auch Erfolge unter den afrikanischen Soldaten. Von den neuereingezogenen Soldaten der Gruppe 163 erschienen aufgrund der Propaganda der Zimbabwe-Democrat von 1.100 lediglich 250 Wehrpflichtige.

Afrika-Kommission



Allparteienkonferenz: Scheitern ist vorprogrammiert

Die Karten für die von der Commonwealthkonferenz vorgeschlagenen (s. AK 160) und am 10. September von der Thatcher-Regierung angesetzten Allparteienkonferenz sind mittlerweile zu Ende gemischt – gegen die Patriotic Front (PF). In den vergangenen Wochen hat sich gezeigt, daß der britische Imperialismus im Zusammenspiel mit der Muzorewa-Marionetten-Regierung bereits im Vorwege Verhältnisse geschaffen hat, die der PF anscheinend schon die Teilnahme verunmöglichen sollten, zumindest aber die Bedingungen für eine Teilnahme erheblich verschlechtert haben. Der PF wird hiermit von vornherein die Schuld für ein von der anderen Seite vorprogrammiertes Scheitern dieser Konferenz in die Schuhe geschoben. Bedeutsam bei

dieser Konferenz ist insbesondere die Tatsache, daß es dem Imperialismus gelungen ist, den Frontstaat-Präsidenten Tansanias, Nyerere, zu Zugeständnissen zu zwingen, die für die PF unannehmbar sind. Damit ist die Thatcher-Regierung einen erheblichen Schritt in Richtung Anerkennung einer neokolonialistischen Lösung in Rhodesien vorangekommen.

Schon die äußeren Umstände der Allparteienkonferenz sind befrachtet mit Provokationen gegen die PF:

- den Vorsitz der Konferenz führt der britische Außenminister Lord Carrington, der die von Smith/Muzorewa abgezogenen Scheinwahlen im April als „freie und faire“ Wahlen gekennzeichnet hat.
- War anfangs noch die Rede von

einer Einladung der Frontstaaten und Nigerias zur Konferenz, wurde nunmehr – nach heftigen Protesten Muzorewas – keiner dieser die PF unterstützenden Staaten eingeladen. Kurz vorher war noch als Kompromiß die Möglichkeit diskutiert worden, zwar die Frontstaaten einzuladen, nicht aber Angola und Mosambik (!) („IHT“, 11.8.79) – auch das ist jetzt vom Tisch („IHT“, 15.8.). – Muzorewa hat in seine 12-köpfige Delegation zwei weiße Minister, darunter auch Ian Smith selbst, aufgenommen. Auch hierzu ist er von der britischen Regierung ausdrücklich ermuntert worden („FR“, 11.8.), wohlwissend, daß eine Beteiligung des Rassenchefs eine ungeheure Provokation für die PF darstellen würde.

- In den letzten Wochen hat die rhodesische Regierung ihre brutalen militärischen Überfälle auf die Frontstaaten erneut verschärft. Nach Angriffen auf Ziele in Botswana (s. AK 160) bombardierte die rhodesische Luftwaffe am 22.8. zum wiederholten Mal ein Flüchtlingslager in Mulungushi (Sambia). Am 23.8. wurden weitere sechs Ziele durch Luft- und Bodentruppen in Sambia

angegriffen, überwiegend auf wehrlose Menschen in den riesigen Flüchtlingslagern („IHT“, 23. u. 24.8.79). Gleichzeitig fordern Muzorewa genauso wie Thatcher die PF scheinheilig zum sofortigen Waffenstillstand auf.

Die von der Thatcher-Regierung vorgelegten inhaltlichen Vorschläge für die Verfassungskonferenz beinhalten ebenfalls einige Provokationen, die Kompromisse ausschließen. Der wohl größte Sprengsatz ist die Forderung der britischen Regierung (und gerade hierin wird sie von Nyerere unterstützt), „für einen festgesetzten Mindestzeitraum nach der Unabhängigkeit im Abgeordnetenhaus eine kleine Zahl von Sitzen für die Vertreter der weißen Bevölkerung zu reservieren. Die Zahl dieser Sitze wird (auf der Verfassungskonferenz) ausgehandelt.“ („FR“, 16.8.) Außerdem soll den Rassenisten eine Entschädigung gezahlt werden, wenn sie nach einer Verfassungsänderung auswandern wollen. Allein diese Entschädigungszahlung stellt eine zynische Verhöhnung der mehr als 300.000 schwarzen Flüchtlinge dar, die seit Jahren in den Flüchtlingslagern der Frontstaaten ihr Leben fristen müssen, in ständiger Angst vor Luftangriffen eben dieser weißen Rassenisten. Aber selbst diese festgeschriebene Aufrechterhaltung der Sonderbehandlung der Rassenisten erscheint den jetzigen schwarzen Marionetten als „gefährlichstes Element des Lusaka-Plans“: „Das zieht uns schwarzen Demokraten den Boden unter den Füßen weg. Wir können nicht in kurzer Zeit weiße Offiziere, weiße Soldaten, weiße Spitzenbeamte, weiße Techniker, die unsere Landsleute sind und uns gegenüber loyal sind, ersetzen.“ („HA“, 14.8.) – So die Stellungnahme von Muzorewas Stellvertreter Mundawara. Die PF, die an der Konferenz teilnimmt, hat den Vorschlag der britischen Regierung klar als „Versuch einer Absegnung von Unrecht und Rassismus“ gekennzeichnet: „In eine vorgeblich demokratische Verfassung Bedingungen einzubauen, die eine besondere Position für bestimmte Gruppen schaffen oder diesen Gruppen irgendeine bevorzugte Behandlung garantieren – allein auf der Grundlage ihrer Rasse oder Hautfarbe – ist eine Beleidigung aller demokratischen Prinzipien wie wir sie verstehen und befürworten.“ („IHT“, 22.8.79)

Afrika-Kommission

Rassenisten unterstützen Muzorewas Wahlkampf

Wer's bisher nur behaupten konnte, der hat es jetzt schwarz auf weiß: Muzorewas Wahlkampf bei den Scheinwahlen im April wurde vom RSA-Geheimdienst und US-Firmen finanziert. Als Gegenleistung sollen Muzorewa und sein Stellvertreter Chikerema zugesagt haben, auch nach einer internationalen Anerkennung ihres Regimes die engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika aufrechtzuerhalten und auf UN-Ebene eine gemäßigte Haltung gegenüber Südafrika einzunehmen. Dies erklärte der ehemalige Staatssekretär im südafrikanischen Informationsministerium, Eschel Rhoadie, gegenüber dem holländischen „Elseviers Magazine“.

Laut Rhoadie statteten Ende 1977 Andy Andrews, der Vizepräsident der Allegheny Ludlum Industries, des größten US-Importeurs von Chromerzen aus dem südlichen Afrika, und Chris Schofield, Interessenvertreter dieses Konzerns in Rhod-

desien, dem damaligen südafrikanischen Innen- und Informationsminister Mulder und seinem Staatssekretär Rhoadie einen Besuch ab. Bei diesem Gespräch versprach Andrews, sechs Monate nach der „Unabhängigkeit“ Rhodesiens unter einer Muzorewa-Regierung Investitionen in Höhe von einer Million US-Dollar in Südafrika vorzunehmen, falls Mulder dem Vizepräsidenten von Muzorewas Partei, Chikerema, die gleiche Summe für den Wahlkampf zur Verfügung stelle („Operation Chicken“). Die daraufhin vom RSA-Finanzministerium genehmigte Summe wurde von Rhoadie auf ein Schweizer Konto überwiesen. Dort soll Chris Schofield, der Vertreter des US-Konzerns, Beträge abgehoben haben, um Chikerema mit Autos, Lautsprecher, einer Druckerpresse für Wahlpropaganda, der Finanzierung der Parteiorganisation und des von Chikerema herausgegebenen Wochenblatts zu unterstützen. Die politischen Absprachen

mit Chikerema seien im Büro eines südafrikanischen Geschäftsmannes in Salisbury getroffen und heimlich auf Band aufgenommen worden. Anfang Juli 78 besuchte Muzorewa den damaligen südafrikanischen Premierminister Vorster, bei dem er um weitere finanzielle Unterstützung für seine Partei bat. „Damals teilte ihm Vorster mit, daß der UANC (Partei Muzorewas) bereits über den südafrikanischen Geheimdienst Gelder in Höhe von rund 800.000 US-Dollar erhalten habe“, so Rhoadie gegenüber dem „Elseviers Magazine“.

Am 15.11. flogen die Mitglieder des rhodesischen Exekutivrats, Ian Smith, Muzorewa, Chireau und Sithole, zu Gesprächen mit dem neuen südafrikanischen Premierminister P.W. Botha nach Pretoria, um diesen um weitere finanzielle und militärische Unterstützung für die Zeit nach den „internen Wahlen“ zu bitten („FR“, 27.8.79).

Afrika-Kommission

Eritrea: Der Volkskrieg geht weiter! — Kongreß in Bologna —

Vom 17. bis 22. August tagte in Bologna (Italien) der jährliche Großkongreß der EPLF-Massenorganisationen in Europa (Arbeiter: AEWE, Studenten: AESE, Frauen: EWAE). Schätzungsweise 2000 Teilnehmer(innen) waren hier zu angereist, mehr als die Hälfte Frauen. Für die in Europa lebenden Eritreer ist dieser Kongreß ein Höhepunkt des Jahres, oft die einzige Gelegenheit, Freunde zu treffen oder etwas über Verwandte zu Hause zu erfahren, eine Gelegenheit, tagelang hart zu diskutieren, zusammenzusehen und zu feiern. Als Delegierte des KB erstmals dabei, konnte ich über den in der bürgerlichen Presse weitgehend totgeschwiegenen Kampf in Eritrea sehr viel Neues erfahren.

Eine Tatsache wurde vor allem sehr deutlich bewiesen: Obwohl Äthiopien mit Hilfe der Sowjetunion nun seit einem Jahr in fünf fürchterlichen Offensiven, mit dem Einsatz von über 120.000 Soldaten und modernster Kriegsausrüstung versucht, die eritreische Revolution zu zerschlagen, obwohl das äthiopische DERG-Regime immer wieder seinen angeblichen endgültigen Sieg verkündet hat, obwohl sich die DERG-Truppen unter sowjetischem Kommando wieder in fast allen Städten Eritreas festgesetzt haben — ist die Besatzungsmacht in Eritrea nun in schwerer Bedrängnis, ist die Hauptarmee der EPLF bisher ungeschlagen.

Krankenhäuser, Schulen, Werkstätten und Trainingslager der Befreiungsfront arbeiten weiter in dem praktisch uneinnehmbaren nordwestlichen Sahel-Hochgebirge. In dieses Stützpunktgebiet strömen tausende von Flüchtlingen, werden dort zum Teil versorgt und ziehen zum Teil weiter in Lager im Sudan.

Die äthiopische Armee hat gegenwärtig in Eritrea die für sie wohl größtmögliche räumliche Ausdehnung erreicht, und trotzdem erweist sich diese „militärische Lösung“ als ein Fehlschlag. Überall ist diese Kolo-

nialarmee vom kampfbereiten eritreischen Volk umgeben, jeder Schritt wird beobachtet, im ganzen Land laufen erfolgreiche Guerilla-Aktionen. Um nur eine kurz zu beschreiben: Im Mai wurde die 15000-Einwohner-Stadt Decamhare (zünftig im Süden des Landes!) für eine Nacht von der EPLF besetzt, eine äthiopische Garnison vernichtet, der äthiopische Gouverneur erschossen, die mit Äthiopien kollaborierende „Stadtverwaltung“ verhaftet, das äthiopische Getreidelager (mehrere 1.000 Zentner Weizen) erobert. Bei dem Weizen handelt es sich interessanterweise um eine von der „Miserior“ über die EG an Äthiopien gespendete Lieferung, die angeblich zur Milderung von Hungersnöten in Süd-Äthiopien dienen sollte. Der äthiopische Fahrzeugpark und alle schweren Waffen wurden vernichtet. Morgens zogen sich die Kämpfer(innen) wieder aus der Stadt zurück.

Für den DERG ähnelt die Situation in Eritrea zunehmend derjenigen von 1976/77, vor der Befreiung der eritreischen Städte: Die Äthiopier hocken hinter Stacheldraht in ihren städtischen Garnisonen, können nachts nicht sicher sein, können die Überlandstraßen wegen Minen und Guerrilla kaum nutzen. Große Trup-

penverbände von in die „Miliz“ gepreßten äthiopischen Bauern, die nachgewiesenermaßen oft nicht wissen, wo sie sich befinden und gegen wen sie überhaupt kämpfen sollten, werden aufgerieben und vernichtet. Es gibt zahlreiche Meutereien, auch in der Armeeführung verschärft sich angesichts der vertrackten Situation die innere Auseinandersetzung: Das noch weitgehend in den USA ausgebildete höhere Offizierscorps protestiert gegen die „erfolglose sowjetische Führung“. Die Sowjets ihrerseits scheinen sich — nach Aussage der EPLF — seit der vierten Offensive zunehmend zurückzuhalten. Die Gründe dafür sind noch unklar — möglicherweise haben sie begriffen, daß sie sich, trotz aller modernen Kriegsmaschinerie, in Eritrea ihr erstes „Vietnam“ einbrocken. Die Möglichkeiten der „konventionellen Kriegsführung“ sind für das äthiopische Regime in Eritrea gegenwärtig ausgereizt. Was den Äthiopiern noch weitgehend ausgereizt. Was den Äthiopiern noch bleibt ist die Fortführung der mörderischen Luftangriffe mit Napalm und Splitterbomben, oder gar ein chemisch-biologischer Krieg wie in der Endphase des Vietnamkrieges. Die Frage ist allerdings, ob das gegenwärtige Regime angesichts der rasenden Hungersnöte in Äthiopien, der Verschuldung und der wieder stärker werdenden inner-äthiopischen Opposition einen solchen Krieg in Eritrea noch lange durchhalten kann.

In Bologna wurde diese hier nur kurz skizzierte Entwicklung des Kampfes in Eritrea sehr ausführlich analysiert in einem mehrstündigen Referat des Genossen Ephem, Mitglied des ZK und Chef der Volksmiliz. Wir werden hierzu demnächst ausführlicher berichten.

Grußadressen wurden von insgesamt 34 Organisationen gehalten — um nur einige zu nennen: PCI, PSI und Democrazia Proletaria aus Italien, Socialist Left Party aus Norwegen, Tigre Peoples Liberation Front (TPLF) und Oromo Liberation Front aus Äthiopien, EPLF-Massenorganisationen aus Libanon, Saudi-Arabien, Kenia und Libyen; zudem Eritrea-Solidaritätsgruppen aus fast allen westeuropäischen Ländern. Aus der BRD waren vertreten: KB, KBW, KABD, Liga gegen den Imperialismus und — die Jungdemokraten Baden-Württemberg!

Trotz der langen Reihe von Redner(innen) wurde die Grußadresse des KB mit besonderer Aufmerksamkeit und Herzlichkeit aufgenommen.

KB-Solidaritätsadresse auf dem Eritrea-Kongreß '79 in Bologna

Liebe Genossen und Freunde der eritreischen Revolution!

Der Kommunistische Bund (KB) sendet euch herzliche, solidarische und kämpferische Grüße und wünscht diesem Kongreß ein gutes Gelingen!

Ich selbst war als Gast der EPLF 1978 in Eritrea. Wir waren Gäste der ganz jungen Genossen in der Revolution School und der Red Flowers in Decamhare. Wir diskutierten mit Vertretern der Volksmachtorgane und der Landreform.

Aber ganz besonders beeindruckt hat uns die große Aktivität und kämpferische Emanzipation der Frauen!

Wir haben in Eritrea etwas direkt erlebt, was wir jungen Revolutionäre in den imperialistischen Metropolen meist nur aus Büchern kennen: Ich habe erlebt, daß Amilcar Cabral recht hat, wenn er schreibt: „Ein Volk in Bewegung kann niemand aufhalten!“

Die revolutionären Arbeiter und Bauern, Frauen und Kinder in Eritrea kann niemand aufhalten!

Diese Erfahrungen, die uns die EPLF ermöglichte, haben wir weitervermittelt in vielen Diskussionen innerhalb unserer Organisation, auf zahlreichen öffentlichen Versammlungen und durch die Reiseberichte in unserer Zeitung. Wir haben viel vom eritreischen Volk gelernt. Hierfür möchte ich mich nicht nur persönlich bedanken, sondern den Dank meiner ganzen Organisation aussprechen.

Liebe Genossen und Freunde. Die Intervention sowjetischer Truppen in Eritrea ist der bisher schärfste Ausdruck der konterrevolutionären Großmachtspolitik der Sowjetunion. Wir alle wissen, wie barbarisch die Verbrechen der äthiopisch-sowjetischen Aggression gegen Eritrea sind, wir wissen sehr konkret, welche Errungenschaften des eritreischen Volkes zerstört werden.

Bei aller Trauer um die Leiden des eritreischen Volkes haben wir jedoch die Gewißheit, daß der langfristige Kampf des Volkes und seiner revolutionären Avantgarde, der EPLF, für das Selbstbestimmungsrecht auch von der modernsten Kriegsmaschinerie nicht zerschlagen werden kann. In diesem Sinne haben wir volles Verständnis für die „Politik des strategischen Rückzuges“ der EPLF. Es ist die Taktik des langdauernden revolutionären Volkskrieges, die dem Volk unnötige Opfer erspart und in der es zugleich die Initiative im Kampf behält. Wir freuen uns über die zahlreichen Schläge, die der äthiopisch-sowjetische Aggressor gerade in letzter Zeit überall in Eritrea hinnehmen mußte.

Die Abkehr der Sowjetunion vom proletarischen Internationalismus ist ein Rückschlag für die gesamte Weltrevolution. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß einige revolutionäre Organisationen und Staaten

heute noch von sowjetischer Hilfe profitieren. Ich denke hierbei an Angola, Mosambik und Vietnam.

Der Verrat der Sowjetunion wiegt für die Völker um so schwerer, weil ein weiterer ehemals verlässlicher Freund weggefallen ist. Ich meine China, das sich in den letzten Jahren vom Verbündeten der Völker der Dritten Welt zum Partner des US-Imperialismus entwickelte, das heute das vietnamesische Volk angreift und bedroht und in Zaire militärischer Verbündeter eines faschistischen Diktators ist.

Diese erschwerten Bedingungen für die Befreiungskämpfe der Völker in aller Welt bringen vor allem in den imperialistischen Metropolen viele fortschrittliche Menschen dazu zu resignieren und eine defätistische Haltung einzunehmen, sich von revolutionärer Politik abzuwenden. Diese Menschen lassen sich jedoch von der imperialistischen Propaganda irreführen. Es ist die imperialistische Propaganda, die die Kämpfe in der Welt in ein Schema pressen will, in dem diese Kämpfe nur noch als Plus- oder Minuspunkt der Großmächte erscheinen!

Aber, Freunde und Genossen, laßt uns dafür eintreten, die Kämpfe in der Welt wieder von ihren klassenmäßigen Ursachen her zu sehen!

Wir unterstützen alle gerechten Kämpfe der Völker, ob in Eritrea, wo die Sowjetunion auf der Seite der Konterrevolution gegen das Volk kämpft, ob in Ost-Timor, wo der Kampf der Fretelin von der Sowjetunion einfach ignoriert wird, ob in Vietnam und Südafrika, wo die Kämpfe der Völker von der Konkurrenz zwischen der SU und dem Imperialismus profitieren und sowjetische Unterstützung erhalten.

Wir sind sicher, daß das Streben der Völker nach Unabhängigkeit letztendlich alle Großmachtträume zerplatzen lassen wird — ob sie nun in Washington, Peking, Moskau oder Westdeutschland geträumt werden!

Gerade Eritrea ist ein leuchtendes Beispiel für einen Freiheitskampf, der schon seit 18 Jahren entgegen den Plänen aller Großmächte geführt wird. Besonders die eritreische Revolution zeigt, was die eigentliche klassenmäßige Triebfeder der Entwicklung der Kämpfe der Völker in aller Welt ist — die Befreiung der unterdrückten Klassen von der Ausbeutung. Deshalb gehört unsere besondere Sympathie dem Kampf des eritreischen Volkes unter Führung der EPLF!

Sowjetische und äthiopische Truppen raus aus Eritrea!

Nieder mit Imperialismus, Neokolonialismus, Reaktion und Zionismus!

Für den Sieg im Volkskrieg!



Versorgung von Flüchtlingen durch die EPLF

Äquatorial-Guinea: Kontrollierte Ablösung

Anfang August hat eine Gruppe von Offizieren den Diktator Macias Nguema durch einen blutigen Putsch gestürzt.

Nach der Befreiung Ugandas ist damit nach über elf Jahren Terrorherrschaft eine der grausamsten Diktaturen zu Fall gebracht worden. Macias konnte nach einem mißglückten Fluchtversuch gefangenommen werden und soll von der neuen Militärjunta vor ein Volksgericht gestellt werden.

Drahtzieher im Hintergrund: Spanien

Der Putsch, der u.a. vom stellvertretenden Verteidigungsminister und ehemaligen Zögling der spanischen Militärakademie, Nguema Menzogo, durchgeführt wurde, ist von der früheren spanischen Kolonialmacht massiv gedeckt bzw. direkt mit inszeniert worden.

Nach Angaben der spanischen Zeitung „El Pais“ hatten die guineischen Offiziere ihre Putschpläne dem spanischen Außenministerium vorher zur Prüfung vorgelegt. Erst als Ministerpräsident Suarez grünes Licht gab, legten sie los. Madrid soll auch bereits Tage vor dem Umsturz mehrere Botschaften, u.a. die der USA, unterrichtet haben. (TAZ, 8.8.) Für eine direkte Beteiligung Spaniens gibt es auch noch andere Anhaltspunkte:

Spanien war das erste Land, daß die neue Regierung in Äquatorial-Guinea anerkannt hat. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Put-

ches hat der spanische Außenminister Aguirre die „Befriedigung“ seines Landes über die neue Regierung zum Ausdruck gebracht und finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt. (ITH, FR, 7.8.) Auch der Chef der Militärs, Generalleutnant Menzogo, gab recht eindeutige Sympathieerklärungen ab: „Wir setzen große Hoffnungen auf Spanien, da wir viele Bindungen an dieses Land haben. Spanien muß uns daher helfen.“ (Radio Exterior de Espana, Köln, 13.8. lt. MD, 14.8.) Am 11.8. war Carlos Piquer, ein Vertreter des spanischen Außenministeriums, mit dem Vorsitzenden des Obersten Militärtrats von Äquatorial-Guinea zusammengetroffen. Thema war der Wunsch Spaniens, volle diplomatische Beziehungen zu Äquatorial-Guinea aufzunehmen und die Zusammenarbeit beider Länder auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Gesundheitswesen, Fernmeldewesen und Erziehung weiterzuentwickeln. (MD, 14.8.)

Als eine der ersten innenpolitischen Maßnahmen hat der Oberste Militärtrat die Freilassung aller politischen Gefangenen angekündigt, deren Zahl sich auf ca. 5000 belaufen soll. (Neue, 7.8.)

Gleichzeitig hat die neue Regierung kategorisch erklärt, daß die Macht vom Militär ausgeübt werden wird. Das einzige derzeitige Ziel sei der Wiederaufbau des Landes, die Bildung von Fraktionen innerhalb der Regierung solle deshalb vermieden werden. (EFE, 15.8., lt. MD, 17.8.)

Damit wird den Forderungen von Exil-Guineern in Spanien, die u.

a. für die sofortige Wiedereinführung aller öffentlichen Freiheiten und für freie und demokratische Wahlen in nächster (!) Zukunft eingetreten waren, eine klare Absage erteilt. (MD, 14.8.)

Auch A. Ondo, Generalsekretär der Nationalen Aktion für die Befreiung Äquatorial-Guineas, äußerte sich sehr skeptisch in Bezug auf das neue Regime. Ondo wies daraufhin, daß Generalleutnant Menzogo bis vor kurzem selbst repressiv gegen alle Opponenten in der Armee vorgegangen sei. „Was geschehen ist, ist kein Putsch, nicht mal eine Palast-Revolution“. „Es ist nichts weiter als eine Übertragung der Macht... Nichts hat sich geändert“. (ITH, 7.8.) In einem Interview, das Radio Exterior de Espana am 7.8. mit zwei ehemaligen Ministern von Äquatorial-Guinea machte, wurde auf die Frage, welcher politischen Ideologie Menzogo zuzuordnen sei, geantwortet: „Ich habe mit dem neuen Staatspräsidenten Äquatorial-Guineas (...) zusammengelebt und gearbeitet. Ich habe nicht bemerkt, daß er einer bestimmten politischen Ideologie anhängt. (...) Er hat immer die Befehle seiner Vorgesetzten ausgeführt und ich glaube, in dieser Stunde, da er den Wiederaufbau Äquatorial-Guineas einleiten will, wird er sich nicht nach politischen Ideologien umsehen.“ (MD, 8.8.)

Ein einziges Konzentrationslager

Äquatorial-Guinea umfaßt in etwa ein Gebiet von der Größe Nordrhein-

Westfalens und liegt an der Atlantikküste zwischen Kamerun und Gabun. Das Land, das zum einen aus der Insel Fernando Poo und Rio Muni auf dem Festland besteht, war vor der Unabhängigkeit 1967 eines der reichsten Länder Schwarzafrikas.

Während der elfjährigen Schreckensherrschaft von Macias wurde das Land systematisch heruntergewirtschaftet, die Kakaoproduktion, das wichtigste Exportgut, sank von 40.000 auf 6.000 t pro Jahr. Als Nigeria vor drei Jahren wegen der unhaltbaren Lage in Guinea seine 45.000 Arbeiter zurückholte, führte Macias die Zwangsarbeit ein, um die Plantagen am Leben zu erhalten. Seitdem arbeiten ca. 25.000 Bauern ohne Lohn auf den Gütern. Die Unterdrückung und Grausamkeit der Macias-Diktatur soll noch die Idi Amin oder Bokassa übertrifften haben.

Mehr als ein Drittel der 300.000 zählenden Bevölkerung ist unter Macias ins Ausland geflohen, tausende seiner Opponenten ließ der Diktator in Lagern auf bestialische Weise zu Tode foltern. Allein zehn von zwölf Ministern ließ Macias zur Zeit der Unabhängigkeit umbringen; die Nationalbank wurde geschlossen, nachdem ihr Direktor öffentlich zu Tode gefoltert wurde.

Im gesamten Land gibt es nur zwei (!) Ärzte, die Hauptstadt Malabo ist seit einem Jahr ohne Strom. (ITH, 7.8., FR, 8.8.)

Zur Geschichte

Äquatorial-Guinea wurde am 12.10.

1968 nach 190-jähriger spanischer Kolonialherrschaft unabhängig. Macias besiegte 1967 seinen Konkurrenten Ondo Edu bei den Präsidentschaftswahlen. 1969 versuchte Edu Macias zu stürzen; der Versuch scheiterte. Macias machte die Spanier offiziell für den Putschversuch verantwortlich und ließ mehrere Weiße, hauptsächlich Spanier, hinrichten. Schließlich mußten alle Europäer das Land verlassen.

Bis auf Frankreich wurden alle diplomatischen Beziehungen zu westlichen Staaten abgebrochen, die wichtigsten Botschaften waren die der UdSSR, DDR, Chinas und Kubas. (ITH, 7.8.)

Sowjetunion mischt mit

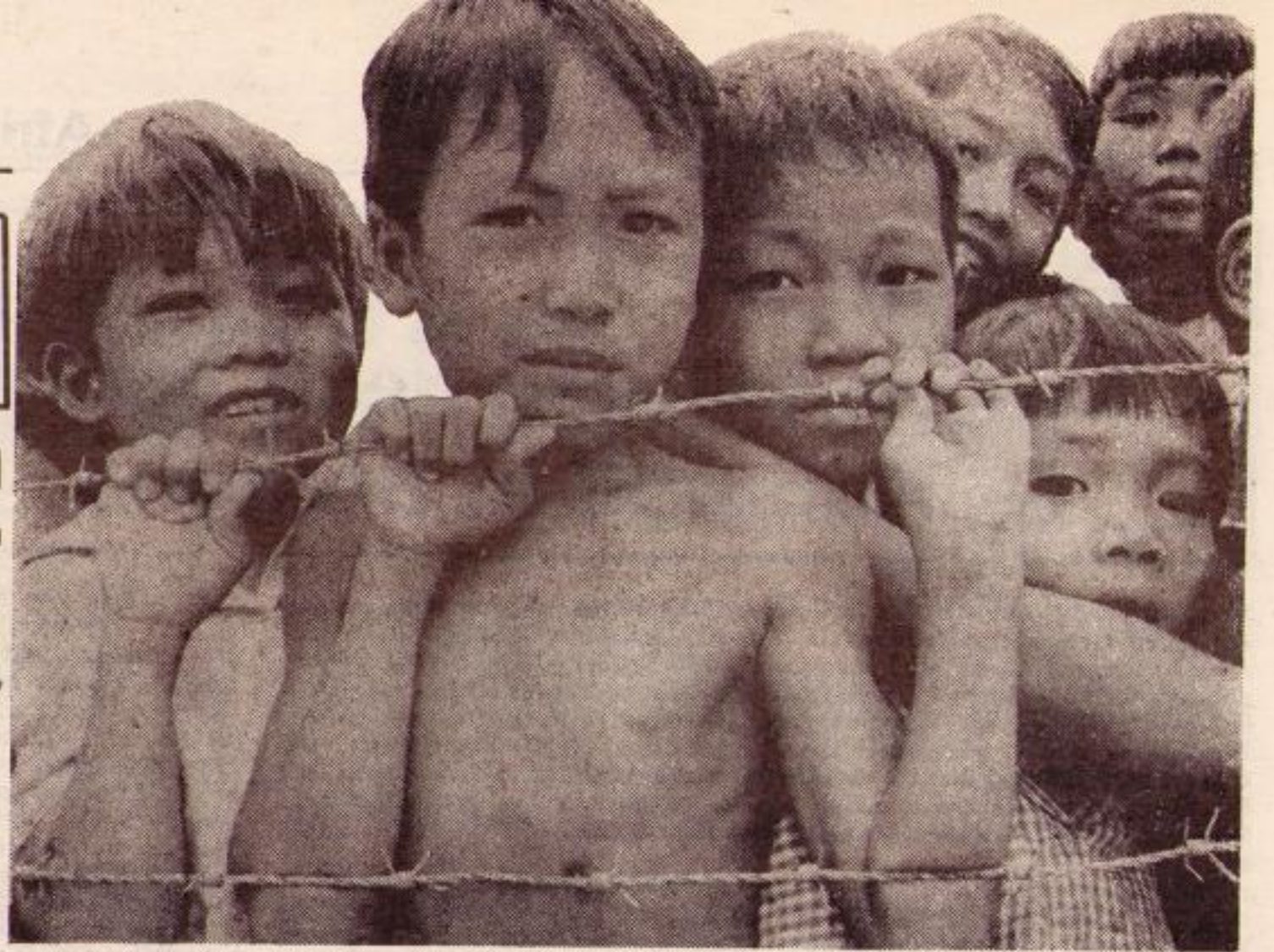
Offenbar gibt es an der massiven Unterstützung der revisionistischen Staaten, vor allem der SU, für die Macias-Diktatur keinen Zweifel. Wie schon im Fall Ugandas und auch Äthiopiens kooperiert die Sowjetunion skrupellos mit den am meisten verhassten und repressivsten Regimes des Kontinents.

Wie „Le Monde“ (22.8.) berichtete, fand am 20.8. in Malabo eine Demonstration unter antisowjetischen Parolen statt. Die Parolen bezogen sich u.a. auf ein Fischereiabkommen mit der SU, das den sowjetischen Fangflotten die Ausbeutung der Gewässer zuungunsten der einheimischen Fischer erlaubt.

Afrika-Kommission

asien

„Helft den Flüchtlingen und der Bevölkerung in Vietnam!“



Demokratische- und Menschenrechtsorganisationen und -Personen nehmen Stellung gegen antivietnamesische Hetzkampagne

Nach der massiven Propagandakampagne der letzten Wochen über das Flüchtlingselend in Südostasien, für das „die kommunistischen Machthaber in Hanoi“ verantwortlich gemacht wurden, haben jetzt Personen und Organisationen des demokratischen und sozialistischen Lagers Gegenposition bezogen. Soweit uns vorliegen: der Westberliner Theologe Helmut Gollwitzer, Amnesty International, Terre des Homes, Kinderhilfe Hyvong Vietnam und eine Gruppe Hessischer Pfarrer.

Amnesty International begrüßt den Schritt der westdeutschen Behörden, die Aufnahmequote für Flüchtlinge aus Indochina zu erhöhen und appelliert an den Bundeskanzler, „noch mehr Flüchtlinge aus dieser Region aufzunehmen“ („FR“, 17.8.). Gleichzeitig ist Amnesty International „zutiefst empört über eine offensichtliche Benachteiligung von Flüchtlingen aus anderen Regionen der Welt“ (ebenda). Erwiesen wird auf 500 Argentinier, die in argentinischen Gefängnissen über ein Jahr auf die Zusage ihrer Aufnahme in die BRD warten mußten. „Bislang sind erst elf eingetroffen“ (ebenda). „amnesty international appelliert eindringlich an die verantwortlichen Behörden, bei der Aufnahme von politischen Verfolgten nicht mit zweierlei Maß zu messen. Wir dürfen nicht zulassen, daß unterschieden wird zwischen politisch genehmten und weniger genehmten Flüchtlingen“ (ebd.).

Terre des Homes erklärt: „Wir haben humanitäre Hilfe nie von politischen Erwägungen abhängig gemacht. Es ist offensichtlich, daß die Menschen in Vietnam Not leiden und unsere Hilfe gebrauchen.“

Ein Stop der Hilfe trifft immer die Ärmsten besonders. Deshalb haben wir auch die Entscheidung der Bundesregierung scharf kritisiert, der notleidenden vietnamesischen Bevölkerung die öffentliche Hilfe zu versagen. Eine Verweigerung der Hilfe für die Menschen in Vietnam kommt einer Bestrafung der Menschen dort gleich und wird den Flüchtlingsstrom nur verstärken. Wir appellieren daher an die Bundesregierung und an andere Hilfsorganisationen: Helft den Flüchtlingen und der Bevölkerung in Vietnam! („Vietnamkinder – Terre des Homes hilft“, Hervorhebungen im Original).

Die Kinderhilfe Hyvong Vietnam sowie der Vorstand des Regionalkomitees „Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche“ und 19 Pfarrer aus Hessen und Nassau haben einen Kanzelauftritt der beiden großen Kirchen zur Hilfe für die Indochinaflüchtlinge kritisiert. In einer Presseerklärung des Komitees wird der „Betroffenheit“ Ausdruck gegeben, daß „Die Aufmerksamkeit der Welt mehr auf die Emigranten als auf die Notleidenden in Vietnam gelenkt“ wird („FR“, 25.8.). Die Kinderhilfe, die sich auch auf die Erklärung von H. Gollwitzer bezieht (s.u.), stellt in den kirchlichen Verlautbarungen dieselbe Tendenz fest, die „uns täglich in Presse, Rundfunk und Fernsehen vorgesetzt wird“ („Die Neue“, 28.8.).

Helmut Gollwitzer gegen „öffentliche Heuchler“

„Die Äußerungen des Theologieprofessors Helmut Gollwitzer in der Report-Sendung vom 24. Juli zu der Situation in Vietnam und unter den Flüchtlingen haben zunächst einige Fragen und Verwirrung ausgelöst. Gollwitzer hat inzwischen die dpa-Meldung über seine Äußerungen, auf der die Zeitungsberichte der folgenden Tage fußen, in einer Erklärung richtiggestellt. Im folgenden, uns zur Verfügung gestellten Brief an einen Mitinitiator der Aktion „Ein Schiff

für Vietnam“ nimmt Gollwitzer Gelegenheit, all das zu sagen, was er in der 3-Minuten-Fernsehsendung unter heftigem Fragenbeschuß des Moderators Franz Alt nicht zum Ausdruck bringen konnte.

Lieber N.N.!

Wie ich höre, fahren Sie in diesen Tagen wegen der Hilfe für die vietnamesischen Flüchtlinge nach Japan. Vielleicht erreicht Sie dieser Brief, mit dem ich den Ihrigen vom 29.7. mit Dank bestätige, noch vor Ihrer Abreise. Seit ich mich von Herrn Alt für die „Report“-Sendung vom 24.7. habe interviewen lassen, werde ich täglich wegen meiner Beurteilung dieses Flüchtlingsproblems befragt, und ich möchte deshalb meine Antwort auf Ihre Bitte, Ihre Aktion zu unterstützen, dazu benutzen, darzulegen, was ich mir dazu bisher überlegt habe.

Selbstverständlich ist, daß diesen unglücklichen Menschen geholfen werden muß und daß ich mich für jeden freue, dem geholfen wird. Nicht die Hilfe, die auf alle Fälle geschehen muß, ohne Rücksicht auf politische Zusammenhänge, steht in Frage, sondern der politische Kontext um das Flüchtlingsproblem und die Hilfsaktionen herum. Diejenigen, die sich in dieser Hilfe betätigen, dürfen sich nicht ersparen, diesen Kontext und die Fragen, die aus ihm resultieren, scharf zu sehen und dann zu überlegen, was sie gegenüber der Problematisierung der Flüchtlingshilfe durch diesen Kontext unternehmen.

Schon auf die erste Frage von Herrn Alt hätte ich viel schärfer antworten sollen, weil sie auf diesen Kontext hinweist. Er fragte mich, weshalb die Linken, die damals gegen die amerikanische Vietnam-Intervention demonstriert haben, jetzt schweigen. Über das hinaus, was ich dazu gesagt habe, hätte ich sofort sagen sollen:

Umgekehrt muß gefragt werden, weshalb diejenigen, die heute die Flüchtlingstragödie zu einem öffentlichen Hauptthema machen, damals geschwiegen haben. Jetzt ertrinken, wie Herr Alt sagt (die Zahl läßt sich ja nicht überprüfen), in der Stunde hundert Kinder, von ihren Eltern in verrotteten Booten mit auf Meer genommen. Damals wurden Tausende von vietnamesischen Kindern mit amerikanischem Napalm überossen, damals wurde in den Free-Kill-Zonen Jagd auf Flugzeugen und Hubschraubern auf alles, was sich bewegte. Damals wurden Tausende von vietnamesischen Kindern mit amerikanischem Napalm überossen, damals wurde in den Free-Kill-Zonen Jagd auf Flugzeugen und Hubschraubern auf alles, was sich regte, gemacht. Hunderttausende von verkrüppelten, fürs Leben beschädigten, ihrer Eltern beraubten Kinder lebten heute in den vietnamesischen Waisenhäusern. Von genau denjenigen Politikern und Sprechern in den Massenmedien, die heute ihr Entsetzen über die Flüchtlingstragödie bekunden, war damals kein Entsetzen und kein Protest zu hören. Wie soll ich ihnen heute ihre politisch offenbar so teilbare Humanität glauben?

In der gleichen Zeit, in der die Flüchtlinge auf dem asiatischen Meer treiben, sind in Nicaragua Tausende von Kindern und Jugendlichen von Somozas Nationalgarde ermordet worden. Die Nachricht kam in unseren Zeitungen, aber von gleicher Hilfsaktivität ist bisher nichts zu sehen. In der gleichen Zeit sterben in den lateinamerikanischen Diktaturstaaten, die von den USA ausgehalten werden und mit denen wir vorzügliche Wirtschaftsbeziehungen haben, Tausende von Kindern an Hunger und verblöden durch Unterernährung. Die „Frankfurter Rundschau“ bringt heute einen Artikel über die Steigerung der Rüstungsausgaben dieser Staaten mit dem Untertitel: „Westen unterstützt Regime, Osten dagegen Aufständische“. Keine Rede davon, daß dies in unseren Massenmedien mit der gleichen Entrüstung zum Hauptthema gemacht wird.

An Weihnachten machten Argentinier im Gemeindehaus unserer Dahlemer Gemeinde einen Hungerstreik, weil die Bundesregierung die Zusage, 500 argentinische Gefangene in der Bundesrepublik aufzunehmen, über ein Jahr verzögert hat (bis heute sind erst wenige von denen eingetroffen). Als Grund für die Verzögerung wurde u.a. die Auslastung der Aufnahmekapazität unseres Landes genannt. Der gleiche Grund wird vorgebracht für die Einschränkung des Asylrechts für Menschen, die aus Hunger und Verfolgung bei uns Zuflucht suchen. Bei den vietnamesischen Flüchtlingen ist die Kapazitätsfrage kein Hinderungsgrund. Von den hundert Millionen DM Entwicklungshilfe, die schon Thieu von der Bundesrepublik zugesagt waren und die dann der Hanoi-Regierung in Aussicht gestellt wurden, ist bis heute kein Pfennig gezahlt, so wenig, wie die USA bis jetzt einen Dollar gezahlt haben, obwohl die Frage der amerikanischen vermissten Soldaten längst geklärt ist. Inzwischen bestehen zwischen Bonn und Hanoi diplomatische Beziehungen, man schützt aber die bisherige Nicht-Einigung über die Berlin-Klausel vor, um nichts zu zahlen.

Das sage ich nicht gegen Sie persönlich, weil ich Ihre Hilfsaktion für nötig halte. Aber jeder, der in den Massenmedien tätig ist, muß sich doch, wenn er wegen der Vietnam-Flüchtlinge die Stimme erhebt, über diese Einseitigkeit klar sein und sie als unerträglich empfinden.

Die Gründe für diese Einseitigkeit dürften deutlich sein: Nach der Beschämung, die die Bundesregierung durch die Unterstützung der Hoas, um sie zu Flucht um jeden Preis zu drängen, und die Zukunftsängste der Hoas werden dadurch noch gesteigert. Diese Schikanen gegen die Hoas habe ich in dem Interview „skandalös“ genannt und – ohne noch zu wissen, daß am gleichen Abend die Nachricht von den Zusagen der vietnamesischen Regierung in Genf kommen werde – vorgeschlagen, die Bundesregierung solle ihre Zusicherung der jetzt sofort erfolgenden Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Bedingung knüpfen, daß vorher die Hanoi-Regierung mit ihrem Druck auf die chinesische Minderheit aufhöre.

Jetzt sofort erfolgender Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Bedingung knüpfen, daß vorher die Hanoi-Regierung mit ihrem Druck auf die chinesische Minderheit aufhöre.

Abgesehen von dieser notwendigen Kritik am Verhalten Hanois haben aber die vietnamesischen Antworten und die Verteidiger Vietnams bei uns recht: Der bei der ganzen Kampagne um die Vietnam-Flüchtlinge verschwiegene Hauptgrund für die Fluchtbewegung ist die große Not des vietnamesischen Volkes. Ein wie kein anderes durch die amerikanische Kriegsführung verwüstetes Land, schwere Naturkatastrophen in den letzten Jahren, der vietna-

gen aus Lateinamerika, die gegen die von uns unterstützten Regime opponieren. Das Mißverhältnis zwischen der Aufnahmebereitschaft für die Vietnam-Flüchtlinge und den durchsichtigen formalistischen Schwierigkeiten, die man seit dem chilenischen Putsch von 1973 bei Flüchtlingen aus Lateinamerika macht, muß jedem, der an letzterem Problem seit Jahren intensiv beteiligt ist, die Schamröte über unser Staatswesen ins Gesicht treiben.

Deshalb spricht man von „Vertriebenen“, als würden die Hoas aus Vietnam so ausgetrieben, wie es in Ostdeutschland geschehen ist, und von „Flüchtlingsen“, als flöhen sie vor Gefängnis, Folter und Massenmord wie die aus Lateinamerika. Herr Alt hat mich in den Interview gefragt, ob ich die von mir angeführten Gründe für ausreichend zur Erklärung der Fluchtbewegung halte. Ich habe alle Berichte der Aussagen der Vietnam-Flüchtlinge gelesen, soweit sie mir greifbar waren, und sie haben die von mir angeführten Gründe bestätigt: Es sind in erster Linie die harten Lebensbedingungen, die den Angehörigen der früheren Oberschicht und den chinesischen Händlern zugemutet werden, seit sich die Hanoi-Regierung nach dreijährigem Zögern entschlossen hat, in Süd-Vietnam einen schärferen Kurs zu steuern, wofür es reale und zu würdigende Gründe gibt. In zweiter Linie wird es die in allen asiatischen Ländern sich zeigende Nicht-Integration der chinesischen Minorität sein: angesichts der Spannung zwischen Vietnam und China werden die vietnamesischen Chinesen fürchten, die Opfer von Massakern zu werden, wie sie bei der amerikanischen Kambodscha-Invasion in Kambodscha an Vietnamesen und Chinesen verübt worden sind, und die vietnamesische Regierung wird diese Minderheit als bedrohliche Fünfte Kolonne fürchten, und aus dieser Furcht resultieren behördliche Maßnahmen gegen die Hoas, um sie zu Flucht um jeden Preis zu drängen, und die Zukunftsängste der Hoas werden dadurch noch gesteigert.

Diese Schikanen gegen die Hoas habe ich in dem Interview „skandalös“ genannt und – ohne noch zu wissen, daß am gleichen Abend die Nachricht von den Zusagen der vietnamesischen Regierung in Genf kommen werde – vorgeschlagen, die Bundesregierung solle ihre Zusicherung der jetzt sofort erfolgenden Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Bedingung knüpfen, daß vorher die Hanoi-Regierung mit ihrem Druck auf die chinesische Minderheit aufhöre.

Jetzt sofort erfolgender Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Bedingung knüpfen, daß vorher die Hanoi-Regierung mit ihrem Druck auf die chinesische Minderheit aufhöre.

Abgesehen von dieser notwendigen Kritik am Verhalten Hanois haben aber die vietnamesischen Antworten und die Verteidiger Vietnams bei uns recht: Der bei der ganzen Kampagne um die Vietnam-Flüchtlinge verschwiegene Hauptgrund für die Fluchtbewegung ist die große Not des vietnamesischen Volkes. Ein wie kein anderes durch die amerikanische Kriegsführung verwüstetes Land, schwere Naturkatastrophen in den letzten Jahren, der vietna-

mesisch-chinesische Konflikt – das alles stellt an das Volk und die Führung Vietnams die härtesten Anforderungen. Geeignete Kader zum Wiederaufbau fehlen, die entbehrungsgewohnten Nord-Vietnamesen fallen in Süd-Vietnam der Korruptionsversuchung reihenweise zum Opfer, die sowjetische Hilfe ist unzureichend, viele Fehler werden gemacht, die westlichen Länder denken nicht daran, ihre Sünden durch jetzige Entwicklungshilfe zu büßen. Die Fluchtbewegung derer, die früher gut gelebt haben, dazu auch einiger, die trotz ihrer früheren Opposition gegen Thieu heute mit dem jetzigen Regime in Konflikt kommen, ist ebenso verständlich wie die Rücksichtslosigkeit der Hanoi-Regierung. Soeben berichtet Bischof Scharf, bei seinem kürzlichen Besuch in Süd-Korea habe ihm der dortige bundesdeutsche Botschafter gesagt, er halte „die Praktiken der Unterdrückung von Kritik auch für nicht gut, sie seien aber auch nach asiatischer Philosophie durchaus vertretbar“. Zur Zuerkennung milderer Umstände sind bundesdeutsche Politiker und Massenmedien bei allen Unterdrückungsregimen von Lateinamerika über Südafrika bis Süd-Korea ständig bereit, mit keinem Wort aber verstehen sie sich dazu, die enormen Schwierigkeiten zu würdigen, mit denen die kommunistische Regierung eines von unserer Seite heillos verwüsteten Landes zu tun hat.

Ich jedenfalls möchte dabei nicht mitmachen und also über das „Report“-Interview nicht hinausgehen. Wo heute alle die, die früher bei ungleich entsetzlicheren Greueltaten geschwiegen haben, jetzt gegen Vietnam reden, müssen einige da sein, die für Vietnam plädieren, und vor allem einige, die in Vietnam selber helfen. Deshalb arbeite ich seit vielen Jahren in der Hilfsaktion Vietnam mit, und deshalb habe ich anläßlich meines 70. Geburtstags im Dezember, als freilich die Flüchtlingswelle noch nicht ihre heutige Höhe und Schrecklichkeit erreicht hatte, für ein vietnamesisches Waisenhaus gesammelt und werde das auch weiter tun. Ich kann die Selbstverständlichkeit aussprechen, daß auch den Vietnam-Flüchtlingen geholfen werden muß. Bei der Begrenztheit meiner Möglichkeiten in Wort und Tat muß ich aber mich jetzt für diejenigen einsetzen, die vergessen oder verschwiegen werden.

Helmut Gollwitzer
1000 Berlin 33

P.S.: Soeben lese ich, daß Franz Josef Strauß jetzt gefordert hat, die gesamten für Vietnam seit 1973 vorgesehenen und

Helmut Gollwitzer
1000 Berlin 33

P.S.: Soeben lese ich, daß Franz Josef Strauß jetzt gefordert hat, die gesamten für Vietnam seit 1973 vorgesehenen und immer noch gesperrten Gelder „rasch und unmittelbar“ an die Opfer der „kommunistischen Vertreibung“ auszuspenden. Das ist es, darum geht es in Wirklichkeit: kein Geld für Kommunisten, aber alle Schuld den Kommunisten aufzuladen. Dazu wird die Flüchtlingsnot ausgenutzt, und diese Ausnutzung fördert, wer dem nicht entgegentritt und nur humanitär sein will.

(aus „Die Neue“, 8.8.79)

Solidarität mit Indochinaflüchtlingen Die Bauchschmerzen gehen weiter

Der Artikel im AK 160 signalisiert ein neues Verhältnis des KB zu den Flüchtlingen aus Vietnam. In einer Anleitersitzung der „Komitee-Bereiche“ (ein Teil der Hamburger Organisation) hatten wir uns mit einer Reihe typischer Einwände auseinanderzusetzen, die wir hier als Ergänzung des Artikels noch einmal Revue passieren lassen wollen.

Während die bürgerlichen Kampagnen zur Flüchtlingsfrage auf Hochtönen laufen und die Rechten mit dieser Frage versuchen, in der Straßenagitation Fuß zu fassen, bleibt die Linke in dieser hochpolitischen Frage wie gelähmt. Und sogar die Kommunisten stellen sich nach wie vor selbst ein Bein, wenn sie keine klaren Aussagen darüber machen, wie sie es mit der Solidarität halten. Es ist ein schlechter Dienst, den man Vietnam leistet, wenn man meint, man könne sich herausmogeln, indem man die Flüchtlinge diskreditiert. Das Argument lautet, der KB müsse über die soziale Zusammensetzung der Flüchtlinge aufklären und müsse entlarven, wem der Imperialismus hier eigentlich hilft. Aus Angst, selber dem Antikommunismus Vorschub zu lei-

sten, laufen viele Genossen der imperialistischen Argumentation genau ins Messer. Erstens unterstellen sie plötzlich, es würde hier effektiv geholfen; zweitens „übersehen“ sie, daß Vietnam selber eine großzügigere und nicht so diffamierende Haltung gegenüber den Flüchtlingen einnimmt.

Die Gründe, ein zerstörtes Land zu verlassen, auch wenn es ein sozialistisches ist, sind doch wohl etwas vielgestaltiger als das einfache Interpretationsschema: Saboteure. Mit diesem Argument wird meistens zwar nicht offen gegen die Stoßrichtung des AK-Artikels geredet, es dient aber offensichtlich als Hintertürchen für die Verweigerung der Solidarität. Es wird dann auch meistens gleich nachgeschoben, daß es doch zu weit gehen würde, etwa direkt für die Flüchtlinge zu sammeln, und man solle doch lieber alles Geld für den Aufbau Vietnams fordern. Sicher ist der Aufbau Vietnams die beste Garantie zur Lösung des Flüchtlingsproblems, aber die schwimmen da nun mal jetzt im Meer!

Dicht dabei liegt auch der Vergleich, der von uns bisher häufig in der Agitation verwendet wurde, mit

den Flüchtlingen aus faschistischen Ländern (Chile etc.), die nicht herein gelassen werden. Wieder wird hier implizit unterstellt, daß den Indochinaflüchtlingen (und gerade denen, nicht wahr?) wirklich geholfen werde. Außerdem wird die Tatsache, daß es mit dem Asylrecht in der BRD immer schlechter bestellt ist, dazu mißbraucht, die Solidarität mit den Flüchtlingen selber zu verweigern. Solidarität mit notleidenden, vom Imperialismus geschädigten Menschen ist für Kommunisten unteilbar! Alle diese Argumente sind Ausdruck einer „linken“ Variante des Zynismus. Wenn hier Menschen dem Druck von innen, d.h. jahrzehntelangem Krieg, Zerstörung, Armut und Opfern und dem Druck von außen, d.h. Versprechungen der Imperialisten, sie herauszuholen, nicht mehr standhalten, – wollen wir dann Vietnam eine Lösung à la „Mauer“ empfehlen? Die Unteilbarkeit der Solidarität gilt auch für die Flüchtlinge aus der DDR und für die aus der SU herausgelockten Juden.

Es ist das Wesen des Imperialismus, daß er mit Krieg und Leichen

und über Flüchtlinge hinweg seine Politik betreibt. Und das haben wir im Einzelnen nachzuweisen. Und wir haben Liberalen und Sozialdemokraten aufzuzeigen, daß ihr „Boot für Vietnam“ das Beiboot für das Kriegsschiff des Kalten Krieges ist. Sie sollen mit uns lieber die Bundesregierung auffordern, ihren gewaltigen Apparat zur Wiedergutmachung ihrer Mitschuld an diesem Flüchtlingselend einzusetzen. Unsere eigenen Imperialisten dazu moralisch zu zwingen, das würde den Meer Treibenden helfen. Bisher gelingt es den Imperialisten noch prächtig, einige von den Flüchtlingen, die sie selber aufs Meer gelockt haben, vor den laufenden Farbfernsehkameras aus dem Wasser zu ziehen. Und wenn die Scheinwerfer verloschen sind, läßt er Zigtausende versaufen. Und dabei verschafft er sich noch das Image des Barmherzigen Samariters. Sollte es wirklich nicht möglich sein, dies Wissen in Politik zugunsten der Flüchtlinge (dieser Flüchtlinge!) umzusetzen?

„Komitee“ Hamburg

Augen auf!

Die Berichterstattung des AK zu den Auseinandersetzungen in Indochina (Kampuchea, Flüchtlinge, Aggression Chinas gegen Vietnam) ergreift eindeutig Stellung für die Sozialistische Republik Vietnam (SRV). Das ist auch richtig.

Die gegenwärtige Parteinahme für die SRV darf aber nicht unsere Augen vor der politischen Entwicklung und Diskussion in der SRV selbst verschließen. Das Beispiel Pol-Pot-Kampuchea hat drastisch gezeigt: was heute unterstützenswert ist, muß vielleicht schon morgen verurteilt bzw. bekämpft werden. Wobei es keinen mit Fanfaren angekündigten Übergang zwischen guter und schlechter Politik gibt. Bekanntlich (z.B. UdSSR) ist dies eine Sache der Entwicklung.

Nun gibt es einige Tatsachen bzw. Hinweise, die zwar nicht Anlaß zur grundsätzlichen Änderung unserer Haltung zur SRV sein können, m.E. aber uns zwingen, verstärkt die Innenpolitik der SRV zu beobachten und zu diskutieren. Dies sollte auch öffentlich im AK seinen Ausdruck finden.

Zu den Tatsachen bzw. Hinweisen selbst. Nach der chinesischen Aggression gegen die SRV veröffentlichte der Fremdsprachenverlag Hanoi einen Aufsatz zu den „Ursachen des Problems“, d.h. zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen der SRV und China. Wegen der Veröffentlichung im Fremdsprachenverlag Hanoi kann man davon ausgehen, daß es sich um ein „offizielles“ Dokument handelt. In dem Aufsatz wird dargestellt, daß „überreizter Nationalismus“ und „Großmachtautokratismus“ schon von jeher wesentliche Bestandteile der chinesischen Politik seien, dem sich auch nicht die KPCh entziehen konnte. „Einer winzigen Arbeiterklasse entstammend, von einem Ozean hunderter Millionen von Bauern überschwemmt, überdies für eine lange Periode (1927 - 1949) auf das Land zurückgedrängt, abgeschnitten von den Städten und der Außenwelt, wie hätte die kommunistische Partei Chinas der Einkreisung durch traditionelle Ideen entgehen können? Und in der Tat wurden die Reihen der Partei regelmäßig durch einen heftigen Kampf zwischen den Verfechtern des Marxismus-Leninismus und den ultranationalistischen und chauvinistischen Groß-Han-Elementen zerrissen. Während einer langen Zeit erlaubten die Erfordernisse der Revolution den chauvinistischen Kräften in der Führung der Partei nicht, ihre Vorhaben auszuführen.“ Man kann es schon ahnen: Schließlich sei es den Groß-Han-Elementen der KPCh doch gelungen, die Führung an sich zu reißen. Von jetzt ab läßt sich alles leicht erklären: Die Auseinandersetzung der KPCh mit der revisionistischen Politik der KPdSU war nichts anderes als der Versuch, „einen Ausweg aus ihren inneren Kämpfen zu finden“. Die KPCh versuchte, „die Einheit vermittelt einer Außenpolitik wiederherzustellen, die ganz von Großmachtautokratismus geprägt, aber hinter einer revolutionären Rhetorik verborgen war. Nach Führung der revolutionären Weltbewegung trachtend, begannen sie, die KPdSU zu kritisieren“.

Außenpolitische Aufgabe der Kulturrevolution sei es gewesen, „die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu schwächen und offen eine ultranationalistische und chauvinistische Großmachtpolitik durchzuführen“. Das führte soweit, daß China „im März 1969 einen chinesisch-sowjetischen Grenzkonflikt provozierte“. Und das alles, obwohl China nur „dank der umfassenden Hilfe der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers ... mit Erfolg seinen ersten Fünfjahresplan erfüllen“ konnte. Natürlich fehler: auch nicht die bekannten sowjetischen Standard-Belegzitate für die „Großmachtpolitik“ der KPCh. Beispielsweise ein angeblicher Spruch von Mao 1965: „Wir müssen ganz sicher Südostasien gewinnen... Eine Region wie Südostasien ist sehr reich. Sie hat zahlreiche natürliche Rohstoffe. Sie ist es wert, daß man die Kosten auf sich nimmt, um sie zu erwerben“.

In ihrer neuen Verfassung will die SRV ihre gegen China gerichtete Haltung festschreiben. Nach der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo wird in dem Verfassungsentwurf „ausdrücklich die Gegnerschaft Vietnams zu dem chinesischen 'Expansionismus' und 'Hegemoniestreben' erwähnt“ („FR“, 23.8.). Interessant ist auch die Flucht des stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalversammlung, Hoang Van Hoan. Als Folge seiner Flucht sollten laut „Frankfurter Rundschau“ vom 10.8. bereits vier hohe Funktionäre unter Hausarrest gestellt sein.

F., KB/Kassel

F., KB/Kassel

Eine richtige Initiative

Auf der letzten Vollversammlung des Metallbereichs des KB in Hamburg wurde der Aufruf des LG zur Solidarität mit den Indochinaflüchtlingsen diskutiert und einstimmig unterstützt. Gleichzeitig wurde das LG aufgefordert, konkrete Schritte in Richtung einer Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Personen in der Flüchtlingsfrage zu unternehmen. Aufgrund der bisher vorliegenden Informationen bieten sich hier insbesondere die GIM, die sich sehr differenziert mit der Problematik der Indochinaflüchtlingsen auseinandergesetzt hat und die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern

in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam“ an. Es wurden zwei Vorschläge gemacht, wie man eine entsprechende Kampagne unterstützen könnte.

1. Eine Informationsveranstaltung, eventuell von der Freundschaftsgesellschaft durchgeführt und von uns und anderen unterstützt.
2. Eine Podiumsdiskussion mit Leuten der Aktion „Ein Schiff für Vietnam“, auf der die kontroversen Positionen zur Flüchtlingsfrage diskutiert werden sollten.

Ho./Harburg

Neuwahlen in Indien

Die Mitte Juli durch den Rücktritt des indischen Ministerpräsidenten Desai ausgelöste Regierungskrise soll nunmehr über Neuwahlen zum Jahresende gelöst werden.

In den letzten Wochen ist praktisch das gesamte Koalitions- und Absprachegefüge des indischen Unterhauses zusammengebrochen. Mitte Juli zerfiel die regierende Janata-Koalition. Starke Widersprüche zwischen den verschiedenen Janata-Parteien um die Erschießung von streikenden Polizisten brachte im Juli offenbar das Faß zum Überlaufen: Sowohl die Regierungsmitglieder und Abgeordneten der „Sozialisten“ wie auch rechte Kräfte verließen den Janata-Block („Die Neue“, 6.7.). Für das Mitte Juli zur Abstimmung gestellte Mißtrauensvotum der Opposition fehlten der indischen Regierung damit ca. 100 Stimmen. Der Kampf um die Regierungsnachfolge führte in der Folgezeit zu immer neuen Konstellationen, Absprachen, Abgeordnetenkaufen usw. („Hamburger Abendblatt“, 21.8.). Anfang August standen sich praktisch zwei Pole gegenüber — die (neue) Regierungskoalition unter Charan Singh (praktisch eine Koalition des

Janata-Rests mit der Kongreß-Partei Indira Gandhis) und eine Oppositionskoalition unter dem ehemaligen Verteidigungsminister Ram.

Die neue Regierung unter Charan Singh blieb allerdings nur 24 Tage im Amt — dann erklärten die Minister der Gandhi-Kongreß-Partei ihren Rücktritt und Charan Singh hatte keine Mehrheit mehr („FAZ“, 20.8.). Eine neue Mehrheit für eine Nachfolgerregierung wurde nicht gefunden, so daß Neuwahlen für Jahresende ausgeschrieben wurden. Dies, obwohl die Oppositionskräfte des ehemaligen Verteidigungsministers Ram erklärten, sie hätten eine Mehrheit zusammengebracht („FR“, 24.8.); Ministerpräsident Reddy ignorierte die Tatsache schlicht.

Für die Neuwahlen haben sich inzwischen im Wesentlichen drei Blöcke gebildet: der bisherige Oppositionsblock von Ex-Verteidigungsminister Ram, der Kongreßpartei Indira Gandhis und ein Bündnis unter dem letzten Regierungschef Singh (Teile der alten Janata bis zur CPI und CPI(M)) („FAZ“, 24.8.).

Asien/Australien-Kommission



Schrittweise Zuspitzung der Lage in Afghanistan

In Afghanistan, einem der ärmsten Länder der Welt (90 % Analphabeten, 85 % Kleinbauern, durchschnittliche Lebenserwartung von nicht einmal 40 Jahren, durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen von rund 190 DM), versucht die von Taraki geführte Regierung seit ihrem Antritt im April 1978 Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der breiten Schichten des Volkes durchzuführen. Nach wie vor geht es darum, die Landreform im ganzen Land durchzuführen, Wucherzinsen abzuschaffen, indem der private Geldverleih unterdrückt wird sowie Alphabetisierungskurse, gynäkologische Massenerhebungen in den neu eingerichteten Mütterberatungsstellen durchzuführen, um nur einige der wichtigsten Maßnahmen zu nennen. Gleichzeitig wurde in der Außenpolitik eine stärkere Anlehnung an die Sowjetunion betrieben.

Gegen diese Entwicklung haben sich die alten Feudalherren und Kir-

chenfürsten, unterstützt von den Imperialisten sowie China, Pakistan und Iran, organisiert und weite Teile des Landes mit Bürgerkrieg und Terror überzogen. Vor kurzem haben sich vier Gruppierungen der sogenannten Moslemrebellanten unter dem Namen „Die verschworenen Kämpfer des Islams“ („Teman Atahad-Islamai“) zusammengeschlossen. Bei dieser Front hat offenbar das Beispiel der reaktionären islamischen Richtungen des Iran Pate gestanden.

Ähnlich wie im Iran wurden auch in Afghanistan in einigen von der Reaktion kontrollierten Orten „islamische Gerichte“ installiert („FAZ“, 20.8.). Diese Gerichte liefern die vermeintliche Legitimation für Massenmorde an der Zivilbevölkerung und Funktionen der regierenden „Volkspartei“, Khalk. So wurde gemeldet, daß nach dem Überfall auf drei Städte in der Provinz Razmak 34 aktive Mitglieder der Khalk-Partei von sog. islamischen Gerichten zum

Tode „verurteilt“ und hingerichtet wurden. Inzwischen sollen in der gesamten Provinz Razmak „islamische Gerichte ins Leben gerufen worden“ sein (ebenda). Der „Zeit“-Korrespondent Kohlschütter berichtete nach 14-tägigem Aufenthalt in Afghanistan, daß die Reaktionäre sich derzeit darum bemühen, „ihr eigenes Stammes- und Talschaftsgebiet feind- und regimiefrei zu halten, das heißt die von der Regierung ausgesandten Lehrer, Parteikommunisten und ideologischen Einpeitscher zu eliminieren (= auslöschen! — Anm. AK), wobei schonend und gezielt (?) zwischen Mittläufern und Scharfmachern unterschieden wird“ („Zeit“, 17.8.). Dieser „scho-nenden und gezielten“ Unterscheidung sind vor kurzem wohl auch 30 Sowjets und 15 sie begleitende afghanische Offiziere in Kandahar zum Opfer gefallen, die angeblich von „der wütenden Volksmasse“ ermordet wurden („SZ“, 14.8.).

Den Terror der Konterrevolution segnete Chomeini höchstpersönlich als „Gottes Wille“ ab. „Das afghanische Volk sollte vom Iran eine Lektion lernen und die Korrupten zum Schweigen bringen und sie rauschmeißen...“ („FAZ“, 21.8.).

Nach wie vor läßt sich kein genaues Bild über den Stand der Auseinandersetzungen, über das Kräfteverhältnis im ganzen Land zeichnen. In den regierungsoffiziellen Erklärungen widerspiegelt sich das Bemühen, den Konflikt herunterzuspielen. „Afghanistan ist ruhig“, erklärt der Premierminister und Verteidigungsminister Amin. „Das Volk steht glücklich und vorbehaltlos hinter der Revolution. Dennoch darf nicht verschwiegen werden, daß die ausländische Einmischung, Aggression, Konterrevolutionäre Aktivitäten andauern und sich ausgedehnt haben. ... Diese Probleme gibt es, sie bereiten uns jedoch weder Sorgen noch Kummer. Darauf mußten wir gefaßt sein bei der Durchführung einer von Ideologie und Klassenkampf getragenen Revolution“ („Zeit“, 17.8.).

Demgegenüber sprechen die Rechten und ihre internationalen Freunde schon von einem „Marsch auf Kabul“ („SZ“, 14.8.), „die islamischen Truppen (stehen) jetzt 10 km vor Kabul“ (Radio Teheran, 14.6., nach SWB, 15.6.) und 24 der 29 Provinzen seien unter ihrer Kontrolle. Mitte August tauchte die Meldung auf, daß über 15000 „Moslam-Rebellen“ Kabul schon erreicht hätten, sich an geheimen Orten versteckten und dort auf den Beginn der geplanten Offensive warteten („FAZ“, 14.8.). Diese „Meldungen“ sind aber zu widersprüchlich, um ernst genommen zu werden. So macht es stutzig, wenn in praktisch allen bisherigen Artikeln die

praktisch allen bisherigen Artikeln die Gesamtstärke der „Moslem-Rebellen“ auf rund 15000 beziffert wurden (und die liegen jetzt alle um Kabul verteilt?).

Korrespondenten der französischen Nachrichtenagentur AFP berichteten, daß selbst in den „Hochburgen“ der Reaktion, wie Herat, die Regierungsarmee die Lage unter Kontrolle hat („AFP“, 10.7., nach SWB, 11.7.). Der „Zeit“-Korrespondent Kohlschütter sieht den momentanen Stand so: Die Rechten „sind zu schwach, um das Taraki-Regime zu stürzen. Doch sie sind stark genug, um dessen politische Entfaltung zu verhindern und sogar auf das Kabuler Machtzentrum verunsichernd einzuwirken“ („Zeit“, 17.8.).

Asien/Australien-Kommission

Japanische Justiz fordert weitere Todesstrafen

Nachdem zu Beginn dieses Jahres zum ersten Mal in der japanischen Kriegsgeschichte von einem Staatsanwalt die Todesstrafe gegen einen Antikriegsdemonstranten, Fumiaki Hoshino, gefordert wurde, (vgl. AK 155) wurden in den jetzt folgenden politischen Prozessen gegen vier Mitglieder der „Ostasiatischen Antijapanischen Bewaffneten Front“ am 20.8.79 folgende Strafanträge gestellt:

- Todesstrafe für Shoji Daidoji (31 Jahre)
- Todesstrafe für Toshiaki Kataoka (31 Jahre)
- lebenslängliche Haft für Yoshimasa Kurokawa (31 Jahre)
- 10 Jahre Haft für Mariko Arai (28 Jahre)

Sie sind alle wegen der Herstellung von Bomben und der Planung und Durchführung mehrerer Bombenanschläge in den Jahren 1974/75 angeklagt.

Bei der damaligen Fahndung wurden acht Mitglieder der Gruppe im Mai 1975 festgenommen. Von diesen soll einer, Kazu Saito, bei seiner Festnahme Selbstmord begangen haben (Keisei Kurata: Gesamtgeschichte der neuen linken Bewegung, Tokyo 1978,

S. 330)! Drei weitere, Norio Sasaki, Ayako Daidoji und Yukiko Yokota, wurden später während zweier Flugzeugentführungen durch die Japanische Rote Armee in Kuala Lumpur (August 1975) und in Dacca (Oktober 1977) befreit.

Der schwerste Anschlag dieser Gruppe, der die Todesstrafen auch rechtfertigen soll, richtete sich gegen den Hauptsitz der Mitsubishi Heavy Industries in Tokyo am 30.8.74, wo acht Menschen ums Leben kamen und 247 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Solche Anschläge waren seinerzeit häufiger verübt worden. Sie sind u.a. vor dem Hintergrund der abgeflauten Studenten-, Ampo- und Okinawa-Kämpfe Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre entstanden. Zum Bombenanschlag gegen Mitsubishi schrieben sie damals in ihrer Zeitung: „Wenn auch die Todesopfer sowie die Verletzten Arbeiter sind wie wir, sind sie auch keine einfachen unbeteiligten Bürger. Sie gehören zu den Parasiten des japanischen Imperialismus und sind Kolonialisten, die den extremen Kolonialismus mitplanen und sich am Blut der Kolonialbewohner fettsaugen“ (aus: Keisei Kurata, a.a.O., S. 329). Diese offen arbeit- und men-

schenfeindliche Orientierung wurde später zurückgenommen.

Trotz aller Kritik gegen die politischen Aktionen dieser und ähnlicher Gruppen, muß jetzt vor der Repression durch die japanische Klassenjustiz gewarnt werden. In den Strafanträgen heißt es, daß die Angeklagten hart bestraft werden müßten, damit die Gesellschaft geschützt wird („jiji press“, 20.8.79). Nachdem nun drei Anträge auf Todesstrafe bei politischen Prozessen bereits in diesem Jahr gestellt worden sind, ist zu befürchten, daß dies künftig gang und gebe sein wird. Schließlich sind die 565 vollstreckten Todesurteile („Asahi Evening News“, 6.8.79) seit dem Kriegsende gegen „normale Kriminelle“ in Japan ohne öffentliches Aufsehen über die Bühne gegangen. Jetzt könnten auch die politischen Gegner auf die gleiche Weise „legal“ liquidiert werden.

Weg mit den Todesstrafenanträgen gegen die Genossen Hoshino, Daidoji und Kataoka! Weg mit der Todesstrafe!

Asien/Australien-Kommission

Blinder Eifer schadet nur!

Im AK 160 veröffentlichte die „Leitung des Zentrums“ auf gut viereinhalb Seiten drei Artikel zu den Themenkomplexen „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ und „Grauzonen des Feminismus“ im KB. Dieser Veröffentlichung folgten in rasender Eskalation die bisher heißesten und gefährlichsten Tage im KB.

Um diese dramatische Entwicklung nachvollziehen zu können, muß zunächst erklärt werden, was das „Zentrum“ ist: Es handelt sich um eine gemeinsame „Anleiter“-Runde einer Vielzahl von „Bereichen“ (Bezirks-, Branchengruppen usw.) der Hamburger Ortsgruppe des KB. Diese Runde repräsentiert einen recht grossen Teil der Hamburger Ortsgruppe und des zentralen „Kaderstamms“ des KB.

Um die Artikel der „Zentrums“-Leitung im AK 160 gab es am Tage ihres Erscheinens (20.8.) eine Diskussion im LG. Dabei zeigte es sich, daß nur ein Fünftel der LG-Mitglieder (nämlich diejenigen, die gleichzeitig der „Zentrums“-Leitung angehören und die Artikel selbst mitverfaßt hatten) hinter diesen Artikeln stehen, während der Rest des LG an diesen Artikeln weitgehend Kritik hat. Von ihnen wurde außerdem kritisiert, daß die Artikel größtenteils erst so spät für den AK abgegeben worden waren, daß eine zusammenfassende Stellungnahme der LG und Redaktionsmehrheit dazu im selben AK nicht mehr möglich gewesen war.

Die „Zentrums“-Leitung droht mit Spaltung

Am 22.8., zwei Tage nach dem LG, traf sich das „Zentrum“. Diese Versammlung wurde aus heiterem Himmel von der „Zentrums“-Leitung mit einer Erklärung eröffnet: Gegen sie werde eine Kampagne betrieben, die der „Zerstörung jeder solidarischen“ werde eine Kampagne betrieben, die der „Zerstörung jeder solidarischen Diskussion“ diene. Diese Kampagne sei auch schon gegen Ha. und Kl. (zwei Göttinger Genossen, die im AK 156 den Angriff auf die „Grauzonen des Feminismus“ im KB eröffnet hatten) „organisiert“ worden. „Wir werden keinesfalls hinnehmen, daß gegen uns mit denselben oder ähnlichen Methoden vorgegangen wird, die wir bereits in der Auseinandersetzung mit Ha./Kl. kritisiert. Sollten diese ganz und gar unleninistischen Methoden nicht augenblicklich eingestellt werden, werden wir auch vor organisatorischen Konsequenzen nicht zurückschrecken. D.h. wir kündigen für diesen Fall die Niederlegung unserer politischen Funktionen ebenso an, wie gegebenenfalls einen Aufruf zur Fraktionsbildung bzw. - was wir mehrheitlich befürworten - den kollektiven Austritt aus dem KB“.

Anschließend an diese Erklärung ließ die „Zentrums“-Leitung ohne vorherige inhaltliche Diskussion ein „Meinungsbild“ zu den drei Artikeln herstellen. Es zeigte sich, daß die Mehrheit der Anwesenden für die Artikel stimmte. An diese Abstimmung schloß sich eine mehrstündige Diskussion über verschiedene Aspekte der Artikel an.

In den folgenden Tagen wurde von einigen Anwesenden dieser Versammlung und von mehreren „Zentrums“-Bereichen (Druck-HBV-Anleitung, Anti-AKW-Zelle, Verlags-Zelle, Antifa-Zelle) das Vorgehen der „Zentrums“-Leitung kritisiert. Die HBV-Druck-Anleitung schrieb u.a. (25.8.): „Die Zentrumsleitung selbst hat auf der Sitzung v. 22.8. die bisherige Geschlossenheit der leitenden Gremien des KB als eine seiner wesentlichen Stärken bezeichnet. Umso betrüblicher macht uns jetzt die Leichtfertigkeit, mit der diese Stärke innerhalb weniger Tage aufs Spiel gesetzt wird. Eine solidarische Diskussion mit dem Ziel der Klärung der Widersprüche ist vor dem obengenannten Hintergrund sehr schwer möglich. Deshalb unsere Forderung an die Zentrumsleitung: Sofortige Rücknahme der Spaltungsdrohung und Rückkehr zu einer solidarischen Form der Auseinandersetzung“.

Andererseits erklärte die Mehrheit des „Zentrums“ auf einem kurzfristig einberufenen Sondertreffen am 26.8., daß sie sich durch die Spaltungs-Drohung der „Zentrums“-Leitung keineswegs unter Druck gesetzt gefühlt habe. Die Diskussion am 22.8. sei im Gegenteil sehr solidarisch verlaufen. Von der „Zentrums“-Leitung selbst wurde darauf hingewiesen, daß es im „Zentrum“ normal sei, vor der Diskussion abzustimmen („Meinungsbild“).

Wer die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung und ihres engeren Umkreises kennt, weiß, daß mit ihrer

Austrittsdrohung nicht der gemeinsame Rückzug ins Privatleben, sondern der Aufbau einer neuen Organisation gemeint ist. Diese Drohung wurde von der LG-Minderheit (20 %) mitgetragen, ohne sie vorher im LG zur Diskussion zu stellen oder auch nur anzudeuten. Das ist, wenn man das Wort schon gebrauchen will, wirklich total „unleninistisch“.

Es ist zu begrüßen, daß die ZL nach einer Aussprache des LG (27.8.) in einer weiteren Erklärung (datiert 28.8.) ihre Spaltungsdrohung zurückgezogen hat. Weiter heißt es in dieser Erklärung: „Die Diskussion um die Bildung einer Fraktion als Rahmen für die Fortsetzung der begonnenen Kontroverse, wie der KB durch die Krise geführt werden sollte, führen wir weiter. Die mögliche Bildung einer Fraktion verstehen wir als konzentrierte Bemühung unsererseits, die Kontroverse innerhalb der Organisation fortzuführen, und Schaden vom KB abzuwenden.“

Leider war die ZL bisher nicht bereit, ihre Spaltungsdrohung vom 22.8. selbstkritisch als Fehler einzuschätzen und einzugestehen. Stattdessen vertreten Genoss(innen) der ZL die Version, sie seien zu ihrer Spaltungsdrohung gezwungen worden durch die von der LG-Mehrheit gegen sie in Gang gebrachte „Stimmungsmache“, „Hetzkampagne“ etc. pp. Somit erscheint vorerst die Zurückziehung der Spaltungsdrohung nicht so sehr als prinzipielle politische Einsicht, sondern eher als ein taktischer Schritt.

„Die Hetzkampagne hat sofort aufzuhören! ...“

Die Spaltungs-Drohung der „Zentrums“-Leitung machte sich an der Forderung fest, daß „a u g e n b l i c k l i c h“ die „Kampagne“

Forderung fest, daß „a u g e n b l i c k l i c h“ die „Kampagne“ gegen ihre Artikel in AK 160 „eingestellt“ werden müsse. Diese Drohung verrät ein sehr skuriles Verständnis von innerorganisatorischer Demokratie. Grundlage ist die Behauptung, daß der zugegebenermaßen breite Widerspruch gegen die Artikel von Ha. und Kl. „organisiert“ und „bestellt“ gewesen sei. Ebenso wurde jetzt, insbesondere von der LG-Mehrheit und der AGF Widerspruch gegen die Artikel der ZL „organisiert“. Dies schaffe „den stimmungsmäßigen Rahmen, um denselben Mechanismus der unkritischen und pauschalen Verurteilung wie bei Ha./Kl. in Gang zu bringen. Beobachtungen bestätigen, daß vielfach nicht die politische Diskussion und Kritik unserer Ansichten im Vordergrund stehen, sondern Interpretation und Vergewaltigung einzelner Formulierungen und Satzketten. Es mehrten sich die Anzeichen, daß mit uns ähnlich verfahren werden soll wie mit Ha./Kl., daß also die Signale auf Kurs gegen die „Ratten“, „Knittels“ oder zumindest gegen deren „Verharmloser“ gestellt werden“. (Aus der Erklärung der „Zentrums“-Leitung am 22.8.).

Es wird, auch nach Rücknahme der Spaltungsdrohung zum einen die Kritik an Ha. und Kl. provokativ abschätzig behandelt („unkritisch und pauschal“), und es wird außerdem von einer „bestellten“, „organisierten“ Kampagne gesprochen. Im Grunde geht es darum, Ha. und Kl. (und dann auch die Artikel der „Zentrums“-Leitung) gegen eine angeblich „zu weit gehende“, „unsolidarische“ etc. Kritik abzuschotten. Die Verlagszelle schrieb hierzu (27.8.): „In diesem Zusammenhang empfinden wir es als Erpressung, die Artikel von Ha. und Kl. sowie die Artikel der ZL im AK 160 nicht mehr als chauvinistisch, Roll Back und demagogisch bezeichnen zu dürfen, da ansonsten die Genossen evtl. den mehrheitlichen Austritt befürworten. Durch diesen Druck, durch den die Existenz des KB's leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird, wird die Debatte geknebelt. Ich habe hier und hier 'ne Kritik', aber eine grundsätzliche Betrachtung der Artikel und Konsequenzen soll dadurch abgeblockt werden Somit wird nicht nur ein Klima der Einschüchterung betrieben, sondern auch die demokratischen Freiheiten jedes einzelnen Genossen in dieser Organisation genommen.“

Die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung machen einen für Kommunisten, zumal in leitenden Funktionen, äußerst schwerwiegenden und gefährlichen Fehler: Statt die Ursache für breite negative Reaktionen auf die Artikel von Ha./Kl. und „Zentrums“-Leitung zunächst mal in Fehlern des eigenen Vor-

gehens zu suchen, sonnen die Genoss(innen) sich selbstgefällig oder in Märtyrer-Pose darin, daß mit einer „organisierten Hetzkampagne“ und mit schnödem Undank auf ihre gutgemeinten und vorwärtsweisenden Artikel reagiert werde. Wehleidig wird erzählt, wo man überall wegen dieser Artikel „angemacht“ und „rundgemacht“ worden sei.

Wer, wie die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung, ausdrücklich betont, wie sehr er den offenen Meinungsstreit liebt und wie sehr es ihm darauf ankommt, im KB „wieder schärfere Konturen zu ziehen“, der sollte auch nicht empfindlich reagieren, wenn er ein paar Hiebe in der Polemik einstecken muß. Daß ein Leitungs-gremium einer kommunistischen Organisation darüber befinden will, was es als „solidarische Kritik“ noch für erträglich hält, und ab welcher Schwelle es der eigenen Organisation mit Rücktritt oder Spaltung droht, hat mit demokratischem Zentralismus absolut nichts zu tun.

Jeder kehre vor der eigenen Tür!

Bevor wir inhaltlich auf einige Aspekte der Artikel der „Zentrums“-Leitung in AK 160 eingehen, ist eine Vorbemerkung nötig: Wir haben die drei Artikel praktisch erst bei ihrer Veröffentlichung bzw. ganz kurz davor zu sehen bekommen. In 14 Tagen ist es schlechterdings nicht möglich, darauf umfassend einzugehen und Standpunkte zu allen angesprochenen Fragen zu „vereinheitlichen“. Hinzu kommt, daß wir durch die sich jagenden Ereignisse der vergangenen „tollen Tage“ reichlich in Atem gehalten wurden. Wir können in diesem Artikel daher zunächst nur auf einige Hauptlinien der Meinungsverschiedenheiten eingehen.

Ein zentrales Anliegen der Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung ist es, „die Konturen im KB wieder schärfer zu ziehen“, „kleinbürgerlichen Fehlströmungen wieder mehr entgegenzutreten“. Dies wird von ihnen, dem methodischen Vorbild von Ha. und Kl. folgend, ausschließlich an der Frauenpolitik des KB konkretisiert. Kern der Artikel „Krise und Krisenliteratur“ und „Grauzonen des Feminismus“ (AK 160) ist die These, daß es sowohl in unseren Ver-

über den verschiedensten „alternativen“ Strömungen etc. pp.? In dieser Hinsicht steht die KB-Frauenpolitik bestimmt nicht schlechter da als andere Bereiche. Ausgerechnet die KB-Frauenpolitik als negatives Beispiel anzugreifen, und zwar durch Genoss(innen), die allesamt so gut wie gar keine Ahnung von der Sache haben, sondern sich nur im Schnellkurs „in die Materie reingelassen“ haben, ist von vornherein verfehlt. Denn zum einen ruft dieses Vorgehen z w a n g s l ä u f i g berechnete Emotionen hervor, in dieser Art und Weise „Lehren“ vorgesetzt zu bekommen. Und zum anderen liegt auch auf der Hand, daß die Genoss(innen) der ZL mangels ernsthafter Kenntnis der Sache eine Vielzahl von „methodischen“ Fehlern und Irrtümern begangen haben. (siehe dazu den Artikel der AG Frauen). Dies hätte sich vermeiden lassen, wenn sie stattdessen ihre Vorstellungen zur „schärferen Konturenziehung“ an ihren eigenen Bereichen konkretisiert hätten, für die sie wesentlich kompetenter sind. Anschauungsmaterial für ihre Vorstellungen hätten sie dort gewiß reichlich finden können.

Mit dem Finger auf fremde Bereiche zu weisen, hat allerdings im KB ein bißchen Tradition. Bemerkenswert ist u.a., daß ein Genosse der „Zentrums“-Leitung schon vor ein paar Jahren ein langes Kritikpapier an die AG Frauen und die AK-Redaktion verfaßte, weil angeblich im AK nicht genug Artikel zur Auseinandersetzung mit dem Feminismus erschienen würden. Dies geschah zu einer Zeit, die heute von der „Zentrums“-Leitung geradezu als das Goldene Zeitalter unseres Kampfes gegen die „Fehlströmungen“ in der Frauenbewegung glorifiziert wird!

Pädagogik der Provokation?

Im Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ schrieb die ZL, daß Ha. und Kl. den Fehler gemacht hätten, „ihre Utopismus-Kritik einseitig an unserer Frauenpolitik (zu konkretisieren), obwohl anderweitige Beispiele sich viel zwingender aufdrängen“. Exakt denselben „methodischen“ Fehler hat die ZL jedoch mit ihrem Artikel-Paket gemacht, von dem sich zwei Drittel ausschließlich mit der Frauen-„problematik“ im KB beschäftigen.

Lügen!

Die „Zentrums“-Leitung geht mit Gerüchten hausieren, daß die Leserbriefe zu den Artikeln von Ha. und Kl. „bestellt“ und „organisiert“ gewesen seien. In diesem Zusammenhang gab ein Genosse der ZRK, der mit den Positionen der ZL übereinstimmt, folgendes Märchen auf einer MV in Göttingen zum Besten: „Die Stellungnahmen zu Ha. und Kl. stammten zu 50% von LG-Mitgliedern und zu 30-40% von Mitgliedern der AG Frauen, ohne als solche gekennzeichnet zu sein“. (Laut Protokoll) Tatsache ist: Es wurden im AK 157 und 158 insgesamt 15 Stellungnahmen abgedruckt. Hiervon unterstützten 2 (mehr gab es nicht!) die Positionen von Ha. und Kl. Zwei oder drei weitere Stellungnahmen, in denen Ha. und Kl. kritisiert wurden, konnten aus Platzgründen nicht abgedruckt werden. Von den 15 abgedruckten Stellungnahmen waren vier von Mitgliedern des LG - davon zwei ohne besondere Kennzeichnung, eine als Mitglied der Hamburger AG Frauen und eine als Mitglied der AK-Redaktion (der für die Frauenseiten im AK mitverantwortliche Redakteur). Hieran ist nichts Seltsames, da es im AK nicht üblich ist, daß LG-Mitglieder mit dieser Funktion unterschreiben. Zusätzlich war ein Artikel von einer weiteren Genossin der AG Frauen Hamburg abgedruckt, der als solcher gekennzeichnet war. Zum Vergleich: Zur Diskussion um die Artikel der ZL in AK 160 liegen bisher (2.9.) schon 39 Leserbriefe vor. Sind die etwa auch alle „bestellt“?

Mitglieder der AK-Redaktion

öffentliche wie auch in der innerorganisatorischen Debatte einen „Waffenstillstand“ gegenüber feministischen Vorstellungen gebe. „Unter diesen Rahmenbedingungen“ sei es „gar nicht verwunderlich, wenn innerlich unser Organisation die grauen Zonen des Feminismus wachsen“.

Selbst wenn diese Kritik zutreffend wäre - was sie jedoch überhaupt nicht ist, (vergl. Artikel der AG Frauen) - müßte den Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung doch ein falsches, schädliches Vorgehen vorgehalten werden. Mangelnde politisch-ideologische Debatte und Auseinandersetzung nach innen und außen ist keineswegs ein spezielles Kennzeichen der KB-Frauenpolitik, sondern zeigt sich fast durchgehend auf allen Gebieten unserer Arbeit. Sie zeigt sich beispielsweise auch in Bereichen, für die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung direkt verantwortlich sind. Welche Auseinandersetzungen sind in den letzten Monaten z.B. gegenüber „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ in der Schulbewegung gelaufen, gegenüber der Gewerkschaftspolitik in vom „Zentrum“ angeleiteten Bereichen, gegen-

fen würde. Vor dieser zwangsläufig eintretenden „schädlichen Polarisierung“ hatten wir die Genoss(innen) der LG-Minderheit in den letzten Wochen - d.h. vor Erscheinen ihrer Artikel - immer wieder eindringlich gewarnt. Sie haben diese Warnungen leider ignoriert.

Das Artikel-Paket der ZL hätte wahrscheinlich keine so scharfe Konfrontation ausgelöst, wenn nicht die Auseinandersetzung um die Göttinger Artikel vorangegangen wäre. Diese Artikel haben weithin Widerspruch hervorgerufen - selbst im „Zentrum“ wurden sie mit großer Mehrheit abgelehnt. An der Kritik im AK an diesen Artikeln hat sich die ZL und der engere „Zentrums“-Kern nicht beteiligt. Das kann im Grunde nur bedeuten, daß die in den Artikeln von Ha. und Kl., speziell Kl., enthaltenen Angriffe auf die Frauenpolitik im engeren „Zentrums“-Kern nicht ernst genug genommen wurden. Auf jeden Fall ist es keine Leitungs-Politik, sich aus so einer Debatte total rauszuhalten und nahezu zwei Monate danach pauschal zu behaupten, die damalige Kritik an Ha. und Kl. sei ausnahmslos „oberflächlich“, „unsachlich“, „emotional“ gewesen.

Inzwischen hat leider die ZL dieses provokatorische Vorgehen sogar noch verschärft. Im Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ hieß es immerhin noch, daß Ha. und Kl. „ein böser methodischer Fehler unterlaufen“ sei und daß es auch „einige Ausrutscher und Entgleisungen“ in ihren Artikeln gebe. „Darum sollten Ha./Kl. jetzt nicht gekränkt sein, wenn sich ihre Kritikerinnen vielleicht etwas hemdsärmelig und rabiat dagegen gewehrt haben“ (S. 37). In diesem Artikel wurde also noch deutlich, von welcher Seite die Verschärfung ausging, nämlich eindeutig von Ha. und Kl.

Inzwischen ist die ZL und ihre Verschärfung ausging, nämlich eindeutig von Ha. und Kl.

Inzwischen ist die ZL und ihre Anhängerschaft schon einen Schritt „weiter“. Von Kritik an den Göttinger Artikeln ist jetzt kaum noch die Rede. Dafür ereifert man sich endlos über die „emotionale Stimmungsmache“ und „organisierte Hetzkampagne“, der Ha. und Kl. ausgesetzt gewesen seien. Sogar die „Entsolidarisierung“ wird kräftig strapaziert: Wenn heute eine Genossin einem Genossen chauvinistische Tendenzen „unterstellt“, dann gilt das leicht schon als Ausdruck der „Entsolidarisierung“!

Ein paar Worte zu dem neuen Modewort „Entsolidarisierung“ sind hier angebracht. In der Anhängerschaft der ZL wird dieses Modewort derzeit mit Begeisterung auf alle Lebenslagen angewendet - vorzugsweise allerdings unserem Eindruck nach nicht selbstkritisch, sondern zur Kritik an anderen. Dieses Verhalten ist eine totale Perversion des richtigen Ansatzes, der hinter dem Problematisieren der Entsolidarisierung durch die ZL gestanden hat.

Angewendet auf die derzeitige Debatte müßte Kampf gegen die Entsolidarisierung unserer Meinung nach bedeuten, daß jeder vor allem an sich selbst den Anspruch stellt, die Debatte zu verschärfen. Umgekehrt heißt Kampf gegen die Entsolidarisierung unserer Meinung nach auch, daß man die Worte und Praktiken der anderen Seite mit einer gewissen Geduld erträgt und nicht übermäßig empfindlich darauf reagiert. Auf jeden Fall müssen wir von uns selbst erheblich mehr fordern als von anderen.

Im engeren „Zentrums“-Team jedoch herrscht derzeit ein genau umgekehrtes Verständnis vor. In einem Rundbrief (26.8.) schrieben wir dazu: „... Wer sich in solche Diskussionen begibt, muß damit rechnen, auch Reaktionen hervorzurufen, die er selbst für unsolidarisch halten mag. Das gilt für uns alle. Die zur Schau gestellte Wehleidigkeit steht den Genoss(innen) der ZL umso weniger an, weil sie selbst z.T. manchmal einen recht derben Diskussionsstil pflegen ... Es scheint, als beanspruchten die Genoss(innen) der ZL für sich selbst die Möglichkeiten des Freistil-Catchens, während sie ihre Gegner auf das Reglement des klassischen Balletts festlegen wollen ...“.

Krisenbewältigung oder Großer Trommelwirbel?

Jedes Angebot zur „Krisenbewältigung“ kann heute automatisch auf einen erheblichen Kredit an Zustimmung und Begeisterung in der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 36

Organisation rechnen. Davon haben anfänglich Ha. und Kl. profitiert, davon hat auch die „Zentrums“-Leitung profitiert. Vielfach läuft es so, daß man/frau den Artikel beim ersten Durchlesen freudig zustimmt und erst beim zweiten Lesen und durch Diskussionen eine ganze Menge Haken an der Sache entdeckt. Dieser Effekt wird von der ZL als ein Beweis dafür angeführt, daß die Organisation „an sich“ mehrheitlich für ihre Artikel sei und daß der Widerspruch dazu erst nachträglich „organisiert“ worden sei.

In Wahrheit beweist dieser Effekt nur, daß das Bedürfnis nach einem Ausweg aus der 'Krise' so groß und so weit verbreitet ist, daß es vielfach im ersten Moment über weniger schöne „Nebenpunkte“ (z.B. der frauenfeindliche Grundton im Artikel von Kl., Göttingen) hinwegsehen läßt.

Spätestens seit der 'Krise' des KB im Sommer 1978 offiziell konstatiert wurde (Beginn der „Wie geht's weiter?“-Debatte Ende Juni 78), hat es mehrmals Auftritte von Propheten gegeben, die das nahe Ende der 'Krise' ankündigten oder die gar behaupten, die 'Krise' sei im Wesentlichen nur „herbeigeredet“. Appelle zum „Ärmelaufkrempeln“, zum „Zupacken“ usw. mobilisierten mehrmals kurzfristige Hoffnungen, ohne positive Veränderungen zu bewirken. Die Organisation stagniert immer noch, der AK-Verkauf ist noch weiter abgefallen.

Auch von den Artikeln der „Zentrums“-Leitung geht zwar im ersten Moment viel Ermutigung aus, aber letztlich steckt wenig an konkreter Perspektive darin. Der Kern ihrer Argumentation besteht darin, von den objektiven Faktoren der Krise einmal völlig abzusehen und die Existenz von „Grauzonen“ und Rückzugstendenzen darauf zurückzuführen, daß es im KB einen „Waffenstillstand“ mit diesen „Fehlströmungen“ gebe. Also, so die Logik, komme es jetzt darauf an, diesen „Waffenstillstand“ zu brechen und „gegenzupowern“ (Originaljargon).

In gewisser Weise stellt die „Zentrums“-Leitung und die von ihr vertretene Tendenz im KB eine umgestülpte Version der „Kritik-Fraktion“ dar. Beiden gemeinsam ist der voluntaristische Ansatz, d.h. die 'Krisenbewältigung' durch einen Willensakt und durch den Sturz der alten „Leitung“ des KB oder Abspaltung. Während die „Kritik-Fraktion“ aber davon ausgeht, daß das LG die lebendige Diskussion im KB ab-

schnüre und alle Entscheidungen im Alleingang treffe, wobei der Organisationsbasis nur das Durchführen von Beschlüssen überlassen werde, kommt die ZL seit Kurzem zu umgekehrten Thesen: Die LG-Mehrheit verwalte die Krise nur; die LG-Mehrheit blockiere ein „Ziehen schärferer Konturen“ und „Angehen gegen Fehlströmungen“; die LG-Mehrheit sei liberalistisch gegenüber dem „Sumpf in der Organisation“ usw.

Obwohl „Zentrums“-Leitung und „Kritik-Fraktion“ also extrem gegensätzliche Lösungsvorstellungen zur „Krisenbewältigung“ andeuten (um mehr als Andeutungen handelt es sich bisher auf beiden Seiten noch nicht) treffen sie sich doch in einer Gemeinsamkeit: Nämlich dem gezielt eingesetzten Gejammer, sie könnten im KB ihre Thesen nicht frei zur Diskussion stellen, sondern würden „rundgemacht“, „unter Druck gesetzt“, mit „Psychoterror“ verfolgt, gegen sie werde eine „Hetzkampagne organisiert“ etc. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß sich die ZL in ihrer Spaltungsdrohung vom 22.8. bekennend zur „strikten Einhaltung des Prinzips der Überzeugungsarbeit und scharfer Ablehnung aller Formen des Drucks, des Bürokratismus, des Abschaltens“. Im direkten Zusammenhang mit ihrer Spaltungsdrohung wirkte dieses Bekenntnis allerdings nicht gerade sehr überzeugend. Trotzdem ist es der ZL teilweise gelungen, in makabrem Widerspruch zu ihren tatsächlichen Intentionen, liberale Sympathien in der Organisation für sich zu mobilisieren.

Schärfe statt Qualität?

Der Appell, „die Konturen im KB wieder schärfer zu ziehen“ und „Fehlströmungen offensiv entgegenzutreten“, hat der „Zentrums“-Leitung einigen Anfangsbeifall gebracht – in erster Linie natürlich in den „Zentrums“-Bereichen selbst, aber hier und dort auch darüber hinaus, wie etwa in Göttingen und Hannover. Für das, was die Genoss(inn)en der „Zentrums“-Leitung darunter verstehen, ist allerdings insbesondere der Artikel über die „Grauzonen des Feminismus“ im AK 160 kein ermutigendes Beispiel. Vielmehr handelt es sich dabei um einen recht unglücklichen Versuch, ohne Untersuchung der konkreten Hintergründe und Entwicklungen sich aus internen Protokollen und Berichten die „unangenehmsten Stellen“ zusammenzusuchen, um sich selbst eine vorgefaßte Meinung zu bestätigen. Der Frauen-Politik des KB wird

damit kein Stück weitergeholfen; im Gegenteil wird durch diese provokatorisch wirkende Vorgehensweise eine Konfrontation geschürt, bei der die eigentlichen Anliegen der „Zentrums“-Leitung kaum zu erkennen sind.

Ebenso könnte es für die Politik des KB gegenüber demokratischen, antifaschistischen, feministischen, liberalen usw. Strömungen und Gruppierungen katastrophale Folgen haben, wenn die Parole von den „schärferen Konturen“ losgelöst von ihrer konkreten Machbarkeit aufgestellt wird. In dieser Beziehung schürt die „Zentrums“-Leitung, um mit ihren eigenen Worten zu sprechen, „utopistische“ Illusionen und eine „überhöhte Erwartungshaltung“. Es geht ja nicht darum – da wird uns die „Zentrums“-Leitung gewiß zustimmen – sich jetzt um jeden Preis irgendwelche grobschlächtigen Abgrenzungen gegen alles und jedes innerhalb und außerhalb des KB zusammenzustümpfen, sondern es geht darum, sich möglichst wissenschaftlich und gründlich mit den verschiedensten Erscheinungen und Prozessen in der Linken und in den fortschrittlichen Bewegungen auseinanderzusetzen.

Das Problem liegt darin, daß wir dies mit unseren bisherigen Kräften, unserer bisherigen Qualifizierung und unserer bisherigen Gewichtung der Arbeitsschwerpunkte nur unzureichend leisten können. Der Schlüssel liegt also nicht in Kraftakten und der Entfesselung kurzfristiger „Ärmel-Aufkrempel“-Stimmungen, sondern in erster Linie in einer Verstärkung der theoretischen Arbeit im allerweitesten Sinn, sowie einer erheblich breiteren Qualifizierung für solche Arbeiten, als wir sie bisher im KB haben. Daß dies eine langfristige Aufgabe ist, liegt auf der Hand. Angesprochen wurde diese Aufgabe schon vor einem Jahr, zu Beginn unserer „Krisen“-Diskussion.

Dieser Kern des Problems wird in den bisherigen Stellungnahmen der „Zentrums“-Leitung nicht deutlich. Stattdessen wird, auf der mündlichen Ebene wesentlich schärfer als in den bisherigen Artikeln der Eindruck erweckt, als liege das Hauptproblem im „Liberalismus“ der LG-Mehrheit, die nicht mehr bereit sei, sich mit dem „kleinbürgerlichen Sumpf“ in der nötigen Schärfe auseinanderzusetzen. Hierzu werden auf der Gesprächsebene Thesen vertreten, die schnellstmöglich öffentlich dargestellt werden sollten.

Was sind die Ansichten der „Zentrums“-Leitung zur Krisenbewältigung?

In ihrer Erklärung zur Spaltungsdrohung vom 22.8. schrieb die „Zentrums“-Leitung: „Wir gehen davon aus, daß die hier von uns kritisierten Erscheinungsformen nur der äußere Mantel anscheinend tief sitzender politischer Differenzen in den leitenden Organen des KB sind. Differenzen, die u.E. zum Teil selbst Ergebnis der Krise sind. In den leitenden Gremien des KB sind unsere politischen Ansichten zur Krisenbewältigung umfassender bekannt, als sie in den ersten Artikeln (im AK 160) schon zum Ausdruck gebracht werden konnten“.

Mit dieser Behauptung (die sie inzwischen zurückgenommen haben) betrieben die Genoss(inn)en der „Zentrums“-Leitung unserem Verständnis nach politische Hochstapelei. Sie versuchten damit den Eindruck zu erwecken – der auch durch die rasante Eskalation ihres Vorgehens in den „tollen Tagen“ bestärkt wurde – als würden der derzeitigen Konfrontation längere – vor der Organisation geheimgehaltene – Auseinandersetzungen im LG zugrundeliegen. Dieser Eindruck ist schlicht falsch.

Die „Vorgeschichte“ des jetzigen Konflikts, nach der viele Genoss(inn)en jetzt zu recht fragen, ist verblüffend kurz: Das Bestehen einer Meinungsverschiedenheit wurde überhaupt erstmals nach dem Erscheinen der Artikel von Ha. und Kl. im AK 156 (25.6.) erkennbar, die von LG-Minderheit und ZL als positiver „Schritt in die richtige Richtung“ interpretiert wurden. Von der LG-Mehrheit wurden die Genoss(inn)en daraufhin wiederholt aufgefordert, ihre Ansichten schriftlich zu formulieren (eventuell, falls wegen sonstiger Arbeitsbelastungen nicht anders machbar, zunächst in Form interner Positionspapiere), um ihre Ansichten überhaupt diskutierbar zu machen. Trotz dieser Aufforderung wurde fast zwei Monate lang seitens der LG-Minderheit und ZL nichts vorgelegt. Die LG-Mehrheit erfuhr also erstmals durch die Veröffentlichung der drei Artikel im AK 160 (20.8.) umfassender und zusammenhängend etwas über die Vorstellungen der Genoss(inn)en. Weiter-

gehendere Vorstellungen wurden bisher nur vage angedeutet. So in erster Linie ein Artikel-Projekt der „Zentrums“-Leitung über liberalistische Tendenzen in der Diskussion über die Thesen zur Fraktionsbildung im KB' (vgl. AK 160, S. 35).

Es muß also klar gesagt werden, daß es bei dem Konflikt nicht um seit langem schwelende prinzipielle Meinungsverschiedenheiten und alternative Modelle zur 'Krisenbewältigung' geht, mit denen die Minderheit vielleicht im LG eine Mehrheit gesucht, aber nicht bekommen hätte. Vielmehr ist es so, daß die Genoss(inn)en des „Zentrum“-Teams mit einem sehr dünnen Bestand an bisher faßbaren 'Ansichten zur Krisenbewältigung' beipflichtlos leichtfertig den KB an den Rand der Spaltung manövriert, ja sogar die Existenz der Organisation auf Spiel gesetzt haben. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Durch die Zurücknahme der Spaltungsdrohung ist diese Gefahr zwar noch keineswegs gebannt, aber doch nicht mehr so brisant wie auf dem Höhepunkt der „tollen Tage“. Diese Entschärfung der Situation kann eine Ausgangsbasis sein, um jetzt tatsächlich über „weitergehendere Vorstellungen zur Krisenbewältigung“ über Kritik an der bisherigen Politik des LG usw. zu diskutieren. Wir fordern die ZL auf, ihre Vorstellungen dazu öffentlich diskutierbar zu machen.

Unser weiterer Arbeitsplan sieht bisher so aus:

- + Zu „Utopismus und Entsolidarisierung“ liegen zwei Artikel von einzelnen Mitgliedern des LG (Mehrheit) bereits fertig vor. Da wir es aber für wichtiger hielten, vor allem die zahlreichen „Leserbriefe“ möglichst breit zu dokumentieren, haben wir aus Platzgründen den Abdruck der beiden Artikel zurückgestellt.
- + Einen weiteren Artikel planen wir für den nächsten AK zu dem Vorwurf, wir würden „Angstmache“ betreiben (hinsichtlich der Vorstellungen der ZL).
- + Mitarbeiten wollen wir an einer Auseinandersetzung der AG Frauen mit dem ZL-Artikel „Krise und Krisenliteratur“.

LG (Mehrheit = 80 %)

Redaktionelle Anmerkung

Die Artikel der „Leitung“ des Zentrums und des LG (Mehrheit) in diesem AK beziehen sich nicht direkt aufeinander. Beide Artikel wurden entsprechend einer Vereinbarung unabhängig voneinander geschrieben und gleichzeitig in der Redaktion abgeliefert. Die Auseinandersetzung darüber wird im nächsten AK weitergeführt werden.

Angst ist ein schlechter Ratgeber

Vereinbarungsgemäß antworten wir hier auf den Artikel „Roll Back? – Nein Danke!“, der eine Polemik von Kt. (LG-Mehrheit) gegen den Abschnitt „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ unseres Artikels in AK 160 war. Die verabredete knappe Zeilenzahl macht eine Beschränkung auf die wesentlichen Differenzen nötig.

Abschließend gehen wir ebenfalls vereinbarungsgemäß auf den Ablauf des innerorganisatorischen Konflikts ein.

„Zentrums“-Leitung

Kt. „scheint, daß (wir) ... dem relativen Charakter der von (uns) verwendeten Begriffe übersehen. Was 'Utopismus' sein soll, ergibt sich unmittelbar aus der Definition des 'Machbaren' (...). 'Das Machbare' wird sich irgendwo zwischen diesen beiden extremen (gemeint: 'Utopismus' und 'Entsolidarisierung') bewegen“.

Ist das 'Machbare' hier und heute wirklich für uns vollkommen undefinierbar? Nach Kt.'s Ausführungen offenbar. Das heute real Machbare an „Emanzipation“ und Einbringen des „Privaten“ in unsere Politik ergibt sich u.E. unmittelbar aus unserer politischen Aufgabenstellung. Genau an diesem Punkt konkretisiert sich der relative Charakter dessen, was wir für „machbar“ halten und was nicht. Unsere politische Aufgabenstellung ist gewissermaßen der materielle Boden bei der Festlegung des 'Machbaren'. Hat Kt. dies im Eifer des Gefechts einfach übersehen? Unsere Definition des 'Machbaren' klingt rigide und scheint die Existenz der Krise nicht im Blick zu haben. Tatsächlich hat die Krise elementare Einsichten in das Wesen einer kommunistischen Organisation verschüttet.

Kt.'s Argumentation verstrickt sich u.E. in den von uns im AK 160 diskutierten Begriffen 'Utopismus' und 'Entsolidarisierung', sowie

'Zweckbündnis' und 'Keimform der neuen Gesellschaft'. Richtig erkennt Kt. den „relativen Charakter“ dieser beiden Begriffspaare und fragt dann nach dem jeweiligen 'Machbaren'. Dort angekommen, macht er dann aber den ganz und gar katastrophalen Fehler 'Zweckbündnis' und 'Entsolidarisierung' ebenso miteinander zu assoziieren, wie andererseits 'Utopismus' und 'Keimform der neuen Gesellschaft'. Kt.'s Gedankengang besteht darin, daß das „reine Zweckbündnis“ die Entsolidarisierung gewissermaßen beinhaltet oder fördert oder zur zwangsläufigen Folge hat oder eine 'Behandlung' sogar extremer Fälle von Entsolidarisierung ausschließt: „Man könnte sich, um die Extreme einmal zu benennen, auf den Standpunkt stellen, daß der KB nur ein Zweckbündnis sei, in dem allein die politische Leistung zählt und das 'private' Verhalten völlig uninteressant ist. Schlägt einer z.B. Frau und Kind, so bliebe das seine 'Privatsache', solange er damit nicht die politische Arbeit des KB behindert“ (AK 160).

Die hier konstruierte Assoziation von reinem Zweckbündnis und freigebigem Schlagen von Frau und Kind kennzeichnet u.E. das Schüren der Angst vor leninistischer Organisation.

Mit dieser Konstruktion, daß das „reine Zweckbündnis“ gewissermaßen die Entsolidarisierung nach sich zieht, stellt Kt. u.E. wesentliche Erkenntnisse des Leninismus auf den Kopf. Tatsächlich ist es u.E. so, daß die Entsolidarisierung dem Einfluß dieser Gesellschaft auf unsere Organisation geschuldet ist und daß im Kampf gegen diese Gesellschaft auch die Entsolidarisierung zurückgeht. Der Frauenfilm „Salz der Erde“ zeigt gerade diesen Zusammenhang gut auf.

Wie wenig die Entsolidarisierung unter uns dem Charakter unserer Organisation als bloßes „Zweckbündnis“ geschuldet ist, zeigt ihr aktueller Stand: Breite Entsolidarisierung, aber alles andere als eine nach strengen

Maßstäben der Effektivität, Konzentration auf politische Erfolge etc. arbeitende Kadertruppe.

Relativ unwichtig bei dieser Betrachtung ist die Tatsache, daß wir selber natürlich ausdrücklich keine Propagandisten des „reinen Zweckbündnisses“ sind, trotzdem suggeriert Kt.'s Artikel gleich z w e i m a l die Möglichkeit des Schlagens von Frau und Kind auf unsere diesbezüglichen Betrachtungen. Wir sind der Auffassung, daß bei einer kommunistischen Organisation das 'Zweckbündnis' zum Sturz der Kapitalistenklasse etc. stets das Hauptcharakteristikum zu sein hat, demgegenüber der Aspekt der 'Keimzelle der neuen Gesellschaft' als Nebenprodukt angesehen werden sollte. Diese Auffassung gerade in der Krise hochzuhalten, ist u.E. das entscheidende Problem der Leitungstätigkeit überhaupt. Bisher stand gerade Kt. an der Spitze dieses Kampfes im KB und man/frau konnte viel von seiner kompromißlosen Haltung in dieser Frage lernen. Inzwischen scheinen sich gewisse resignative Tendenzen in dieser Abnützungsschlacht gegen die Krise auch bei ihm zu zeigen.

Kt.'s Grundgedanke für den Kampf gegen die Entsolidarisierung scheint die stärkere Einbringung des 'Privaten' in die politische Debatte und die AK-Berichterstattung zu sein. Angesichts der Krise des KB und der Tatsache, daß unsere politische Vergangenheit im Sektierertum (in diesem Fall: der weitgehend generellen Ablehnung, 'Privates' in die Politik einzubringen) lag, halten wir eine stärkere Betonung des 'Privaten' derzeit für ein richtiges Element beim Versuch, die Organisation durch die Krise zu führen. Aber eine Kampagne gegen die Entsolidarisierung ohne Bezug zur Reorganisation unserer politischen Schlagkraft – wie das mit der Parole „Macht das Private öffentlich“ betrieben werden soll – kann verheerende Folgen haben. Darum haben wir von Verweigerungstendenzen, Utopismus und auch Feminismus ge-

sprochen. Unser Vorschlag zur Kampagne gegen die Entsolidarisierung in unseren Reihen unterscheidet sich gerade von anderen Überlegungen zum selben Thema dadurch, daß wir sie kombinieren wollen mit einem Kampf zur Rückdrängung kleinbürgerlicher, „repräsentierender“ etc. Vorstellungen zur kommunistischen Organisation, zur Effektivität politisch-organisierter Arbeit etc. Das Wesen unseres Vorschlages lag also in der Kombination von beidem.

Kt. wittert anscheinend Gefahr, daß wir mit unserer Kritik am 'Utopismus', an 'Verweigerungstendenzen' etc. womöglich den Kampf gegen die Entsolidarisierung abschwächen könnten. „Wenn man zu recht die Entsolidarisierung konstatiert, muß man aufpassen, daß man mit der Kritik am 'Utopismus' nicht ausgerechnet die schwachen Ansätze zur Gegenwehr gegen die Entsolidarisierung mit totschlägt“. In der Tat: Diesen Fehler haben Ha./Kl. gemacht und wir haben dies ausdrücklich kritisiert: „Will man also den Utopismus als Krisenerscheinung anprangern, so sollte dies einen glaubhaften Kampf gegen die Tendenz zur Entsolidarisierung zur Voraussetzung haben (...). Diesen Zusammenhang haben u.E. Ha./Kl. nicht erkannt“ (AK 160, S. 37). Kt. selber macht nun u.E. genau den umgekehrten Fehler. Er warnt vor zuviel Kampf gegen den Utopismus, da das womöglich unserem Widerstand gegen die Entsolidarisierung schaden würde. Wir dagegen plädieren für einen „Zwei-Fronten-Krieg“.

Auch in seiner Warnung vor zuviel Kritik am 'Utopismus' (und seinen „Verwandten“) schürt Kt. wieder die reine Angst: „Bei den Ärzten, die sich um den Patienten scharen, um ihm den 'Utopismus' herauszuoperieren, sind leider neben Skalpellen auch Holzhammer, Schlachtermesser und Preßluftbohrer zu beobachten“. Beweise? Keine.

Daß konkrete utopische Erwartun-

gen unserer Genoss(inn)en nur eine ziemlich kleine Erscheinungsform der Krise sind im Vergleich zur Verbreitung der Entsolidarisierung in unseren Reihen, wissen wir selbst und haben dies auch ausdrücklich so beschrieben. Zu bestreiten ist aber wohl kaum, daß der Utopismus nur ein Ausdruck einer liberalistischen und individualistischen Fehlströmung in der Organisation ist (Ultra-Demokratismus, Subjektivismus, Spontaneismus ...), die sich im Verlauf der Krise in unseren Reihen ausgebreitet hat, und die in ihrer Gesamtheit die Hervorhebung dieses Problems und die Notwendigkeit unseres ideologischen Kampfes dagegen rechtfertigt (Man könnte unserem Artikel vielleicht den Vorwurf machen, was Kt. aber gar nicht tut, daß wir den Begriff Utopismus teilweise vereinfachend oder stellvertretend für diese gesamte Fehlströmung genommen haben – sichtbar, um nicht einen schnöden Begriffsstreit zu proklamieren, ist dieser von uns gemeinte Zusammenhang aber doch wohl unbedingt da, wo wir von der „Paarung“ utopistischer Vorstellungen mit Verweigerungstendenzen schreiben etc. Man könnte uns zweitens vielleicht den Vorwurf machen, was Kt. aber auch nicht tut, daß wir die Verwendung des Begriffs Utopismus nicht vom historischen Utopismus abgegrenzt haben: historisch haben Utopien sich immer in – idealistische – Konfrontation zur bestehenden Gesellschaft begeben; die heute in unseren Reihen vorhandenen utopistischen Vorstellungen begeben sich dagegen vor allem in eine – gleichfalls idealistische – Konfrontation zu organisatorischen Notwendigkeiten). Der von uns hauptsächlich und vereinfachend mit dem Begriff Utopismus angesprochenen Fehlströmung ist also die Überbetonung der eigenen Person und die Zurückdrängung der gemeinsamen Arbeit, Auffassungen, Anstrengungen etc. cha-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

rakteristisch, mit dem Schlagwort einer f a l s c h verstandenen persönlichen Emanzipation auf der Fahne. Bei einer Kampagne unter der Allerweltsparole „Macht das Private öffentlich“ muß sich diese gerade in Klatschsucht, Querelen, Neugier, Subjektivismus, Eifersüchteleien, Rachsucht etc. entladen.

Es hat den Anschein, daß Kt. unserem Denksatz jeglichen Erfolg abspricht. In seiner Entgegnung auf Ha./Kl. schreibt er: „Es geht der Zweifel um, ob es überhaupt richtig ist, soviel Arbeit und Verzicht in den politischen Kampf zu investieren, ob dieser Kampf Erfolg haben kann, ob überhaupt das Ziel (Sozialismus) erstrebenswert ist usw. Diesen Zweifeln und dem sich daraus ergebenden Wegfaulen der kommunistischen Bewegung ist mit Argumenten schwer beizukommen“ (AK 157, S.52). Wo mit Argumenten schwer beizukommen ist, läßt man's auch bleiben (bzw. schränkt es ein). Ist dies freiwilliger Verzicht auf ideologische Auseinandersetzung auf den von Ha./Kl. problematisierten Sektoren? Kt. ist Recht zu geben, daß in Teilen der kommunistischen Bewegung mit Argumenten nur wenig auszurichten ist. Dies mag auch auf eine gewisse Zahl unserer Mitglieder zutreffen. Es kann und darf aber nicht auf die O r g a n i s a t i o n übertragen werden.

In ähnliche Richtung argumentiert Kt. im selben Artikel nochmal: „Andere Genoss(innen) meinen, daß es die Aufgabe unserer zentralen AG Frauen sei, 'falschen Tendenzen entgegenzutreten', 'stärker einzugreifen', den 'wegdriftenden' Genossinnen zu zeigen, wo's langgeht. — Ich bin aus langer negativer Erfahrung gegenteiliger Meinung. Sooft die Redaktion (oder auch die AG Frauen) irgendwelchen für falsch gehaltenen Tendenzen 'entgegengetreten' ist, war das letztlich nur ein A l i b i für den Rest der Organisation, sich mit dem betreffenden Thema s e l b s t nicht befassen zu müssen.“ (AK 157, S.52). Der Verzicht (oder die Einschränkung) des ideologischen Kampfes muß eine Verstärkung der Wegfaul-Tendenz nach sich ziehen.

Nachdem Kt. „mancherorts tatsächlich massive feministische Tendenzen im KB“ konstatiert, schließt er seinen Artikel mit folgenden Worten: „Wäre es da nicht besser, es würden endlich ein paar feministische Artikel

im AK erscheinen, und zwar ohne daß dann ein vielschmeichler Chor gleich nach der Sittenpolizei schreit, die 'so etwas' gefälligst unterbinden oder zumindest an Ort und Stelle gehörig totkommentieren möge...?“

Natürlich wäre es besser, wenn sich feministische Tendenzen im AK äußern würden, statt im Verborgenen zu „blühen“. Hatten wir das bestritten? Im Gegenteil. Haben wir gefordert, daß solche Artikel „unterbunden“ gehören? Quatsch. Wir beklagten im Gegenteil den Umstand, daß im AK zu wenig die Auseinandersetzung mit real bei uns existierenden feministischen Tendenzen betrieben wird.

Die notwendige ideologische Auseinandersetzung wird in Kt.'s Schlußworten mit zwei wahrhaft interessanten Begriffen neu belegt: „Sittenpolizei“ und „totkommentieren“. Wiederum wird hier die Angst geschürt, diesmal gegen die ideologische Auseinandersetzung. Schlimmer noch ist deren Gleichsetzung mit administrativen Maßnahmen („totkommentieren“, „Sittenpolizei“). Die Sittenpolizei kommt gewöhnlich nicht zum Diskutieren, sondern um die „Sünderlein“ zu inhaftieren.

Interessant ist nun, worauf Kt. den Umstand zurückführt, daß sich die „mancherorts tatsächlich massiven feministischen Tendenzen im KB“ nicht im AK äußern. Kt. erklärt dies damit, „daß Verfasser(innen) überängstlich an ihren Entwürfen herumdoktern — aus Angst, es sei immer noch nicht 'gut genug'...“. Dies mag für eine Reihe von Genoss(innen) zutreffen, insbesondere wenn es um das artikelmäßige Verarbeiten 'privater' Problematik geht (worauf sich Kt. auch konkret bezieht). Gilt diese Angst auch für die ortsweisen „massiven feministischen Tendenzen“? Kt. scheint dieser Meinung zu sein, da er speziell diesen Tendenzen den Rückzug der „Sittenpolizei“ und den Verzicht auf's „totkommentieren“ zusagt. Auch hier teilen wir Kt.'s Ansicht nicht. U.E. haben weder feministische, noch andere krisenbedingte Fehlströmungen besonderen Anlaß, sich zum großen ideologischen Gefecht im AK zu stellen, solange sie in der täglichen Praxis der Organisation auf zunehmend geringeren Widerstand bei ihrer Ausbreitung stoßen (dies gilt u.E. für liberalistische, spontaneistische etc. Tendenzen sogar noch mehr als für den Feminismus bei uns). Kt. selber spricht ja richtig (im

AK 157) von der Tendenz des Wegfaulens der kommunistischen Bewegung, also von ihrem schleichenden Verfall. Dem sollte u.E. massiver ideologischer Widerstand entgegengesetzt werden und keine noch so gut gemeinten Apelle, sich doch bitte schön im AK zu Wort zu melden. Dies würde voraussetzen, daß es sich hier nämlich um streitbare und nicht etwa um „faulende“ (im doppelten Sinn des Wortes) Tendenzen handeln würde.

Zusammenfassung unserer wichtigsten Kritiken an Kt.'s Artikel:

1. Kt. erklärt die Einbringung des 'Privaten' in die öffentliche Debatte (v.a. AK) zum wesentlichen Hebel im Kampf gegen die Entsolidarisierung und warnt gleichzeitig vor zuviel Kritik am 'Utopismus' (u.a. Erscheinungen des kleinbürgerlichen Individualismus). Während unser Vorschlag auf einen „Zwei-Fronten-Krieg“ hinausläuft, spielt Kt. beides gegeneinander aus und übersieht dabei, daß 'Entsolidarisierung' und 'Utopismus' (samt 'Verwandten') denselben ideologischen und klassenmäßigen Hintergrund haben.
2. Kt. erklärt die 'Entsolidarisierung' v.a. im Zusammenhang mit dem „reinen“ Zweckbündnis-Charakter der Organisation, demgegenüber wir daran festhalten, daß der KB hauptsächlich eben diesen Charakter erhält. Durch seine Sicht schürt Kt. — womöglich ungewollt — Angst vor der leninistischen Organisation.
3. Kt. mißt — an dieser „Front“ — der politischen Überzeugungsarbeit („Argumente“) nur wenig Bedeutung bei.

Die letzten Wochen

Am 22.8.79 gaben wir vor dem Plenum des Hamburger „Zentrums“ (einem Anleitergremium des KB) eine Erklärung ab, in der wir unter bestimmten Umständen „organisatorische Konsequenzen“ (Funktionsniederlegung, Fraktionsbildung oder Austritt aus dem KB) ankündigten.

Dem voraus lief eine mehrstündige Beratung am selben Nachmittag. In dieser Beratung bemühten wir uns um nochmalige Einschätzung der Lage der Organisation. In wenigen Worten zusammengefaßt war unsere Einschätzung folgende: Es ist im letzten Jahr nicht oder kaum gelungen, diverse krisenbedingte Fehlströmungen des

kleinbürgerlichen Individualismus in der Organisation zurückzudrängen. Die Tendenz des Rückzugs vieler Genoss(innen) ins Privatleben konnte nur in wenigen Bereichen des KB aufgefangen werden. In Teilen der Organisation zerfallen die unteren Gliederungen des KB. Die Entsolidarisierung in unseren Reihen nimmt ein immer erschreckenderes Ausmaß an. In den leitenden Gremien des KB bestand (besteht) kein einheitliches Konzept der Gegenwehr. Viele leitende Genoss(innen) des KB sind dazu übergegangen, dieser Entwicklung nachzugeben, statt sie ideologisch zu bekämpfen. Die Krisen-debatte war erneut versickert.

In dieser Situation erschienen mit AK 156 Ende Juni die beiden Göttinger Artikel. Diese enthielten neben anderen Seiten ('Frauenfeindlichkeit') u.E. eine Reihe wichtiger Denkanstöße (z.B. Krise und Krisenliteratur), die geeignet für die Aufnahme einer neuen Runde in unserer Krisen-debatte waren. Diese Sicht der Dinge wurde anfänglich zumindest in Teilen des LG geteilt, weswegen die Artikel auch unkommentiert zum Abdruck kamen. Nachträglich setzte sich aber im LG mehrheitlich die Einschätzung durch, daß diese Artikel im Wesen frauenfeindlich seien und alles andere mehr oder weniger Tarnung, bzw. untergeordneter Natur. In diesem Sinn wurde dann die innerorganisatorische Debatte geführt, deren wesentliches Element das Schüren der Empörung gegen die Göttinger Artikel war. Dies schlug sich dann in Form einer Flut von über 5 Seiten zumeist „empörter“ Leserbriefe im nächsten AK nieder (AK 157). Die dort zum Ausdruck gebrachte 'Empörung' förderte auf der anderen Seite die 'Einschüchterung'. Dies hielten wir für katastrophal: In der bisherigen Krisen-debatte hatten wir gerade erreicht, daß jede(r) Genoss(e)in das äußern konnte, was er/sie tatsächlich am Herzen (im Kopf) hatte (und es wurde — vom streng leninistischen Standpunkt — auch allerhand Kurioses angeboten). Gerade das war für den bisherigen Verlauf der Krise u.E. so entscheidend positiv. Mit dieser Tradition ist also rabiat gebrochen worden: Wir kritisieren nicht, daß viele Genoss(innen) empört bestimmte frauenfeindliche Entgleisungen bei Ha./Kl. zurückgewiesen haben, wir kritisieren aber, daß LG-Mitglieder einseitig (!) daran mitgewirkt und dabei zumindest billigend in Kauf genommen haben, daß

bestimmte Elemente des ideologischen Gegensteuerns von Ha./Kl. gleich mit weggeholt wurden.

Insgesamt haben wir eingeschätzt, daß die Kampagne gegen die Göttinger Artikel die Krise im KB eher vertieft als bekämpft hat. Dies ist v.a. der Einseitigkeit der Debatte geschuldet. U.E. wurde damit objektiv die Position derjenigen Genoss(innen) in der Organisation geschwächt, die sich vor Ort für die Aufrechterhaltung des KB als revolutionäre kommunistische Organisation, samt Aufrechterhaltung der Arbeit, der „Präsenzpflichten“ (Kt.), Disziplin etc. einsetzen. Umgekehrt wurde die Position derjenigen Genoss(innen) gestärkt, denen es derzeit hauptsächlich darum geht, „sich selbst einzubringen“, die also den KB stark aus dem Gesichtswinkel ihrer eigenen Bedürfnisse sehen.

Die „schädliche Polarisierung im KB“ und das „Aufwerfen falscher Fronten“ (Kt., AK 157, S.52) als Gefahr vor Augen, haben wir uns in den ersten Wochen dieser Kampagne bewußt zurückgehalten und dies auch so vertreten. Später wurde starker Druck auf uns ausgeübt, endlich auch selbst zur kontroverse Stellung zu nehmen. Mit unseren ersten Artikeln in AK 160 sind wir dieser Aufforderung gefolgt. Unser Bemühen, die „schädliche Polarisierung“ zu umschiffen und den Weg freizumachen für die Weiterentwicklung der Krisen-debatte im KB ist uns dabei offenbar nicht gelungen. Im Gegenteil: Die Frontenstellung hat sich eher vertieft. Nahezu ausschließlich in den Bereichen, in denen wir langjährige Arbeit geleistet haben, ist es z.T. gelungen, die gegen uns weiterlaufende Kampagne (als gegen die „Verharmloser von Ha./Kl.“ o.ä.) zu unterlaufen: Hier war hinlänglich bekannt, daß wir keine „ML“-Köpfe, Frauenfeinde, Roßkur-Prediger etc. sind.

Mit unserer Erklärung vom 22.8.79 haben wir versucht, die Notbremse zu ziehen. Unsere Forderung war: „augenblickliche“ Einstellung der Kampagne und Rückkehr zur solidarischen Kontroverse. Davon erhoffte positive Signalwirkung blieb weitgehend aus. Statt dessen wurden wir in weiten Teilen der Organisation kritisiert, „Erpressung“, „Spaltungsdrohung“ etc. zurückzunehmen. In einer zweiten Erklärung vom 28.8. haben wir mitgeteilt, daß wir nicht aus dem KB austreten werden.

„Zentrums“-Leitung

Stellungnahme der AG Frauen Göttingen

Es handelt sich bei dieser Debatte um die Entscheidung, welcher Weg in der weiteren Krisen-debatte eingeschlagen wird und wie mit der Auseinandersetzung um ungeklärte ideologische Fragen (z.B. im Bereich der Frauenpolitik) umgegangen wird. Wir halten den Weg, den die „Zentrums“-Leitung beschreiten will, für falsch und wollen dies an zwei Punkten erläutern.

1. „Utopismus“

In einem wesentlichen Kernsatz der „Zentrums“-Leitung heißt es: „Das Besondere an unserer Krise allerdings ist nicht nur ein z.T. beängstigendes Anwachsen des Utopismus, sondern seine regelrecht perverse Paarung mit einer um sich greifenden 'Verweigerungsdrohung' (...). Diese um sich greifende 'Verweigerungsdrohung' ist ohnehin das wesentliche Merkmal unserer Krise, d.h. zugleich auch sein wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zu sonstwann geäußerten Kritiken (...).“

Dazu ist zu sagen: Ein beängstigendes Anwachsen des Utopismus — nach der Definition der ZL heißt das, utopische Fernziele hier und heute erreichen und praktizieren zu wollen — wird von der „Zentrums“-Leitung nicht nachgewiesen. Die von ihnen gebrachten Zitate aus Protokollen und Stellungnahmen belegen einzig und allein, daß im Rahmen der Krisen-debatte Bedürfnisse und Ansprüche formuliert wurden, die auf eine Fülle ungelöster Probleme hinweisen (Verbindung von Persönlichem und politischer Arbeit, demokratische Beteiligung und Zentralismus, Trennung von Hand- und Kopfarbeit etc.) und daß auf diese Probleme bisher noch keine ausreichenden Antworten gefunden wurden. Wer sich dem Anspruch stellt, ausreichend in die Krisen-debatte einzugreifen, sollte sich k o n k r e t damit auseinandersetzen, was unter den gegenwärtigen Bedingungen ver-

änderbar bzw. anstrengenswert ist und welche Forderungen/Ansprüche den Rahmen einer kommunistischen Organisation sprengen. Das wäre an den Beispielen des Anleitungsprinzips und den Kritiken aus dem Technik-Bereich möglich gewesen. Stattdessen werden in plattester Manier „unsere Aufgaben vor der Bewegung“ und „die Steigerung unserer Schlagkraft“ dagegen gehalten. Warum ist dann die ganze Krisen-debatte überhaupt geführt worden?!

Die Antwort liegt wohl in der durchgängig negativen Sicht der Krise seitens der „Zentrums“-Leitung („Verweigerungsdrohung als das wesentliche Merkmal der Krise“). Wir halten dies für ein Zurückfallen in eine subjektivistische Sicht der Krise und erinnern demgegenüber an die Charakterisierung der Krise des KB als Teil der Krise der Linken im Vorwort zum 1. Krisen-UW-extra: „Die Grundlage der Krise sind politische Fehler, die wir gemacht haben; der äußere Anstoß kam von der Veränderung der objektiven Bedingungen. Politische Fehler, wie wir sie jetzt diskutieren, sind teilweise jahrelang schon gemacht worden. Sie fielen aber kaum ins Gewicht, solange der von den äußeren Bedingungen gespeiste Elan, gewisse Erfolgserlebnisse in der politischen Arbeit ausreichten, um die Fehler wegzumachen bzw. über sie hinwegzugehen. Konfrontiert sind wir mit diesen Fehler massenhaft erst jetzt, wo anfängliche Hoffnungen sich zerschlagen haben, die Begeisterung der 'ersten Stunde' verfliegen ist und weithin Resignation, Tendenzen zum Rückzug aufs alternative Privatleben usw. sich breitmachen“. Wenn heute festzustellen ist, daß die Krisen-debatte über weite Strecken versackt ist, dann liegt das nicht an der „perversen Paarung von Utopismus und Verweigerungsdrohung“, sondern daran, daß viel zu w e n i g Veränderungsforderungen in die Organisation getragen werden, daß die eigenen „Utopien“ viel zu w e n i g ernst genommen werden. Auf die Verbindung von „Persönlichem“ und

Politik bezogen heißt das: Gerade weil die Organisation sehr wenig als „Keimform der neuen Gesellschaft“ begriffen wird, erscheinen die Anforderungen des „Zweckbündnisses zu gesellschaftlichen Umwälzungen“ als Entfremdete. Es wird doch häufig viel mehr Energie darauf verwandt, sich im privaten Bereich, außerhalb der Organisation, zu emanzipieren, als innerhalb der Organisation für die persönlich-politische Emanzipation zu kämpfen (Neues erproben, sich qualifizieren, für die eigene Meinung streiten etc.). Wir brauchen viel mehr Genossen und besonders Genossinnen, die ihre „Utopien“ ernst nehmen, damit wieder Leben in die Bude kommt!

Liebe Zentrums-Genoss(innen), ihr wollt als Leninisten gegen die „ismen“ im KB kämpfen, aber vergesst dabei d i e s e n Lenin nicht: „Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit seinen Luftschlossern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumbildes arbeitet. Gibt es nur irgendeinen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung“ (soweit zitiert Lenin Pisarew — Anm. AK). Träume solcher Art gibt es leider in unserer Bewegung allzu wenig. Und schuld daran sind hauptsächlich diejenigen, die sich damit brüsten, wie nüchtern sie seien und wie 'nahe' sie dem 'Konkreten' stünden (...) (aus: Lenin, „Was tun?“).

2. Frauenpolitik

Die Aussagen der Zentrums-Leitung zur Frauenpolitik sind von Inkompetenz und Stimmungs-mache gekennzeichnet, aufgrund a) der Art und Weise, wie die Frauenpolitik in den Gesamtzusammenhang der Artikel bzw. der Debatte gestellt wird, b) aufgrund der Methode, mit der speziell im Teil zu den „Grauzonen des

Feminismus“ eine feministische Strömung/Gefahr zusammengeschustert wird.

Zu a): Zu Beginn der Artikel wird zwar g e s a g t, daß der Utopismus „keinesfalls eine Domäne unserer Frauenpolitik“ sei, die Auseinandersetzung wird aber im Wesentlichen am Frauenbereich geführt (auf die fehlende Auseinandersetzung mit den anderen Beispielen wurde schon oben hingewiesen); mehr noch: der einzige „Beweis“ dafür, daß „utopistische“ Forderungen praktiziert werden, statt politische Arbeit, findet sich im Frauen-Teil, nämlich die Behauptung: „Zumindest unsere Genossinnen (haben) die Parole, 'Macht das Private öffentlich' auf Ortsgruppen-Ebene schon längst verwirklicht, und die ständige Wiederholung dieser undifferenzierten Parole (ist) bestenfalls geeignet, Themen der Frauenmassenarbeit gänzlich aus der Debatte zu verbannen“ (S. 39). Da ist sie also in Reinform, die „perverse Paarung von Utopismus und Verweigerungsdrohung“, praktiziert von „unseren Genossinnen“! Anders wäre auch gar nicht zu verstehen, daß die Zentrums-Leitung 2/3 des ihr im AK zur Verfügung stehenden Platzes zur Auseinandersetzung mit der Frauenpolitik benutzt, wenn nicht aus dem Grund, daß in diesem Bereich die eingangs entwickelten Merkmale der Krise besonders deutlich angeprangert werden könnten. (Von einem Göttinger „Zentrums“-Befürworter wurde es so ausgedrückt: „In keinem anderen Bereich sind die Anleihen an kleinbürgerliche Ideologien so groß“ — MV-Protokoll vom 27.8.).

Keine „Domäne“...?

Kein „Sündenbock“...?

Zu b): Beim dem Versuch, die Existenz feministischer Positionen im KB zu einer gefährlichen Strömung hochzustilisieren, muß die Zentrums-Leitung logischerweise die von ihr selbst gewählte Definition von Feminismus (Abtrennung von Frauenunterdrückung und Eigentumsfrage) wieder verlassen, um ein breiteres Spektrum

von Positionen über den feministischen Kamm scheren zu können. So wird z.B. die Kritik von ch./AG Frauen Göttingen, daß in der Polemik gegen A. Schwarzer „Kleiner Unterschied“ die realen Probleme von Frauen mit dem Hammer des Klassenstandpunkts erschlagen würden, auf eine ideologische Linie gebracht mit der These einer (inzwischen ausgetretenen) Genossin von zwei unabhängigen Hauptwidersprüchen. Eine derartige Methode der „Beweisführung“ kann nur als Aufruf zum ideologischen Schattenboxen verstanden werden. Interessanter wäre es zu erfahren, wie die Zentrums-Leitung — ohne Anleihen beim Feminismus! — ihren bemerkenswerten Satz konkretisieren will: „Geschlechterkampf ist notwendig, er gehört zu unserer selbstverständlichen politischen Standardausrüstung“.

Besonders absurd und kennzeichnend für die Inkompetenz der „Zentrums“-Leitung ist der Vorwurf des „Waffenstillstands“ mit dem Feminismus gegen die AG Frauen/Hamburg. Unterschlagen werden hier nicht nur tagespolitische Auseinandersetzungen wie z.B. um die „Stern“-Klage der Emma-Redaktion, sondern auch die kontroverse Diskussion auf der 1. bundesweiten Frauenversammlung (s. AK 155), wo die AG Frauen Hamburg von einem Teil der Genossinnen wegen eines zu strammen „Anti-Feminismus“ kritisiert wurde. Gegenstand der Kontroverse war u.a. das Schulungsheft zur Frauenpolitik, das hauptsächlich Artikel zur Auseinandersetzung mit der autonomen Frauenbewegung enthält. Anstatt sich auf diese realen Diskussionsprozesse zu beziehen, will die „Zentrums“-Leitung eine abstrakte „Ausrichtungskampagne“ anleiten.

Wenn der „Grauzonen-Artikel“ ein Exempel dafür war, wie sich die Zentrums-Leitung mit „Fehlströmungen“ auseinandersetzen will, dann können wir nur sagen: Nein danke!

AG Frauen
KB/Gruppe Göttingen



Die Stellungnahme der zentralen AG Frauen lest ihr auf Seite 44

Stellungnahmen zur Diskussion um die »Zentrums«-Artikel

Ich bin erschüttert! So eine Form der Auseinandersetzung habe ich in meiner neunjährigen KB-Mitgliedschaft noch nicht erlebt.

Ich bin der Meinung, daß gerade die Artikel der Zentrumsleitung ein Bild davon abgeben, was Solidarität in der Auseinandersetzung eigentlich bedeutet. Da wird nicht „eingedroschen“, „niedergeknüpelt“ oder „geholzt“, sondern versucht, sich politisch mit inhaltlichen Positionen auseinanderzusetzen. Ha. und Kl. (aus Göttingen) werden an bestimmten Aspekten von der „Zentrums“-Leitung scharf kritisiert, anhand ihrer im Artikel vertretenen Positionen, und es wird nicht, wie in der vorhergehenden Debatte (AK 157) mit Interpretationen, Unterstellungen und unbewiesenen Behauptungen gearbeitet.

So wird in den Leserbriefen durchgängig behauptet, daß die Artikel von Ha. und Kl. dafür eintreten, die Frauenpolitik im KB zu liquidieren und alles „Private“ (was ist Privat?) zu streichen. Da finde ich Zitate, die mich erschrecken, wie z.B.: „Hier scheint ein Genosse jetzt auf die Frauen im KB einschlagen zu wollen“, „Chauvi-Trend kommt zum Zuge“, „Nein, heute lautet der neue Schlachtruf: Ab mit dem Hineißfuß“ (gemeint ist die Frauenfrage); „Frauenfeinde kommen aus ihren Löchern“, „Sie kommen aus ihren Rattenlöchern“, „Krisenmacker“, „KBW-Manier“, „Wie liegt hier eigentlich der Unterschied (außer der physischen Konsequenz) noch zum Knittel-Artikel?“. Das sind Aussagen, die jeden Boden einer inhaltlichen solidarischen Auseinandersetzung verlassen haben.

Ein weiteres Beispiel dafür liefert Ul., Hamburg, mit ihrem Leserbrief (AK 157, S. 49). Zitat: „z.B. im Beitrag zur Krisenliteratur, wo das Buch ‚Rubinroter Dschungel‘ als literarisch minderwertig abqualifiziert wird, nur weil es keine Systematik beinhaltet und eben nur ein Beitrag für eine diskriminierte Minderheit ist.“ Tatsächlich schreibt Ha. im AK 156, S. 62: „Das Buch ‚Rubinroter Dschungel‘ ist der literarisch minderwertige Versuch, den ‚american way of life‘ im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wo jede(r) auch als Homosexuelle(r) seinen (ihren) Weg gehen und aus dem Leben etwas machen kann, wenn er (sie) nur über genügend Selbstbewußtsein und Gestaltungskraft verfügt, also die typische US-Aufsteigerideologie, an die (lesbische) Frau zu fügen, also die typische US-Aufsteigerideologie, an die (lesbische) Frau zu bringen.“

Inzwischen habe ich gehört, daß Systematik bei Ul. ein Tippfehler ist und eigentlich Systemkritik heißen soll. Ob dieser Fakt ist nicht das Erschreckende für mich, obwohl ich mich frage, wieso es nicht kritikwürdig ist, wenn anstelle einer Systemkritik das System propagiert wird. Nein, erschreckend finde ich, daß Ul. den Eindruck erwecken will, als ob Ha. sich gegen Bücher, die sich mit der Problematik von Minderheiten beschäftigen, ausgesprochen hätte. Das empfinde ich als Stimmungsmache mit unlauteren Methoden!

Ich jedenfalls möchte zurück zu der Zeit, wo es noch möglich war, im KB Auseinandersetzungen offen und ehrlich zu führen!

Eine Genossin der Rosa Zelle Eimsbüttel/Hamburg

... Diese Position geht so weit, einer Genossin, die ein Kind erwartet, eine wie auch immer geartete Unterstützung zu verweigern, da sie mit einem Mann zusammenlebt...“ (Hervorhebungen sind von der Zentrumsleitung). Dieses Zitat ist aus dem Protokoll des niedersächsischen Frauenkommissionstreffens vom 24.6.79, ohne daß im Protokoll angegeben wird, wann in welchem Zusammenhang diese Position geäußert wurde und wie der Diskussionsstand heute ist. Was in dem o.g. Protokoll in diesen zwei Sätzen sehr vereinfacht dargestellt ist, wurde Anfang Mai des Jahres in die Diskussion gebracht und auf einem Genossinnentreffen in Braunschweig am 27.6. weiterdiskutiert („Waffenstillstand“?). Auch über diese Weiterführung der Auseinandersetzung liegt ein Protokoll vor, das ebenfalls an die ZRK und an die AG Frauen/HH gelangt ist und damit wohl auch der Zentrumsleitung bekannt sein mußte. Ich halte es für ein unsauberes Vorgehen, wenn die Weiterführung der Diskussion und die Weiterentwicklung von Positionen einfach ignoriert wird; das ist ganz bestimmt ein schlechter Anfang für diese Debatte. Denn aus dem erwähnten Protokoll vom 27.6.79 gehen zwei Dinge hervor: Daß es 1. zu einfach bzw. falsch ist, die Auseinandersetzung um die Unterstützung in der Kindererziehung auf die Mackerfrage zu reduzieren, sondern daß es um wesentlich kompliziertere Fragen geht, bei deren Beantwortung niemand die Weisheit mit Löffeln gefressen hat und Fehler bei allen vorliegen (Dazu will ich für einen der nächsten AKs eine ausführliche Darstellung schreiben); 2. geht aus dem Protokoll hervor, daß die Diskussion nicht abgeschlossen ist, d.h., daß jede Genossin ein Interesse an der Weiterführung der Auseinandersetzung hat. (Außerdem beinhaltet das Protokoll vom 27.6. noch einen weiteren interessanten und zu kritisierenden Aspekt: Die Diskussion über Kinder wurde bisher – „naturgemäß“ – nur unter Frauen geführt. Männer wurden von uns immer schön in Ruhe gelassen.)

Nun aber zu dem Zitat im Artikel. Es zeichnet sich durch zwei Auslassungen aus, die ich allerdings für ganz wesentlich halte: 1. „Von einigen Frauen wird generell eine Zusammenarbeit und Zusammenleben mit Männern abgelehnt, bzw. feste Zweierbeziehungen kritisiert.“ (Protokoll vom 24.6.79, Fettdruck ist die Auslassung) Das heißt konkret, daß eine Frau zu dem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit und Zusammenleben mit Männern abgelehnt hat (genauer: In Fragen gestellt hat) und daß andere Frauen feste Zweierbeziehungen kritisiert haben. Durch diese Auslassung wird der Eindruck erweckt, als bestehe in Braunschweig eine Strömung, vertreten von einigen Frauen, die mit Männern nichts zu tun haben will.

2. „Diese Position geht so weit, einer Genossin, die ein Kind erwartet, eine wie auch immer geartete Unterstützung zu verweigern, da sie mit einem Mann zusammenlebt, der auch noch als ‚Obermacker‘ gilt.“ (Protokoll vom 24.6., Fettdruck ist die Auslassung) Am 27.6. wurde diese Position in der Form zurückgenommen. Darüber hinaus möchte ich fragen: Ist es nicht tatsächlich eine schwierige Sache, wie wir mit solchen Problemen umgehen, wenn eine Frau mit einem „Obermacker“ nicht klar kommt? Natürlich ist es beschissen, daß eine Frau oftmals über den Mann definiert wird, mit dem sie zusammenlebt. Aber wie packen wir diese Frage an? Wie bekämpfen wir diese Erscheinungen? Kann man/frau aus der Ferne wirklich so pauschal sagen, daß eine Meinung sei falsch, die andere richtig, ohne alle Seiten des Problems zu untersuchen?

Ich frage mich, warum die Zentrumsleitung beim Zitieren diese zehn Wörter ausgelassen hat. Die Antwort muß wohl in der Einschätzung gesucht werden, die sie mit dieser Position belegen will: „Ein krasses Beispiel der Entsolidarisierung unter Frauen, unter der speziellen Flagge des Feminismus im KB.“ (AK 160, S. 40). Ist es tatsächlich die „spezielle Flagge des Feminismus“, wenn feste Zweierbeziehungen kritisiert werden oder wenn eine Genossin zunächst ihre Unterstützung in der Kinderfrage „verweigert“, weil sie mit

dem dazugehörigen „Obermacker“ nicht klarkommt, weiter diskutiert und diese Position zurücknimmt – wie aus dem Protokoll vom 27.6. deutlich ersichtlich? Mir erscheint es so, als wäre zuerst die Einschätzung dagewesen und dann wurden Belegzitate gesucht, um die Einschätzung zu „untermauern“, oder wie soll frau sich das erklären?

Ich finde das Vorgehen der Zentrumsleitung unredlich, wenn sie ohne genaue Kenntnis der Situation am Ort, ohne Zeit und Bedingung zu analysieren, Genossinnen, die ihre Positionen zur Diskussion stellen, undifferenziert mit dem Feminismus-Vorwurf belegt. Interessanter wäre es doch gewesen, wenn die Zentrumsleitung mal dargestellt hätte, wie sie die Auseinandersetzung in Braunschweig führen würde. Ich hoffe, daß wir durch dieses Vorgehen nicht wieder hinter unseren erreichten Diskussionsstand zurückgezerrt werden.

K. (schwanger), Braunschweig

Die Genoss(inn)en der Zentrumsleitung bitten in ihrem Vorwort darum, den „roten Faden“ ihrer Argumentation im Blick zu behalten und mit der Unart zu brechen, „einzelne untergeordnete Gedankengänge oder gar einzelne Satzketten aus dem Zusammenhang zu reißen, um uns womöglich am Ende ganz andere politische Anliegen zu unterstellen...“. Daß ein solcher Appell leider nötig ist, allerdings auch leicht ungehört verhallt, belegt nur wenige Seiten später die Antwort von Kt. auf den ersten Artikel („Roll back – Nein danke“).

Gegen den Artikel wendet Kt. ein: „Die von ihm angeführten Belegzitate für ‚Utopismus‘ erscheinen mir im Wortlaut gar nicht mal besonders ‚utopistisch‘. Da fordert eine Genossin, hier und heute anzufangen, etwas zu verändern an den Auswirkungen der herrschenden Verhältnisse auf uns“. Kt. erweckt hier den Eindruck, er gäbe eins von drei in dem Artikel genannten Beispielen für „Utopismus“ verknüpft mit einer Verweigerungshaltung wider. Ähnlich paraphrasiert er die anderen beiden.

Diese verkürzte Wiedergabe ist allerdings eine Verdrehung des Anliegen der Zentrumsleitung. Als Beleg sei hier noch einmal zum Vergleich das vollständige von der Zentrumsleitung gebrachte Zitat aufgeführt:

„Wenn man nicht die Scheiße seiner eigenen Situation beseitigen will, wie will man dann eine Gesellschaft aufbauen, in der Freiheit und Gleichheit herrschen sollen? Ich meine, wie soll denn der Sozialismus aussehen, wenn nicht so, wie die Organisation oder Partei, die ihn aufbaut? (...) Das (meine Befreiung, meine Selbstbestätigung) bedeutet aber auch, hier und heute anzufangen, das zu ändern, was sich ändern läßt, und das sind im Moment nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ihre Auswirkungen auf uns. (...) Der demokratische Zentralismus ist doch schon längst zum Radfahrerprinzip geworden, Kaderpolitik bedeutet für mich Hierarchie.“

Interessant ist, was Kt. unterschlägt: Zum einen die Aussage, wie eine revolutionäre Organisation nach Meinung der Verfasserin auszusehen hat, nämlich wie die sozialistische Gesellschaft. Zum zweiten, daß der demokratische Zentralismus zum Radfahrerprinzip geworden sei und Kaderpolitik für sie Hierarchie bedeute, wobei klar ist, daß die Hierarchie als etwas per se Schlechtes ansieht. Daß diese Genossin ausgetreten ist, ist allerdings nur logisch.

Indem er diese Aussagen unterschlägt, kann sich Kt. natürlich hinstellen und die Existenz „utopistischer“ Fehlströmungen allgemein zugeben („Zweifelsohne gibt es negative Erscheinungen und Tendenzen im Sinne des ‚Utopismus‘“), um sie sofort im konkreten zu leugnen („nur finden sich diese nicht in den angeführten Zitaten wieder“).

Die Aussage, daß die revolutionäre Organisation auszusehen habe, wie die Gesellschaft, die sie anstrebt, ist allerdings „utopistisch“. Sie steht im völligen Gegensatz zu der Methode, wie sie beispielsweise Lenin in der Organisationsfrage anwendete. Er entwickel-

te seine Vorstellungen von der revolutionären Organisation gerade aus den konkreten Bedingungen unter der zaristischen Selbstherrschaft, aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus, und nicht von einem Modell her, wie vielleicht die künftige Gesellschaft aussehen sollte.

In „Womit beginnen“ wies er z.B. der Partei folgende Aufgabe zu: „...sie muß vielmehr in der Aufforderung bestehen, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die fähig ist, alle Kräfte zu vereinigen, die sich nicht nur Leitung nennt, sondern die Bewegung tatsächlich leitet, d.h. stets bereit ist, jeden Protest und jeden Ausbruch zu unterstützen und zur Vermehrung und Festigung der für den entscheidenden Kampf tauglichen Streikkräfte auszunutzen“ (LAW I, S. 325). Die Organisation hat sich also an den Aufgaben und Erfordernissen, dem revolutionären Sturz der herrschenden Verhältnisse auszurichten, und muß sich hierbei zwangsläufig mit äußerster Flexibilität an die Bedingungen, die ihr von diesen Verhältnissen gesetzt werden, anpassen, um diese Ziele zu erreichen. Unter den Bedingungen der zaristischen Selbstherrschaft hat Lenin so das Konzept einer Organisation der Berufsrevolutionäre entwickelt.

Dabei hat er sich sehr scharf mit Forderungen auseinandergesetzt, die unter diesen Bedingungen etwa eine „breite“ Arbeiterorganisation forderten. „Wer aber unter dem Absolutismus eine breite Arbeiterorganisation mit Wahlen, Berichten, allgemeinen Abstimmungen usw. haben will, der ist ein unverbesserlicher Utopist“ (Was tun? LAW I, S. 461). Hervorhebungen im Original. „In unseren Augen sind diejenigen Utopisten, welche politische Formen von ihrer gesellschaftlichen Unterlage trennen und sie als allgemeine, abstrakte Dogmen hinstellen“ (Karl Marx „Der ‚Debat social‘ vom 6. Februar“, MEW 4, S. 513).

Genau vor diesem Hintergrund ist die von der Genossin aufgestellte Forderung utopisch, gerade wenn man sich streiten will, wie unter heutigen entwickelten kapitalistischen Bedingungen eine revolutionäre Organisation auszusehen hat. Eben dies unterschlägt Kt. und verdreht so die völlig berechtigte Aussage der Zentrumsleitung in diesem Punkt.

Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß der Artikel der Zentrumsleitung in diesem Punkt.

Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß der Artikel der Zentrumsleitung sich meines Erachtens völlig eingeschränkt auf die Erscheinung des „Utopismus“ konzentriert, was in Zusammenhang mit der von ihnen konstatierten Tendenz zur Entsolidarisierung als Hauptproblem der Organisation zwar logisch ist, aber nicht ausreicht. Auch dies wird an dem von Kt. verunstalteten Zitat deutlich.

Die Aussagen der Genossin über den demokratischen Zentralismus dürften ihre Ursachen in den Erfahrungen haben, die sie mit diesem Prinzip im Konkreten gemacht hat bzw. mit dem, was ihr als demokratischer Zentralismus erschienen ist. Diese sehr harte Kritik am demokratischen Zentralismus kann aber nicht mit dem Begriff „utopistisch“ gefaßt werden. Ich wäre eher geneigt, von einer „spontanistischen“ Abweichung zu sprechen.

Die politische Krise des KB produziert nicht nur eine Tendenz zur Entsolidarisierung, fördert so nicht nur das Aufkommen „utopistischer“ Strömungen, sondern auch einer ganzen Reihe anders gearteter Abweichungen und ideologischer Verwirrungen, die sozusagen die Brüder und Schwestern des „Utopismus“ sind.

Der Anspruch und Ansatz der Zentrumsleitung, gegen diese Strömungen den ideologischen Kampf aufzunehmen, Überzeugungsarbeit zu leisten, ist nicht unbedingt neu im KB, aber in der Krisendiskussion zumindest ein Wiederanknüpfen an einer, wie der Teil über „Krise und Krisenliteratur“ belegt, teilweise „verschüttgegangenen“ Tradition.

Dagegen ist das von Kt. gebrachte Mao-Zitat völlig fehl am Platze. Die Tatsache, daß beim „Blütenlassen von hundert Blumen“ zwangsläufig auch einiges „Unkraut“ (um im Bilde zu bleiben) hochschießt, ist wahrlich nichts Neues und für Marxisten auch nichts Erschreckendes. Erschreckend ist eher, daß sich Kt. offensichtlich ernsthaft im Zweifel ist, ob man

das „Unkraut“ noch als solches bezeichnen darf, wenn er die Kritik der Zentrumsleitung in die Nähe des „Tot-kommentierens“ bringt. Völlig demagogisch ist es, wenn er mit dem Zitat suggeriert, a) die Zentrumsleitung habe Angst mit falschen Ideologien in Berührung zu kommen und b) sie wollten den freien Meinungskampf mit administrativen Mitteln unterbinden.

Man/frau lese sich nochmal das Vorwort des Artikels durch, die Befürchtungen haben sich bestätigt.

Jür. kbh. göttingen

1. Die AG Schwule vertritt einen politischen Bereich, der in der Linken traditionell als „Privatsache“ angesehen wurde/wird. In der Vergangenheit hat es im KB schwerste Auseinandersetzungen über die „Wichtigkeit“ dieser politischen Frage gegeben. Konkret wurde bis zur Entstehung der AG Schwule (Herbst 1978) „vielfältiger Druck auf schwule Genossen ausgeübt, nicht nur schwule Arbeit zu machen, sondern ‚Wichtigeres‘ zu tun“ (vgl. Erklärung von LG und AG Schwule zur Bildung der AG Schwule im KB, AK 141).

Im Sommer 1978 hatte jener Druck zum faktischen Zusammenbruch der Schwulenarbeit geführt und erst nach Anleitung durch die Zentrumsleitung (ZL) konnte sich zunehmend ein „Kurs des Blütenlassens“ durchsetzen.

2. Die LG-Mehrheit vertritt in ihrer Stellungnahme „zu einigen bemerkenswerten Vorkommnissen“ den Standpunkt, daß die ZL „auf die Frauenpolitik eindringt“. In der Organisation selbst wird sogar vielfach das Gerücht gehandelt, daß die Frauenpolitik von der Zentrumsleitung zerschlagen werden soll. Wir sind nicht der Meinung, daß dies aus den von der ZL im AK veröffentlichten Artikeln hervorgeht, sondern daß derartige Gerüchte Teil der Krisenerscheinungen im KB sind.

3. Auf der Zentrumsitzung vom 26.8.79 wurde von Seiten der LG-Mehrheit gegenüber einem Genossen der AG Schwule geäußert: „Du sagst an Deinem eigenen Ast. Ihr seid doch die ersten, die bei denen rausfliegen.“ Die AG Schwule weist derartige Ver-

an Deinem eigenen Ast. Ihr seid doch die ersten, die bei denen rausfliegen.“ Die AG Schwule weist derartige Versuche der Einschüchterung und Panikmache auf das Schärfste zurück, da solch ein freches Gekreis nicht dazu geeignet ist, eine ernsthafte und angesichts der „bemerkenswerten Vorkommnisse“ in unser aller Interesse notwendige solidarische Auseinandersetzung zu gewährleisten. Es darf auch nicht noch einreißen, daß Genoss/inn/en, die nicht die Meinung vertreten, daß „ein massives Rollback gegen die gerade erst ganz zaghaft begonnene Öffentlichmachung des ‚Privaten‘ eingeleitet“ wird, unter Druck gesetzt werden.

Wir sind allerdings der Meinung, daß die „kommunistische Bewegung traditionell auf dem Gebiet des Persönlichen teilweise ziemliche Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat“ („Zurück zur Schwule“, AK 157, S. 51). Gerade wir Schwulen sind – wie wir z.B. in dem AK-Artikel „Schluß mit der repressiven Toleranz“ (AK 141) schrieben, traditionell Opfer dieser „Sünden“. Es gibt allerdings keinerlei Hinweise dafür, daß nicht auch die ZL diese traditionellen Fehler sieht, und wir meinen, daß in den Artikeln in AK 160 es keineswegs darum geht, zu „alten Zeiten“ zurückzukehren, sondern darum, eine sachliche Diskussion um jene Frage anzukurbeln. – Die undifferenzierten Parolen „Macht das Private öffentlich“ und „Das Private ist politisch“ müssen dringend konkretisiert werden. Eine entsprechende Debatte im AK liegt in unser aller Interesse. Führen wir sie! Die AG Schwule wird zu diesem Themenkomplex einen Diskussionsvorschlag erarbeiten.

AG Schwule im KB und eine lesbische Genossin im KB

Anmerkung: Der zitierte Genosse bin ich. Ich habe allerdings nicht gesagt: „Ihr seid doch die ersten, die bei denen rausfliegen.“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 39

denen rausfliegen“, sondern (sinngemäß: „...die dabei über Bord gehen“ — nämlich bei dem hier angelegten Kurs. Dieser Ausspruch stützt sich zum einen auf die Artikel von Ha. und Kl., wo ausdrücklich die SM-Diskussion und ein Lesben-Artikel als Beispiel für Artikel angeführt wurden, die im AK nicht angebracht seien („idiotisch“, „Leichengeruch“). Er stützt sich zum anderen auf den seltsamen Umstand, daß bisher eine eindeutige Abgrenzung der „Zentrums“-Leitung von dieser These fehlt und daß zudem die Kritik an den Göttinger Artikeln ziemlich pauschal von der ZL niedergemacht wird („oberflächlich“, „unkritisch“ etc.).

Kt. Hamburg

Ich bin eine von den beiden Rezensentinnen, die das Buch „Rubinroter Dschungel“ im AK besprochen haben und denen von den Zentrumsgegnern ein unkritisches Herangehen an dieses Buch vorgeworfen wird. Im Prinzip stimme ich ihrer Kritik zu. Allein ein Buch von der persönlichen Betroffenheit her zu beurteilen, ist tatsächlich sehr einseitig. Ich kann auch nicht behaupten, das Buch lediglich als Bettlektüre und zur persönlichen Erbauung gelesen zu haben. Es hat mir schon einiges bedeutet, als Lesbierin im Coming-Out, einen Lesbenroman zu lesen. Meine Rezension war im Grunde eine Antwort auf die erste Rezension, an der mir nicht gefiel, daß die Romanheldin gar nicht als Lesbierin mit allen geschilderten Repressionen beschrieben wurde. Im Nachhinein fällt mir auf, daß ich — im Gegensatz zur nichtlesbischen Rezensentin — als gerade mitten in der Auseinandersetzung mit meinem Lesbischsein begriffene Frau — diese Repressionen aufspüren konnte. Denn eigentlich liest sich das ganze Buch sehr flott und munter weg, ohne auf die Lesbenproblematik aufmerksam zu machen und eine Auseinandersetzung damit zu fordern. Insofern hatte ich es hier mit einer Problembewältigung in Form eines Buches zu tun, die meinem eigenen Psychokostüm sehr entsprach: Individuelle Offensive. „Sie geht ihren Weg allein, einsam. Sie bedarf keines Kollektivs, keines Menschen Hilfe“, kennzeichnen die Zentrumsgegnern diese Herangehensweise. Nur wenige Lesbierinnen schaffen tatsächlich auf diese Weise den Weg in die Offenheit. Auf sich selbst gestellt werden da natürlich Schutzmaßnahmen ergriffen, die darin bestehen, sich selbst zu loben und das eigene Leben anderen als tolle Geschichte zu verkaufen. Auch die Behauptung im gesellschaftlichen Leben auf einem möglichst erstklassigen Platz gehört dazu, ist für alle Schwulen und Lesben sogar die einzige Möglichkeit, sich in dieser Gesellschaft Freiraum für ihre Neigungen zu schaffen. Aber die Romanheldin, und da haben die Zentrumsgegnern den positiven Aspekt in ihrem Kri-

Herangehensweise, nämlich die Aufspürung der den Dingen innewohnenden Widersprüche, muß eigentlich für uns Kommunisten überall und in jeder Lebenslage selbstverständlich sein. Und gerade wenn wir ein Buch wertvoll genug finden, um es für den AK zu besprechen, dürfen wir uns nicht auf das Niveau von Klappentexten begeben, d.h. kritiklose Anpreisung, und sollten jede Kritik unserer Genossen, die versucht, auf diesen Aspekt aufmerksam zu machen, als Hilfe auffassen. Gerade an dieser Stelle möchte ich die beiden Göttinger Genossen kritisieren. Auf der einen Seite stellen sie ein Überhandnehmen sogenannter Krisenliteratur fest, wobei sie ein paar polemische Bemerkungen über deren Inhalt fallen lassen, andererseits bieten sie völlig unkritisch die „Klassiker“ an, z.B. „Tochter der Erde“ von Agnes Smedley, ein durch und durch persönlicher Roman mit völlig resignativem Schluß.

B., eine lesbische Genossin im KB

Im AK 160 kritisiert die Leitung des Hamburger „Zentrums“ den Utopismus als eine im KB im Zuge der Krise verbreitete Fehlströmung, die utopische Fernziele hier und heute bereits erreichen und praktizieren will. Die Beispiele, die sie für diese Strömung anführte, zeigen m.E. nicht im geringsten utopistische Tendenzen, sondern sind Anregungen zur Veränderung der Arbeit in einigen Bereichen des KB, die durchaus heute schon ernst genommen werden sollten.

Bezirk, die noch kontinuierlich inhaltliche Diskussionen führte, obwohl alle anderen Zellen von Anleitern angeleitet wurden. Ich vertrete zwar nicht das Prinzip der rotierenden Anleitung für alle Gremien, aber ich sehe nicht ein, daß in jeder (besonders der neugegründeten) Zelle sofort die oder der Fähigste für eine Anleitung ermittelt werden und mit dieser Aufgabe dann allein gelassen werden kann. Vielleicht wächst sogar durch dieses Delegieren zunächst einmal die Erfahrung und Verantwortlichkeit der einzelnen Genossen. Das wiederum würde doch unsere Schlagkraft erhöhen.

Mit der gleichen Argumentation (Schwächung der Schlagkraft) lehnen die Zentrumsgegnern die Forderung ab, Leitungsgremien zu 53 % mit Genossinnen zu besetzen. Obwohl diese zahlenmäßige Forderung bisher m.E. in keiner KB-Publikation auftauchte, halte ich unsere prinzipielle Forderung, daß Genossinnen entsprechend ihrem Anteil in der Organisation anleitende Aufgaben wahrnehmen sollten, nach wie vor für aktuell. Auch wenn diese Bestrebungen immer wieder dadurch erschwert werden, daß wir Frauen uns bestimmte Aufgaben nicht zutrauen, dürfen sie doch nicht mit dem Hammer „Schwächung der Schlagkraft“ erstickt werden. Dieses Argument kann m.E. dazu führen, daß die Einarbeitung von Genossen und besonders Genossinnen in für sie neue Aufgaben als nahezu unmöglich erklärt wird, weil evtl. in der Zeit ihrer Einarbeitung bestimmte Arbeiten nicht so ablaufen wie bei ihren „eingefuchsten“ Vorgängern. Wo bleibt denn da überhaupt die Perspektive zur Veränderung? Oder soll in diesen Fällen die beschworene Gefahr der „Schlagkraft-Schwä-

könnten schließlich gleich diese Gesellschaft verteidigen. Nach dieser Theorie der Zentrumsgegnern wären die leistungsfähigsten Gesellschaftsveränderer diejenigen, die möglichst wenig Kraftaufwand auf ihre persönliche Veränderung verschwenden. Da stellt sich bloß die Frage, wie die Gesellschaft dieser Gesellschaftsveränderer aussehen soll.

Eine weitere, äußerst schwerwiegende These stellen die Zentrumsgegnern hinsichtlich der Frauenpolitik auf. Sie sind der Meinung, daß nicht die Sensibilität der Genossinnen in der Frauenfrage gewachsen ist, sondern die Hilflosigkeit. Hier vergessen sie scheinbar die Entwicklung der Frauenpolitik im letzten halben Jahr. Zumindest in unserem Bereich war in diesem Zeitraum die Tendenz zu verzeichnen, sich wieder mehr mit der Frauenfrage zu befassen. Zwar organisierten wir zunächst auch in unserem Bezirk noch eine relativ „hülflose“ Vollversammlung, auf der wir die Genossen fragten, wo sie denn nun Frauenunterdrückten. Aber zum Glück wurde uns danach von der anleitenden LG-Genossin nicht Hilflosigkeit vorgeworfen, sondern wir diskutierten, welche Inhalt im Rahmen der Frauendiskussion eigentlich anstehen (§218, Frauenfrage als Klassenfrage, 8. März) und führten so eine zweite VV zu diesem Thema durch, die entsprechend interessanter verlief. Im übrigen ist im AK über eine erste Genossinnenversammlung nachzulesen, welche Auseinandersetzungen über die Frauenpolitik derzeit wieder geführt werden. Und Schulungen zur Frauenfrage führen wir auch durch, denn wir meinen nicht, daß wir hilflos wohl aber, daß wir nicht perfekt sind (...).

setzung um die Frauenpolitik ernstgenommen werden!

Gerade aus der Frauenbewegung (und auch vom feministischen Teil) habe ich bisher eine ganze Menge politisch und persönlich gelernt. Und ich betrachte es als eine gute Seite des KB, daß wir uns aus den meisten dieser Diskussionen nicht herausgehalten haben. Die blitzblanke, saubere, proletarische Frauenbewegung läßt sich nun mal nicht aus dem Boden stampfen, auch wenn es einige Zentrumsanleiter sich so wünschen. Wir arbeiten heute in einer Frauenbewegung, die sich größtenteils aus kleinbürgerlichen Frauen zusammensetzt (zu einer Arbeiterinnenbewegung gibt es erst kleine Andeutungen). Und wenn uns das alles zu feministisch und unrevolutionär wäre, könnten wir gleich die Frauenarbeit aufgeben. (...)

B. aus Harburg

Na also! Die fast einhellige Ablehnung der Göttinger Chauvi-Briefe war ja schon fast verdächtig, wußte man/frau doch, daß die darin angesprochenen Kritiken im KB eine Basis haben.

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt?

Aber diese Ablehnung ließ es wohl ratsam erscheinen, die Sache diesmal etwas vorsichtiger anzupacken. Vor allem galt es, den Makel der Frauenfeindlichkeit zu vermeiden, der den Göttingern inzwischen anhaftet.

Die Frauen wurden also erst einmal etwas aus der Schußlinie genommen, indem man/frau an Ha./Kl. kritisiert, daß sie nur die Frauenpolitik angreifen, wo doch entsprechende Mißstände in anderen Bereichen noch stärker auftreten würden. Nichtsdestotrotz widmen sich die folgenden Artikel-Teile zur Krisenliteratur und zum Feminismus so gut wie ausschließlich wieder der Frauenpolitik, natürlich mit integriertem „Frauenfeind-Schutz“. Neben den breit behandelten Frauenkrisenbüchern werden am Ende noch ganz klein zwei nicht frauenspezifische Krisenbücher erwähnt; man/frau(?) spricht (fast liebevoll) von u s e r e n „Chauvis“ (warum eigentlich in Anführungszeichen?), beteuert die Notwendigkeit des Geschlechterkampfes und beruft sich schließlich — um ganz sicherzugehen — auf die Mitarbeit und Unterstützung von frauenpolitisch erfahrenen Genossinnen.

Aber in der Tendenz frauenfeindliche Positionen werden natürlich nicht dadurch weniger frauenfeindlich, daß sie sich nicht nur gegen die Frauen richten. Auch (eine oder zwei, drei, fünf?) Frauen als Mitautorinnen sind kein Garant gegen Frauenfeindlichkeit (wir sind ja schließlich keine Feministinnen!).

Der ganze Stil, die Art, wie aus wenigen konkreten, sich wechselseitig relativierenden Aussagen viel wichtig klingender Text gebastelt worden ist, dazu die für mein Empfinden gräßlichen zentralen Wortgebilde „Utopismus“, „Entsolidarisierung“ — das alles macht auf mich einen recht maskulinen Eindruck (zu den Inhalten s.u.).

Viel Lärm um nichts!

Im ersten Teil ihres Elaborats widmet sich die ZL dem sog. „Utopismus“. Als utopische (auch nicht übel, was?) Bestrebungen werden nacheinander die verschiedensten Dinge gekennzeichnet, zuerst solche aus der marxistischen Theorie wie Absterben des Staates u.ä., dann einige wenige Beispiele von Forderungen einzelner Gruppen in der Organisation, zuletzt Auszüge aus Papieren einzelner Genossen.

An den ersten Beispielen wird deutlich gemacht, daß es sich um utopistische Fernziele handelt. Kunststück! Der Utopismus der Forderungen nach Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der KB-Technik bzw. nach rotierender Anleitung wird aber nicht nachgewiesen, vielleicht weil es sich nicht um die „extrem exzessiven, gewissermaßen offenkundig spleenigen“ Forderungen handelt, sondern um die, die derzeit angeblich „größeren Anklang und breitere Zustimmung im KB haben“?

Stattdessen werden sinnige Fragen gestellt:

„Im Prinzip also eine goldrichtige Forderung: nur — ist ihre Umsetzung hier und heute praktikabel...?“
 „... zweifellos eine ausgezeichnete Forderung. Aber wie sieht diese Forderung vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung aus?“
 „... ein ausgezeichnete Gedanke. Aber welches Licht fällt auf diese Forderung vom Standpunkt des Erhalts bzw. der Steigerung unserer politischen Schlagkraft?“

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahme von Ha. und Kl.

Unsere beiden Leserbriefe waren, wir wiederholen es, gedacht als Beitrag zur Krisendebatte im KB. Sie hatten zum Ziel, ideologische Fehlströmungen in unserer Organisation wieder diskutierbar zu machen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Ziel nur teilweise erreicht worden ist. Wir wissen, daß durch die Art und Weise, wie wir unser Anliegen vorgebracht haben, der Emotionalisierung der Diskussion und dem Aufbrechen falscher Fronten Vorschub geleistet wurde. Die Artikel des „Zentrums“ haben gegenüber unseren Leserbriefen zwei wesentliche Vorzüge: Zum einen weisen sie von uns eher thesenartig skizzierten Fehlströmungen anhand von Fakten nach und kritisieren sie ausführlich, zum anderen zeichnen sie sich dadurch aus, daß der Versuch unternommen wird, die begonnene Diskussionen hart aber solidarisch im Sinne einer politischen Vertiefung der Krisendiskussion fortzusetzen. Wir sind weit davon entfernt, uns in den Artikeln des „Zentrums“ wiederzufinden, also in den Zentrumsartikeln eine bruchlose Fortführung unserer Ansätze zu sehen. Dies wäre wohl auch ein

gewagtes Unterfangen angesichts der recht scharfen Kritik der Zentrumsgegnern an einigen unserer Positionen bzw. unserem methodischen Vorgehen.

Doch bieten gerade die Artikel des „Zentrums“ die Möglichkeit, unsere Positionen in einer solidarischen Atmosphäre kritisch zu überprüfen.

Wir haben unsere Zweifel, ob es der LG-Mehrheit daran gelegen ist, das Ihre zum Zustandekommen dieser solidarischen Atmosphäre zu leisten. „Die Methode von ha/kl und 'Zentrums'-Leitung liegt darin, sich selbst sensationsmacherisch als Entdecker dieser 'Grauzonen' aufzuspielen und aus dieser Position heraus Lehren für die Frauen-Politik des KB erteilen zu wollen“ (Rundbrief des LG/Mehrheit vom 24.8.). Derartige Formulierungen entbehren nicht nur jeder sachlichen Grundlage, sie zielen auch, indem uns unseriose Motive unterstellt werden, darauf ab, unsere politische und moralische Integrität in Frage zu stellen. Auch der Vorwurf, wir würden in den Frauen den „Sündenbock“ für die Krise sehen, gewinnt dadurch nicht an Glaubwürdigkeit, wenn er

wie eine tibetanische Gebetsmühle heruntergeleiert wird.

Die Methode ist durchsichtig: Die Artikel des „Zentrums“ sind eine geschickte Verpackung unserer Positionen, meint die LG-Mehrheit offenbar. Was anlässlich der Reaktionen auf unsere beiden Artikel als verständliche, unserer Polemik geschuldete, Entgegnungen Einzelner erscheinen mochte, wird bei der LG-Mehrheit zur Methode. Grundlage dieser Methode ist die absurde Konstruktion, die „Zentrums“-Genoss(inn)en seien lediglich Vollstrecker unseres teuflischen Plans, die Frauenpolitik zu liquidieren. Wir sehen das etwas anders und differenzierter. Wir betrachten die Artikel des „Zentrums“ als wertvollen Diskussionsbeitrag, als wichtigen Schritt zur Versachlichung der Diskussion.

Wir wollen uns in einem der nächsten AKs mit dem ersten Artikel des „Zentrums“ auseinandersetzen, speziell mit dem Begriffspaar „Utopismus — Entsolidarisierung“.

ha. und kl., Göttingen

So ist die Aufhebung der Trennung chung“ dazu erhalten, daß im KB Die Kritik der Zentrumsgegnern.

din, und da haben die Zentrumsgegnern den positiven Aspekt in ihrem Kritiker übersehen, ist eine Sympathisantin der linken demokratischen Bewegung. Das kommt am Schluß zum Ausdruck, wenn sie traurig am Rande der Vietnamdemonstration steht und bemerkt, daß sie als Lesbierin dort keinen Zutritt hat — mit ihrem eigenen Kampf wohlgekernt. Die Zentrumsgegnern sagten dagegen: „...hat sie auch keinerlei Ambitionen, kollektiv an der Befreiung z.B. aller Lesben zu arbeiten“. Die Schwierigkeiten, die gerade homosexuelle Männer und Frauen mit ihren eigenen Befreiungsansprüchen in den linken Organisationen haben, kennen wir aus eigener Anschauung. Anstatt daraus einen Vorwurf zu formulieren, sollte hier lieber die Selbstkritik einsetzen und die Forderung, allen Lesben und Schwulen die kollektive Arbeit in und mit linken Organisationen anzubieten, so unmoralisch und so wild, wie die Romanautorin gerne sein möchte, positiv akzeptiert.

Die Identifikation mit der Romanheldin bringt für lesbische Frauen nicht allzuviel, da halt nur wenige das Glück haben, aufgrund günstiger Zufälle und Gegebenheiten sich so durchzusetzen. Die meisten lesbischen Frauen leben im Verborgenen. Übrigens sind natürlich die, die zuerst in die Offenheit gehen und damit auch die, die so eine Bewegung aus der Taufe heben, immer einen sehr individuellen Weg gegangen. Und Rita Mae Brown, die Autorin (der Roman ist unverkennbar autobiografisch), die sehr aktiv an der US-amerikanischen Lesben- und Schwulenbewegung teilnimmt, gehört zu den ersten.

Die Kritik der Zentrumsgegnern hat mir insofern was gebracht, als ich wieder einmal auf die Schwäche, privat und politisch zu trennen, aufmerksam geworden bin. Die marxistische

So ist die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, die einige Genossen der KB-Technik für ihren Arbeitsbereich fordern, ein Prinzip kommunistischer Arbeit, dessen Wirklichkeit nicht auf den Tag nach der Revolution verschoben werden darf. Jedenfalls ist mir nicht klar, warum dieses Prinzip nicht in einem Bereich, den wir selbst organisieren (und das ist eben ein wichtiger Unterschied zum kapitalistischen Betrieb und seiner Arbeitsteilung) angestrebt werden sollte. Als einziges Gegenargument fragen die Zentrumsgegnern, wie denn diese Forderung vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung (der linken?) aussieht. Ich meine, gut. Gerade als kommunistische Organisation sollten wir uns bemühen, die Prinzipien, die wir für eine von uns angestrebte Gesellschaft für wichtig erachten, soweit wie möglich auch zu Prinzipien unserer heutigen Arbeit zu machen. Wenn uns das gelänge, könnte es die linke Bewegung doch nur um ein positives Beispiel „konkreter Utopie“ bereichern.

Als weiteres Beispiel erwähnen die Zentrumsgegnern, daß eine neugegründete Zelle keine Anleiter(in) wählen, sondern sich durch Delegierte vertreten will. Auch wenn diese Meinung zunächst einmal der bisherigen Organisationsstruktur widerspricht, leuchtet die Erwiderung der Zentrumsgegnern, daß die Schlagkraft der Organisation dadurch geschwächt werden könnte, nicht ein. Wir hatten in unserer Zelle auch eine Zeitlang eine Genossin delegiert, ohne daß an sie der Anspruch auf eine Anleitung in allen Fragen erhoben wurde. Und die Arbeit lief genauso gut (oder schlecht) wie vorher auch. Zwar wurden wir deswegen basisdemokratischer Vorstellungen bezichtigt, jedoch waren wir zu der Zeit die einzige Zelle im

„chung“ dazu erhalten, daß im KB doch lieber alles so bleibt, wie es ist, auch wenn manches nicht so gut läuft (s. Krise)? M.E. überschreiten diese Beispiele nicht die Grenzen des heute Erreichbaren. Aber daß die Zentrumsgegnern sie als Beispiele für eine utopistische Fehlströmung anführen, macht deutlich, daß sie, (entgegen ihrer im Artikel geäußerten Meinung) nichts vom „Experimentieren“ halten.

Wo sollten wir denn hinkommen ohne die Konkretisierung einiger Utopien? Die brauchen wir doch schon, um uns überhaupt nur Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft und ihren Menschen machen zu können. Gerade das mit diesen konkreten Utopien verbundene Prinzip Hoffnung ist doch so wichtig, um uns immer wieder klarzumachen, wofür wir kämpfen. Und wenn wir diese Utopien heute auch nur im Ansatz (also im kleinen) verwirklichen, werden ihre Umriss doch klarer. Natürlich können wir heute nicht die Auswirkungen des Kapitalismus auf uns verändern. Aber das heißt nicht, daß wir, die diese Gesellschaft verändern wollen, weil wir sie für unmenschlich halten, auch so bleiben, wie wir sind.

Die persönliche Emanzipation ihrer Mitglieder muß m.E. Ziel und Bestandteil jeder revolutionären Organisation sein. In dieser Hinsicht betreiben die Zentrumsgegnern eine plumpe Schwarz-Weiß-Malerei. Sie stellen nämlich zwei sich angeblich ausschließende Alternativen auf: entweder wir wollen diese Gesellschaft im KB bekämpfen oder wir legen mehr Wert auf unsere persönliche Emanzipation. In diesem zweiten Fall würden wir aufgrund unserer Illusionen von der persönlichen Veränderung mittel- oder langfristig eh ausflippen und

Fortsetzung von Seite 40

Ein Quiz für „MLer“ oder reine Versäuerer? Jedenfalls fühle ich mich dadurch nicht davon überzeugt, daß es sich bei diesen Forderungen – seien sie ansonsten falsch oder richtig – um utopische (oder utopistische) handelt.

Ist aber vielleicht auch nicht so wichtig, denn eigentlich ist der Utopismus ja gar nicht so schlimm, sondern „eine ganz normale Begleiterscheinung bei der kommunistischen Arbeit, vielfach hat er sogar ... sehr positive Wirkung.“ Wozu also die ganze Aufregung?

Also: Das Gefährliche am Utopismus ist nämlich gar nicht der Utopismus selber, sondern sein perverser Partner, die Verweigerung!

Bei dem, was vorher an Utopismus-Beispielen aufgetaucht ist, war allerdings von Verweigerung keine Rede, eher im Gegenteil. Und die Beispiele, die jetzt folgen (wo Genoss/innen im wesentlichen für eine Verbesserung des Klimas, der zwischenmenschlichen Beziehungen, also gegen die Entsolidarisierung eintreten), haben wiederum wenig mit Utopismus zu tun.

Das wird aber schlichtweg behauptet: „...die vielfach utopischen Forderungen und Ansichten zur ‚privaten Emanzipation‘ und ‚persönlicher Bedürfnisbefriedigung‘...“

„Bei diesen Beispielen erscheint also der Utopismus im spezifischen Kleid (?) der Forderung nach ‚privater Revolution‘, ‚Revolutionierung der zwischenmenschlichen Verhältnisse‘ etc.“

(Nicht einer dieser vier Begriffe findet sich übrigens so in den Zitaten!)

Auch die Behauptung, solche Forderungen „hier und heute“ würden den Charakter des KB als kommunistische Organisation zerstören, bleibt unverständlich.

Die ZL allein bestimmt hier, was utopisch ist: Utopismus ist, wenn man/frau für machbar hält, was nicht machbar ist, insbesondere wenn es die Leistungsfähigkeit des KB betrifft. Und das ist, was den persönlichen Bereich angeht, nach Meinung der ZL nicht allzu weit her ist, sind entsprechende Erwartungshaltungen überhöht, folglich utopisch.

Das Elend des realen Kapitalismus

Das Leben der Autor(innen) sieht anscheinend ziemlich trübe aus: Leiden, kämpfen und auf den Sozialismus hoffen. Entsprechend werfen sie den „Utopisten“ und „Verweigerern“ eine „erschreckende Blauäugigkeit gegenüber den Verhältnissen des realen Kapitalismus“ vor, weil sie hoffen, für sich auch „hier und heute“ schon Verbesserungen erreichen zu können. Wenn Genoss(innen) aus dem KB aus persönlichen Gründen austreten, so ist ihnen das nur als Folge einer „eigentlichen Metamorphose“ in den Hirnen dieser Genoss(innen) erklärbar, wohl so einer Art Geisteskrankheit. Es würde mich interessieren, wie die Autor(innen) bei diesem Einfühlungsvermögen mit etwaigen demokratischen Bündnispartnern umgehen, die nach diesen Maßstäben ja völlig in geistiger Umnachtung dahingevegetieren müßten?

Die ZL schreibt selbst, daß unsere politischen Erfolge zu wünschen übrig lassen, daß die gesellschaftlichen Mißstände, zwecks deren Bekämpfung man/frau in die Organisation eingetreten ist, weiterbestehen. Bei dieser Sicht der Dinge plus dem statischen Bild, das die ZL von den Inhalten der Genoss(innen)köpfe haben muß (daß nämlich der Zustand, der vor Jahren, beim Eintritt in den KB, dort geherrscht hat, dort im Normalfall nach wie vor anzutreffen sein müßte, andernfalls ist es zu einer der „eigentlichen Metamorphosen“ gekommen), ist es doch geradezu ein Wunder, daß es noch Organisierte gibt. Glücklicherweise bewirkt die politische Arbeit auch eine Änderung des eigenen Bewußtseins, u.a. entwickelt man/frau auch höhere Ansprüche bezüglich der zwischenmenschlichen Beziehungen. Und da der KB dort leistungsfähiger ist, als der ZL-ML glauben macht, kommt es immer wieder zu Fällen, wo Genoss(innen) nicht aus dem KB austreten. Schließlich sind doch durchaus Verbesserungen im „privatpolitischen Bereich“ zu verzeichnen, vor einigen Jahren gab es noch keine Frauen-, Kinder-, Schwulen-, Behindertenarbeit. Und daß wir uns mit diesen Problemen nicht nur theoretisch beschäftigen und ansonsten auf den Sozialismus verweisen, sondern versuchen, sie soweit wie möglich – und das ist i.A. weiter als man/frau denkt – auch konkreter anzupacken, ist doch gerade etwas, was uns von anderen Organisationen positiv unterscheidet und weshalb viele (noch?) im KB organisiert sind oder

(und das ist ja auch nicht das Schlechteste) mit ihm sympathisieren.

Eine solche rigide Ausrichtung unserer Politik, wie sie hier anscheinend befürwortet wird, würde die Verweigerung, die hier bekämpft werden soll, erst recht zur Folge haben.

„ML“ – Kultur – Nein danke!

Ich hab wenig Lust, die besprochenen Bücher zu verteidigen. Eins hab ich gar nicht gelesen („Rubinrotter Dschungel“), eins hab ich nach ein paar Seiten wieder aus der Hand gelegt („Häutungen“) und das dritte hab ich ganz gern gelesen, könnte aber nicht sagen, das sei nun das Buch. Ich fühle mich davon nämlich persönlich gar nicht so betroffen, obwohl es mir nicht an kleinbürgerlicher Egozentrik mangelt. Aber es stehen ein paar sehr treffende Sachen drin und ich finde es deshalb gut, wenn viele Leute es lesen, besonders Männer. Buch- und Filmbesprechungen im AK haben i.A. den Charakter eines persönlichen Erlebnisberichtes, der/die Genoss(innen) schreiben, was er/sie für bemerkenswert hält. Damit ist natürlich nicht garantiert, daß jede Spur von Anti-Kommunismus, die dort geschürt wird, hinreichend gewürdigt und verurteilt wird. Soll man/frau also diese Kritiken im AK nicht mehr veröffentlichen? Sollte vielleicht stattdessen das LG oder die ZL oder ein anderes befugtes Gremium entsprechende Kulturgüter daraufhin abklopfen, wo sie gegen den ML (und die MTTI) verstoßen, um ihnen dann im entsprechenden Verhältnis Wohlwollen und Förderung angedeihen zu lassen?

Ein Buch oder Film kann m.E. durchaus in einem bestimmten Aspekt fortschrittlich sein und insgesamt eine positive Wirkung haben, ohne daß wir 100% damit übereinstimmen. Unsere Einschätzung hängt ab von der Anzahl und der Art der Leute, die dadurch angesprochen werden, und davon, was es Vergleichbares auf dem Markt gibt. Je undemokratischer die Verhältnisse werden, desto dankbarer muß man/frau für jeden positiven Ansatz sein. Wollten wir Bücher oder Filme nur dann lesen/sehen (und empfehlen), wenn jeder, der es noch nicht ist, nach ihrem Genuß das dringende Bedürfnis verspürt, Kommunist zu werden, so würden wir sehr alt und sektiererisch aussehen.

Der Feminismus als Inbegriff des Bösen

Feministische Tendenzen sind, scheint's, so ungefähr das Schlimmste, was einer kommunistischen Organisation widerfahren kann. Die ZL verschwendet eine Menge Raum, um ihre Existenz zu belegen, obwohl diese, wie sie selbst beklagt, gar nicht geleugnet wird. Die Krisendiskussion hat gezeigt, daß es im KB eine Vielzahl von Strömungen gibt, die dort nicht unbedingt hineingehören (nicht in dem Sinne, sie müßten raus, sondern, es ginge auch ohne). Es wäre geradezu alarmierend, wenn nicht auch etwas Feminismus vertreten wäre. Aber die Existenz ist es nicht alleine, sondern es wäre geradezu alarmierend, wenn nicht auch etwas Feminismus vertreten wäre. Aber die Existenz ist es nicht alleine, sie wird auch noch verarmt! Nach den Vorstellungen der ZL sollte anscheinend jeder KBler, der die Existenz feministischer Tendenzen nicht leugnet, auf der Stelle damit anfangen, sich „damit auseinanderzusetzen“, wohl, indem er ihre spezifische Schändlichkeit und Unvereinbarkeit mit kommunistischer Politik anprangert.

Auch der AK ist nicht ohne Schuld. So, wie sich an der Frage „viele feministische Artikel im AK?“ hochgezogen wird, erwartet man/frau, daß die ZL jetzt mindestens ein ganzes Bündel von ausgesprochenen feministischen Artikeln aus dem Hut zaubert. Doch der/die Leser/in wird enttäuscht, der AK propagiert den Feminismus gar nicht. Er verharmlost ihn nur und trägt somit zum Anwachsen der „Gauzonen“ desselben im KB bei.

So wie mit den feministischen Artikeln im AK läuft es im ganzen Artikel: Trotz des recht großen Aufwandes ist die Ausbeute an Enthüllungen über den Feminismus im KB recht kläglich:

- feministische Tendenzen existieren;
- die Herausbildung feministischer Ansichten ist verständlich;
- im AK stehen keine feministischen Artikel;
- es ist keine Genossin bekannt, die an einem „ausgewachsenen Feminismus“ leidet.

Entsprechend bescheiden sind die Änderungswünsche auf den Frauenseiten des AK: mehr Artikel mit Abgrenzungen von feministischen Strömungen und mit Themen der Frauenmassenarbeit. Darüber ließe sich re-

den. Allerdings unter der Fragestellung „Welche Schwerpunkte hat unsere Frauenpolitik?“ und nicht „Wie treibe ich den KBlerinnen die feministischen Tendenzen aus?“.

Trotz der eher beruhigenden Untersuchungsergebnisse (s.o.) ist der Artikel so geschrieben, daß man den Eindruck gewinnt, der Feminismus sei eine große Gefahr, von der man/frau sich pausenlos distanzieren müsse. Wer sich nicht distanziert, der ist ein Sympathisant. Wer dem Feminismus auch gute Seiten abgewinnt, der unterstützt ihn.

Dagegen dann beschönigend-beruhigende Äußerungen wie „Geschlechterkampf ist notwendig, er gehört zu unserer selbstverständlichen politischen Standardausrüstung.“ und ausführliche Erörterungen darüber, daß die Frauenfrage erst im Sozialismus gelöst werden kann. Nichts dazu, welche Möglichkeiten es (über das „Anpacken“ an sich hinaus) „hier und heute“ gibt. So entsteht ein reichlich schiefes Bild von der Lage der Frauen im KB: frauenpolitisch ist zwar nicht viel zu erreichen, also bitte nicht zu hohe Ansprüche, aber ansonsten alles in Butter („selbstverständlicher Standard“, alltägliche Routine eines jeden Genossen?), der einzige Makel auf diesem Gebiet ist eben der innerorganisatorische Feminismus.

Deshalb, meine Damen, unterlassen Sie bitte Ihre unqualifizierten und entsolidarisierenden Angriffe auf Ihre Genossen und widmen Sie sich verstärkt Ihrem Hauptfeind, sonst...?

Co, KB-Gruppe Hamburg

Angeht die Schärfe, mit der die aufgebrochene Kontroverse um LG-Mehrheit und ZL darauf zusteuert, die Existenz des gesamten KB in Frage zu stellen, hoffen wir, daß möglichst viele Genossen und Genossinnen sich zu den zur Klärung anstehenden Fragen zu Wort melden und eine eindeutige Position beziehen.

Wir möchten die Zentrumsartikel in AK 160 unter zweierlei Gesichtspunkten behandeln:

1. In der Hauptseite als Vor-schlag zur Krisenlösung mit dem Ziel, eine Grundlinie für die zukünftige KB-Politik zu formulieren.
 2. Als grundlegenden Angriff auf die bisher praktizierte Frauenpolitik des KB, wobei dieser Gesichtspunkt u.E. die praktische Anwendung der Krisenlösungsstrategie am Beispiel der Frauenpolitik ist.
- Der Gang der Auseinandersetzung vor allem auch der örtlichen Diskussion bei uns macht einen dritten Gesichtspunkt notwendig: eine Bewertung der Methode, mit der in dieser Auseinandersetzung von Zentrumspositionen aus vorgegangen wird und die wir auch als „einmalig in der Geschichte des KB“ ansehen würden.

1. Ihr kritisiert in eurem Teil „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“, daß eine überhöhte Erwartung...

1. Ihr kritisiert in eurem Teil „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“, daß eine überhöhte Erwartungshaltung an den KB in punkto persönlicher Emanzipation überhand nehmen würde und somit auch viele Genossen/innen dazu neigen, daß „ihre Emanzipation und Selbstverwirklichung außerhalb des KB und ohne die Belastung politisch eher möglich ist als innerhalb des KB“.

3. Bleibt als letztes der „Gang der Dinge“ innerhalb der letzten Woche, gegenüber dem es u.E. nicht mehr ausreicht, warnend den Zeigefinger zu heben und nach „Entemotionalisierung und Versachlichung“ zu rufen.

Wir haben Methoden der Auseinandersetzung festgestellt, die wir bislang nur aus der Auseinandersetzung mit dem KBW kennengelernt haben.

Nicht nur, daß das erste Papier der Zentrumsleitung mit z.T. unrichtigen Behauptungen wie Ausschuß von der LG-Sitzung heilloser Verwirrung ausgelöst hat, wir mußten feststellen, daß in unserer Diskussion von Seiten der Zentrumsbefürworter bewußt dieses Klima der Unsicherheit und des Mißtrauens gegenüber der Politik der LG-Mehrheit ausgeweitet wurde, indem zu Beginn der Debatte Kneipengespräche und Status der Leserbriefschreiber kolportiert wurden, um auf dieser Grundlage die These der „bestellten Kampagne“ zu schmieden und das Mißtrauen der Genossen/innen auszunutzen, dem LG durch und durch undemokratische Absichten im Vorgehen gegen die Zentrumsleitung zu unterstellen. Auch wenn viele Dinge richtiggestellt oder relativiert wurden, hat diese Art der Angst- und Stimmungsmache gegen die LG-Mehrheit bereits Früchte getragen, denn inzwischen spricht man locker vom Hocker von der „liquidatorischen Politik des LG“, von einer „Kampagne wie in der bürgerlichen Presse“, es werden Aussagen über die angebliche Existenz längerer tiefergreifender Differenzen im LG nebenbei in die Diskussion geworfen, um damit zu suggerieren, daß diese Art des Meinungskampfes von Seiten der Zen-

trumsbefürworter der letzte verzweifelte Versuch der Genossen sei, die richtige Linie im KB durchzusetzen.

Uns scheint, daß die Kritik an der angeblichen Vorgehensweise der LG-Mehrheit die Verhältnisse ziemlich auf den Kopf stellt angesichts der Politik, wie wir sie in den Reihen der Zentrumsposition finden. (...).

Wir können angesichts der Entwicklung nur sagen, daß wir nicht nur die Positionen der Zentrumsleitung in ihrer Linie und in vielen Einzelpunkten ablehnen, wir werden auch der politischen Methode, mit der in Gö. eine Sammelbewegung organisiert wird, schärfstens entgegen-treten.

UL, Bs., Bi., In.

KB Göttingen

★

„Kampf der Entsolidarisierung“. Das ist augenblicklich eine der Hauptparolen der Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung. Da könnte ich mich doch eigentlich nur freuen, nach meinen Erfahrungen, die ich leider machen mußte und die in dem Artikel „Von einer die auszog, das Fürchten zu lernen“ (AK 157) beschrieben sind. Mein Artikel wird jetzt von der „Zentrums“-Leitung sogar als positives Beispiel hervorgehoben. Ein Erfolg, sollte frau meinen. Meine ich aber keineswegs. Denn, was verbirgt sich hinter dem so fortschrittlich anmutenden Begriff des „Kampfes gegen die Entsolidarisierung“? „Aus Dutzenden von KB-internen Gesprächen wissen wir, daß ... auch bei uns Methoden des Drucks und Psychoterrors praktiziert werden, um widerspenstige Kommunistinnen rund zu machen, etwa weil sie sich schminken...“, weil sie sich nicht zur neuen Sensibilität bekennen wollen, nicht in der gewünschten Weise am Geschlechterkampf teilnehmen etc.“. Abgesehen davon, daß ich (im Gegensatz zur Zeit vor ein paar Jahren!) derzeit noch keine Annahmen wegen Schminken mitbekommen habe (aber wenn ihr das sagt, muß es wohl wirklich ein wichtiger Bestandteil unserer Frauenpolitik sein) finde ich es ausgesprochen rührend, wie ihr um uns besorgt seid. Oder seid ihr etwa vielmehr um die „Tante Tom's“ und die Rettung der männlichen Vorreiterrolle besorgt?

Es ist doch recht dreist, die Frage der Entsolidarisierung ausgerechnet am Kampf der Frauen aufzuhängen. Wenn man eure Argumentation logisch fortführt und konkretisiert, so würde das wohl bedeuten, daß demnächst frau, die frech wird und einen Mann als Chauvi bezeichnet („Kampf der neuen Diktation“) als entsolidarisierendes Subjekt erkannt und ausgeschlossen wird. Und wenn wir blöd genug sind, helfen wir euch auch noch dabei: „Wir wollen dringend auffordern, dazu Erfahrungsberichte für den AK anzufertigen. Wir wissen, daß hier besondere Hemmungen bestehen, weil die notwendige Bekämpfung der Entsolidarisierung an dieser Front oft als Verletzung der Frauensolidarität interpretiert wird“. Aber damit nicht genug: „Unseres Wissens ist dieses Entsolidarisierung an dieser Front oft als Verletzung der Frauensolidarität interpretiert wird“. Aber damit nicht genug: „Unseres Wissens ist dieses Tabu im AK nur einmal angekratzt worden, nämlich in der Zuschrift der Genossin E. (AK 157, „Von einer die auszog, das Fürchten zu lernen“)“.

In welche Gesellschaft bin ich da nur geraten! Ihr wollt mich wohl für dumm verkaufen! Abgesehen von wenigen Genoss(innen) aus eurem Kreis, deren ehrliche Unterstützung und deren solidarisches Bemühen ich hiermit keineswegs schmälern möchte, hat es doch nach Erscheinen meines Artikels im AK gerade aus eurer Runde ganz erschreckende Reaktionen gegeben! Mehrheitlich wurde, und zwar z.T. außerordentlich gehässig, erklärt, daß „so etwas“ nicht in den AK gehöre. Äußerung einer „Zentrums“-Genossin: „Wenn so etwas in den AK kommt, kann ich mit dem gleichen Recht schreiben, daß mir mal zwei Blumentöpfe vom Balkon geklaut worden sind“. Es wurde aus eurer Runde erklärt, daß mein Artikel die Warnungen von Ha. und Kl. ja nun wirklich vollauf bestätige!

Wenn ihr nun alle ehrlich zu der Auffassung gekommen sein solltet, daß eure damalige Reaktion falsch war, hättet ihr doch zumindest einen selbstkritischen Aspekt dazu in euren Artikel aufnehmen können. Oder ist das heute schon zuviel verlangt?! Wundert euch also nicht und sprecht nicht gleich von Angstmache, wenn frau/man euren neuen Erkenntnissen nicht gleich blind vertraut, sondern sie ein bißchen kritisch abklopft.

Ein besonders starkes Stück ist wohl, daß nun ausgerechnet die Genossin C., eine der Hauptpersonen in meinem Artikel in AK 157, die also nicht gerade unschuldig an meinem

genus: „Unseres Wissens ist dieses Entsolidarisierung an dieser Front oft als Verletzung der Frauensolidarität interpretiert wird“. Aber damit nicht genug: „Unseres Wissens ist dieses Tabu im AK nur einmal angekratzt worden, nämlich in der Zuschrift der Genossin E. (AK 157, „Von einer die auszog, das Fürchten zu lernen“)“.

In welche Gesellschaft bin ich da nur geraten! Ihr wollt mich wohl für dumm verkaufen! Abgesehen von wenigen Genoss(innen) aus eurem Kreis, deren ehrliche Unterstützung und deren solidarisches Bemühen ich hiermit keineswegs schmälern möchte, hat es doch nach Erscheinen meines Artikels im AK gerade aus eurer Runde ganz erschreckende Reaktionen gegeben! Mehrheitlich wurde, und zwar z.T. außerordentlich gehässig, erklärt, daß „so etwas“ nicht in den AK gehöre. Äußerung einer „Zentrums“-Genossin: „Wenn so etwas in den AK kommt, kann ich mit dem gleichen Recht schreiben, daß mir mal zwei Blumentöpfe vom Balkon geklaut worden sind“. Es wurde aus eurer Runde erklärt, daß mein Artikel die Warnungen von Ha. und Kl. ja nun wirklich vollauf bestätige!

Wenn ihr nun alle ehrlich zu der Auffassung gekommen sein solltet, daß eure damalige Reaktion falsch war, hättet ihr doch zumindest einen selbstkritischen Aspekt dazu in euren Artikel aufnehmen können. Oder ist das heute schon zuviel verlangt?! Wundert euch also nicht und sprecht nicht gleich von Angstmache, wenn frau/man euren neuen Erkenntnissen nicht gleich blind vertraut, sondern sie ein bißchen kritisch abklopft.

Ein besonders starkes Stück ist wohl, daß nun ausgerechnet die Genossin C., eine der Hauptpersonen in meinem Artikel in AK 157, die also nicht gerade unschuldig an meinem

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 41

„Mißgeschick“ (Verlust fast aller meiner Sachen) ist, als eine eurer „Beraterinnen“ in Sachen Frauenpolitik auftaucht. Nur ein paar Hinweise: Es hat nach meinem Artikel noch mehrere Wochen gedauert, bis C. sich überhaupt daran gemacht hat, ein bißchen „Selbstkritik“ zu üben (Eine entsprechende Erklärung ist noch in Arbeit). Wie wenig C. aber bisher wirklich kapiert hat, geht wohl aus folgendem hervor: Meine Zelle hat C. vor zwei Wochen aufgefordert, sich selbstkritisch zu äußern und zur Frage der materiellen Wiedergutmachung Stellung zu nehmen. Andernfalls möge sie ihre Funktion in der AG Frauen niederlegen. Nun verbreitet C. in alle Richtungen — und gerade in eurer Runde mal wieder mit tollem Erfolg — daß gegen sie ein Ausschlussantrag gestellt worden sei. Das Mitleid scheint ihr sicher!

Wie das eurer Meinung nach falsche „Tabu der Frauensolidarität“ aufgebrochen werden soll, zeigt ein weiterer Vorfall: C. hat für euch aus der AG Frauen Teile der Diskussion mitgeschrieben, die ihr nun als angebliches „Protokoll“ per Rundbrief verbreitet, um zu beweisen, wie gemein die Frauen zu euch sind. Ich find sowas schlicht zum Kotzen! Ich laß mich von euch nicht vereinnahmen, meine Meinung dazu ist im AK 157 („There's no business like Chauvinismus“) nachzulesen.

E., Kulturkommission



Liebe Genossinnen und Genossen der „Zentrums“-Leitung,

Ich war nahezu begeistert, als ich euren Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ gelesen hatte.

Wie oft schon habe ich verzweifelt jemanden gesucht, der Büchertisch macht, Flugblätter verteilt, und alle hatten „Wichtigeres“ zu tun? Wie lange schon regt mich das auf, dieses ewige Herausstellen der eigenen Person, der ganz persönlichen Entwicklung? Genossin X hatte mal wieder keinen „Bock“ zum AK-Verkauf; Genosse Y konnte nicht zum Termin kommen, weil er über seine Beziehungsschwierigkeiten diskutieren mußte; und der Termin war eh beschissen, weil niemand vorbereitet war... Und überhaupt, diese Krise, die könnte wirklich langsam mal ein Ende haben! Kaum wagt man's noch, Worte wie Verbindlichkeit und revolutionäre Moral in den Mund zu nehmen, aus Angst, gleich in der Ecke der ML'er und Sektierer zu landen. Und nun, endlich, setzt sich jemand offen für die Wiederherstellung der revolutionären Moral ein!

Ganz anders meine Reaktion auf die Leserbriefe der Göttinger Genossen Kl. und Ha.: Ich hätte vor Wut und Empörung über so viel Frauenfeindlichkeit und Ignoranz gegenüber Problemen, wie sie z.B. U. aus Bochum angesprochen hat, am liebsten meinen Schreibtisch umgeschmissen. Irgendwie kam mir das komisch vor, denn schließlich gehen alle drei Artikel, vorsichtig gesagt, in eine ähnliche Richtung.

Ich sehe in Eurer Theorie vom zunehmenden Utopismus in der Organisation eine theoretische Konstruktion, die bestimmte Erscheinungen in der Organisation zwar richtig beschreibt, ihnen allerdings eine völlig falsche Wertung erteilt.

Ihr kritisiert — berechtigterweise — Tendenzen, „in allem Möglichen unmittelbare persönliche Befriedigung zu suchen“, das Aufkommen einer bürgerlichen Ideologie, „man/frau wolle doch auch was vom Leben haben“, die Hinwendung zu Versuchen „individueller Schein-Emanzipation“ usw. Schon vor einem Jahr, zu Beginn der Krisenperiode, standen diese Erscheinungsformen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Wir haben sie damals nicht als Utopismus charakterisiert, vielmehr als Rückzug ins Privatleben, als ein Aufgeben angesichts der wachsenden Schwierigkeiten für linke, kommunistische Politik. Nach wie vor kann ich in diesem Verhalten nicht den geringsten Utopismus, also ein Streben nach Idealzuständen hier und heute entdecken, sondern eine Resignation angesichts der gesellschaftlichen Situation, und auch einen stärker gewordenen Egoismus, d.h. eine stärkere Beachtung der aktuellen persönlichen Situation, aufgrund einer geringer gewordenen Hoffnung auf Veränderung der Lage durch politische Arbeit.

Ihr kritisiert weiterhin die Forderung nach „privater Revolution“.

„Im Prinzip gibt es gegen Forderungen dieser Art kaum Sinnvolles einzuwenden. Allerdings können die-ser-art Forderungen 'jetzt und sofort'

und 'hier und heute' im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden.“ (s. AK 160)

Daß wir unter kapitalistischen Bedingungen keine sozialistischen zwischenmenschlichen Beziehungen verwirklichen können, dürfte jedem klar sein, selbst — besser gesagt, erst recht nicht — wenn wir unseren kommunistischen Charakter aufgeben. Eine derartige Forderung habe ich auch noch nirgends aus den Reihen des KB vernahmen können. Also kann ich Eure Aussage nicht anders verstehen, als daß Eurer Meinung nach schon das Anpacken und diskutieren zwischenmenschlicher Beziehungen eine Aufgabe des revolutionären Charakters der Organisation zwangsläufig nach sich ziehen muß. Diese Zwangsläufigkeit ist mir ebenso wenig einsichtig wie mir einleuchtend ist, „daß ein Anwachsen von sog. Beziehungsdebatten“ im KB die utopische Hoffnung nährt, daß Probleme dieser Natur im bzw. mittels des KB in absehbarer Zeit zu lösen wären“, daß das in einem „Katzenjammer“ enden muß, der dann die Grundlage für einen Rückzug unserer Genoss/inn/en bilden wird.

Wie soll denn ausgerechnet die Diskussion vorhandener Probleme zu einem Katzenjammer führen? Und wie anders als durch eine Diskussion sind denn die objektiven Grundlagen und die evtl. Unlösbarkeit bestimmter Probleme vor Augen zu führen? Viel eher könnte doch ein Totschweigen dieser Probleme zu „utopischen“ Annahmen führen, ohne die Belastung der politischen Arbeit im KB seien sie besser zu lösen.

„Der Utopismus besteht aber gerade darin, daß er den Blick für's Machbare, Erreichbare zunehmend verliert, daß er also den zweiten Aspekt (die Organisation als 'Keimzelle der neuen Gesellschaft') überbetont und den ersten Aspekt (die Organisation als 'Zweckbündnis zur gesellschaftlichen Umwälzung') zunehmend aus dem Auge verliert“.

Tatsächlich, der Blick für's Machbare ist verlorengegangen: Viele Genossinnen und Genossen haben nämlich aus dem Auge verloren, daß heute — trotz allem — noch etwas machbar und erreichbar ist, daß es sich noch lohnt zu kämpfen. Und bei nicht wenigen hat das zu einem Rückzug und/oder Aufwertung der persönlichen Situation geführt.

Ich glaube fast, ein bißchen mehr „Utopismus“ könnte uns gar nicht schaden!

Utopismus und Entsolidarisierung — ein klassisches Gegensatzpaar?

Es ist mir offen gestanden, absolut unverständlich, was daran ein Gegensatzpaar sein soll, und dazu noch ein klassisches! Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihr Schwierigkeiten hattet, die offensichtliche Entsolidarisierung in der Organisation mit Eurer „Utopismus-Theorie“ unter einen Hut zu bringen, und daß ihr deshalb einfach ein „klassisches Gegensatzpaar“ daraus gemacht habt. Und eine noch schlimmere Vermutung drängt sich mir auf, nämlich daß ihr diese „Einheit von Gegensätzen“ eigens zu rechtzimmert, um gegen die Forderung „Macht das Private öffentlich!“ zu Felde zu ziehen.

Sicherlich werdet ihr mir jetzt „Unterstellung“ vorwerfen, denn ihr schreibt ja ausdrücklich: „Es geht uns selbstverständlich nicht darum, hier und heute gewisse praktikable Schritte in Richtung auf utopische Vorstellungen hin zu verhindern; mehr noch wir sind sogar bereit, hier und dort immer im Rahmen des Vertretbaren — auch zu experimentieren“.

Was sind denn „gewisse Schritte“, was ist denn „praktikabel“ und „vertretbar“?

Wir müssen diese Schritte nicht nur „nicht verhindern“, wir müssen sie fördern und fördern! „Experimentieren“ — das klingt so vorsichtig und gefährlich, eher wie eine Warnung, die schlimmsten Fehlschläge gleich mit einzukalkulieren. Aber ihr seid so großzügig und macht „so-gar“ derartige Experimente mit.

Angesichts einer zunehmenden Entsolidarisierung — die auch ihr für die „gefährlichere Erscheinungsform“ haltet — angesichts erster zaghafter Versuche über die Entsolidarisierung, über „persönliche“ Probleme und Verhaltensweisen offen zu diskutieren, läuft euer Artikel auf die „Frage der Ab- bzw. Eingrenzung dessen, was wir aus dem 'privaten', 'persönlichen' Bereich unserer Genoss/inn/en öffentlich behandeln sollen und was möglichst nicht“ hinaus. Eine derartige Eingrenzung heute festzulegen, bedeutet nichts anderes, als die ersten kleinen Pflänzchen sofort wieder zu zertreten. Tatsächlich wür-

den, wir Kt. schrieb, viele Gedanken von vornherein der Unsicherheit und Selbstzensur zum Opfer fallen. Die Konsequenz — selbst wenn sie von euch in diesem Extrem nicht so gewollt sein sollte — wäre zwangsläufig ein Abwürgen dieser Diskussion, noch bevor sie überhaupt begonnen hat.

Ihr beruft euch auf Lenin und Mao Tse-Tung. Die Genossen haben uns so viel zu sagen, wir können so viel für unseren politischen Kampf von ihnen lernen, daß wir uns als Marxisten/Leninisten, als Maoisten bezeichnen, doch ist es meines Erachtens ein unmögliches Herangehen, wenn wir heute — wie ihr es tut — einfach eine Behauptung aufstellen und ihre Richtigkeit dann schlichtweg damit belegen, daß „die Klassiker“ das ja auch schon gesagt haben. Ich glaub, Lenin würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, wie unkritisch ihr mit seinen Aussagen umspringt.

Ihr zitiert Mao, wir sollten uns vor „Willkür und Vulgarisierung der Kritik“ hüten; jede Meinungsäußerung muß auf Tatsachen beruhen, die Kritik muß den politischen Aspekt betonen. „Unbegründeter Klatsch“ und „gegenzeitiger Argwohn“ führten zu „prinzipienlosen Zwistigkeiten und zum Zerfall der Parteiorganisation“.

Wer würde dem schon widersprechen? Nun, so schwere Vorwürfe müssen ja ihre Grundlage haben, ihr werdet dieses Zitat nicht umsonst anführen. Aber bitte, könnt ihr dann auch verraten, gegen wen es sich eigentlich richtet? Es geht hier um die Frage, was im AK abgedruckt werden soll und was nicht. Könnt ihr mir sagen, in welchem Artikel ihr willkürliche, vulgare Kritik, die nicht auf Tatsachen beruht und unbegründeten Klatsch gefunden habt?

In Zukunft sollen die AK-Artikel also „den politischen Aspekt betonen“. So allgemein ist damit wenig anzufangen, denn schließlich geht die Diskussion doch gerade darum, was eigentlich politisch und was privat ist, ob und wo hier eine Trennung zu vollziehen ist. Findet ihr es unzureichend politisch, wenn eine lesbische Genossin ihre Probleme beschreibt oder wenn U. aus Bochum ihre Schwierigkeiten bei der politischen Arbeit darstellt oder wenn Genossen beschreiben wie sie „Zu viert im Bett“ gelegen haben oder...? „Persönliche Mängel sollen, wenn sie nicht mit politischen oder organisatorischen Fehlern verbunden sind, nicht allzu viel getadelt werden“. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß die Genoss/inn/en „in Verlegenheit geraten“, „ängstlich und übervorsichtig werden“.

Mir fallen keine Beispiele persönlich „geraten“, „ängstlich und übervorsichtig werden“.

Mir fallen keine Beispiele persönlicher Mängel ein, die nicht mit politischen oder organisatorischen Fehlern verbunden wären oder nicht zumindest ihre Auswirkungen auf politischer Ebene hätten: sei das der Genosse, der eine Frau beschissen behandelt oder die auch von euch genannten „Gutverdiener, die nach 'standesgemäßem' Konsum trachten“. Eine derartige Trennung/Einschränkung hat in meinen Augen wenig Sinn. Und schon gar nicht halte ich meine Kritik zurück, weil vielleicht jemand in Verlegenheit geraten könnte. Mit dem Argument können wir üble bürgerliche Verhaltensweisen noch Jahrtausende mit uns herumschleppen.

Übrigens würde ich mich, ohne gebeten worden zu sein, ganz unverschämmt und ungeniert in „private“ Verhältnisse einmischen, sobald ich ernsthaft Bedenken haben muß, daß dort hinter verschlossenen Türen Unterdrückung, unsolidarisches Verhalten o.ä. praktiziert wird — Lenin zum Trotz, der mir vielleicht vorwerfen würde, „mit gierigen Händen in einer fremden Seele zu wühlen“.

Ich frag mich, auf welcher Grundlage ihr all diese Einschränkungen macht und kann nur zu dem Schluß kommen, daß auch die bisherigen Ansätze einer Diskussion um „persönliche Probleme“ im AK zu viele oder zu unpolitisch sind.

Ich hab daraufhin einmal die letzten zehn AK's nach „persönlichen“ Artikeln durchsucht und mir ist immer bewußter geworden, wie schwierig, eigentlich unmöglich eine Trennung von politisch und persönlich ist. Da gibt es Berichte einer Genossin mit vier Kindern, einer lesbischen Genossin, eines behinderten Genossen über ihre Schwierigkeiten; da gibt es Diskussionen um fortgeschrittene Kindererziehung und Sterilisation; da gibt es ein Interview mit der Frauengruppe 50 und Leserbriefe über Schwierigkeiten beim AK-Verkauf. Sind sie nun in der Rubrik „persönlich“ einzuordnen und sind sie damit unpolitisch?

Soll das al' wieder raus aus dem AK, zurück in die intime Atmosphäre der Wohngemeinschaften und Kneipen? Ich halte es gerade für ein Verdienst

der Krisenperiode, daß heute der Versuch gemacht wird, Schwierigkeiten, die einzelne Genoss/inn/en bei der Umsetzung unserer Politik haben, zu diskutieren, daß unsolidarisches Verhalten, Probleme, die Genossinnen aufgrund ihrer Sozialisation haben, oder auch Probleme unterdrückter „Minderheiten“ im AK zur Sprache kommen. Noch vor ein bis zwei Jahren wäre z.B. ein Artikel wie „Die Scham ist vorbei“ im AK undenkbar gewesen.

Ich finde es nicht nur verantwortungslos, wie in der Vergangenheit (und heute!) Probleme einzelner weitgehend ignoriert worden sind, wie wenig wir uns in diesen Dingen unterstützen, ich finde es darüberhin-aus falsch, die Behandlung dieser Probleme der individuellen Entscheidung zu überlassen. Vielmehr müssen wir, gerade als kommunistische Organisation, auch auf diese Fragen gemeinsam Antworten finden. Ich gebe den Genoss/inn/en recht, die sich fragen, wie wir wohl den Sozialismus aufbauen wollen, wenn wir es nie gelernt haben, uns mit bürgerlichen Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Genauso wenig wie ein demokratisches Statut allein die Demokratie in der Organisation sichern kann, wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel allein eine menschlichere Gesellschaft garantieren. Es sind schließlich die Menschen, die diese äußeren Bedingungen mit Inhalten füllen.

Gerade die auch von euch kritisierten Erscheinungen wie die Entsolidarisierung usw. machen eine derartige Debatte dringend notwendig.

Und noch eins: Ich sehe, wie gesagt, ebenso wie ihr eine Tendenz der übermäßigen Aufwertung der eigenen Person, des Suchens in allem Möglichen nach unmittelbarer persönlicher Befriedigung und bin ebenso unzufrieden damit. Um ganz ehrlich zu sein, es kotzt mich manchmal an, dieses ständige Ich-Ich-Ich, und ich sehne mich nach alten Zeiten zurück, in denen die „revolutionäre Moral und Aufopferungsbereitschaft“ wohl noch etwas höher im Kurs stand. Nur erstens dürfen wir die objektiven Bedingungen für diese Entwicklung (s.o.) nicht einfach vergessen, und zweitens ist mir völlig unklar, wie ihr euch mit diesen Vorstellungen auseinandersetzen wollt. Durch allgemeine und grundsätzliche Kritik werden wir auf die Dauer keine größere Klarheit gewinnen und verbreiten. Gerade die „persönlichen“ Artikel bieten doch konkrete Ansatzpunkte zur Diskussion. In diesem Zusammenhang möchte ich eine sehr richtige Aussage Kt.'s ins Gedächtnis rufen, die bisher noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat: „Ich bestreite, daß im KB und speziell in seiner Presse zu viel über 'persönliche Probleme' gesprochen und gestritten wird. Im Gegenteil: Es wird noch viel zu wenig runtergewürgt, es wird noch viel zu viel gezauert, und es wird vor allem viel zu wenig vorantreibend diskutiert“ (AK 157, S.52).

Tatsächlich haben die „persönlichen Dinge“ heute einen sehr hohen Stellenwert, doch wo wird denn ernsthaft über ihre Bewältigung diskutiert und gestritten? Wer hat sich denn mit den Problemen der Bochumer Genossin und ihrer Reaktion darauf ernsthaft auseinandergesetzt? Bisher ist diese Debatte doch über die reine Darstellung und recht emotionale Reaktionen nicht hinausgekommen. Ja, so bringt das wirklich noch nicht viel! Diejenigen, denen der „Persönlichkeitskram“ langsam auf die Nerven geht (und auch alle anderen), möchte ich auffordern, diese Auseinandersetzung in Zukunft zu suchen. Es sollte sich niemand versprechen, mit der Ausschaltung dieser Diskussion aus dem AK könnte irgendwelchen falschen Tendenzen entgegengewirkt werden. Erst recht würde so ein Vorgehen nicht gerade zu lebhaften Debatten um andere politische Fragen motivieren. Ich höre schon wieder den Vorwurf der „Unterstellung“, denn von Ausschaltung dieser Diskussion habt ihr natürlich nirgends gesprochen. Doch müßt ihr euch die Unterstellung gewisser Konsequenzen schon gefallen lassen, denn einige brisante Fragen, die eure Position deutlicher und konkreter machen würden, bleiben in eurem Artikel leider unbeantwortet. Und nicht zuletzt habt ihr euch hinter Ha. und Kl. aus Göttingen gestellt, nur „einige Fehler, Mängel und Ausreißer“ kritisiert. Die grundsätzliche Stoßrichtung dieser beiden Artikel geht nun aber gerade voll gegen die öffentliche Diskussion der „persönlichen Probleme“: „Ist es die hohe Zeit der Sterilisationsdebatten? Oder der SM-Diskussion? So lebhaft die Debatte über diese Fragen geführt wird, geht doch von ihr ein penetranter Leichengeruch aus. Der AK-Redaktion muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie diese Entwicklung unterstützt und vorangetrieben hat (privilegierte Abdruck von Leser-

briefen zu solch idiotischen Themen wie 'Zu viert in einem Bett', Forcierung der SM-Debatte etc.).“ (Kl., AK 156).

Oder zur Erinnerung ein Zitat von Ha.: „Vielleicht werden wir im Verlauf dieser Debatte auch auf Probleme gestoßen, die wirklich fruchtbringend sind für kommunistische Frauenpolitik insgesamt, denn mit Artikeln wie 'Die Scham ist vorbei' oder 'Zur psychischen Gewalt gegen Frauen' dürften wir außerhalb unserer engeren Leser-Dunkelkreise nur auf Unverständnis stoßen“. Ich sehe darin nicht nur einen allgemeinen Angriff auf die Diskussion „solcher“ Themen, sondern auch eine deutliche, wenn auch indirekte, Aufforderung an die AK-Redaktion, sie wieder aus dem AK zu verbannen. Oder soll ich annehmen, daß Ha. und Kl. dafür sind, daß weiterhin Artikel abgedruckt werden, die sie entweder für idiotisch oder unverständlich und uninteressant halten? Und von euch, liebe „Zentrums“-Genossen und Genossinnen, würde ich wirklich gerne offen und konkret wissen, wie ihr dazu steht!

bie., SSB (Studenten) Hamburg



Ein gewaltiges Argument wird hier aufgeführt: „Bei den Ärzten, die sich hier um den Patienten scharen, um ihm den 'Utopismus' herauszuoperieren, sind leider neben Skalpell auch Holzhammer, Schlachtermesser und Präpflüßbohrer zu beobachten.“ („Roll Back — Nein danke“, AK 160). Der Beweis wird nicht genannt.

Auch scheinen die „guten Sitten“ nicht mehr so gefragt. Wo ich steh und geh, wird der KNITTEL, der FRAUENFEIND entdeckt und mit allerlei anderen dummen Attributen belegt. Die Zentrumsleitung wird gar in einem Rundschreiben der LG-Mehrheit zu Verrückten erklärt, denn „viele fragen sich, wie die Vorgehensweise der ZL rational zu erklären ist“. Erstaunlich an diesen Vorgehensweisen ist, daß neuerdings im KB eine Beweisführung nicht mehr für nötig gehalten wird. Stattdessen hat sich in unseren Reihen eine Modeströmung eingeschlichen, die es vorzieht, anderen Genoss/inn/en ständig „Hüte aufzusetzen“ und mit Stempeln zu kennzeichnen. Mit einem Schubladensystem im Kopf ist es ja einfach, warum noch mit den Meinungen anderer Genoss/inn/en auseinanderzusetzen oder vielleicht noch überzeugen. Warum auch!

Wäre dem Genossen Kt. wirklich an einer inhaltlichen Diskussion um die Artikelserie gelegen gewesen, wäre er m.E. besser beraten gewesen, die an einer inhaltlichen Diskussion um die Artikelserie gelegen gewesen, wäre er m.E. besser beraten gewesen, die viereinhalb Seiten der ZL unkommentiert stehen zu lassen und mit mehr Zeit im Rücken eine vernünftige politische Generalpolemik für den jetzigen AK zu erarbeiten. Stattdessen hat er es vorgezogen, seinen politischen Kredit aufs Spiel zu setzen, indem er mit wildem Herumgeballere seine Umgebung aufschreckt. Durch diese Unbesonnenheit (oder ist das Kalkül?) trägt er für das innerorganisatorische Klima m.E. die Verantwortung mit.

Während die einen den „reinen“ Utopismus herunterspielen wollen, wie Kt., weisen die anderen darauf hin, daß es falsch ist, dieses Phänomen anhand der Frauenfrage zu belegen. In beiden Argumentationssträngen wird gargewöhnt, hier sei dem Chauvinismus Tür und Tor geöffnet. Die Extremen befürchten sogar eine Generalmobilisierung! Während ich für solche Bedenken vielleicht noch Verständnis aufbringen kann, halte ich ein Herunterspielen des Utopismus für falsch.

Eigentlich kennen wir das Utopismus-Problem schon länger. Allgemein ausgedrückt (besser vom philosophischen Standpunkt) sind wir immer mit dem Problem beschäftigt, allein dadurch, weil wir uns ständig mit gesellschaftspolitischen Ereignissen auseinandersetzen, mit ihnen konfrontiert sind.

Im Konkreten nennt die ZL mehrere Beispiele, die Kt. eigentlich „gar nicht mal besonders 'utopistisch'“ findet. Schön blind eigentlich, aber sei's drum. Da es deshalb nötig erscheint, nenne ich gerne weitere.

Unsere Genoss/inn/en aus der Anti-AKW-Massenarbeit werden sich bestimmt an vielerlei Dinge erinnern. Es gab Auseinandersetzungen um das Delegiertenprinzip, dem Prinzip der Demoleitung. Hier kofferten die Spontis, daß „alle zusammen“ die Aktion bestimmen müssen oder eine „Selbstorganisation“ (jeder für sich allein!) der BI's vorrangig sei, weil nur so und ausschließlich eine politische Emanzipation jedes Einzelnen (immer schön individuell) möglich sei. Ein Lieblingsprojekt in dieser Logik

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 42

war der „praktische Widerstand“.

Auch die in der AKW-Bewegung beliebte Parole „Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren“ reißt sich hier ein. Obwohl diese Forderung eine m.E. richtige Propagandalosung ist, war sie doch nur Utopie. Utopie deshalb, weil sie unter den damaligen Bedingungen und heute noch viel weniger real durchsetzbar war und ist. Trotzdem powernten unsere Freunde aus der linkssektiererischen (kleinbürgerlichen) Ecke darauf, daß diese Parole machbar und durchsetzbar sei.

Im gleichen Atemzug hatten wir mit dem Phänomen der Entsolidarisierung mit den Angeklagten zu tun (Anm.: Übrigens hatten damit auch die Genossen Jürgen und Kai zu Beginn ihres Russell- bzw. Stammheim-Prozesses zu tun). Zeitweise galt es ebenfalls als schick, Anleihen beim Anarchismus (Spielart des Liberalismus) zu tätigen. Erstaunlich war geradezu die Feststellung, daß diese Theorie gerade in der Krise der Anti-AKW-Bewegung auch in unseren Reihen beste Beliebtheit errang.

Genau hier steht m.E. auch der Gedankenzusammenhang, in dem wir heute mit der KB-Frauenpolitik in der Sackgasse sind.

Warum m.E. gerade deshalb die ZL dieses Phänomen an der Frauenpolitik angreift, liegt doch einfach darin begründet, daß wir im KB immer d o r t vorrangige Polemiken, Auseinandersetzungen usw. führen, wo Fehler, Mängel ihren direktesten Ausfluß auf unsere Massenpolitik haben. Deshalb darf es nicht nur erlaubt, sondern muß es unsere Pflicht sein, an diese Front unsere Hauptkräfte zu verlegen.

Ich hoffe, mit diesem Beitrag nicht noch mehr im Wespennest herumgestochert zu haben.

Da m.E. der wesentliche Kontrapunkt zu den „Grauzonen des Feminismus“ den aussteht, möchte ich mich erst an späterer Stelle wieder melden, wenn die LG-Mehrheit auch ihren Standpunkt dazu vorgelegt hat.

Ein Mitglied der Eimsbütteler Kerngruppe



Nicht nur Ha. und Kl. ist in vielen Stellungnahmen zu ihren Leserbriefen der Vorwurf gemacht worden, sie würden die Frauen(-politik) zum Sündenbock der Krise machen wollen, auch der Zentrumsleitung wird angelastet, sie würde in ihren Artikeln die „Sündenbock“-These übernehmen.

Ich meine, daß diese Vorwürfe eine ungeheuer harte Unterstellung sind, die von einer ziemlichen Kurzsichtigkeit zeugen. Die Tatsache, daß die Frauenpolitik in den Mittelpunkt der Krisendiskussion gerückt ist, kann man/frau doch nicht den provokativen Fähigkeiten zweier Genossen zuschreiben, sondern ist doch vielmehr A u s d r u c k dieser Krise. Die Lektüre vieler Krisenbeiträge, Be-

zuschreiben, sondern ist doch vielmehr A u s d r u c k dieser Krise. Die Lektüre vieler Krisenbeiträge, Beobachtungen im eigenen Umfeld sowie eigene Erfahrungen zeigen doch, daß fast jede/r von den Problemen, die die Frauenbewegung zu Recht und aus gutem Grund auf den Tisch gepackt hat, direkt, oft existentiell betroffen ist und täglich – zumindest im „privaten“ Bereich – mit diesen Problemen konfrontiert ist. Der Frauenbewegung ist es doch zum größten Teil zu verdanken, daß der „private“ Bereich ins politische Bewußtsein gedrungen ist und daß das politische Bewußtsein auch im „privaten“ Bereich hinterfragt und mit der eigenen Praxis konfrontiert wird.

Wenn in Krisenzeiten fast jeder dem „privaten“ Bereich mehr Aufmerksamkeit widmet, was in den meisten Fällen heißt, sich mehr um seine Beziehung(en) zu kümmern, bekommen die von der Frauenbewegung gestellten Fragen natürlich eine zentrale Bedeutung für jede/n einzelne/n.

Das, gepaart mit dem schlechten Gewissen, sich gleichzeitig aus der Politik rauszumogeln, bietet dabei offensichtlich so manchem das Legitimationsgerüst, sich Zweifeln und Fragen, die die Krise produziert, nicht zu stellen („Ich muß mich jetzt erst einmal um meine persönlichen (Beziehungs-)Probleme kümmern“), um statt dessen den vergeblichen Versuch zu starten, wenigstens im „privaten“ Bereich das zu verwirklichen, was in der „großen Politik“ nicht zu erreichen ist („man lebt nur einmal“). Mit der Devise „Jeder ist seines eigenen Sozialismus Schmied“ gesellen sich dann die Utopisten zu denen, die ernsthaft eine Emanzipation im Rahmen des Machbaren propagieren.

Auf diesem Nährboden wachsen und gedeihen dann die wildesten Ideologien, so wie die von Molly Bolt

verkörperte Ideologie von der Lesbin, die eigentlich Präsidentin der USA werden wollte, es aber immerhin auf Grund ihres „auf mitreißende Art und Weise dargestellten Selbstbewußtseins zur erfolgreichen Filmemacherin bringen wird.

Daß das Buch „Rubinroter Dschungel“, worauf ich anspiele, vielen Frauen Mut macht, belegen die Auflagenzahlen und die Aussagen vieler Frauen zu diesem Buch. Mut (wieder) zu finden ist auch ungemein wichtig, doch sollte das nicht dazu führen, daß jede Art von Mut klammheimlich oder offen bewundert wird, nur des Mutes wegen. Die „Unfähigkeit, die Realisierung unserer Wünsche anzupacken“, die Cha. mit „Motivationskrise“ umschreibt, liegt nicht n u r an uns, sondern auch an objektiven Grenzen, die wir nicht in der Lage sind einzureißen. Deshalb u m schreibt die „Motivationskrise“ auch nur die Unfähigkeit, wird sie aber nie b e schreiben können.

Eine dieser objektiven Grenzen ist die, daß wir es niemals schaffen werden, als Kommunisten das bürgerliche Individuum zu besiegen: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein!“. Die Fähigkeit, die Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, denen wir unterliegen sind, bedeutet noch lange nicht, sich dieser Gesetzmäßigkeiten entziehen zu können. Das werden wir auch nicht „intern“, „unter uns“ schaffen, solange wir in dieser kapitalistischen Gesellschaft leben und solange es uns nicht möglich ist, unsere bisherige Sozialisation einfach vom Tisch zu wischen.

In einer profitorientierten Waren-gesellschaft wird es uns nicht gelingen, den Waren-Charakter unserer zwischenmenschlichen Beziehungen vollständig aufzulösen, es wird uns nicht gelingen, eine nicht entfremdete Arbeit zu finden, von der wir unsere materielle Existenz sichern können, es wird uns nicht gelingen, ... unsere Träume restlos zu verwirklichen.

Dennoch, Lenin hat recht: „Träumen ist notwendig“: „Wenn der Mensch die Kraft zum g u t e n Träumen (Herv. von mir) eingeübt hätte, wenn er nicht immer wieder vorausseilen und mit seiner Einbildungskraft das ganze seines Tuns überschauen würde, das sich mühselig unter seinen Händen herauszubilden beginnt – wie könnte er überhaupt das Umfassende seiner Anstrengungen durchhalten? Träumen wir also! Aber unter der Bedingung, ernsthaft an unseren Traum zu glauben, das wirkliche Leben auf das genaueste zu beobachten, unsere Beobachtungen mit unserem Traum zu verbinden, unsere Phantasie gewissenhaft zu verwirklichen! Träumen ist notwendig!“

Kl., Ha. und die Genoss(innen) von der „Zentrums“-Leitung haben nichts anderes getan, als das wirkliche (Krisen-)Leben auf das genaueste zu beobachten und ihre Beobachtungen in die Debatte zu werfen. Das hat nichts mit Sünd(n)bock zu tun.

Cl., KHB Göttingen



Ich halte den Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ für sehr widersprüchlich, d.h. mir leuchtet die Verteidigung, das dauernde Berufen der Zentrumsleitung auf Ha. und Kl. nicht ein. Der Aussage, in dem Gegensatzpaar Entsolidarisierung – Utopismus sei der Utopismus ein Nebenaspekt und von daher müsse der Hauptstoß gegen die Entsolidarisierung gerichtet werden, würde ich durchaus zustimmen. Unbegreiflich ist mir aber, wie man von dieser Position aus behaupten kann, Ha. und Kl. hätten eine „neue Etappe unserer Krisendebatte“ eingeleitet, in der sich „Elemente für die Umkehr aus der Krise“ finden ließen. Unbegreiflich, weil die Zentrumsleitung selbst feststellt, daß Ha. und Kl. gegen diejenigen zufelde ziehen, die sich gegen die Entsolidarisierung wenden („So konkretisieren Ha./Kl. ihren Utopismus-Vorwurf exemplarisch an Artikeln, deren Verfasser (inn)en sich gegen Erscheinungsformen der Entsolidarisierung auflehnen“). Angesichts der These der Zentrumsleitung, der Hauptstoß müsse gegen die Entsolidarisierung geführt werden, müßte die Zentrumsleitung Ha. und Kl. vorwerfen, die Debatte in eine s c h ä d l i c h e und gefährliche Ecke zu drängen. Doch weit gefehlt, die Zentrumsleitung wähnt bei Ha./Kl. bloß einen „methodischen Fehler“.

Im wesentlichen kommt ihr t r o t z eurer Abgrenzung e n z u Positionen, die denen der beiden Göttinger Genossen doch sehr ähnlich sind. Ihr schreibt, es gebe „Utopismus“ in allen möglichen Bereichen noch und nöcher (ich habe übrigens gehört, die Krisenliteratur in der Technik bestehe aus bürgerlicher Science Fiction-Romanen, was zur

Verherrlichung der Technik und in der Tendenz zum Ökonomismus führe) und erwähnt dann die „private Revolution“ etc. Und dann schreibt ihr (Anleihe bei Ha./Kl.): „Einleuchtend ist (?), daß ein Anwachsen von sog. „Beziehungsdebatten“ im KB die utopische Hoffnung nährt, daß Probleme dieser Natur im bzw. mittels des KB in absehbarer Zeit zu lösen wären“. Schuld am Übel aller Welt, dem Utopismus, sind also die Beziehungsdebatten! Das finde ich nicht besonders „einleuchtend“. Eher zeigen diese Debatten doch wohl, daß – Anspruch hin, Anspruch her – der Chauvinismus eben nicht so einfach zu lösen ist, sondern bei bleibenden gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder aufs neue reproduziert wird (manchmal sogar auf „erweiterter Stufenleiter“).

Die härteste Blüte eines sektiererischen Herangehens scheint mir der Absatz: „Eigentümlich ist dieses Phänomen gerade deshalb, weil die ursprünglichen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus sowie die ursprünglichen Motivationen zur Aufnahme politischer Arbeit (und zum Eintritt in den KB) gerade umgekehrt waren. In den Hirnen vieler unserer Genoss(innen) muß im Laufe der Krise also eine Metamorphose der gesellschaftlichen Realität stattgefunden haben ... an deren Ende die „Verlockungen“ dieser selben gesellschaftlichen Realität ... übrig geblieben sind ... und jetzt geradezu als Erlösung vom mühseligen Kampf um kollektive Emanzipation gefeiert, oder doch zumindest hoch im Kurs gelobt werden“.

Sowas nennt man wohl „Entsolidarisierung“. Zu Beginn der Krisen-debatte hieß es in der Antwort auf den die Debatte einleitenden Leserbrief sehr viel verständnisvoller: „Daß Genossin X, die jahrelang im KB aktiv war und jetzt „wegflüpt“, auf einmal sehr viel mehr Zeit für ihre persönlichen Bedürfnisse und Probleme hat und daß sie sich geradezu befreit vorkommt, ist eigentlich keine besonders sensationelle Entdeckung. Daß Genosse Y, der im KB jahrelang seine Homosexualität vor den meisten Genossinnen und Genossen versteckt hielt, sich als ganz neuer Mensch fühlt, seit er nicht mehr im KB, sondern „nur“ noch in einer Schwulen-Gruppe arbeitet, ist auch kein Wunder. In der Mehrzahl der Fälle ist es ganz einfach so, daß diese Genossinnen und Genossen sich jahrelang in der politischen Arbeit abgerackert haben, daß sie jahrelang weitgehend auf ein „Privatleben“ verzichtet haben, daß sie mit ihrer Gesundheit Raubbau betrieben haben. ... Mit der Dauer der Jahre und dem Ausbleiben spektakulärer Erfolge, mit der Stagnation bzw. teilweise dem Rückgang linker Politik in der BRD, hat sich diese Motivation abgenutzt“ („Unser Weg/Extra“, S.5).

Ein durchweg positiver Aspekt der Krise ist es, daß dieser Raubbau an der Gesundheit und die in viel Revolutionsromantik gefeierte „Unterordnung des Persönlichen“ unter die hohe Politik in Frage gestellt wurden. Ich verstehe die Zwischenbilanz (AK volutionsromantik gefeierte „Unterordnung des Persönlichen“ unter die hohe Politik in Frage gestellt wurden. Ich verstehe die Zwischenbilanz (AK 144) als einen Versuch, aus diesen Fehlern zu lernen („Eine Politik, die weiterhin auf einen solchen „selbstlosen“ Totaleinsatz aufbauen will, ist zum Scheitern verurteilt. Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, sehr rasch und gründlich die Arbeitsbelastung aller Genoss(inn)en und den Arbeitseinsatz der gesamten Organisation zu überprüfen und entscheidende Veränderungen herbeizuführen“).

Daß gemäß dem legendären Pendelschlag-Phänomen in der erst beginnenden Diskussion um eine sinnvolle Synthese zwischen politischer Arbeit und persönlichen Bedürfnissen einige Diskussionsbeiträge „zu weit“ gehen, finde ich nicht halb so gefährlich, wie den Versuch, diese Debatte zu kastrieren.

Daß sich im KB Engagement und Betroffenheit nicht gerade massenhaft politisch-ideologischen Fragen zuwendet, ist keine Erfindung aus Göttingen und ist auch nicht erst seit kurzem so. In dem allerersten Krisen-UW kann man in dem Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen“ z.B. lesen: „Die Probleme, die uns am meisten „brennen“, sind die der persönlichen Beziehungen, nicht die des politischen Kampfes. Dies wird durch eine ideologisierte „Unterordnung persönlicher Bedürfnisse“ normalerweise dezent verdeckt, bricht aber in solchen Strohfeuern und Gruppenhysterien wie beispielsweise um die Bücher von Shulamit Firestone und Verena Stefan offen aus“ (S.32). Neu ist aber der Versuch, die persönlichen Bedürfnisse für die Krise verantwortlich zu machen. Der Artikel der Zentrumsleitung „vergift“ ganz einfach die o b j e k t i v e n Ursachen der Krise. Hier ist nicht mehr die Rede von Einflüssen der in der alternativen Bewegung vorherrschenden

den Ideologien auf den KB, vom Wechsel der Modeströmungen (vgl. Zwischenbilanz), hier wird versucht, die „Umkehr aus der Krise“ allein durch Korrekturen an den subjektiven Mängeln unserer Arbeit zu erzwingen. Und selbst dabei fällt der Artikel hinter den bereits erreichten Diskussionsstand zurück, im Vergleich zu besonders drei Artikeln: „Soweit ist es mit uns gekommen“ (UW/Extra), „Kaderorganisation und Basisbewegung“ (UW/Extra II) und „Zwischenbilanz“ (AK144).

Die Krise läßt sich nicht durch blanken Willen bewältigen, mit der Beseitigung der subjektiven Mängel können wir bestenfalls die Auswirkungen auf den KB abmildern. Wenn wir die objektiven (d.h. die von uns nicht beeinflussbaren) Ursachen der Krise ignorieren, wird das zwangsläufig dazu führen, sektiererische Ansprüche an die Genoss(innen) und sich selbst zu stellen und die Krise zu verschärfen.

Kurz zu den „Grauzonen“: Es gibt im KB diverse „Grauzonen“, „Grauzonen zur bürgerlichen Stalin-Kritik, zum Linksradikalismus in der Wahlfrage, zu opportunistischen Richtungen in der Internationalismus-Politik usw. usf. Jede „Grauzone“ hat ihre „Krisenliteratur“. Der Stalin-Kritiker „Lord“ hat seine Euros (Boffa, Ellenstein) und den Anarcho Victor Serge, die „Wenn-man-sowill“-Gruppe hat ihren Lukacs und Weber. Es ist ja auch nicht gerade verwunderlich, daß Strömungen, die in der Linken an Gewicht gewinnen, sich auch im KB wiederfinden. Verwunderlich aber ist es, wenn einige Genossen sich eine der „Grauzonen“ herausnehmen und für b e s o n d e r s gefährlich erklären bzw. mit dieser „Grauzone“ sogar die Existenz anderer Grauzonen zu erklären versuchen. Da liegt doch der Verdacht nahe, daß es da um mehr als bloß die „Grauzone“ geht. Den Göttingern geht es bei ihrer „Literaturkritik“ und ihrem Feldzug gegen die feministische „Grauzone“ um ein massives Roll Back. Davon grenzt sich die Zentrumsleitung ab. Warum bleibt sie bei der Kritik an der „Krisenliteratur“ und der „Grauzone zum Feminismus“ trotzdem so nah am Göttinger Faden?!

L., BO Altona und RGW-Kommission



Um der Bitte der Leitung des Hamburger „Zentrums“ Folge zu leisten, werde ich versuchen, den „roten Faden“ ihrer Argumentation im Blick zu behalten.

Die Genossen sind fleißig beim Sammeln von Zitaten, die ihrer Meinung nach den Utopismus im KB kennzeichnen sollen. Zentrale Aussagen dieser Zitate sind, daß man hier und heute anfangen muß, das zu ändern, was sich ändern läßt. Allen drei Erklärungen ist gemeinsam, daß es Austrittserklärungen sind.

Beleg genug für die Leitung des Hamburger „Zentrums“, daß „jetzt sam, daß es Austrittserklärungen sind.

Beleg genug für die Leitung des Hamburger „Zentrums“, daß „jetzt und heute“ und „hier und heute“ im Rahmen des KB“ dieserart Forderungen nicht eingelöst werden können, „ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden“. Utopismus, wenn ein Genosse schreibt: „Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt. Wohin dies führt, haben wir doch in allen Revi-Staaten vor Augen?“. Kein bißchen hinterfragen, warum der Genosse nicht mehr bei uns ist, obwohl laut den eigenen Aussagen der Leitung des „Zentrums“ der richtige Denkansatz d e r ist, daß „eine kommunistische Organisation nicht bloßes Zweckbündnis zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, sondern a u c h Keimform der neuen Gesellschaft, also Hort für die Heranreifung des neuen, emanzipierten Menschen sein sollte“? Ja, wollte man das hinterfragen, müßte man ja auch sich, seine eigene Denkweise und Praxis neu überprüfen!

Die Leitung des „Zentrums“ kennzeichnet zwar, was s i e für Utopismus hält, erzählt leider aber nicht, was sie für m a c h b a r hält. Ich will ihr auf die Sprünge helfen und versuchen, an einer Geschichte zu konkretisieren, was meiner Ansicht nach machbar ist.

Diesmal geht es um die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsklima im KBI Vor eineinhalb Jahren fing ich in der Technik des KB an zu arbeiten. Ich hatte nicht freiwillig meinen politischen Arbeitsbereich aufgegeben – mir war inzwischen Berufsverbot von der Industrie auferlegt worden. Dennoch – ich freute mich, mal eine Arbeit machen zu können, mit der ich mich identifizieren konnte, freute mich auf ein Klima, wo es mal nicht galt, ewig den Kampf gegen Konkurrenz und Spaltung führen zu müssen

und – schlackerte mit den Ohren!

Was ich vorfand, waren mir gut bekannte Hierarchien, die ich doch gerade noch beim Kapitalisten zu spüren bekommen hatte, Konkurrenz untereinander – sollte denn der Kampf selbst im KB nicht aufhören?

Utopismus, dagegen etwas machen zu wollen? Nein, Utopismus, sich hier nicht wehren zu wollen, sich mit dem, was die Bedingungen vorschreiben abzufinden! Man möge es sich vorstellen: es gab die „Privilegierten“, die den großen Überblick und die interessantere Arbeit hatten und die „Unterprivilegierten“, die nur in einen kleinen Teil der Dinge eingewiesen wurden, die auch nicht über den Rand der Schreibmaschine rausgucken sollten und durften und natürlich, bis auf eine einzige männliche Ausnahme, auch nicht von ungefähr gerade die Frauen waren, die in der Technik arbeiteten! Begründung: Effektivität! Sonst war alles in Butter, man ging solidarisch miteinander um?

Nun, ein paar Beispiele mögen genügen. Es kam tatsächlich vor, daß hin und wieder jemand von den „Verantwortlichen“ rein zufällig vorbeikam, um „rein zufällig“ festzustellen, daß wir gerade klönten. Mann, der Drucktermin war doch vorgegeben (man hatte uns nicht gefragt, ob wir das überhaupt schaffen könnten), wir hatten uns dem anzupassen!

Meinem Befremden über diese Aufpassermethoden und Antreiberi wurde entgegnet, wir wären hier doch nicht beim Kapitalisten, hier ist doch nichts Antagonistisches, wir arbeiten doch gemeinsam für eine Sache, wir haben doch das gemeinsame Ziel im Auge. Es wurde mir weiterhin vermittelt, es sei eine ideologische Schwäche, wenn man sich dem widersetzt, das hieß aber: jederzeit abrufbereit sein, jederzeit schreiben, was das Zeug hält!

Rückenschmerzen? Ich bitte Euch, die vergißt man doch schnell, wenn es um die Sache geht. Eventuell kommende Arbeitsunfähigkeit? Auch das vergißt man doch schnell, wenn ...

Ich übertreibe jetzt ein wenig, um das zu kennzeichnen, was Sache war. Hinter allem stand: wir haben zu funktionieren, die eigenen Bedürfnisse spielen keine Rolle, das Betriebsklima spielt keine Rolle, ob es an Leib und Seele zerrt, ist auch egal, es genügt, wenn wir uns einig sind, daß wir den Sozialismus wollen!

Ich versuchte, mir bei Lenin Rat zu holen, doch der konnte mir auch nicht sagen, ob ich den Kampf gegen diese Bedingungen, die insgesamt doch nur ein Nebenwiderspruch waren, in diesem konkreten Fall aufnehmen sollte oder nicht. Ich entschied mich für Kampf, doch schüchterte es mich allmählich ein, als ideologisch schwach gegeistelt zu werden.

Ich begriff, daß es, wie in einem anderen Betrieb auch, notwendig ist, mir Bündnispartner zu schaffen, und zwar naturgemäß dort, wo die Unterdrückung am größten ist. Der kollektive Kampf begann – und da traf mich das nächste Pferd!

Ich hatte geglaubt, daß in den eigenen Reihen sich die Gleichberechtigung der Frauen schon mehr durchgesetzt hatte, stand doch auf unseren Fahnen geschrieben: „Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!“

Der G e s c h l e c h t e r k a m p f begann! Der Nebenwiderspruch, die Frauenfrage, wurde in diesem k o n k r e t e n Fall kurze Zeit der Hauptwiderspruch. Anleihe beim Feminismus?

Es war nicht etwa so, daß die Genossen sich weigerten, zu kochen oder die Mülleimer leertzumachen, nein, die Formen der Unterdrückung waren viel subtiler!

Da wir durch Konsequenzen, nervigen Klinsch endlich erreicht hatten, daß wir auch mal in die Geheimnisse des Lay Outs eingewiesen wurden, auch mal die Kamera bestaunen durften, fühlten sich die Genossen bedroht. Sie begannen, um ihre Privilegien zu kämpfen.

Machten wir einen Fehler, wurde dies besonders kritisiert, wollten wir mehr wissen, wurde uns erst mal klargemacht, daß dies doch eine sehr dumme Frage sei, dann erst kam die Beantwortung dieser Frage. Saßen wir zusammen, um etwas zu besprechen, wurde festgestellt, daß wir mal wieder unproduktiv unsere Zeit „verklönten“.

Als unsere Forderungen, kollektiv die gesamte Arbeit rundum mehr zu verteilen, massiver wurden, wurde uns sogar erklärt, daß wir unserer besonderen Begabung nach eingestellt worden wären – und dies war nun mal für die Frauen die Schreibarbeit! Was blieb uns da erst einmal anderes übrig, als uns zu wehren! Wenn ein ewig Geschlagener endlich anfängt, sich zu wehren, dann möge man ihm verzeihen, wenn er gegenüber seinen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 43

Unterdrückern nicht immer gleich die richtige Form hat! Wir haben z.T. auch a la „Knittel“ zurückgeschlagen.

Dann begannen wir zu begreifen, daß die Forderung, die Genossen mögen s o f o r t begreifen, daß sie uns unterdrücken, „überhöhte Forderungen“ waren. Wir mußten es ihnen klarmachen. So begann der zähe ideologische Kampf um die Frage der Unterdrückung der Frauen auch im eigenen Bereich. Die Genossen begannen langsam zu begreifen. War das Klima vorher zweifellos „ein sibirisches Klima“, so begann man Interesse zu entwickeln, was der andere eigentlich sonst so macht. Die Solidarität wuchs, und nur deshalb, weil frau sich nicht abgefunden hatte mit den gegebenen Verhältnissen, sich nicht mit dem „Machbaren“ abgefunden hatte, sondern an den alten, eingerosteten Bedingungen und deren ideologischem Gedankengut geknabert hatte!

Es hat sich heute alles bei uns verändert. Wir, d.h. die Frauen, sind heute stärker geworden! Wir teilen uns die Arbeit heute tatsächlich rundum auf. Wir werden allerdings auch unterstützt von unseren Genossen, die uns heute solidarisch helfen, Dinge zu erlernen!

Ist deshalb der Kampf vorbei, oder haben wir uns etwa auf eine sozialistische Insel inmitten des Kapitalismus geflüchtet oder uns mit den j e t z t vorhandenen Bedingungen eingerichtet? Oh, nein! Wir leben noch!

Weder glauben wir, daß wir uns in dieser Gesellschaft einrichten noch glauben wir, daß nicht immer wieder versucht werden wird, uns ein Stück unserer erworbenen neuen Rechte streitig zu machen. Jede neue Forderung wird sicherlich auch einen neuen harten Kampf bedeuten. Es wird auf uns und unsere neu erworbene Stärke abkommen, ob bei uns in dieser Frage ein Roll back durchgesetzt werden kann!

Gi., Technik

Leserbrief-Rekord

Zu keinem anderen Thema sind jemals so viele Leserbriefe und Stellungnahmen gekommen wie zu den Artikeln der „Zentrums“-Leitung im AK 160. Insgesamt waren es bis zum Sonntag, 2.9., schon 39 „Leserbriefe“. Hinzu kommen mehrere Stellungnahmen aus der Hamburger Ortsgruppe, die sich mit der Eskalation der Auseinandersetzung beschäftigen.

Von den 39 „Leserbriefen“ nehmen 26 eindeutig gegen die Artikel der ZL Stellung. Zwei dieser 26 Stellungnahmen sind von „Spontis“, eine von der „Kritik-Fraktion“. 13 „Leserbriefe“ sprechen sich für die Artikel der ZL aus, davon fünf aus Göttingen. Die übrigen pro „Leserbriefe“ kommen aus den Bereichen Schwule/Lesben (3), Chemie (2), Eimsbüttel (das sind „Zentrums“-Bereiche) sowie aus Elmshorn und von Al. aus Hannover.

Die kontra-„Leserbriefe“ schlüsseln sich wie folgt auf: Kulturzeile (3); Harburg (3); Braunschweig (2); Göttingen (2). Außerdem ist eine Stellungnahme von Kai Ehlers (ehemaliger Presseverantwortlicher des KB); He. (LG); HC. (Bochum); drei Sympathisant(innen); drei Genoss(innen) aus Flensburg; B. (SSB Hamburg); Co. (Hamburg); J. (BO Altona) und RGW-Kommision; D. (Eimsbüttel); G. (Technik); RA. (USA-Kommision); F. (Kassel); Bj. und Ma. (Hamburg).



Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputtmachen!



Stellen wir uns einmal vor: Die AG Frauen läßt sich sämtliche Berichte über die Betriebsarbeit des KB in den letzten zwei Jahren kommen und kurz darauf erscheint dann im AK von der AG Frauen ein fünfseitiger Artikel über „opportunistische Abweichungen“ in der Betriebsarbeit des KB. Die Manuskripte werden so spät in die Redaktion gegeben, daß die Betriebsarbeit anleitenden Genoss(innen) keine Zeit und Möglichkeit mehr bleibt, eine Stellungnahme aus ihrer Sicht im gleichen AK zu schreiben. Um dem Ganzen jedoch einen seriösen Anstrich zu geben würde unter dem Artikelkomplex der AG Frauen ein Schlußsatz stehen, aus dem hervorgeht, daß Genossen, die „z.T. jahrelange Erfahrung in der Betriebsarbeit“ haben, die AG Frauen bei ihrer Analyse „beraten“ hätten ...

Die betroffenen Genoss(innen), die tatsächlich die Betriebspolitik verantwortlich tragen, würden im Dreieck springen!

Wir haben in keiner Weise die Absicht, einen solchen Artikel zu schreiben, wir behaupten auch nicht, daß es eine derartige Fehlströmung in der Betriebsarbeit gäbe. Die Art und Weise jedoch, wie die in AK 160 abgedruckte „Auseinandersetzung“ zur Frauenpolitik geführt wird, ist durchaus vergleichbar.

Zum Schluß des „Grazuonen“-Artikels in AK 160 (S. 40) stellt sich das „Verfasser-Team“ sehr vertrauenswürdig vor: „Dieser Artikel wurde kollektiv von sechs Frauen und Männern formuliert. Mehrere Genossinnen, die z.T. jahrelange Erfahrung in der Frauenarbeit haben, haben uns dabei beraten.“ „Sechs Frauen und Männer“ – das sind konkret e i n e Frau und fünf Männer. Keiner von ihnen, auch die Genossin nicht, hat etwas mit Frauenpolitik zu tun. Der Hinweis auf die Beratung durch (bisher anonyme) Genossinnen, die „zum Teil“ (?)

selbst als Feministinnen, ihre Position ist in keiner Weise eine überraschende Neuigkeit. Ein weiteres Kennzeichen der Beweisführung für die „Grazuonen des Feminismus“ im KB ist auch, daß sich die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung gerade die problematischen Bereiche herausgepickt haben, darunter faktisch aufgelöste Ortsgruppen wie Westberlin und Lübeck. Diese Meinungen sind im AK in mehreren Artikeln schon dargestellt worden (z.B. die Westberliner Position in AK 151 in der „Zwischenbilanz“, die Münsteraner Position in der Berichterstattung über die 1. Frauenversammlung im KB in AK 155!).

Die Genoss(innen) behaupten, daß sich nur ein Drittel der von ihnen durchgesehenen Papiere mit Themen der Frauenmassenarbeit befasse. Anscheinend ist den Genoss(innen) nicht klar, daß zu Themen unserer Massenarbeit in der Regel weniger innerorganisatorische Berichte als vielmehr gleich AK-Artikel geschrieben werden, in denen über die Ergebnisse der Arbeit berichtet wird. Es ist außerdem eine maßlose Übertreibung für die Region, bzw. eine Unterbreitung im nationalen Maßstab, wenn da behauptet wird, ohne Schleswig-Holstein ergäbe sich für unsere Massenarbeit ein trauriges Bild. Tatsache ist, daß insbesondere unsere Frauenarbeit in Nordrhein-Westfalen (Kongreß „Frauen im Revier“, Arbeit zu § 218, Mitarbeit im regionalen Treffen der Frauenzentren ...) sich nicht zu verstecken braucht. Die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung wissen nur wenig davon, weil sie sich wenig darum kümmern und auch gar nicht erst danach fragen ... Hier wird einzig und allein auf die Unwissenheit anderer gebaut.

AG Frauen – selbst schon versumpft? Die Genossen werfen uns weiter vor, daß „die „Grazuonen...“ konkret nicht aus der AK-Berichterstattung nachweisbar sind“, und „gleichzeitig konkret und diskutierbar gehalten werden“. Schauen wir uns demgegenüber doch einfach einmal die Fakten an: Wohl selten ist über eine innerorganisatorische Debatte so ausführlich und konkret berichtet worden wie über die Diskussionen über unsere Frauenpolitik, und zwar sowohl über Fragen der Massenarbeit, als auch über strukturelle Probleme (z.B. Einrichtung von Frauenzellen). Wir verweisen dazu besonders auf die Artikel in AK 137: „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?“, das Referat der AG Frauen auf dem Vorkongreß (UNSER WEG 25), die „Zwischenbilanz“ in AK 151, den Bericht über die 1. Frauenversammlung im KB

KB-Frauendiskussion – feministisch durchdrungen?

Schon länger war ja bekannt, daß die „Zentrums“-Leitung den beiden Göttingern Ha. und Kl. das „große Verdienst“ bescheinigte, endlich einmal das heiße Eisen Feminismus im KB bei den Hörnern, besser gesagt, beim Hackebeilchen gepackt zu haben. Da die Genossen Ha. und Kl. in ihren Artikeln keine konkreten Beweise für ihre Thesen erbrachten,

wollte die ZL diese Beweise nachträglich liefern. Schon in ihrem Vorspann kündigen die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung an, sie wollten „den zweiten Kritikteil (Feminismus)“ in den Artikeln von Ha. und Kl. „bestätigen und vertiefen“. Da es jedoch so gut wie keine AK-Artikel als Belege hierfür gibt, können sie ja nur in internen Papieren (Berichte, Protokolle) zu finden sein. Und so läßt man sich denn von der AG Frauen sämtliche Papiere der letzten zwei Jahre kommen, fordert bei einer als Feministin verschrieenen Genossin persönlich diverse Unterlagen an und sucht sich dann aus 86 Papieren die entsprechenden Stellen heraus, die die eigene vorgefaßte Meinung bestätigen. Wahrlich, eine äußerst wissenschaftliche und zudem zutiefst marxistische Methode!

In der gleichen Art und Weise könnten wir heute mühevoll den „Beweis“ führen, daß unsere Frauenpolitik durch und durch linkssektiererisch oder auch lupenrein leninistisch ist ... Wir brauchen uns nämlich auch nur die entsprechenden Aussagen in den internen Papieren herauszusuchen ... Es wäre doch gelacht, wenn sich in drei Ordnern nichts Passendes finden ließe!

Daß die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung tatsächlich sehr wenig Ahnung von der innerorganisatorischen Diskussion um unsere Frauenpolitik haben, zeigt sich u.a. in der Tatsache, daß sie Aussagen aus Papieren zitieren, deren Verfasserinnen heute gar nicht mehr Mitglieder des KB sind (z.B. die Genossin T. des Studenten-SSB, deren Diskussionsbeitrag aus der „Solidarität“ zitiert wird; z.B. auch die Verfasserinnen des Papiers aus Westberlin). Die von ihnen zitierte Genossin aus Münster bezeichnet sich schon seit Jahren selbst als Feministin, ihre Position ist in keiner Weise eine überraschende Neuigkeit.

schon bezeichnet sich schon seit Jahren selbst als Feministin, ihre Position ist in keiner Weise eine überraschende Neuigkeit. Ein weiteres Kennzeichen der Beweisführung für die „Grazuonen des Feminismus“ im KB ist auch, daß sich die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung gerade die problematischen Bereiche herausgepickt haben, darunter faktisch aufgelöste Ortsgruppen wie Westberlin und Lübeck. Diese Meinungen sind im AK in mehreren Artikeln schon dargestellt worden (z.B. die Westberliner Position in AK 151 in der „Zwischenbilanz“, die Münsteraner Position in der Berichterstattung über die 1. Frauenversammlung im KB in AK 155!).

Die Genoss(innen) behaupten, daß sich nur ein Drittel der von ihnen durchgesehenen Papiere mit Themen der Frauenmassenarbeit befasse. Anscheinend ist den Genoss(innen) nicht klar, daß zu Themen unserer Massenarbeit in der Regel weniger innerorganisatorische Berichte als vielmehr gleich AK-Artikel geschrieben werden, in denen über die Ergebnisse der Arbeit berichtet wird. Es ist außerdem eine maßlose Übertreibung für die Region, bzw. eine Unterbreitung im nationalen Maßstab, wenn da behauptet wird, ohne Schleswig-Holstein ergäbe sich für unsere Massenarbeit ein trauriges Bild. Tatsache ist, daß insbesondere unsere Frauenarbeit in Nordrhein-Westfalen (Kongreß „Frauen im Revier“, Arbeit zu § 218, Mitarbeit im regionalen Treffen der Frauenzentren ...) sich nicht zu verstecken braucht. Die Genoss(innen) der „Zentrums“-Leitung wissen nur wenig davon, weil sie sich wenig darum kümmern und auch gar nicht erst danach fragen ... Hier wird einzig und allein auf die Unwissenheit anderer gebaut.

AG Frauen – selbst schon versumpft?

Die Genossen werfen uns weiter vor, daß „die „Grazuonen...“ konkret nicht aus der AK-Berichterstattung nachweisbar sind“, und „gleichzeitig konkret und diskutierbar gehalten werden“. Schauen wir uns demgegenüber doch einfach einmal die Fakten an: Wohl selten ist über eine innerorganisatorische Debatte so ausführlich und konkret berichtet worden wie über die Diskussionen über unsere Frauenpolitik, und zwar sowohl über Fragen der Massenarbeit, als auch über strukturelle Probleme (z.B. Einrichtung von Frauenzellen). Wir verweisen dazu besonders auf die Artikel in AK 137: „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?“, das Referat der AG Frauen auf dem Vorkongreß (UNSER WEG 25), die „Zwischenbilanz“ in AK 151, den Bericht über die 1. Frauenversammlung im KB

(AK 155), den Diskussionsbeitrag einer Hamburger Genossin „Wie rauskommen aus der Sackgasse?“ in AK 155 und den Artikel zur Arbeit mit Frauen-Stammtischen in AK 156. Es würde uns interessieren, in welcher politischen Frage unserer gesamten Politik es vergleichbar intensive und solidarische Diskussionen gegeben hat.

Jedoch, die Genossen der „Zentrums“-Leitung schreiben: „Insgesamt läßt sich sagen, daß wir es nicht nur auf der Ebene des AK, sondern – mit gewissen Einschränkungen – auch auf der Ebene der innerorganisatorischen Debatte mit einer Art Waffenstillstand von marxistischen und feministischen Vorstellungen zur Frauenpolitik des KB zu tun haben“ (S. 39, AK 160). Daß gerade das Gegenteil der Fall ist, daß hierüber tatsächlich intensive Auseinandersetzungen stattfinden, zeigt doch allein schon die Tatsache, daß es zahlreiche Protokolle und Berichte über die innerorganisatorische Diskussion hierüber gibt, die der ZL auch bekannt sind (z.T. zitieren sie sogar daraus!). Was uns heute tatsächlich noch fehlt, sind Beiträge (z.B. in Artikelform) von Genossinnen, die die ZL auf der ersten Frauenversammlung angesprochenen Themen (von denen eine Reihe unter uns strittig war) weiter entwickeln, ihre Meinung darlegen, und die damit einen Beitrag dazu leisten, unsere Frauenpolitik eingehender zu diskutieren. Die „Zentrums“-Leitung verlangt nun von uns, daß wir uns hier dirigistisch einmischen, und zwar in eine Diskussion, die selbst noch viel zu unterentwickelt ist, als daß es überhaupt möglich wäre, zu „dirigieren“. U.E. widerspricht ein solches Vorgehen auch allen Prinzipien, die wir im Verlauf der Krisen-debatte angewandt haben. Oder sind die Genoss(innen) etwa inzwischen nicht mehr der Meinung, daß es richtig war, zunächst einmal s ä m t l i c h e Beiträge, die dazu bei der Redaktion eingingen, zu dokumentieren? Hier würde genauso wenig von vornherein „dirigistisch“ eingegriffen. Wir werden es jedenfalls nicht zulassen, daß uns hier von Genossen, die sogar von sich selbst sagen, daß sie sich „nicht für Spezialist(innen) in Sachen Frauenpolitik halten“ (S. 39), Vorschriften gemacht werden, deren Folge unserer Meinung nach der Zusammenbruch unserer gesamten Aufbauarbeit seit vier Jahren sein könnte.

Schwierigkeiten beim Zählen?

Mit nostalgischem Blick auf frühere „goldene Jahre“ macht uns die ZL den Vorwurf, wir würden uns im AK heute kaum noch „mit Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“ befassen. In ihrer „Recherche“ über die AK-Frauen-Berichterstattung des letzten Jahres zählten sie ganze vier Artikel (Walpurgisnacht, Hamburger Frauenzentrum, zwei Artikel zum Sekretärinnenkongress). Im Vorspann behaupten sie sogar, es sei nur e i n gewesen! Wir haben uns daraufhin auch noch einmal von AK 136 bis AK 159 unsere Frauenseiten angesehen und sind zu folgendem Ergebnis gelangt: in 21 weiteren Artikeln (über die vier von der „Zentrums“-Leitung entdeckten hinaus) befassen wir und andere Genossinnen uns durchaus mit diesen „Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“: AK 136, (S. 21) und AK 137 (S. 23); Diskussion um die „Emma“-Klage gegen den „Stern“; AK 136 (S. 22): Leserbrief zu einem Interview mit einer lesbischen Frau; AK 140 (S. 31) und AK 142 (S. 58): Diskussion über Besprechungen von Frauenfilmen; AK 141 (S. 13), AK 142 (S. 15), AK 143 (S. 36) und AK 145 (S. 12): Auseinandersetzung mit der „Emma“ und anderen feministischen Strömungen über das Thema „Frauen zum Bund“; AK 144 (S. 38-39): Besprechung von Frauenkalendern; AK 145 (S. 33): Treffen über Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern; AK 148 (S. 31): zur Hausfrauengewerkschaft; AK 155 und AK 157 (S. 21): zur Ladenschlußgesetzgebung, Debatte in der „Emma“; AK 155 (S. 19): zur Frauenpartei; AK 159 (S. 28): Kritische Besprechung zu „Die Scham ist vorbei“. Wir denken, daß diese Aufstellung eindeutig genug ist und für sich spricht. Hinzu kommen noch mehrere Artikel zur innerorganisatorischen Auseinandersetzung.

Vergleicht man nun diese Aufstellung mit der Anzahl von Artikeln, die wir im Vorjahr 1977/78 zur

„Auseinandersetzung und Abgrenzung von feministischen und Modeströmungen“ geschrieben haben, so lagen wir damals mit rund 30 Artikeln (zwischen AK 110, 8.8.77 und AK 134, 24.7.78) rein zahlenmäßig leicht über dem Ergebnis vom 1978/79. Soooo bedeutend ist der Unterschied damit aber nun auch wieder nicht. Schließlich muß hier mit in Rechnung gestellt werden, daß damals doch genau die Zeit des „Deutschen Herbst“, der Anti-Repressionskampagnen (auch in der Frauenbewegung) und der beiden großen Frauenkongresse (Frankfurt und Köln) war.

Drehen wir doch den Spieß einfach einmal herum: schauen wir uns doch mal das letzte Jahr AK-Berichterstattung des Chemie-Komitees (wird von der ZL angeleitet) daraufhin an, was da – verglichen mit früheren Jahren – zur Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung steht ... Wir waren bisher nicht sehr fündig. Läßt diese Tatsache aber den Schluß zu, daß hier ein völlig rechtsopportunistischer Kurs in der Gewerkschaftspolitik unserer Chemie-Genossen vorliegen müsse?!

Es ist doch überdies einfach ein Witz, einerseits die objektiven Bedingungen der Krise anzuerkennen (und das tun ja bisher jedenfalls auch noch die Genossen der „Zentrums“-Leitung), andererseits aber völlig losgelöst vom Auf und Ab der Frauen- und linken Bewegung unsere Frauenpolitik angreifen zu wollen.

Wer verfälscht hier eigentlich?

Die Genoss(innen) der ZL schreiben in ihrem Vorwort ausdrücklich: „Wir bitten insbesondere unsere Leser(innen), den roten Faden unserer Argumentation im Blick zu behalten und mit der in letzter Zeit aufgetretenen Unart zu brechen, einzelne untergeordnete Gedanken-gänge oder gar einzelne Satzketzen aus ihrem Zusammenhang zu reißen, um uns womöglich am Ende ganz andere politische Anliegen zu unterstellen ...“ Nur für sie selbst scheint diese Aufforderung nicht zu gelten! Sie treiben nämlich alberne Mätzchen mit einem Zitat aus unserem Artikel in AK 159 („Keiner hat uns richtig lieb“). Wir schrieben dort: „Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen ist durchaus richtig – solange sie nicht dazu führt, die Nebenwidersprüche bis zur Unkenntlichkeit „unterzuordnen“ oder unverbindlich auf den Hauptwiderspruch („Bourgeoisie-Proletariat“), zurückzuführen“. Das Interessante an den Nebenwidersprüchen ist gerade, daß sie im Einzelfall durchaus v o r dem Hauptwiderspruch lösbar sein können. Konkret: Wir sind durchaus nicht ohnmächtig den gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. deren Auswirkungen im KB ausgeliefert, sondern können Verhaltensweisen ändern, ohne erst die Änderung der allgemeinen Verhältnisse abwarten zu müssen. Das setzt allerdings Diskussion und Streit, notfalls auch mal Wut gegen „unseresgleichen“ voraus“. Die zweite Hälfte der Passage erläutert unmissverständlich, wie die erste Hälfte gemeint ist. Das ist gar nicht zu übersehen. Also hat die ZL einfach die zweite Hälfte (ab: „Konkret: ...“) weggelassen und nur die erste Hälfte zitiert. Und siehe da, schon kann man(n) schlaumeierisch darüber phantasieren, daß der AG Frauen da aber ein ganz, ganz böser Fehler unterlaufen sei: Da legen sie doch glatt den Gedanken nahe, daß die Frauenfrage v o r der Eigentumsfrage zu lösen sei, die Dummerchen! Nun weiß man zwar, daß die AG Frauen so etwas Törichtes noch nie vertreten hat, aber was macht das schon! Stoff für eine Polemik, um die AG Frauen in die Nähe des Feminismus zu rücken, bietet das halbierte Zitat allemal. Nebenbei: Es verwischt sich im Artikel der ZL, daß das Anpacken und teilweise „Lösen“ der Frauenfrage sich in der kommunistischen Organisation doch etwas anders darstellt als in der Gesamtgesellschaft. Das heißt, die kommunistische Organisation wird notwendigerweise an das „Lösen“ solcher Fragen viel näher herankommen müssen als die kapitalistische Umwelt. (Bitte prüft, ob sich diese Passage nicht auch durch den Fleischwolf drehen läßt, liebe Genossen!).

Einen Artikel zu den Buchbesprechungen der „Zentrums“-Leitung machen wir für den nächsten AK.

AG Frauen KB Hamburg

Anmerkung: Diese Stellungnahme wird von einer Genossin der AG Frauen nicht unterstützt.

Entsolidarisierung und Verantwortung in der Chefetage

Erschüttert und deprimiert erhalten wir die ersten Berichte über die Auseinandersetzung in der Leitung. Nachfolgend wollen wir zuerst unsere Meinung zur Artikelserie der Leitung des Zentrums darlegen und anschließend auf die zugespitzte Schlacht eingehen.

„Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“

1. Die Positionen von Ha. und Kl. werden u.E. verfälscht. Die Zentrumsleitung sieht den zentralen Gedankengang bei den beiden Genossen in ihrem Kampf gegen „Utopismus“ oder „überhöhte Erwartungshaltungen“ bei den Mitgliedern des KB – nicht etwa in frauenfeindlicher Motivation. Ha./Kl. gehen in diesem Zusammenhang auf die „Grauzonen des Feminismus“ ein. Die Zentrumsleitung kommentiert dies: „Das ist – um einen Vergleich zu ermöglichen – etwa dasselbe, als würden wir Kritik an der Herausbildung dogmatischer und sektiererischer Strömungen mit Artikeln zu 'belegen' versuchen, die den Kampf gegen den Opportunismus zum Inhalt haben“ (Exakter wäre der Vergleich, wenn statt „Opportunismus“ stünde „Linkssektierertum“!). Diese richtige Charakterisierung erkennt in den Briefen von Ha./Kl. eine klare Stoßrichtung: nämlich gegen die Frauenpolitik unserer Genossinnen, die dadurch insgesamt diffamiert werden. Die Zentrumsleitung schreibt selbst von der „Hilflosigkeit“ der Genossinnen gegenüber männlichem Chauvinismus in der Organisation. Diese Haltung ist u.E. (zwar nicht der einzige, dennoch) zentraler Beweggrund für die Tendenzen zum Feminismus und entspringt doch einer resignativen Haltung, die ob soviel männlicher Unterdrückung eine autonome Organisation innerhalb oder sogar außerhalb des KB attraktiv erscheinen läßt.

Mit ihrem Leserbrief gegen die „Grauzonen des Feminismus“ bestärken Ha./Kl. natürlich diese resignative Haltung. Andererseits: mit ihrer Charakterisierung als „methodischer Fehler“ entlastet die Zentrumsleitung Ha./Kl. – entgegen oben zitierter Meinung.

Daß diese Entlastung und Verharmlosung der Angriffe von Ha./Kl. durch die Zentrumsleitung kein sprachlicher oder logischer „Lapsus“ ist, zeigt sich weiterhin in nachfolgendem:

– In der ersten Spalte heißt es: „Erstens ‚konkretisieren‘ sie ihre Utopismus-Kritik einseitig an unsere „Erstens ‚konkretisieren‘ sie ihre Utopismus-Kritik einseitig an unsere Frauenpolitik, obwohl anderweitige Beispiele sich viel zwingender aufdrängen“. U.E. handelt es sich keinesfalls nur um eine „einseitige Konkretisierung“, unsere Frauenpolitik ist zentraler Kritik-Gegenstand!

– Es ist die Rede davon, daß Ha./Kl. sich einige „Ausrutscher und Entgleisungen“ geleistet haben. Damit entschuldigen sie die ausführlichen Darstellungen der beiden Genossen. (Auffallend ist im übrigen, daß Ha./Kl. sehr leichtfertig solche Entlastungsbegriffe wie „Ausrutscher und Entgleisungen“ zugebilligt werden – den Leserbriefschreiberinnen jedoch nicht, heißt es doch – zwar nicht im Artikel, aber in der Erklärung der ZL vom 22.8.: „Mechanismus der unkritischen und pauschalen Verurteilung“ (...)).

Der ZL ist aber die Gefahr durchaus geläufig: „Gerade unsere Genossinnen haben in einem Klima um sich greifender Entsolidarisierung viel zu verlieren“. Und warum stellen sie sich dann verharmlosend und entlastend vor diejenigen, die gerade diese Entsolidarisierung gegenüber unseren Genossinnen betreiben? Genoss(inn)en, irgendetwas unterschlägt Ihr – Eure Parteinahme ist so eindeutig, daß Euer „Verständnis“ für die Genossinnen unglaubwürdig bleibt!

2. Die ZL bringt mehrere Beispiele von „Utopismus“ oder „überhöhten Erwartungshaltungen“: aus der KB-Technik, „rotierendes Anleiterprinzip“, 53% Frauen in die Anleitungen, Berichte von R., drei Genossen aus Bergedorf, eines „ausgeflippten“ Genossen und des ÖTV-Genossen M. Uns mißfällt die mangelnde Differenzierung und die darauf basierenden Konsequenzen. Während die ersten drei Beispiele konkret diskutiert und kritisierbar sind, sind die drei Zitate aus den Krisenpapieren erstmal doch für sich noch viel zu allgemein. So allgemein wollen wir in unserer Organisation doch das „sibirische Klima“ bekämpfen, unser z.T. bürgerliches Verhalten abbauen usw.

Das Problem stellt sich u.E. doch gerade, daß heute unsere Genossen/innen vielfach eher resigniert haben, sodaß diese u.E. von Euch aufgetauschte Tendenz zum Utopismus gar nicht zutrifft, daß wir heute (zumindest in unserem Erfahrungsbe- reich) meistens Verweigerung und Resignation haben, d.h. Rückzugstendenzen ohne den Versuch, Ansprüche an die Organisation anzumelden, Mißstände zu kritisieren – stattdessen herrscht die Haltung vor: „Hat doch keinen Zweck“.

Utopismus und überhöhte Erwartungshaltungen sind u.E. nur konkret kritisierbar. Wenn wir solche konkreten Berichte und Darstellungen (wie sie zu Anfang der Krisendebatte noch häufiger vorlagen) heute nicht bekommen, dann stellt sich doch die Frage, was solche Darlegungen, Berichte usw. blockiert. Um es vorwegzunehmen: die Blockade wird errichtet durch solche Positionen wie Ihr und Ha./Kl. sie vertreten. Denn z.B. Forderungen nach „Revolutionierung der zwischenmenschlichen Verhältnisse“ können pauschal nicht kritisiert und ins Reich des „Utopismus“ abgeschoben werden. Erst, wenn eine genaue Darstellung vorliegt, was im konkreten Fall gefordert wird, können wir doch überzeugend darlegen, was utopisch und was gerechtfertigt ist. Wer aber im gleichen Atemzug meint, daß wir durch solche Forderungen unseren Charakter als revolutionäre Organisation aufgeben, verkennt angesichts der „Motivations“-Krise die Auswirkungen, der zementiert gerade die fehlende offene Darlegung dieser Probleme bei den Genossen/innen.

Wer heute bereits a priori postuliert, daß diejenigen, die solche Berichte schreiben wollen, 1. keine „privaten Querelen“ darlegen sollen, 2. keine utopischen Forderungen/Ansprüche vorlegen sollen, 3. keinen „unbegründeten Klatsch“ und „gegenseitigen Argwohn“, keine „Willkür und Vulgarisierung der Kritik“ vorlegen sollen, der verkennt die Tiefe der Krise und die resignative Haltung bei vielen schwankenden Genossen/innen. Von daher sprechen wir uns für Kt.'s „Laßt tausend Blumen blühen“ aus.

Wir verkennen nicht, daß die ZL auch (verbal) die freimütige Diskussion der Probleme der Entsolidarisierung will, jedoch – „burschikos“ ausgedrückt: Das, was die Genossen da „mit den Händen aufgebaut haben, stoßen sie im selben Augenblick mit dem Arsch wieder um“ – spricht: mit ihrem so undifferenzierten „Ab-mit-dem-Arsch-Wieget-um“ – spricht: mit ihrem so undifferenzierten „Ab- und Eingrenzen“ und unpräziser Kritik am „Utopismus“.

Noch einmal: Das Problem der „Entsolidarisierung“ können wir unmöglich durch allgemeine Appelle lösen, nur durch eine Ermunterung zum Widerspruch gegen Entsolidarisierung kann eine Veränderung einsetzen. Chauvis haben sich in den seltensten Fällen durch literarisch wertvolle Appelle überzeugen lassen – in der Regel gehört auch eine gute Portion Machtdemonstration dazu. Diesen Widerstand der von der Entsolidarisierung Betroffenen haben wir noch viel zu selten – sonst würden wir in der Auseinandersetzung weiter sein!

„Krise und Krisenliteratur“

Solange die vorgelegten relativ sachlichen Buchbesprechungen die vielleicht nur zu einem geringen Prozentsatz nützlichen Aspekte unterschlagen, können wir diesem Artikel nicht zustimmen. Diese Bücher beinhalten nämlich auch erhebende und aufklärerische Aspekte über Mechanismen von Frauenunterdrückung, sind also auch Erfahrungswerte, die tatsächlich in so manchem „persönlichem Problem“ weitergeholfen haben. Dieser subjektive Aspekt fehlt in der Darstellung. So wird der Eindruck erweckt, als könne man/frau sich eine Auseinandersetzung schenken – und das halten wir für einseitig und unwissenschaftlich.

„Grauzonen des Feminismus“?

U.E. ist der Kerngedanke in diesem Artikel nachfolgender: „Mit den ‚grauen Zonen des Feminismus‘, also mit feministischen und halb-feministischen Tendenzen innerhalb des KB (...) hat sich die AK-Berichterstattung des letzten Jahres überhaupt nicht auseinandergesetzt. (...) Unter diesen Rahmenbedingungen ist es u.E. gar nicht verwunderlich, wenn innerhalb unserer Organisation die

‚grauen Zonen des Feminismus‘ wachsen, v.a. in solchen Organisationsteilen, die nur über ungenügend qualifizierte und geschulte Genossinnen verfügen“ (4. Spalte, S.39).

Wir halten diesen Gedankengang für voluntaristisch und unmateri- stisch, weil nicht hinterfragt wird, wie die reale Situation der Genossinnen aussieht. Wenn im ersten Teil der Artikel sogar „Hilflosigkeit“ der Genossinnen konstatiert wird, daß subtile Formen von Frauenunterdrückung nach wie vor breit im KB existieren (Entsolidarisierung), sollte dieses Problem auch zugegedacht und in Sachen Feminismus mitgemacht werden! Denn diese Situation der Genossinnen ist d a s Problem und hat als Echo oder Reflex den Feminismus bedingt.

Die vorgelegte Analyse ist vereinfachend und willkürlich. Feministische Tendenzen haben vielschichtige Ursachen, eine wichtige ist aber offensichtlich der massiv vorhandene Chauvinismus im KB. Nicht umsonst gibt es bei uns die „Notlösung“ der reinen Frauenzellen, um die Zustände zu bessern. Zentraler Grund für die Einrichtung dieser Einheiten ist u.E. gewesen, den Zustand der resignativen Verweigerung bei vielen Genossinnen abzubauen, (im Sinne von: „Hat ja doch keinen Zweck, diese Chauvis ändern sich ja doch nicht“) und so eine Möglichkeit der offenen Diskussion über „Entsolidarisierung“ und die besonderen Schwierigkeiten der Genossinnen zu schaffen. Daher: „Macht das Private öffentlich!“. Erst in diesem offenen Klima ist eine sachliche und überzeugende Auseinandersetzung möglich, in der dann detailliert auf ideologische Fehler und weit verbreitete konkrete Mängel in der Organisation eingegangen werden kann. So detailliert ist die Situation heute noch gar nicht analysierbar.

Im übrigen hat uns der sog. „Feminismus“ bislang eigentlich ganz gut getan und uns in vielen Fällen von Entsolidarisierung (nur nannten wir das damals nicht so) auf die Sprünge geholfen.

Die Analyse des „Waffenstillstandes“ halten wir für nicht sauber, zumindest unterschlägt Ihr einige Artikel der AG Frauen. Richtig ist sicherlich, daß hier nicht der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag – aber das ist auch gut so.

Daß es „Feminismus“ in der Organisation gibt, von wem wird das eigentlich bestritten? Dazu bedurfte es nicht der umfassenden Zitate aus in-

ternen Protokollen. Auch die AG Frauen hat mehrfach darauf verwiesen.

Darüber hinaus führt die ZL die Auseinandersetzung darum sehr un- solidarisch und wenig hilfreich, weil sie in ihren Darlegungen d a s genau ausspart, was an Reaktion im KB auf diese feministischen Tendenzen gefolgt ist! In der Regel waren diese Standpunkte Gegenstand breiter interner Diskussionen. In diesem Licht wird klar, daß hier ein Buhmann aufgebaut wird. Das Ausmaß dieser Positionen wird total überzeichnet (...).

Die Formen und Methoden der Auseinandersetzung

Die Schärfe der Auseinandersetzung raubt uns den Atem, weil diese so überraschend über uns hereinbricht.

Prinzipiell meinen wir, daß solche Differenzen in Anleitungsmethoden wie „Laßt hundert Blumen blühen“ oder des sofortigen scharfen ideologischen Kampfes im Moment eigentlich nicht in den AK gehörten. Denn dadurch wird das Vorhaben der einen Seite (der ungehinderten freimütigen Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten, Zweifel, Resignationstendenzen, usw.) durch die andere Seite (scharfer ideologischer Kampf gegen alle Fehlströmungen, hier und jetzt) ad absurdum geführt – nach dem Motto „Friß Vogel oder stirb!“. Es ist klar, daß solche strittigen Methoden zur Lösung unserer Schwierigkeiten auf den Anleitungsebenen vorab geklärt werden müßten. Nun ist die Sache öffentlich – nun muß gestritten werden.

Für uns ist auch klar, daß die vor vollendete Tatsachen gestellte LG-Mehrheit sich brüskiert fühlt und entsprechend reagiert hat.

Wenn die ZL die „entsolidarisierenden“ Positionen von Ha./Kl. unterstützt und darüberhinaus derart unsaubere und unsolidarische Mittel in der Auseinandersetzung mit der AG Frauen wählt, so treibt sie die Sache auf die Spitze und wählt eine bisher in der Organisation unbekannte Ebene der Auseinandersetzung. Der weitere Schritt, eventuell die Funktionen niederzulegen, zur Fraktionsbildung aufzurufen bzw. kollektiv auszutreten, das treibt die Auseinandersetzung ins Unerträgliche! Genoss(inn)en, Ihr seid nicht irgendwelche Privatpersonen, die machen können, was sie wollen. Dadurch, daß Ihr Aufgaben in den wichtigsten Bereichen des KB übernommen habt, tragt

Ihr auch eine große und wichtige Verantwortung für uns alle!! Wenn Ihr mit der Niederlegung dieser Verantwortung real droht (Ihr sagt selbst, daß man/frau damit nicht „spielt“), so reagiert Ihr wie bürgerliche Postenträger, nicht wie Kommunisten. Denn ihr setzt uns alle schwer unter Druck, Ihr wißt ganz genau, daß wir Euch auch brauchen! Ihr wißt auch, daß vor allem die Organisation, also unser organisierter Kampf, den Schaden haben wird, nicht die , von denen Ihr Euch einbildet, daß sie Euch kränken, „niederknüppeln“, usw. Ihr setzt zum kleinsten Teil die LG-Mehrheit oder die AG Frauen unter Druck, ihr setzt alle Mitglieder unter Druck – und das sind wie bekannt wohl ein paar mehr.

Auch wenn Ihr diese Argumentation als nur „moralisch“ abtut, für uns gibt es kommunistische Moral, für die Klassiker auch.

Konkret: Wenn Ihr jetzt die „Methoden der Zerstörung jeder solidarischen Diskussion“ bei der AG Frauen und LG-Mehrheit anprangert, so unterschlagt Ihr

1. den Gegenstand der Auseinandersetzung (Anleitungsmethoden und Frauenpolitik im KB);
2. Eure eigene unsolidarische Beweisführung gegenüber der AG Frauen und
3. wer die Ebene der Auseinandersetzung verschmutzt hat.

War dies doch die männlich- arrogante Autorität aus Göttingen mit ihrem „penetranten Leichengeruch“ im Kontext ihrer sublimen Angriffen auf die Genossinnen im KB. Diese haben überhaupt erst die empörten Leserbriefe der Genossinnen produziert, und dabei selbstverständlich auch Schärfe und Wut nötig hervorgebracht – was wunder, wenn dem nicht so gewesen wäre!

Eine Anmerkung noch: Ihr redet von Stimmungsmache und Angst- mache auf Seiten der LG-Mehrheit und bittet die Genoss(inn)en, doch diese „Beschreibung mit unserer Praxis zu vergleichen“. Weder können wir aus dem letzten Absatz der LG-Mehrheits- Erklärung eine Abstempelung als „Irrationale“, vor denen man/frau Angst haben müsse, erblicken, noch brauchen wir den „Vergleich“ mit Eurer Praxis. Das ist auch uns so schwer verständlich: Soweit wir Euch kennen, erscheint uns eben auch aus Eurer Praxis nicht klar, warum Ihr die Auseinandersetzung so verantwortungslos zuspitzt.

Ma., Gd., HN KB/Gruppe Flensburg

Ein Kronzeuge widerspricht

Liebe Genossen! In eurer Antwort auf die Kritiken an eurem Artikel „Die Scham ist vorbei“ zitiert ihr meine „persönliche Erklärung“ aus AK 125 als angeblichen Beweis dafür, daß man/frau „persönliche Probleme“ auch „politisch“ diskutieren könne. Ihr belehrt eure Kritiker/innen, daß ihr keineswegs „generell einer rigiden Unterdrückung dieser Diskussion auf allen Ebenen das Wort reden“ und nicht „zurück zu einer verkümmerten Sekte“ wollt, aber es komme eben nicht nur darauf an, „o b, sondern w i e und w o“ die Diskussion geführt werde. Ich soll nach eurer Darstellung als erster und beispielhaft das „Tabu „persönliche Probleme“ durchbrochen haben. In der auf meine „Erklärung“ folgenden Debatte seien Verhaltensweisen „auf konkret entwickelte gesellschaftliche Ursachen zurückgeführt“, der „Klassenfeind in uns selbst“ aufgespürt, eben eine „politische Herangehensweise“ gewählt worden.

Dagegen seien andere „persönliche“ Beiträge (insbesondere von Frauen) nur ein „lahmlegendes, emotional hochgeputztes Gemetzel jeder gegen jeden“ (AK 159).

Ich muß euch sagen, ich bin überhaupt nicht damit einverstanden, in dieser Weise als Kronzeuge gegen eure Kritiker/innen ausgespielt zu werden!

Erstens lobt ihr etwas, was ich gar nicht getan habe: Ich habe nämlich keineswegs, wie ihr behauptet, meine „persönlichen Probleme“ öffentlich gemacht, wenn ich auch die Form der persönlichen Erklärung gewählt habe. Im Gegenteil: Ich habe gerade kritisiert, daß eine öffentliche Angelegenheit, nämlich die Angriffe der Klassenjustiz auf unsere Politik und Organisation, zu meiner Privatsache erklärt und so verdrängt wurde, daß Einzelne die allen geltenden Angriffe ausbaden müssen. Der Charakter eines solchen Pro-

blems unterscheidet sich doch wohl erheblich von Diskussionen/Beiträgen, in denen entlang der Parole „Macht das Private öffentlich!“ überhaupt erst um die bloße Anerkennung der „privaten“ Unterdrückungsverhältnisse/Mißstände usw. als politische Angelegenheit gekämpft werden muß!

Selbstverständlich kann die Debatte über das Verhalten gegenüber der Klassenjustiz „politischer“ geführt werden als etwa über Behindertenprobleme, Kinderfragen, sexuelle Unterdrückung u.a.m. Aber auch die Diskussion über meine „Erklärung“ ist nicht so beispielhaft verlaufen, wie ihr uns glauben machen wollt.

Eurer eigenes Verständnis ist schon Beweis genug: Schließlich behauptet ihr noch heute, ich hätte das „Tabu „persönliche Probleme“ durchbrochen. Wenn aber schon diese sozusagen von Natur aus politische Frage in dieser Weise zum „persönlichen Problem“ reduziert wird – wieviel mehr Mühe muß also darauf verwendet werden, solche Verhältnisse öffentlich zu politisieren, die landläufig auch in der Linken immer noch als unpolitische Fragen gelten! Beides gegeneinander auszuspielen, wie ihr es versucht, kann nur das Ergebnis haben, diese Diskussion zu behindern. Dafür möchte ich aber, bitte sehr, nicht den Kronzeugen abgeben!

Zweitens bin ich keineswegs der Erste, der das „Tabu „persönlicher Probleme“ durchbrochen hat (mal abgesehen von den eben genannten Richtigstellungen). Da ihr euch mit der vagen Relativierung „unseres Wissens“ absichert, sei eurem Wissen kurz nachgeholfen: Bereits in AK 57 stellte sich die eben neu gegründete AG Frauen (Hamburg) u.a. mit dem Satz vor: „Hier wird es wesentlich darauf ankommen, auch diesen Frauen (Nicht-Organisierten, Arbeiterinnen – Ergänzung von mir) zu vermit- teln, daß ihre „Frauenprobleme“ ge-

sellschaftliche Probleme sind, und also nur durch die Beteiligung am Klassenkampf zu lösen sind.“ (AK 57, S. 8). Im darauffolgenden AK erschien ein Aufruf der AG Frauen und der AK-Redaktion unter dem Titel „Mehr Mut, Jungs!“, in dem die Genossen aufgefordert wurden, ihren nur gesprächsweise bekundeten Unwillen gegenüber der neu aufgenommenen Frauenpolitik öffentlich zu bekunden, insbesondere diejenigen, „denen die ganze Richtung nicht paßt“. Daß darauf von Seiten der Männer der Organisation kein öffentliches Echo erfolgte, zeigt nur einmal mehr, unter welchen Bedingungen die Genossinnen um die Anerkennung der „Frauenprobleme“ als gesellschaftliche Probleme auch innerhalb der Organisation kämpfen mußten und müssen.

Zur Vervollständigung noch: Im AK 69 finden sich zwei persönliche Berichte von Frauen, die abgetrieben haben; die letzte breite Debatte über „Privates“ vor meiner „Erklärung“ wurde anlässlich des Auftritts von Jutta Weinhold auf dem Kinderhauskonzert geführt (1977).

Drittens stimme ich mit eurer Grundthese („überhöhte persönliche Erwartungen“ als eine wesentliche Ursache der Krise) sowie mit eurem Angriff gegen die Frauenpolitik überhaupt nicht überein. Ich teile vielmehr im wesentlichen die Meinung eurer Kritiker/innen, daß ihr die Krisenlast grob auf die Frauen abwälzt und damit von den anstehenden politischen Hauptfragen ablenkt.

Eure Berufung auf meine „persönliche Erklärung“ erscheint mir als Versuch, versteckt hinter meinem angeblichen „politischen“ Beispiel, wieder dieselbe Keule des „politischen Anspruchs“ zu schwingen wie schon in eurem ersten Artikel. Ich möchte euch bitten, mich da raus zu lassen! Kai Ehlers (ehem. Presseverantwortlicher des KB)

„KPD“ löst „Massen“organisationen auf

Nach der „Roten Hilfe“ stehen nun zwei weitere „Massenorganisationen“ der „KPD“ kurz vor der Auflösung. Im Studentenbereich der seit 1970 bestehende KSV, im Lehrerbereich das „Forum Neue Erziehung“ (früher Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher). Damit verbleibt nur noch der KJVD im Jugendbereich als organisatorisch von der „KPD“ eigenständiger Verband. In den anderen Fällen werden die verbleibenden Reste in die „Partei“ eingegliedert.

Der KSV ist überflüssig geworden

Auf einer Konferenz am Pfingstwochenende beschlossen die Delegierten des KSV, „die Bedingungen für die organisierte Auflösung der Organisation als einheitlichem Studentenverband in der BRD und Westberlin zu schaffen“. Dies geht zurück auf einen Antrag des ZK der „KPD“.

Die verbleibenden Mitglieder des KSV sollen dann in die „KPD“ aufgenommen werden, um den Aufbau an den Hochschulen zu organisieren.

Die Gründe dieses Niedergangs des KSV sind: einerseits die objektive Situation der Studentenbewegung, andererseits die vaterländischen Positionen. Der KSV war 1970 mit dem Anspruch gegründet worden, eine kommunistische Massenorganisation zu sein. Zu diesem Zeitpunkt gab es innerhalb der Studentenschaft in der Nachfolge der Studentenrevolte tatsächlich eine massenhafte Hinwendung zu kommunistischen Ideen. So konnte auch der KSV trotz seines extrem dogmatischen und sektiererischen Auftretens allein in Westberlin mehrere Hundert Mitglieder organisieren und etwa die gleiche Anzahl nochmal an den westdeutschen Hochschulen. Diese spontane Hinwendung zum Kommunismus flaute jedoch in den folgenden Jahren sehr schnell wieder ab. Deutlichster Hinweis hierfür ist, daß während des nächsten Aufschwungs der Studentenbewegung, 1976/1977, zwar radikale linke Basisgruppen enorm gewannen, die Organisationen

mit revolutionärem Anspruch hier von jedoch nicht mehr profitierten. Dies faßt die „Rote Fahne“ in der Erkenntnis, daß „der KSV als ursprünglich konzipierte Massenorganisation an seine Grenze gestoßen ist...“. So wie dem KSV geht es mehr oder weniger jedoch allen Organisationen mit revolutionärem Anspruch. Insgesamt haben sie heute nur noch geringen Einfluß auf die Studentenbewegung. Hinzu kommt, daß sich der KSV durch seinen extrem vaterländischen Kurs innerhalb der Studentenschaft weitgehend isoliert hat. Es gibt keine andere Organisation, die auf diesem Kurs auch nur halb mitziehen würde.

Heute sieht es so aus, daß der KSV organisiert nur noch in Westberlin arbeitet. An anderen Hochschulen sind allenfalls noch „Stützpunkte“ in Form von einzelnen Mitgliedern übrig geblieben. An einigen großen Hochschulen (wie z.B. Hamburg) ist er gar nicht mehr vertreten.

Angesichts dieser Tatsachen wäre die Auflösung des KSV also zu verstehen. Das ist jedoch die „KPD“ nicht bereit zuzugeben. Sie flüchtet sich in ein wildes Gestrüpp von Ausreden, deren Kern die „Erkenntnis“ ist, daß die Hochschulen zentraler Bestandteil des Überbaus sind, der strategische Bedeutung für die sozialistische Revolution hat. Daraus wiederum wird gefolgert, die wichtigste Aufgabe bestünde darin, die „Partei“ selbst an den Hochschulen aufzubauen. Dies ist jedoch nichts weiter als der Versuch, dem verbleibenden Rest des KSV die Weiterarbeit schmackhaft zu machen.

BSLE ohne Existenzberechtigung

Im Juli 1978 trafen sich Delegierte des damaligen Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher, um diese „Massenorganisation“ der „KPD“ auszuweiten: „Im Zentrum der Beschlussfassung stand das Anliegen...Grundlagen zu verabschieden, die entgegen unserem früheren Selbstverständnis – von sozialistischen und demokratischen Lehrern, Erziehern und Sozialarbei-

tern unterstützt werden“. Dem wurde auch in der Namensgebung Rechnung getragen: Aus dem BSLE wurde das „Forum Neue Erziehung“.

Im März dieses Jahres trafen sie sich erneut, wo zwar die Existenzberechtigung der Organisation „prinzipiell bejaht wird“, aber schon die Frage aufgeworfen wurde: „Dennoch stellten sich die Forumsmitglieder in Überprüfung ihrer eigenen Praxis die Frage, ob ein solcher Zusammenschluß von ihnen mit dem FORUM vorgegeben werden kann, ob er nicht der eigenen Zielvorstellung des „Wachsens von unten“ entgegensteht“. Beschlossen wurde, diese Frage weiter zu diskutieren.

Im Juni dieses Jahres erschien jetzt die letzte Nummer der Zeitung, in der lapidar die Auflösung des FORUMS bekanntgegeben wird. Danach sind die entscheidenden Gründe: Die Mitglieder des FORUMS hätten sich bei allen entscheidenden Diskussionen „entgegen ihrer eigenen Zielvorstellung allein und faktisch isoliert von den Kollegen“ wiedergefunden. Der Anspruch, „einen überregionalen Zusammenschluß der vielen lokalen gewerkschaftlich und außergewerkschaftlich arbeitenden Gruppen und Kollegen auf einem einigenden politischen Programm“ ist gescheitert.

Auch die Zeitung wird nicht weiter herausgegeben. Ins Deutsche übersetzt heißt dies ganz einfach: Der BSLE ist immer weiter auf einen harten Kern von treuen „KPD“-Anhängern geschmolzen und ist personell nicht mehr zu halten.

Auch wenn die Begründung hierbei insofern ehrlicher ist als beim KSV, wird auch in diesem Fall tunlichst vermieden, die eigene Krise beim Namen zu nennen, geschweige denn daß z.B. die vaterländische Politik im Schlepptau der „KPD“ als Begründung herangezogen würde. Die Rolle der „KPD“ bei dieser Auflösung wird nicht einmal beim Namen genannt – so als wolle man die „ruhmreiche Partei“ nicht mit diesem Schandfleck versehen. (Zitate aus „Neue Erziehung“, Nr. 7/78, 2/79)

SSB/Hamburg

„Der AK sieht immer noch so fetzig aus...“

Liebe Genossen, leidend verfolge ich den Niedergang des AK – und begreife ihn irgendwie nicht. Inhaltlich ist nichts auszusetzen. Wichtiger noch: ich bin kein KB-Sympi, brauche den AK nicht als Vereinspostille, sondern neben ID, TAZ ... als eine der Zeitungen, die für „uns Linke“ einfach nicht wegzudenken ist! Wer führt denn zur Zeit die gründlichste und verdammt notwendige Wahldiskussion? Die TAZ nicht und keiner (die bringen dann wieder anderes ...). Wo hat man denn Jahre lang die besten Internationalismussachen gelesen? Wo hat man denn sonst Öko- und Bunte/Grüne-Information in der Breite und Bündigkeit? Dazu kommt – und das beschämt mich fast –: der AK ist Produkt wahnsinniger Arbeit, hat unvorstellbaren Umfang und kommt kontinuierlich! (Ich denke da an das Getue, wenns darum geht, hier in Berlin eine Zeitung wie „Traumstadt“ rauszubringen: Kost' zuviel, macht keener mit, es dauert und dauert, sporadisch alle halbe Jahre ein Exemplar). Also: Der AK hat für die GANZE Linke Informationen ge-

bracht, auch für Frauen, Schwule, BIs; mir ist es deshalb unbegreiflich, wieso er jetzt so cool fallen gelassen wird? Ich dachte da eben immer, es gäbe sowas wie eine kollektive Verantwortung für unsere Projekte. Aber: „unsere Projekte“ ist im beschriebenen Sinne richtig und falsch. Der AK gibt sich immer noch als so Art Parteiorgan und ist es doch nicht mehr. Er war immer da gut, wo er Debatten führte, Widersprüchlichkeiten transparent werden ließ, Vielfalt einließ (Schwule, BIs, Fraktionspapiere ...). Wäre es nicht gut, den AK zum Forum, zur Wochenzeitschrift für „Die Linke“ werden zu lassen, zu einer Plattform? Zum Großteil (oder Teil) ist er das ja schon. Wo er es überhaupt noch nicht ist: der AK sieht immer noch so fetzig aus wie das Zentralorgan der glorreichen roten Oktoberrübe! Wie sieht diese Zeitung bloß aus! Macht doch in Gottes Namen mal ein freundliches und weniger zwangsneurotisches Layout.

Beste Grüße
Thomas K., Westberlin

Zur ARBEITERKAMPF-Agitation

Im letzten AK wurde über das ekelhafte Klima berichtet, das uns beim Verkauf in linken Kneipen zunehmend entgegenschlägt. Ich kann diese Erfahrungen bestätigen.

Demgegenüber empfinde ich die meisten meiner Verkaufseinsätze in der Lüneburger Fußgängerzone geradezu als erfrischend. Wesentlicher Grund hierfür ist unsere 1,60 m hohe und 80 cm breite Stellwand, die wir in den letzten Wochen zunehmend als möglichst agitatorischen Blickfang verarbeitet haben.

Z.B. große Überschrift: „Wie bezeichnend – ein Ex-Nazi als Bundespräsident“ und dazu die große Carstens-Karikatur vom damaligen STERN-Titel.

Oder: das Strauß-Titelbild des SPIEGEL und ein „Strauß-Nein Danke!“ - Aufkleber auf sein Maul gedrückt. Dazu als große Überschrift: „Wollen Sie 1980 das kleinere Übel wählen?“ Es folgt ein kurzer Text und Hinweise auf die Interviews im AK 157.

Ein „Verkaufsschlager“ wurde das Stellschild mit der Überschrift: „HEUTE SCHON LZ GELESEN?“ Die LZ („Landeszeitung“) ist unser Lokalblatt. Darunter eine ausgeschnittene Kurzmeldung vom selben Tag. Ein Typ war im Ruhrgebiet wegen einiger Gramm Hasch von einem Bullen erschossen worden. Darunter nur noch 3 Zeilen Text über E. van Dyk und ausgeschnittene AK-Bilder zu diesem Komplex.

Ebenfalls „Volltreffer“ war eine liebevolle Collage aus allen RgR-Bildern vom AK 156.

Bei der Carstens-Stellwand (unmittelbar nach seiner Nominierung) kam es zu erregten Debatten zwischen Alt-SPD'lern und CSU-Fans über die Rolle von Strauß. Zufällig kam eine Gruppe holländischer Touristen vorbei und erklärte beiden Parteien, was sie aus holländischer Sicht von Alt-Nazis wie Carstens halten.

So interessant wird es natürlich nicht jeden Samstag und nur ein Bruchteil der Menschen, die unsere Stellwand lesen, lassen sich in ein Gespräch verwickeln und zum AK-Kauf motivieren. Die meisten winken ab, wenn sie – nach Lektüre der Stellwand – die Zeitung sehen. Klappe runter.

Mich freut es aber schon, wenn wir den Leuten „was bieten“, was sie zu zustimmenden Bemerkungen, zum Kopfnicken oder -schütteln veranlaßt. „Neuleser“ haben wir jedenfalls nur über die Stellwandarbeit gewonnen. Eine Genossin, die nicht offen verkauft, um von ehemaligen Arbeitskollegen nicht gesehen zu werden, hat sich inzwischen recht erfolgreich darauf spezialisiert, an der Stellwand stehenzubleiben, um die Leute (mit verdecktem AK) anzuzusprechen.

m./ Lüneburg

Verschärftes Strafrecht in China

In China wurde Anfang Juli der Text eines neuen Strafrechts veröffentlicht. Gegen politische „Verbrechen“ enthält das neue Strafrecht u.a. folgende Bestimmungen:

Art. 92: Verschwörung zum Sturz der Regierung – Mindeststrafe zehn Jahre.

Verschärftes Strafrecht in China

In China wurde Anfang Juli der Text eines neuen Strafrechts veröffentlicht. Gegen politische „Verbrechen“ enthält das neue Strafrecht u.a. folgende Bestimmungen:

Art. 92: Verschwörung zum Sturz der Regierung – Mindeststrafe zehn Jahre. Es kann die Todesstrafe verhängt werden.

Art. 95: Rädelsführerschaft bei „bewaffneten aufrührerischen Zusammenrottungen“ oder „anderen schweren Verbrechen“ – Mindeststrafe zehn Jahre. Die Todesstrafe ist möglich.

Art. 96: Rädelsführerschaft bei Zusammenrottungen zum Sturm auf Gefängnisse oder „anderer schwerer Verbrechen“ – wie Art. 95.

Art. 98: Organisation oder Führung einer „konterrevolutionären Gruppe“: Mindeststrafe fünf Jahre. Mitgliedschaft: Bis zu fünf Jahren.

Art. 100: Beschädigung oder Zerstö-

rung von Militäranlagen, Fabriken, Transportanlagen u.a. öffentliche Gebäude durch Brandstiftung, Explosion oder künstliche Überschwemmung; Diebstahl von Staatsdokumenten und Waffen; Herstellung oder Diebstahl von Gewehren oder Munition – Stra-

Verschärftes Strafrecht in China

Art. 102: „Aufstachelung“ der Massen zum Widerstand gegen Festnahmen und zur Verletzung von Gesetzen; Verwendung konterrevolutionärer Parolen, Flugblätter oder anderer Propagandamittel zum Sturz der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Systems – Mindeststrafe fünf Jahre.

Art. 113: Verletzung von „Vorschriften und Regeln“ durch Personal von Verkehrsbetrieben – bis zu drei Jahren.

Art. 114: Mißachtung von Anord-

nung und Vorschriften durch Arbeiter in Fabriken, Minen etc. – wie Art. 113.

Art. 157: Hinderung von Staatsfunktionen an ihrer Arbeit – bis zu drei Jahren.

Art. 158: Störung der öffentlichen

Stellschild mit der Überschrift: „HEUTE SCHON LZ GELESEN?“ Die LZ („Landeszeitung“) ist unser Lokalblatt. Darunter eine ausgeschnittene Kurzmeldung vom selben Tag. Ein Typ war im Ruhrgebiet wegen einiger Gramm Hasch von einem Bullen erschossen worden. Darunter nur noch 3 Zeilen Text über E. van Dyk und ausgeschnittene AK-Bilder zu diesem Komplex.

Art. 92 entspricht dem Hochverrats-Paragrafen in bürgerlichen Staaten. In diese Kategorie fallen sämtliche einflussreicheren „Anhänger der Viererbande“, sowie selbstverständlich diese selbst. Sehr offen interpretierbar sind die Art. 98 und 102, die die Grundlage des politischen Strafrechts im engeren Sinne sind. Art. 157 und 158 richten sich gegen Demonstrations-„Delikte“.

Art. 92 entspricht dem Hochverrats-Paragrafen in bürgerlichen Staaten. In diese Kategorie fallen sämtliche einflussreicheren „Anhänger der Viererbande“, sowie selbstverständlich diese selbst. Sehr offen interpretierbar sind die Art. 98 und 102, die die Grundlage des politischen Strafrechts im engeren Sinne sind. Art. 157 und 158 richten sich gegen Demonstrations-„Delikte“.

Art. 92 entspricht dem Hochverrats-Paragrafen in bürgerlichen Staaten. In diese Kategorie fallen sämtliche einflussreicheren „Anhänger der Viererbande“, sowie selbstverständlich diese selbst. Sehr offen interpretierbar sind die Art. 98 und 102, die die Grundlage des politischen Strafrechts im engeren Sinne sind. Art. 157 und 158 richten sich gegen Demonstrations-„Delikte“.

Art. 92 entspricht dem Hochverrats-Paragrafen in bürgerlichen Staaten. In diese Kategorie fallen sämtliche einflussreicheren „Anhänger der Viererbande“, sowie selbstverständlich diese selbst. Sehr offen interpretierbar sind die Art. 98 und 102, die die Grundlage des politischen Strafrechts im engeren Sinne sind. Art. 157 und 158 richten sich gegen Demonstrations-„Delikte“.

dem Beamten mit, daß dies mein persönliches Tagebuch sei und fragte empört, warum er dies so genau studiere. Er antwortete: „Es könnte einen doppelten Boden haben.“ Als ich nach Beendigung des Bücherstudiums auch noch die Plakate, die wir von der Pasok in Athen erhalten hatten, ausrollen sollte, sträubte ich mich, da dies doch meine persönlichen Sachen seien und dies ihn nichts angehe. Er antwortete darauf: „Es könnte rechtes Material sein“, worauf ich erwiderte, daß er doch gerade eben gesehen hätte, daß ich Platten von Theodorakis und mit Brecht-Texten dabei habe. Seine Antwort: „Das könnte ja Tarnung sein“.

Nachdem der Beamte seine Durchsichtigung beendet hatte, nahm er die 3 Bücher und verließ den Raum. Nach einiger Zeit kam er zurück, drückte mir die Bücher in die Hand und sagte, ich könne einpacken.

Zwei Genoss(inn)en aus Essen

Spendeneingänge für ARBEITERKAMPF

KB Gruppe Bremen	840,-	H.S., Heidelberg	25,-
Rote Erna, Wilhelmsburg	40,-	J.M., Sinn-Fleischbach	50,-
„Zentrums“-Leitung	160,-	B.D.	150,-
KB Gruppe Braunschweig	3.400,-	Skatbande Paulsenplatz, Hamb.	75,10
KB Gruppe Bremen	200,-	K.P.I., Bremen	100,-
KB Gruppe Bremen	150,-	H., Glinde	50,-
A., Hamburg	50,-	St., Oldenburg	100,-
Ju., Metallbereich KB Gruppe Hamburg	3.000,-	A.Sch., Neumünster	50,-
Ho., Metallbereich KB Gruppe Hamburg	3.000,-	L.M. + F., G.M., Aurich	100,-
Zentrums-Sammlung 8.8.79	138,45	M.B., Hamburg	2.000,-
„Zentrums“-Leitung	100,-	J.P., Modautal	300,-
BO Steilshoop KB Gruppe Hamburg	500,-	D.V., Lübeck	12,-
H.N.	50,-	KB Gruppe Göttingen	150,-
G.R., Mannheim	500,-	M.W., Göttingen	25,-
G.N., Hamburg	50,-	U.Sch.W.	20,-
BI Angestellte gegen AKW, Hamburg	150,-	G.Sch., Bochum	1.000,-
AK-Lesekreis, Göttingen	30,-	Solidaritätsfond HBV-Bereich	
K.-H.G., Sammlung in Bad Oeynhausen	21,24	KB Gruppe Hamburg	500,-
G.M., Osterode	100,-	ÖTV-Bereich, KB Gruppe Hamburg	500,-
D.Sch., Hamburg	50,-	BO Barmbek, KB Gruppe Hamburg	
J.K., Hamburg	25,-	Sammlung Vollversammlung	96,77
D.F., Dortmund	50,-	Bi + An., Hamburg	500,-
U.K., Hamburg	35,-	BO Altona, KB Gruppe Hamb.	100,-
H.R., Berlin	50,-	BO Altona, KB Gruppe Hamb.	25,-
H.St., Bremen	100,-	G.C., Hamburg	100,-
B.L., Hamburg	100,-		
W.G., Basel/Schweiz	20,-		
M.B., Clausthal Zellerfeld	200,-		

Spendenaufruf

Trotz des bisherigen guten Ergebnisses der Spendenaktion sind wir allerdings noch weit davon entfernt, aus dem Schneider zu sein. Das dicke Minus von DM 20.000,- pro AK-Ausgabe drückt uns weiterhin. Wir sind daher nach wir vor auf die Solidarität aller AK-Freunde angewiesen: Spenden in jeder Höhe sind willkommen. Einzahlungen bitte auf das Konto des Reents-Verlages: Lerchenstraße 75; 2000 Hamburg 50

Dresdner Bank Hamburg BLZ 2008000 Kto. Nr. 4518378 Stichwort AK-Spende	Postscheckkto. Hamburg BLZ 200 100 00 Kt. Nr. 240595-203 Stichwort AK-Spende
---	---

Formlos eingezogen

Wir landeten in Berlin-Schönefeld (Flughafen Ost-Berlin) und hatten einen schönen Urlaub hinter uns. Die DDR-Zollkontrolle machte uns dann um eine Erfahrung reicher: wir wurden beide gefilzt.

Die Bücher, die ich im Handgepäck dabei hatte, zogen sofort die Aufmerksamkeit des DDR-Zollbullen auf sich. Bettelheims „Klassenkämpfe in der UdSSR“ blätterte er durch, las das gesamte Inhaltsverzeichnis, konnte aber nichts Verdächtiges finden. Den „Spiegel“ beachtete er gar nicht. Nur Maos „Fünf philosophische Monografien“ nahm er an sich und verschwand für 10 Minuten. Als er wiederkam, meinte er nur, das Buch könne ich nicht wiederbekommen, es sei „formlos eingezogen“. „Formlos“ heißt ohne Quittung. Ich war verdutzt und fragte nach dem Grund. Diese Broschüre dürfe nach dem DDR Zollbestimmungen nicht eingeführt werden (was ich auch nicht wollte, da ich als Transitreisender gleich nach Westberlin durchfahren wollte).

Diese Argumentation kam mir zudem bekannt vor, wurden doch zahlreiche Oppositionelle in der DDR nicht offiziell wegen ihrer Meinung, sondern wegen Verstößen gegen Zoll- und Devisenbestimmungen verknackt. Nach einigem Rumdiskutieren erfuhr ich dann den wahren Grund: Die Broschüre enthalte „antisozialistische Inhalte!“ Begründen konnte er das zwar nicht, aber er empfahl mir, ich hätte doch Marx und Lenin als Urlaubslektüre mitnehmen können.

Bei B., die ebenfalls festgehalten wurde, lief das so ab: „Ich mußte den gesamten Inhalt meines Rucksacks auspacken. An meinen Büchern zeigte der Beamte das meiste Interesse. Jedes einzelne Buch wurde auf Impressum und Inhaltsverzeichnis geprüft, wobei er 3 Bücher (China 72 von Bettelheim und 2 Liederbücher vom KABD „Auf, auf zum Kampf“) beiseite legte. Auch mein persönliches Tagebuch wurde von dem Beamten Seite für Seite durchgeblättert. Ich teilte



KULTUR

Norbert Ney

Das Überflüssigste am Literaturbetrieb sind die Autoren

So überflüssig wie die Musiker für die Schallplatten und Cassetten werden, (in einer Zeit der stereo- und quadrophonen Wiedergabemaschinen, bei denen nur noch der optimale SOUND zählt — ein Kritiker hat das auch mal SCHOOND genannt — aber nicht mehr die Inhalte der jeweiligen — meist langweiligen — Klangbräusik), — so überflüssig werden mehr und mehr die Autoren für den Literaturbetrieb — sie selbst merken es nur zu allerletzt.

Ihre Geliebte, die Literatur, geht längst mit der neuen Zeit fremd.

Denn wichtig, wirklich wichtig sind ja — bei diesem allgegenwärtigen und übermächtigen Marktesetzen — nicht literarische Qualität oder „Stil“, sondern Verkaufsziffern, Marktwert, Absatzchancen, — also mehr oder weniger sensationsträchtige Stoffe und, noch weit wichtiger, prominente Autoren, oder — wie man das so nennt — „Namen“. Natürlich hat jeder einen Namen. Aber wer den hier, im Literaturbetrieb, geforderten „Namen“ haben will, muß eben schon Böll zum Förderer, Küchengast bei Grass, Terrorist im Untergrund und/oder Vitamin B haben oder sein — oder Gedichte schreiben, bevor er aus den 9. Stock springt. (Den Avisierungsruf bei BILD vorher nicht vergessen!).

Man nehme: Einen ehemaligen Boxweltmeister, Fußballkaiser, exzentrischen Schauspieler oder skandalbehafteten Lustgreis, einen verstorbenen Politiker oder eine Leinwandmire, deren Busen auf jedem Kinoplakat aushängt, — jage einen Verlags-spezialisten mit dem Tonbandgerät dorthin, kurbele kräftig an der Reizworttrommel und gebe ihr ein wenig schmutzige Wäsche bei — und fertig ist der neue Bestseller! Auch die PR-Aktionen sollten natürlich auf die jeweilige Eigenart und Beschaffenheit des einzelnen Images dieser Zugpferde in Buchform eingestimmt sein. Eine solche PR-Aktion sieht dann etwa so aus: (Zitat)

„...nachtsahnende, brave Bürger glauben an einen Sonnenstich: Eben noch in ihren üblichen Urlaubskleider aus: (Zitat)

„...nachtsahnende, brave Bürger glauben an einen Sonnenstich: Eben noch in ihre übliche Urlaubslektüre vertieft (die Damen mit Brigitte, Nora, Elle und Schicksalsrom à la Mowig und Pabel — die Herren imagegerecht mit Kommissar X und Y und Western und BILD), ertönt plötzlich ein Getöse über ihren erhitzten Köpfen und dem Tumultorfer Strand, wie drohender Weltuntergang: Ein Hubschrauber kommt herab und landet geradewegs neben den urlaubenden Normalbürgern. Heraus steigt, wie von einem andern Stern — DER WEIHNACHTSMANN!!! Kommt, verteilt Bücher an die staunenden Strandler und Bonbons mit Verlagsaufdruck an die Kinder — und: entpuppt sich als Werber für einen Buchproduzenten!“

„Träume haben ihren Preis“, heißt der denkwürdige Buchtitel, für den solchermaßen geworben wird. Für den Verleger (und den Autor?) scheint es der Preis zu sein, sich als Kulturclown marktschreierisch zu betätigen, lange bevor der eigentliche Markt der Bücher, die Frankfurter BUCHMESSE nämlich, im Herbst beginnt.

Aber: Große Dinge werfen auch lange Schatten und: Wenn die Buchmesse nur halb so großartig wird, wie es der Schatten verspricht, den sie im Frühjahr schon geworfen hat, dann muß man sich auf einiges gefaßt machen! Vor allem aber sollten die Autoren Nerven und Kraft sammeln — und mit wirklich allem rechnen. Auch damit, daß sie hinterher nur noch die TOREN sein werden...

Kaum habe ich diesen erschütternden Gedanken zuende verfolgt, da klingelt's an meiner langen Leitung. Ein alter Freund, und in der deutschen Verlagsszene immer wieder erstaunlich Eingeweihter, überrascht

mich mit der unvermittelten Frage:

„Mein Lieber, was würdest Du tun, wenn Du, sagen wir mal, den neuen Böll ‚anzuwerben‘ hättest?“ „Wie — was — Böll? Fürsorgliche Belagerung?“ „Ja genau. Du erinnerst Dich doch an meine Prophezeiungen vor ein paar Jahren?“ „Das mit dem Habe, Härtling und Hesse und so?“ „Na, endlich ist der Groschen gefallen! Was die PR-Büros der Verlage damals so aufgezogen hatten war ja alles kalter Kaffee! Das war ja noch gar nix...“

„Na hör mal! Den Habe damals — kurz vor seinem Tod — seinem Buchtitel entsprechend mit der Gondel von München nach Frankfurt zu schippen und dort im Zentrum der Buchmesse landen zu lassen — das war ja schon infam genug!“

„Was heißt hier infam! Werbung ist alles. Werbung, sagt ein gewitzter Kollege von mir immer, Werbung ist nie Betrug. Betrug ist höchstens das Produkt, für das geworben wird, wenn es nicht hält, was die Werbung versprochen hat...“ „Jaja, die Sprüche kenn ich mittlerweile. Aber wenn Härtling als Hölderlin verkleidet durch die Messehallen ziehen soll und wirres Zeug reden und öffentlich masturbieren muß, während er die große Hölderlin'sche Szene mit Wilhelm Kirms vorführt — nee, danke! Da wird mir kotzübel von Werbung, nicht von Hölderlin!“

„Du wirst gute Nerven brauchen, mein Lieber. Das waren ja nur laienhafte, provinzielle PR-Gags gegen das, was in den nächsten Jahren an amerikanisierter PR-Gigantomanie auf uns zukommt! Die Buchmesse wird zum riesengroßen Werbezirkus werden. Allein deshalb werden schon einige Millionen Bürger mehr hinpilgern...“

„Das ist mir ziemlich wurscht. Ich befürchte nur, daß all diese ‚Pilger, wie Du sie nennst, auch den GLAUBEN AN DIE Produkte aufbringen werden!“ „Ja klar, der Buchmarkt muß ja auch mindestens 10 % Umsatz zulegen, um all die Werbekosten wieder reinzuspielen! Oder was meinst Du?“

„...Ja klar, der Buchmarkt muß ja auch mindestens 10 % Umsatz zulegen, um all die Werbekosten wieder reinzuspielen! Oder was meinst Du, was die DTV-Aktion in diesem Jahr Unsummen verschlingt? DTV hat sein neues Lexikon originaltreu in 100facher Vergrößerung nachbauen lassen, Kunststoff und Holz, stell Dir mal vor: 24 Bände, die 320 Meter hoch in den Frankfurter Himmel ragen werden und gleichmäßig als Türme über die gesamte Innenstadt verteilt sind! Aber es kommt noch schöner: Der INSEL-Verlag wird mitten im Ausstellungsgelände eine Bücher-Insel bauen, aus richtigem Süsseesand, und drumrum wird ein echter Wasserkanal gebaut, durch den die Verlagsautoren mit ihren neuesten Büchern schwimmen müssen, um dann von der Insel aus Lesungen abzuhalten. Und derselbe Verlag bringt aus Anlaß der Herausgabe von Hesses Gesamtwerk ein überdimensionales Glasperlenspiel nach Frankfurt, das an unsichtbaren Magnetschienen unablässig durch die Messehallen rollt und außerdem als riesige Ballonkonstruktion über der City schweben wird!“

„Ich kotze gleich, wenn Du nicht sofort aufhörst, Alter!“ „Na na, wer wird denn bei Werbung so empfindlich sein. Bist Du wirklich so naiv zu glauben, daß wir von den amerikanischen PR-Tricks verschont bleiben werden? Nach dem sprichwörtlichen Literaturzirkus der letzten Jahre muß denen doch eine Steigerung einfallen. Wenn der Zwerenz vor vier Jahren noch brav in einer Büchertram geleitet hat, von Bornheim bis Nordend, dann mußte doch Frisch zumindest im Jet zwischen Basel und Frankfurt reitieren, ist doch nur logisch! Und der Kolbe, wenn er sein Buch noch schafft, d.h. wenn er's — bei den letzten Ruderleistungen — überhaupt

noch schreiben darf, wird mit fünf Ringen unter den Augen in seinem Ruderdress antanzen müssen und in einem ferngesteuerten, elektronisch betriebenen Kanu durch die Masse der Messe rauschen und unermüdlich signieren. Und wenn dem Messner nicht grade im Himalaya irgendwo der Arm abfällt vor Kälte — in Frankfurt schaffen seine Termine das dann ganz lässig!“

„Sonst noch was auf Lager?“

„Also, ich will ja nicht für Deinen allzufrühen Herzinfarkt verantwortlich sein, aber da gibt's doch noch einige interessante Aspekte, die mir so zu Ohren gekommen sind. Wir knobeln grade in unserer Agentur z.B. an einem Werbefeldzug für Dietrich Thurnau. Der soll, auf einem überdimensionalen goldenen Rad sitzend, in voller Montur rumfahren und Werbezettel in die Menge werfen und ständig den Titel seines Buches rufen, das grade noch geschrieben wird: Die krumme Tour. Und nachdem Kiepenheuer & Witsch schon ein Buch von Baader und Ensslin in Arbeit hatten, was ja nix wurde, du weißt schon, der Selbst, äh, Mord damals, haben die ihre Idee für Bölls ‚Belagerung‘ wieder rausgeholt aus der Ideenschublade und machen nun, mit Genehmigung der Karlsruher Richter, einen Original-Baader/Meinhof-Banküberfall auf den K&W-Stand in Frankfurt, der aus Beton und Gitterstäben gebaut werden soll...“

„Wirklich, seehr originell!“ „Nun ja, eben Hollywood. Aber du weißt ja: Wer da heute bei der Buchmesse nicht einen Riesenrummel veranstalten kann, der könnte ja genauso gut gleich daheim bleiben und über einen neuen Beruf nachdenken, denn in Frankfurt verkauft er ja sonst eh nix! Und die Buchhändler sieht man ja auch kaum noch auf der Messe, die sind ja noch exotischer geworden als die leibhaftigen Autoren.“

Sowas wie Muhamed Ali, Thurnau, Härtling: d a s wollen doch die Leute sehen, — und die Presse will doch auch was zu schreiben haben. B ü c h e r kaufen die Leute doch Härtling: d a s wollen doch die Leute sehen, — und die Presse will doch auch was zu schreiben haben. B ü c h e r kaufen die Leute doch nur noch für ihr Regal! Oder nimm Dir doch den Kohl von der CDU. Den sieht doch keiner, so blaß wie er ist, wenn die Partei nicht gleichzeitig 50 bis 100 KBWler anheuert, die ihn öffentlich mit Tomaten bewerfen!...“

„Tja, wenn das so ist, dann bin ich ja jetzt richtig gespannt, was der Ullstein-Verlag mit dem Max Schmeling vorhat und was sich Rowohlt erst einfallen lassen wird, um dieses Buchmonster von Raymond/Moody ‚Leben nach dem Tod‘ unter die Lebenden zu bugsiern und, tja, was macht Suhrkamp mit Karin Struck und ihrem Buch ‚Lieben‘, damit das plastisch und verkaufswirksam vorgestellt wird? Tut die sich mit Simmel zusammen, damit er seine ‚22 Zentimeter Zärtlichkeit‘ demonstrieren kann?“

„Geduld, nur Geduld, Alter! Wird sich alles noch finden. Du siehst also, wie Ihr mit Euren Klein- und Alternativverlagen im Hintertreffen seid! Wenn Eure Gegenbuchmesse nicht zur Provinzschau werden soll, müßt Ihr Euch schon noch was einfallen lassen! Kein Wunder bringt Ihr's zu nix...“

„Sag mal —“ werfe ich leise ein, „was meinst Du, was war zuerst da: Die Henne oder das Ei?“ „Wie — was soll denn das jetzt, spinnst Du? Soviel ich weiß wissenschaftlich noch nicht schlüssig erwiesen...“ „Nun ja. Ich überleg mir nur grade, ob eigentlich erst das Buch oder zuerst die Werbung da war. Sieht jedenfalls ganz so aus, als sei die Henne, also die Werbung zuerst da gewesen!“

„Wie kommst Du denn darauf?“ „Na, — kann denn ein Ei etwa krähen?“

Norbert Georg

W.Herzog zwingt Indianer Zwangsarbeit darzustellen

Während in der Bundesrepublik die neuesten Filmproduktionen des ehemaligen „Jungfilmers“ Werner Herzog gefeiert werden, sein Werk als künstlerisch wertvoll und er selbst als begabt und erfolgreich eingestuft wird, erreichen uns aus Peru Nachrichten über diskriminierende, brutale und folgenschwere Methoden und Menschenrechtsverletzungen gegen Indianer, die Herzog und seine „Wildlife Films S.A.“ (Peru) zur Realisierung eines Films im peruanischen Amazonasgebiet anwenden.

Bei den Aguarunas (1), am Ort des historischen Geschehens und am Rio Marañon — wo Herzog bereits den „Aguirre“ gedreht hatte — soll ein Film über das Leben des „cauchero“ Fitzcarrald gedreht werden, der um die Jahrhundertwende als einer der größten Kautschukbarone zu unermeßlichem Reichtum gelangte, indem er die Aguarunas und andere Indianergruppen versklavte und sie mittels Zwangsarbeit, Verschuldung, Strafexpeditionen und Terror zur Ausbeutung des so begehrten Rohstoffs zwang, der für die industrialisierten Länder Entwicklung, für die Indianer aber Elend, Tod und ökologische Zerstörung bedeutete.

Bereits im Februar dieses Jahres wollte die „Wildlife Films“ in WAWAIM, einer Aguaruna Gemeinschaft, mit den Vorbereitungen für Dreharbeiten beginnen. Benötigt wurden unter anderem „ca. tausend langhaarige Indianer“ (2), Lebensmittel und entsprechendes Terrain zum Bau eines Camps.

Aber die Aguarunas von WAWAIM, zusammen mit 50 anderen Dorfgemeinschaften im „Consejo Aguaruna y Huambisa“ organisiert, lehnten jede Zusammenarbeit ab. Ihnen genügte nicht die Erlaubnis irgendeines Obersten des peruanischen Heeres (3), die ihnen die Filmemacher vorzeigten, ihnen war die Art und Weise zuwider, wie man sie und ihr Territorium ohne ihre Zustimmung benutzen wollte, und sie weigerten sich unter dem staatlich festgelegten Mindestlohn für Herzogs Film A.G. die Komparsen zu spielen.

Warum sollten sie in einem Film über einen ihrer größten Unterdrücker mitwirken, der Aguarunas versklavt und vernichtet hatte? Warum sollte eine ausländische Filmgesellschaft ihnen und ihrer Sache Vorteile bringen, wo doch bisher alle Eindringlinge (Missionare, Abenteurer, Ausbeuter, Militär und Staatsapparat) vorwiegend zum eigenen Wohl und Nutzen und zum Schaden der Aguarunas den Fortschritt brachten?

Skepsis war angebracht, denn die amazonische Pipeline zur Pazifikküste geht direkt durch das Gebiet der Aguarunas, die vor allem die negativen Auswirkungen während des Baus und danach zu spüren bekamen. Die Filmer respektierten nicht den Willen der Indianer und versuchten mit allen Mitteln, während des Baus und danach zu spüren bekamen. Die Filmer respektierten nicht den Willen der Indianer und versuchten mit allen Tricks, doch noch ihr Ziel zu erreichen, obwohl ihnen die Aguarunas den Zugang zu ihrem Gebiet verboten und verschiedene staatliche Stellen davon informiert und um Hilfe gebeten hatten. „Trotz Verweils aus unserem Territorium versuchte das Unternehmen Hilfe bei unseren Brüdern, Händlern und Militärs zu erkaufen“. (4). Am 5. Juli 1979 kam Werner Herzog in das besagte Dorf, wo ihm die Gemeindeversammlung Filmverbot gab und es ablehnte, für ihn zu arbeiten. Daraufhin drohte Herzog damit, Indianer und notwendige Statisten aus anderen Gebieten zu holen.

Als auch Verleumdungen (die Aguarunas seien aggressive Kommunisten etc.) nichts halfen, scheute sich Herzog nicht, das Militär einzuschalten, um sein Ziel notfalls mit Gewalt zu erreichen.

Am 13. Juli 1979 wurden die Comuneros der Aguaruna Gemeinschaft bei ihrer gerade stattfindenden Versammlung unfreiwillig gestört: der Kapitän Cristobal Arevalo drang mit Soldaten der Grenzgarison Chavez Valdivia ins Dorf ein, versetzte durch Schüsse (in das Dach des Versammlungsgebäudes) die Bevölkerung in Angst und Schrecken, ließ mit Gewalt gegen protestierende Aguarunas vorgehen und erzwang einen Arbeitsvertrag zwischen dem Dorf und Herzogs Film A.G. Den Cineasten wurde anschließend eine militärische Schutztruppe überlassen, und um ganz sicher zu gehen, wurden die Wortführer der Comunidad verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

„Wir wissen jetzt, daß Fitzcarrald und Herzog sich ähnlich sind“ schreiben die Aguarunas, nachdem ihre Rechte mißachtet, ihre Brüder inhaftiert und sie nicht wie menschliche Wesen behandelt wurden. (Vielleicht haben die Aguarunas durch ihre Erfahrungen mit W. Herzog und ohne seine Filme zu kennen, erfaßt, daß dessen exzentrische und menschenverachtende Protagonisten wie der Aguirre oder Fitzcarrald biographische Züge ihres Verfilmers tragen).

Das CIPA (Centro de Investigacion y Promocion Amazonica), ein Zentrum zur Förderung und Erforschung des peruanischen Amazonasgebietes und seiner ethnischen Minderheiten, wendet sich in einem dringenden Appell vom 17. August 1979 an die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und bittet um weltweite Solidarität und Unterstützung gegen das gravierende Vorgehen der „Wildlife Films A.G.“ von Werner Herzog gegen das Volk der Aguarunas.

Um zu erreichen, daß die offiziellen peruanischen Stellen etwas unternehmen und die vier inhaftierten Aguarunas befreit werden, bittet das CIPA um Solidaritätsbriefe und die Verurteilung der Aggressionen an folgende Adressen:

Senor Director General de SINADI
Jr. Union 264
Lima, Peru

Senor Ministro de Agricultura
8va. Cuadra Av. Salaverry
Lima, Peru

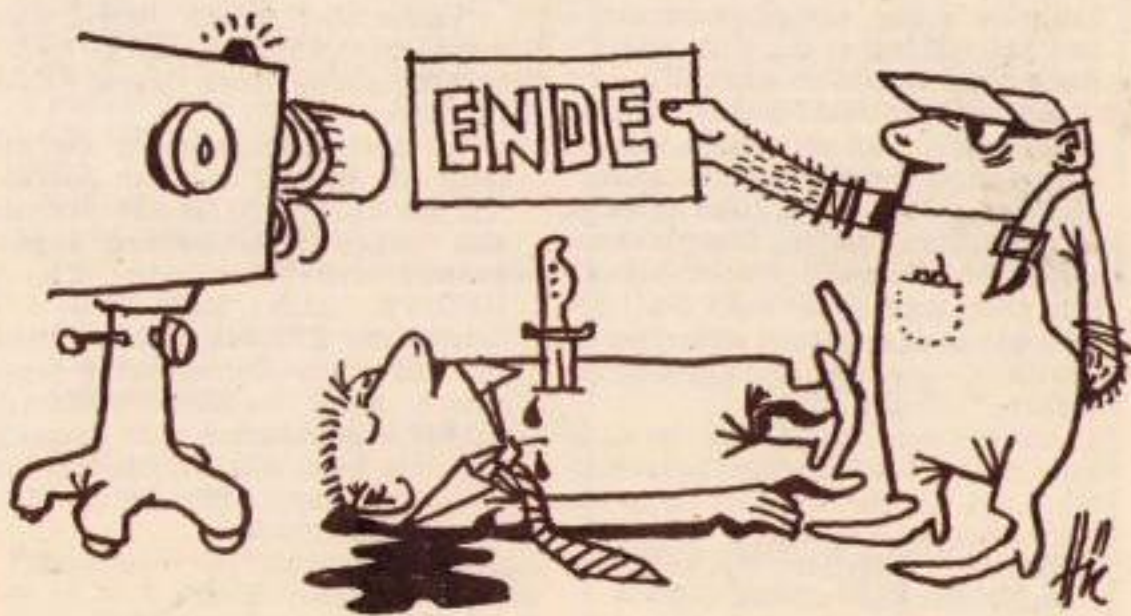
Senor Embajador de la Republica Federal Alemana
Embajada Alemana
Av. Arequipa 4202
Miroflores-Lima, Peru

Consejo Aguaruna y Huambisa
Apartado 486
Chiclayo, Peru

Anmerkungen:

Anmerkungen:

- (1) die Aguaruna besiedeln eine Zone im Nordosten des peruanischen tropischen Regenwaldes an der Grenze zu Ecuador und gehören zusammen mit den Huambisa (Peru), Achaal (Peru) und Shuar (Ecuador) zur ethno-linguistischen Gruppe der Jibaro Indianer.
- (2) aus: La Cronica, Lima, 14.8.79, S. 7, auch in der zweiten großen Tageszeitung Perus (El Comercio) erschien am 15.8.79 ein Artikel über den Umgang W. Herzogs mit Mitgliedern einer anderen Kultur.
- (3) In diesem Bescheid vom 10.1.1978 (Oficio Nr. 007-78-OCI/CPC) gab der besagte Heeresoffizier im Namen der „Filmförderungs-Kommission“ (seiner eigenen Schöpfung) die Filmlaubnis und bot der „Werner Herzog Film Produktion“ jede Unterstützung für das Filmprojekt an.
- (4) aus einem Brief des „Consejo Aguaruna y Huambisa“ vom 16.8.79.



Rock gegen Strauß in Bremen?

Am 25. September tritt der neue CDU-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder auf einer Versammlung in Norddeutschland auf: im Rahmen des Bremer Bürgerschaftswahlkampfes spricht er in Bremen und Bremerhaven für die CDU. In beiden Städten sind Demonstrationen gegen den Strauß-Besuch in Vorbereitung. In Bremen wird die Vorbereitung einer Initiative „Rock gegen Strauß“ diskutiert. Wir sind der Meinung, daß die demokratisch-antifaschistische und linke Bewegung Norddeutschlands die Bremer Aktivitäten unterstützen sollte.

DKP spaltet demokratischen Kampf – RGR = Parteiladen?

Schweren Schaden hat die DKP am 30.8. den Bemühungen um eine breite Aktionseinheit demokratischer und antifaschistischer Kräfte im Kampf gegen Rechts zugefügt. Auf Verhandlungen um die Vorbereitung eines „Rock gegen Rechts“-Konzerts am 29./30. September gegen das Auftreten der neofaschistischen NPD im Bremer Bürgerschaftswahlkampf (am 22.9. will sie eine „Großkundgebung“ abhalten, am 29./30.9. will sie in Bremen den von den Alliierten in Westberlin verbotenen Parteitag ihrer Westberliner NPD abhalten) bewiesen die DKP/SDAJ und ihr nahestehende Kräfte abermals, daß sie die Aktion „Rock gegen Rechts“ für ihren Parteiladen benutzen wollen. Alle Bemühungen anderer linker und demokratischer Personen und Organisationen, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen, wurden einfach ignoriert. Den etwa 25 Einzelpersonen und Vertretern von Organisationen (darunter: Jungsozialisten, Jungde-

mokraten, TAZ-Initiative Bremen, KB, „KPD“, DAG-Jugend, Naturfreundejugend, Alternative Liste, verschiedene Initiativgruppen, Buchläden und Musikgruppen) saßen etwa 60 mehr oder weniger der DKP angehörende Kräfte gegenüber (die bereits vor Versammlungsbeginn den Raum füllten), die jede Forderung nach einer gemeinsam getragenen Aktion abgelenkten. Damit bestätigte sich, was ein Teil der Nicht-DKP-Kräfte bereits vor drei Wochen in einem offenen Brief befürchtete: die DKP will machtpolitisch der demokratischen Bewegung in Bremen ihr Vorgehen aufzwingen.

Im Juli war eine Bremer Initiative „Rock gegen Rechts“ (nicht zu verwechseln mit RGR e.V. oder dem Frankfurter Aktionsbündnis) aufgetreten und bot der demokratischen Bewegung Bremens eine Unterstützung ihres fertigen Aufrufs und ihrer bereits festgelegten Organisation der Aktion an. Nachdem verschiedene Nicht-DKP-Kräfte versucht hatten, eine gemeinsame Mitarbeit herzustellen, veröffentlichten sie einen offenen Brief, der dieses Vorgehen kritisierte und erreichte, daß gemeinsam verhandelt wurde. Es erschien ein erneutes Flugblatt, auf dem ein breites Spektrum von Unterzeichnern ein Bündnis repräsentierten, das selbst die Breite der Frankfurter Anti-NPD-Aktion übertraf, einmalig für die Verhältnisse in der BRD. Ein Plenum zur gemeinsamen Vorbereitung wurde für den 30.8. vereinbart. Auf dem Plenum lehnte die DKP-Mehrheit ab:

– die Forderung nach gleichberechtigter Vorbereitung der Aktion durch Öffnung des achtköpfigen (DKP-beherrschten) Vorbereitungsausschusses (diese Forderung stellten Jungsozialisten, TAZ-Initiative, Naturfreundejugend und KB) – unter Hinweis da-

rauf, daß die Aktionsplanung festliege, wurden solche Forderungen als „spalterisch“, „machen die Arbeit kaputt“ etc. diffamiert. Stattdessen forderten sie: jeder kann unter den gegebenen Bedingungen mitmachen.

Die Vertreterin der DAG-Jugend legte daraufhin wegen der DKP-Manipulierung der Versammlungsleitung ihr Mandat nieder, die Nicht-DKP-Kräfte verließen unter Protest den Saal. Umgehend haben mittlerweile Teile von ihnen einen offenen Brief gegen die Spaltung der RGR-Aktion durch die DKP herausgegeben, der unterzeichnet ist von: TAZ-Initiative, DAG-Jugend, Alternative Liste, Info-BuG, Buchladen im Ostertor, KJVD, FAU, Initiative für ein Kommunikationszentrum Neustadt, KB, Naturfreundejugend und den Musikgruppen Spokane und Likedeckers.

„Rock gegen Rechts e.V.“ war mit einem Vertreter auf der Sitzung anwesend und hat seine „volle Unter-

stützung“ für eine große antifaschistische Aktion in Bremen zugesagt. Der Landesvorstand der Jungdemokraten (der sich ebenso wie die Jusos zum weiteren Vorgehen noch nicht geäußert hat), hat einen Beschluß gefaßt, die RGR-Aktion der DKP nicht zu unterstützen, wenn auch nur eine Gruppe ausgeschlossen wird.

Damit hat die DKP sich wiederum ins bündnispolitische Abseits gestellt und wird jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, daß eine große antifaschistische Aktion in Bremen ohne sie stattfinden wird, wenn sie nicht bereit ist, sich an minimale demokratische Spielregeln zu halten. Die Unterzeichner des Flugblatts gegen die DKP-Spaltung rufen zu einem Vorbereitungsplenum auf: Montag, 3. September, 19.30 Uhr Büro der ALTERNATIVEN LISTE Weberstr. 18, Bremen.

KB/ Gruppe Bremen

Open-Air-Festival

„Umsonst & Draußen“ Rissen '79

Am 14./15.9. findet in Hamburg-Rissen in der Rissener Kiesgrube (an der B 431 zwischen Rissen und Sülldorf) das erste Hamburger „Umsonst & Draußen“-Festival statt.

Veranstaltet wird das Konzert von der JUGENDINITIATIVE FREIZEITZENTRUM RISSEN e.V. in Zusammenarbeit mit „Rock gegen Rechts e.V.“ und der Bunten Liste.

Dieses Festival ist umsonst, geboren aus den Erfahrungen, die um die Vlotho-Festivals gemacht wurden. „Wir wehren uns gegen die Ghettoatmosphäre der herkömmlichen Festivals, bei denen man unter ausgiebiger Bewachung durch aggressive Ordner und Polizei in einem stacheldrahtumzäunten Käfig herumhängt, kriminelle Eintrittspreise und horrendes Getränkepreise bezahlen muß, wo Publikum und Bühne durch Blockade getrennt werden und wo mal eben „rübergelutete“ Stars beziehungslos ihre Shows ablassen. Umsonst ist draußen. Statt der perfekten Organisation und einer unlebendigen Atmosphäre setzen wir dieser Konsummaschinerie ein Fest entgegen, zu dem jeder kommen kann, bei dem jeder mithelfen kann ...“ (aus der Pressemitteilung der Veranstalter).

Was diese Konzert- und Theaterveranstaltung von bisherigen dieser „Wir wehren uns gegen die Ghettoatmosphäre der herkömmlichen Festivals, bei denen man unter ausgiebiger Bewachung durch aggressive Ordner und Polizei in einem stacheldrahtumzäunten Käfig herumhängt, kriminelle Eintrittspreise und horrendes Getränkepreise bezahlen muß, wo Publikum und Bühne durch Blockade getrennt werden und wo mal eben „rübergelutete“ Stars beziehungslos ihre Shows ablassen. Umsonst ist draußen. Statt der perfekten Organisation und einer unlebendigen Atmosphäre setzen wir dieser Konsummaschinerie ein Fest entgegen, zu dem jeder kommen kann, bei dem jeder mithelfen kann ...“ (aus der Pressemitteilung der Veranstalter).

Was diese Konzert- und Theaterveranstaltung von bisherigen dieser

Art unterscheidet, ist die Vielfalt der Unterstützer (BuLi, Jungdemokraten, Jusos, Falken usw.) und die Zielsetzung, vielen Initiativen die Möglichkeit zu geben, durch Info-Tische, Straßentheater o.ä. über ihre Arbeit zu berichten.

Wenn man bedenkt, daß die bisherigen „Umsonst & Draußen“-Festivals die Politik draußen ließen, so ist Rissen sicher ein Fortschritt auf diesem Gebiet. Es ist auch geplant, während des Festivals u.a. eine Diskussion mit den Musikern stattfinden zu lassen über ihre Musik, ihre Ansprüche, Sinn und Zweck von alternativer Kultur etc.; ebenso wird versucht, Themen anzureißen wie z.B. die weitere Zusammenarbeit der Unterstützer in Fragen der Kultur, der Jugendarbeit u.v.m.

Wir bitten diejenigen Initiativen und Organisationen, die Stände oder Straßentheater oder dergleichen machen wollen, sowie alle Interessierten, sich zu melden bei:

Jugendinitiative Freizeitzentrum Rissen e.V. c/o Jürgen Reimer
Osdorfer Landstraße 9
2000 Hamburg 52
Tel.: 040/82 05 01

2 Genossen, BO-Altona, KB/ Gruppe Hamburg

den Musikern stattfinden zu lassen über ihre Musik, ihre Ansprüche, Sinn und Zweck von alternativer Kultur etc.; ebenso wird versucht, Themen anzureißen wie z.B. die weitere Zusammenarbeit der Unterstützer in Fragen der Kultur, der Jugendarbeit u.v.m.

Wir bitten diejenigen Initiativen und Organisationen, die Stände oder Straßentheater oder dergleichen machen wollen, sowie alle Interessierten, sich zu melden bei:

Jugendinitiative Freizeitzentrum Rissen e.V. c/o Jürgen Reimer
Osdorfer Landstraße 9
2000 Hamburg 52
Tel.: 040/82 05 01

2 Genossen, BO-Altona, KB/ Gruppe Hamburg



UMSONST ZUSAMMEN DRAUSSEN
FESTIVAL IN HAMBURG-RISSEN
14./15.9.79 → RISS. KIESGRUBE

MITMACHEN WERDEN: THYL, ALCATRAZ, NADIR (Hamburg), BANANAS GROOVE BAND (München), ROTGLUT (Konstanz), MISSUS BEASTLY (Göttingen), THRI-SAPTA (Eulda), THE ROTATORS (Minden), HAMMERFEST (Vlotho), HIGH CRACK (Sulzheim)

MATHOM THEATER (Melle), THEATER WEDEL, CACO'S THEATERGANG (Krefeld) UND REMI (Hamburg), U.A.

V.i.S.d.P.: Jan Rehfeldt Klostertw. 119
2000 Hamburg 38
Tel. 040 81 75 94
Herausgeber: Jugendinitiative Freizeitzentrum Rissen e.V.

Hannover: SDAJ will alle austricksen

Bereits im AK 159 war unter der mehr als treffenden Überschrift „Rock für die DKP ... und die Bewegung ist passé!“ nachzulesen, wie sich SDAJ und DKP zur Zeit emsig bemühen, Rock gegen Rechts zu einem neuen Markenzeichen ihrer Partei zu machen.

Traurige Höhepunkte feiern diese Bemühungen mittlerweile in Hannover, wo sich die SDAJ (als „Salvador Allende Club“ verkleidet) als König der Trickserie profiliert.

– und die Abmachung, daß zwei Drittel des Plakates für das erste Konzert, ein Drittel (an Platz) für das zweite werben sollte, ist derartig großzügig von der SDAJ zu ihren Gunsten angelegt worden, daß man sich fragt, ob die Jungs beim Geometrie-Unterricht genauso gepennt haben wie in der Stunde, als was in puncto Demokratie dran war.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die SDAJ'ler mit diesem Verhalten weiterhin durchsetzen können, ohne in

Hannover: SDAJ will alle austricksen

Bereits im AK 159 war unter der mehr als treffenden Überschrift „Rock für die DKP ... und die Bewegung ist passé!“ nachzulesen, wie sich SDAJ und DKP zur Zeit emsig bemühen, Rock gegen Rechts zu einem neuen Markenzeichen ihrer Partei zu machen.

Traurige Höhepunkte feiern diese Bemühungen mittlerweile in Hannover, wo sich die SDAJ (als „Salvador Allende Club“ verkleidet) als König der Trickserie profiliert.

Hatte man in Frankfurt noch durch vornehme Abwesenheit glänzt, wurde doch nach dem 17.6. der Parteiladen mobil gemacht und an die vermeintliche Spitze der Bewegung gespart. Ohne auch nur ein Wort mit dem hannoverschen RGR-Kreis, der die Frankfurt-Vorbereitungen in Hannover getragen hatte, zu wechseln, wurde klammheimlich die Niedersachshalle angemietet und dies in den folgenden Auseinandersetzungen eiskalt als Druckmittel eingesetzt. Die „Doppelstrategie“ der SDAJ beinhaltet praktisch drei Schritte: zunächst allein die Weichen stellen; dann pro forma auf Vorschläge eingehen, um die Musikgruppen für das eigene Konzert zu gewinnen; dann wieder von sämtlichen Zusagen abrücken. Frei nach dem Motto „Die Halle ist gemietet, es war eindeutig unsere Initiative“ ließ man andere interessierte Gruppen und Initiativen auflaufen und schlug munter ein Schnippchen nach dem anderen:

– Entgegen den ersten Abmachungen nennt das Aufrufflugblatt und Plakat nicht alle unterstützenden Gruppen beim Namen, sondern nur den Salvador Allende Club und R & T - Verlag (hannoversches Stadtmagazin „Schädelpalast“). Nicht eine Silbe verrät, daß eine Reihe von Organisationen und Jugendzentren ebenfalls was mit Rock gegen Rechts zu tun hat!

– Das von der SDAJ angelinkte und ausgetrickste Aktionsbündnis, das im Anschluß an das Konzert in der Niedersachshalle eine antifaschistische Aktionswoche und ein Abschlussspektakel durchführen will, taucht namentlich überhaupt nicht auf. Das Abschlussspektakel wird – sicher versehentlich? – zu einer „Abschlussveranstaltung“ umgemodelt.

– Ein Hinweis darauf, daß das Konzert in der Niedersachshalle Auftakt, das zweite Konzert nach der Aktionswoche Abschlussspektakel eines gemeinsamen Vorgehens sein sollte, ist ebenfalls „vergessen“ worden,

– und die Abmachung, daß zwei Drittel des Plakates für das erste Konzert, ein Drittel (an Platz) für das zweite werben sollte, ist derartig großzügig von der SDAJ zu ihren Gunsten angelegt worden, daß man sich fragt, ob die Jungs beim Geometrie-Unterricht genauso gepennt haben wie in der Stunde, als was in puncto Demokratie dran war.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die SDAJ'ler mit diesem Verhalten weiterhin durchsetzen können, ohne in harte Auseinandersetzungen mit den hannoverschen Musikgruppen zu geraten, die sich in einem gemeinsamen Papier „Rock darf nicht entartete Kunst werden“ eindeutig für ein gemeinsames Vorgehen aller Gruppen aussprechen. Dort heißt es nämlich, die freie politische Betätigung aller antifaschistischen Gruppen sei Voraussetzung für die Durchführung der Veranstaltungen: „ansonsten werden die Konzerte sofort abgebrochen“.

Fest steht, daß die SDAJ nicht für fünf Pfennige daran interessiert zu sein scheint, die Aktionswoche und das Abschlussspektakel – wie ursprünglich zugesagt – zu unterstützen. Wie kommt man aus einer solchen „Verpflichtung“ heraus? Nun, indem man dreist die Parteilinie zur Voraussetzung jeden gemeinsamen Handelns erklärt wird, im vollen Vertrauen darauf, daß selbstverständlich keine Gruppe den friedliebenden Charakter der Sowjetunion, die segensbringende Entspannungspolitik und den antifaschistischen Charakter des Grundgesetzes unterschreiben will. Na schön, dann eben nicht, da kann es mit den Chaoten keine gemeinsame Plattform geben, also auch kein gemeinsames Vorgehen...

Leider sind jedoch diese Eskapaden nicht das einzige traurige Kapitel bei Hannovers Rock gegen Rechts-Initiativen!

In der Aktionseinheit, die sich lange um Einheit mit dem „Salvador Allende Club“ bemüht hat, tummeln sich neben verschiedenen Jugendzentren, den Falken, dem KB, der DFG/VK auch Uralt-MLer vom Schlage der KPD-ML und des KABD, die mit Rock gegen Rechts dezent gesagt, wenig im Sinn haben (der KABD ist inzwischen auch ausgestiegen). Da kann man nur hoffen, daß die hannoverschen Musiker den Rock hoch halten.

KB/Gruppe Hannover



Leserbrief

Der 17. Juni liegt ja nun schon 'ne Weile zurück, ebenso mein Artikel im Pflasterstrand (57) und ebenso die Kritik daran im AK 158, aber da die Diskussion um RGR im AK nach wie vor in aller Strenge geführt wird, möchte ich nun doch noch meinen Senf dazu geben.

Erst mal geht es weder um die Position DES Pflasterstrands oder gar DER Spontis (da seid ihr ja mit dem Eintreten immer flott bei der Hand), sondern nur um meine beschiedene Meinung.

1. Im Prinzip dreht sich die Auseinandersetzung um das Verhältnis zwischen Politik und Politik-Machern einerseits und Musik und Musikern andererseits. Ich weiß, daß es Musiker gibt, die gute, d.h. einfallsreiche und technisch qualifizierte Musik und dazu ausdrucksstarke (eindeutige, zweideutige, mystische, ehrliche, subjektive, sexistische, was weiß ich noch alles) Texte schreiben können und solche, die das nicht oder nur sehr mühsam können. Ersteren höre ich als aufrechter Musikkonsument lieber zu als der zweiten Gruppe. Natürlich gibt es auch Musikkonsumenten die lieber einer schlecht spielenden Gruppe zuhören, wenn nur ihre Texte „politisch“ sind und ihrem politischen Bewußtsein entsprechen. Mir liegen diese Gruppen nicht so.

Dazu Udo L. In einem Pardon-Interview (August-Nummer): „Frage: Warum machen so wenig gute Gruppen bei RGR mit? Udo: Weil leider viele Rockgruppen politisch nicht so bewußt sind und sich nicht im klaren sind, welche Funktion und Möglichkeiten sie in der Öffentlichkeit haben. Frage: Und warum machen die bewußteren oft so schlechte Musik und so platten Flugblatt-Rock? Udo: Weil die den Fehler machen, die Texte wichtiger zu nehmen, als die Musik. Leider ist es noch so, daß oft, wenn linke Texte gemacht werden, die Musik dann auch mit links gemacht wird.“

Soweit Udo, dem ich da zustimme, wenn ich an Oktober bzw. die Schmetterlinge denke...

Aber Rockmusik hat auch was mit Identifikation zu tun. Einer Band, einem guten bzw. einer guten Sängerin, dessen/deren Persönlichkeit mit in die Musik einfließt, (nenn' es mal wegen Charisma) und einer Band, der man ansieht, daß ihr das Spielen Spaß macht, nehme ich die Botschaft eher ab als einer Combo verblassener, langweiliger Gestalten, die Texte verbreiten, die eher einem Demoauftritt ähneln als einem Liedertext. Eigentlich doch einfach einzusehen, oder? 2. Zum Thema APO und Musik jener Zeit: Tatsächlich haben wir uns damals, vor 10, 15 Jahren anders, und zwar völlig mit der damaligen Musik der Stones und Doors, der Liverpooler Bands und der West-Coast-Freaks identifiziert. Sie waren, schien es uns, Teil unserer Bewegung, und in vieler Hinsicht waren sie es auch (denk mal an Janis Joplin oder Jim Morrison).

Aber auch heute gibt es verdammt viele gute MusikerInnen, die verdammt starke Texte schreiben: Springsteen, Patti Smith, Steely Dan, Joan Armatrading, Graham Parker, Sex Pistols (endlose Liste könnte folgen), aber zum Unterschied gehören sie einfach zum Konsum-Alltag wie die Zeitung und der Klobesuch. The Thrill is gone, würde der Bluesmusiker sagen. Ich kann mich heute mit Rockmusik, und sei sie noch so gut, nicht mehr auf dieselbe Art und Weise identifizieren wie vor 10, 15 Jahren, langweiliger Verstärker, die Texte verbreiten, die eher einem Demoauftritt ähneln als einem Liedertext. Eigentlich doch einfach einzusehen, oder? 2. Zum Thema APO und Musik jener Zeit: Tatsächlich haben wir uns damals, vor 10, 15 Jahren anders, und zwar völlig mit der damaligen Musik der Stones und Doors, der Liverpooler Bands und der West-Coast-Freaks identifiziert. Sie waren, schien es uns, Teil unserer Bewegung, und in vieler Hinsicht waren sie es auch (denk mal an Janis Joplin oder Jim Morrison).

Aber auch heute gibt es verdammt viele gute MusikerInnen, die verdammt starke Texte schreiben: Springsteen, Patti Smith, Steely Dan, Joan Armatrading, Graham Parker, Sex Pistols (endlose Liste könnte folgen), aber zum Unterschied gehören sie einfach zum Konsum-Alltag wie die Zeitung und der Klobesuch. The Thrill is gone, würde der Bluesmusiker sagen. Ich kann mich heute mit Rockmusik, und sei sie noch so gut, nicht mehr auf dieselbe Art und Weise identifizieren wie vor 10, 15 Jahren, und auch die Kids von heute konsumieren die Popmusik wie den Fernseher im Kinderzimmer und die Disco-Ausgeklammerten im eigenen Kleiderschrank. Kurz: Unsere Wahrnehmung in Bezug auf Rockmusik hat sich verändert (ebenso wie sich der Charakter der Rockmusik selbst gewandelt hat). Sie ist ein Konsumprodukt wie vieles andere geworden. Das hat immerhin den Effekt ihrer Entmythologisierung gebracht. Daher ist das mir in die Schuhe geschobene Argument, meine „Hoffnungen“ bezüglich einer „Musik von unten“ seien von Gruppen wie den Stones „enttäuscht“ worden, reichlich absurd (den Quatsch hab ich auch nie formuliert). Spätestens seit dem Ende der Hippie-Bewegung erfahren wir auf deutliche Weise, wie der kapitalistische Markt alles, was „von unten“ kommt, in sich aufnimmt wie ein Schwamm und verwertet; gleichzeitig wurde aber auch klar, daß dieser kapitalistische Markt erst die Rockmusik ermöglicht hat: ohne Kohle keine Musik und erst recht keine gute Musik. Und so gab es nie einen Grund, auf die Stones wegen einer schlechten Platte sauer zu sein aus „enttäuschter Hoffnung“, sondern allenfalls deshalb, weil sie z.T. eine zeitlang echten Scheiß produziert haben (Goat's Head Soup war so ein mieses Ding). Wer aus „enttäuschter Hoffnung“ sauer war, war aufgrund seiner Illusionen selber schuld dran. Doch wenn die Stones weiter solche Krainer wie „miss you“ bzw. Platten wie „Some Girls“ bringen, bleibt uns ne gute starke Band erhalten.

Nach wie vor glaube ich, daß ein Künstler sein eigenes Grab schaufelt, wenn er/sie seine/ihre Werke mit Politik verwechseln. Traurige Beispiele davon gibts genug. In der Tat bleibt das Verhältnis zwischen Politik und Musik (oder Kunst mehr) ein sehr delikates: ein zuviel an (Tages)politik bringt oft Plattehatten, Beirührungen oder Langeweile (muß natürlich nicht so sein), aber Lieder von Leuten ohne ein Bewußtsein von politischen und sozialen Vorgängen können denselben Effekt haben. Sympathisch finde ich, lieber frankfurter KB-Genosse, daß Du da auch kein Rezept an der Hand hast. Aber, um mal kurz anzudeuten, was ich mit diesen vielen Worten sagen wollte, höre Dir mal Neil Youngs „Southern Man“ genau an, und danach mehrheitlich die Schmetterlinge, vielleicht verstehst Du dann besser, was ich meine. Und nicht vergessen: The Beat Goes On!

Dr. Moped c/o Pflasterstrand

Rock gegen Rechts-LP erschienen

Ab Anfang September gibt es einen live-Mitschnitt des großen ROCK GEGEN RECHTS-Festivals am 16./17. Juni in Frankfurt. Obwohl ein solcher Mitschnitt nicht ganz unproblematisch ist — kann von der 'Atmosphäre' (Durchbrechung des Demo-Verbots, Verhinderung des Nazi-Treffens) überhaupt etwas 'überkommen'? Wie ist die musikalische Qualität? — haben viele Leute von Anfang an darauf gedrängt, eine LP zu produzieren. Das Ergebnis gibt ihnen in jeder Hinsicht recht. Die Scheibe, die jetzt rausgekommen ist, beweist noch einmal, daß das RGR-Festival auch in musikalischer Hinsicht ein einmaliger Höhepunkt war. Und was die Qualität der Aufnahme angeht, so hat es sich gelohnt, hier etwas mehr an Kosten zu investieren, damit der sound auch 'stimmt'. Fazit: Nicht nur aus 'Nostalgie'-Gründen empfehlenswert (das sowieso!), sondern vor allem auch für diejenigen, die in Frankfurt tragischerweise nicht dabei sein konnten.

Die Titel sind:

- Seite A
1. Missus Beastly: „Gorleben ist überall“
2. Misty: „In the Ghetto of the City“
3. bots: „Opstaan“
4. Straßenjungs: „Verkehr“
5. sog. Linksradikales Blasorchester: „Ich bin halt die Kotze aus deiner Glatze“

Seite B

1. Octopus: „Rubber Angel“
2. Frankfurt City Blues Band: „Going down“
3. Oktober: „Wütendes Modell Deutschland“
4. Hamburger Blues Rock Session: „Dust me broom“
5. Michael Sagmeister Trio: „Blue Bossa“
6. Schmetterlinge: „Das letzte Lied“

Die Gebrüder Engel sind aufgrund einer technischen Panne nicht mit dabei. Aus Sparsamkeitsgründen war nämlich beschlossen worden, Udo Lindbergs Auftritt nicht mitzuschneiden, da es bei ihm sowieso unmöglich war, die Rechte zu bekommen. Aufgrund einer mißverständlichen Ansage gingen die Techniker davon aus, daß Udo zusammen mit den Engelbrüdern auftreten würde und stellten daher bei deren Auftritt das Band ab.

Das Frankfurter Aktionsbündnis hat einen Endverkaufspreis von 15 DM kalkuliert. Die Einnahmen, die sich daraus für das Aktionsbündnis ergeben, werden zur Tilgung der leidigen Schulden verwandt (derzeit immer noch ca. 20.000 DM).

Die Platte ist beim Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50 zu erhalten.

„Trutz blanker Hohn“

Der Marschen liebste Kind, das Friesical, feiert Triumphe. Neiderfüllt blicken die anderen Bundesländer auf ihren nördlichen Bruder: Ist dieser Vorsprung überhaupt noch einzuholen? Henning Venske, Hein Hoop und Lonzo Westphal haben eine Szene aus dem Alltag der Friesen aufgezeichnet. Nein, nicht Schneesturm, wie jetzt vielleicht viele denken, sondern Sturmflut. Das Faszinierende dabei ist, wie es tatsächlich gelingen kann, die sprachlichen, geschichtlichen, philosophischen, musikalischen und ökologischen Aspekte dieser Kultur auf nur zweimal 23 Minuten einzufangen. Wer jetzt sagt, mehr haben die Nordlichter halt nicht zu bieten, soll doch in Bayern bleiben. Er hat nichts vom friesischen Wunder begriffen, das darin besteht, daß in diesem begnadeten Land ein einziger Satz — was sag ich: Halbsatz! — soviel wiegt wie anderswo ein ganzes Buch. Wie etwa am Beispiel des Fischers Harm Paulsen das Schicksal ganzer Generationen aufgerollt wird, läßt doch die alten griechischen Tragiker vergleichsweise kümmerlich erscheinen: „Harm Paulsen ging unfreiwillig von Bord, und er ritt auf einer Hochseekuh fort. Er hat noch einmal La Paloma gepfiffen und dann den Mors zusammengekniffen“.

Oder, aus aktuellem Anlaß sei's erwähnt, die Beziehungsproblematik. Meta Paulsen zu ihrem Liebhaber Kudde Meevs: „Du Kudde. Harm sagt, wir ham schon drei Kinder!“ Kudde zu Meta: „Es ist immer gut, Meta, eins über zu haben.“

Oder aber das tief verwurzelte

Mißtrauen der Friesen gegenüber dem Christentum. Der Pfarrer, dessen Grog zwar vorbehaltlos gelobt wird, muß sich dennoch den Vorwurf gefallen lassen, kein Hochseepatent zu besitzen. In diesem Land ist die Kirche eben noch nie aus der defensiven Ecke herausgekommen (siehe auch der Fall Bonifatius). Ein ausgesprochen aufklärerischer Standpunkt wird auch solchen Erscheinungen gegenüber bezogen, die außerhalb Frieslands irrtümlicherweise mit einem metaphysischen Flair umgeben sind: „Prost Schimmelreiter, Hoch die Tassen!“

Am Ende wirkt das ungetrübte Vertrauen der Friesen in die Dialektik der Naturkräfte gar nicht mehr überraschend. Die Flut stoppt die Umweltzerstörung, der blanke Hans stellt das ökologische Gleichgewicht wieder her. Kurz und gut, ein Ulk, der auch die anspruchsvollsten Saiten des Großhirns zum Mitschwingen bringt, ohne im mindesten intellektualistisch zu sein.

Musikalisch besteht das Friesical u.a. aus: Schlager, Chanson, Operette, Disco, Blues, Rock. Eine äußerst stimmige Mischung, die nicht weniger als der Text hält, was der Titel verspricht. Man überhört sich nicht so leicht an dieser Platte. Pläne kann froh sein, solche Kulturschänder unter Vertrag zu haben.

Nr. 88 152
Verlag Pläne GmbH, Postfach 827
4600 Dortmund 1

Prädikat: Ohauhauaha

Filmkritik Hair

Vor einigen Tagen wollte ich mir einen schönen Abend machen, einen netten Film sehen und anschließend ein Glas Wein trinken vielleicht. Ich habe mir „Hair“ angesehen — und mich hinterfragt, warum mich niemand vor diesem Machwerk gewarnt hat. Hair — als ich fünfzehn war, konnte ich sämtliche Liedertexte dieses Musicals auswendig und habe mit einiger Ernsthaftigkeit die Peace- und Flower-power-Botschaft des Stückes verteidigt. Daß so viele Jahre später in einer amerikanischen Verfilmung nicht mehr viel vom Aufbegehren einer Generation zu spüren sein würde, das war mir zwar klar, aber daß etwas derart Geschmackloses daraus entstehen könnte, hätte ich nie für möglich gehalten! Da verkommt Pazifismus und Vietnam-Gegnerschaft zu albernem Spaßchen mit Tanzeinlagen, Anklage („How can people be so heartless“ — für die älteren unter uns, die's noch kennen) wird zu trivial-schulziger Ehekrise heruntergespielt. Berger geht tatsächlich anstelle von Claude nach Vietnam — jaja, so kann aus harmlosen Späßen blutiger Ernst werden! —, und das Schlimmste an dieser geistlosen Hollywoodgeschichte, die

scheinbar unbedingt in das Stück hineingequetscht werden mußte: das Publikum kriegt die Kurve nicht weg von den platten Albernheiten zum traurigen Ende hin. Da wird noch gelacht, als Berger seine Sachen packen muß, um nach Vietnam geflogen zu werden, weil er nicht weiß, wie ein ausgebildeter Soldat seine Sachen zusammenkriegt und anzieht. Makaber. Makaber auch die Szene zum Titelsong, eine Tanzeinlage im Knast. Wie lustig da die Gefangenen umherhüpfen! Schade eben nur, daß sie nicht so langes Haar haben wie diese naiven Hippies, die übrigens nicht einen Deut Protest und aufrichtige Anklage ausstrahlen, sondern über ihre Frauen bestimmen, daß einem Hören und Sehen vergehen kann.

— Noch nicht einmal ein Film, den frau nach dem Motto „Ist ja alles so schön bunt hier“ (das ist's nämlich wenigstens) übergehen könnte, sondern dümmste, peinlichste, geschmacklose „Unterhaltung“.

Die klauen einem wirklich alles, sogar die schönsten Erinnerungen.

G./KB Hannover

P.P. Zahl zu Ludwig Fels' Gedichtband

„Alles geht weiter“

Das Recht auf Glück muß Gesetz in allen zukünftigen Büchern werden

Auf den Seiten 26/27 erwähnt er mich, ein Gedicht („Lieber P.P.“) ist mir gewidmet. Meine Bücher rezensierte er positiv. Darum — eine Gefälligkeitsbesprechung? Nein.

Angesichts der Bücherflut im Stile eines „Pragmatischen Gestus der neueren Alltagslyrik“ (Buselmeier), die nur zu oft in Beliebigkeit, Tristesse und x-te Wiederholung der Arbeits- und Überlebensschwierigkeiten bürgerlich erzogener Autoren mündet, scheint es mir angebracht, auf die Gedichte (und Prosa!) von Fels aufmerksam zu machen. Zum ehrlichen Mann, sagt Brecht, gehört die Werbetrommel. Rühren wir sie!

Wie kaum ein anderer ist Fels Dichter einer Klasse, jener Klasse, die von der marxistischen Forschung als „mobile Massenarbeiter“ (K. H. Roth/ital. „Operaisten“) bezeichnet wird. Seine — sehr persönlichen — Gedichte sind Ausdruck eines Klassenschicksals, reden stellvertretend für Millionen, jene verschwiegene Mehrheit, die von der bürgerlichen Bücherzirkulation ausgeschlossen und deren ästhetisches Bedürfnis bewußt mit Surrogaten abgefüllt wird.

Schreib von der Arbeit
rät man mir
dichte was von Fabrik
Geh zu
eine Menge Bürger sind geil
auf Nachrichten vom Fließband. (21)

In der Vita heißt es karg: Volksschule, Berufsschule, Malerlehre, Hilfsarbeiter. Nun schreibt er. Aber wovon lebt er? Fels sagt es. Er wird zunehmend schärfer, präziser, zorniger. Er läßt sich nicht kaufen. Als Autor von Soziologen von seiner Klasse getrennt, in gewisse Statistiken eingefüttert, bringt er mit den Mitteln einer anderen seine Klasse auf den Begriff, ihren Alltag, ihren Urlaub, ihre Wünsche, Sorgen, Träume, ihre ständige stumme Rebellion. In dieser Klasse kann einer nur sagen:

Nur der Wecker gehört zu mir. (31)
Fels registriert, was in dieser Klasse ständig, unterschwellig oder zum Ausbruch gelangend, vorhanden, registriert es mit dem Zorn eines Betroffenen, zeigt sie auf: diese ungeheuerliche Wut über die entmenschende Produktionsweise; diese Wut darüber, frei disponibel zu sein, Versatzstück; diese Wut, die sich in den immer wieder und immer heftiger aufblühenden Revolten der mobilen Massenarbeiter niederschlägt: FIAT-Arbeiter, die im heißen Herbst 1969 „kaputtmachen, was sie kaputtmachen“, Wagen von den Bändern stürzen („Agnelli, Vietnam ist hier, in Deiner Fabrik!“); die Wut im Pariser Mai, oder die, freigesetzt, bei den „Unruhen“ in Polen, Spanien, Argentinien, die heitere Wut bei den Ford-Streiks in Köln, 1973, die Wut, die Brände legte in den Ghettos von Los Angeles oder Detroit, die Wut, die Ford-Arbeiter in Dagenham, England, ebenso zu Sabotage und Schachbrettstreiks treibt, wie ihre Kollegen bei Ford in Lordstown, USA. Die Wut aber auch, die sich unbestimmt, ungezielt im eigenen Alltag gegen den Träger selbst richtet, seinen Bruder, seine Schwester, im Freitagsuff, in den Prügeleien, den Exzessen in den Fußballstadien — der Kannibalismus der Entrechteten untereinander. Fels zeigt die andere Seite dieser Wut: ihre eigene Würde, ihre Forderung nach Würde, Menschenwürde, nach „Recht auf Glück“, das „Gesetz werden muß“ (27).

Ich liebe meine Arbeit nicht
ich arbeite nicht aus Liebe.
Die Träume zwischendrin
sind unbeschreibbar.
Ich kann mir schon vorstellen
was besser wäre
aber es scheitert am Machen. (76)
Rolf Wiggershaus sagte bei seinen Ausführungen über „Die Schwierigkeiten beim Verbreiten von Literatur“ (SR, 2.9.1976):
Sind Subjektivität und Alltag nicht exemplarisch, müssen bei enger Bindung an sie Kunst und gesellschaftlich-politisches Leben wieder auseinanderfallen. Unter dem Vorwand der Einbringung individueller Bedürfnisse und Erfahrungen in das politische Engagement erfolgt dann statt einer im Subjekt verankerten Gegenwehr die Poetisierung des Privaten, ein Verfallen in Wehleidigkeit, Altklug-

heit, Tristesse.

Fels' Subjektivität, sein Stil, sein und seiner Klasse Alltag dagegen sind exemplarisch. Bei ihm finden wir, was in der „neueren Alltagslyrik“, nur zu oft und nur zu gern ausgespart wird: den Alltag der Massen.

Zur Zeit fliegen wir wieder
in hohen Bogen
aus der Fabrik.
Draußen zerfleischen wir uns dann
mit allen Mitteln
die nicht wir erfunden haben. (77)

Weder „sozialer Aufstieg“, noch Literaturpreis (den der Stadt Nürnberg, zusammen mit Max von der Grün, noch USA-Reise, noch Kontakte zu schreibenden Kindern der Lohn- oder auftragsabhängigen Mittelklassen sind in der Lage, ihn seiner Klasse zu entfremden, seinem — Klassenbewußtsein auch (im wahrsten Sinne des Wortes: als Bewußtsein der Klasse „an sich“ und als Bewußtsein der Klasse „für sich“). In der klaren, unzeilerten, metallenen-scharfen, das Pathos nicht scheuenden Sprache de-

Pathos nicht scheuenden Sprache derer von unten sagt Fels:

Denen sag ich
eure Freiheit ist meine Freiheit
und unser Los
ist überall gleich, wenn wir nicht
die alltäglichen
Kämpfe gewinnen, die alles
entscheiden.

Mit euch teile ich die augenblickliche
Gefangenschaft, mit euch
besprech ich die Qualen der Utopie.
(7)

Je mehr Fels „das schöne Leben der anderen“ sah, die „es sich leicht machen/ in ihrem Dasein“ (76), desto tiefer brennt sich der Zorn seiner Leute in ihn ein und schafft sich ihren eigenen, unverwechselbaren Ausdruck.

Ich bin nicht scharf auf akademisches
Biedermeier. Es ist gesund
mit seinen Worten aufzustehen. (6)

Er wünscht sich „Gedichte wie Felskelle“ und weiß, daß Gedichte dies nie sein können. Aber er sollte wissen — und Sie mit ihm! — daß seine Lyrik wirkt wie ein Keil ins Gehirn, eine scharfe Brille für übermüdete Augen, wie ein Detektor für die Suche nach den verborgenen Waffen der anderen Seite, des herrschenden Irrseins.

Ich weiß jetzt, daß ich wieder
angreifen muß, zurückschlagen
mit aller Gewalt, zu der ich fähig
bin. (36)

Kaum ein anderer jüngerer Lyriker bringt sich selbst in seine Verse derart ein, um kaum einen anderen müssen wir „soviel Angst“ haben, auch wenn er mal „lustig“ ist (78). Was in seinen Texten manchmal wie die Darstellung von Selbstvernichtung anmutet, ist Leiden an dieser Realität und äußert sensibles Resignieren auf das, was die herrschenden Wahnsinnigen „normal“ nennen. „Roh ... pervers ... obszön“ sind nicht die Nigger dieser Gesellschaft, sondern die Umstände, denen sie ausgeliefert sind.

Fels findet sich nicht damit ab, „nicht selber freundlich“ gewesen zu sein, wenn man „den Boden bereiten wollte für Freundlichkeit“ (Brecht). Er empfindet Scham über das Versagen im Alltag, auch und gerade in seinem eigenen. Scham, sagt Marx, ist ein revolutionäres Gefühl. Die Änderung des Individuums, weiß Fels, ist ebenso notwendig wie die Änderung der Welt. Seiner verstorbenen Schwiegermutter widmet er ein Porträt, das von dieser Betroffenheit zeugt, ein Porträt, wie es Millionen von Frauen gewidmet sein könnte, damit sich unser Umgang mit ihnen endlich ändert.

Man hat dich verbraucht
... zum Trost schwärmte man von
deiner Zähigkeit. (63)

Dabei warst du
nicht mehr und nicht weniger
als eine Arbeiterfrau aus einer
Sozialwohnung neber der
Ingolstädter Autobahn
dem Schicksal ergeben
und einem saufenden
Kriegsversehrten. (62)

Fels ist nicht nur unbequem. Er macht es — auch sich — nicht bequem. Er ist und bleibt — getreuer Sprecher seiner Klasse — auch unbequem für die Verwalter der Arbeiterbewegung. Weil er mit ihnen und ihren Vereinen nicht

einverstanden sein kann. Weil sie satt sind, und nur die „Satten Zeit haben“ (Bebel), kennt er für sie nur Hohn und Spott, für ihre Ordnungsfunktion, ihre Abweigerungsmanöver, ihre Instrumentalisierung der Massen:

Mein Recht ist es, gegen linke
Linke zu sein, die sich bei
kommenden Revolutionen
die Arbeiterschaft als Fußvolk halten
wollen. (27)

Er und seine Leute haben nichts am Hut mit der Wohlanständigkeit von „Sozialpartnern“, den Ruhe- und Ordnungsrufen der Gezähmten. Er geht „zur meiner Geliebten, / der unvergänglichen Genossin Anarchie“ (45), hat die Schnauze voll von diesen „Supermärkten“, die „für uns ... eine Unfallstation herrichteten, wo wir/ andächtig Gift/ aus Wundertuten schlecken.“ (69) In einer Welt, in der sich „alles ums Überleben dreht“ (12), gibt es das Naturrecht auf Widerstand. Fels reklamiert es für sich und seine Klasse, für die Millionen in den Fabrikhallen, an den Bändern, in

den Fabrikhallen, an den Bändern, in den Slums und Arbeitervierteln. Der Erkenntnis dessen, was zur Zeit noch ist:

Und wenn wir alt sind
werden wir nicht gelebt haben
wenn uns weiterhin
die Zeit vorgeschrieben wird (40),
setzt er entgegen, was sein könnte:
Denkst du dir auch, daß wir
viele wären, die anfangen könnten
und noch mehr würden
bei der Beendigung der Verhältnisse.
(41)

„Anfangen“ wird im Alltag. Und sei es in Ansätzen:

Nur ein Leben in Liebe macht frei
und jeder Kuß dient dem Kampf.
(26)

Fels ist nie apologetisch, nie Objektivist. Er versteckt sich nicht hinter die Maske von Wissenschaftlichkeit. Er ist betroffen. Täglich. Jedes einzelne Gedicht zeugt davon. Diese Betroffenheit kennt nicht Sonn- und Feiertage, keinen Urlaub, keine Verdrängung, keine Distanzierung. Er sieht die Bowery in Fürth und Fürth in New York. Das Mit-Leid setzt sich in Zorn, Zorn in Worte um:

Blumen für die Bowery
los, züchtet sie! (58)

Seine Menschen haben Forderungen zu stellen. Fels bringt sie auf den Begriff. Sein Alltag ist ebenso exemplarisch wie seine Subjektivität. Seine Gedichte sind ebenso notwendig wie — auf ungemein ergreifende — ein-greifende Weise „schön“. Schön! Sind „Blumen, des Bösen“, wenn „das Böse“ alles ist, was diese wohlanständige, geplante, betonierte, kaputte, entfremdete Welt bedroht. Wenn „das Böse“ ein Volk ist, das sagt: Schluß! In einem Wort: Fels' Texte sind von großer Nützlichkeit.

Ludwig Fels:
Alles geht weiter.
Gedichte.
Luchterhand Verlag,
Darmstadt 1977

Jetzt erschienen:

Dialoge mit und über P.P. Zahl —
Schreiben ist ein
monologisches Medium.
Mit Beiträgen von Ralf Schnell,
Jean Pierre Faye, Dr. Sigrid Weigel,
Florian Vaßen, Uwe Schweikert,
„Oktober“, Christa Winter,
Erich Fried, Prof. Leo Kreutzer,
Heinrich Hannover.
Mit dem bislang verbotenen Manuskript von P.P. Zahl —
Isolation.

Verlag Ästhetik und Kommunikation,
Berlin, 1979. DM 12,50.
In allen guten Buchhandlungen.

Zur Medienpolitik der CDU

Die Zerschlagung des Nordwestdeutschen Rundfunks/NWDR

Die zu erwartende Aufspaltung des NDR in ein schwarzes „Radio Niedersachsen“ unter zukünftiger Beteiligung des Privatkapitals und eine Rumpf-Anstalt „NDR“ für Hamburg und Schleswig-Holstein unter CDU-Kontrolle und mit antidemokratischen Programmrichtlinien soll einen weiteren Meilenstein der verstärkten Rechtsentwicklung der elektronischen Medien in diesem Land setzen. Eine ähnlich kritische Berichterstattung wie zu den Demonstrationen gegen das AKW Brokdorf ist im Hinblick auf Gorleben nicht mehr sehr wahrscheinlich; hat Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht doch jetzt schon einen Koordinierungsausschuß zu Gorleben im NDR durchgesetzt, dem sämtliche Berichte zum Thema Gorleben zugeleitet und von dem sie gegebenenfalls „korrigiert“ werden sollen. Leiter dieser Stelle ist Redakteur und CDU-Mitglied R. Borchers. Schon jetzt läßt die niedersächsische Landesregierung den Mitarbeitern des NDR in Hannover und den anderen Landesstudios zukommen, daß sie nicht bereit sei, alle Redakteure in den neu zu schaffenden Sender „Radio Niedersachsen“ zu übernehmen. Daß hier vor allem den demokratischen Journalisten die Tür gewiesen werden soll, liegt auf der Hand. Darüber hinaus soll sich jeder Redakteur bedroht sehen und als Reaktion darauf die Selbstzensur verschärfen.

Die Masche, mit der Zersplitterung des Rundfunks eine reaktionäre Ausrichtung zu betreiben, ist nicht neu. Auch das vorgeschobene Argument einer besseren regionalen Berichterstattung hat Geschichte. Schon 1945 wurden die ersten Rundfunksender mit dieser Methode unter Beschuß genommen. Das kennzeichnet noch einmal die jämmerliche und verlogene Haltung der SPD, wenn sie erklärt, man müsse einen ‚realistischen‘ Kompromiß finden. Die Zerschlagung des NWDR, die wir hier darstellen wollen, ist eine historische Parallele mit beklemmender Aktualität.

Unser Artikel basiert vor allem auf den Texten „Politik und Proporz im NWDR“, eine Dissertation von Dierk Ludwig Schaaf (1971) und der PDI-Broschüre „Meinungsfreiheit oder Schwarzfunk“ von J. Itzfeldt (1977).

4. Mai 1945: Der Neubeginn

Als im Mai 1945 die Niederlage des

stellungen hatte er so zusammengefaßt: „Es gibt in diesem Land viele, die auch gerade wenn sie alles ver-

4. Mai 1945: Der Neubeginn

Als im Mai 1945 die Niederlage des deutschen Faschismus besiegelt war, betrieben die Alliierten in eigener Regie in Hamburg, Bremen, Frankfurt, Baden-Baden, Stuttgart und München Sender der Militärregierung.

In Hamburg, in der britischen Besatzungszone, hatten britische Offiziere eine Liste von deutschen Antifaschisten zusammengestellt, die damit beauftragt wurden, ein deutschsprachiges Programm zu machen.

Erster Wortredakteur wurde Axel Eggebrecht, der als Mitarbeiter der „Weltbühne“, als Radikaldemokrat und Pazifist im Konzentrationslager gesessen hatte. In dieser Zeit, sagt Axel Eggebrecht heute, sei der Rundfunk so frei wie nie in der Geschichte gewesen. Die damaligen Vor-

stellungen hatte er so zusammengefaßt: „Es gibt in diesem Land viele, die (auch gerade wenn sie alles verloren haben) jetzt tief aufatmen. Die diesen Krieg, der nicht ihr Krieg war, überlebten und.... auf eine bittere Art sozusagen mit gewonnen haben. Sollen die ewig schweigen? Ich möchte zu ihnen sprechen. Ich bin einer von ihnen. Ich möchte für sie sprechen. Und vor allem – zu den anderen, die jetzt glauben, die Welt sei zu Ende“ (zit. nach Schaaf). Die britische Zensur war so milde, daß es des öfteren zu Interventionen der französischen und amerikanischen Siegermächte kam.

Axel Eggebrecht erinnerte sich: „Damals glaubte jeder von uns, nun müßte alles neu und besser werden... Ein Gremium von lauter nahezu gleichberechtigten Freunden wirkte zusammen, es gab noch keine Rangunterschiede und keine Intendanten“.

Diese Blüte des in breiten Teilen der Bevölkerung beliebten Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) währte aber nicht einmal einen kurzen Sommer.

Die ‚Ausgewogenheitskampagne‘ beginnt: Linke raus und PGs wieder rein

Die nur im „kleinen“ durchgeführte Entnazifizierung der imperialistischen Siegermächte führte dazu, daß auch im NWDR schnell wieder „ehemalige“ PGs (PG: Parteigenosse; Abkürzung für Mitglieder der Nazioorganisationen) Fuß fassen konnten. Dabei wurden von den Briten Sekretärinnen, deren BDM-Mitgliedschaft bekannt war, prompt entlassen, aber nicht „wertvolle Mitarbeiter“. Im Sommer 47 kam es zu einem Skandal, als 20 (ehemalige?) Faschisten entlassen werden mußten, weil herausgekommen war, daß sie ihre Personal-Fragebögen gefälscht hatten. Der britische Kontroll-Offizier

entlassen werden mußten, weil herausgekommen war, daß sie ihre Personal-Fragebögen gefälscht hatten. Der britische Kontroll-Offizier Greene weigerte sich sogar, ihre Namen zur Veröffentlichung freizugeben. Gleichzeitig fielen Anfang 47 drei KPD-Mitglieder, darunter auch der heutige DDR-Chefkommentator Karl Eduard von Schnitzler, der ersten Kampagne gegen den Hamburger „Roten Rundfunk“ zum Opfer. Die schon wieder existierende rechte Presse und die reaktionären Parteien, vor allem die CDU, trugen diese Kampagne.

Dabei wurde z.B. dem Sozialdemokraten Grimme, erster Generaldirektor des NWDR, vorgeworfen, Mitglied der antifaschistischen Spionageorganisation „Rote Kapelle“ gewesen zu sein. Gleichzeitig diente diese Kampagne dazu, die Absicht der westdeutschen Bourgeoisie abzustützen, den Rundfunk der Kontrolle

der deutschen Behörden und in Zukunft der Bundesregierung zu unterstellen. Demgegenüber hatten die Briten die Absicht, dem NWDR eine gesetzliche Absicherung seiner Unabhängigkeit von Behörden, Verbänden und Parteien zu geben. Die Auseinandersetzungen mit den deutschen Stellen verschärfen sich.

Diese legten einen Entwurf vor, nach dem

– die Rundfunk- und Fernsehstationen aus dem Besitz der Post in den Besitz der Rundfunkgesellschaften übergehen;

– in den Rundfunkgesellschaften Aufsichtsgremien gebildet werden, bestehend aus 15 bis 20 Mitgliedern, von denen mindestens vier von der Landesregierung ernannt werden. Die übrigen Mitglieder sollten von den politischen Parteien, der Gewerkschaft und anderen Bereichen, wie Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gestellt werden.

Mit diesem Entwurf wurde die von den Briten geäußerte Position, die Parteien und Regierungen von den Sendern fernzuhalten, auf den Kopf gestellt, was Rückschlüsse auf die Ernsthaftigkeit der britischen Vorschläge zuläßt, gab es doch keinen entschiedenen Widerstand gegen die westdeutschen Vorstöße.

Die Demontage eines demokratischen Rundfunks geht weiter

Der NWDR sendete für die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Vor allem in Nordrhein-Westfalen begannen CDU und andere rechte Parteien die Spaltung des NWDR zu betreiben. Im Winter 46/47 nahm der Landtag einen Antrag der FDP-Fraktion an, der die Neugründung eines Westdeutschen Rundfunks in Köln forderte. Der CDU-Ministerpräsident Arnold versuchte die Briten für die Spaltung zu gewinnen, wobei so argumentiert wurde:

„Der Kölner Sender ist dem Hamburger Sender völlig unterstellt, dies betrifft ... vor allem die Programmgestaltung.“ Diese Beyormundung auf dem Gebiet des „kulturellen und politischen Sendeprogramms“ sei bedrückend und mache es unmöglich, sich „aus der Landschaft heraus“ zu entfalten. Letztendlich sei die Hamburger Generalintendantur nur bereit, auf Anraten der Militärregierung zu reagieren. Deshalb müsse der Antrag gestellt werden, einen westdeutschen Sender (Köln) freizugeben (nach Schaaf). Die Landesregierung wurde unterstützt durch einen Rundfunkausschuß beim Sender Köln, der nicht legitimiert war, und dem Vertreter der Parteien, der Kirchen, der Gemeinden und der Landesregierung angehörten. Dieser Ausschuß hatte schon 1946 gefordert, dem Land Nordrhein-Westfalen „ein eigenes Ausdrucksmittel“ zu geben.

Damals so wie heute ist der Ruf nach eigenen Rundfunkanstalten durch CDU-Regierungen nicht in erster Linie von dem Gedanken geprägt, „bürgerlicheren Rundfunk“ zu machen, sondern vor allem ein Vehikel, um den eigenen Einfluß zu stärken. Und das sowohl auf den (neuen) separaten Sender wie auch auf den (alten) Sender insgesamt. Damals betraf das den NWDR, heute den NDR. Um ihren Zielen näher zu kommen, mobilisierte die CDU ihre Basis, die sich ihrer engen

Nachbarschaft zu den Faschisten knapp zwei Jahre nach der Befreiung schon nicht mehr schämte. So polterte der Sozialausschuß der CDU-Ortsgruppe Lüdenschied, man protestiere „... gegen gewisse Sendungen des NWDR, die in ihrer unmoralischen obszönen Art den christlichen Menschen, die überwiegende Mehrheit der Hörerschaft, aufs Tiefste verletzen... Der Rundfunk ... wirkt ... wie ein ständiger Gifftropfen auf den geschwächten deutschen Menschen, wirkt wie ein Gifftropfen auf die Kinderseele... Es wäre angebracht, viele Programme des NWDR, einschließlich der Nachrichten-Sendungen, schärferer Prüfungen zu unterziehen.“

Zusätzliche Unterstützung erhielt die CDU und die NRW-Landesregierung von Hans Bredow, der maßgeblich am Aufbau des Rundfunks in Deutschland beteiligt, von 1926 bis 33 Reichsrundfunkkommissar war und auch 1947 noch großen Einfluß hatte. Bredow unterbreitete vergeblich den Briten einen Vorschlag, nach dem der Kölner Rundfunk nach außen eine eigene Gesellschaftsform erhalten sollte, wobei durch einen Vertrag zwischen Hamburg und Köln geregelt werden sollte, daß die Oberleitung von Hamburg aus wahrgenommen wird.

Geradezu als Einheitsfront traten die vier Landesregierungen und die Parteien auf, als es darum ging, in dem immer noch nicht verabschiedeten Rundfunkgesetz durchzusetzen, daß der Einfluß der Regierungen und Parteien stärker berücksichtigt werden müsse.

Obwohl der britische Bevollmächtigte erkannte, daß die politischen Parteien statt „demokratischer Kontrolle des Rundfunkwesens“ eine Art „Überwachungsausschuß der Partei-Organisationen“ anstrebten, stimmte er am Ende einer Regelung zu, nach der die Parteien die Mehrheit im Hauptausschuß hatten.

„Mit diesen Vorschriften über den Hauptausschuß traten am 1.1. 1949 die Verordnung und die Satzung des NWDR in Kraft. Irgendwelche Bestimmungen über Möglichkeiten der Hörer, auf das Programm einzuwirken, enthielten sie nicht. Ebenso wenig war in der Satzung etwas über die Stellung der Redakteure, der Redaktionen oder der Belegschaft überhaupt festgelegt. Von einem der wichtigsten Instrumente, mit denen dem deutschen Volk die Demokratie nahegebracht werden sollte, hätte man selbst einen durch und durch demokratischen, nicht autoritären Aufbau verlangen müssen“ (Dierk Ludwig Schaaf).

Landesregierungen und Parteien übernehmen die Kontrolle

Am 12.3. 1948 nahm der Hauptausschuß seine Tätigkeit mit der Wahl des Verwaltungsrates auf.

In dem 16-köpfigen Gremium saßen die vier Regierungschefs der britischen Zone und vier Vertreter des „Erziehungswesens“, welche ebenfalls parteiangehörig waren, genauso wie die Vertreter des DGB und der Industrie- und Handelskammern.

Bei der „Wahl“ des Verwaltungsrates fiel es den Vertretern der SPD zu, durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf die letzten Reste der von den britischen Verantwortlichen gewünschten „Unabhäng-

Fortsetzung nächste Seite



... der größeren Vielfalt wegen!“

Fortsetzung von Seite 50

gigkeit" zu beseitigen. Sein Vorschlag, jedem der vier Länder Sitze im Verwaltungsrat zuzuteilen, wurde ohne Widerspruch angenommen.

Von den insgesamt sieben Verwaltungsratsmitgliedern wurden sechs von den Landesregierungen „benannt“ und vom Hauptausschuß bestätigt. Dabei verlagerte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der CDU, die jetzt im Verwaltungsrat drei Sitze (SPD: 4) innehatte, während der Hauptausschuß mehrheitlich aus SPD-Mitgliedern bestand.

Zum ersten Generaldirektor des NWDR wurde einstimmig Adolf Grimme gewählt. Grimme war Mitglied des SPD-Parteivorstandes und 1932 preußischer Minister für Wissenschaft und Kunst gewesen.

„Die Parteien und Regierungen, einmal im Besitz der Macht, legen die Befugnisse so weit wie möglich aus und lehnten die Beteiligung unabhängiger Personen (und seien sie auch die besseren Fachleute) im Rundfunkkräftespiel ab. CDU und SPD teilten sich die Macht. Dritte waren unerwünscht“ (ebenda).

Im August 1949 wurde das Statut des NWDR überarbeitet. Dabei wurde die von den Briten akzeptierte Praxis legalisiert und im Statut verankert, daß die Kultusminister Vertreter in den Hauptausschuß entsenden, was in der Konsequenz dazu führte, daß die Kultusminister ihre Vertreter abberiefen und sich selbst ernannten.

Rundfunk als „politisches Führungsmittel“

CDU und SPD hatten erreicht, daß der wenn auch nur halbherzige Versuch der Briten, einen unabhängigen demokratischen Rundfunk zu schaffen, abgewürgt wurde. Die gesamte Verantwortung für den Rundfunkbetrieb lag wieder ausschließlich in der Verantwortung westdeutscher bürgerlich/konservativer und sozialdemokratischer Kräfte. Die Alliierten hatten sich lediglich vorbehalten, daß ohne ihre Genehmigung neue Rundfunk-, Fernseh- oder Drahtfunksender nicht eingerichtet oder Anlagen dieser Art einer anderen Verfügungsgewalt unterstellt werden durften.

Selbst das reichte der CDU noch nicht. Ihr Ziel war sowohl die Machtübernahme in den Länderrundfunkanstalten, als auch die Wiederherstellung der Weimarer Verhältnisse. Danach sollte der Rundfunk „politisches Führungsmittel der jeweiligen Bundesregierung sein“ (Adenauer 1949). In einem Memorandum, das 1950 bekannt wurde unter dem Titel „Massenführung in der Bundesrepublik“, forderte die CDU „als Rechtsnachfolger des Reichs“ die Funkhoheit des Bundes. In einem Bundesnachfolger des Reichs“ die Funkhoheit des Bundes. In einem Bundes-

- 1) Formelle Lizenzierung der Sender durch die Bundesregierung;
- 2) Finanzhoheit des Bundes über den gesamten Rundfunk;
- 3) Rückführung der gesamten Ausstrahlungstechnik in die Zuständigkeit der Bundespost;
- 4) Vertretung des Bundes durch einen Bevollmächtigten im Verwaltungsrat bzw. Programmbeirat jedes Senders;
- 5) Berechtigung des Bundes zur Auflage einzelner Nachrichten und Kommentare sowie einzelner Bestandteile der Sendungen zum Zeitgeschehen des Schul- und Jugendfunks.

Die Programmbeiträge sollten von einer neu zu gründenden Gesellschaft produziert werden. Dazu sei es nötig, die Sender „zentral ... zu beliefern und zur Durchgabe diese Nachrichten zu verpflichten, wie es bereits bis 1933 der Fall war“ (nach Itzfeld).

Dieser Weimarer Apparat erhielt auf Anordnung des Reichspostministeriums sämtliche Nachrichten von der „Drahtlosen Dienst AG“ (DRADAG), die sich bis 1933 im Besitz des Innenministeriums befand. Die von der DRADAG als „Auflagenachrichten“ gekennzeichneten Nachrichten mußten „unverzüglich, unverändert und unentgeltlich“ verbreitet werden. Die erste Sendung der Nazi-Faschisten nach ihrer Machtübernahme 1933 „entstand auf dem Boden der Legalität, der im Weimarer Rundfunk bereitet worden war“ (Peter Dahl, Arbeitersender und Volksempfänger, S. 105).

Die CDU hat ihre Ziele bis heute nicht geändert!

Die Rundfunkfachpresse – ein „Kuckucksei“

Fast schon wie Ironie des Schicksals mutet die Tatsache an, daß die CDU bei ihren Angriffen auf den NWDR einen starken Bundesgenossen in einem Produkt des NWDR selbst hatten: Die Rundfunkfachpresse!

Sie war entstanden aus dem Wunsch der demokratischen und

antifaschistischen Kräfte im Sender, dem lebhaften Publikumsinteresse nach den Manuskripten wichtiger Sendungen nachzukommen. Den Auftrag erhielt Axel Caesar Springer aufgrund seiner schon vor Kriegsende systematisch geknüpften Beziehungen zu den Briten. Aus dieser Zeitung, deren erste Ausgaben noch u.a. von Axel Eggebrecht im Auftrag des NWDR herausgegeben wurden, wurde das Massenberieselungsblatt „Hör Zu“, ein Grundstein für den Springer-Konzern.

Schnell mauserte sich die Rundfunkfachpresse. Sie deformierte berechnete Hörerkritiken in ausgesprochen nationalistische, rechte Kampagnen gegen den NWDR.

„Mit Leitartikeln und Leserbriefen führte ‚Hör Zu‘ scheinbar unpolitisch, aber voller unterschwelliger Ressentiments einen Kampf gegen die Tanzmusik im NWDR. ‚Negermusik‘, hieß es und: ‚Diese Art des Singens sollte man doch den Amerikanern überlassen‘. Das deutsche Ohr verlangt nach Melodie. Den nur auf Rhythmus gestellten Tanzschlager lehnt es ab“ (Schaaf).

Unterwerfung der Redaktionen

Mit der Übernahme des NWDR durch die westdeutschen Partei- und Landespolitiker verschärfte sich auch der Druck auf die bis dahin weitgehend unabhängig arbeitenden Redaktionen mit dem Ziel, diese zu unterwerfen und weitgehend von demokratischen, antifaschistischen Kräften zu säubern.

Wiederum gab die SPD den Startschuß. Hauptausschußmitglied Klambunde (Fraktionsvorsitzender der SPD in Hamburg) behauptete im August 1948 auf einer Pressekonferenz, „daß eine Reihe der alten Mitarbeiter versucht habe, ihre Monopole und Privilegien um der Macht willen im NWDR auf jeden Fall zu verteidigen.“ Er kündigte eine Säuberungswelle an: Der NWDR sei „überbesetzt... Die Forderung nach der Ausscheidung von 300 Menschen müsse also unbedingt erhoben werden“ (Schaaf).

Schon damals wurde demagogisch eine Finanzkrise zum Vorwand genommen, um sich unliebsamer Mitarbeiter zu entledigen. An der Spitze dieser Säuberungswelle standen Generaldirektor Grimme (SPD) und der Verwaltungsratsvorsitzende Raskop (CDU).

Grimme hieß als Durchpeitscher der Säuberungen Herbert Blank in den Intendantensessel. Der in London lebende deutsche antifaschistische Schriftsteller Kurt Hiller deckte auf, daß Blank ein Anhänger der Strasser-Faschisten gewesen und deswegen von den Nazis ins KZ gesperrt worden war.

Grimme hielt dennoch an Blank fest und entließ dafür den Programm-

Grimme hielt dennoch an Blank fest und entließ dafür den Programmdirektor, der auf einer Betriebsversammlung die Ablösung Blanks gefordert hatte. Selbst Axel Eggebrecht konnte sich mit seiner Autorität nicht mehr gegen Grimme und Blank durchsetzen und verließ daraufhin den NWDR.

Acht Monate hielt die SPD an Blank fest. Verwaltungsrat und Generaldirektor wollten ihm seine „Arbeit“, die Säuberung, noch zu Ende führen lassen. 1950 ließ Grimme dann Blank wegen „illoyaler Äußerungen“ fallen. Gegen die Entlassung Blanks protestierte die CDU, vor allem der Verwaltungsratsvorsitzende Raskop, der am 9. März 1950 von Bundeskanzler Adenauer zu seinem Beauftragten für Rundfunkfragen ernannt wurde. Raskop sollte für die CDU „geeignete Vorschläge für die Gestaltung des Rundfunkwesens der Bundesrepublik vorlegen“ (siehe oben, Anm; der Red.).

Adenauer griff in die bevorstehende Neuwahl des Verwaltungsrates ein und forderte die Wiederwahl Raskops.

Die Berichterstattung wird ausgerichtet

Die Aufsichtsorgane griffen zunehmend in den Programmablauf ein und propagierten die sogenannte „Überparteilichkeit“, nach der es Pflicht der Redaktionen sein müsse, „alle an der Nachrichtengabe interessierten Kreise zu befriedigen“ (Verwaltungsrat am 23.5.51).

Damit war die Abhängigkeit von den herrschenden Kräften, Regierungen, Parteien und Kapitalistenverbänden zum journalistischen Credo erhoben. In der Folge setzten die Zensurmaßnahmen ein:

So wurde dem Verwaltungsrat im Januar 1951 der Vorschlag unterbreitet, daß Generaldirektor Grimme „sich die Kommentare sämtlicher Herren zu besonders heiklen politischen Fragen vorher zur Kenntnisnahme vorlegen lassen“ sollte (zit. nach Schaaf).

Der Verwaltungsrat beschloß, sich eine Blankovollmacht für Eingriffe auszuschreiben, die gerade durch ihre scheinbare Unverbindlichkeit den

Programmeingriffen Tür und Tor öffnete:

„Sie (Verwaltungsrat und Grimme) werden bemüht bleiben, daß Äußerungen (der Kommentatoren) durch die Verantwortung bestimmt sind, die Tag und Stunde erfordern“ (Verwaltungsrat 34. Sitzung). Die Verantwortlichen arbeiteten auch an der Liquidierung eines weiteren Vorzugs des ehemals demokratischen NWDR: Hatten die in der BRD existierenden politischen Parteien während des Bundestagswahlkampfes 1949 noch unabhängig von ihrer Weltanschauung und Programmatik Sendezeiten erhalten, wurde dieses Recht 1950 auf diejenigen Parteien reduziert, die zu Wahlen (es waren gerade Landtagswahlen) Kandidaten aufstellten. Das betraf vor allem die KPD. In der typischen „Rechts gleich Links“-Demagogie sollten zwar auch die rechtsextremen SRP und RDP von den Wahlen ausgeschlossen werden, für die KPD sollte aber ein generelles Rundfunkverbot durchgesetzt werden. Seit dem 29.4. 1951 hatte die KPD Rundfunkverbot. Selbst „in Nachrichten- und anderen Sendungen“ wurde darauf „geachtet, daß die Aktivitäten dieser Parteien nicht in übersteigter und propagandistisch wirksamer Form herausgestellt werden“ (Verwaltungsrat 37. Sitzung). Das war fünf Jahre vor dem KPD-Verbot!

Die Teilung des NWDR

Die CDU forcierte ihre Angriffe auf die bestehenden Rundfunkstrukturen, wobei sie sich mehrerer Stränge bediente:

– Die Bundesregierung unter Adenauer startete eine massive Hetzkampagne gegen den NWDR im Frühjahr 1951, die darin gipfelte, den Sender als marxistisch und kommunistisch unterwandert zu bezeichnen und deshalb (?) die Bundeshoheit über den Rundfunk zu fordern. Diese weitestgehende Forderung wurde von den Alliierten abgelehnt.

– Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen versuchte ihren Einfluß – und damit den Einfluß der CDU – auf den NWDR zu vergrößern.

Gleichzeitig bereitete sie die Teilung des NWDR in einen WDR und NDR vor, wo der WDR gänzlich unter der Kontrolle der CDU stehen sollte, als Gegenstück zum SPD-dominierten Sender Hamburg (NDR). Nachdem klar war, daß sich die weitergehenden Ziele der CDU kurzfristig nicht durchsetzen ließen, startete die CDU-Landesregierung in NRW zum Angriff auf den NWDR, nicht ohne in der Öffentlichkeit noch einen publikumswirksamen „Streit“ mit der Bundesregierung abzuwickeln, die sich „gegen eine Zerschlagung des NWDR“ aussprach. So konnte die

sich „gegen eine Zerschlagung des NWDR“ aussprach. So konnte die CDU/NRW, verharmlosend als „Separatisten und Regionalisten“ auftretend, unbeteiligt ein Stück der Gesamtstrategie der CDU vorantreiben:

Den Aufbau eines eigenen Senders im bevölkerungsreichsten Bundesland bei gleichzeitiger Schwächung des NWDR.

NRW-Ministerpräsident Arnold legte am 12.1. 1954 dem Landtag in Düsseldorf den Entwurf eines WDR-Gesetzes vor. Dieser Entwurf entsprach im wesentlichen der „Weimarer Tradition“. Die Verwaltung und Kontrolle des neuen Senders sollte bei der Landesregierung, den Gemeinden und Gemeindeverbänden – also in staatlicher Hand – liegen.

Nachdem Vorgespräche mit Vertretern der SPD stattgefunden hatten, war sich die Landesregierung einer breiten Zustimmung für ihr restauratives Werk sicher. Nur die KPD stimmte gegen diesen Entwurf! Die Gründung eines eigenen Senders WDR konnte die CDU-Landesregierung aber nur mit Billigung der Briten vollziehen, denn nur diese waren befugt, die Verordnung 118, die Rechtsgrundlage des Rundfunkbetriebs in der ehemals britischen Zone, aufzuheben und Neugründungen zu genehmigen. Da die Landesregierung keine eigene Außenpolitik betreiben durfte (ein Antrag an die Briten war Außenpolitik), übernahm die Bundesregierung diesen Antrag am 22.6. 1954.

Die britische High Commission bewilligte den Antrag am 1. Februar 1955. Damit war der NWDR zerschlagen, der Weg für den WDR frei. Die CDU hatte wichtige Etappenziele ihrer Medienstrategie erreicht.

Die Gründung des NDR durch die Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurde am 16.2. 1955 mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages vollzogen.

23 Jahre danach schickt sich die CDU an, ein weiteres Etappenziel zu erreichen: die Zerschlagung und Aufspaltung des NDR. Die Methoden sind, wie man sehen kann, bekannt und bewährt...

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch

zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlusspraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für linke Gewerkschaftspolitik.



Bisher erschienen:

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,-
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer
Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik
des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolu-
tion“, Diskussion um den „realen
Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

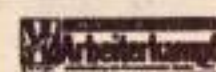
UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik
des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,-
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen
Parteien, sowie Texte über den Streit
zwischen den „Eurokommunisten“
und „Realsozialisten“.

reents
verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers.
Pauschal sind bei Einzelbestellungen 40 Pf. mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 250 000 00 – Kto. 451 83 78
oder
Postcheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 96-203.

J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

reents-bücher

in jedem guten buchladen

Harrisburg war nur der Anfang



Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Technik alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... und die Unfall-liste westdeutscher AKW's....

ISBN 3-88305-040-7

152 S.
D91
13,80

Strauß



NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß - ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“:
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u. v. a. m.

ISBN 3-88305-007-5

100 S.
D91
7,50

NAZIM HIKMET



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit.
Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2
Band 3 in Vorbereitung

Zweiter Band

194 Seiten

Vorwort von Helmut Dietrich

ISBN 3-88305-022-9

D91 15

Erster Band

120 Seiten

Vorwort von P.P. Zuck

ISBN 3-88305-021-0

D91 14

Aus dem Inhalt:

Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution
Die Moskauer Prozesse
Die „Stalin-Frage“ und die KP Chinas
Mao Tse-tung: Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Masselinie der Partei befolgt werden
Interview mit Charles Bettelheim

ISBN 32310016

168 S.
D91
12,50

Texte zur Stalinfrage

irv

Berufsverbote

SPD bricht ihr Wort!

Im letzten AK berichteten wir über eine neue Welle von Berufsverboten bei Bahn und Post. Nach Angaben der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ sind allein seit Juli dieses Jahres in diesem Bereich 11 neue Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Dienstverhältnis eingeleitet worden. Neben den im letzten AK bereits geschilderten Fällen ist der Fall des Marburger DKP-Stadtverordneten Herbert Bastian noch besonders bemerkenswert. Bastian, immerhin seit 1959 bei der Post beschäftigt, wird nicht nur Mitgliedschaft in und Kandidatur für die DKP vorgeworfen, sondern u.a. auch seine Teilnahme an der von der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ am 31. März in Bonn veranstalteten Demonstration gegen die Berufsverbote als „Dienstvergehen“ vorgehalten! Der Bürgermeister von Poitiers, der Patenstadt Marburgs in Frankreich, hat wegen dieses „Falles“ eine Anfrage an den Bürgermeister von Marburg, Drechsler (SPD), gerichtet. Dieser erklärte daraufhin, er werde darauf nicht antworten. Eine solche Anfrage betrachte er als Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Der Bürgermeister von Poitiers - erst seit kurzem im Amt - müsse im übrigen „noch viel lernen“!

Nicht nur im Bereich des Bundes verschärft sich entgegen allen „Liberalisierungsversprechen“ die Berufsverbotepraxis. Auch in den SPD-regierten Bundesländern ist keineswegs irgendeine Veränderung zum „Besseren“ festzustellen.

In Nordrhein-Westfalen z.B. wurde bekanntlich die Regelanfrage durch das mindestens genauso wirksame, aber noch weitaus hinterhältigere „Erklärungsmodell“ ersetzt. Um allerdings wenigstens noch etwas liberalen Lack an dieser „Reform“ zu lassen, versprach NRW-Ministerpräsident Rau bei Verabschiedung des Erklärungsmodells vor zwei Monaten, daß das Land die anhängigen Revisionsverfahren gegen vor Gericht erfolgreiche Berufsverbotsopfer durch Rücknahme abschließen werde. Bekanntlich haben die Arbeitsgerichte in NRW in einer ganzen Reihe von Fällen das Land dazu verurteilt, abgelehnte Bewerber doch in den öffentlichen Dienst einzustellen, was allerdings in kaum einem Fall bislang auch erfolgte. Jetzt stellt sich heraus, daß selbst diese magere Versprechung Raus ein Schwindel war. Bislang ist in noch keinem einzigen Fall die Revision zurückgezogen worden. Vielmehr sind sogar in drei „Fällen“, denen die Einstellung schon zugesagt worden war, neue Revisionsverfahren eingeleitet worden. Sogar in zwei Fällen, in denen das Landesarbeitsgericht Düsseldorf in 2. Instanz bereits positiv entschieden hatte, lehnte das Land jedweden Vergleich ab. Das Bundesarbeitsgericht hatte dem Land



vorgeschlagen, die seit längerem anhängigen Revisionen durch einen Vergleich zu beenden, da Entscheidungen nicht vor 1981 erfolgen könnten. Inzwischen hat das Düsseldorf Landesarbeitsgericht in zwei weiteren Fällen das Land Nordrhein-Westfalen in 2. Instanz dazu verurteilt, vom Berufsverbot betroffene Lehrerinnen einzustellen. Eine von den beiden ist Cornelia P., die zusammen mit ihrem Mann Hanno P. bereits 1976 in Hessen ein Berufsverbot erhalten hatte. Beide hatten sich Anfang dieses Jahres auch in Bremen um eine Einstellung beworben, wo Koschnick gerade seine ganz besonders „liberale“ Berufsverbotspraxis eingeführt hatte. Beiden wurde auch zunächst eine Einstellung zugesichert. Inzwischen haben die Bremer Behörden allerdings eine „Aktenprüfung“ angeordnet (offenbar das neue Wort für Regelanfrage). Der zugesagte Einstellungstermin zum 1.8.79 ist damit verfallen. Es bleibt abzuwarten,

wie die „Aktenprüfung“ für die beiden DKP-Mitglieder ausgehen wird. Es bleibt auch abzuwarten, wie sich der Hamburger Senat in den nächsten Wochen und Monaten zu seinen im Frühjahr gegebenen Einstellungsversprechen gegenüber 16 vom Berufsverbot bedrohte Kollegen verhalten wird.

Unabhängig davon bleibt festzustellen, daß sich die ganze „Liberalisierungs“kampagne der SPD in der Praxis immer deutlicher als ein einziger Propagandaschwindel erweist. Daß die mit der „Abschaffung“ der Regelanfrage versprochene „Einschränkung“ der Bespitzelung auch nur ein Schwindel ist, beweist im übrigen die Tatsache, daß laut Bundesinnenminister Baum die Anzahl der offiziell beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln Beschäftigten in den nächsten Jahren um fast 40 % auf 2.500 ansteigen soll. Zu welchem Zwecke wohl?

Berufsverbotskommission

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1424.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst und werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Wieder Berufsverbot für Ärztin

Kaum drei Monate, nachdem die Verwaltung der Göttinger Unikliniken und das Ministerium durch das Arbeitsgericht gezwungen wurden, die Ärztin Barbara W. (DKP-Mitglied) wieder einzustellen - nicht zuletzt aufgrund des breiten Protestes - läuft nun bereits der nächste Versuch: Renate P. die bereits vier Jahre im öffentlichen Dienst gearbeitet hat, soll den ihr zugesicherten Platz für einen befristeten Arbeitsvertrag nicht antreten dürfen - wegen DKP-Mitgliedschaft. Nach einem positiven Bescheid des Arbeitsgerichts hob das Landesarbeitsgericht die Einstellungsverfügung wieder auf. Offensichtlich wird nun versucht, die abschließende Verhandlung solange aufzuschieben, bis der befristete Arbeitsvertrag ohnehin abgelaufen ist.

Dies ist inzwischen mindestens der fünfte Versuch an den Unikliniken, fortschrittliche Ärzte und Pfleger nicht einzustellen bzw. rauszukanten. Die ersten vier schlugen erfreulicherweise alle fehl. Hoffentlich gibt's wieder eine Schlappe für die Berufsverbote!

KB Göttingen

AK Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50 0
jährlich - DM 55,- 0

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

auszeichnen und in einen Umschlag stecken!